



## **Niederschrift**

57. Plenarsitzung Gemeinderat (DHH-Beratungen 2019/20)  
20. November 2018, 9 Uhr und  
21. November 2018, 9 Uhr  
öffentlich  
Bürgersaal, Rathaus Marktplatz  
Vorsitzender: Oberbürgermeister Dr. Frank Mentrup

2.

**Punkt 1 der Tagesordnung: Einzelberatung des Haushaltsplans für die Haushaltsjahre 2019/2020 einschließlich der Behandlung der Anträge und Anfragen des Gemeinderates sowie der Einwendungen von Einwohnerinnen/Einwohnern und Abgabepflichtigen zum Haushaltsentwurf**

**Punkt 2 der Tagesordnung: Weiterführung der Majolika**

**Vorlage: 2018/0742**

**Ergänzungsantrag FDP: Einrichtung eines Begleitgremiums "Majolika - Entwicklung und Verkauf"**

**Vorlage: 2018/0841**

**Änderungsantrag GRÜNE: Weiterführung der Majolika**

**Vorlage: 2018/832**

**Punkt 3 der Tagesordnung: Rahmenkonzeption für Kinder- und Familienzentren in Karlsruhe**

**Vorlage: 2018/0742**

**Punkt 4 der Tagesordnung: Gesamtkonzeption Frühe Prävention Karlsruhe - Fortschreibung 2019**

**Vorlage: 2018/0743**

**Punkt 5 der Tagesordnung: Inklusion in Ganztagsgrundschule und Ergänzender Betreuung**

**Vorlage: 2018/0403**

**Punkt 6 der Tagesordnung: Neue Finanzierungssystematik für Kindertagesstätten und Kinderkrippen in Karlsruhe**

**Vorlage: 2018/0746**

**Punkt 7 der Tagesordnung: Erhöhung der förderfähigen Plätze für die praxisintegrierte Erzieherinnen- und Erzieherausbildung (PIA) sowie für Auszubildende der Fachrichtung Jugend- und Heimerziehung (FJH) ab dem Ausbildungsjahr 2019/2020**

**Vorlage: 2018/0736**

**Beschlüsse:**

**Tagesordnungspunkt 2:** Der Gemeinderat nimmt nach Vorberatung im Hauptausschuss die Ausführungen zur Kenntnis und beauftragt die Verwaltung, die entsprechenden Verfahren einzuleiten und empfiehlt die Einrichtung eines Begleitgremiums.

**Tagesordnungspunkt 3:** Der Gemeinderat begrüßt - nach Vorberatung im Hauptausschuss und im Jugendhilfeausschuss - die Rahmenkonzeption für Kinder- und Familienzentren. Über den Umfang der Umsetzung wird in den Beratungen über den Doppelhaushalt 2019/20 im Rahmen der dann erforderlichen zusätzlichen Finanzmittel entschieden.

**Tagesordnungspunkt 4:** Der Gemeinderat beschließt - nach inhaltlicher Kenntnisnahme im Jugendhilfeausschuss am 09.05.2018 und Gemeinderat am 15.05.2018 sowie nach Vorberatung im Hauptausschuss am 06.11.2018 und im Jugendhilfeausschuss am 07.11.2018 - die bedarfsgerechte Erweiterung der Leistungen innerhalb der Gesamtkonzeption Frühe Prävention und die Bereitstellung der dafür erforderlichen finanziellen Mittel in Höhe von 141.200 € ab dem Haushaltsjahr 2019.

**Tagesordnungspunkt 5:** Der Gemeinderat beschließt nach Kenntnisnahme im Schulbeirat am 20.06.2018 und im Gemeinderat am 17.07.2018 die Konzeption eines Fachkräftezuschlags ab 1. September 2019 für inklusive Betreuungsgruppen an Ganztagsgrundschulen und in der Ergänzenden Betreuung von 0,1 Vollzeitstellen pro inklusiv betreutem Kind. Die zusätzlichen Haushaltsmittel von 82.700 Euro (HJ 2019) und 250.740 Euro (HJ 2020 ff.) werden über die Veränderungsliste in den DHH 2019/20 eingestellt.

SuS: 68.900 Euro für 2019

208.900 Euro für 2020 ff.

SJB: 13.800 Euro für 2019

41.840 Euro für 2020 ff.

**Tagesordnungspunkt 6:** Der Gemeinderat beauftragt die Verwaltung nach Vorberatung im Hauptausschuss und im Jugendhilfeausschuss mit der Erstellung eines Konzeptes zur Aufarbeitung der grundsätzlichen Finanzierungssystematik unter Berücksichtigung von Steuerungseffekten und den politischen Entwicklungen auf Bundes- und Landesebene sowie der Kompensation von Kita-Gebührenerhöhungen in Zusammenarbeit mit einer externen Beratung und unter Einbeziehung des Arbeitsausschusses des Jugendhilfeausschusses. Eine ggf. überarbeitete Systematik wird zum Kindergartenjahr 2019/2020 eingeführt. Eine Erhöhung der Kita-Beiträge ist bis dahin nicht vorgesehen.

**Tagesordnungspunkt 7:** Der Gemeinderat beschließt nach Vorberatung im Hauptausschuss und Jugendhilfeausschuss die Erhöhung der förderfähigen Plätze für die praxisintegrierte Erzieherinnen- und Erzieherausbildung (PIA) sowie für Auszubildende der Fachrichtung Jugend- und Heimerziehung (FJH) ab dem Ausbildungsjahr 2019/2020 um 50 auf 150 städtisch geförderte PIA/FJH-Plätze. Hier sind die städtischen Förderrichtlinien zu überarbeiten.

**Abstimmungsergebnisse:**

**Tagesordnungspunkt 2:** bei 34 Ja-Stimmen, 10 Nein-Stimmen und 4 Enthaltungen mehrheitlich angenommen

**Ergänzungsantrag FDP:** erledigt mit der Stellungnahme

**Änderungsantrag GRÜNE:** bei 9 Ja-Stimmen, 37 Nein-Stimmen und 2 Enthaltungen mehrheitlich abgelehnt

**Tagesordnungspunkt 3:** bei 45 Ja-Stimmen und 2 Nein-Stimmen, mehrheitlich angenommen

**Tagesordnungspunkt 4:** bei 43 Ja-Stimmen, 2 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung, mehrheitlich angenommen

**Tagesordnungspunkt 5:** bei 39 Ja-Stimmen, 6 Nein-Stimmen und 2 Enthaltungen mehrheitlich angenommen

**Tagesordnungspunkt 6:** bei 45 Ja-Stimmen und 2 Nein-Stimmen, mehrheitlich angenommen

**Tagesordnungspunkt 7:** bei 41 Ja-Stimmen und 2 Nein-Stimmen, mehrheitlich angenommen

**Der Vorsitzende** ruft Tagesordnungspunkt 1 zur Behandlung auf.

Ihnen liegen vor, der Entwurf des Haushaltsplans 2019/2020, der auch die mittelfristige Finanzplanung umfasst, der Stellenplan, die Wirtschaftspläne und Finanzplanungen der Gesellschaften, die Stellungnahmen der Verwaltung auf die Anträge und Anfragen des Gemeinderates sowie von Einwohnerinnen und Einwohnern zum Haushaltsentwurf und die Veränderungsliste der Verwaltung. An Ihren Plätzen finden Sie noch die Folgekostenberechnungen für die neuen Investitionsmaßnahmen. Wie Sie wissen, damit der Haushaltsplan mit Beginn des neuen Haushaltsjahres beziehungsweise nicht wesentlich später vollzugsreif wird, ist die frühe Einbringung des Haushaltsentwurfs unvermeidlich, insoweit ist es auch nachvollziehbar, dass der Umfang der Veränderungsliste durchaus enorm ist und sich darin doch noch die eine oder andere falsche Zahl einschlich oder nicht jede Einzelheit vollständig aufgenommen werden konnte. Ich werde im Rahmen der Beratung auf Korrekturen, die hinsichtlich der Veränderungsliste vorgenommen werden müssen, hinweisen und bitte da einfach auch um Ihr Verständnis und um Ihre Flexibilität.

Sie waren dieses Mal außerordentlich kreativ; wir haben 460 Einzelanträge zu rund 270 Themen. Wir haben untereinander schon ausreichend appelliert, dass wir bei verschiedenen Anträgen zur selben Haushaltsposition uns so verständigen, dass wir das dann relativ zügig, sowohl von der Diskussion als auch von der Abstimmung, miteinander besprechen.

Es gibt jetzt zwei Vorgänge, die man sehr streng sehen oder auch flexibel handhaben kann. Zum einen gibt es an der einen oder anderen Stelle auch den Wunsch, eine vorgegebene Finanzausstattung ein wenig zu verändern. Jetzt haben wir aber eigentlich die Selbstbeschränkung des Gemeinderates, dass es keine Ergänzungsanträge zu den Haushaltsanträgen mehr geben darf. Wenn es Ihnen doch als Antragsteller jetzt so kommt, dass

Sie an der Ziffer etwas ändern möchten, dann rufen Sie mir das bitte zu. Ich versuche, das flexibel aufzunehmen, aber letztlich ist es Ihre Entscheidung als Gemeinderat, ob Sie diese veränderte Zahl akzeptieren oder nicht, denn Sie haben sich diese Selbstverpflichtung auferlegt.

Es gibt einen weiteren Punkt; wir haben zum Teil bei den einzelnen Haushaltspositionen verschiedene Anträge in verschiedener Höhe. Eigentlich ist es nicht möglich, Anträge zurückzuziehen, sondern über alle müssten theoretisch abgestimmt werden. Ich glaube aber, dass wir das so hinbekommen und wir über den Antrag abstimmen, der ein Stück weit die Mehrheit finden wird. Ich werde versuchen, das so zu machen. Wenn Sie dennoch als Gemeinderat sagen, dass das so nicht geht, denn wir möchten auch über die anderen abstimmen, dann signalisieren Sie mir das bitte. Aber ich glaube, im Sinne einer effizienten Mehrheitsfindung ist das andere mit Sicherheit sinnvoller.

Ich darf mich auch schon bedanken, denn ich habe gehört, es hat auch untereinander einiges an Abstimmung gegeben, und ich glaube, davon profitieren heute alle am Ende. Mit diesen Aussichten und Erwartungen treten wir jetzt in die Beratungen ein.

Wir gehen den Haushaltsplan schrittweise durch, und ich rufe immer an den einzelnen Punkten die entsprechenden Anträge entlang der Ordnungsziffer auf, die rechts oben auf dem Antrag steht, vorher aber im Haushaltsplan die entsprechende Seitenzahl, sodass Sie immer die Möglichkeit haben, sich zu orientieren.

Wir steigen damit ein.

### **Antrag Nr. 1 (S. 29): Senkung von Verwaltungsaufwand durch konsequente Fortsetzung des HSPKa bei den (Geschäfts-) Prozessen der Stadt (KULT)**

Wir haben als Verwaltung dazu geantwortet und empfehlen Ihnen, es als erledigt zu erklären.

**Stadtrat Wohlfel (KULT):** Prozesse, Prozesse, Prozesse! Beim Haushaltsstabilisierungsprozess ging es nicht nur darum, am Einnahme- und Ausgaberrädchen zu drehen. Es geht auch darum, Verwaltungsprozesse für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zu vereinfachen und dadurch den Verwaltungsaufwand zu reduzieren. Insbesondere verweisen wir auf die Möglichkeiten von IT und EDV für eine moderne Verwaltung. Mit unserem Antrag erinnern wir daran, dass wir diesen Teil des Haushaltsstabilisierungsprozesses nicht vergessen. Das Weitere entnehmen Sie bitte der Begründung.

**Stadtrat Marvi (SPD):** Die SPD-Fraktion hat von Anfang an die Systematik des Karlsruher Haushaltsstabilisierungsprozesses mitgetragen, um auf der einen Seite notwendige und sinnvolle Einsparungen durchzusetzen und unnötige Härten abzufedern, so wie wir vorgegangen sind, und auf der anderen Seite diese Stabilität langfristig zu stärken, durch eine Optimierung von Geschäftsprozessen, moderne und bürgerfreundliche Verwaltungsabläufe, den Ausbau der digitalen Infrastruktur und den Abbau von Doppelstrukturen. Wenn wir die großen Vorhaben der Stadtpolitik in den kommenden zwanzig Jahren sehen und die damit verbunden Risikotragfähigkeit des Haushalts, dann ist diese Strategie eine unbedingt erforderliche Dauerstrategie. Wir haben aber den gleichen Eindruck wie die Verwaltung, dass die Intension des KULT-Antrages, die großen Kosteneinsparpotenziale in unseren Ge-

schäftsprozessen anzugehen, bereits heute schon auf dem Radar ist. Wir bekommen sehr regelmäßig in der Strukturkommission Zwischenberichte über den Stand der jeweiligen Arbeitsgruppen und sehen auch schon konkrete Anpassungen und Vorhaben, die auf dem Weg sind - dabei müssen wir nicht nach Tel Aviv, Köln oder Tallin schauen. Wir haben umgekehrt den Eindruck, dass andere Kommunen, die auch in einem solchen Prozess sind, auch gerne mal auf unsere Erfahrungen in Karlsruhe schauen.

Etwas anderes ist es für uns, das Thema der Einnahmesituation der Stadt noch einmal durch Anpassung an einer Gesamtvermarktung und Standortstrategie zu verändern. Aber das ist eine grundsätzliche Debatte für die kommenden Jahre im Gemeinderat. Der Antrag ist für uns auch erledigt.

**Stadtrat Pfannkuch (CDU):** Die CDU-Fraktion empfiehlt dringend, an den Grundüberlegungen des Haushaltsstabilisierungsprozesses festzuhalten. Man sollte bei jeder Erhöhung, die wir heute und morgen beschließen, immer bedenken, ob wir sie langfristig aufrechterhalten können. Es wäre kontraproduktiv, wenn wir schon in absehbarer Zeit aus Gründen, die im Sinne dieses Haushaltsstrukturprozesses gelegen waren, wieder zurückführen müssen, deshalb bitte wieder an den Grundfesten dieser Idee festhalten.

**Stadtrat Konrad (GRÜNE):** Der Haushaltsstabilisierungsprozess hat einmal die Ausgaben der Stadt überprüft und an vielen Stellen korrigiert, aber das hatte einen beschränkten Zeitraum. Jetzt ist es notwendig, deshalb ist auch der Antrag der KULT-Fraktion sehr sinnvoll, dauerhaft zu implementieren, sodass die Effizienz von städtischen Prozessen und auch der effiziente Einsatz von Mitteln bei Zuschüssen überprüft werden. Damit dies in Zukunft auch passiert, unterstützen wir die KULT-Fraktion bei ihrem Ansinnen.

**Der Vorsitzende:** Es ist, glaube ich, noch mal eine gemeinsame Positionsbestimmung, wenn ich das richtig verstanden habe, und kann damit als **erledigt** betrachtet werden.

**Antrag Nr. 2 (S. 29): Personalaufbau nur bei KOD, kommunalen Kitas und Horten. Kein weiterer Personalaufbau. Absicherung vorhandener städtischer Arbeitsplätze (AfD)**

**Stadtrat Dr. Schmidt (AfD):** Unsere Redezeit ist heute sehr begrenzt, wie Sie wissen. Die Anzahl unserer Anträge überschreitet unsere Rededauer in Minuten, deswegen werde ich mich sehr kurz halten müssen. Sie haben eigentlich schon alles gesagt, Herr Oberbürgermeister, wir wollen die städtischen Arbeitsplätze sichern, wir wollen mehr kommunalen Ordnungsdienst, mehr Stellen bei Kitas und Horten und stellen das jetzt zur Abstimmung.

**Der Vorsitzende:** Wir kommen dann zur Abstimmung über den Antrag der AfD. Die Verwaltung empfiehlt eine Ablehnung, und ich bitte jetzt um Ihr Votum. - Das war jetzt zu schnell, ich habe hier noch keine Tafel, deswegen ist es ein bisschen schwierig. Wir wiederholen die Abstimmung, und ich bitte jetzt um Ihr Votum. - Damit ist der Antrag mehrheitlich **abgelehnt**.

### **Antrag Nr. 3 (S. 29): Soziale und nachhaltige Vergabe stärken (GRÜNE)**

**Stadtrat Konrad (GRÜNE):** An dieser Stelle werkeln wir schon eine ganze Weile, und auch die Stadtverwaltung bekennt sich grundsätzlich zu den Zielen, Vergaben nachhaltig und ökologisch durchzuführen. Jetzt ist es aber so, dass unheimlich viele Potenziale bei der Stadtverwaltung noch nicht richtig ausgeschöpft werden. Es gibt eine Beratung zu sozialer und nachhaltiger Vergabe bei der Stiftung „Kommunen in der Einen Welt“, es gibt Knowhow bei der Zentralen Vergabestelle, das immer weiter ausgebaut wird, und es gibt im Umweltdezernat Stellen, die sich damit ausgiebig beschäftigen. All das muss letzten Endes nur noch zur Umsetzung kommen, da es sich um immense Mittel handelt, die durch die Stadt verausgabt werden, um eine Stellschraube, wie die Stadt insgesamt ökologisch und sozial handeln kann. An der Stelle ist es für uns wichtig, im Haushalt, wo es hingehört, da es sich um Ausgaben handelt, dieses Ziel und auch eine stärkere Verbindlichkeit für die Stadtverwaltung endgültig festzuschreiben.

**Stadträtin Fischer (SPD):** Im Grundanliegen stimmen wir dem Antrag zu. Die antragstellende Fraktion hat gar keine Mittel beantragt. Wir sehen zukünftig auf jeden Fall den Ausbau der Zentralen Vergabestelle als etwas ganz Notwendiges, auch um ein Nachhaltigkeitsmanagement aufzubauen. Ich denke, dort ist es an der richtigen Stelle, und nicht jetzt, nicht in den einzelnen Ämtern, sondern zentral im Hauptamt.

**Der Vorsitzende:** Ich habe jetzt ehrlich gesagt nicht mitbekommen, ob wir jetzt abstimmen oder nicht. Wir stimmen ab, in Ordnung, es ist nach unserer Empfehlung als erledigt zu betrachten, aber Sie wollen trotzdem eine Abstimmung und wollen das Ziel weiterverfolgen. Die Antragsteller begehren eine Abstimmung, das ist Ihr gutes Recht. Mein Kompromiss wäre, dass wir uns zu dem Thema noch mal zusammensetzen und die von Ihnen angesprochenen Differenzen im Inhaltlichen klären. Wir müssen überlegen, wie wir das Thema im Hauptausschuss aufrufen, um es noch einmal durchzudiskutieren, weil ich fürchte, dass jetzt im Moment ein falscher Eindruck entsteht, wenn wir es zur Abstimmung stellen, das fände ich ungünstig. Können wir so verbleiben? Dann würden wir das Thema im Hauptausschuss diskutieren, vielleicht bringen Sie vorher noch ein paar Informationen ein, damit wir uns da verständigen können. Wir vereinbaren gemeinsam, dass wir das Thema auf die Tagesordnung des Hauptausschusses setzen, wie eine noch intensivere, soziale und nachhaltige Vergabe gestärkt wird. Das ist das Votum, und so würden wir es heute erst mal nicht zur Abstimmung stellen.

### **Antrag Nr. 4 (S. 32): Erhöhung der Finanzmittel zur Geschäftsführung bei Bürgerversammlungen und Zuschüsse an die Bürgervereine (SPD)**

### **Antrag Nr. 5 (S. 32): Pauschale für Bürgervereine um 10 % erhöhen (KULT)**

**Stadtrat Dr. Fechler (SPD):** In unserem Haushaltsantrag geht es um eine moderate Erhöhung der Haushaltsmittel für die Bürgervereine in Karlsruhe, die aus unserer Sicht eine herausragende Rolle im Miteinander in unserer Stadt spielen, als Bindeglied zwischen Verwaltung und Politik und der Bürgerschaft in den einzelnen Stadtteilen. Dieser Betrag ist sicherlich eher symbolisch, da die ehrenamtliche Tätigkeit in den Bürgervereinen durch die Zuwendung von kommunaler Seite in keiner Weise hinreichend gedeckt werden kann. Es zeigt sich, dass die Bürgervereine zunehmend in ihrer personellen und finanziellen Struktur an Grenzen stoßen, und uns geht es darum, einen Prozess anzustoßen, in dem es grundsätzlich um die Rolle der Bürgervereine geht, auch die Frage, welches Verständnis wir als

Stadt im Umgang mit den Bürgervereinen haben. Wenn wir die Bürgervereine als das ansehen, was wir zumindest verbal in vielen Beiträgen immer wieder kommunizieren, als Bindeglied zur Verwaltung, als Instrument der Bürgerbeteiligung, dann verlangt es hier ein Mehr an Engagement von unserer Seite. In diesem Sinne verstehen wir unseren Antrag und werden um Abstimmung bitten.

**Stadtrat Lancier (KULT):** Den Worten meines Kollegen lässt sich eigentlich nicht mehr viel hinzufügen, insofern werde ich mich sehr kurz halten. Die demokratische Beteiligung der Bürgervereine, die auf die Art und Weise direkt in der Nachbarschaft ansetzt und eine direkte Ansprache und eine Wahrnehmbarkeit der Prozesse in der Stadt erlaubt, die wollen wir unterstützen und haben aus diesem Grund eine, wenigstens für die dringlichsten Bedürfnisse, erforderliche finanzielle Beteiligung oder Unterstützung in Anspruch gestellt. Wir wollen, dass die Demokratie vor Ort ihren Halt findet und auf die Art und Weise auch die Verwaltung in ihrer Arbeit unterstützt wird, weil doch sehr viele lokale Informationen sehr viel direkter an die Öffentlichkeit dringen.

**Stadtrat Wenzel (FW):** Da meine Redezeit sehr gering in dieser Haushaltsberatung ist, werde ich nicht zu allem etwas sagen, ich werde auch nicht überall Stellung nehmen und ich habe auch nicht so viele Anträge gestellt, weil ich meinen Schwerpunkt gesetzt habe, aber das ist ein Antrag von symbolischer Kraft, das hatte der Kollege, Herr Dr. Fechler, von der SPD bereits gesagt. Ich sehe es auch in einem Antrag als wichtig an, und deshalb werde ich als Bürgervereinsmitglied im Vorstand zustimmen, damit man die Arbeit vor Ort der Bürgervereine, die auch tatsächlich immer teurer und aufwendiger wird, mitträgt. Zum Verständnis, um Redezeit zu sparen, werde ich bei einigen Anträgen schweigen und wenig sagen.

**Stadtrat Wohlfel (KULT):** Ich möchte noch kurz bei meinen Kollegen ergänzen, dass wir uns mit den anderen Fraktionen darauf geeinigt haben, dem SPD-Antrag zuzustimmen, und unseren Antrag nicht zur Abstimmung stellen.

**Der Vorsitzende:** Jetzt muss ich bei dem SPD-Antrag noch klären, welche Zahlen stimmen. Ich habe einmal diese 19.000 Euro und dann waren es einmal 12.500 Euro im ersten und 25.000 Euro im zweiten Jahr. Was gilt jetzt?

(Zuruf)

Die 19.250 Euro jeweils für die zwei Jahre, okay.

**Stadträtin Wiedemann (CDU):** Auch ich mache es kurz, die Arbeit der Bürgervereine und Bürgergemeinschaften ist unbezahlbar, und ich denke, diese 19.000 Euro zur Erhöhung sind ein symbolischer Beitrag, den wir Ihnen geben können. Weiterhin wird an einem Konzept gearbeitet und die Hallensituation wird auch erfragt, und wir hoffen, dass wir in zwei Jahren den Bürgervereinen ausreichend Mittel zur Verfügung gestellt haben.

**Der Vorsitzende:** Eigentlich geht es nicht, einen Antrag zurückzuziehen. Ich hatte erst darauf hingewiesen, aber jetzt machen wir es so mit Ihrem Einverständnis, und ich rufe jetzt nur noch den SPD-Antrag auf, dem auch die KULT beigetreten ist, mit einer Erhöhung von 19.250 Euro für die jeweiligen Jahre und bitte um Ihr Votum. - Das ist eine **überwältigende Mehrheit**.

**Stadtrat Lancier (KULT):** Ich habe daneben getippt.

**Der Vorsitzende:** Gut, dann bin ich nicht mehr so alleine. Ich darf auf der Seite 31 noch darauf hinweisen, dass in der Veränderungsliste Beträge für den Weltkirchentag der reformierten Kirchen im Jahr 2021 und in den Vorjahren eingestellt sind.

**Antrag Nr. 6 (S. 35): Investitionsliste priorisieren und abarbeiten (FÜR Karlsruhe)**

Wir wurden darauf hingewiesen, dass der Antrag eine konkrete Verschiebung von 160 Millionen Euro beinhaltet, um eine Verschuldung in der Höhe zu vermeiden. Auf das sind wir in der Stellungnahme allerdings nicht eingegangen. Das Ansinnen eines solchen Antrags wäre aus unserer Sicht faktisch rechtlich und auch hinsichtlich eingegangener Verpflichtungen nicht umsetzbar, da die insgesamt geplanten Investitionen von 64,6 Millionen auf neue Baumaßnahmen entfallen, die theoretisch verschoben werden könnten. Die anderen Dinge sind schon angefangen und können nicht verschoben werden. Möglicherweise liegt da auch ein Missverständnis vor, ich will da einfach noch mal darauf hinweisen, und vor allem den Antragstellern noch mal die Möglichkeit geben, es zu erläutern.

**Stadtrat Kalmbach (FÜR Karlsruhe):** Dieser Antrag ist von der Sorge um unseren Haushalt getrieben. Ich werde zu diesem Punkt ein bisschen länger sprechen, später etwas kürzer, weil er so zentral ist. Wir haben es gerade gehört, der Bundesrechnungshof hat zum Beispiel der Bundesregierung bescheinigt, zu viel Geld auszugeben und in den guten Zeiten zu wenig zurückzulegen. Deswegen haben wir Sorge um unseren Haushalt, und es beinhaltet, dass wir in Rekordzeiten bei Rekordeinnahmen Rekordausgaben generieren und 160 Millionen Euro neue Schulden aufnehmen. Das kann unseres Erachtens nicht sein, und deswegen sind die 160 Millionen Euro ins Spiel gekommen. Das heißt, bei diesen schönen 462 Anträgen, die wir hier haben und die wir im Ergebnishaushalt noch mal schön draufsatteln, müsste auf der anderen Seite im Investitionshaushalt weniger ausgegeben werden. Da durchaus viele wichtige Anträge dabei sind, glauben wir, dass diese 160 Millionen Euro Neuverschuldung auf Dauer nicht möglich sein können. Aus diesem Grund sagen wir es ganz deutlich, wir müssen sparen, und zwar jetzt an dieser Stelle bei den Investitionen.

Jetzt kann man sich darüber streiten, ob die Verpflichtungsermächtigungen tatsächlich, wie Sie sagen, schon alle angefangen haben. Ich würde behaupten, da gibt es Investitionsverpflichtungen, die noch gar nicht angefangen haben, die schon so alt sind und immer noch draufstehen. Nicht alles was aufgeführt wurde, ist auch tatsächlich angefangen. Wir können durchaus darüber noch sprechen, wir können das auch strecken. Es gibt verschiedene Möglichkeiten, wenn man gewillt ist etwas zu ändern, es auch zu tun. Aus diesem Grund appellieren wir an dieser Stelle, diese Neuverschuldung zu verhindern. Es heißt gleichzeitig auch, dass unser Haushalt wie eine Lokomotive ist; wenn die mal angeheizt ist, dann läuft sie. Wenn wir das heute im Haushalt verabschieden, dann hat das in vier oder fünf Jahren Konsequenzen. Das bedeutet, wir können bei einer konjunkturellen Verschlechterung überhaupt nicht mehr reagieren, weil es so läuft, wie es eingetütet wurde. Deswegen sagen wir, dass wir an der Stelle bei der Lokomotive Dampf rausnehmen müssen und jetzt weniger ausgeben. Wie wollen wir denn reagieren, wenn die Konjunktur tatsächlich einbricht? Bei den Banken spricht man von einem Stresstest bei zehn Prozent konjunkturellem Einbruch. Was würde mit der Stadt Karlsruhe passieren, wenn wir fünf oder zwei Prozent Minus hätten? Wir könnten nicht mehr reagieren, wir wären sofort dem Land unterstellt, und die würden unseren Haushalt unter Kuratel stellen. Deswegen sagen wir, dass wir jetzt



hier abarbeiten, was wir verschieben, strecken oder streichen können. Das ist unser Ansinnen, und die Priorisierung hat nur die methodische Frage, wo wir ansetzen. Das war der Kern des Antrages.

**Der Vorsitzende:** Sie können gewiss sein, dass auch die Stadtverwaltung kein Interesse an einer wachsenden Neuverschuldung hat, und je nachdem wie die Schuldenbremse rechtlich ausgelegt wird, werden wir da an der Stelle sowieso in diese Prioritäten eingreifen müssen. Dennoch können wir im Moment, so wie Sie es formuliert haben, Ihnen nicht die Annahme empfehlen, weil wir dann im Grunde auch aus unserer Sicht begonnene Maßnahmen stoppen müssten, und das macht keinen Sinn. Mein Vorschlag wäre, dass Sie das Thema in der Strukturkommission durchaus noch mal ansprechen, da werden solche Investitionslisten immer wieder aufgelegt, und Sie haben schon das Recht darauf, konkret zu erfahren, welche Dinge wir strecken oder vielleicht auch ganz sein lassen können, aber welche Dinge eben auch nicht verschiebbar sind, weil sie eben auch schon begonnen worden sind. Wenn wir das so als gemeinsamen Appell verstehen, und ich Ihnen hier die Zuarbeit zusichere, können wir vielleicht auf eine Abstimmung verzichten, denn das Ziel eint uns alle. Wäre das so für Sie in Ordnung Herr Kalmbach? Wunderbar, vielen Dank.

**Antrag Nr. 7 (S. 43.) Weiterentwicklung der Zuschusshöhe beim Jobticket (SPD,GRÜNE, KULT)**

**Antrag Nr. 8 (S. 43) Rücknahme des Einfrierens des Zuschusses zu den KVV-Firmenjahreskarten für städtische Beschäftigte und Weiterführung des geplanten Ausbaus der Karte (Die Linke)**

**Stadträtin Anlauf (GRÜNE):** Die Zuschüsse für das Jobticket wurden durch die Sparmaßnahmen auf 26 Euro pro Monat eingefroren, obwohl zwei weitere Stufen vorgesehen waren. Dies hat zu Unmut unter dem Personal geführt. Die Stadt Karlsruhe muss stattdessen Anreize schaffen, um im Wettbewerb um Arbeitskräfte mithalten zu können. Karlsruhe bewegt sich hier, also bezüglich des Jobtickets, im interkommunalen Vergleich im unteren Drittel. Deshalb setzen sich die GRÜNEN für die Rücknahme der Sparmaßnahme an diesem Punkt ein.

(Stadtrat Pfalzgraf setzt zum Sprechen an)

**Der Vorsitzende:** Es ist ein gemeinsamer Antrag, und die Antragsteller haben jetzt einmal geredet, und dann beginnt jetzt die neue Reihenfolge. Die Antragsteller müssen untereinander klären, wer für sie spricht und der Erste, der sich meldet, von dem gehen wir dann davon aus, dass es der geklärte Sprecher ist. Ich habe auch Ihre Wortmeldung nicht gesehen.

**Stadtrat Maier (CDU):** Nicht jeder Antrag, der vom politischen Gegner kommt, ist per se schlecht. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Stadt Karlsruhe sind das höchste Gut unserer Stadt. Deshalb begrüßen wir die vorgeschlagene Aufhebung des Einfrierens des Zuschusses. Vor dem Hintergrund der Steuerfreiheit ist es also ein doppelter Benefit, und wir stimmen dem Antrag zu.

**Der Vorsitzende:** Noch mal, wenn es Anträge von mehreren Fraktionen gibt, sollten die Fraktionen untereinander klären, wer für die Antragsteller spricht, und danach arbeiten wir es ganz üblich nach der Größe ab. Insofern hat Frau Anlauf nach meiner Wahrnehmung

für die Antragsteller gesprochen, und danach geht es der Reihenfolge nach weiter, und da war der Herr Stadtrat Maier einfach der Erste.

**Stadtrat Pfalzgraf (SPD):** Okay, Missverständnis geklärt, man lernt ja nie aus. Wir sind natürlich auch für diesen Antrag, wir haben ihn auch gestellt. Wir halten dieses Einfrieren für keine gute Entscheidung, das hat, wie schon angesprochen, nicht nur für Unmut und Ärger gesorgt, es trägt natürlich auch nicht zur Motivation der städtischen Mitarbeiter bei. Eines muss man auch noch ganz deutlich sagen, die Stadt Karlsruhe müsste selbst größtes Interesse an diesem Jobticket haben. Es trägt schließlich auch zur Verkehrsentslastung bei, zum Klimaschutz, und es trägt dazu bei, dass die Luftbelastung nicht allzu stark wird. Sie verweisen jetzt in Ihrer Stellungnahme auf Ihre Arbeitsgruppe, die eine Lösung finden soll. Wir sind der Meinung, dass wenn die Arbeitsgruppe irgendwann eine bessere Lösung findet als das was in unserem Antrag steht, soll es gut sein, aber bis dahin wollen wir die Abstimmung. Ich kündige an, dass wir zu einem späteren Antrag noch mal über ein Gesamtkonzept diskutieren wollen, und da wird das Jobticket auch noch mal Inhalt sein.

**Stadtrat Lancier (KULT):** Auch wir sind als Mit Antragsteller selbstverständlich für diesen Antrag. Der Hintergrund dazu hat allerdings noch einen weiteren Aspekt, denn nicht nur die Stadt soll ein attraktiver Arbeitgeber werden, wie es auch in der Antwort der Verwaltung heißt, sondern zudem hat die Stadt durchaus eine Vorbildfunktion. Das heißt, wenn die Stadt eine solche Leistung anbietet, mag das den einen oder anderen Arbeitgeber hier in Karlsruhe auch dazu anregen, diese Anregung aufzunehmen und seinerseits die Verwendung von Jobtickets als Benefit etwas stärker zu verbreiten.

Alle Vorteile, die dann ein höheres Aufkommen und Verwenden des öffentlichen Nahverkehrs mit sich bringen, hat der Kollege auch schon genannt. Diese Vorteile genießen wir in der Stadt ebenfalls. Es ist auch eine grundsätzliche Idee, dass wir den attraktiven Arbeitgeber brauchen, weil wir eine ganze Reihe von Anträgen jetzt in Folge haben, bei denen es darum geht, dass die Verwaltung eine ausreichende Personalstärke hat und hält. Wir haben momentan, wie wir alle wissen, ein erhebliches Defizit an Stellen in der Stadt, nicht weil die nicht existieren, sondern weil die nicht besetzt sind, was zur Folge hat, dass die Arbeitnehmer, die wir haben, an einigen Stellen überlastet sind und dadurch die Arbeitsstellen ebenfalls unattraktiv werden. Wer keine Kollegen und viel zu viel Zeug auf dem Schreibtisch hat, der sucht sich gegebenenfalls eine weniger stressige andere Stelle. Dieser Entwicklung müssen wir endlich begegnen und müssen dafür sorgen, dass in den Verwaltungen die erkannten Bedürfnisse was Stellen betrifft, auch tatsächlich umgesetzt werden. Das ist auf dem momentanen Arbeitsmarkt nur durch eine entsprechend hohe Attraktivität zu erreichen. Das ist ein Ausblick auf die folgenden entsprechenden Anträge.

**Der Vorsitzende:** Ich hätte ja die beiden Anträge Nr. 7 und Nr. 8 aufgerufen, jetzt hat sich der Antragsteller des Antrags Nr. 8 gemeldet, insofern nehme ich den jetzt in der Reihenfolge dran.

**Stadtrat Fostiropoulos (Die Linke):** Da der Antrag der Linken der gleiche Antrag ist wie der von SPD, GRÜNE und KULT, schlagen wir vor, dass wir einmal für den gemeinsamen Antrag abstimmen. Die Argumente Motivation und Fachkräftemangel, aber auch das Auto zuhause zu lassen, um die Bahn zu nutzen, sind schon genannt worden, das sind auch unsere Argumente.

**Stadtrat Hock (FDP):** Diesem Antrag kann man, wenn man weiß, wie schwierig es im Moment ist, auf dem Fachkräftemarkt gute Leute zu bekommen, nur zustimmen und Ja sagen. Diesen Weg kann man gerne mitgehen. Es wurden hier schon die Argumente auf den Tisch gelegt, wieso man das tun sollte, und meine Fraktion sieht das genauso. Im selben Zuge gibt es auch für uns, die Fraktionen und ihre Mitarbeiter, die Frage nach den Jobtickets, das sollte man nicht ganz außer Acht lassen.

**Der Vorsitzende:** Die Antragsteller des Antrages Nr. 8 sind dem Antrag Nr. 7 beigetreten, von daher stelle ich nur noch den interfraktionellen Antrag, dem auch Die Linken beigetreten sind, hier zur Abstimmung und bitte jetzt um Ihr Votum. - Ich möchte eine persönliche Erklärung abgeben, dass ich nicht gegen die Steigerung dieses Jobtickets bin, aber Sie kennen das, ein Oberbürgermeister vertritt immer die Position der Verwaltung, und wenn wir nicht selbst auf die schlaue Idee gekommen sind, muss ich gegen jede Erhöhung sein, insofern mag das zur Erklärung jetzt ausreichen. Das ist eine übergroße Mehrheit, das ist ein gutes Zeichen für die attraktive Arbeitgeberin, und liegt auch ganz in dem Sinne der Verwaltung an der Stelle.

Ich möchte noch auf der Seite 40 darauf hinweisen, dass wir in der ersten Veränderungsliste hier für ein Projekt „Personalgewinnung von Berufserfahrenen“ und vor allem noch für eine zusätzliche Stellenschaffung von bis zu zwanzig Stellen zur Umsetzung der neuen Fördermaßnahmen „Teilhabe am Arbeitsmarkt und Eingliederung von Langzeitarbeitslosen“ entsprechende Mittel eingestellt haben. Wir wissen noch nicht so genau, ob es über den Personalhaushalt der Stadt oder über unsere Beschäftigungsbetriebe laufen wird, das werden wir dann noch in den Fachausschüssen mit Ihnen diskutieren. Wir wollen hier nur die entsprechenden Mittel einstellen, um diese neuen Förderinstrumente des Bundes, die ab dem 01.01.2019 gelten sollen, auch ein Stück weit in Anspruch nehmen zu können. Das ist über die erste Veränderungsliste eingebracht, und da möchte ich Sie einfach darauf hinweisen.

#### **Antrag Nr. 9 (S. 43): Einrichtung von Inklusions- bzw. Helferstelle (SPD)**

**Stadträtin Fischer (SPD):** Im Anschluss an das von Ihnen Gesagte, begrüßen wir es zunächst, dass dieses Anliegen in die Veränderungsliste gekommen ist, und sind damit auch zufrieden. Wir möchten aber, dass in der Zukunft kontinuierlich berichtet wird, weil es hier in dem Bereich unser Anliegen ist, mehr zu tun als wir es bisher getan haben.

#### **Antrag Nr. 10 (S. 43): Anschlussbeschäftigung für Auszubildende nach Ausbildungsende (SPD, GRÜNE, KULT)**

Für die Antragsteller spricht hier niemand, da muss ich mal schauen, was wir mit dem Antrag machen. Der Antrag Nr. 10 wird zur Abstimmung gestellt und ich bitte jetzt um Ihr Votum

**(mehrheitlich angenommen).**

#### **Antrag Nr. 11 (S. 43): Weiterqualifizierung Verwaltungsfachwirt (SPD, GRÜNE, KULT)**

Wer redet für die Antragsteller? Ist erledigt.

Dann kommen wir in den **THH 1200**.

**Antrag Nr. 12 (S. 53): Zuschuss Erstaussstattung Bürgerzentrum Mühlburg (CDU, SPD, KULT)**

**Antrag Nr. 13 (S. 53): Zuschuss Erstaussstattung Bürgerzentrum Mühlburg (GRÜNE)**

Hier hat es im Vorfeld eine Diskussion über einen Sperrvermerk gegeben. Wir würden Ihnen empfehlen, den Sperrvermerk an der Stelle nicht zu erstellen, weil das bei den Beträgen aus unserer Sicht nicht zielführend ist. Zwei Anträge stehen zur Abstimmung. Gibt es Wortmeldungen?

**Stadträtin Melchien (SPD):** Dass Bürgerzentren wichtige Funktionen in den Stadtteilen erfüllen, darauf muss ich hier nicht näher eingehen, vor allem natürlich indem sie Räume für Begegnung und Angebote für gemeinsame Aktivitäten bieten. Gemeinsam mit den Ehrenamtlichen, die sich vor Ort in den Bürgerzentren engagieren, und dem Beschluss des Gemeinderates zu den Grundsätzen für die Förderung, haben wir diese auf den Weg gebracht. Ein nächster großer Schritt wird 2019 mit der Eröffnung des Bürgerzentrums mit integrierter Stadtteilbibliothek erfolgen. Ich möchte betonen, dass wir uns eben trotz dem Haushaltsstabilisierungsprozess Karlsruhe dazu entschieden haben, dieses wichtige Projekt aus dem Sanierungsgebiet Mühlburg umzusetzen. Jetzt steht die Eröffnung kurz bevor, und die Finanzierung für die notwendige und dringend erforderliche Erstaussstattung ist nicht vollständig gesichert. Es gilt hier zügig Abhilfe zu schaffen, und ich bin sehr froh, dass Sie jetzt auch von Verwaltungsseite nicht die Notwendigkeit sehen, hier diesen Antrag mit einem Sperrvermerk zu versehen. Sicherlich ergibt sich aber logischerweise aus dem heute positivem Beschluss, die allgemeine Notwendigkeit einer Änderung der Grundsätze, die wir auch begrüßen. Die Zeit eilt, und die Überarbeitung sollten wir sorgfältig und in Ruhe, mit der Verwaltung und mit den Erfahrungen, die vor Ort gesammelt wurden, begehen. Von daher bitte ich Sie alle um ihre Unterstützung, heute den 8.000 Euro Zuschuss zuzustimmen. Es ist nur ein Teilbetrag dessen, was das Bürgerzentrum für die Erstaussstattung benötigt.

**Stadträtin Dr. Leidig (GRÜNE):** Wir freuen uns sehr auf das Bürgerzentrum in Mühlburg, damit es funktionieren kann, braucht es Möbel und weitere Ausstattung. Wir sind davon ausgegangen, dass der Zuschuss hierfür eine Änderung der Grundsätze zur Förderung von Bürgerzentren voraussetzt und haben es eben deswegen mit dem nötigen Sperrvermerk eingestellt. Ein entsprechender Antrag zur Änderung der Förderrichtlinien ist auch schon formuliert, wir verzichten aber auch gerne auf die Änderung und den Sperrvermerk, wenn es anders möglich ist, und würden uns einfach den anderen anschließen.

**Stadtrat Haug (KULT):** Ein Bürgerzentrum ohne die Erstaussstattung ist nicht arbeitsfähig, deshalb haben wir diesen Antrag mit gestellt.

**Stadträtin Wiedemann (CDU):** Auch wir sehen es so, dass eine Erstaussstattung nicht vom Bürgerverein selbst getragen werden kann, und jeder, der sich selbst mal neu möbliert hat, weiß, dass die 8.000 Euro bestimmt nicht überzogen sind.

**Stadtrat Kalmbach (FÜR Karlsruhe):** Grundsätzlich sind wir leidenschaftlich für Bürgerzentren, aber zufällig eins rauspicken und fördern, ohne es konzeptionell zu hinterlegen, erscheint uns ein bisschen zu abenteuerlich und zu punktuell zu sein. Deswegen zuerst mal

ein ordentliches Konzept dafür, und dann kann man fördern, sonst fördern wir hier eine Neidkultur an der Stelle, und das geht nicht. Deswegen werden wir mit Nein stimmen.

**Der Vorsitzende:** Ich möchte noch einmal darauf hinweisen, dass es jetzt einmalig um 8.000 Euro im nächsten Haushaltsjahr geht. Es gibt eine Quertabelle von uns, da haben wir es fälschlicherweise in beiden Jahren eingetragen, es geht aber nur um einen einmaligen Betrag. Ich finde es richtig, dass Sie noch mal darauf hinweisen, es ist von mehreren Seiten gekommen, dass wir hier unserer bisherigen Systematik widersprechen, das heißt, wir sollten das dann durchaus zum Anlass nehmen, noch mal über diese Förderrichtlinien miteinander zu sprechen. Aber dennoch kann der Gemeinderat in seiner Weisheit einmalig auch mal eine solche Sache hier beschließen, das ist ihm unbenommen. Damit können wir die Anträge Nr. 12 und 13 gemeinsam aufrufen, ohne Sperrvermerk, diese einmaligen 8.000 Euro für die Erstausrüstung, und ich bitte um jetzt um Ihr Votum. - Das sieht schwer nach einer Mehrheit aus.

#### **Antrag Nr. 14 (S. 54): Mietspiegel online (SPD, GRÜNE, KULT)**

**Stadtrat Zeh (SPD):** Der Wohnungsmarkt in Karlsruhe ist angespannt, die Mieten steigen, das ist uns leider allen immer wieder bewusst. Die Bürger wollen natürlich vergleichen, ob ihre Mietforderung, die sie von ihrem Vermieter erhalten, gerecht ist oder nicht. Da bietet es sich an, und wir haben es auch schon vor zwei Jahren gefordert, so einen Mietspiegelrechner online zu stellen, wo der Bürger mit wenigen Klicks erfahren kann, welche Preisspanne für die Wohnung angemessen ist. Das haben verschiedene andere Kommunen auch schon, und von daher ist es für uns als IT-Hauptstadt auch selbstverständlich, dass man einen solchen Mietspiegelrechner online anbietet, damit man schnell sieht, wie das Mietniveau in Karlsruhe ist. Der Mietspiegel ist Gott sei Dank hier in Karlsruhe sehr einfach anzuwenden, wir haben demnächst auch die Fortschreibung, in dem Sinne unserer IT-Hauptstadt wäre es eine sinnvolle Ergänzung.

**Stadtrat Pfannkuch (CDU):** Das klingt im ersten Moment durchaus charmant, aber im zweiten Moment überzeugt die Antwort der Verwaltung, mit den Bedenken, die dort geteilt werden. Wir müssen einfach sehen, Mieterhöhungen sind ganz konkrete rechtliche Prozesse, die sind keinesfalls so einfach gestrickt, wie es sich jetzt in diesem SPD-Antrag anhört. Ein Mietspiegelrechner, der führt bei der Bevölkerung zu falschen Erwartungen, weil sie nie und nimmer richtige Ergebnisse rausbekommen. Wir dürfen auch keine Effekte mit diesen Online-Tabellen auslösen, denn eines dürfen wir auch nicht vergessen, das Gros der Mietverhältnisse läuft auf der Basis frei vereinbarter Mietanpassungen zwischen Vermieter und Mieter. Das ist im Sinne des sozialen Friedens auch gut so.

**Stadtrat Borner (GRÜNE):** Die Mietpreisbremse in Karlsruhe, so eine Ermittlung der GRÜNE-Gemeinderatsfraktion vor einigen Jahren, funktioniert nicht. Aus diesem Grund muss eine Kommune, auch wenn sie nicht explizit gesetzlich dazu verpflichtet ist, ihre Bürgerinnen und Bürger vor zu hohen Mieten zu schützen. Dafür bieten sich ein kostenloser Mietspiegel und ein Mietspiegelrechner auf der Karlsruher Webseite an.

**Stadtrat Lancier (KULT):** Der Mietpreisspiegel online ist ein Beitrag zur Waffengleichheit zwischen Vermieter und Mieter, denn momentan ist es doch in der Regel so, dass der Mietspiegel zwar den Vermietern zur Verfügung steht, weil er nicht großartig wehtut. Aber wer nach einer neuen Wohnung sucht, insbesondere Neubürger in Karlsruhe, der hat diese

Unterlage in der Regel nicht. Er braucht sie effektiv auch nur einmalig, eben bei der Suche seiner ersten Wohnung, und in der Regel ist derjenige, in Bezug auf den derzeit völlig überhitzten Wohnungsmarkt hier in Karlsruhe, sowieso am kürzeren Hebel. Wir sehen daher die Stadt in der sozialen Pflicht, diese Information möglichst breit und allen zur Verfügung zu stellen, ohne große Hürden. Abgesehen davon ist auch dies wieder ein Beitrag dazu, eine gewisse Transparenz herzustellen, dem Anspruch der Stadt an Open Data und Open Gouvernement gerecht zu werden. Von daher bitten wir um Zustimmung für diesen Antrag.

**Der Vorsitzende:** Wir kommen damit zur Abstimmung über den **Antrag Nr. 14** Mietspiegel online und ich bitte jetzt um Ihr Votum. - Das ist eine **Mehrheit** für diesen Antrag.

### **Antrag Nr. 15 (S. 57): Qualitative Umfrage Alleinerziehende - Bereitstellung der erforderlichen Mittel (GRÜNE)**

**Stadträtin Anlauf (GRÜNE):** Mit der Antwort der Verwaltung sind wir nicht zufrieden. Natürlich sind nicht alle Alleinerziehenden arm, manche sind auch wohlhabend, aber umgekehrt, sind die Kinder von Alleinerziehenden am meisten von Armut betroffen. Um passgenau Unterstützung für diese armen Familien anzubieten, wäre eine qualitative Befragung wichtig. Wir haben die Verwaltung in unserem Antrag zitiert, denn in der Familienumfrage 2017 der Verwaltung heißt es unter Fazit „die variierenden Rückläufe der Befragung machen deutlich, dass flankierende Befragungsmethoden für bestimmte Zielgruppen sinnvoll sind und gerade bei alleinerziehenden Familien und noch tiefer und qualitativ in die Problemlagenanalyse zu gehen“. In Tübingen beispielsweise waren Direktinterviews mit armen Alleinerziehenden wichtig, um besser verstehen zu können, was die Frauen und ihre Kinder benötigen, um entsprechend passgenau handeln zu können. Genau das wollen wir auch.

**Stadträtin Meier-Augenstein (CDU):** Wir haben viele Umfragen in ganz bestimmte Richtungen, die wir an unsere Bevölkerung richten, und so ist auch die Familienumfrage regelmäßig mit dabei, alle paar Jahre, die letzte liegt noch gar nicht so weit zurück. Wir denken, dass wir über die Familienumfrage eine breite Information über den Zustand in unseren Familien bekommen, über die Wünsche und auch die Anregungen, die dort entstehen. Wir folgen heute dem Vorschlag der Verwaltung, dass wir keine separate Umfrage für Alleinerziehende brauchen. Jede Umfrage ist auch nur so gut, wie viele Menschen oder Bürgerinnen und Bürger mitmachen, insofern denken wir, wenn die Familienumfrage wieder in einem regelmäßigen Turnus durchgeführt wird, dass wir da genug Punkte zur Ableitung haben, um dann auch Angebote schaffen zu können.

**Stadträtin Melchien (SPD):** Auch der SPD-Fraktion ist es wichtig, die Situation der Alleinerziehenden im Blick zu haben und Unterstützung zu bieten. Den Antrag der GRÜNEN, allein für eine Umfrage noch mal 20.000 Euro mehr aufzuwenden, werden wir allerdings nicht unterstützen. Zum einen, und das wurde bereits betont, erhalten wir bereits wichtige und zahlreiche Erkenntnisse aus Erhebung, und haben zudem noch die Möglichkeit mit den vorhandenen Instrumenten auch nachzusteuern, wenn weiterer Bedarf für Erkenntnisse gesehen wird. Dies ist aber vor allem aus unserer Sicht ein Thema für den Fachausschuss, und gerade die Verbände geben uns hier immer wieder wertvolle Hinweise auf aktuelle Problemstellungen. Zum anderen haben wir uns auch gerade mit der spezifischen Situation von Alleinerziehenden des Öfteren beschäftigt, und hierzu beispielsweise von der Sozialbehörde ein Gutachten über die spezifische Situation in der Vergangenheit bereits

diskutiert, eben bezogen auf Sozialhilfeempfänger und die Arbeitsförderung. Die SPD ist auch immer wieder gerne bereit, konkrete Maßnahmen aus diesen Erkenntnissen abzuleiten und zu beschließen, wie es beispielsweise bei der Förderung bei der Teilzeitausbildung der Fall ist. Mehr Geld wollen wir vor allen Dingen in konkrete Angebote investieren, wir sehen es als sehr wichtig an operativ steuern zu können, deswegen wollen wir dem Antrag heute nicht folgen.

**Der Vorsitzende:** Ich rufe den Antrag der GRÜNEN Nr. 15 Qualitative Umfrage Alleinerziehende zur Abstimmung auf, und bitte jetzt um Ihr Votum. - Das ist eine **mehrheitliche Ablehnung**.

#### **Antrag Nr. 16 (S. 64): Livestream aus dem Gemeinderat ausbauen (KULT)**

**Stadtrat Wohlfel (KULT):** Bei den diesjährigen Haushaltsreden bot die Stadt erstmals eine Liveübertragung an. Es war zwar noch nicht alles perfekt, aber das Angebot wurde dennoch gut angenommen. Unsere Fraktion von Piraten, Karlsruher Liste und Die Partei will mit einem Livestream die Arbeit des Gemeinderates und der Stadtverwaltung transparenter machen. Damit stärken wir das Vertrauen der Bevölkerung in unsere demokratische Verwaltung. Nicht alle Bürgerinnen und Bürger können dienstagnachmittags oder auch dienstagnamorgens den Sitzungen des Gemeinderates aus örtlichen oder zeitlichen Gründen beiwohnen. Mit einer Online-Übertragung und anschließender Aufzeichnung machen wir die Sitzung des Gemeinderates mehr Bürgerinnen und Bürgern zugänglich. Wir erklären uns mit dem von der Verwaltung vorgeschlagenen Vorgehen einverstanden und sind überzeugt, dass die Verwaltung dem Gemeinderat in den nächsten Monaten einen guten Vorschlag vorlegen wird.

**Stadtrat Maier (CDU):** Wir betrachten die technische Entwicklung vom Liveticker über die elektronische Abstimmung bis hin zum Live-Stream als unser Baby, an diesem dicken Brett haben wir als CDU immer wieder und lange gebohrt. Wir hätten gerne formell noch einen Sperrvermerk bis zur Konzepterstellung eingezogen, und stimmen ansonsten dem Antrag zu.

**Der Vorsitzende:** Der Antrag wurde soweit als erledigt betrachtet, da Sie auf unseren Vorschlag eingehen, dann brauchen wir ihn nicht zur Abstimmung stellen.

Auf der S. 87 und auf der S. 90 im THH 1500 möchte ich darauf hinweisen, dass über die erste Veränderungsliste Betriebs- und Geschäftsausstattung Nikolauskapelle, Möblierung, Küche, Personal, WC im Rathaus Hohenwettersbach und Ausstattung des Foyers der Lustgartenhalle mit Beamer aufgenommen wurde.

Ich rufe den **THH 1700** Informationstechnik und Digitalisierung auf. Hier möchte ich darauf hinweisen, dass in der Veränderungsliste die Stellenschaffung einer Vollzeitstelle zum Thema moderne Schule IT moderne Schule Systemadministration eingearbeitet ist.

#### **Antrag Nr. 17 (S. 114): Erstellung einer Studie zur Analyse der Tragfähigkeit des Haushaltes des Konzerns Stadt Karlsruhe (CDU)**

Da darf ich ebenfalls auf die erste Veränderungsliste hinweisen, dort haben wir entsprechende Mittel für eine externe Begleitung in die Veränderungsliste aufgenommen. Von daher könnte auch dieser Antrag als erledigt betrachtet werden, das sehen Sie so.

Auf der S. 114 haben wir darüber hinaus über die erste Veränderungsliste zwei befristete Stellen zur Einführung der e-Rechnung zusätzlich verankert, und ebenfalls in der ersten Veränderungsliste auf der S. 117 zum Verlustausgleich Eigenbetrieb Fußballstadion im Wildpark gemäß der Wirtschaftsplanung 2019. Da müssen wir die Veränderungsliste korrigieren, da sind wir bei den Vorzeichen etwas durcheinander gekommen. In 2019 haben wir weniger Aufwendungen in den Jahren 2020 bis 2023 dagegen mehr Aufwendungen, da haben die Vorzeichen offensichtlich nicht gestimmt.

**Antrag Nr. 18 (S. 118): Streichung der Gewinnausschüttung der VoWo an die Stadt (SPD)**

**Antrag Nr. 19 (S. 118): Volkswohnung GmbH (GRÜNE)**

**Antrag Nr. 20 (S. 118): Ausgleichszahlung aus Volkswohnung (FDP)**

**Stadtrat Pfalzgraf (SPD):** Wir halten die Gewinnabschöpfung der Volkswohnung für eine falsche Entscheidung, oder wir werden dem nicht zustimmen, sagen wir es mal so. Der Vergleich mit anderen Gesellschaften, was Gleichbehandlung betrifft, trifft unserer Meinung in diesem Fall nicht zu, weil die Volkswohnung einen besonderen Auftrag hat. Sie hat einen sozialen Auftrag und ist deshalb nicht vergleichbar mit den anderen Gesellschaften, und es ist auch festzustellen, dass mittel- bis langfristig die Gewinne der Volkswohnung rückläufig sein werden. Wir stellen fest, dass die Konversionsgesellschaften zwangsläufig so ziemlich ans Ende ihrer Aktivitäten kommen, ganz einfach deshalb, weil die Gelände verkauft sind. Cité entwickelt sich inzwischen fast von selbst ab, und für die KGK ist es auch nur eine Frage der Zeit, wann die Gewinne nicht mehr so sprudeln werden. Dann muss man dazu sagen, dass die Volkswohnung derzeit ein Programm mit über 350 Wohnungen plus Sanierungen aufliegen hat, das bedeutet also ein riesen Programm, und dazu braucht die Volkswohnung auch ein Polster für die Zukunft. Die Volkswohnung schafft nicht nur Wohnungen, sie schafft auch bezahlbare Wohnungen, und das ist auch der entscheidende Faktor. Um auch in Zukunft bezahlbare Wohnungen schaffen zu können, braucht man einen sicheren Blick in die Zukunft, und dazu gehört auch ein sicheres finanzielles Polster. Deshalb lehnen wir eine Gewinnabführung von 2,5 Millionen Euro ab.

**Der Vorsitzende:** Wir haben es hier mit insgesamt drei Anträgen zu tun.

**Stadtrat Borner (GRÜNE):** Die GRÜNEN stehen zur Volkswohnung und zur gemeinschaftlichen Aufgabe, weiterhin bezahlbaren Wohnraum in Karlsruhe zu errichten und zu erhalten. Jegliche Aktivitäten, die sich diesem Gesellschaftszweck entgegenstellen, lehnen wir kategorisch ab. Aus diesem Grund sagen wir Nein zur Gewinnabführung an die Stadtkasse.

**Stadtrat Jooß (FDP):** Auch wir lehnen den Antrag ab. Wir wissen alle, die Volkswohnung ist das Ei des Mietregulativs in Karlsruhe, an dem richten sich viele Preise aus, und von daher dürfen wir die Volkswohnung nicht schwächen. Sie braucht riesige Investitionssummen, Hans Pfalzgraf hat es schon gesagt, und braucht dazu das nötige Eigenkapital. Deswegen sind wir gegen die Streichung und schließen uns hier der Mehrheit an.



**Stadtrat Pfannkuch (CDU):** Dem ist bei der CDU-Fraktion nicht so, weil wir das Ziel der Volkswohnung nicht aus den Augen verlieren. Sie soll alles reißen, um künftig Wohnraum zu schaffen, natürlich auch bezahlbaren. Das ist unser einziges Steuerungsinstrument, aber die Volkswohnung ist nun mal eine Gesellschaft der Stadt, die sicherlich auf der Grundlage der Stadt schon sehr viel profitiert hat, ich denke hier nur an die Grundstücke, die hier bewirtschaftet und bebaut werden. Von daher ist es im Sinne dessen, was ich am Anfang gesagt habe. Ich finde bei der Haushaltsstabilisierung absolut korrekt, dass man die Volkswohnung auch heranzieht, wenn es um Beiträge für den Haushalt der Stadt geht. Man darf natürlich auch nicht übersehen, dass die Volkswohnung ihre Aufgaben in perfekter Weise derzeit erfüllen kann. Es fehlt dort an keinem Cent, und es macht keinen Sinn, dort Geld zu horten wie bei einer Bank. Ich sage aber auch, sollte es irgendwann einmal der Fall sein, dass die Volkswohnung diesem überragenden Ziel nicht gerecht werden kann, dann muss die Stadt auch wieder umgekehrt Beiträge zurückgeben. Ich denke, das ist nur in Ordnung. Die Volkswohnung ist wirtschaftlich perfekt aufgestellt, auch für die Zukunft, auch wenn wir diese Gewinnausschüttung durchführen.

**Stadtrat Kalmbach (FÜR Karlsruhe):** Die Volkswohnung ist gesund, und wenn wir jetzt der Volkswohnung das Geld lassen, dann machen die nicht mehr, sondern wir nehmen dem Kernhaushalt das Geld weg, das heißt, wir müssen es hier wieder einsparen. Da ist die Frage, warum machen wir das dann? Deswegen, auch der Gerechtigkeit Willen, denn von unseren Stadtwerken verlangen wir seit ewiger Zeit, dass diese Gewinnabführung erfolgt, und das ist bei der Innenfinanzierung der Stadtwerke deutlich schwieriger als bei der Volkswohnung. Die Volkswohnung hat Eigenkapital und ist gut aufgestellt, die kann leicht Kredite aufnehmen und ist in keiner Weise eingeschränkt. Deswegen ist der Antrag nicht nachzuvollziehen, nicht inhaltlich noch sachlich gerechtfertigt, deshalb lehnen wir ihn ab.

**Stadtrat Fostiropoulos (Die Linke):** Die Linken unterstützen diesen Antrag auch, wir möchten, dass diese Mittel bei der Volkswohnung bleiben, allerdings möchten wir auch, dass der Gemeinderat sich dafür einsetzt und die Stadt, dass die Volkswohnung bezahlbaren Wohnraum schafft.

**Stadtrat Pfalzgraf (SPD):** Nachdem keiner der Nachredner mich berichtigt hat, lässt mein Stolz es nicht zu, und deshalb werde ich die Zahlen jetzt richtig nennen. Es sind nämlich über 1.300 geplante Wohnungen, für über 350 Millionen Euro. Deshalb glaube ich, ist unser Vorschlag richtig, auf die Gewinnabführung zu verzichten. An diesen Zahlen erkennt man, was die Volkswohnung leistet und was sie dazu für ein finanzielles Polster, auch in Zukunft braucht.

**Der Vorsitzende:** Lieber Herr Pfalzgraf, genau deswegen ist es nicht richtig, weil in der Wirtschaftsplanung all dies möglich ist, und trotzdem die 2,5 Millionen Gewinnausschüttung erfolgen können, das heißt, alles, was hier an Erwartungen an die Volkswohnung formuliert wurde, deckt sich übrigens hundertprozentig mit dem, was die Stadt mit der Volkswohnung auch vor hat und was wir auch im Aufsichtsrat beschließen und begleiten. Sie wissen, dass der limitierende Faktor nicht die Finanzausstattung der Volkswohnung ist, sondern das hat etwas mit Flächen und anderen Umständen zu tun. Es gibt eine im Aufsichtsrat abgestimmte Prozentquote, die noch mal festlegt, dass die Volkswohnung deutlich über unsere dreißig Prozent hinaus hier preisgünstigen Wohnraum schafft und man dennoch nicht auf hundert Prozent geht, weil wir nach wie vor von einer vernünftigen Durchmischung ausgehen. Die Ängste, die hier ein bisschen geschürt werden, dass die

Volkswohnung ihrem Auftrag irgendwie nicht nachkommen könnte, wenn man jetzt diese 2,5 Millionen Euro Gewinn ausschüttet, bei einem Stammkapital von 37 Millionen und einem Eigenkapital von 187 Millionen, 150 Millionen Gewinnrücklagen und Jahresüberschüssen, die muss ich einfach hier deutlich bestreiten. Sie stellen hier etwas dar, was mit den 2,5 Millionen Euro nicht gefährdet ist, was unser gemeinsames Agreement ist, für was wir die Volkswohnung auch einsetzen wollen, und versuchen jetzt eine Ablehnung zu organisieren, die allenfalls Symbolcharakter hat, die aber weder der Volkswohnung mehr Spielraum gibt, noch uns an der Stelle einen Beitrag für den Gesamthaushalt abfließen lässt. Insofern kann ich nur dringend empfehlen, dass Sie diesen Antrag hier ablehnen.

Ich habe es jetzt so verstanden, dass wir alle Anträge gemeinsam aufrufen können, in einem Antrag wird schon für 2019 ein Verzicht gefordert, das ist, glaube ich der FDP-Antrag. Ich möchte noch mal darauf hinweisen, dass es erst in 2020 gilt, insofern kann es auch nur dann greifen.

Ich rufe jetzt diese drei Anträge gemeinsam zur Abstimmung auf und bitte um Ihr Votum.- Das ist eine deutliche **Mehrheit** für diese drei Anträge.

Wir kommen damit auf der Seite 119 zu einem Hinweis von mir, dass wir in der ersten Veränderungsliste der Konzessionsabgabe der Stadtwerke Karlsruhe aufgenommen haben, das war seinerzeit bei der Aufstellung des Haushaltes vermutlich noch nicht ganz spruchreif.

**Antrag Nr. 21 (S. 571) Einrichtung einer Task Force „Breitbandausbau“ und Erarbeitung eines Konzeptes zum Ausbau des Glasfasernetzes in Karlsruhe (CDU)**  
**Antrag Nr. 22 (S. 571) Breitbandausbau in Karlsruhe (FÜR Karlsruhe)**

Hier haben wir Mittel mit einem Sperrvermerk in die Veränderungsliste eingestellt, um unsere Überlegungen zur Einrichtung einer Task Force zur Umsetzung eines flächendeckenden Glasfasernetzes zu hinterlegen. Den Sperrvermerk werden wir aufheben, wenn Sie dennoch zur erarbeitenden Konzeption letztlich zustimmen werden. Möglicherweise haben sich damit auch die Begehren der Antragsteller erledigt. Die CDU sieht das so, der Herr Kalmbach sieht das auch so.

**Antrag Nr. 23 (S. 571) KVV - Karte ab 65 - auch als Monatskarte (Die Linke)**

**Stadtrat Fostiropoulos (Die Linke):** Wir möchten gerne beantragen und vorschlagen, die KVV-Jahreskarte für Menschen ab 65 auch als Monatskarte anzubieten und nicht nur als Jahreskarte. Wir wissen es alle, und die Statistiken und Medien berichten, dass die Zahl der Niedrigrenten wachsen wird und wächst, und es reicht nicht aus, zu sagen, dass es einen Berechtigtenkreis gibt, der den Karlsruher Pass beantragen kann, dieser bekommt schon eine Rabattierung. Wir wissen auch, dass die Personen, die knapp und deutlich über der Einkommensgrenze liegen, immer noch Niedrigrenten haben. Viele Seniorinnen und Senioren wollen auch nicht das ganze Jahr mit der Bahn fahren, und haben vielleicht ihre bevorzugten Monate und Abschnitte. Deshalb möchten wir gerne, dass diese Jahreskarte auch als Monatskarte vergünstigt angeboten wird.

**Stadtrat Honné (GRÜNE):** Die Karte ab 65 ist ein extrem günstiges Angebot für die Seniorinnen und Senioren, und in dem Preis ist bereits eingerechnet, dass sie nicht das ganze

Jahr ständig durchfahren, und es auch mal einen Monat gibt, wo sie gar nicht in Karlsruhe sind oder weniger fahren. Nur dadurch kann dieses günstige Angebot gemacht werden. Wenn das als Monatskarte auch noch angeboten werden würde, müsste es aus den Mitteln kommen, die von den Fahrgästen für die anderen Fahrkarten bezahlt werden, und das ist nicht der richtige Weg. Es gibt aber, wie die Verwaltung geantwortet hat, eine Monatskarte für die, die wenig verdienen, was bei Seniorinnen und Senioren durchaus nicht immer der Fall ist. Also es gibt ganz viele, die sich das ohne Weiteres leisten können, auch wenn es natürlich in dem Bereich weniger Verdienende gibt, aber für die gibt es eine Monatskarte, die sie ohne Weiteres nutzen könne.

**Der Vorsitzende:** Ich möchte darauf hinweisen, dass in dem Moment, wo wir Monatskarten ausschütten, die ähnlich günstig sind wie ein Zwölftel der Jahreskarte, wir auch das Defizit deutlich erhöhen werden. Das kann nicht in unserem Sinne sein. Ich möchte auch darauf hinweisen, dass wenn jemand nachweist, dass er erkrankt ist und monatelang in Reha war, er auch anteilig die Gelder wieder zurückbekommt. Es gibt eine gewisse Kompensation für den Fall des Nachweises, dass man die Karte nicht nutzen konnte - allerdings ein paar Monate in Thailand gelten dann für ein solches Vorgehen natürlich nicht. Wir kommen damit zur Abstimmung, und ich bitte um Ihr Votum.- Das ist eine **mehrheitliche Ablehnung**.

#### **Antrag Nr. 24 (S. 120) Nightliner-Angebot ausweiten - notwendige Zuschüsse an VBK (KULT)**

**Stadtrat Braun (KULT):** Der Ruf des ÖPNV in Karlsruhe ist beschädigt. Baustellen, Verspätungen, Fahrtausfälle, Umleitungen, Ersatzlinien, Preiserhöhungen, das alles sind Faktoren, die nicht gerade auf die Verlässlichkeit unseres Nahverkehrs hinweisen. 2016 entschloss man sich dann noch dazu, auch das Nightliner-Angebot einzudämmen. Für meine Fraktion sind Kürzungen des Angebots sowie Preiserhöhungen immer das falsche Signal, vor allem in einer Zeit, in der es durch die Kombilösung ohnehin naturgemäß zu Verspätungen und Ausfällen kommt. Unter der Eindämmung des Nightliner-Angebots leiden vor allem junge Menschen, zum Beispiel Studenten, die auch werktags ausgehen und feiern könnten, wenn sie denn noch nach Hause kommen würden. Das Nachtleben in Karlsruhe ist geprägt durch unsere Studenten. So haben die großen Karlsruher Clubs alle einen Studententag mit kostenfreien Eintritt oder sonstigen Vergünstigungen für Studenten eingeführt, in manchen Clubs mittwochs und in anderen donnerstags, aber eben immer werktags. Als moderne Stadt mit einem vorbildlichen ÖPNV-Angebot, muss dieses im Stadtgebiet täglich 24 Stunden angeboten werden, denn nur dann ist es für alle attraktiv, und ein attraktiver ÖPNV ist elementar für eine lebenswerte Stadt, die all seine Bürgerinnen und Bürger mitnimmt. Täglich über 300 potenzielle Fahrgäste stehen zu lassen, zeugt dabei nicht gerade von einem vorbildlichen Angebot. Beispielsweise ich, als 18- oder 19-Jähriger, wusste übrigens genau, warum ich den Karlsruher ÖPNV als gut beschrieben hätte, weil ich eben nach Hause kam, wann immer ich nach Hause musste, ungeachtet des Wochentags oder der Uhrzeit. Es leiden auch Menschen unter der Kürzung, die nachts oder früh morgens arbeiten müssen. Das Nightliner-Angebot muss auch für diese Menschen wieder ausgeweitet werden, wenn wir hier eine Alternative zum Auto bieten wollen.

**Stadtrat Maier (CDU):** Rein in die Kartoffeln, raus aus den Kartoffeln, dieses ewige Hin und Her, gerade beim Nightliner, kann man eigentlich schon gar nicht mehr ertragen. Wir erachten, wie auch die Verwaltung in der Antwort geschrieben hat, die Versorgung zurzeit

für ausreichend. Wir sollten auch ein Stück weit an die Fahrerinnen und Fahrer denken, die in diesen Phasen in der Nacht auch nicht unbedingt fahren müssen, wenn kein Bedarf besteht, auch daran müssen wir denken. Wenn die Sondersituation der Baustellen in ein paar Jahren vorbei ist, dann werden auch die vom Kollegen angesprochenen Situationen weniger werden, und das Angebot unseres ÖPNV wird wieder vorbildlich sein, von daher lehnen wir den Antrag ab.

**Stadtrat Pfalzgraf (SPD):** Auch wir werden bei dem Antrag mit der Verwaltung gehen, und ich hoffe, Herr Oberbürgermeister, dass ich Sie jetzt wieder milde stimmen kann. Es hat einen Grund, warum der Nightliner gekürzt wurde, und zwar hat die VBK sich seinerzeit bei den Haushaltssparmaßnahmen bereit erklärt, zehn Millionen Euro jährlich einzusparen. Bei einem Ergebnis von nahezu 40 Millionen Euro Defizit, ist das eine ganz besonders schwierige Sache, und da hat sich der Aufsichtsrat intensiv Gedanken darüber gemacht, wie man das bewerkstelligen konnte. Natürlich ist die Kürzung des Nightliners eine schmerzhafteste Sache, aber andere Kürzungen wären mit Sicherheit noch schmerzhafter gewesen, insofern konnten wir das vertreten. Wir haben damals aber auch gesagt, wir wollen zum gegebenen Zeitpunkt die ganze Sache noch mal überprüfen, und wenn es sich tatsächlich herausstellen sollte, dass echter dringender Bedarf besteht, dann müssen wir das in der Tat neu diskutieren. Ich habe es vorhin schon mal angesprochen, dass wir auch auf ein Konzept hinarbeiten wollen, da wird auch das Thema Nightliner noch mal Inhalt sein, aber darauf komme ich später noch mal.

**Stadtrat Konrad (GRÜNE):** Als Student habe ich mir meine Wohnorte in Karlsruhe danach ausgesucht, wo der Nightliner hingefahren ist. Ganz einfach deshalb, weil ich die Freiheit haben wollte, auch unter der Woche feiern zu gehen. Nun hat es aber zwei Gründe, warum wir den Antrag trotzdem ablehnen. Erstens war der Nightliner in seiner Arbeitsweise ineffizient, und zweitens ist es für diese Freiheit überhaupt nicht notwendig, dass der Nightliner fährt. Wir haben bereits vor zwei Jahren im Haushaltsstabilisierungsprozess kritisiert, dass es kein Alternativkonzept gibt, haben eins gefordert, und uns wurde eins zugesichert. Solch ein Alternativkonzept könnte zum Beispiel eine moderne Sharing-Plattform sein, dass man sich nachts ein Großraumtaxi teilen kann und die Kosten für die Stadtverwaltung und Nutzer halbiert werden, wenn diese Großraumtaxis auch ausgelastet werden. Solche Sachen sind bislang immer noch nicht überprüft worden, und da wir jetzt nicht mehr warten wollen, werden wir erneut einen Antrag stellen und auf ein Konzept hoffen, das günstiger für die Stadt ist und trotzdem den Nachtschwärmenden die Möglichkeit gibt, nachts noch sicher nach Hause zu kommen. Wir freuen uns darauf, dass sicherlich die KULT und hoffentlich viele andere Fraktionen das unterstützen.

**Stadtrat Jooß (FDP):** Auch wir wollen ein Konzept, wie es von den GRÜNEN angedacht und leider noch nicht da ist. Ich denke, auch Sammeltaxis bieten Möglichkeiten für Spätheimkehrer. Toll wäre es natürlich, wenn wir für die Frühaufsteher auch etwas hätten, das wurde auch schon gesagt, aber wir lehnen den Antrag ab. Wir sollten mal die Fahrer der Nightliner fragen, was da nachts abgeht - also ich fahre nicht mit dem Nightliner, aber ich frage ab und an die Fahrer, wie die das sehen. Und die sagen, was da abgeht, da würde man sich umgucken, wie es da zugeht. Diese Fahrer sind nicht zu beneiden, und von daher lehnen wir den Antrag ab.

**Der Vorsitzende:** Ich möchte darauf hinweisen, dass ab 4:30 Uhr das System wieder anspringt, und ich weiß nicht, ob es wirklich so viele Menschen sind, die vor 4:30 Uhr an ihrer

Arbeitsstelle sind und möchte auch darauf hinweisen, dass es allen unbenommen ist, sich Sammeltaxis zu organisieren. Es ist eben nur in der Zeit zwischen 1:30 Uhr und 4:30 Uhr keine städtische Aufgabe, so sind wir damals verblieben.

**Stadtrat Wenzel (FW):** Danke, dass ich noch mal das Wort ergreifen darf. Ich möchte darauf hinweisen, dieses Thema kommt später noch mal zum Thema Frauen und Nachttaxis, und das ist dann eine Alternative, die auch mehrfach angesprochen wurde, um die ungemütliche Nacht zu überbrücken. Nur ein Hinweis zu diesem Thema.

**Der Vorsitzende:** Damit kommen wir zur Abstimmung über den Antrag Nr. 24 Nightliner Angebot ausweiten, und ich bitte jetzt um Ihr Votum - damit ist der Antrag **abgelehnt**.

Ebenso auf der Seite 120 weise ich auf die Veränderungen durch die erste Veränderungsliste hin, einmal ist die Verlustabdeckung KVV den Zahlen entsprechend angepasst worden. Wir haben auch den Kostenersatz der Verlängerung der Buslinie 10 über das Jahr 2020 hinaus aufgenommen, das ist natürlich quatsch, weil wir ab 2021 davon ausgehen, dass die Buslinie 10 nicht mehr fährt, das haben wir entsprechend korrigiert.

#### **Antrag Nr. 25 (S. 123) Indoor Meeting komplett streichen (AfD)**

**Stadtrat Dr. Schmidt (AfD):** So lange das Leichtathletik-Indoor-Meeting in der Europahalle stattfinden konnte, war das eine feine Veranstaltung, aber seit es draußen auf der grünen Wiese stattfindet, haben wir als Stadt unserer Meinung nach nur noch sehr wenig davon. Dem Fernsehzuschauer ist es eigentlich egal, an welcher Stelle so ein Leichtathletik-Meeting stattfindet. Ich bin mir nicht sicher, ob die Fernsehzuschauer überhaupt noch wahrnehmen, dass dieses Meeting in der Nähe von Karlsruhe abgehalten wird. Deswegen halten wir den Wert dieses Leichtathletik-Indoor-Meetings für unsere Stadt für verzichtbar. Wir wollen das Geld, das die Stadt in dieses Meeting steckt, stattdessen den Sportvereinen in unserer Stadt direkt zur Verfügung stellen. Wir glauben, dass damit den Bürgern unserer Stadt viel mehr geholfen ist. Es ist natürlich schön, wenn die Stadt in ihrer Antwort darauf hinweist, dass die INIT AG Sponsor von diesem Leichtathletik-Meeting ist, und auf diese Weise noch eine kurze Werbeeinlage für die INIT AG spendiert. Wir freuen uns natürlich über jeden Sponsor, wenn das Leichtathletik-Meeting sich vollständig aus Sponsorengeldern finanziert haben wir auch nichts dagegen. Wir sind nur der Meinung, dass die Stadt die Gelder, die sie in das Indoor-Meeting steckt, besser direkt den Sportvereinen zur Verfügung stellen soll. Deswegen bitte ich um Zustimmung für diesen Antrag.

**Stadtrat Hofmann (CDU):** Das ist jetzt der Auftakt einer Reihe von Anträgen, die zeigt, dass die AfD einfach überhaupt nicht verstanden hat worum es geht. Das wird auch nicht besser, wenn sie versucht, ihren Text, den sie in ihrem Antrag geschrieben hat, hier noch mal darzulegen. Das Problem ist, dass das Indoor Meeting nicht als Veranstaltung für den allgemeinen Sport für die Vereine zu sehen ist, sondern es ist ein Event. Deswegen ist es auch in der Karlsruher Marketing und Event GmbH (KME) verankert und eben nicht in der Sportförderung, und da haben zwar die Vereine direkt nichts davon, das ist schon richtig, aber die sportbegeisterte Bevölkerung von Karlsruhe hat etwas davon und zwar sehr viel. In der Antwort der Verwaltung beziehungsweise in dem Bericht der Karlsruher Marketing und Event GmbH (KME) steht, dass dieses Event die letzten Jahre immer ausverkauft war, dass die Anzahl der Zuschauer auf 5.000 erhöht werden. 5.000 Leute haben etwas davon, die

gerne zur Leichtathletik in Karlsruhe gehen, und wenn das nichts ist, weiß ich nicht, über was wir hier noch reden.

„Vor den Toren Karlsruhes (...)“, Sie sollten vielleicht mal besser diese Fernsehübertragung sehen; auch dort wird immer wieder, wie bei vielen Veranstaltungen, die in der Messe Karlsruhe stattfinden, gesagt „in der Messe Karlsruhe“, das ist nicht die Messe Rheinstetten oder die Messe weiß Gott wo oder auf dem Forchheimer Flugplatz oder sonst irgendwo, es ist die Messe Karlsruhe und von daher ist es auch eine sehr positive Eigenwerbung. Eine weitere Fehleinschätzung, aber das sind wir ja gewohnt, ist die Tatsache, dass Sie eine Streichung von einem Event fordern, dass bereits für 2019 und 2020 genehmigt wurde. Was hätte dies zur Folge? Die meisten wissen dies, die Absage würde zur Folge haben, dass wir in Regresszahlungen kommen würden, denn wir haben Sponsorenverträge geschlossen, wir haben einen Gemeinderatsbeschluss und so weiter. Trotz allem muss ich sagen, und das nur noch als kurzes Statement, natürlich ist es sehr viel Geld, darauf hat die CDU auch immer hingewiesen, diese 50.000 Euro für eine eintägige Veranstaltung, aber auch hier hat die KME mittlerweile die Sparaufforderungen von uns wahrgenommen. Bereits für 2019 sind die 50.000 Euro wieder eingespart worden, allein mit der Vergabe der Tribüne haben wir die schon mal sicher. Ich bin mir ganz sicher, dass Martin Wacker, der weiter sehr rührig an einer weiteren Verbesserung und an einem besseren Abschneiden dieser Veranstaltung arbeiten wird, gerade im Bereich Sponsoring und Vermarktung. Ich denke, es wäre ein völlig falsches Zeichen, ein solches Event zu streichen, das völlig ausverkauft ist, und außerdem ist es Werbung für die Stadt Karlsruhe, von daher lehnen wir den Antrag ab.

**Stadträtin Dr. Leidig (GRÜNE):** Die GRÜNE-Fraktion findet 50.000 Euro für einen halben Tag Sportveranstaltung zu viel. Wir haben deshalb bereits mehrfach für die Beendigung des Indoor-Meetings gestimmt. Aber von heute auf morgen geht das nicht. Karlsruhe muss für alle Beteiligten eine verlässliche Partnerin sein, es bestehen Verträge und Absprachen, und von daher lehnen wir den Antrag heute ab.

**Stadtrat Hock (FDP):** Herr Kollege von der AfD, mein Kollege Hofmann hat es schon gesagt, Sie haben scheinbar nicht ganz verstanden, wie das läuft. Man muss ganz ehrlich sagen, wenn Sie sich mal mit den Sportvereinen unterhalten hätten, dann hätten Sie von den Vorsitzenden vieler Sportvereine gehört, dass sie froh und dankbar über dieses Indoor-Meeting in der Stadt sind. Deshalb sind Sie da völlig falsch. Im Gegenzug muss man ganz ehrlich sagen, ja, es ist viel Geld, aber man hat schon an verschiedensten Schrauben gedreht, um diesen Zuschuss nach unten zu bringen, das hat man geschafft. Man hat verschiedene Sponsoren dazu gebracht, sich zu diesem Meeting zu bekennen. Es ist ein friedliches Fest und alle Sportbegeisterten dieser Stadt sind froh, dass dieses Event hier in unserer Stadt stattfindet. Wenn man sieht, wie dies in anderen großen Städten gefeiert wird, dann steht Karlsruhe in nichts nach. Dieser Antrag der AfD wird heute in die Reihe vieler Anträge eingehen, die man wirklich vergessen kann.

**Der Vorsitzende:** Ich rufe damit zur Abstimmung des Antrages Nr. 25 zum Indoor-Meeting auf, und bitte jetzt um Ihr Votum. - Das ist eine **mehrheitliche Ablehnung**.

Ich bleibe auf der Seite 122 und möchte auf Veränderungen durch die Veränderungsliste hinweisen, einmal wurde der Liquiditätszuschuss der KVVH gemäß Wirtschaftsplanung 2019, KASIG, zur Werterhaltung der KVVH GmbH, der Verlustausgleich der KVVH, der Ka-

pitalzuschuss an die KVVH GmbH und Schadenersatz KMK gemäß Wirtschaftsplanung 2019 hier den neuen Zahlen und entsprechenden Planungen angepasst. Die Verlustabdeckung KMK, gemäß Wirtschaftsplanung 2019, wurde auch korrigiert. Wir haben in den Jahren 2019, 2021 und 2022 mehr Aufwendungen, in 2020 und 2023 dagegen weniger Aufwendungen an bestimmten Positionen, da hat sich wieder der Vorzeichenfehler eingeschlichen. Darauf will ich hinweisen, das haben Sie aber alles in Wirtschaftsplanungen und Plänen schon entsprechend beschlossen. Ich möchte auch noch darauf hinweisen, dass wir den Betriebskostenzuschuss der KME gemäß der Wirtschaftsplanung 2019 um die 25.000 Euro in 2019 für die Erneuerung der Aufwärmfläche Leichtathletikbahn auch noch mal modifiziert haben, ebenso den Betriebskostenzuschuss an die KTG gemäß der Wirtschaftsplanung 2019.

### **Antrag Nr. 26 (S. 126) Grundsteuer B senken (AfD)**

**Stadtrat Dr. Schmidt (AfD):** Es war im Rahmen der Haushaltsstabilisierung, dass hier bei den Haushaltsberatungen gegen unsere Stimmen beschlossen wurde, den Grundsteuersatz von 420 Prozent auf 470 Prozent anzuheben. Es wurde den Bewohnern dieser Stadt als Sparmaßnahme verkauft, in Wirklichkeit war es eine deutliche Steuererhöhung. Ob jetzt 7 Millionen Euro pro Jahr das Wohnen teurer machen, so wie wir es berechnet haben, oder ob es nur 4 Millionen Euro sind, die das Wohnen pro Jahr teurer gemacht haben, ist letztendlich nicht so erheblich. Insgesamt sind es 6 Millionen Euro, die in einem Jahr eingenommen werden, das heißt, irgendjemand muss die bezahlen. Wenn davon 4 Millionen Euro von den Wohnungen kommen, dann macht das einfach die Mieten in Karlsruhe um diesen Betrag teurer, und für die Leute, die im Wohneigentum leben, macht es das Wohnen ebenso teurer. Sie wissen, dass diese Steuer direkt auf die Miete umgelegt werden kann, das heißt, alle die Wohnen sind davon betroffen. Wir beantragen heute, dass wir wieder zu dem alten Steuersatz zurückkehren, denn es kann nicht sein, dass man auf der einen Seite an der Stelle das Wohnen teurer macht, und dann auf der anderen Seite im Bundestag um ein neues Gesetz ringt, was letztlich eine Mietpreisbremse sein soll, was nicht funktioniert. Das ist aus unserer Sicht unsinnig, auf einer Seite die Mieten zu erhöhen und auf der anderen Seite medienwirksam die Mietpreisbremse einzuführen. Wenn Sie wirklich dafür sorgen wollen, dass das Wohnen in Karlsruhe wieder billiger wird, stimmen Sie bitte mit diesem Antrag mit.

**Der Vorsitzende:** Ich rufe auf die Abstimmung über den Antrag Ordnungsziffer 26, Grundsteuer B senken, und bitte um Ihr Votum – das ist eine **mehrheitliche Ablehnung**.

Ich verbleibe auf der Seite 125 und verweise auf die Änderungen im Rahmen der ersten Veränderungsliste. Wir haben den Gemeindeanteil Einkommensteuer, den Gemeindeanteil Umsatzsteuer, den Familienleistungsausgleich, Schlüsselzuweisungen und die Zuweisungen nach § 11 FAG den neuen Zahlen angepasst, das hat etwas mit der Novembersteuerschätzung zu tun. Desgleichen auf der Seite 125 die KVJS-Umlage, die Gewerbesteuerumlage, die FAG-Umlage und den Status quo-Ausgleich. Auf der Seite 131 haben wir ebenfalls über die erste Veränderungsliste die Kapitalrücklage Fächerbad Karlsruhe GmbH, Eigenbetrieb Fußballstadion im Wildpark gemäß der Wirtschaftsplanung 2019, Kapitalrücklage KBG Karlsruher Bädergesellschaft und die Reduzierung der Kapitalerhöhung für die Stadtwerke Karlsruhe GmbH entsprechend den jeweiligen Beschlüssen angepasst.

Wir kommen damit zum **Teilhaushalt 3000**, ZJD. In der ersten Veränderungsliste möchte ich einen Hinweis geben auf der Seite 137 bei dem Punkt Erstattung von Verkehrswertgutachten, diese dürfen aufgrund steuerrechtlicher Vorgaben nicht mehr im Rahmen der internen Leistungsverrechnungen zahlungsunwirksam verrechnet werden, da sie einer Steuerpflicht unterliegen, daher werden diese Leistungsverrechnungen nunmehr als zahlungswirksame Erträge und Aufwendungen umgeplant. Betroffen hiervon ist der Teilhaushalt 3000.

Ebenfalls Seite 137, es geht um die Grundstücksbewertungsstelle, da läuft es ähnlich ab. Das muss in den entsprechenden Positionen in der Veränderungsliste bei den Teilhaushalten 5000 Soziales und Jugend, 6100 Stadtplanung, 6200 Liegenschaften, 8000 Wirtschaftsförderung und 8800 Hochbau und Gebäudewirtschaft entsprechend dann auch eben eingestellt werden. Damit ist das Thema Erstattung von Verkehrswertgutachten insgesamt besprochen und ich würde das bei den einzelnen Teilhaushalten dann nicht noch mal separat aufführen.

Wir kommen damit zum **Teilhaushalt Umwelt und Arbeitsschutz 3100**.

#### **Antrag Nr. 27 (S. 149): Masterplan für Biodiversität erstellen (GRÜNE)**

**Stadträtin Rastätter (GRÜNE):** Wir GRÜNEN haben schon vor eineinhalb Jahren einen Antrag in den Gemeinderat eingebracht, einen Masterplan für Biodiversität, Bienen schützen, zu erstellen. Der Antrag wurde von der Stadtverwaltung positiv aufgenommen, auch der Gemeinderat hat die Erstellung dieses Masterplans befürwortet. Allerdings waren keine Mittel im Haushaltsplan eingestellt, und nun hat die Stadtverwaltung in ihrem Haushaltsentwurf 15.000 Euro eingestellt. Das halten wir für zu wenig, denn es geht hier darum, ein Gesamtwerk zu erstellen, das einschließlich einer umfassenden Bestandsaufnahme auch die Perspektiven kurz-, mittel- und langfristig darstellt, wie die Biodiversität in Karlsruhe deutlich verbessert wird. Einzelmaßnahmen hat es ja in der Vergangenheit schon gegeben, deshalb beantragen wir eine Aufstockung von den eingestellten 15.000 Euro auf 30.000 Euro.

Ich möchte an der Stelle aber auch noch die Beiträge für Antrag 28 der GRÜNEN und 29 der SPD gleich mit in meiner Rede berücksichtigen. Bei Antrag 28 geht es um die Mittel für einen Ranger für die Burgau, für dieses wunderbare Naturschutzgebiet am Rhein. Wir haben bereits Mittel für das Naturschutzgebiet Grötzingen und für den Alten Flugplatz, aber nicht für die Burgau. Die Burgau ist deutlich größer und deshalb sind dort auch Mittel notwendig für einen Ranger oder eine Rangerin, die dort vor allem am Wochenende auf Verstöße aufmerksam macht beziehungsweise auch dann die Wertigkeit des Naturschutzgebiets erläutert, dafür 15.000 Euro. Zum Schluss der Antrag 29 der SPD.

**Der Vorsitzende:** Frau Stadträtin, entschuldigen Sie, dass ich Sie unterbreche, die SPD hat darum gebeten, den Antrag an einer anderen Stelle nachher aufzurufen. Das konnte ich nur noch nicht ankündigen.

**Stadträtin Rastätter (GRÜNE):** Schön, dann würde ich es bei diesen beiden Begründungen belassen.



**Stadtrat Döring (CDU):** Ja, den Maßnahmenplan zur Biodiversität haben wir alle beschlossen. Wir haben auch alle gesagt, da wollen wir zügig rangehen. In Gegensatz zu den GRÜNEN sehen wir aber, wenn die Verwaltung, die den Masterplan auch erstellen soll, sagt uns reichen 15.000 Euro dafür aus, dann sind wir der Auffassung, dass sie nicht unbedingt das doppelte an Geld für die Arbeit braucht. Da haben wir so viel Vertrauen in die Verwaltung, wenn sie sagen das bekommen wir mit 15.000 Euro hin, dann sind wir auch dafür, und deswegen lehnen wir Ihren Antrag ab.

**Stadtrat Dr. Fechler (SPD):** Die SPD-Fraktion hat sich an anderer Stelle schon für einen Masterplan zur Biodiversität ausgesprochen. Wir halten die eingestellten Mittel der Verwaltung für ausreichend. Wir wollen Taten folgen lassen und darüber wir an anderer Stelle debattieren im Rahmen der Haushaltsberatung, von daher lehnen wir den Antrag der GRÜNEN ab.

**Stadtrat Wohlfeil (KULT):** Auch der KULT-Fraktion liegt der Schutz von Natur und Artenvielfalt in und um Karlsruhe sehr am Herzen, natürlich ist dazu ein Masterplan Biodiversität sehr sinnvoll und den zu stärken auch. Ebenso ist auch der nächste Antrag der GRÜNEN mit den Rangern auch für das Gebiet Burgau aus unserer Sicht sehr sinnvoll. Wir werden den Anträgen daher zustimmen und zum Thema Biodiversität und Umweltschutz später noch mehr an anderer Stelle.

**Der Vorsitzende:** Wir kommen damit zur Abstimmung über den Antrag mit der Ordnungsziffer 27 Masterplan für Biodiversität erstellen, Erhöhung der Mittel um 15.000 Euro und ich bitte um Ihr Votum – der Antrag ist **mehrheitlich abgelehnt**.

**Antrag Nr. 28 (S. 149): Aufwandsentschädigung für „Ranger“, die Naturschutzgebiete kontrollieren (GRÜNE)**

Frau Stadträtin Rastätter hatte ja schon den Antrag begründet. Gibt es weitere Wortmeldungen? Das ist nicht der Fall, dann kommen wir zur Abstimmung und ich bitte um Ihr Votum – das ist ebenfalls eine **mehrheitliche Ablehnung**.

Zum Antrag Nr. 29 der SPD, Bienenrettung mit künstlicher Intelligenz, gab es den Wunsch der Antragsteller es vor die Ordnungsziffer 429 zu nehmen, also nach hinten in den Bereich des Haushaltes, weil er dort besser aufgehoben ein soll. Dem Wunsch werden wir natürlich folgen.

Ich darf auf der Seite 150 des Teilhaushalts auch noch auf die Änderungen in der ersten Veränderungsliste hinweisen, die Kostentragung Naturdenkmale auf privatem Grund, eine Maßnahme aus dem Maßnahmenpaket 1 des Haushaltsstabilisierungspakts. Diese Maßnahme M3 des Umweltamtes wird nicht mehr weiter verfolgt, dass Sie das auch wahrnehmen.

Ich würde damit auf die Seite 153 gehen.

**Antrag Nr. 30 (S. 153): Erstellung eines integrierten Quartierskonzepts durch die Karlsruher Energie- und Klimaschutzagentur gGmbH - KEK (Ortschaftsrat Stupferich)**

Ich möchte hier auf die erste Veränderungsliste verweisen, in die wir die benötigten Haushaltsmittel aufgenommen haben und deswegen empfehlen, den Antrag als erledigt zu betrachten. Herr Gartner nickt, damit haben wir das hier erledigt.

Wir kommen zu den Ordnungsziffern 31 und 32.

**Antrag Nr. 31 (S. 154): Klimaschutzfonds - Erhöhung auf ursprünglichen Betrag von 2 Millionen Euro (GRÜNE)**

**Antrag Nr. 32 (S. 154): Klimaschutzfonds - Ausgaben stoppen (AfD)**

**Stadträtin Mayer (GRÜNE):** Der Klimawandel ist in vollem Gange und zerstört unsere natürlichen Lebensgrundlagen. Wir sehen es so, dass die Stadt Karlsruhe in ihrem Haushalt hier Verantwortung übernehmen und sich auch für den Klimaschutz stark machen muss. Dem entgegenstehen die Anträge der AfD. Die AfD möchte pauschal alle Haushaltsposten streichen, die das Wort Klimaschutz auch nur irgendwie beinhalten. Das ist ohne Weitsicht, verantwortungslos, und wir können diese Anträge natürlich nicht mitgehen. Auch die anderen Fraktionen werden die Anträge der AfD im Bereich Klimaschutz ablehnen. Eines der besten Instrumente, die die Stadt Karlsruhe hat, ist der Klimaschutzfonds, das ist ein wirtschaftliches Instrument. Jeder Euro, den wir hier investieren, generiert durchschnittlich Einsparungen von 1,50 Euro. Wir sehen es so, dass wir dieses Instrument stärken wollen und auch im Jahr 2020 auf jeden Fall ausreichend Kapazitäten für neue Projekte haben wollen. Deswegen auch hier unser Aufstockungsantrag. Am Antrag der AfD sieht man beispielhaft übrigens sehr gut, wie populistisch die Anträge der AfD sind. Hier wurde einfach das Wort Klimaschutz gelesen, ein Antrag geschrieben, die Begründung ist inhaltlich falsch, es geht hier nicht um einen Fond für private Unternehmen, es geht darum, den Investitionsstau der Stadt Karlsruhe im Gebäudebereich abzuarbeiten.

**Stadtrat Dr. Schmidt (AfD):** Frau Mayer, was Sie sagen, wir seien ohne Weitsicht und dass Sie dabei gleich für alle Fraktionen sprechen, finde ich schon bemerkenswert. Ohne Weitsicht ist es, die Kernkraftwerke in Deutschland abzuschalten. Das bedeutet eine CO<sub>2</sub>-Ausstoß-Maximierung. Vor diesem Hintergrund halten wir alles, was hier infrage steht, für sinnlos und nutzlos, weil den sehr hohen Kosten praktisch kein Nutzen gegenübersteht. Hier im Kreis Karlsruhe werden wir Ende 2019 durch die Abschaltung des Kernkraftwerks Philippsburg den CO<sub>2</sub>-Ausstoß dermaßen erhöhen, dass das, was wir hier besprechen, die paar Kilo, die wir hier besprechen, wirklich Pipifax ist im Vergleich dazu. Deswegen sind diese Ausgaben, die ja doch ziemlich hoch sind, wir reden immerhin über 1,6 Millionen jedes Jahr, aus unserer Sicht nicht sinnvoll und auch nicht im Sinne der Bürger dieser Stadt. Dieser Beitrag gilt auch für die anderen Anträge von uns, gegebenenfalls werde ich mich da noch mal zu Wort melden.

**Stadtrat Dr. Fechner (SPD):** Wir lehnen letztendlich beide Anträge ab. Die eingestellten Mittel im Klimaschutzfond halten wir für ausreichend. Aktuell werden diese Mittel gerade ausgeschöpft, und es gibt noch Überträge aus den vergangenen Jahren, die bislang nicht ausgegeben wurden. Von daher unterstützen wir die Anliegen des Klimaschutzfonds, aber wie schon gesagt in der bisherigen Höhe.

**Stadtrat Wohlfel (KULT):** Der Klimawandel ist die größte globale Herausforderung des 21. Jahrhunderts. Wir können hier in Karlsruhe, wenn die Menschheit so weiter macht wie bisher, mit einer Temperaturerhöhung von durchschnittlich vier bis sechs Grad rechnen,

städtisch am nördlichen Oberrhein. Das ist bedenkenswert und wird auf jeden Fall die Lebensqualität in unserer Stadt in hohem Maß beeinträchtigen. Wir sehen es daher für notwendig an, jegliche Maßnahmen zum Klimaschutz und zur Klimaanpassung, die sinnvoll und machbar sind, umzusetzen. Wir wissen aus dem AUG, dass es für die derzeitigen Beiträge im Klimaschutzfond schon Pläne gibt, die alle auszugeben, auch das, was aus dem letzten Jahr noch übrig ist. Wir stimmen daher dem Antrag der GRÜNEN, den Klimaschutzfond zu erhöhen, zu und sind auch ansonsten der Meinung, dass in diesem Bereich von Politik, aber auch von der Gesamtgesellschaft noch viel mehr getan werden muss.

**Stadtrat Meier (CDU):** Der Klimawandel muss beobachtet werden, hier muss gehandelt werden. Wir sehen es wie der Kollege Fechler, wir werden die Anträge ablehnen, weil wir davon ausgehen, dass die Antwort der Verwaltung richtig ist, dass die eingestellten Mittel uns dahingehend weiterbringen.

**Stadtrat Høyem (FDP):** Wir denken auch, dass der Klimaschutzfond groß genug ist, und wir stimmen deshalb gegen den GRÜNEN-Vorschlag. Herr Schmidt, ich wollte auch gerne in einer anderen Situation über die Kernkraft in Deutschland sprechen, aber leider ist das nicht jetzt der Fall. Wir stimmen auch gegen Ihren Antrag.

**Der Vorsitzende:** So, jetzt muss ich Sie noch um etwas Konzentration bitten. Der weitergehende Antrag ist, den Klimaschutzfond ganz zu streichen. Deswegen werde ich jetzt zunächst die Ordnungsziffer 32 aufrufen, den AfD-Antrag, der das komplette Streichen des Klimaschutzfonds begehrt. Ich bitte um Ihr Votum – das ist eine **mehrheitliche Ablehnung**. Jetzt rufe ich auf unter der Ordnungsziffer 31 den Antrag der GRÜNEN auf Erhöhung auf den ursprünglichen Betrag von 2 Millionen Euro und bitte um Ihr Votum – auch das ist eine **mehrheitliche Ablehnung**.

Jetzt würde es zwar durchaus Sinn machen, 3100 abzuschließen, aber wir unterbrechen jetzt dennoch die Sitzung, nachdem ich nebenan gesehen habe, was Ihnen da alles angeboten wird und dass ganz viele freudige Gesichter auf Sie warten. Die Sitzung ist unterbrochen um 15 Minuten.

(Unterbrechung der Sitzung von 10:48 – 11:14 Uhr)

Ich fahre mit der unterbrochenen Sitzung fort.

Ihnen liegt jetzt der **Wirtschaftsplan 2019** und die **mittelfristige Finanzplanung des Eigenbetriebs Fußballstadion im Wildpark** vor sowie **der Jahresabschluss 2017**. Das sind dann die letzten Unterlagen dieser Art, die Ihnen zugehen.

Ich darf auch auf die Grafik aufmerksam machen, die wir Ihnen jetzt immer nach jeder Pause aktualisiert präsentieren, wo Sie denn bei dem, was Sie hier beschlossen haben, liegen. Sie können aber unschwer erkennen, dass vor allem der Verzicht auf die Gewinnausschüttung der Volkswohnung den größten Teil dieser Dinge ausmacht.

Es gibt die Bitte der KULT-Fraktion, dass wir den unter Ordnungsziffer 16 geführten Antrag noch einmal aufrufen. Dann mache ich aber erst, wenn wir diesen Teilhaushalt abgeschlossen haben, damit wir erst einmal im Klima bleiben. Ich komme dann noch einmal darauf zurück.

Wir setzen fort mit der **Seite 153** des Haushaltsentwurfs, mit dem

**Antrag Nr. 33 (S. 154): Klimaschutzkampagne – Ausgaben stoppen (AfD)**

Die Begründung der Antragsteller wurde schon beim letzten Antrag mitgeliefert. Insofern können wir gleich zur Abstimmung kommen. Ich bitte um Ihr Votum. – Das ist eine deutliche **Ablehnung**.

**Antrag Nr. 34 (S. 155): Kooperation von Umweltverbänden mit Karlsruher Schulen – Erhöhung der Mittel (GRÜNE)**

**Stadträtin Rastätter (GRÜNE):** Auch hier möchte ich zwei Anträge zusammenfassen, die Anträge Nrn. 34 und Nr. 35.

Bei unserem Antrag Nr. 34 geht es um das Programm „Kooperation von Umweltverbänden mit Karlsruher Schulen“. Hier waren die Mittel bereits Anfang des Jahres ausgeschöpft und haben nicht ausgereicht. Es wären noch rd. 10.000 Euro notwendig gewesen, um die dann noch vorliegenden Anträge zu bewilligen. Deshalb haben wir jetzt diese Summe hier beantragt. Man muss dazu sagen, dass es ein vergleichbares Programm mit „Schule und Kultur“ und „Schule und Sport“, nur dass für die Umweltbildung deutlich weniger Geld zur Verfügung steht, obwohl die Naturschutzbildung für die Ganztagschüler im Grundschulbereich mit Aktivitäten im Naturschutz, mit Kennenlernen der Natur aus unserer Sicht besonders wichtig sind.

Beim **Antrag Nr. 35** geht es aber um Umweltthemen im Unterricht, wo externe Expertinnen und Experten auf recht hohem Niveau Umweltthemen im Unterricht behandeln. Das ist sehr beliebt, aber auch da reichen die Mittel nicht aus, sind bereits ausgeschöpft, und deshalb beantragen wir hier auch eine Aufstockung.

Wir werden aber auch dem Antrag Nr. 36 der KULT-Fraktion zustimmen, damit noch ein Potenzial für weitere Anträge besteht.

**Stadträtin Uysal (SPD):** Insbesondere Ganztageschulen und Schulen, die eine Nachmittagsbetreuung anbieten, sowie Schulen mit besonderem pädagogischem Bedarf brauchen Unterstützung und verlässliche Partner für die Nachmittagsangebote.

Mit den Umweltverbänden als kompetente Partner für Umweltthemen und die Durchführung von umweltpädagogischen Angeboten an den Schulen erhalten die Verbände Zugang zu den Schülern, die wiederum von nonformalen Lerninhalten profitieren. Mit diesem Kooperationsprogramm werden nicht nur längerfristige nachhaltige Betreuungsangebote ausgebaut, sondern auch die Kontinuität und Verlässlichkeit für die Schulen gewährt. Aus diesem Grunde begrüßen wir den Antrag der Kollegen GRÜNE, den Antrag Nr. 34 begrüßen wir, allerdings werden wir den Antrag Nr. 35 ablehnen.

**Der Vorsitzende:** Das waren alle Wortmeldungen. Wir gehen in die Abarbeitung.

Ich rufe auf **Antrag Nr. 34** und bitte um Ihr Votum. – Der Antrag ist mit Mehrheit **angenommen**.

**Antrag Nr. 35(Seite 155): Umweltthemen im Unterricht – Erhöhung der Mittel (GRÜNE)**

**Antrag Nr. 36 (Seite 155):Aktion Partnerschaft Dritte Welt e.V./Weltladen – Erhöhung der Mittel für Umweltthemen im Unterricht**

Von der Grünen Seite ist ja schon dazu gesprochen worden. Ich sehe jetzt keine weiteren Wortmeldungen. Dann rufe ich zunächst den **Antrag Nr. 36** auf, weil er den höheren Betrag einfordert, also den Antrag der KULT-Fraktion.

Ich bitte um Ihr Votum. – Der Antrag ist **abgelehnt**.

Ich rufe den **Antrag Nr. 35** auf und bitte um Ihr Votum. – Der Antrag ist ebenfalls mit Mehrheit **abgelehnt**.

**Antrag Nrn. 37 (Seite 155): Erhöhung Bezuschussung - Tausch Kühlgeräte – (SPD)**

**Antrag Nrn. 38 (Seite 155): Kühlgerätetausch auslaufen lassen (AfD)**

**Stadträtin Fischer (SPD):** Der Kühlgeräteaustausch hat zwei Gewinner, einmal die betroffenen Haushalte und zum anderen unser städtisches Klima. Die Mittel waren im letzten Jahr nicht ausreichend. Deshalb könnten wir mit diesen bescheidenen Mitteln, die wir hier in den Haushalt stellen wollen, in 50 weiteren Haushalten zu Stromkostensenkungen beitragen. Das ist zum einen für diese Haushalte eine spürbare Verbesserung und zum anderen ein wesentlicher Beitrag zum Klimaschutz.

Deshalb bitte ich das Haus um Zustimmung zu unserem Antrag.

**Stadtrat Dr. Schmidt (AfD):** Wie lange wollen wir noch Kühlschränke austauschen? Irgendwann sind doch mal die alten Stromfresser ausgetauscht. Natürlich freut sich jeder, wenn man ihm einen Kühlschrank austauscht. Aber irgendwann muss mal damit Schluss sein. Das sind immerhin über 40.000 Euro, die das die Bürger dieser Stadt jedes Jahr kostet. Der Unterschied im Stromverbrauch ist wirklich nicht mehr so groß. Das ist wieder eine Ausgabe, die sich nicht lohnt. Außerdem fällt es für uns in die Rubrik „Zu viel Staat“ bzw. „Zu viel Stadt im Privatleben der Bürger“, und deshalb bitten wir darum, diese Ausgaben ab sofort zu stoppen.

**Stadtrat Maier (CDU):** Die CDU verschließt sich – wie gesagt – bei sinnvollen Dingen, auch und gerade im Umweltbereich, nicht. Dies ist so ein Fall, deshalb stimmen wir zu.

**Der Vorsitzende:** Ich komme zu den Abstimmungen. Der weitergehende Antrag ist der der AfD, das Programm ganz zu streichen. Deshalb rufe ich den **Antrag Nr. 38** als ersten zur Abstimmung auf und bitte um Ihr Votum. – Das wird **abgelehnt**.

Damit rufe ich **Antrag Nr. 37** zur Abstimmung auf, die Bezuschussung zu erhöhen, und bitte um Ihr Votum. – Das ist eine mehrheitliche **Zustimmung**.

**Antrag Nr. 39 (Seite 155): Externe Unternehmen – projektbezogene Zuschüsse streichen (AfD)**

**Stadtrat Dr. Schmidt (AfD):** Das fällt in dieselbe Kategorie wie vorhin. Wenn wir wirklich CO2 einsparen wollen, müssen wir unsere Umweltpolitik grundlegend ändern und die Kernkraftwerke weiter in Betrieb halten. Ansonsten lohnen sich diese Dinge einfach nicht.

**Der Vorsitzende:** Wir kommen zur Abstimmung, und ich bitte um Ihr Votum. – Das ist eine mehrheitliche **Ablehnung**.

**Antrag Nr. 40 (Seite 155): Fördertopf Kooperation Umweltverband mit Schule – Ausgaben reduzieren (AfD)**

Ich habe keine Wortmeldung, deshalb kommen wir gleich zur Abstimmung. Ich bitte um Ihr Votum. – Das ist eine mehrheitliche **Ablehnung**.

**Antrag Nr. 41 (Seite 155): Stromsparerpartner Ausgaben stoppen (AfD)**

**Stadtrat Dr. Schmidt (AfD):** Da gilt natürlich dieselbe Begründung wie gerade eben und wir vorhin auch.

**Der Vorsitzende:** Wir kommen damit zur Abstimmung, und ich bitte um Ihr Votum. – Das ist eine mehrheitliche **Ablehnung**.

**Antrag Nr. 42 (Seite 155): KEK-Zuschüsse streichen (AfD)**

Wir können gleich zur Abstimmung kommen, und ich bitte um Ihr Votum. – Das ist ebenfalls mehrheitlich **abgelehnt**.

Ich darf noch darauf hinweisen, dass wir in der 1. Veränderungsliste den Zuschuss an die KEK entsprechend dem Maßnahmenpaket 1 Umsetzung KSPKA-Maßnahme M 12 Umweltamt angepasst haben, desgleichen sind Mittel für die Erstellung eines integrierten Quartierskonzepts durch die KEK eingestellt.

Wir sind damit am **Ende des Teilhaushalts 3100**.

Ich bitte Sie jetzt, noch einmal zurückzublättern zum **Antrag Nr. 16**. Es geht um den KULT-Antrag „Livestream aus dem Gemeinderat ausbauen“. Die KULT-Fraktion ist noch einmal an mich herantreten und gesagt, dass ein Missverständnis vorlag. Man sei zwar mit dem Prozessvorschlag der Verwaltung einverstanden, dass wir hier noch einmal Angebote einholen und dann zur Abstimmung stellen. Es geht um den Ausbau des Livestreams. Man bittet doch darum, diese 10.000 Euro in den beiden Haushaltsjahren in den Haushalt einzustellen und entsprechend einem Vorschlag aus der CDU mit einem Sperrvermerk zu versehen, bis die Konzeption abgestimmt ist.

Ich glaube, es ist in Ordnung, dass wir noch einmal zur Abstimmung über den Antrag aufrufen, wenn das der Wunsch der Fraktion ist und es sich hier um einen Fehler meinerseits gehandelt hat.

Insofern rufe ich den

**Antrag Nr. 16 (Seite 64): Livestream aus dem Gemeinderat ausbauen (KULT)**

ergänzt mit dem Hinweis darauf, dass wir die jeweils 10.000 Euro mit einem Sperrvermerk versehen. Ich bitte um Ihr Votum. – Eine **große Mehrheit** ist **dafür**.

Ich möchte noch einen Wunsch von Herrn Stadtrat Kalmbach aufgreifen. Uns ist fälschlicherweise bei der Übersicht immer noch die Bezeichnung „GFK“ untergerutscht. Das bedauern wir, da es ja jetzt „FÜR Karlsruhe“ heißt. Wir sind hier ein Stück weit noch nicht ganz aktuell unterwegs.

Wir kommen zum **Teilhaushalt 3200** Ordnungs- und Bürgerwesen, und ich rufe auf der **Seite 165** auf

### **Antrag Nr. 43 (Seite 164): Einrichtung von Videoüberwachungen an ausgewählten Straßen und Plätzen im öffentlichen Raum (CDU)**

**Stadtrat Döring (CDU):** Die CDU-Fraktion hat beantragt, die gesetzlichen Möglichkeiten zur Installation von Videotechnik gerade im öffentlichen Raum zu prüfen und entsprechende Mittel für so eine Einrichtung mit einem Sperrvermerk, falls diese rechtlichen Möglichkeiten gegeben sind, in den Doppelhaushalt einzustellen.

Warum haben wir das gerade so gewählt? Sie wissen, die Sicherheitslage ändert sich stetig. Deswegen obliegt es auch der Polizei, die Lage ständig neu zu beurteilen und fortzuschreiben und im Zuge von Gefährdungsprognosen entsprechend darauf auch mit Maßnahmen zu reagieren. Wie Sie wissen, sind Kriminalstatistiken leider immer etwas rückwärts gewandt, und mit der Vergangenheit von Kriminalität die Zukunft zu erklären, ist relativ schwierig. Worauf wir aber eingehen können, sind aktuelle Phänomene, und das macht die Polizei vorbildlich. Wobei wir sie aber unterstützen müssen, ist genau mit diesem Instrument.

Was wir wissen: Der Ausbau von Videotechnik hat zwei Dimensionen, eine rechtliche Dimension, die allen hier im Plenum klar ist, das haben wir schon länger beraten. Aber es gibt auch einen politischen Maßstab. Hier geht es objektiv um die Kriminalitätsbelastung, die in unserer Stadt erfreulicherweise zurückgeht, und auch um das subjektive Sicherheitsempfinden, das sich total zu dieser Entwicklung gegenteilig entwickelt.

Das Dritte ist natürlich die Akzeptanz der Bürger. Über 80 % der Bürger befürwortet die Überwachung an öffentlichen Plätzen und an Bahnhöfen in unserem Land. Wie die aktuellen Fälle auch zeigen – sowohl in Mannheim als auch in Freiburg –, ist es Teil der Sicherheitspakete des Landes Baden-Württemberg, vermehrt auf Videoüberwachung zu setzen. Hierbei geht es aber nicht um die Überwachung des kompletten öffentlichen Raums mit allem Drum und Dran, sondern das geschieht ausgewählt nur zu Schwerpunktzeiten und vor allem mit intelligenter Videotechnik, mit Software, die die Rechte Einzelner schützt und quasi intelligent Gefahrensituationen erkennt.

Genau diesen Weg möchten wir in Karlsruhe bei Bedarf, wenn es so weit kommt, auch einschlagen. Dazu brauchen wir aber – ich sage es jetzt einmal ganz salopp – auch einen entsprechenden Puffer im Haushalt. Unser Antrag sieht nichts anderes vor als das. Worauf wir eingehen können: Wir haben ja schon ein Sicherheitsaudit angestoßen. Bei uns in der Stadt werden auch einige Präventionsmaßnahmen als Ergebnis dieses Sicherheitsaudits auf uns zukommen.

Ich kann hier im Plenum sagen, ich bin mir sicher, dass die Videoüberwachung ein Teil dieser Präventionsmaßnahmen sein wird, weil wir wissen – ein Blick in die polizeiliche Eingangsstatistiken bestätigt uns einiges –: Videoüberwachung hat positive Effekte, Videoüberwachung bringt etwas, sowohl repressiv als auch präventiv. Deswegen möchte die CDU-Fraktion nicht erst darauf warten, bis es bei uns zu einer eklatanten Verschlimmerung der Sicherheitssituation kommt und wir dann langwierig darauf reagieren müssen, sondern hier gezielt mit einem Sperrvermerk arbeiten, die Mittel vorher einstellen, um dann schnell für die Sicherheit unserer Bürger reagieren zu können.

**Stadtrat Konrad (GRÜNE):** Man kann es gar nicht oft genug sagen: Karlsruhe ist sicher. Karlsruhe ist sogar so sicher, dass es illegal ist, Videoüberwachung einzuführen. Es gibt ja keine Kriminalitäts-Hotspots. Der einzige Kriminalitäts-Hotspot, der sich entwickeln könnte, wäre der Gemeinderat, wenn die CDU weiterhin rechtswidrige Anträge stellt.

Ich möchte an der Stelle auch kurz auf die Anträge zum KOD eingehen.

(Unruhe, Zurufe)

– Lassen Sie mich ausreden, ich habe ein bisschen was zu erzählen.

Ich möchte noch kurz auf die Aufstockungsanträge zum KOD eingehen. Wir übernehmen als Stadt immer mehr Landesaufgaben. Das führt zu mehr Schnittstellen, letzten Endes zu mehr Kosten, weil der Aufwand größer wird, wenn sich unterschiedliche Stellen um die gleichen Aufgaben kümmern. Wir möchten lieber mehr richtige Polizisten und Polizistinnen auf den Straßen haben. Genau dazu passt das Konzept der Landesregierung, die eben auch Polizisten und Polizistinnen einstellt, unter anderem auch Verwaltungsbeamte, die keine Polizeiausbildung haben, um den jetzt benötigten Bedarf zu decken, denn die können in den Bürojobs der Polizei sehr gut eingesetzt werden. Lassen Sie das mal kommen, wir sind dran, die Landesregierung arbeitet da relativ gut dran. Schließlich ist es auch ein CDU-Innenminister, der das macht. Wenn das wirklich nicht hilft, können wir darüber sprechen, den KOD aufzustocken.

**Stadtrat Marvi (SPD):** Herr Döring hat, wenn ich es richtig verstanden habe, zum Schluss von einer Eskalation der Kriminalität gesprochen. Das ist wirklich eine sehr kreative Interpretation des letzten Sicherheitsberichtes. Aber wir werden ja gleich beim Tagesordnungspunkt KOD darüber reden. Wir haben dieses Thema ja schon in aller Ausführlichkeit in der September-Sitzung des Gemeinderates diskutiert, und für alle diejenigen, die nicht dabei waren, will ich ganz kurz für die SPD unsere klare Haltung festhalten: Wir haben keine ideologische Scheuklappen beim Thema Videoüberwachung, die kann durchaus zu einer Verbesserung des punktuellen Sicherheitsempfindens und der realen Aufklärung von Straftaten beitragen. Es gibt ja bundesweit Gefahrenpunkte, bei denen es durch die Anwendung dieser Technik Erfolge gegeben hat. Wir haben in Karlsruhe einige Erfahrungen gemacht im Bereich der Überwachung von Straßenbahnen.

Wir sind der Auffassung, wenn man sich der Grenzen dieses Instrumentes bewusst ist, kann man sich dem Thema mit Sachlichkeit annähern. Nach dem Wortbeitrag von Herrn Döring bin ich mir nicht ganz so sicher, ob sich alle der Grenzen dieses Instrumentes voll und ganz bewusst sind. Unsere starke Vermutung ist, dass sich die rechtlichen Voraussetzungen seit der September-Sitzung für die Videoüberwachung an entsprechenden Plätzen



in Karlsruhe nicht verändert haben. Herr Müller hatte, wenn ich es richtig in Erinnerung habe, beim letzten Mal das Thema Drogenkriminalität als eine mögliche Voraussetzung ins Feld geführt. Spannend wäre, ob die Verwaltung dazu neue Erkenntnisse hat. So scheint uns aber der Antrag heute nicht zustimmungsfähig zu sein.

**Stadtrat Wohlfel (KULT):** Unsere Haltung zur Videoüberwachung ist bekannt. Genauso ist bekannt, dass die Videoüberwachung in Karlsruhe derzeit nicht zulässig ist, weil es nicht die entsprechende Kriminalität gibt, die das rechtfertigen würde. Des Weiteren sehen wir die Kriminalitätsbekämpfung als Landesaufgabe, und wenn es so wäre, dass Karlsruhe ein Sicherheitsproblem hätte, wäre es Aufgabe des Landes, für mehr Polizisten und Polizistinnen in Karlsruhe zu sorgen.

**Stadtrat Hock (FDP):** In der Haushaltsrede, die ich gehalten habe, habe ich ja schon gesagt, was die FDP denkt. Die Lage – und da muss ich dem Kollegen Marvi Recht geben – hat sich im Moment noch nicht geändert, und deshalb wird auch meine Fraktion diesen Antrag heute ablehnen.

**Stadtrat Fostiropoulos (Die Linke):** CDU-Logik scheint nach dem Redebeitrag zu sein, dass die Kriminalität in Karlsruhe sinkt, und deshalb brauchen wir mehr Videoüberwachung. Das ist für mich nicht gerade logisch. Außerdem schaffen lebendige Plätze Sicherheit, nicht Kameras. Die Linke wird diesem Antrag natürlich nicht zustimmen, weil wir hier eine Stadtentwicklung haben wollen, die die Menschen zusammenbringt. Videokameras schützen erst einmal nicht vor Kriminalität, später kann man vielleicht auswerten, was passiert ist.

(**Stadtrat Ehlgötz/CDU:** Die Straßenbahnen sind sicherer geworden!)

– Die Straßenbahnen sind sicherer geworden – aufgrund von Attrappen. Gut, dann können wir ja Attrappen aufstellen, wenn die Sicherheit schaffen.

**Stadtrat Kalmbach (FÜR Karlsruhe):** Videoüberwachung kann das letzte Mittel sein. Ich denke aber, wir müssen die Dinge ganzheitlich betrachten. Wenn wir Sicherheit schaffen wollen, geht es um Sozialkontrolle auf der einen Seite, aber es kann auch eine Videoüberwachung dazukommen. Deshalb isoliert über Videoüberwachung zu sprechen, wird der Sache nicht gerecht. Man muss im Einzelfall immer schauen, gibt es Plätze, gibt es Orte, wo die Dinge nicht in den Griff zu bekommen sind, und dann müssen wir sie ganzheitlich anschauen, sowohl von der Bebauung als auch von der Beleuchtung her, also die Bemusterung von Plätzen. All diese Faktoren gehören betrachtet. Deswegen kann ich isoliert der Videoüberwachung nicht zustimmen, aber grundsätzlich, wenn es darum geht, Einzelplätze anzuschauen, kann es auf jeden Fall die richtige Wahl sein.

**Stadtrat Wenzel (FW):** Ich sehe es wie die CDU. Wir wissen nicht, wie sich die Kriminalität entwickelt, wir wissen aber, wie das Sicherheitsgefühl in der Stadt ist. Lesen wir die Sicherheitsberichte der letzten Jahre, wissen wir, dass Karlsruhe im großen Teil sicher ist – da stimme ich allen zu –, aber die Innenstadt, vor allem die Kaiserstraße tags und nachts und die Plätze, vor allem der Europaplatz, stellen für viele Menschen eine Bedrohung dar. Ich habe mir in dieser Woche einmal erlaubt, nach 24 Uhr diese dunklen Löcher anzuschauen: Beleuchtung fehlt, die Arkaden am Europaplatz fehlen. Das Konzept, was Kollege Döring gesagt hat, einzustellen, schauen, wie die rechtliche Situation ist, ist besser als zu warten,

dass etwas passiert. Jedes Opfer, jedes einzelne Opfer, von dem wir sagen, es ist ein Fall, ist zu viel. Ich kann nur sagen, wir müssen uns dieses Instruments bewehren, und wenn einer heute sagt, die Innenstadt ist sicher, dann sollte er einfach einmal die Kommentare und die Zeitungsausschnitte lesen, was da passiert. Ja, Karlsruhe ist in den Stadtteilen außenherum sicher, aber die Innenstadt – und das ist auch mein Gefühl – hat sich verändert, und wir sollten uns dieses Instrumentes bewehren, deshalb volle Zustimmung zu diesem Antrag.

**Stadtrat Dr. Schmidt (AfD):** Ich wollte genau dasselbe sagen wie Herr Wenzel. Wir unterstützen den Antrag der CDU.

**Der Vorsitzende:** Bevor wir zur Abstimmung kommen, ist mir noch wichtig darauf hinzuweisen: Die aktuelle Gesetzeslage gibt es nicht her, so etwas in Karlsruhe durchzuführen. Was in Mannheim ausprobiert wird, ist eine neue Form der technischen Auswertung der jeweiligen Aufzeichnungen, die sicher für eine deutliche Effizienz und eine höhere Anonymität sorgt. Aber selbst dann, wenn das Projekt in Mannheim erfolgreich sein sollte, was ich mir gut vorstellen kann, muss trotzdem erst das Gesetz geändert werden, damit wir es anwenden können. Ich will das nur noch einmal deutlich machen. Sie kennen im Moment die Koalition in Stuttgart, die da durchaus eine kontroverse Meinung zu diesen Dingen entwickeln wird. Von daher können wir gerne alles so beschließen, aber es sollte damit nicht die Erwartung verbunden sein, jetzt kurzfristig etwas tun zu können.

Herr Stadtrat Döring, Sie haben auf die Sicherheitsaudits verwiesen. Die werden wir hier noch sehr intensiv diskutieren, aber auch die Sicherheitsaudits können die Videoüberwachung nicht einführen, wenn bis dahin das Gesetz noch nicht entsprechend angepasst ist.

Damit kommen wir zur Abstimmung. Ich bitte um Ihr Votum. – Das ist mehrheitlich **abgelehnt**.

**Antrag Nr. 44 (Seite 164): Aufstockung der Personalstärke des Kommunalen Ordnungsdienstes (KOD) (CDU)**

**Antrag Nr. 45 (Seite 164): Aufstockung Kommunalen Ordnungsdienst (SPD)**

**Antrag Nr. 46 (Seite 164): Kommunalen Ordnungsdienst (FPD)**

**Antrag Nr. 47 (Seite 165): Stellenschaffung KOD (AfD)**

**Antrag Nr. 48a/b (Seite 165): KOD - Kommunalen Ordnungsdienst (FW, Stadtrat Schmitt/pl)**

**Stadtrat Döring (CDU):** Entgegen der Auffassung von manch anderen Kollegen hier im Raum hat Deutschland eine großartige Sicherheitsarchitektur, in der wirklich alle – und vor allem viele Leute, viele Behörden – mitwirken, unter anderem auch die Kommunen. Es ist nicht nur Aufgabe des Landes, nein, in Karlsruhe gehen sowohl Landesbeamte wie auch Bundesbeamte auf Streife, aber auch unser Kommunalen Ordnungsdienst. Dass so ein kommunaler Ordnungsdienst Wirkung zeigt und notwendig ist, hat auch das aktuelle Sicherheitspaket des Innenministeriums für Freiburg belegt. Aber gehen wir einmal zurück auf unsere Ausgangslage hier in Karlsruhe.

Der KOD ist für uns ein Erfolgskonzept, was wir allein schon daran sehen – mit einem Blick in den letzten Sicherheitsbericht –, die Einsatzbelastung hat sich signifikant erhöht, aber wir haben auch die Aufgaben des KOD ausgeweitet. Allein, wenn wir darauf schauen, welche Maßnahmen am Werderplatz geplant sind, wissen wir ganz genau: Selbst wenn wir

dort ein zeitlich und örtlich beschränktes Alkoholkonsumverbot einführen, muss das auch jemand kontrollieren und durchsetzen. Das heißt, wir setzen auf vielfältige Art und Weise auf die Mitarbeiter des KOD, und da sind wir jetzt einfach an einer gewissen Belastungsgrenze angelangt. Es gibt natürlich aufgrund der aktuellen Sicherheitslage ungefähr eine Regel von 12 KOD-Mitarbeitern je 100.000 Einwohner, und wenn wir jetzt diesen Maßstab an unsere jetzige Personalausstattung, haben wir eindeutig Handlungsbedarf. Deswegen hat die CDU-Fraktion die Aufstockung um 13,5 Vollzeitwerte beantragt, einfach aus dem Grund: Der KOD besteht ja nicht nur aus Streifenbeamten, die uniformiert draußen auf der Straße sind. Uns geht es vor allem darum, die Präsenz zu erhöhen. Dazu muss ich auf Herrn Konrad eingehen: Ja, es ist schön, wenn wir Verwaltungsbeamte haben, die die Arbeit innen erledigen. Das Problem ist aber: Einen Sachverhalt auf Streife kann meist nur der qualitativ gut wiedergeben, der auch dabei war. Vollzugsdienst ist eine Sache von Profis. Ich möchte jetzt nicht die Rolle von Verwaltungsbeamten schmälern, aber mir ist ein ausgebildeter Vollzugsbeamter auf der Straße lieber als ein ungeschulter Verwaltungsbeamter, der in einem Crash-Kurs eine Uniform angezogen bekommt und dann solche Aufgaben wahrnimmt. Unsere Bürgerinnen und Bürger haben einfach einen Anspruch auf qualitativ hochwertige Arbeit, und dazu gehört, dass die Leute ordentlich ausgebildet und ausgestattet werden.

Im Zuge dessen sage ich Ihnen auch ganz ehrlich: Wir wollen mit dieser Erhöhung um 13,5 % die Schichtstärke dieser zwei Dienstgruppen signifikant erhöhen. Sie wissen selbst, Leute werden krank, sind in Urlaub oder auf Fortbildung. Wir möchten, dass das Niveau, an das sich die Karlsruher zu Recht gewöhnt haben und das wir auch brauchen, so solide aufbauen, dass wir diese Schichtstärken und diese Präsenz auch halten können. Um nichts anderes geht es in dem CDU-Antrag. Deswegen werbe ich um Unterstützung und möchte ganz zum Schluss Herrn Seemann und seinem gesamten Team für die Arbeit danken, die sie tagtäglich – auch am Wochenende und nachts – dafür leisten, dass Karlsruhe ein Stück weit sicherer wird und auch bleibt.

**Stadtrat Marvi (SPD):** Zunächst einmal – es werden sich sicher noch etliche andere zu Wort melden – will ich für unsere Fraktion festhalten, dass die SPD neben der Union und den Freien Wählern von Anfang an zum Konzept des Kommunalen Ordnungsdienstes stand. Später entdeckten noch andere das Thema immer stärker für sich und werden sicher gleich darauf eingehen.

Der KOD war und ist für uns nie ein Ersatz für die Arbeit unserer Polizei gewesen, sondern immer eine Einheit, die orientiert an unseren kommunalen Möglichkeiten beim Sicherheit unterstützend die Arbeit der Polizei flankiert und vor allem Ansprechpartner für die Bevölkerung ist und das Sicherheitsgefühl in unserer Stadt verstärkt. Wir haben die Entwicklung im Sicherheitsbereich in unserer Stadt in den vergangenen Jahren mit kühlem Kopf angeschaut. Wir freuen uns, dass sowohl die Polizei als auch der KOD in großem Maße zu einer Verbesserung der realen Sicherheitslage beigetragen haben. Von der Rauschgiftkriminalität einmal abgesehen, die bundesweit ohne Ausnahmen steigt, bewegen sich bei uns in Karlsruhe sämtliche Kriminalitätsstatistiken nur in eine Richtung, nämlich nach unten. Da kann ich nur der einzig wahren Allianz für die Sicherheit in unserer Stadt danken, nämlich den Mitarbeitern und Beschäftigten unserer Sicherheitsbehörden.

Natürlich brauchen wir weiterhin ein wachsames Auge auf die Herausforderungen in der Sicherheitspolitik. Wir sind ja gemeinsam noch auf der Suche nach tiefergehenden Ursa-

chen für das Gefälle zwischen tatsächlicher Kriminalität und gefühlter Unsicherheit in einigen Stadtteilen. Wir müssen weiterhin an einer nachhaltigen Veränderung von Brennpunkten arbeiten und unsere Maßnahmen zur Deeskalation dort ausbauen.

Ich habe in meinem letzten Redebeitrag zum Doppelhaushalt darauf hingewiesen, dass wir uns beim Thema KOD ausdrücklich vorbehalten, bei der Personalstärke im Lichte der weiteren Entwicklung nachzusteuern. Das war vor zwei Jahren, als ich diesen Beitrag gehalten habe. Wir sehen die Situation jetzt gekommen, nicht weil die allgemeine Sicherheitslage in unserer Stadt eskaliert – dagegen sprechen die Fakten –, sondern weil wir eine Situation am Werderplatz haben, die einen höheren Personalaufwand erfordert, und weil wir auch einem Anliegen aus der Bevölkerung nach einer permanenten Erreichbarkeit und Ansprechbarkeit des KOD auch im Rahmen von nächtlichen Einsätzen nachkommen wollen.

Bevor jetzt der Überbietungswettbewerb richtig losgeht, halte ich noch einmal für unsere Fraktion fest, wir bleiben bei unserem Antrag, den KOD um 10 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter aufzustocken. Wir halten diesen moderaten Weg für angemessen und wollen die Situation weiter beobachten.

**Stadtrat Hock (FDP):** Wasch' mir den Pelz, aber mach' mich nicht nass! So hätte ich es jetzt gerade mal dazu gesagt, was der Kollege Marvi ausgeführt hat. Ich finde es toll – und das muss man heute bei den vielen gemeinsamen Dingen beim KOD sehen –, dass jetzt der richtige Weg eingeschlagen wird. Aber wenn man sich mit dem KOD auseinandersetzt und dann das richtig getan hat, muss man einfach auch als SPD-Fraktion sehen, dass 10 Vollzeitwerte leider nicht ausreichen, um den KOD in dieses Handlungsfeld zu versetzen, wo man sagen kann, auch in den Nachtstunden und bei personellen Ausfällen werden wir der Lage Herr. Deshalb, liebe SPD-Fraktion, wir haben unseren Antrag noch einmal gestellt, denn das ist der Antrag, den wir vor zwei Jahren zum Haushalt gestellt haben. Seinerzeit wurde von Seiten der CDU und der SPD mit Ablehnung reagiert. Ich bin dankbar und froh, dass heute in diesem Haus zum Thema KOD für die Bürgerinnen und Bürger ein klares und eindeutiges Signal nach draußen gesendet wird. Wir möchten, dass der KOD auf den Straßen unserer Stadt für die Bürgerinnen und Bürger ersichtlich ist, so dass man sagen kann: Ja, es gibt diese Leute, die sind da, und bei Flächen, wo wir denken, dass es Probleme gibt – auch in der Innenstadt –, soll dort auch mehr Personal auf der Straße zu sehen sein.

Wenn man hört, dass bei der Polizei nachgesteuert wird, ist das zwar gut, aber wenn man aus Polizeikreisen hört, wird das, was man jetzt eingestellt hat, eigentlich nur das Personal, das in den Ruhestand geht, abfedern. Es dauert also noch einige Jahre, bis sich bei der Polizei richtig etwas tut. Deshalb beschließen wir heute das Richtige: mehr KOD-Leute auf die Straße zu bringen. Aber bitte, liebe SPD, ich habe aus dem Redebeitrag gehört, man könnte vielleicht noch nachsteuern, steuern Sie heute nach. Wenn Sie sich mit den KOD-Leuten unterhalten, sind 10 weitere Stellen definitiv zu wenig.

**Stadtrat Dr. Schmidt (AfD):** Wir fordern für 2019 20 weitere KOD-Stellen – das tun wir auch nicht erst seit gestern – und für das Jahr drauf 10 weitere KOD-Stellen, also 30 Stellen wie die FDP, aber mit der stärkeren Zahl für 2019. Deswegen, denke ich, ist unser Antrag der weitergehende und sollte zuerst abgestimmt werden.

Mir geht es so wie Herrn Hock. Wir machen das auch nicht zum ersten Mal, sondern die ganze Legislaturperiode, dass wir mehr KOD-Stellen fordern. Warum tun wir das? Wir ha-

ben einfach zu wenig Polizei in Baden-Württemberg. Da bin ich froh, Herr Konrad, dass Sie das vorhin auch gesagt haben. Allerdings sind wir wirklich das Schlusslicht in Deutschland, sowohl pro Einwohner als auch pro Quadratkilometer haben wir in Baden-Württemberg die wenigsten Polizisten in ganz Deutschland. Und daran wird sich, lieber Herr Konrad, so schnell nichts ändern. Denn die, die Sie einstellen, die Sie in die Polizeischulen holen, reichen nicht, um die Menge an Pensionären, die jetzt in den Ruhestand gehen, auszugleichen. Das heißt, es wird erst noch bergab gehen. Wir sind ein Stück weit in dieser Stadt auf uns allein gestellt, denn wir können nicht erwarten, dass uns das Land mehr Polizei bringt, obwohl wir sie dringend brauchen. Deswegen, nur deswegen, nicht, weil wir der Meinung sind, dass wir das in die eigenen Hände nehmen sollten, sondern einfach, weil das Land nicht liefert, fordern wir schon seit Beginn der Legislaturperiode mehr KOD. Wir sind der Meinung, dass die 20 Stellen für 2019 dringend notwendig sind, aber auch die weiteren 10 Stellen im Jahr drauf. Was mich wirklich wundert, ist, dass CDU und SPD eigentlich auch schon immer dafür waren, denn die haben das bisher immer verhindert. Diese Parteien haben bisher immer verhindert, dass wir mehr KOD bekommen.

(Unruhe, Zurufe von CDU und SPD)

– Dass wir mehr Stellen bekommen in dieser Legislaturperiode, wurde immer von der CDU und der SPD verhindert. Insofern bin ich froh, dass jetzt bei der SPD ein Umdenken stattgefunden hat, bei der CDU schon ein bisschen früher. Natürlich werden wir uns nicht scheuen, auch deren Anträgen zuzustimmen, wenn es nötig sein sollte, um tatsächlich mehr KOD zu bekommen.

Aber ich bitte um die Abstimmung unseres Antrags als ersten.

**Stadtrat Wenzel (FW):** Herr Kollege Schmidt, ich schätze auch Ihren Antrag, aber Kollege Marvi sagte ja, die Ersten, die sich hier in diesem Haus für den KOD eingesetzt haben, war die SPD, es war die CDU, und es waren wir Freien Wähler.

Zu einer Situation, in der wir diese Sicherheitslage und dieses Gefühl, dass es nicht verstanden wird, ein anderes war, haben wir – ich und Stadtrat Stefan Schmitt – eine Konzeption erarbeitet. Wir müssen intelligent an dieses Thema rangehen. Der KOD muss wachsen, er muss in die Tiefe gehen, und man muss ihn ausstatten. Ich denke, wir haben so tief gestapelt, damit der Antrag Chancen hier hat. Ja, die FDP und die CDU gehen höher. Ich werde diese Anträge auch mitgehen, aber das richtige Maß muss sich entwickeln.

In unserem Antrag geht es nicht nur ums Personal, er geht weiter. Es muss eine vernünftige Ausstattung erfolgen. Die Menschen müssen gut ausgebildet werden, damit sie draußen – das hat auch der Kollege Döring gesagt – wissen, was sie tun. Wir brauchen Fachkräfte. Wir müssen auch präsent sein. Der Gedanke vom Kollegen Schmitt und mir war, dass wir am Wochenende in der Innenstadt präsent sind, wenn es sein muss, auch in der Nacht. Als Doppelstreife müssen wir wie früher die Polizei in der Kaiserstraße sichtbar sein. Es muss eine Präsenz da sein. Ich denke, dass heute der Antrag durchkommt.

Ich habe mich dazu bekannt, dass ich auch die zwei höheren mittrage. Herr Kollege Schmidt, auch wenn ich Sie schätze, tun Sie nicht so, als ob die AfD dieses Thema erfunden hat. Es waren andere hier im Haus, da gab es die AfD noch gar nicht. Ich muss es einfach sagen, denn dieser Eindruck wird immer wieder dargestellt.

**Stadtrat Fostiropoulos (Die Linke):** Polizeiarbeit ist Landesaufgabe. Wenn die grün-schwarze Landesregierung ihrer Aufgabe nicht gerecht wird, ausreichend Polizei einzustellen, dann müssen wir unsere Kritik da anbringen, aber nicht eine Verschiebung der Kosten zur Kommune hinnehmen und Aufgaben einfach so umverteilen. Die Linke in Karlsruhe ist auf jeden Fall für mehr kommunale Mittel für die Prävention, aber nicht dafür, Aufgaben des Landes zu übernehmen.

**Stadtrat Kalmbach (FÜR Karlsruhe):** Wie sagt unser Ministerpräsident Kretschmann? Es geht um Maß und Mitte. Die von der SPD geforderten 10 zusätzlichen Stellen finde ich sehr maßvoll und mittig, denn das sind immerhin 50 % mehr als das, was wir bisher haben. Wenn das nichts ist und nicht funktioniert, können wir uns beim nächsten Haushalt noch einmal überlegen, ob es tatsächlich nötig ist oder nicht, weil vielleicht dann auch die Polizeistärke da ist.

Insofern ist „FÜR Karlsruhe“ dafür, weil wir auch die Dankbarkeit in der Südstadt sehen. Die Leute sind froh, dass der KOD über den Platz geht. Große Plätze müssen immer wieder bestreift werden. Insofern sind wir auf jeden Fall dafür, aber das Maß und die Mitte sind für uns 10 neue Einstellungen.

**Der Vorsitzende:** Das waren alle Wortmeldungen.

Wir gehen in die Abarbeitung der Anträge. Der weitergehende Antrag ist der **Antrag der AfD**, der zwar genauso wie die FDP 30 zusätzliche Stellen einfordert, sie aber anders verteilt, nämlich 20 Stellen schon in 2019 und 10 in 2020. Über diesen Antrag stimmen wir jetzt ab, und ich bitte um Ihr Votum. – Der Antrag ist **abgelehnt**.

Damit kommen wir zum **Antrag der FDP**, ebenfalls insgesamt 30 Stellen, aber 16 Stellen in 2019 und 14 Stellen in 2020. Ich bitte um Ihr Votum. – Das ist ebenfalls **abgelehnt**.

Wir kommen zum Antrag der Freien Wähler und Herrn Stadtrat Schmitt, insgesamt 20 Stellen, 10 Stellen in 2019 und 10 Stellen in 2020. Wenn wir es richtig verstehen, verlangt die CDU einmal 13,5 Stellen – oder haben wir das falsch verstanden? – und dann noch einmal 13,5 Stellen ab 2020. Gut, dann rufe ich jetzt den CDU-Antrag auf. Da kommen wir dann auf 27 Stellen, nämlich 13,5 in 2019 und 13,5 in 2020. Wir hatten den Antrag falsch interpretiert. – Können Sie das untereinander klären, denn ich sehe Leute, die den Kopf schütteln, und andere, die mir zunicken. – Okay, nur einmalig 13,5, dann lagen wir doch richtig.

Dann wenden wir uns wieder dem **Antrag der Freien Wähler und von Herrn Stadtrat Schmitt** zu: 20 Stellen insgesamt, 10 in 2019 und noch einmal 10 in 2020. Ich bitte um Ihr Votum. – Das ist auch **abgelehnt**.

Damit kommen wir zum **Antrag der CDU**, 13,5 zusätzliche Stellen ab 2019. Ich bitte um Ihr Votum. – Das ist ebenfalls eine **Ablehnung**.

Wir kommen zum **SPD-Antrag**, 10 zusätzliche Stellen ab 2019. Ich bitte um Ihr Votum. – Das hat jetzt eine **Mehrheit gefunden**.

Ich möchte noch darauf hinweisen, dass wir diese 10 Stellen dann in den Haushalt einpflegen, die zusätzlichen Sachmittel noch ermitteln müssen. Die werden wir dann aber vom Budget bereitstellen können, so dass das dann auch mit der Ausstattung funktioniert.

### **Antrag Nr. 49 (Seite 165): Nachttaxi (FW/Stadtrat Schmitt/pl)**

**Stadtrat Schmitt (pl):** Warum Jürgen Wenzel und ich diesen Antrag nun zum zweiten Mal stellen, muss ich hier nicht mehr im Detail begründen. Denn die Begründung steht ja explizit im Antrag drin.

Ich nutze meine Redezeit lieber, um Ihnen zu erklären, warum Sie eigentlich dafür stimmen müssten. Fangen wir mal bei den Grünen an, deren Tradition wir mit dem Antrag auf das Frauentaxi quasi übernommen haben. Denn die Idee kommt ja von Ihnen. Sie haben diesen Antrag Jahr für Jahr in einer Zeit gestellt, die wesentlich sicherer war als heute. Deshalb ist nicht zu verstehen, warum Sie sich nun von dieser guten Idee verabschiedet haben. Zu erklären ist das eigentlich nur mit der Leugnung oder Verdrängung der Realität. Deshalb mein Appell an die Grünen: Kehren Sie zur Realität zurück und stimmen Sie für diesen Antrag.

Liebe Kolleginnen und Kollegen von der CDU, Ihre Frauen-Union hat vor einigen Wochen eine Veranstaltung gemacht, die unter dem Slogan segelte: Wir wollen die Nacht zurück – mehr Sicherheit im öffentlichen Raum. Als ich das gelesen habe, dachte ich zuerst, das muss eine Veranstaltung der AfD sein. Denn, werte Kollegin Wiedemann, Sie waren es doch, die mir hier einmal erklärt hat, dass Sie gar keine Angst davor haben, abends oder nachts mit der Straßenbahn zu fahren und nicht verstehen würden, wie man auf die Idee kommt, ein Frauentaxi zu fordern. Offensichtlich sind andere Damen in der CDU anderer Meinung. Was könnte man daraus lernen? Vielleicht, dass man als gewählter Mandatsträger nicht nur von sich selbst ausgeht, sondern sich an den Sorgen derer orientiert, von denen man gewählt werden möchte. Denn, werte Kollegin Wiedemann, ich habe auch keine Angst, abends oder nachts mit der Bahn zu fahren. Aber ich nehme die Sorgen derer ernst, die das anders sehen. Und das ist der Unterschied zwischen Ihnen und mir. Deshalb mein Appell an die CDU: Geben Sie wenigstens den Frauen, die nicht genügend Geld haben für ein Taxi und deshalb lieber zu Hause bleiben, die Nacht zurück und stimmen Sie für unseren Antrag.

Werte Kolleginnen und Kollegen von der SPD, in KA-news habe ich kürzlich gelesen, dass Sie sich Sorgen darüber machen, dass Menschen im Zirkus von umfallenden Elefanten erdrückt werden. Das ist sehr löblich, doch Sie sollten auch an die Frauen denken, die sich abends oder nachts an Haltestellen unwohl fühlen, weil Sie Angst vor tätlichen Übergriffen haben, die ja in letzter Zeit nicht selten sind. Die Lösung des Problems ist allerdings nicht so einfach wie im Zirkus. Dort haben Sie dafür plädiert, die Elefanten abzuschaffen, die Haltestellen können wir natürlich nicht abschaffen, denn die brauchen wir noch. Insofern wäre doch das Frauentaxi ein guter Kompromiss, dem Sie vielleicht zustimmen könnten.

Werte Kollegin Zürn, werter Kollege Fostiropoulos, ich habe viele Anträge von Ihnen in Erinnerung, in denen Sie dafür plädieren, dass es etwas umsonst geben sollte, wie z. B. kostenlose KITAS, was ich auch in Ordnung finde. Ich gebe zu, dass mit unserem Antrag das Taxifahren nicht kostenlos wird, aber es wird für Frauen, die sich das heute nicht leisten

können, erschwinglicher. Insofern könne ich mir vorstellen, dass auch Sie sich unserem Antrag anschließen.

Liebe Kollegen von der FDP, was soll ich sagen? Einerseits sind Sie gegen Subventionen, andererseits setzen Sie sich für kleine Unternehmen ein. Das ist in diesem Fall sicher ein schwieriger Spagat für Sie, denn mit dem Frauentaxi stimmen Sie sowohl für das eine wie für das andere. Mit Ihrem Hinweis auf die Zustände im Nigtliner hat der Kollege Joos das beste Beispiel und Argument dafür geliefert, für das Frauentaxi zu stimmen. Und ich hoffe, dass Sie da nun auch konsequent sind.

Lieber Kollege Mossuto, lieber Kollege Kalmbach, bei euch ist es einfach. Wer so konsequent für Karlsruhe ist, kommt an der Zustimmung zu unserem Antrag gar nicht vorbei, denn das Frauentaxi ist ein Taxi für Karlsruhe.

Last but not least mein Appell an die Kollegen von der KULT-Fraktion. Es ist klar, Taxifahren ist für sich gesehen kein kulturelles Ereignis im klassischen Sinn. Aber ich habe Frauen in meinem Bekanntenkreis, die sind früher mit der Straßenbahn ins Theater gefahren, auch mit der Straßenbahn wieder zurück. Heute fahren Sie nur noch mit der Straßenbahn zum Theater, und zurück leisten Sie sich ein Taxi. Frauen, die sich die Rückfahrt vom Theater oder vom Kino oder von einer Musikveranstaltung nicht leisten können, die bleiben eben zu Hause. Damit ist klar, mit der Zustimmung zum Frauentaxi würden Sie mehr Frauen die Teilhabe an kulturellen Veranstaltungen ermöglichen und damit Ihrem Fraktionsnamen alle Ehre erweisen.

Habe ich jemanden vergessen? Ja, die AfD. Da hätte ich auch einen Vorschlag, werter Kollege Schmidt. Falls Sie für das Frauentaxi sind, bitte sagen Sie es nicht vorher, denn sonst stimmen vielleicht die meisten anderen dagegen.

**Stadträtin Zürn (Die Linke):** Drei Sachen muss ich richtigstellen.

Erstens. Haltestellen sind nicht gewalttätig. Die brauchen wir nicht abzuschaffen, die tun niemandem was. Es geht um die männlichen Täter, die tun was, und dagegen muss man etwas unternehmen.

Zweitens. Vor 40 Jahren war die Situation nicht einfacher, als die Frauen das Nacht-Taxi gefordert haben. Damals galt, Frauen sind selbst schuld, wenn sie sich an bestimmten Orten bewegen. Diese Zeiten haben wir heute Gott sei dank nicht mehr.

Drittens. Frauen wollen zwar die Nacht zurück, ob von der CDU oder von der Linken, aber wir wollen sie nicht im Taxi zurück, wir wollen zu Fuß gehen, wir wollen Fahrrad fahren, wir haben auch ein Anrecht auf Sicherheit, wie Männer auch. Und wir haben auch schon vor 40 Jahr argumentiert, wir möchten kein Nachttaxi, weil wir einfach in Freiheit Tag und Nacht hingehen wollen, wohin wir wollen. Wir tun es zwar nicht, viele Frauen meiden bestimmte Plätze, und das werden sie auch tun, selbst wenn es Nachttaxis gibt. Aber ein Nachttaxi ist dafür keine Maßnahme. Frauen wollen nachts genauso unterwegs sein, ob zu Fuß, mit dem Rad oder wie auch immer.

Wenn Frauen in der Öffentlichkeit sind, üben Sie auch soziale Kontrolle mit aus. Das sollte man nicht dadurch ändern, dass man Frauen partiell aus der Öffentlichkeit ausschließt oder



entfernt. Überlassen Sie dann den Männern die Nacht? Es geht doch darum, etwas zu tun gegen Männer mit Gewaltbereitschaft. Dafür sehen wir sehr viel bessere Maßnahmen, als jetzt Frauen ein Taxi zu gestatten, was erstens nur eine Maßnahme ist, die wenigen Frauen zugute kommt. Wir Linken sind schon lange dafür – und wie ich die Frauen der Grünen kenne, sind sie auch dafür –, dass man etwas gegen männliche Gewaltbereitschaft tut, aber durch Bildung und Aufklärung gegen Sexismus, gegen Geschlechterstereotype, und dann würde man auch etwas tun gegen männliche Gewaltbereitschaft.

**Der Vorsitzende:** Wir kommen zur Abstimmung über den Antrag Nr. 49. Ich bitte um Ihr Votum. – Das ist eine mehrheitliche **Ablehnung**.

**Antrag Nr. 50 (S. 165): Sicherheitskonzept Innenstadt-Stützpunkt (FW/Stadtrat Schmitt/pl)**

**Stadtrat Wenzel (FW):** Stefan Schmitt und ich haben in der Vergangenheit des Öfteren das Thema Sicherheit in der Innenstadt aufgegriffen und ein Konzept gefordert.

Die Idee zu einem Stützpunkt – es muss kein Container sein, es kann auch eine der demnächst leerstehenden Räumlichkeiten des Einzelhandels in der Nähe des Europaplatzes sein – ist ganz einfach, eine Präsenz, vor allem am Wochenende, wenn die Jugend lange unterwegs ist, oder in den langen Nächten des Sommers zu haben. Die Sichtbarkeit eines Stützpunktes – auch wenn jetzt der eine oder andere sagen würde, der Marktplatz ist ja nicht weit – ist viel wichtiger, als wenn Streifen umherlaufen. Wir haben gute Erfahrungen in Heidelberg. Wir haben auch, bevor der Container in Mannheim abgebaut wurde, dort sehr positive Erfahrungen am Brennpunkt gehabt. Es bindet in diesem Konzept ganz einfach die Idee, eine permanente Anlaufstelle zu haben, ob über das ganze Jahr oder in den Sommermonaten. Das sollte man einfach einmal ausprobieren. Ich bin sicher, dem einen oder anderen leeren Einzelhandelsgeschäft würde diese Belebung guttun. Es sollte natürlich in der Vergnügungsmeile der Stadt Karlsruhe sein.

**Der Vorsitzende:** Ich habe keine weiteren Wortmeldungen. Ich komme zur Abstimmung und bitte um Ihr Votum. – Das ist eine mehrheitliche **Ablehnung**.

**Antrag Nr. 51 (S. 165): Verkehrsüberwachung – Erhöhung um 3,5 Personalstellen (GRÜNE)**

**Antrag Nr. 52 (S. 165): Radverkehrsförderung und Ausbau der Fahrradinfrastruktur (KULT)**

Zum Antrag Nr. 52 finden Sie eine Stellungnahme, die dort eigentlich nicht hingehört. Wir hatten den Antrag aus dem Themenkomplex Förderung des Radverkehrs herausgenommen, weil es um die Schaffung einer Stelle beim Ordnungsamt geht und deswegen unter die Verkehrsüberwachung fällt. Insofern würde die Stellungnahme zum Antrag Nr. 51, die wir abgegeben haben, auch entsprechend für den Antrag Nr. 52 gelten. Die andere Stellungnahme können sie vergessen.

Hinweisen möchte ich noch auf die erwähnten drei Stellen, die wir Ihnen in der Stellungnahme darstellen, die wir bei den mobilen Geschwindigkeitsmessungen sowieso schon vorgesehen haben. Davon sind jetzt zwei zunächst befristet, eine ist unbefristet. Der Personalmehrbedarf ist anerkannt, wir müssen aber die Genehmigung erst durch den Personal-

ausschuss 2019 durchführen und haben deswegen die Befristung verlängert, damit Sie dann vorab noch über die Entfristung entscheiden können. So gesehen sind schon drei weitere Stellen vorhanden, die dauerhaft abgesichert werden.

**Stadtrat Honné (GRÜNE):** Wir bekommen immer wieder Beschwerden von Leuten, die sich unangenehm berührt fühlen, weil die Gehwege zugeparkt sind, weil die Radwege zugeparkt sind, weil Autos in Fußgängerzonen stehen, durchfahren, obwohl sie dazu nicht berechtigt sind, und auch in den Kreuzungen immer wieder Autos stehen, die die Sicht behindern, auch das Queren durch Fußgänger. Deshalb brauchen wir dringend mehr Personal, auch im Hinblick darauf, dass demnächst wirklich das Verhindern des Gehwegparkens durchgesetzt werden soll. Das wird ja eine Daueraufgabe bleiben. Deshalb meinen wir, wir brauchen zusätzliches Personal, auch über die hinaus, die Sie gerade genannt haben. Da werden ja am Ende keine zusätzlichen Kosten erzeugt, denn die Einnahmen, die die Stadt dann durch Bußgelder hat, gleichen ungefähr das aus, was das zusätzliche Personal kostet. Insofern sind das keine echten Mehrausgaben, die wir da fordern.

**Stadtrat Lancier (KULT):** Die KULT-Fraktion freut sich, dass der Kollege Döring unsere Haltung teilt, dass Streifenbeamte Profis sein müssen. Deshalb fordern wir von der Polizei in der Öffentlichkeit die Repräsentanz und den Vollzug der staatlichen Gewalt. Der KOD dagegen ist Ansprechpartner und Vollzieher der städtischen Aufgaben. Eine dieser Aufgaben, die der Gemeinderat der Stadt gegeben hat, ist die Förderung des Radverkehrs. Dafür halten wir den KOD für nicht ausreichend ausgestattet. Nur spezifisch dafür sehen wir einen Bedarf, den wir hiermit haushaltspolitisch vorsichtig stellen.

**Der Vorsitzende:** Ich habe keine weiteren Wortmeldungen.

Ich rufe zunächst auf den **Antrag Nr. 51** über eine zusätzliche Stellenschaffung von 3,5 Stellen. Was die dann tun sollen, hat Herr Stadtrat Honné noch einmal erläutert. Ich bitte um Ihr Votum. – Das ist eine **Ablehnung**.

Ich rufe damit den **Antrag Nr. 52** auf, eine zusätzliche Stelle in diesem Bereich zu schaffen. Ich bitte um Ihr Votum. – Auch das ist eine **mehrheitliche Ablehnung**.

**Antrag Nr. 53 (S. 164): Einbürgerungskampagne wiederholen (GRÜNE)**

– **Erledigt?** – Vielen Dank.

**Antrag Nr. 54 (S. 166): Tierschutzfonds – Erhöhung der Mittel (GRÜNE)**

**Stadträtin Mayer (GRÜNE):** Wir haben in Karlsruhe keine nennenswerte Population an Streunern, die krank oder unterernährt sind. Das verdanken wir vor allen Dingen den vielen Ehrenamtlichen hier in Karlsruhe, die sich um die Tiere kümmern und auch die Tierarztkosten übernehmen, und die mit dem städtischen Tierschutzfonds eine große Unterstützung bekommen haben.

Im letzten Jahr gingen die genehmigten Anträge deutlich zurück, weil die Nachweise nicht ausreichend vorhanden waren. Wenn wir aber den Trend der letzten Jahre anschauen, dann sehen wir es als dringend notwendig an, die Mittel wieder aufzustocken, um dann im Fall der korrekten Nachweise die Mittel erteilen zu können.

**Der Vorsitzende:** Ich habe keine weiteren Wortmeldungen.

Wir kommen damit zur Abstimmung. Ich bitte um Ihr Votum. – Das ist eine **mehrheitliche Ablehnung**.

Ebenfalls zur **Seite 165** gestatten Sie mir noch ein paar Ergänzungen, die sich aus der 1. Veränderungsliste ergeben: Wir haben den Mietvertrag zwischen der Stadt und der Karlsruher Fächer GmbH nebst aller entsprechenden Teilbereiche vom Teilhaushalt 3200 in den Teilhaushalt 8800 zum Amt für Hochbau und Gebäudewirtschaft umgesetzt. Das spiegelt sich entsprechend wieder durch reduziert bzw. in einem anderen Bereich aufgestockte Ansätze. Ebenfalls hat sich im Fahrzeugbeschaffungsprogramm eine Änderung ergeben über den Teilhaushalt 7000 Abfallwirtschaft. Wir haben beim Amt für Stadtentwicklung zwei zusätzliche Stellen geschaffen – als Personaleinsatz für Aushilfen bei Wahlen zwei zusätzliche Stellen. Die sind ebenfalls auf dieser Seite verankert und über die 1. Veränderungsliste eingebracht.

Wir können damit diesen Teilhaushalt schließen, und ich rufe auf den **Teilhaushalt 3700 Feuerwehr**, und wir gehen auf die **Seite 175**.

#### **Antrag Nr. 55 (S. 174): Personalaufstockung Feuerwehr (SPD)**

**Stadträtin Fischer (SPD):** In mehreren Sitzungen des Ausschusses für öffentliche Einrichtungen haben wir uns mit der Organisation der Branddirektion befasst. Ich kann mich noch gut daran erinnern, dass wir diese hochkomplexen Gutachten durchgearbeitet haben und irgendwann der Kollege Hock sagte, er wolle wissen, könne er mit dem, was von der Verwaltung eingestellt werden soll, noch gut schlafen. Dann hat sich uns die Antwort aufgedrängt – es wurde zwar sehr verklausuliert gesagt –, dass das, was von der Verwaltung eingestellt wurde, ein absolutes Minimalkonzept war, mit dem man als Stadtrat nicht gut schlafen kann, um es einmal laienhaft auszudrücken.

Für uns ist der Sicherheitsgewinn sehr, sehr wichtig, weil er eben auch den rückwärtigen Dienst berücksichtigt, der in dem derzeit vorliegenden Konzept nicht in dem Umfang geleistet werden kann. Da fällt im Augenblick die Funktion weg, dass man Wachen unverschlossen zurücklassen muss, bei Alarm die Wache teilweise mit Zeitverzug verlassen wird, weil notwendige Informationen und Dienstleistungen fehlen, welche den Alarmierungsvorgang begleiten und nicht geleistet werden können. Anlieferungen an die Wachen werden nicht angenommen, weil sich niemand mehr auf der Wache befand und die Kameraden der Freiwilligen Feuerwehr nicht mit Material und notwendiger Ausrüstung zur Ertüchtigung ihrer Fahrzeuge nach einem Einsatz versorgt werden können.

Wir haben uns deshalb dafür stark gemacht, dass hier diese vier weiteren Stellen eingerichtet werden, und damit sind wir immer noch nicht auf einer Insel der Glückseligen, sondern das ist aus unserer Sicht eine Minimalausstattung, die uns aber ein Mehr an Sicherheit gibt, was wir für sehr notwendig halten, um insbesondere den rückwärtigen Bereich aufrechtzuerhalten. Es wurde auch in der Verwaltungsantwort dargestellt, und ich halte das auch für einen sehr, sehr wichtigen Aspekt, es gibt die Möglichkeit, Feuerwehrleute, die feuerwehrendiensteingeschränkt sind, in diesem Bereich zu beschäftigen. Wir wissen, dass das ein zunehmendes Problem auch gerade bei unserer Berufsfeuerwehr ist.

**Stadtrat Ehlgötz (CDU):** Liebe Gisela Fischer, es ist nicht unsere Aufgabe festzustellen, wer nachts schlafen kann oder nicht. Es ist unsere Aufgabe, das festzustellen, was wir an Sicherheit in dieser Stadt gewährleisten müssen. Das war der gleiche Fall beim KOD.

Wir als CDU haben gesagt, die Antwort der Verwaltung ist ausreichend, und wir müssen bei der Feuerwehr nicht unbedingt nachlegen. Aber für uns gibt es einen neuen Aspekt, den wir bei diesem Thema beachten müssen. Das ist der Umzug der Hauptfeuerwache von der Ritterstraße in die Zimmerstraße in wenigen Monaten. Und wenn wir das alles im gesamten Konsens sehen, dann sagen wir, es ist Zeit, dass wir bei der Feuerwehr mit vier Stellen nachrüsten. Es ist richtig, was Sie gesagt haben, dass diese Stellen im Nachhinein besetzt werden müssen, um letztendlich auch diese Dienste auszuführen, damit die Freiwillige Feuerwehr arbeiten kann.

Deshalb gibt es die Zustimmung der CDU-Fraktion zu Ihrem Antrag.

**Stadträtin Mayer (GRÜNE):** Die Feuerwehr übernimmt in Karlsruhe eine große Verantwortung, und die Stadt Karlsruhe sollte auch eine große Verantwortung für die Feuerwehr übernehmen. Wir können diesen Antrag auch mitgehen. Unsere Gründe sind vor allen Dingen die sozialen Aspekte und der niedrigere Krankenstand.

**Stadtrat Haug (KULT):** Für die KULT-Fraktion ist das Entscheidende der Sicherheitsgewinn durch das Beibehalten der Funktion „Führungsassistent Direktionsdienst“. Deshalb stimmen wir dem Antrag zu.

**Stadtrat Wenzel (FW):** Auch ich stimme diesem Antrag zu. Der Aspekt des Umzugs, der Aspekt der Überstunden und der Aspekt der Gesundheit haben mich dazu bewogen, den Antrag der SPD mitzutragen.

**Der Vorsitzende:** Ich will nur noch darauf hinweisen, dass das eine Einsatzstelle für Leute ist, die wieder eingegliedert werden. Es ist keine dauerhafte Einsatzstelle für Leute mit gesundheitlichen Einschränkungen. Zum anderen sehen wir als Stadt hier kein Sicherheitsthema. Es ist ein zusätzlicher Komfort, den es auch in der Vergangenheit gegeben hat. Das kann man so machen, aber ich möchte doch dem Eindruck entgegenstehen, dass wir hier bisher an dieser Stelle unsicher waren, weil wir diese vier Stellen nicht geschaffen hätten. – Ich rede allgemein. Es hätte aus dem Verlauf der Diskussion der Eindruck entstehen können, dem ich ausdrücklich entgegenstehen möchte. Wenn es eine Sicherheitsfrage gewesen wäre, hätte sich sicherlich auch die Branddirektion immer schon für diese Stellen stark gemacht. Das hat sie nicht gemacht, auch wenn sie dadurch einen effizienteren Betrieb für möglich hält.

Warum wir jetzt vier Stellen schaffen, wenn der Bezug der neuen Wache erst in eineinhalb Jahren ist, erschließt sich mir von der Logik nicht so ganz. Das kann mir Herr Ehlgötz bei Gelegenheit erklären.

**Stadtrat Cramer (KULT):** Herr Oberbürgermeister, können Sie mir dann erklären, warum in der Vorlage des zuständigen Ausschusses unter Variante 2 ausdrücklich fett hervorgehoben wird, dass es um einen Sicherheitsaspekt geht?

**Der Vorsitzende:** Letztendlich hat alles bei der Feuerwehr Sicherheitsaspekte. Das ist ja logisch. Die ursprünglich auch mit Ihnen gemeinsam getroffene Vereinbarung, wie die Sicherheitslage durch die Feuerwehr in Karlsruhe adäquat hergestellt werden kann, hat diese vier Stellen ausdrücklich nicht beinhaltet. Mir geht es nicht darum, dass man nicht durch jeden Feuerwehrbeamten ein Stück weit mehr Sicherheitsgewinn herstellen kann – das ist ja logisch –, sondern es geht darum, dass ich dem Eindruck entgegentreten möchte, dass wir bisher durch die Feuerwehr in Sicherheitsfragen zu wenig ausgestattet gewesen wären. Das haben Sie zwar so explizit nicht gesagt, mir ist es aber für den öffentlichen Eindruck ganz wichtig.

**Stadtrat Hock (FDP):** Jetzt muss ich mich doch melden. Ich sage es Ihnen ganz ehrlich, Herr Oberbürgermeister. Im Ausschuss habe ich immer so das Gefühl gehabt, die Verwaltung gibt vor, was man machen muss, sagt aber trotzdem zu uns: Eigentlich müsst ihr das wissen, ihr müsst es ja entscheiden. Wir sagen nein, aber ihr vielleicht. – Ich muss ganz ehrlich sagen, ich habe in jeder Ausschusssitzung, in der es um dieses Thema ging, nie den Eindruck gehabt, die Verwaltung und wir sitzen bei dem Thema zusammen und wollen zusammen eine Lösung finden. Man hat uns immer wieder den Part herübergeschoben und gesagt, bitte entscheidet. Gisela Fischer nickt. So ging es mir jedes Mal, und heute geht es mir wieder so. Deshalb wird meine Fraktion jetzt mit Ja stimmen. Ich sage es ganz ehrlich: Sie haben mir heute, Herr Oberbürgermeister, diese Sache immer noch nicht plausibel erklären können. Ihr Kollege im Amt hat uns das auch nicht hundertprozentig erklären können. Wenn ich mir unsicher bin, geht es bei mir um die Sicherheit. Deshalb wird meine Fraktion jetzt mitstimmen.

**Der Vorsitzende:** Ein letztes Wort, Herr Bürgermeister Stapf.

**Bürgermeister Stapf:** Wesentlich ist tatsächlich, mit der jetzigen Ausstattung haben wir ein ausreichendes Sicherheitslevel. Etwas anderes ist nie gesagt worden. Sie können immer mehr Leute einstellen, das gilt auch für die Polizei. Wenn Sie das geschickt machen, haben Sie eine höhere Sicherheit. In diesem Bereich bewegen wir uns, das möchten Sie jetzt, und das kann man machen. Es gibt keine absolute Sicherheit. Darüber könnten wir vier Jahre diskutieren und würden nichts erreichen. Wir haben eine sicherheitsbedürftige Gesellschaft, weshalb man diesen Bereich immer mehr steigern kann. Wenn Sie Herrn Gentner sagen, Sie geben ihm zehn Leute mehr, dann wird er auch ein sinnvolles Modell dazu finden. Wir haben einen Brandschutzbedarfsplan, der mit dem aktuellen Stand erfüllt ist. Die Sicherheit ist gewährleistet. Es gibt jetzt aber die Möglichkeit, was beinahe nie vorkommt, dass jemand auf die Wache kommt, wenn diese nicht besetzt ist. Es ist aber nicht die Aufgabe einer Wache. Solche zusätzlichen Sicherheitsaspekte können Sie aber damit einbauen.

Noch einmal – und da bin ich ganz beim Herrn Oberbürgermeister: Die Verwaltung und die Branddirektion haben seriös dargestellt, dass das Sicherheitslevel, zu dem wir uns verpflichtet und dem Sie zugestimmt haben, mit der aktuellen Konstellation erfüllt ist.

**Der Vorsitzende:** Vielen Dank. Wir kommen zur Abstimmung, und ich bitte um Ihr Votum. – Das ist eine **mehrheitliche Zustimmung**.

Ich möchte ergänzend noch auf die Veränderungsliste verweisen. Auf der Seite 175 sind in der 1. Veränderungsliste die Kosten der Integrierten Leitstelle und die entsprechende Kos-

tenerstattung berücksichtigt. Wir haben auf der **Seite 185** die Integrierte Leitstelle mit den Themen Vermögenserwerb und Vermögensveräußerung noch einmal aufgeführt. Die weiteren Hinweise können wir dann – falls nötig – im Fachausschuss besprechen.

Wir springen auf die **Seite 191** und sind damit im **Teilhaushalt 4000 Schulen und Sport**.

### **Antrag Nr. 56 (S. 190): Keine weiteren Ganztagesgrundschulen (AfD)**

**Stadtrat Dr. Schmidt (AfD):** Zu Beginn der Legislaturperiode gab es eine Umfrage unter den Eltern, die ihre Kinder ab da in die Grundschule schicken würden. Das Ergebnis war so, dass 20 % überhaupt keine Betreuung wollen, die wollen ihre Kinder nachmittags selbst betreuen, der Rest wollte eine Betreuung. Da war es so, dass die Ganztagesgrundschule etwas vor dem Hort lag, und zwar mit 37 %. Auf dieser Basis wurde argumentiert, dass wir in Karlsruhe mehr Ganztagesgrundschulen brauchen. Es wurden in den letzten Jahren dann immer wieder neue Ganztagesgrundschulen eingeführt. Inzwischen haben wir aber die 37 % schon überschritten. Wir sind bei knapp 40 %. Demzufolge ist jetzt der Anteil, der von den Eltern gewünscht wurde, erreicht.

Es ist auch zu beobachten, dass inzwischen wieder ein Umdenken stattgefunden hat. Zu Beginn der Legislaturperiode waren wir gefühlt die einzigen, die für die Hortlösung plädiert haben. Jedenfalls gab es viele, die für mehr Ganztagesgrundschulen waren und auch dementsprechend abgestimmt haben. Es zählen letztendlich nicht die Redebeiträge, sondern wie abgestimmt wird. Inzwischen ist es aber so, dass ein Umdenken stattgefunden hat, und es werden auch wieder mehr Hortgruppen geschaffen. Das liegt daran, dass die Eltern noch deutlicher als früher diesen Wunsch nach einer Hortbetreuung äußern, wie beispielsweise in Knielingen, wo jetzt ein Schülerhort ausgeweitet wird. Die Begründung liegt darin, dass die Vormittagsschule mit der Nachmittagshortbetreuung mehr Flexibilität bietet, dass sie den Eltern – auch den 20 %, die keine Nachmittagsbetreuung wünschen – die Möglichkeit bietet, ihre Vorstellungen zu verwirklichen. Wir als AfD sind davon überzeugt, dass eine Vormittagsschule für die Kinder besser geeignet ist, weil wir glauben, dass es mit der Rhythmisierung nicht klappt und es den Kindern schwerfällt, sich den ganzen Tag zu konzentrieren. Man muss auch festhalten, dass das Konzept mit der Beteiligung von Vereinen und kulturellen Organisationen an sich deutlich teurer wird, wenn man es so machen will, wie es geplant ist. Das heißt, die Ganztagesgrundschule ist deutlich teurer als ursprünglich gedacht. Aus unserer Sicht ist sie die zweitbeste Lösung, wir sind nach wie vor für mehr Hortplätze und werden auch weiterhin dafür sein.

Deswegen sind wir der Meinung, dass jetzt der Zeitpunkt gekommen ist, den Wünschen der Eltern zu entsprechen und keine weiteren Ganztagesgrundschulen zu schaffen.

**Stadträtin Uysal (SPD):** Die Bildungslandschaft in Karlsruhe ist im Wandel und entwickelt sich. Das Konzept für die Ganztagesgrundschulen des Landes Baden-Württemberg in Kombination mit der Rahmenkonzeption und den Richtlinien der Ganztagesangebote für Grundschulkindern der Stadt Karlsruhe deckt den Bedarf an ganztägigen Betreuungsangeboten in vergleichbarem Umfang ab. Es ist unbestritten, dass der Ausbau der Ganztagesgrundschulen eine Umstellung ist, bei dem es auch immer wieder Probleme gab und bis heute gibt. Wir haben es hier mit einem kontinuierlichen Verbesserungsprozess zu tun. Wenn es nötig ist, steuern wir nach, und das werden wir auch in Zukunft tun, siehe Knielingen, was bereits erwähnt wurde.

Das Nachsteuern darf aber nicht einfach lauten: Schaffung von neuen Schülerhortplätzen. Es sollte als Ziel gesetzt werden, wie wir den Abbau von Parallelstrukturen schaffen, und an welchen Standorten sollen die Schülerhorte ein Ganztagesangebot bieten und bestehen bleiben, die zur Deckung des Bedarfs notwendig sind. Die konkrete Zielsetzung fehlt uns bei diesem Antrag. Uns kommt es so vor, dass die AfD einfach mal ganz salopp und pauschal „keine weiteren Ganztagesgrundschulen“ fordert und stattdessen weitere Schülerhortplätze schaffen möchte, ohne eine konkrete Vorstellung oder ein Konzept zu haben und viele Faktoren einfach ausblendet. Es hört sich sicherlich sehr vielversprechend an, Hortplätze zu schaffen. Allerdings, Kollege Dr. Schmidt, ist es schade, die Ganztagesgrundschulen gegen Hortplätze auszuspielen. Es wäre viel wertschätzender, die funktionierende Vielfalt der Schullandschaft in Karlsruhe zu sehen. Auch stellen Sie es so dar, als ob wir die Ganztagesgrundschulen einfach von oben herab anordnen würden. So ist es aber nicht. Die Schulkonferenz entscheidet, und wir im Gemeinderat stimmen einfach zu. Warum sollen wir diesem Wunsch der Schule nicht nachgeben, fragen wir uns. Wenn der Wunsch und der Bedarf da sind, dann stimmen wir zu. Sie sind der Meinung, dass sich die Eltern mehr für Hortplätze aussprechen. Ich kann Ihnen als Lehrerin garantieren, dass es viel mehr Eltern gibt, die berufstätig oder alleinerziehend sind und dieses Bildungsangebot brauchen und sehr schätzen und somit als notwendig erachten. Das zeigt auch die Familienumfrage 2017, die Sie erwähnt haben: 40 % der Eltern, die befragt wurden, möchten eine Ganztagesbetreuung haben.

Ich wünsche mir hier mehr Empathie anstatt irgendwelche Ideologien, Herr Kollege Dr. Schmidt. Der letzte Punkt, den ich jetzt einbringen möchte, der meines Erachtens der wichtigste ist, ist die gleiche Bildungschance für alle Kinder in unserer Stadt. Wir sollten vielmehr darüber sprechen, wie wir die Bildungschancen unserer Kinder weiterhin fördern können, anstatt irgendwelche Anträge zu stellen, um sie gestellt zu haben und zu sagen, dass Eltern es für geeigneter sehen, dass man hier mehr Hortplätze schafft als eine Ganztagesbetreuung. Es ist so, dass wir Eltern haben, die ein Ganztagesangebot haben wollen, und zwar aus bestimmten Gründen. Und diesen Gründen sollten wir auch nachgehen. Deshalb stimmen wir diesem Antrag nicht zu. Die Verwaltung hat es klar und deutlich in ihrer Stellungnahme dargelegt. Wir lehnen diesen Antrag somit ab.

**Stadtrat Hofmann (CDU):** Nur ganz kurz als Ergänzung. Ich denke, die Kollegin Uysal hat es schon gut und treffend erklärt. Aber da wir uns ja teilweise ein ganz klein bisschen in der Umsetzung unterscheiden, noch zwei Sachen.

Kollege Dr. Schmidt, der Antrag hat sein Thema verfehlt, das ist ganz klar. Denn das eine tun heißt nicht, das andere lassen. Das vergessen Sie immer wieder. Die dogmatische Ablehnung der Ganztageschule macht es auch nicht immer richtiger. Denn die Ganztageschule – Sie spielen sich ja oft als Sozialapostel hier auf – hat eben die wichtige Funktion der Vereinbarkeit von Kindererziehung und Beruf. Sie treten doch oft für sozial Schwächere ein. Warum sind Sie dann dagegen? Das geht nicht, das Ausspielen von Hort und Ganztageschule funktioniert nicht. Es gibt mittlerweile einen klaren Konsens, es geht nur noch um die Art der Umsetzung. Wir wollen eine Ganztageschule, wenn möglich in gebundener Form, mit einer Rhythmisierung, und als Gegenangebot ist die Halbtageschule mit einer ergänzenden Betreuung wie dem Hort eine Alternative, und da haben die Eltern die Wahlfreiheit. Ich denke, auf diese Art und Weise werden wir auch weiterfahren können.

**Stadträtin Rastätter (GRÜNE):** Die ideologische Fixierung der AfD auf die Halbtagschule ist eine rückwärtsgewandte Bildungspolitik, die wir auf keinen Fall akzeptieren können. Es ist so, dass wir im Bereich der Bildungspolitik in Karlsruhe eine sehr gute Zukunftsorientierung haben. Wir bauen auch bei Bedarf die Ganztageschulen weiter aus. Wir wollen verbindliche Ganztageschulen mit einer guten Rhythmisierung. Da sind Weichenstellungen bereits erfolgt. Natürlich respektieren wir das Wahlrecht der Eltern, die eine Halbtagschule mit ergänzender Betreuung wünschen. Aber eine Fixierung auf eine althergebrachte abschließliche Halbtagschule ist rückwärtsgewandt und für uns überhaupt keine Alternative mehr.

**Der Vorsitzende:** Jetzt haben wir alle Wortbeiträge, und ich komme zur Abstimmung über den Antrag Nr. 56. Ich bitte um Ihr Votum. – Das ist eine deutliche **Ablehnung**.

### **Punkt 5 der Tagesordnung: Inklusion in Ganztagsgrundschule und Ergänzender Betreuung**

Ich rufe Punkt 5 der eigentlichen Tagesordnung zur Behandlung auf und weise darauf hin, dass die Zeiten der Redebeiträge zu diesem Tagesordnungspunkt nicht dem Zeitkontingent der Haushaltsplanberatung zur Last fallen. Gleichzeitig rufe ich auf

### **Antrag Nr. 57 (S. 191): Inklusion an Ganztagesgrundschulen und Ergänzender Betreuung (GRÜNE)**

Ich verweise neben der Vorlage Nr. 2018/0403 auf die 1. Veränderungsliste, wo wir diese Beträge schon in den städtischen Haushalt aufgenommen haben. Im Gegensatz zu dem, was wir in der Stellungnahme zu dem Antrag geschrieben haben, möchten wir jetzt keinen Sperrvermerk mehr vorsehen, weil jetzt definiert ist, welche Leistung wir an welcher Schule umsetzen und im Haushalt finanziell aufgefangen haben.

– Sie begrüßen, dass wir das aufgenommen haben. Damit hat sich der **Antrag** der GRÜNEN **erledigt**, und wir können die **Beschlussvorlage zur Abstimmung** stellen. Ich bitte um Ihr Votum. – Das ist eine deutliche **Zustimmung**.

### **Antrag Nr. 58 (S. 192): Mittagessen in Schulen - kostenfrei für alle Kita-Kinder und Schüler/-innen (Die Linke)**

**Stadtrat Fostiropoulos (Die Linke):** In der Digitalisierung geht es um Dematerialisierung, also weg von der Hardware hin zu Bits und Bytes. Big Data lässt grüßen. Beim Mittagessen geht es um etwas Traditionelles, etwas Anfassbares. Es sollte gesund und schmackhaft sein und aus Sicht der Linken beitragsfrei für Schülerinnen und Schüler und Kinder in den Kindertagesstätten, deshalb unser Antrag wiederholt: Beitragsfreiheit des Mittagessens in Karlsruher Schulen und Kindertageseinrichtungen.

**Der Vorsitzende:** Wir kommen zur Abstimmung, und ich bitte um Ihr Votum: – Das ist eine mehrheitliche **Ablehnung**.

### **Antrag Nr. 59 (S. 193): ScoolCard vergünstigen (GRÜNE, KULT)**



**Stadtrat Wohlfeil (KULT):** Ich spreche für die beantragenden Fraktionen GRÜNE und KULT.

Die Karlsruher Jugendlichen haben sich auf der Jugendkonferenz im März beschwert, dass die ScoolCard und die Ausbildungsmonatskarte zu teuer sind. Das Stimmungsbild der Jugendkonferenz dazu war einstimmig. Der Karlsruher Gesamtelternbeirat hat bereits 2017 in einer Elternbefragung die Meinung der Eltern erfasst, dass sie zwar wollen, dass ihre Kinder den ÖPNV nutzen, sie halten die ScoolCard aber ebenfalls für zu teuer. Wir beobachten ebenfalls bei der Anzahl der verkauften ScoolCards einen Rückgang, der nicht mit der allgemeinen Schülerentwicklung erklärbar ist. Kurz: Die ScoolCard ist leider vom Preis-Leistungs-Verhältnis her immer weniger attraktiv und wird immer weniger genutzt. Das liegt ganz klar am Preis.

2010 kostete eine ScoolCard 365 €, und die Stadt gab 55 € Zuschuss für die notwendigen Schülerbeförderungskosten, also waren nur 310 € zu bezahlen. Seitdem wurde die ScoolCard jedes Jahr teurer, meist um 10 € pro Jahr, jetzt sind wir bei 490 € für das nächste Jahr, und die Stadt gibt nur noch 33 € Zuschuss pro Jahr. Letzten Endes sind de facto 457 € zu bezahlen. Das ist in einem Zeitraum von 8 bis 9 Jahren eine Preiserhöhung von etwa 50%, im selben Zeitraum ist die allgemeine Preisentwicklung um etwa 10 % gestiegen. Aus unserer Sicht ist es vollkommen klar, dass es am Preis liegt, dass die ScoolCard nicht mehr im bisherigen Ausmaß genutzt wird und sich die Leute beschweren, das sei zu teuer. Deswegen nehmen wir das Anliegen aus der Jugendkonferenz und dem Gesamtelternbeirat auf und sagen, wir müssen die ScoolCard wieder attraktiver machen.

Wir haben einmal einen Vergleich mit anderen Städten durchgeführt. In Freiburg wird für die Jugendlichen ein Zuschuss von 6,50 € pro Monat gezahlt, in Stuttgart sind es über 10 € pro Monat, die an Zuschüssen gezahlt werden. Deswegen dachten wir, ungefähr in dieser Preisspanne wäre das auch gut für Karlsruhe, also haben wir 9 € Zuschuss pro Monat für die Ausbildungsmonatskarte beantragt bzw. 90 € im Jahr. Wir halten das für realistisch, und es ist natürlich auch etwas, das die Ausgaben der Stadt erhöhen würde, aber man kann sich das leisten, wenn man möchte.

Auch zu der Sache, dass 2010 der Zuschuss von 55 € auf 33 € reduziert wurde, ist etwas zu sagen. Damals hat die Stadtverwaltung argumentiert, sie müsse auch die Jugendlichen aus dem Umland in die Förderung aufnehmen, wodurch sich die Schülerzahl mit geförderten ScoolCards verdoppeln würde, von 5.400 auf 10.600. Wir sehen heute, dass wir nicht mehr bei diesen 10.600 € liegen, die die Stadt damals vorgerechnet hat, also auch mit dem Betrag von 2010 könnte man einen höheren Zuschuss als das, was wir heute haben, machen. Der Zuschuss für die notwendigen Schülerbeförderungskosten soll die Kosten für die Beförderung der Schüler zu den Schulen abdecken – mit 33 € sind wir derzeit auf das Jahr gerechnet bei unter 10 Cent am Tag. Ich weiß nicht, wer denkt, dass weniger als 10 Cent am Tag ausreichen für die Beförderung eines Schülers zur Schule.

**Stadtrat Pfalzgraf (SPD):** Uns liegt natürlich das Interesse der jungen Menschen genauso am Herzen, und wir können es auch verstehen. Aber wir müssen feststellen, wir bewegen uns grundsätzlich im Sog einer Aufwärtsspirale, was insgesamt die Tarife betrifft. Da sind die ScoolCard und die Ausbildungskarte genauso betroffen, und wenn wir jetzt am Zuschuss etwas ändern, können wir das zwar anpassen, ändern aber nichts an dieser unaufhaltsam steigenden Aufwärtsspirale. Das heißt, wir müssen den Hebel woanders ansetzen

und nicht immer nur bei der Bezuschussung, weil die Bezuschussung natürlich auch etwas indirekt mit den Defiziten der Verkehrsbetriebe und der Anbieter zu tun hat. Dafür müssen wir eine Gesamregelung finden. Deshalb habe ich heute Morgen schon bei zwei Tagesordnungspunkten angekündigt, unser Ziel ist, genau da eine Lösung zu finden, die dafür sorgt, dass die Tarife insgesamt günstiger werden – einschließlich ScoolCard –, aber natürlich auch übersichtlicher, denn wir haben inzwischen einen Tarifwirrwarr, über den man in der Tat streiten kann, ob er für den Nutzer noch durchschaubar ist. Dann müssen wir darüber reden, wie kriegen wir nicht nur die Nutzer mit ins Boot, die Region und die Anbieter. Das bedeutet im Klartext, die SPD kündigt jetzt schon an, dass wir in dieser Sache eine Diskussion führen werden, eine Diskussion mit KVV, mit VBK, mit den Anbietern und mit der Region. Wir glauben und sind fest davon überzeugt, dass nur über diesen Weg eine Änderung der Aufwärtsspirale erfolgen kann. Das haben wir übrigens auch schon – das ist noch nicht lange her – im Aufsichtsrat der KVV angekündigt.

Deshalb ist es keine Boshaftigkeit von uns, wenn wir diesen Antrag ablehnen, sondern ganz einfach der Tatsache geschuldet, dass wir insgesamt durch ein neues Gesamtkonzept eine bessere Situation der Tarife insgesamt wollen.

**Der Vorsitzende:** Das waren alle Wortmeldungen. Wir kommen zur Abstimmung, und ich bitte um Ihr Votum. – Das ist eine mehrheitliche **Ablehnung**.

#### **Antrag Nr. 60 (S. 193): Mietzuschuss für Abiturfeiern – Kürzung HSPKa zurücknehmen (GRÜNE)**

**Stadtrat Hodapp (GRÜNE):** Warum stellen wir diesen Antrag? Weil uns die Gymnasien auf den Missstand aufmerksam gemacht haben, dass ihnen seit dieser Kürzung tatsächlich die beantragten 5.000 € fehlen, weil allein an den elf öffentlichen allgemeinbildenden Gymnasien rd. 1.000 Schülerinnen und Schüler pro Jahr Abitur machen. Diese 1.000 Schülerinnen und Schüler bewirken, was das Anmieten von Räumlichkeiten in einem sehr engen Zeitrahmen, der vorgegeben ist, anbelangt, einen großen Druck und damit auch eine relativ hohe finanzielle Belastung, die mit diesem Druck einhergeht. Die Realität ist tatsächlich so, dass bei durchschnittlich 90 Schülerinnen und Schülern pro Abiturjahrgang zwei Stunden für diesen offiziellen Akt der Abiturverleihung nicht ausreichen, d. h., bis alle Reden gehalten sind, bis alle Preise verliehen sind, bis alle Abiturzeugnisse vergeben sind, sind es in der Regel eben vier und nicht zwei Stunden. Noch einmal die Betonung: Es handelt sich um eine offizielle Feierlichkeit, die in einem würdigen Rahmen stattfinden soll.

Vielleicht auch dazu noch kurz zu erwähnen: Abiturfeiern sind nichts Elitäres. Bei – wie Sie wissen – einer Übergangsquote ans Gymnasium von rd. 60 % reden wir de facto von der Hauptschule, weil dort die meisten Schülerinnen und Schüler hingehen. Mittlerweile ist es so, dass viele Schülerinnen und Schüler in der Kursstufe diese Feiern selbst mitgestalten und mitorganisieren und damit in ein für ihre Verhältnisse relativ hohes finanzielles Risiko gehen, weil sie da in Vorleistung gehen müssen.

Insofern bitten wir Sie, dem Antrag zu folgen und diese Kürzungsmaßnahme zurückzunehmen und die beantragten 5.000 € mitzugehen.

**Der Vorsitzende:** Ich habe keine weiteren Wortmeldungen. Wir kommen damit in die Abstimmung, und ich bitte um Ihr Votum. – Das ist eine mehrheitliche **Ablehnung**.

**Anträge Nrn. 61 und 62 (S. 191): Lernfreunde-Haus – Einrichtung von zwei Vollzeitstellen (KULT, Prof. Dr. med. Hans Ulrich Ulmer, Lernfreunde e. V.)**

**Stadtrat Cramer (KULT):** Alle hier im Haus, die seit 2014 das ehrenamtliche Engagement vieler Bürgerinnen und Bürger für Geflüchtete in Karlsruhe mitverfolgen, kennen das Lernfreunde-Haus und kennen auch die Problematik. Wir haben eben das Anliegen dieser Ehrenamtlichen aufgegriffen. Wir sehen aber auch, dass es keinen Sinn macht, heute hier eine Abstimmung durchzuführen. Wir beantragen daher, das Thema und die Problematik im Migrationsbeirat – vielleicht vorab im AK Migration, wo man doch mehr Zeit hat, auf solche komplexe Themen einzugehen – vorzubereiten, also dorthin zu überweisen, Herr Bürgermeister Dr. Lenz. Wenn das möglich wäre, wären wir so weit zufrieden und würden den Antrag heute nicht zur Abstimmung stellen.

**Der Vorsitzende:** Es gibt aber einen Antrag der Bürger, über den wir abstimmen müssen. Wir können den jetzt nicht ignorieren. Wir können aber auch gemeinsam beschließen, den Antrag zu verweisen. Ich sage Ihnen zu, falls sich daraus andere Dinge noch ergeben, müssen wir es irgendwie organisiert bekommen. Das ist vielleicht sinnvoller, als über etwas abzustimmen. Wenn wir so verbleiben könnten ... – aber es haben sich jetzt einige gemeldet.

**Stadtrat Zeh (SPD):** Ich halte es im Prinzip für die richtige Entscheidung, im Migrationsbeirat darüber zu diskutieren. Die Situation ist tatsächlich etwas verfahren. Letztendlich hat das Land mehr zugesichert, als es eingehalten hat. Die Stellen können wir mit Sicherheit nicht schaffen, aber wir können versuchen, eine Lösung für die Lernfreunde zu finden.

**Stadträtin Rastätter (GRÜNE):** Für meine Fraktion kann ich sagen, dass wir den Antrag unterstützen. Aber wir unterstützen selbstverständlich auch den Verweis. Ich möchte aber noch dazusagen: Hier wird ein Angebot gemacht mit Herzblut und großem Engagement für Kinder, die ein Stück weit Heimat, Zuwendung und Bildungsunterstützung brauchen. Da ist eine Lücke, für diese Kinder aus der LEA gibt es faktisch nichts. Die Felsstraße kommt nicht in Frage. Insoweit möchte ich einen Appell an den Gemeinderat richten, hier eine Öffnung stattfinden zu lassen. Denn die reine Ehrenamtlichkeit ist längst an die Grenze gestoßen. Insoweit unterstützen wir das Anliegen der KULT-Fraktion sehr.

**Stadtrat Hock (FDP):** Ja, Frau Rastätter, das ist gut und hervorragend erklärt von Ihnen, und wir wollten eigentlich dasselbe sagen, was wir jetzt nicht mehr tun. Wir waren uns hier im Haus fast zu 100 % einig, deshalb hätte es diesen Beitrag nicht mehr gebraucht. Wir finden den **Verweis** hervorragend. Dort wird man eine Lösung suchen, die wir dringend brauchen und die dieses Haus auch möchte.

**Stadtrat Cramer (KULT):** Ich hatte noch einmal Rücksprache mit den Betreibern der Einrichtung und denke, wenn wir ihren Antrag mit aufnehmen in den Migrationsbeirat, dann erfüllen wir auch letztendlich ihr Anliegen. Wir müssen uns keine Sorgen machen, dass wir formal gegen den Antrag arbeiten.

**Der Vorsitzende:** Ich weise trotzdem noch einmal darauf hin, dass wir jetzt keine Mittel einstellen, und ich bitte Sie neben der Anerkennung des Herzblutes um eine realistische Einschätzung dieses Projektes und allem, was drum herum ist. Ich bin es manchmal leid, als Stadt immer am Pranger zu stehen für Dinge, für die ich nicht zuständig bin.

Ich will auf der **Seite 191** auf zahlreiche Anpassungen in der 1. Veränderungsliste hinweisen. Wir haben u. a. eine Stellenschaffung zum Thema „IT Moderne Schule, Koordinierungsstelle“ eingepreist, die Aufrüstung der EDV-Anwendung Skubis. Da ist hier jetzt eine Wartung vorgesehen. Wir haben die Sachkostenbeiträge, die Aktualisierung der Kopfbeiträge Inklusion, Aktualisierung der Pauschalbeträge angepasst, der Sonderlastenausgleich FAG für die Digitalisierung der Schulen. Wir schaffen zwei neue FSJ-Stellen für den Ganztagsbereich an der Nebenius-Realschule. Der Zuschuss an den Arbeitskreis Karlsruher Schülervertreter ist jetzt hier in der Position im Teilhaushalt 5000 aufgetaucht. Wir haben einen Zuschuss an die Verkehrswacht, den Betriebskostenzuschuss zur Hardtwaldschule und für den Aufbau einer Supportstruktur für die Karlsruhe Schulen beim Landesmedienzentrum jeweils aktualisiert. Das steckt alles noch in der 1. Veränderungsliste mit drin.

Wir kommen damit auf die **Seite 196**.

### **Antrag Nr. 63 (Seite 197) Sportmotorische Förderung von Kindern (GRÜNE)**

**Stadträtin Rastätter (GRÜNE):** Wir wissen schon längst, dass die Entwicklung von Kindern bei der sportmotorischen Entwicklung breit auseinandergeht. Wir haben Kinder, die sind fit, und die Eltern sind interessiert. Aber wir haben auch Kinder, die aus ganz unterschiedlichen Gründen benachteiligt sind und große Defizite und Entwicklungsverzögerungen aufweisen.

Nun haben wir die drei Sportschulen, die ursprünglich eine Anschubfinanzierung für drei Jahre erhielten. Wir sehen hier keine Notwendigkeit, in deren Förderung einzusteigen. Die Eltern bezahlen Gebühren, die drei Vereine sind begrenzt, es gibt keine weiteren. Wir sehen aber deshalb die Notwendigkeit, den Vereinen grundsätzlich Mittel bereitzustellen, wenn sie sich um diese Kinder bemühen, die diese Entwicklungsverzögerungen haben. Das sind die 30.000 €, wir haben auf unseren Gemeinderatsantrag hinsichtlich der Förderung der sportmotorischen Fähigkeiten von Kindern schon einen ersten Obolus eingestellt. Bürgermeister Lenz hat in der Beantwortung 5.000 € für diesen Bereich vorgesehen. Damit kommt man nicht weit. Wir würden gerne 30.000 € eingestellt haben, damit auch alle Vereine, die sich dieser Aufgabe widmen möchten, eine Chance haben, Mittel aus diesem Topf zu beantragen. Wir glauben, dass wir so gut vorankommen, vor allem bei den Kindern, die eine zusätzliche intensive Förderung brauchen.

**Stadtrat Hofmann (CDU):** Die Idee ist sicherlich gut. Das haben wir schon das letzte Mal zur Gemeinderatsvorlage gesagt, aber übertriebener Aktionismus im Haushaltsbereich hilft überhaupt nicht, schon gar nicht 30.000 €. Wir sind dafür, dass wir an dem Thema weiter dranbleiben, dass wir auch selbst ein Konzept entwickeln, wie wir das machen können. Aber ich glaube, da sind wir alle mit dabei. Wir haben die ersten Schritte gemacht, aber jetzt ständig meinen, das vor uns hertreiben zu müssen, ständig zu sagen, jetzt müssen wir das Düsseldorfer Modell übernehmen, jetzt müssen wir etwas einstellen, das ist nicht ziel führend. Wir sind alle der gleichen Meinung, wir müssen in dem Bereich etwas machen. Lassen Sie uns ein Konzept erstellen, dazu reichen die eingestellten 5.000 € mit Sicherheit. Im nächsten Doppelhaushalt werden wir, wenn ein vernünftiges Konzept da ist, werden wir hier ein einstimmiges Ergebnis bekommen.

**Der Vorsitzende:** Ich möchte alle Begeisterten in diesem Bereich darauf hinweisen, dass es so etwas wie einen Bildungsauftrag für die Schulen gibt, sich um die individuelle Förde-

rung sportmotorischer Fähigkeiten zu kümmern. Das soll uns nicht davon abhalten, ergänzende Maßnahmen zu ergreifen, aber die beiden Redner haben ja durchaus etwas mit der Regierungskoalition zu tun. Darauf möchte ich an der Stelle noch kurz hinweisen.

Wir kommen damit zur Abstimmung. Ich bitte um Ihr Votum. – Das ist eine mehrheitliche **Ablehnung**.

**Antrag Nr. 64 (S. 197): Zuschuss für drei Kindersportschulen (SPD)**

**Antrag Nr. 65 (S. 197): Wiedereinführung der Förderung der Kindersportschulen (KULT)**

**Stadträtin Moser (SPD):** Um es gleich vorwegzunehmen: Unser Antrag ist eigentlich identisch mit dem der KULT-Fraktion, nur das „je“ vor dem Betrag fehlt.

Die Förderung der Kindersportschulen von SSC, PSK und MTV möchten wir gerne wieder aufnehmen. Kindern im Alter von 3 bis 11 Jahren wird eine hochwertige sportmotorische sowie sportartübergreifende Grundausbildung durch qualifizierte Trainer geboten. Getrennte Jahrgangsstufen und kleine Gruppen tragen dazu bei, dass den Kindern ein alters- und entwicklungsgerechtes Ausbildungsprogramm und individuelle Förderung geboten werden. Natürlich sind die Schulen dafür verantwortlich, aber die Schulen können nicht alles leisten, wie wir bestimmt alle wissen. Das Konzept ist geeignet, bereits im frühen Alter auftretende motorische Defizite zu beheben. Die drei Vereine sind nicht in der Lage, dieses Angebot mit eigenen Mitteln zu stemmen und geben die entsprechenden Kosten an die Eltern weiter, sodass die Beiträge der Eltern in unzumutbare Höhen gehen.

Wenn wir Bewegung von Kindern und die Behebung sportmotorischer Unzulänglichkeiten ernst nehmen, müssen wir die Kindersportschulen unterstützen, und ich bitte Sie, den Antrag zu unterstützen.

**Stadtrat Hofmann (CDU):** Ich möchte mich dem Lob an die drei Kindersportschulen anschließen. Da wird eine hervorragende Arbeit dreier großer Vereine in Karlsruhe geleistet. Das sind fast schon kleine Unternehmen, die mit Geschäftsführer und allem Möglichen arbeiten. Sie waren – da muss ich die Kollegin Moser etwas korrigieren – jetzt auch in der Lage, diese Angebote weiterzuführen. Die Angebote wurden in keiner Weise reduziert, sondern in vollem Umfang weitergeführt. Es war eine Anschubfinanzierung, ansonsten brauchen wir so etwas nicht mehr. Die Stadt hat gesagt, wir finanzieren etwas, damit ihr auf die Beine kommt, und dann muss sich das nachher tragen. Die Anmeldung für die KISS weist lange Wartelisten auf, d. h., das ist so ein großer Bedarf vorhanden. Es kann nicht sein, dass dieses Angebot zu teuer ist, es ist ausreichend. Was die Kollegin Rastätter vorhin ausgeführt hat, wir brauchen Angebote für Leute, die sich überhaupt keinen Beitrag leisten können, müssen wir mit anderen Angeboten machen, nicht mit diesen. Das sind rein kommerzielle Angebote, hervorragende Angebote. Meine Kinder waren auch dort. Ich kann es nur loben. Aber ich denke nicht, dass es eine städtische Aufgabe ist, kommerzielle Angebote weiter zu fördern, auch wenn es hier drei Vereine betrifft.

Des Weiteren möchte ich sagen, wir haben in der Neuausrichtung der Sportförderrichtlinien eine halbe Million pro Jahr aufgesattelt. Diese drei großen Vereine werden einen Großteil der Förderung daraus ziehen. Wir bezuschussen darin so viel Neues, auch die Übungsleiter. Wir haben einen enormen Vorteil davon, deshalb können wir dem Antrag

nicht stattgeben, denn es wäre eine Ungleichbehandlung gegenüber den kleineren Vereinen.

Wir denken, die hervorragende Arbeit wird auch so weitergehen. Wir müssen andere Lösungen finden, um andere zu unterstützen. Wir lehnen daher diesen Antrag ab.

**Der Vorsitzende:** Das waren jetzt alle Wortmeldungen. Wir können beide Anträge gemeinsam aufrufen, es geht um 30.000 €, um jeweils 10.000 € für jeden der drei Vereine. Ich bitte um Ihr Votum. – Damit mehrheitlich **abgelehnt**.

Ich unterbreche die Sitzung, und wir sehen uns in einer Stunde wieder.

(Unterbrechung der Sitzung von 13:05 Uhr bis 14:09 Uhr)

Wir setzen die unterbrochene Sitzung fort. Wir sind immer noch auf der **Seite 196** in unserem großen Haushaltsentwurfswerk.

**Antrag Nr. 66 (S. 195): Sport – Mehr Geld und mehr Mitglieder für unsere Vereine: Kennzahlen und Konzept (AfD)**

**Antrag Nr. 67 (S. 197): Sport – Mehr Geld für die Vereine: Fahrtkostenzuschuss (AfD)**

**Antrag Nr. 68 (S. 197): Sport – Mehr Geld für die Vereine: Jugendzuschuss**

**Antrag Nr. 69 (S. 197): Sport – Mehr Geld für die Vereine: Leistungssportförderung (AfD)**

**Antrag Nr. 70 (S. 197): Sport – Mehr Geld für die Vereine: Übungsleiterzuschuss**

**Antrag Nr. 71 (S. 197): Sport – Mehr Geld für die Vereine: Unterhalt vereinseigener Sportanlagen (AfD)**

**Antrag Nr. 72 (S. 198): Sport – Mehr Geld für die Vereine: Zuschüsse für die Sportveranstaltungen (AfD)**

Herr Stadtrat Dr. Schmidt hat vorgeschlagen, dass wir die Anträge mit den Ordnungsziffern 66 – 72 zusammen aufrufen, da es sich um einen inhaltlichen Zusammenhang handelt. Ich würde dem Vorschlag gerne folgen. Als Antragsteller spricht jetzt Herr Stadtrat Dr. Schmidt.

**Stadtrat Dr. Schmidt (AfD):** Dieses Geld, was wir an der Stelle den Sportvereinen zukommen lassen möchten, wollten wir zuvor beim Leichtathletik-Meeting einsparen. Es geht hier um 300.000 Euro. Wir hatten gesagt, dass wir das Geld beim Leichtathletik-Meeting einsparen und den Vereinen direkt zukommen lassen. Dann wären noch ungefähr 250.000 Euro übrig. Warum wollen wir den Sportvereinen in Karlsruhe 300.000 Euro mehr zukommen lassen? Der Grund liegt darin, dass es die Sportvereine schwer haben seit der Einführung der Ganztagsgrundschulen und der Gemeinschaftsschulen, weil einfach der Nachmittag nicht mehr vollständig der freien Verfügung der Kinder und Jugendlichen überlassen ist, sondern weil da Programm ist, weil die Kinder in die Schule gehen. Da fällt es einfach schwer, sie noch zu aktivieren, um am Sport teilzunehmen. Das Problem ist, die Jugendlichen, die man nicht in den Sportverein integriert in jungen Jahren, die fehlen dann später als Funktionäre im Sportverein. Deswegen halten wir es für ganz besonders wichtig, dass die Vereine besser unterstützt werden, um diese Problematik auszugleichen.

Ein anderer Punkt ist, Sie wissen, dass ich gerne die Statistik zitiere, und Sie wissen auch, dass darin steht, dass wir in den letzten Jahren 15.000 Menschen mehr in unserer Stadt haben und dass bis 2022 ein weiterer Anstieg prognostiziert ist, so dass wir insgesamt 35.000 Menschen mehr aufnehmen werden. Das bedeutet, wir haben dann auch 10 % mehr Bevölkerung. Wir können dann, wenn wir 10 % mehr Bevölkerung haben, nicht auf dem alten Stand weitermachen. Wenn Sie sich einmal die Unterstützung für die Sportvereine anschauen, das ist schön aufgeschlüsselt in den Unterlagen, da ist ein fester Betrag vorgegeben. Dieser Betrag blieb die letzten Jahre gleich. Deswegen sind wir der Meinung, wenn wir jetzt mehr Leute sind, brauchen wir auch mehr Geld für den Sport. Denn alle Menschen in dieser Stadt sollen Sport treiben. Dementsprechend brauchen wir natürlich mehr Geld für die Sportvereine. Wir möchten nicht nur, dass diesem Faktor der größeren Anzahl der Bewohner in dieser Stadt Rechnung getragen wird, sondern wir wollen zusätzlich, dass die Sportförderung pro Vereinsmitglied von 67 Euro auf 69 Euro angehoben wird im Jahr 2019, also moderat um 2 Euro. Und das, nachdem lange nichts passiert ist. Und dann um weitere 8 Euro in den Jahren danach. Wir glauben, dass dieser Anstieg moderat ist. Wir glauben, dass dieses Geld gut investiert ist, weil Sportvereine ein ganz wichtiger Faktor in unserer Gesellschaft sind.

Da ich nicht noch mehr Redezeit verwenden möchte, lasse ich es dabei bewenden und bitte um Ihre Unterstützung für unsere Anträge.

**Stadtrat Hofmann (CDU):** Ich darf hier auch für die anderen Fraktionen mitsprechen. Von daher mache ich es nicht allzu lange, und ich hoffe, auch nicht allzu belehrend. Lieber Herr Kollege Dr. Schmidt, Unwissenheit schützt vor Strafe nicht. Deswegen werde ich jetzt einfach versuchen, Sie etwas zu belehren in dem Ganzen. Wahrscheinlich haben Sie es auch nach vier Jahren Gemeinderat immer noch nicht verstanden, wie die Karlsruher Sportförderung funktioniert. Ich kann es nicht nachvollziehen, wie Sie diese 7 Anträge, die Sie mit einem statistischen Bevölkerungswachstum argumentieren, sowie diese Horrorvision von Ganztageschulen, die Sie auch in jedem Antrag platzieren, begründen. Es ist sachlich in vielen Dingen völlig falsch. In 20 Monaten, von Mai 2016 bis Dezember 2017 haben alle Fraktionen hier zusammen mit dem Sportkreis als Vertreter der Vereine, die Sie immer wieder als Sprachrohr nehmen – der Sportkreis ist der legitim gewählte Vertreter der Vereine – die Sportförderrichtlinien neu aufgestellt. Wie wenig Sie aber in dieser Sache verstanden haben, zeigt, wie Sie in diesen 7 Anträgen eine Erhöhung der Sportförderung pro Vereinsmitglied von – wie Sie gesagt haben – 67 Euro auf dann in zwei Jahren 71 Euro fordern. Herr Stadtrat Dr. Schmidt, die gibt es gar nicht. Das ist eine rein statistische Berechnung. Sie haben einfach irgendwelche Zahlen im Haushalt genommen, geteilt durch irgendetwas und das ergibt das. Es ist schön, dass Sie mit Statistiken spielen wollen, aber leider – wie so oft bei der AfD – völlig weltfremd.

Sport kann man selbst mitgestalten. Wir haben dies getan. Wir haben diese Sportförderrichtlinien neu aufgestellt, beispielsweise eine Bezuschussung von Sportveranstaltungen. Vorhin lehnen Sie das Indoor-Meeting komplett ab. Das wollen Sie streichen. Jetzt wollen Sie aber mehr Sportveranstaltungen. Auch hier, wenn Sie richtig gelesen hätten, ist in den Sportförderrichtlinien schon eine Erhöhung von Sportveranstaltungen mit drin. In dieser Litanei von Anträgen, die Sie gestellt haben, beziehen Sie sich auf die Übungsleiter. 2008 – nur einmal als kleiner Hinweis – hatten wir einen Übungsleiterbetrag von 4,40 Euro/Stunde – weil Sie gerne Statistiken haben. Als eine der wenigen Städte in ganz Deutschland, wenn nicht sogar als einzige, haben wir einen städtischen Zuschuss gegeben. Damals waren es

360 Euro vom DFB, 360 Euro vom Verein und wir haben als städtischen Zuschuss 360 Euro gegeben. Damals 2008 haben wir auf 5,40 Euro erhöht. Jetzt - wenn Sie die Neufassung gelesen hätten - hat die Stadt, da der DFB hoch geht, der Verein dadurch, wenn er ihn auszahlen muss, auch hoch geht, auch erhöht auf 500 Euro. Das ist ein Stundenschnitt von 7,05 Euro. Also das, was Sie wieder fordern, haben wir bereits getan. Aber etwas Populismus ist bei Ihnen immer drin. Sie fordern einfach etwas, was wir schon gemacht haben. Alles, was Sie sagen, wurde bereits gemacht, und zwar sinnvoll und logisch. Und nicht mit irgendwelcher Statistik, wenn Sie wieder sagen, Sie wollen die Jugendförderung um 40.000 Euro erhöhen. Man muss sie moderat jeweils um 0,50 Euro oder sonst etwas erhöhen. Das haben wir auch gemacht.

Die Leistungsförderung haben wir ebenfalls erhöht. Die Mittel sind je nach Bedarf entsprechend vorhanden. Denn auch hier ist der Sportkreis dafür zuständig. Wir haben die Investitionszuschüsse erhöht, die Förderobergrenzen angehoben, die Zuschüsse zur Pflege und Unterhaltung vereinseigener Sportanlagen und Gebäude erhöht. Genau das, was Sie eigentlich fordern. Wir haben auch offene Freizeitangebote und andere Sachen, sowie Inklusion und Integration – ach nein, das wollen Sie ja immer abschaffen. Das haben wir aber auch erhöht.

Zusammenfassend möchte ich nur noch sagen: Hätten Sie die Vorlagen, die im Hauptausschuss und im Sportausschuss vorgelegen haben, sowohl für die Neufassung der Sportförderrichtlinien als auch von anderen Vorlagen, besser gelesen, hätten Sie der Verwaltung enorm viel Arbeit erspart, uns das Papier erspart und mir die Redezeit, die ich jetzt gebraucht habe.

**Der Vorsitzende:** Es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Ich bitte daher um Abstimmung über die Anträge Nrn. 66 bis 72. – Damit ist das mehrheitlich **abgelehnt**.

Ich darf zur **S. 196** noch aus der Veränderungsliste anmerken, dass wir aus steuerrechtlichen Gründen die Erstattung für Bädernutzung durch Vereinssport durch eine interne Leistungsverrechnung darstellen müssen. Deswegen sind auf der einen Seite höhere Aufwendungen, auf der anderen Seite höhere Erträge an den jeweiligen Positionen in den Teilhaushalten eingestellt.

Der Zuschuss an den TC Rüppurr, bezogen auf das WTA-Turnier, hat einen Sperrvermerk, weil wir das natürlich nur dann bezuschussen, wenn es stattfindet. Die Förderung von Leistungssport-Vereinmannschaften der 1. und 2. Bundesliga hat ebenfalls einen Sperrvermerk. Das wollen wir noch einmal fachlich intensiv vorberaten. Die Förderung von sozialversicherungspflichtig Beschäftigten im Rahmen der Pflege von vereinseigenen Sportplätzen und Sportanlagen ist ebenfalls über die Veränderungsliste noch aufgenommen. Beim Reitinstitut von Neindorff wird der Zuschuss für 2018 nicht abgerufen werden. Deswegen werden wir ihn in derselben Höhe 2019 noch einmal einstellen. Da geht es um die Dachsanierung.

Auf der **Seite 202** ist jetzt aufgenommen die IT-moderne Schule Digitalisierung: Gutenberg-Schule, Lessing-Gymnasium, Max-Planck-Gymnasium, Carl-Hofer-Schule, Heinrich-Hübsch-Schule, Ludwig-Erhardt-Schule und auch die Aufrüstung der Software Skubis im Bereich Schulen und Sport und die Lehr- und Unterrichtsmittel für den Umbau der Kfz-Werkstätten der Carl-Benz-Schule.



Auf der **Seite 206** ist der Investitionszuschuss zur Ludwig-Guttman-Schule in Karlsbad in der Veränderungsliste aufgenommen. Das wäre es jetzt zum THH Schule und Sport.

Wir kommen damit zum **THH 4100 Kultur**. Da darf ich zunächst im Rahmen der Veränderungsliste darauf hinweisen, dass für die Dauerausstellung Stadtmuseum eine Neukonzeption erstellt werden soll, die Verschiebung des Beginns der Ausstellung „Paris, Paris!“ der Städtischen Galerie nach 2019 und die Ausstellung „Jüdische Künstler in Karlsruhe“ aufgenommen wurde, jeweils in der Veränderungsliste.

Wir machen weiter auf der **Seite 217**.

### **Antrag Nr. 73 (S. 215): Tanztheater Gabriela Lang (GRÜNE)**

**Stadträtin Rastätter (GRÜNE):** Ich möchte jetzt gar keine lange Begründung des Antrags vortragen, sondern darauf verweisen, dass die Stadtverwaltung in ihrer Stellungnahme deutlich gemacht hat, dass dies ein wirklich hervorragendes niederschwelliges Angebot ist, das seit über 30 Jahren besteht, und dass durch die jetzige Situation dieses Tanztheater so nicht weiter arbeiten kann, wenn nicht zumindest ein Mietkostenzuschuss gewährt wird. Deshalb appelliere ich an Sie, dass Sie diesen gewähren. Der ist mit Sperrvermerk versehen. Ich würde mich freuen, wenn Sie das Anliegen unterstützen würden.

**Stadtrat Dr. Heilgeist (CDU):** Ich möchte den Einstieg in den Bereich Kultur zum Anlass nehmen, einige allgemeine Ausführungen zu diesem Bereich zu machen. Die in der Folge zur Diskussion stehenden Anträge zum Bereich Kultur spiegeln die Vielfalt des Kulturangebotes in Karlsruhe wieder. Sie zeigen die Breite des ehrenamtlichen Engagements. Und sie geben einen Blick frei auf die Vielzahl ehrenamtlich Tätiger, die dieses Angebot erst ermöglichen. Karlsruhe kann stolz auf dieses Angebot sein. Es ist die Grundlage der Attraktivität Karlsruhes und seines Rufs als Kulturstadt. Alles wäre wert, unterstützt und finanziert zu werden. Aber wir wissen, das überschreitet unsere finanziellen Möglichkeiten.

Zum einen sind die von uns in den nächsten Jahren ins Auge gefassten Investitionen gigantisch. Wenn diese Investitionen nicht allein aus Krediten, also aus Neuverschuldungen der Stadt, finanziert werden sollen, müssen im Ertragshaushalt Überschüsse erwirtschaftet werden. Das schränkt die Ausgabemöglichkeiten ein. Herr Kalmbach hat vorhin auch schon darauf hingewiesen.

Zum anderen sind im Haushalt die Schätzungen zur Entwicklung der Einnahmen der nächsten beiden Jahre sehr optimistisch angenommen. Es wird unterstellt, dass die Wirtschaft und damit die Steuereinnahmen weiterhin brummen und weitere Höchststände erklimmen bzw. die alten Höchststände halten.

Und zum Dritten. Wir wissen, dass in der mittelfristigen Finanzplanung ein strukturelles Defizit des Haushaltes in nicht unbeträchtlicher Höhe zu erwarten ist. Bei den letzten Haushaltsberatungen haben wir dem Rechnung tragen müssen, einen Sparhaushalt beschlossen, um die Lücke zu verringern. Manche dieser Beschlüsse wurden in der Folgezeit allerdings aufgeweicht.

Unter diesen Vorgaben steht unser Abstimmungsverhalten zum Kulturhaushalt. Die CDU-Fraktion unterstützt zunächst einmal grundsätzlich die Institutionen, die ein Jubiläum be-

gehen, beispielsweise ZKM oder Jazzclub. Wenn es um Anträge für institutionelle Förderungen geht, durch die auch die Folgehaushalte belastet werden, sind wir zurückhaltend. Ist eine solche Institution erst einmal in den Haushalt aufgenommen, das zeigt die Erfahrung, müsste schon Außergewöhnliches passieren, wenn diese Förderung gekürzt oder gar wieder eingestellt werden soll. Die Reaktion auf Kürzungen, d. h., den Widerstand dagegen, haben wir bei den letzten Haushaltsberatungen kennengelernt. Die Fraktion hat alle Anträge kontrovers diskutiert und wird manchen Anträgen in vollem Umfang zustimmen, manchen mit einem reduzierten Betrag, andere aber auch ablehnen. Das ist uns durchaus schwer gefallen. Da insoweit Kompromisse zustande gekommen sind, lassen sich unsere Entscheidungen auch nicht immer so ganz gut begründen und sind auch nicht immer konsequent, das sage ich ganz offen, weshalb die Fraktion nicht bei jedem der in der Folge diskutierten Anträge eine Begründung für ihre Entscheidung liefern wird. Insbesondere werden wir nicht die Begründungen der Verwaltung, die für eine Ablehnung sprechen, durch einen Redebeitrag wiederholen.

Zu Antrag Nr. 73 ist die Meinung der Fraktion, dass wir einer Förderung des Tanztheaters nicht zustimmen können.

**Der Vorsitzende:** Ich habe keine weiteren Wortmeldungen. Wir kommen damit zur Abstimmung über den Antrag Nr. 73. – Das ist eine mehrheitliche **Ablehnung**.

#### **Anträge Nrn. 74 - 77 (S. 215): Pauschale Einsparung bei Theatern (AfD)**

**Stadtrat Dr. Schmidt (AfD):** Ich möchte einmal klarstellen, uns ging es eigentlich nur um den letzten Punkt, pauschale 1 % Einsparung beim Staatstheater. Es geht nicht darum, dass wir 1 % pauschal bei der Kultur einsparen wollen. Da ist offensichtlich etwas schief gelaufen.

Die Begründung, warum wir beim Staatstheater 1 % einsparen wollen, ist einfach. Wir erinnern uns an die letzten Haushaltsberatungen, als es um die Haushaltskonsolidierung ging. Da hatten wir bei den einzelnen Sozialbereichen Kürzungen von 9 % bzw. 4,5 % diskutiert, während im Kulturbereich die Kürzungen deutlich niedriger ausgefallen sind. Was für uns damals schon ein Problem war. Beim Badischen Staatstheater war die Kürzung noch niedriger. Während im Sozialbereich 4,5 % gespart wurde, wurden beim Staatstheater nicht einmal 2 % gespart. Wir halten das nach wie vor für ungerecht. Deswegen unser Antrag, jetzt das nachzuholen, was damals noch gefehlt hat, zumindest zum Teil. Deswegen der Antrag, beim Badischen Staatstheater ein weiteres Prozent einzusparen.

**Der Vorsitzende:** Dann reduziert sich das nur auf das 1 % beim Staatstheater. Dann stelle ich den Antrag jetzt zur Abstimmung. – Das ist mehrheitlich **abgelehnt**.

#### **Antrag Nr. 78 (S. 217): Erhöhung der institutionellen Förderung: THEATER „DIE KÄUZE“ (CDU)**

**Antrag Nr. 79 (S. 217): Theater „Die Käuze“ – Einstellung eines Hausmeisters (SPD, KULT)**

**Antrag Nr. 80 (S. 217): Theater „Die Käuze“ – Erhöhung der institutionellen Förderung (GRÜNE)**

**Antrag Nr. 81 (S. 217): Theater Die Käuze (FDP)**

**Antrag Nr. 82 (S. 217): Theater Die Käuze – Erhöhung des Zuschusses für die Einstellung einer Hilfskraft (Die Linke)**

Es gibt hier unterschiedliche Summen. Darauf möchte ich hinweisen. Es gibt eine ganze Reihe von antragstellenden Fraktionen.

**Stadträtin Ernemann (SPD):** Ich könnte jetzt nahtlos an unsere Haushaltsrede anknüpfen, die wir in diesem Hause vor vier Wochen gehalten haben. Diese Rede war schwerpunktmäßig der Kultur gewidmet. Wir stehen zu dem Karlsruher Kulturleben, das ein sehr vielfältiges aber auch ein kostenintensives ist. Ich muss mich meinem Vorredner Klaus Heilgeist anschließen. Auch wir schauen ganz genau hin. Wir werden etablierte Institutionen nicht durchgängig über Jahre oder Jahrzehnte hinweg fördern. Wir werden sie kritisch hinterfragen und werden dann entscheiden, was für uns förderungswürdig ist. Wir geben aber auch neuen Institutionen, ich nenne beispielsweise Panorama, P8 oder das Café NUN, durchaus eine Chance, ihren Fuß mit der institutionellen Förderung in den Haushalt der Stadt Karlsruhe zu stellen. Die kleinen Institutionen, die jetzt hier aufgeführt werden, wie die Käuze oder die Marotte oder das Jakobus-Theater, sind für uns unumstritten. Sie machen eine sehr gute Arbeit. Sie bereichern unser Kulturleben mit viel ehrenamtlichem Engagement. Teilweise haben sie schon über Jahre keine Förderung mehr bekommen. Teilweise haben sie ihr Programm erweitert. Ich nenne beispielsweise, dass die Marotte jetzt mit FEM-Fatale eine Kooperation eingegangen ist. Das erfordert mehr Kosten. Das erfordert mehr Personal. Das werden wir unterstützen. Genauso das Jakobus-Theater, das mit einer kleinen institutionellen Förderung die hohen Miet- und Betriebskosten und auch endlich einmal kleinere Gagen für Künstlerinnen und Künstler zahlen will. Oder die Herstellung von Kostümen. Denen ist das kleine Budget jetzt über den Kopf hinaus gewachsen. Sie benötigen mehr Geld. Dem werden wir entsprechen.

Jubiläen stehen für uns auch überhaupt nicht zur Diskussion. Das ist – denke ich – in allen Fraktionen so. Das hat auch die Verwaltung so gesehen. Jubiläen werden unterstützt, so zum Beispiel das 50jährige Jubiläum der Käuze, die auch derzeit mit einer institutionellen Förderung von ca. 17.000 Euro mit rein ehrenamtlicher Arbeit über 80 – 90 Vorstellungen im Jahr stemmen. Das ist eine beachtliche Leistung.

Wir haben durchaus sehr wohl abgewägt, was ist es für uns wert, neue finanzielle Förderung draufzusatteln oder auch neuen Institutionen die Chance zu geben. Wir werden aber auch kritisch hinterfragen bei einer Institution, die schon seit über 13 Jahren einen relativ hohen institutionellen Förderungsbetrag bekommt, hat sich die Arbeit bewährt? Wir werden kritisch hinschauen und können auch nicht jedem Antrag gerecht werden. Das wird mit Sicherheit die Antragsteller nicht befriedigen. Aber den Weg müssen wir jetzt gehen. Alles in allem ist uns die Kultur in Karlsruhe nach wie vor noch wichtig und auch teuer. In diesem Sinne werden wir jetzt die auf uns zukommenden Anträge abarbeiten. Ich sehe, dass wir in den Anträgen Käuze, Jakobus-Theater und Figurentheater Marotte eine deutliche Übereinstimmung haben. Das wird sich wohl im Abstimmungsverhalten zeigen. Da wird meine Fraktion die Anträge, die sie gestellt hat, weiterhin aufrechterhalten.

**Stadträtin Dr. Leidig (GRÜNE):** Im Kulturbereich gibt es eine Fülle von Anträgen. Daher ist es nicht möglich und auch nicht nötig, zu jedem einzelnen zu sprechen. Daher auch von uns eine grundlegende Position und an einigen Stellen aber auch noch besondere Ausführungen.

Für die GRÜNE-Fraktion ist Kultur ein wichtiger Bestandteil einer modernen zukunftsorientierten Stadt. Karlsruhe braucht ein breit gefächertes Kulturangebot. Das kostet etwas. Wir haben in der Haushaltsrede schon dargestellt, dass der prozentuale Anteil für Kultur am Gesamthaushalt stetig sinkt. Wir geben also Jahr für Jahr weniger für Kultur aus, und davon sind vor allen Dingen die Transferleistungen, also die Zuschüsse für die nicht städtischen Kultureinrichtungen betroffen. Das führt dort zu einem Defizit, der trotz aller Anstrengungen nicht ausgeglichen werden kann. Da wollen wir gegensteuern. Karlsruhe wird gerade von diesen freien Kultureinrichtungen ungeheuer bereichert. Die soziokulturellen Zentren und die Kulturvereine ermöglichen ein abwechslungsreiches Angebot und zwar für alle Bevölkerungsschichten und damit die Teilhabe an Kultur und sie stärken darüber auch die Gemeinschaft. Wir GRÜNE haben daher unter anderem für das Tollhaus, das Substage, den Jazzclub, den Tempel, das KOHL, die Kinemathek, die Kindermalwerkstatt, die GEDOK, den Werkraum, die Käuze, das Jakobus-Theater, das Filmboard und die Marotte zusätzliche Mittel beantragt.

Daneben wollen wir vor allem auch kleinere neue und innovative Kultureinrichtungen und –gruppen sowie spezifische kommunale Angebote fördern. Die GRÜNE-Fraktion hat daher zum Beispiel für die Vereine „KlangKunst“ und Ausgeschlachtet, für die diapason – Musikakademie, das P8, das NUN-Café und die Gulasch-Programmiernacht Anträge gestellt. Wir hoffen auf eine breite Zustimmung für unsere Karlsruher Kulturschaffenden in den folgenden Verhandlungen.

**Stadtrat Haug (KULT):** Kultur ist ein wesentlicher Baustein in einer lebenswerten Stadtgesellschaft und ein Teil davon, die vielfältige Theaterlandschaft, ist eine Bereicherung der Kulturszene. Durch das große ehrenamtliche Engagement der Kulturschaffenden, wie beispielsweise bei den Käuzen oder beim Jakobus-Theater, entsteht der Stadtgesellschaft ein ungeheurer Mehrwert. Neben dem großen Staatstheater runden die vielen kleinen Theater das Bild ab und erschließen andere Besuchergruppen für das Theater. Den Karlsruherinnen und Karlsruhern bietet sich so eine große Auswahl an.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, vor mehr als etwas einem Jahr, am 26.09.2017, haben wir hier richtig viel Geld in die Hand genommen, um dem Badischen Staatstheater eine Brücke in die Zukunft zu bauen. Das war gut so. KULT hat damals die Zustimmung mit einem Versprechen verknüpft. Sparen am Sozialen oder an sonstiger Kultur wird es im Zuge der Sanierung des Staatstheaters mit KULT nicht geben. Diesem Versprechen werden wir in dieser Haushaltsberatung nachkommen. Die Wünsche, die durch die Käuze, durch das Jakobus-Theater oder durch die Marotte mit ihrer Kooperation mit FEM-Fatale an uns herangetragen wurden, sind maßvoll, gut nachvollziehbar und sichern die gute Qualität ab. KULT hat deshalb jeweils eine entsprechende Erhöhung der Zuschüsse beantragt. Wir bitten um Ihre Zustimmung.

**Stadtrat Høyem (FDP):** Freiwillige Leistungen sind eigentlich ein haushaltstechnischer Ausdruck, wo wir von der Stadt Karlsruhe unterstreichen, dass wir nicht gesetzlich verpflichtet sind, diese Leistungen finanziell zu unterstützen. Aber viel wichtiger und viel schöner ist es, den Ausdruck für alle die ehrenamtlichen Leistungen zu benutzen. Wir sind unglaublich beeindruckt von all den freiwilligen ehrenamtlichen Leistungen, die in unserer Stadt besonders im sozialen und hier im kulturellen Leben geleistet werden. Wir können nicht alle guten Initiativen unterstützen. Wir wollen Doppelstrukturen vermeiden. Wir wollen auch nicht Initiativen zu 100 % unterstützen. Weil gerade auch via Eigenfinanzierung

bewiesen wird, dass man einen echten Bedarf erfüllt. Die Projekte und Initiativen auch hier im kulturellen Gebiet sind Teile unserer Karlsruher Identität, eigentlich Teile unserer Stadt-DNA. Wir können uns alle an fantastische Erlebnisse erinnern im Jakobus-Theater, in der Marotte, im Jazzclub, mit Freunden der KlangKunst, in der Kindermalwerkstatt, im Tollhaus und mit großem Respekt für den Neuanfang der Kinemathek, die hohe Qualität in unserem Karlsruher Filmboard und, und, und. Gerade dieses „und, und, und“ meinen wir als höchstes Kompliment. Wir wollen und können heute nicht bei jedem Antrag sprechen. Aber wir wollen ganz generell unseren Respekt und unsere Anerkennung für den großen ehrenamtlichen Einsatz aussprechen. Gerade mit diesem Einsatz bekommt unsere Stadt unsere Lebensqualität. Danke an alle Ehrenamtlichen für ihre freiwilligen Leistungen.

**Stadtrat Wenzel (FW):** Auch ich möchte ein Statement abgeben, weil es Sinn macht, nicht zu jedem einzelnen Punkt zu reden. Kultur ist sehr wichtig. Wir Freien Wähler haben uns bewusst zurückgehalten mit Anträgen, weil uns klar war - das wissen wir aus den gemeinsamen Beratungen -, dass Kultur in Karlsruhe einen hohen Stellenwert hat. Ob es jetzt die Hochkultur des Staatstheaters ist oder niedere Kultur, hier dieses Haus – das finde ich beispielhaft für ein großes Umland – ist immer für Kultur gewesen. Einige Punkte – wir haben lange diskutiert – werden wir mittragen. Einige Förderungen werden wir aber ablehnen, denn auch in der Kultur muss es sein wie in der Wirtschaft. Man kann nicht alles unendlich fördern. Es muss auch für die Allgemeinheit sinnvoll und nachweisbar sein, dass die Förderung irgendwann einmal zurückgefahren wird. Deshalb von meiner Stelle: Vieles werde ich mittragen. Ich danke den Fraktionen, die sich die Mühe der Anträge gemacht haben, und den Bürgern, denen es wichtig ist. Ich bitte auch um Verständnis, dass ich als Einzelstadtrat nicht die Zeit und die Möglichkeit habe, mich hinzusetzen und Dutzende von Anträgen zu schreiben und zu kommentieren. Aber ich habe das Vertrauen, dass wir hier gemeinsam als Stadtrat das Fingerspitzengefühl haben, die Kultur in Karlsruhe weiter zu fördern.

**Stadtrat Fostiropoulos (Die Linke):** Noch ergänzend nur ein Satz. Die Kolleginnen und Kollegen haben entsprechend dazu gesprochen. Wir freuen uns als Die Linke, dass es hier eine breite Übereinstimmung gibt, die Kulturlandschaft und Theaterlandschaft in Karlsruhe, kleine oder große Häuser zu fördern. Es ist überhaupt nicht schade, dass die AfD da nicht mitmachen will. Sie hat andere Schwerpunkte. Wir möchten vorschlagen, dass wir dort, wo die Beträge in gemeinsamer Höhe sind, auch gemeinsam abstimmen. Wir müssen nicht jeden Antrag alleine abstimmen. Es gibt eine interfraktionelle Übereinstimmung. Das finden wir prima, weswegen wir um eine vereinfachte Abstimmung bitten.

**Der Vorsitzende:** Vielen Dank für den Hinweis, auf den ich gar nicht gekommen wäre. Ich rufe damit auf die Anträge Nrn. 78 – 82 und schlage Ihnen vor, dass wir jetzt immer von der weitergehenden Summe die verschiedenen Anträge zusammenfassen. Deswegen stelle ich als erstes die Anträge Nrn. 78, 79 und 82 zur Abstimmung, die jeweils 12.000 Euro zusätzlichen Zuschuss für die Käuze begehren. Das sind die Anträge von CDU, SPD/KULT und Die Linke. – Das ist eine deutliche **Mehrheit**. Damit haben sich die Anträge der GRÜNE und der FDP **erledigt**, weil das darin aufgeht.

**Antrag Nr. 83 (S. 217): Erhöhung des Betriebsmittelzuschusses des Vereins JAKOBUS-THEATER e. V. (CDU)**

**Antrag Nr. 84 (S. 217): Erhöhung Betriebsmittelzuschuss Jakobus-Theater (SPD)**

**Antrag Nr. 85 (S. 217): Jakobus-Theater – Erhöhung des städtischen Zuschusses (GRÜNE)**

**Antrag Nr. 86 (S. 217): Erhöhung Betriebsmittelzuschuss Jakobus-Theater ab 2019 (KULT)**

**Antrag Nr. 87 (S. 217): Jakobus-Theater (FDP)**

**Antrag Nr. 88 (S. 217): Jakobus Theater – Erhöhung des Betriebsmittelzuschusses (Die Linke)**

**Antrag Nr. 89 (S. 217): Erhöhung des Betriebsmittelzuschusses (Bürger/Einwohner)**

Ich denke, da können wir gleich in die Abstimmung gehen. Die sind weitestgehend gleich. Ich rufe die Anträge Nrn. 83, 84, 86, 87, 88 und 89 gleichzeitig zur Abstimmung auf, die eine Zuschusserhöhung um 6.800 Euro in den jeweiligen Jahren begehren. – Das ist eine übergroße **Mehrheit**. Damit hat sich der Antrag der GRÜNE auch wiederum **erledigt**.

**Antrag Nr. 90 (S. 217): Figurentheater marotte – Erhöhung der Förderung (SPD, KULT)**

**Antrag Nr. 91 (S. 217): Marotte Figurentheater Karlsruhe – Erhöhung der institutionellen Förderung (GRÜNE)**

**Antrag Nr. 92 (S. 217): marotte-Figurentheater (FDP)**

**Antrag Nr. 93 (S. 217): Marotte Figurentheater – Erhöhung des Zuschusses zur Förderung der Zusammenarbeit von Marotte und dem Improtheater FEM fatale (Die Linke)**

**Antrag Nr. 94 (S. 217): Erhöhung der institutionellen Förderung, Zusammenarbeit mit dem Improtheater FEM (Bürger/Einwohner)**

Alle Anträge begehren eine Erhöhung des Zuschusses um 12.000 Euro im Jahr. Ich sehe keine Wortmeldungen. Dann können wir über alle Anträge gemeinsam abstimmen. – Das ist eine deutliche **Mehrheit**.

**Antrag Nr. 95 (S. 217): Zuschuss Umzugskosten Werkraum Karlsruhe e. V. (SPD)**

**Antrag Nr. 96 (S. 217): WERKRAUM: Karlsruhe - Erhöhung der institutionellen Förderung/Sonderzuschuss (GRÜNE)**

**Antrag Nr. 97 (S. 217): Erhöhung Personalkostenzuschuss für den Werkraum (KULT)**

**Antrag Nr. 98 (S. 217): Zuschuss Umzug Werkraum: Karlsruhe - Theater, Film und Soziales (KULT)**

**Antrag Nr. 99 (S. 217): Werkraum - Erhöhung des Zuschusses (Die Linke)**

**Antrag Nr. 100 (S. 217): Werkraum - Einmaliger Zuschuss in 2019 zur Unterstützung des erforderlichen Umzugs (Die Linke)**

Hier scheint es zwei Qualitäten zu geben, nämlich einmal einen Sonderzuschuss für den Umzug und einmal einen Personalkostenzuschuss, der dann jährlich zu erbringen ist. Ich würde Ihnen vorschlagen, diese beiden Positionen zu trennen und dann immer jeweils vom höheren Betrag zum niedrigeren Betrag zu gehen.

Ich schlage Ihnen vor, dass wir zunächst über den Sonderzuschuss Umzug hier befinden. Das sind – wenn ich die Anträge richtig im Überblick habe – 20.000 Euro, die von verschiedener Seite begehrt werden, SPD, GRÜNE, KULT und Die Linke. Diese 20.000 Euro einmali-

ger Sonderzuschuss für den Umzug stelle ich jetzt zur Abstimmung, wenn Sie einverstanden sind. – Das ist eine **Mehrheit**.

Wir kommen jetzt zur jährlichen Zuschusserhöhung, die für Personalkosten vorgesehen ist. Da gibt es einmal die Summe von 81.270 Euro. Das wird von Die Linke und der KULT-Fraktion, allerdings mit unterschiedlich startenden Jahren vorgeschlagen. Es gibt einen Anteil am GRÜNE-Antrag, 30.000 Euro zusätzlich pro Jahr zu bewilligen.

**Stadtrat Fostiropoulos (Die Linke):** Ich möchte es anpassen, vielleicht war es auch ein Fehler, diese erste Zahl 2019 wegfällen zu lassen, und mit dem KULT-Antrag gleichziehen und gemeinsam den Antrag entsprechend stellen.

**Der Vorsitzende:** Jetzt haben wir einmal die Summe 81.270 Euro zusätzlichen Zuschuss ab 2020. Und wir haben alternativ 30.000 Euro Zuschuss, aber schon ab 2019. Jetzt würde ich erst einmal mit der größeren Summe anfangen. Es steht jetzt zur Abstimmung ein Antrag der KULT-Fraktion, dem jetzt Die Linke beigetreten sind, ab dem Jahr 2020 81.270 Euro zusätzlicher Zuschuss für Personalkosten in den Haushalt einzupreisen. Da bitte ich um Ihr Votum. – Das ist damit **abgelehnt**.

Jetzt gibt es als nächsten Antrag zur selben Sache den Vorschlag der GRÜNEN, den jährlichen Zuschuss schon ab 2019, aber dann jährlich nur um 30.000 Euro zu erhöhen. Das würde ich jetzt auch zur Abstimmung stellen. – Das ist ebenfalls **abgelehnt**, so dass es für den Werkraum – ich fasse es noch einmal zusammen – jetzt einen einmaligen Umzugszuschuss von 20.000 Euro gibt, den Sie heute beschlossen haben.

**Anträge Nr. 101 und 103 (S. 218): Erhöhung der institutionellen Förderung und einmaliger Zuschuss: Jazzclub Karlsruhe e. V. – Konzept „Kulturhaus im Passagehof“ (CDU)**

**Antrag Nr. 102 (S. 218): Jazzclub Karlsruhe – Erhöhung institutionelle Förderung: Kulturhaus im Passagehof (GRÜNE)**

**Antrag Nr. 104 (S. 218, 225): Kinemathek und Jazzclub Karlsruhe – Projekt Kulturhaus im Passagehof (GRÜNE)**

**Antrag Nr. 105 (S. 225): Bezuschussung Kinemathek für die Saalrenovierung Kurbel 3 im ehemaligen Kinogebäude in der Kaiserpassage (CDU)**

**Antrag Nr. 106 (S. 225): Kinemathek – Erhöhung des städtischen Zuschusses (GRÜNE)**

**Antrag Nr. 107 (S. 225): Kinemathek (FDP)**

**Antrag Nr. 108 (S. 218): Erhöhung Förderung Jazzclub Karlsruhe (SPD)**

**Antrag Nr. 109 (S. 218): Jazzclub Karlsruhe – Erhöhung institutionelle Förderung (GRÜNE)**

**Antrag Nr. 110 (S. 218): Jazzclub Karlsruhe – Erhöhung des Zuschusses, um wichtige der immer umfangreicheren Organisations-Tätigkeiten professionell erledigen zu können (Die Linke)**

**Antrag Nr. 111 (S. 218): Einmaliger Zuschuss: Jazzclub Karlsruhe e. V. – 50. Jubiläum (CDU)**

**Antrag Nr. 112 (S. 218): Zuschuss 50jähriges Jubiläum Jazzclub Karlsruhe (SPD)**

**Antrag Nr. 113 (S. 218): Jazzclub Karlsruhe – Sonderzuschuss 50jähriges Jubiläum (GRÜNE)**

**Antrag Nr. 114 (S. 218): Sonderförderung 50 Jahre JazzClub (KULT)**

**Antrag Nr. 115 (S. 218): Jazzclub (FDP)**

**Antrag Nr. 116 (S. 218): Jazzclub Karlsruhe – einmaliger Zuschuss für die Veranstaltungen zum 50jährigen Bestehen (Die Linke)**

Das hat jetzt mehrere Facetten. Da geht es zum einen um die Erhöhung der institutionellen Förderung für den Jazzclub. Auf Wunsch des Ältestenrates noch eine aktuelle Information. Aus den Konzepten der Kinemathek sind wohl die Beträge, die im CDU-Antrag verankert sind, notwendig, um das neue Konzept umzusetzen. Im Vorfeld haben sich andere Beträge ergeben in der Abstimmung, die wir über die Veränderungsliste auch schon aufgenommen haben.

Der Antrag Nr. 102 der GRÜNE enthält dann noch zusätzlich den Wunsch nach einem Sperrvermerk, der bei Vorlage einer kostenkontrollierten Planung dann aufgehoben werden soll.

Wir haben einen Teil der Veränderungen schon in der Veränderungsliste drin, aber noch nicht die vollen Beträge, so wie sie jetzt in den Anträgen abgebildet sind. Für den Betriebskostenzuschuss an den Jazzclub sind in der Veränderungsliste 40.000 Euro drin. Jetzt gibt es von Seiten der Fraktionen auch hier wieder unterschiedliche Beträge. Unser Vorschlag wäre, dass wir auch diesen erhöhten Betriebskostenzuschuss noch einmal mit einem Sperrvermerk belegen, wenn Sie da zu höheren Beträgen kommen. Denn wir müssen es erst noch einmal an der Konzeption abstimmen. Das ist im Moment etwas undurchsichtig an den verschiedenen Positionen. Das würde ich jetzt einmal so zugestehen.

**Stadtrat Dr. Heilgeist (CDU):** Dieses Thema, dieses Kulturhaus im Passagehof, hat für uns eine große Bedeutung, weil es städtebauliche Bedeutung hat. Es ist zwar jetzt im Kulturbereich drin, aber es hat doch – deswegen stimmen wir auch im Wesentlichen diesen großen Beträgen in diesem Bereich zu – eine Bedeutung, wie man dieses Areal im Passagehof städtebaulich aufwerten kann; ob man hier mit diesem Kulturhaus, diesem Kultur-Passagehof, es schaffen kann, auch auf die Umgebung auszustrahlen und das doch schon lange schwärende Geschwür des Passagehofes in den Griff zu bekommen.

Wir stimmen deswegen zu, wenn Sie, Herr Oberbürgermeister, von Sperrvermerk gesprochen haben, weil tatsächlich hier eine kostenkontrollierte Planung vorliegen muss. Es sind ja größere Dinge. Aber wir halten das Projekt als solches für förderungswürdig, dass man es angeht und sieht, wenn der Jazzclub und die Kinemathek zusammenkommen können und zusammenkommen wollen und auch die Voraussetzungen geschaffen werden können. Ich könnte mir vorstellen, dass auch der Lärmschutz eine gewisse Rolle spielt. Wenn man im Kino sitzt, möchte man nicht unbedingt ein Jazzkonzert mithören. Wenn man auch das in den Griff bekommen kann, könnten wir uns vorstellen, dass es eine sehr schöne Lösung geben könnte. Wir haben große Hoffnung, wenn wir dieses Geld bereit stellen, dass es zu seinem solchen Konzept kommen kann.

**Stadträtin Dr. Leidig (GRÜNE):** Sie sagten es schon, es geht um verschiedene Anträge und Zuschüsse. Aber weil sie miteinander zusammenhängen, macht es Sinn, zusammenhängend dazu zu sprechen. Da es aber auch noch mehrere Schreiben teilweise zu den Anträgen gab, die dann auch wieder unterschiedliche Zahlen enthielten, hat es doch zu einiger Verwirrung geführt. Deswegen gibt es auch diese vielen unterschiedlichen Zahlen, die jetzt vorliegen.



Zu den verschiedenen Positionen: Es geht um das Gebäude im Passagehof bzw. den Umbau zur Nutzung durch Jazzclub und Kinemathek. Das erscheint uns prinzipiell als gute Idee. Es würde dem Jazzclub endlich eine dauerhafte Spielstätte bieten und auch für die Kinemathek Erleichterung bringen. Und – das wurde schon erwähnt – es könnten Synergieeffekte entstehen und diese schwierige Stelle inmitten der Stadt auch nachhaltig beleben und hoffentlich zu einer Verbesserung der städtebaulichen Schwierigkeiten dort beitragen. Die kostenkontrollierte Rechnung ist uns schon wichtig, weil wir durchaus sehen, dass sehr viele Wünsche da sind und vielleicht auch nicht allem gleich entsprochen werden muss. Da ist es einfach auch gut, wenn wir noch einmal im Detail hinsehen. Aber ganz prinzipiell stehen wir hinter diesem Projekt und halten es für ein sehr gutes Projekt.

Um das betreiben zu können, braucht es auch Betriebskostenzuschüsse für den Jazzclub. Gleichzeitig braucht der Jazzclub noch mehr Geld, um dauerhaft seine Leistung bringen zu können, vor allen Dingen, wenn wir – das werden wir auch fordern – dann doch ein bisschen mehr Jazz in Karlsruhe haben wollen, als es bisher möglich ist aufgrund der rein ehrenamtlichen Arbeit. Dann gibt es noch die institutionelle Förderung für die Kinemathek. Insgesamt hat sich gezeigt, dass die CDU die Fraktion war, die dann die Details am Besten verstanden und die richtige Summe beantragt hat. Das wurde uns heute Morgen noch einmal von der Verwaltung bestätigt. Vielleicht hatten Sie auch Hilfe aus dem entsprechenden Dezernat.

(Heiterkeit, Zurufe)

Die Ordnungsnummern 102 und 109 sind aus unserer Sicht damit hinfällig, weil wir diese jetzt bestätigte Summe mitgehen und uns der Einfachheit halber dem Antrag der CDU anschließen und auf unsere bisherigen Beträge verzichten.

Bezüglich des Zuschusses zum Jubiläum des Jazzclubs, da sind wir nicht ganz einverstanden mit dem, was die Verwaltung vorhat. Wir haben 10.000 Euro in die Veränderungsliste eingestellt. Aber der Jazzclub braucht 50.000 Euro Zuschuss. Vielleicht lässt sich der noch ein bisschen reduzieren durch ein geschicktes Sponsoring. Aber ansonsten würden wir auf jeden Fall diese 50.000 Euro gerne bereitstellen.

**Stadträtin Ernemann (SPD):** Es hat auch bei uns zu Irritationen geführt. Ich bin etwas beruhigt. Ich dachte, nur wir hätten das etwas falsch verstanden. Aber nachdem ich gehört habe, dass das offensichtlich bei den anderen Fraktionen genauso war, bin ich beruhigt. Wir werden dem Antrag der CDU Kultur im Passagehof auf 96.000 Euro mittragen, weil wir genauso wie meine Vorredner diese Synergien sehen, die dort entstehen zwischen Jazzclub, der die ganzen Jahre über heimatlos bzw. spielstättenlos war, und der Kinemathek. Das können wir uns sehr gut vorstellen. Auch die beiden Institutionen haben uns schon ihre Bereitschaft, ihren Willen und ihre euphorischen Vorstellungen mitgeteilt. Das sehen wir sehr optimistisch, genauso auch den städtebaulichen Aspekt, die Aufwertung des Passagehofes. Insofern können wir den Antrag mitgehen mit 96.000 Euro, würden aber unseren Antrag, die institutionelle Zuschusserhöhung des Jazzclubs – Antrag Nr. 108 – als erledigt sehen. Den sehen wir dann in der Gesamtsumme. Genauso würden wir bei Antrag Nr. 112 Jazzclub Jubiläumszuschuss mit der Verwaltung gehen und 10.000 Euro – in der Veränderungsliste stehen sie bereits drin – mittragen, also keine 50.000 Euro mehr, sondern die 10.000 Euro.

Eine Bezuschussung der Kinemathek für die Saalrenovierung Kurbel 3 im ehemaligen Kinogebäude in der Kaiserpassage würden wir dann nicht unterstützen.

**Stadtrat Haug (KULT):** Der Jazzclub ist eine Institution in der Stadt, eine großartige Bereicherung der Kulturszene. Von daher werden wir dem Weg in ein neues Domizil nicht im Wege stehen. Wir erinnern aber auch an die Geschichte mit hohen finanziellen Aufwendungen in der Stadt auf zwei Spielstätten. Es wurden große Summen investiert, um den Jazzclub in einer festen Spielstätte in der Schlachthof-Gaststätte einzurichten. Es wurden große Summen investiert, um im Passagehof ein Haus für das Kino zu ermöglichen. Beides geschah auf Wunsch und unter Beteiligung der betroffenen Kulturorganisationen. Beide Ansätze sind gescheitert. Das Geld ist futsch. Das ist mehr als ärgerlich. Dennoch: Das Gebäude des Kurbelkinos ist da. Die Kinemathek kann das nicht alleine stemmen. KULT ist daher grundsätzlich bereit, den Weg in Richtung Kulturhaus-Passage mitzugehen. Wir versprechen uns davon auch eine Initialzündung, um den Hinterhofcharakter des Passagehofs anzugehen und weiterzuentwickeln. Wir sollten aber nicht ins Blaue hinein investieren und abermals Schiffbruch erleiden. Unsere Zustimmung zu diesen und den dann zusammenhängenden Anträgen ist daher an ein tragfähiges Betriebskonzept und eine kostenkontrollierte Planung geknüpft.

**Der Vorsitzende:** Ich habe keine weiteren Wortmeldungen. Wir müssen uns jetzt ein bisschen durchwühlen. Die größte Summe, die zur Erhöhung der institutionellen Förderung für den Jazzclub begehrt wird, ist im CDU-Antrag mit 96.000 Euro. Wir haben in der Veränderungsliste schon eine Zuschusserhöhung von 40.000 Euro drin. Insofern wäre der weitergehende Antrag zur institutionellen Förderung Jazzclub, dass man aus diesen 40.000 Euro 96.000 Euro macht. Können dem soweit alle folgen? Dann würde ich das jetzt als erstes zur Abstimmung stellen – mit Sperrvermerk, dass man ein Konzept vorlegt, das diese hohe Summe dann noch einmal darstellbar und gerechtfertigt macht. Dann würde ich das jetzt zur Abstimmung stellen. – Das ist eine große **Mehrheit**.

Dann steht als nächstes in der Reihenfolge der Anträge der Antrag mit der Ordnungsziffer 105 der CDU an. Die CDU begehrt 60.000 Euro Bezuschussung der Kinemathek für die Saalrenovierung Kurbel 3 im ehemaligen Kinogebäude in der Kaiserpassage. Da haben wir auch in der 1. Veränderungsliste etwas drin. Genau diese 60.000 Euro, flüstert mir Herr Dollinger zu. Dann hat sich dieser Antrag 105 damit **erledigt**. Wir würden hier noch einen Sperrvermerk aufnehmen, sofern er nicht schon da ist, weil wir gesagt haben, dass wir noch einmal genau klären wollen, wie das im Einzelnen ist.

Dann springen wir wieder zurück auf die normale Reihenfolge. Die ganzen Zuschusserhöhungen für den Jazzclub haben sich aus meiner Sicht **erledigt**, also der Antrag Nr. 109 und Nr. 110 auch. Beide Anträge der GRÜNE und der Antrag der Linken. Sehen Sie das auch so?

Dann kommen wir jetzt zu den Anträgen Nrn. 111 – 116. Da geht es um den Jubiläumsszuschuss. Da haben wir über die Veränderungsliste 10.000 Euro eingestellt. Die SPD hat jetzt gesagt, dass das für sie ausreichend ist. Es werden aber teilweise in den Anträgen der GRÜNE, der KULT und der Linken 50.000 Euro begehrt, so dass es im Grunde ein gemeinsamer Antrag wäre, aus 10.000 Euro, die in der Veränderungsliste stehen, jetzt 50.000 Euro durch Ihren Antrag zu machen. Es gibt auch hier von einer Fraktion den Wunsch, das Programm zum 50. Jubiläum im Kulturausschuss vorzustellen und da noch einen Sperrver-

merk dranzumachen. Vielleicht können wir auch sagen, es muss im Kulturausschuss vorge stellt werden. Wenn wir uns darauf vielleicht einigen. Sperrvermerk ist vielleicht nicht un bedingt nötig.

Dann geht es jetzt also um die Erhöhung des Jubiläumszuschusses von 10.000 Euro auf 50.000 Euro. Das sind die Anträge Nrn. 111 – 116. Über diese hohe Summe von 50.000 Euro würde ich jetzt mit Ihnen abstimmen wollen. Noch einmal. Es geht um die Ordnungsziffern 111 – 116. Das ist der Jubiläumszuschuss für den Jazzclub. Da hat die Verwaltung 10.000 Euro als Jubiläumszuschuss in die Veränderungsliste aufgenommen. Der Antrag der CDU hat sich damit erledigt. Die SPD hat auch gesagt, es hat sich für sie erledigt. Aber es gibt Anträge der GRÜNE, das ist der Antrag Nr. 113, der KULT-Fraktion, das ist Nr. 114 und der Linken, das ist Nr. 116, auf 50.000 Euro. Also geht es jetzt um den Antrag, aus 10.000 Euro, die schon im Haushalt stehen, 50.000 Euro als einmaligen Jubiläumszuschuss für den Jazzclub zu machen. Da ist die Frage, ob wir den Sperrvermerk auf nehmen oder nicht. Wir sagen, es reicht, wenn die sich im Kulturausschuss mit ihrem Kon zept vorstellen. Ich sehe überall ein Nicken. Dann würden wir das nicht als Sperrvermerk, aber als Bedingung politisch so formulieren.

Es geht um die Erhöhung von 10.000 Euro auf 50.000 Euro einmalig für 50 Jahre Jazzclub. Da bitte ich jetzt um Ihr Votum. – Das ist eine **Ablehnung**.

Dann gibt es zum selben Thema noch einen anderen Antrag. Das ist der Antrag der FDP. Die FDP begehrt, aus 10.000 Euro 20.000 Euro einmaligen Zuschuss an den Jazzclub zum Jubiläum zu machen. Dann stelle ich das jetzt auch zur Abstimmung, aus 10.000 Euro einmalig 20.000 Euro zu machen zum 50jährigen Jubiläum. – Das ist ebenfalls **abgelehnt**.

Jetzt habe ich zu dem ganzen Thema noch die Anträge Nrn. 106 und 107, das betrifft die Kinemathek. Da wird von den GRÜNEN begehrt, den jährlichen Zuschuss um 30.000 Euro und von der FDP, den jährlichen Zuschuss um 50.000 Euro zu erhöhen. Der weitergehende Antrag ist, den Zuschuss an die Kinemathek um 50.000 Euro pro Jahr zu erhöhen. Das ist der FDP-Antrag. Den stelle ich jetzt zur Abstimmung. – Das ist eine **Ablehnung**.

Jetzt folgt der GRÜNE-Antrag zur selben Thematik, eine Erhöhung des jährlichen Zuschus ses an die Kinemathek. Begehrt werden hier 30.000 Euro. Ich bitte auch hier um Ihr Vo tum. – Das ist auch eine **Ablehnung**.

Herr Dollinger weist mich noch einmal auf den CDU-Antrag Nr. 103 hin, 320.000 Euro In vestitionszuschuss. Das haben wir aber auch auf der Veränderungsliste drauf. Das ist auch noch einmal mit einem Sperrvermerk versehen. Da hatten wir uns schon geeinigt. Nach meiner Übersicht haben wir jetzt zum Thema Jazzclub, Kinemathek und Investition alles abgeräumt. Das sehen Sie auch so.

Dann können wir auf der **S. 218** weitermachen.

### **Anträge Nrn. 117 a und 117 b (S. 218): diapason – Musikakademie – Erhöhung der institutionellen Förderung (GRÜNE, Bürger/Einwohner)**

Beim Antrag der GRÜNE geht es um 11.000 Euro, und es gibt einen Antrag aus der Bür gerschaft, um 16.000 Euro.

Es gibt keinen Sprechbedarf. Dann fange ich mit dem weitergehenden Antrag an. Das ist der, der aus der Bürgerschaft kommt, eine Erhöhung des jährlichen Zuschusses um 16.000 Euro. – Das ist eine **Ablehnung**.

Wir haben dann den Antrag der GRÜNE über eine Erhöhung um 11.000 Euro jährlich. – Das ist ebenfalls eine mehrheitliche **Ablehnung**.

**Antrag Nr. 118 (S. 218): Institutionelle Förderung des Vereins Freunde der Klangkunst Weststadt e. V. (CDU)**

**Antrag Nr. 119 (S. 218): Institutionelle Förderung des Vereins Freunde der Klangkunst Weststadt e. V. (SPD)**

**Antrag Nr. 120 (S. 218): Klangkunst e. V., Hemingway-Lounge – Institutionelle Förderung (GRÜNE)**

**Antrag Nr. 121 (S. 218): Hemingway Lounge fördern (KULT)**

**Antrag Nr. 122 (S. 218): Freunde der Klangkunst e. V. (FDP)**

**Antrag Nr. 123 (S. 225): Klangkunst e. V. – Spielstätte Hemingway Lounge – Institutionelle Förderung (Die Linke)**

**Antrag Nr. 124 (S. 218): Institutionelle Förderung ab Doppelhaushalt 2019/20 (Bürger/Einwohner)**

Wenn es hier keinen Gesprächsbedarf gibt, würde ich gemeinsam die Anträge Nrn. 120, 121, 122, 123 und 124 aufrufen. Das ist jeweils das Begehren, den jährlichen Zuschuss um 20.000 Euro zu erhöhen. Das ist der weitergehende Antrag. – Das ist eine **Ablehnung**.

Der zweitweitestreichende Antrag ist der Antrag der SPD, Ziffer 119, eine Erhöhung des jährlichen Zuschusses um 10.000 Euro. – Das ist eine deutliche **Mehrheit**. Damit hat sich der Antrag mit der Ziffer Nr. 118 auf Erhöhung um 8.000 Euro **erledigt**. Das sehen Sie auch so.

Wir kommen damit auf der **S. 217** zu einer Mitteilung, dass in der Veränderungsliste zum Badischen Staatstheater die Positionen Zusätzliches Personal für Sanierungskommunikation, Tarifsteigerung, Erwerbsskasse und dann eine Sonderzahlung zum Jubiläum 300 Jahre Theater bereits aufgenommen worden sind. Was ich Ihnen jetzt nicht referieren kann, ist, wie unsere Kürzungsliste aussieht, die wir als zweite Stufe der Haushaltsstabilisierung miteinander vereinbart haben. Das habe ich jetzt nicht vorliegen. Das würde ich morgen gerne noch kurz nachreichen, damit wir es fürs Protokoll festgehalten haben. Das werden wir noch einmal kurz zusammenstellen.

**Antrag Nr. 125 (S. 219) Stadtbibliothek – Rücknahme der Entgelterhöhung aus 2017 (Die Linke)**

**Stadträtin Zürn (Die Linke):** Sie wissen, dass wir die Entgelterhöhung 2017 abgelehnt haben. Wir wünschen jetzt, dass sie wieder zurückgenommen wird. Die Stadtverwaltung hat auf unseren Antrag geantwortet, dass seit dieser Entgelterhöhung die Leute nicht weggelaufen sind und dass der Zustand zufriedenstellend sei. Das könne dabei bleiben. Da sind wir Linke im Karlsruher Gemeinderat anderer Meinung. Wir finden es immer noch und immer wieder höchste Zeit Signale zu setzen, dass das für uns kein Normalzustand ist und dass wir finden, dass kommunale Politik mehr tun kann für eine gerechte und förderliche Bildung und Kultur für die Menschen in dieser Stadt. Es ist immer noch so, dass die Kinder

von Eltern mit wenig Einkommen auch bei vielfältigsten Begabungen durchschnittlich nicht die Ausbildung und damit die beruflichen Chancen erhalten, die sie mit reicheren Eltern hätten. Eine Möglichkeit, niedrigschwellig Bildung zu fördern, Wissenserwerb anzuregen, ist unsere Stadtbibliothek. Wir wünschen uns also, dass die Entgelte für die Stadtbibliothek so niedrig gehalten werden wie möglich. Ich speziell bin in diesen Haushaltsberatungen irgendwie schlecht auf das Argument anzusprechen, wir müssen weiterhin angeblich ausgewogen und notwendig sparen. Für mich hat die Gemeinderatsmehrheit mit der Zustimmung zum Bau des Fußballstadions rein aus Steuermitteln doch irgendwie eindrucksvoll bewiesen, dass ihr Herz so manches Mal mehr für den Profifußball und weniger für die soziale Gerechtigkeit schlägt. Wir wollen mehr Gerechtigkeit in der Bildung, mehr Möglichkeiten zur Teilhabe am öffentlichen Leben. Wir werden auf diese Forderung im Laufe der Haushaltsberatungen noch manches Mal zu sprechen kommen. Jetzt bitte ich Sie erst einmal um Zustimmung zu diesem kleinen Schritt zu mehr Bildungsteilhabe.

**Der Vorsitzende:** Ich habe keine weiteren Wortmeldungen. Damit können wir in die Abstimmung einsteigen. – Das ist eine mehrheitliche **Ablehnung**.

#### **Antrag Nr. 126 (S. 222): Schaffung der Stelle eines Kulturberaters (SPD)**

**Stadträtin Ernemann (SPD):** Ich hatte es schon angekündigt, dass die junge kreative Kulturszene, die rein ehrenamtlich, noch nicht gewinnorientiert arbeitet und unsere Kulturlandschaft bereichert, sich oftmals allein gelassen fühlt, was die Bewältigung ihrer bürokratischen Aufgaben und Auflagen angeht. Oder beispielsweise die Beantragung von Fördergeldern und Fördermitteln oder überhaupt organisatorische Aufgaben. Wir haben im Vorfeld der Haushaltsberatungen viele Gespräche geführt mit diesen jungen Institutionen und sind immer wieder auf die gleiche Problematik bzw. auf das gleiche Begehren gestoßen. Wir brauchen Hilfe, wir fühlen uns allein gelassen. Es ist mehr geworden. Ich kann das jetzt nicht vergleichen mit einer Kulturinstitution, die sich vor 20 oder 30 Jahren gegründet hat, sondern da ist mittlerweile schon eine enorme Veränderung, was die bürokratischen Hindernisse und Auflagen angeht. Uns hat es überzeugt, dass diese jungen Leute wirklich professionelle Hilfe brauchen. Aus diesem Grund beantragen wir die Stelle eines Kulturberaters, die im Kulturamt der Stadt Karlsruhe verankert sein soll. Das ist unser Begehren. Da bitten wir die Fraktionen um Unterstützung.

**Stadträtin Rastätter (GRÜNE):** Wir werden diesen Antrag der SPD nicht mittragen, die Schaffung der Stelle eines Kulturberaters. Es ist in der Tat so, dass es Aufgabe des Kulturamtes ist, die Beratung durchzuführen. Wir sind auch mit der Antwort der Stadtverwaltung einverstanden. Es ist die originäre Aufgabe. Sie wird auch – soweit wir das in der Praxis erfahren haben – erfüllt. Wir wollen aber stattdessen eine institutionelle Förderung, das ist der Antrag Nr. 127, für Lobin Karlsruhe gemeinnütziger Verein, Unterstützungsplattform für Bildung, Kultur und Soziales, die genau diese Vernetzungseinrichtung schaffen wollen und auch schon praktizieren und genau auch diese Beratung extern außerhalb des Kulturbüros durchführen. Das scheint uns eine zielführende Einrichtung zu sein für diesen Bereich. Allerdings lehnen wir den Antrag der KULT auf 74.000 Euro ab. Wir halten 12.000 Euro für absolut ausreichend.

Ich möchte aber noch kurz eingehen auf den Antrag von uns GRÜNE, Nr. 129, die institutionelle Förderung für Lobin Karlsruhe, die Kulturküche. Hier wird eine neue innovative Einrichtung geschaffen, wo einerseits Bildung, auch Gastronomie und Beratung und Ver-

netzung stattfinden soll. Die Kulturküche schafft genau dieses. Dafür braucht es eine Anschubfinanzierung von 40.000 Euro, die aber dann nur vorübergehend gebraucht wird, bis diese Einrichtung sich selber tragen wird.

**Der Vorsitzende:** Wir kommen damit zur Abstimmung über den Antrag Nr. 126. Wir sind noch beim SPD-Antrag Schaffung der Stelle eines Kulturberaters. – Das ist eine mehrheitliche **Ablehnung**.

**Antrag Nr. 127 (S. 220): Lobin e. V. – Kulturberatung (GRÜNE)**

**Antrag Nr. 128 (S. 220): Institutionelle Förderung für Lobin Karlsruhe gemeinnütziger e. V.: Unterstützungsplattform für Bildung, Kultur und Soziales (KULT)**

**Antrag Nr. 129 (S. 220): Lobin e. V. – Lokales Bildungsnetz Karlsruhe - Anschubfinanzierung Kulturküche (GRÜNE)**

**Antrag Nr. 130 (S. 220): Kulturküche; Alle an einen Tisch (KULT)**

Frau Stadträtin Rastätter hat eben schon die beiden GRÜNE-Anträge begründet. Es geht bei Nrn. 127 und 128 um eine allgemeine institutionelle Förderung und bei Nrn. 129 und 130 um das Projekt einer Kulturküche, und hier um eine zweijährige Anschubfinanzierung.

**Stadtrat Haug (KULT):** Ich spreche jetzt zur Ordnungsziffer Nr. 130, die Kulturküche. Das Projekt Kulturküche möchte die Menschen miteinander verbinden und ein Begegnungsort für Karlsruherinnen und Karlsruher schaffen. Die Kulturküche wurde als Anpackerprojekt in der grünen Stadt entwickelt. Menschen mit Migrations- und Fluchthintergrund werden im Team der Kulturküche eingebunden und können mitgestalten. Somit dient das Projekt auch der sozialen Integration und den Zielen der sozialen Stadt Karlsruhe. Die Kulturküche will ein Begegnungsraum sein. Ein Objekt in der Kaiserstraße gegenüber der Universität ist bereits gefunden. Eine gut anlaufende Kulturküche trägt somit zur Belebung und Aufwertung der Innenstadt bei und kann ein Baustein in der Sanierungsmaßnahme Innenstadt-Ost sein. In der Kulturküche wird auch gekocht. Sie bietet einen bezahlbaren Mittagstisch, aus regionalen und fair gehandelten Produkten zubereitet, und entspricht somit nicht zuletzt dem Wunsch vieler Studierenden nach bezahlbarem Essen, der beim Workshop Innenstadt von morgen aus Sicht der Studierenden geäußert wurde.

Es gibt ein Konzept. Es gibt einen Raum. Es gibt ein Team. Das Ganze bringt wesentliche Leitlinien der Stadt Karlsruhe unter einen Hut. Das Projekt ist zu 80 % finanziert. Was fehlt, sind die verbleibenden 20 % als Anschubfinanzierung für zwei Jahre. Dann steht die Kulturküche auf eigenen Beinen. Lassen wir uns diese Chance nicht entgehen.

**Der Vorsitzende:** Wir kommen zur Abstimmung. Ich rufe auf die Anträge Nrn. 127 und 128, wo es um eine institutionelle Förderung des Vereins geht. Da ist der Antrag der KULT, die Nr. 128, der weitergehende mit 74.000 Euro. Deswegen stimmen wir jetzt erst einmal über den ab. – Das ist eine deutliche **Ablehnung**.

Ich rufe dann den Antrag Nr. 127 auf, eine institutionelle Förderung über 12.000 Euro für Lobin Karlsruhe gemeinnütziger e. V. – Das ist ebenfalls eine **Ablehnung**.

Ich rufe auf Nrn. 129 und 130. Da geht es um die Kulturküche. Wenn ich den Antrag der GRÜNE richtig im Kopf habe, haben Sie auch einen Sperrvermerk vorgeschlagen. – Frau Stadträtin Rastätter nickt. Dann nehmen wir den Sperrvermerk hiermit auf, was sinnvoll ist,

dass man noch einmal sicherstellt, dass das auch so funktionieren wird mit der Kulturküche. Ich stelle jetzt beide Anträge gleichermaßen zu Abstimmung. Es geht um zweimal 40.000 Euro. – Das ist auch eine mehrheitliche **Ablehnung**.

Ich möchte an der Stelle noch einfügen, dass ich mich mit Lobin auch relativ intensiv beschäftigt habe und durchaus sehe, dass es hier Zielgruppen gibt, die wir bisher nicht über die Stadtverwaltung erfassen können, die von diesem Verein erfasst werden. Wundern Sie sich also nicht, dass wir auch von Seiten der Verwaltung dazu noch einmal einen Vorschlag zu gegebener Zeit in den Fachausschüssen machen.

**Antrag Nr. 131 (S. 221): Klimawerkstatt – Erhöhung des städtischen Zuschusses (GRÜNE)**

**Antrag Nr. 132 (S. 221): Zuschuss Kindermalwerkstatt (KULT)**

**Antrag Nr. 133 (S. 221): Kindermalwerkstatt (FDP)**

**Antrag Nr. 134 (S. 221): Kindermalwerkstatt – Erhöhung des Zuschusses zum Erhalt der Einrichtung (Die Linke)**

**Antrag Nr. 135 (S. 221): Erhöhung des Zuschusses für die Kindermalwerkstatt (FÜR Karlsruhe)**

Es geht um jeweils 28.000 bzw. 25.000 Euro.

**Stadträtin Rastätter (GRÜNE):** Ich wollte nur vermerken, dass die 25.000 Euro bei uns versehentlich so auftauchen. Wir hatten auch vor, den Betrag von 28.000 Euro zu beantragen, so dass wir uns den anderen Anträgen anschließen.

**Stadtrat Haug (KULT):** Seit über 25 Jahren haben Kinder in der Kindermalwerkstatt die Möglichkeit, Farben- und Formwelten zu entdecken und werden in der Entwicklung ihrer Kreativität gefördert. Über 90.000 Kinder haben dieses Angebot bisher genutzt, wöchentlich etwa 100 Kinder und Jugendliche. Die Wertschätzung der Arbeit der Kindermalwerkstatt ist der Stellungnahme der Verwaltung zu entnehmen. Ihre Schlussfolgerung können wir allerdings nicht nachvollziehen. Der hohe Anteil an ehrenamtlicher Arbeit lässt sich krankheitsbedingt nicht weiter aufrechterhalten. Wir haben große Sorge, dass den Trägerinnen die Luft ausgeht. Das wäre mehr als schade. Deshalb bitten wir um Ihre Unterstützung. Wir wollen die Kindermalwertstatt unbedingt erhalten.

**Stadtrat Dr. Fechler (SPD):** Die Bedeutung der Kindermalwerkstatt hat der Kollege Haug in seinem Beitrag schon hinreichend gewürdigt. Für meine Fraktion möchte ich erklären, dass wir dem Antrag beitreten und auch die 28.000 Euro unterstützen werden. Die Kindermalwerkstatt stellt hier einen herausragenden Beitrag dar. Kollege Haug hat es ausgeführt. Es ist vieles über Jahre im Ehrenamt kompensiert worden. Das ist zurzeit nicht mehr möglich. Von daher sehen wir eine Unterstützung als unausweichlich an.

**Stadtrat Wenzel (FW):** Ich möchte mich meinen Vorrednern anschließen. Auch ich werde den Zuschuss mittragen. Denn es wäre sehr bedauerlich, wenn in Zukunft diese Institution der bildenden Künste für Jugendliche und Kinder nicht mehr weitergeführt werden könnte.

**Der Vorsitzende:** Die GRÜNE haben ihren Antrag auf 28.000 Euro erhöht. Damit haben wir eine Summe für alles. Die stelle ich jetzt als Zuschusserhöhung zur Abstimmung. – Das ist eine deutliche **Mehrheit**.

**Antrag Nr. 136 (S. 222): Einmaliger Programmzuschuss zum 100. Jubiläum des Lindenblütenfestes in der Weststadt (CDU)**

**Stadtrat Dr. Müller (CDU):** 100 Jahre Lindenblütenfest, 125 Jahre Bürgerverein der Weststadt. Das ist ein besonderes Jubiläum, das sich auch im Programm und in der Darstellung auf dem Gutenbergplatz entsprechend präsentieren wird. Deswegen halten wir diesen einmaligen Zuschuss zum Programm und zur Ausgestaltung dieses Festes für gerechtfertigt und bitten um die Unterstützung.

**Der Vorsitzende:** Es gibt wohl einen anteiligen kleinen städtischen Zuschuss. Aber Sie wollen den noch einmal aufstocken. Ich darf jetzt um Abstimmung darüber bitten. Es geht um diesen Programmzuschuss 100. Jubiläum des Lindenblütenfestes. – Das ist eine **Zustimmung**.

**Antrag Nr. 137 (S. 222): Förderverein der Studierendenschaft des KIT e. V. - Förderzuschuss (KULT)**

**Antrag Nr. 138 (S. 222): FV der Studierendenschaft des KIT e. V. (FDP)**

**Antrag Nr. 139 (S. 222): Antrag auf Förderzuschuss (Bürger/Einwohner)**

**Stadtrat Hock (FDP):** Ich würde mich freuen, wenn das Haus diesem Antrag stattgeben kann. Denn wenn wir immer sagen, das KIT ist unser Aushängeschild, dann gehören die Studierenden zu unserem Aushängeschild ganz groß dazu. Deshalb kann ich uns nur anraten, diesen kleinen Beitrag für die Studierenden zu leisten. Ich glaube, dieses Geld ist wirklich gut angelegt.

**Stadträtin Dr. Leidig (GRÜNE):** Es erscheint uns wenig sinnvoll, einem studentischen Verein Zuschüsse zu geben, damit dieser Verein wiederum studentische Kulturprojekte bezuschusst. Genau das ist das, was eigentlich beantragt wird.

Dennoch: Wir wollen studentische Kultur fördern. Deswegen möchten wir das gerne mit Sperrvermerk versehen und im Kulturausschuss beraten. Ich weiß, dass wir schon einmal darüber gesprochen haben, wie man Studierende fördert. Aber anscheinend wissen die Studierenden nicht, wie das funktioniert, wie sie an Projektförderung gelangen. Deswegen möchten wir das gerne noch einmal vorgestellt bekommen, so dass auch tatsächlich dieses Wissen bei den Studierenden vorliegt, dass sie eigene Projektmittel beantragen können, wenn Projekte da sind. Und damit dafür dann auch ein Polster da ist, deshalb diese Summe mit Sperrvermerk, damit man sich das noch einmal genau anschauen kann.

**Der Vorsitzende:** Ich nehme an, dass die Antragsteller den Sperrvermerk akzeptieren können, weil dann die Wahrscheinlichkeit für eine Mehrheit hier steigt. Insofern die Frage an die Antragsteller: Können Sie damit umgehen? – Ja, okay.

Dann rufe ich als weitestgehenden Antrag den Antrag der FDP auf, das ist die Nr. 138. 3.000 Euro Zuschuss mit Sperrvermerk für den Förderverein der Studierendenschaft des KIT e. V. – Das ist eine mehrheitliche **Ablehnung**.

Jetzt kommt der Antrag der KULT und der Antrag aus der Bürgerschaft auf 2.800 Euro zur Abstimmung. Ich stelle zum selben Thema zur Abstimmung 2.800 Euro statt 3.000 Euro, auch wieder mit Sperrvermerk. – Das ist auch eine mehrheitliche **Ablehnung**. Trotzdem



kann man die Anregung aufnehmen, mit den Studierenden noch einmal über die Fördermöglichkeiten beim Kulturamt, Studierendenkultur, und wir haben auch das Wissenschaftsbüro, zu reden. Ich glaube, dass da noch einiges drin ist. An so einer Summe soll es dann am Ende auch nicht scheitern.

**Antrag Nr. 140 (S. 222): Entropia e. V. – Chaos Computer Club Karlsruhe - Förderung der Gulaschprogrammiersnacht (GRÜNE)**

**Antrag Nr. 141 (S. 222): Entropia e. V. Förderung der 19. und 20. Gulaschprogrammiersnacht (KULT)**

**Antrag Nr. 142 (S. 222): Förderung der 19. und 20. GPN im Doppelhaushalt 2019/20 (Bürger/Einwohner)**

**Stadtrat Konrad (GRÜNE):** Was ist die Gulaschprogrammiersnacht? Die Gulaschprogrammiersnacht ist Kultur, das ist Politik, das sind Fachvorträge, das sind Workshops rund um den Bereich Computer, sei es Software, sei es Hardware, sei es Datensicherheit. Das Ganze wird veranstaltet von Entropia e. V., einer Ansammlung von Ehrenamtlichen, ist kostenlos für alle, die kommen. Und es gibt eine Beteiligung von 1.000 Ehrenamtlichen, die das aufziehen. Jetzt ist es soweit. Im 19. Jahr wird die Gulaschprogrammiersnacht das ganze nicht mehr allein stemmen können. Deshalb bitten sie uns um einen kleinen Beitrag von 4.000 Euro. Was wirklich nur ein kleiner Beitrag ist, wenn man sich vor Augen führt, dass der besondere Charakter der Stadt Karlsruhe als IT-Stadt bei dieser Veranstaltung, die nicht nur für Nerds offen ist, sondern auch für Normalos, die sich die Kulturveranstaltungen anhören oder die in das Thema einsteigen wollen, richtig in die Stadtgesellschaft hineinwirken kann. Deshalb bitte ich Sie um Ihre Unterstützung. Falls es Sie näher interessiert, können Sie von Freitag bis Sonntag auf die Glühweinprogrammiersnacht, die seit letztem Jahr bestehende Schwesterveranstaltung in der HfG, gehen.

**Stadtrat Wohlfel (KULT):** Auch wir halten die Gulaschprogrammiersnacht für eine hervorragende Veranstaltung, die jedes Jahr im ZKM stattfindet. Da werden hunderte Stunden von hunderten Leuten an ehrenamtlicher Arbeit hineingesteckt. Das ist eine großartige Veranstaltung. Entropia und GPN kooperieren wunderbar mit dem ZKM, was wir auch mit dem Jubiläumszuschuss in der Veränderungsliste würdigen. Ich denke, auch die GPN ist zu würdigen. Wir freuen uns, wenn das heute eine Mehrheit finden wird.

**Stadtrat Dr. Heilgeist (CDU):** Wir haben im Hauptausschuss beschlossen, dass wir als Stadt uns bewerben als City of Media Arts 2019. Diese Gulaschprogrammiersnacht gehört eigentlich hier hinein. Ich war etwas verwirrt, dass es jetzt zum Teil Kultur kommt. Ich hätte gedacht, dass ein solcher Antrag auf 4.000 Euro doch sicherlich in der Event GmbH am Besten aufgehoben ist, denn die ist für diese Art Event auch zuständig, oder die Wirtschaftsförderung. Ich bin schon der Meinung, dass dieser Betrag dort sicherlich leicht herausgeschwitzt werden kann. Wir unterstützen dieses Projekt, weil wir auch der Meinung sind, für eine IT-Stadt wie Karlsruhe ist so etwas schon toll.

**Stadtrat Hermanns (SPD):** Auch wir als SPD unterstützen diesen Antrag. Die Entropia macht seit Jahren eine hervorragende Arbeit. In der Kultur braucht es eine Subkultur. Genauso braucht es in der digitalen Welt eine subdigitale Welt. Genau das wird durch die Entropia wunderbar repräsentiert. Wenn wir uns als Motor der Digitalisierung Europas positionieren wollen, brauchen wir auch solche Aktivitäten hier in Karlsruhe. Deswegen volle Zustimmung von meiner Fraktion.

**Der Vorsitzende:** Dann kommen wir zur Abstimmung. Ich kann alle Anträge gemeinsam aufrufen, weil sie jeweils 4.000 Euro jährlichen Zuschuss begehren. – Das ist eine deutliche **Mehrheit**.

Ob es dann zu Media Arts gehört oder zur Wirtschaftsförderung oder eigentlich nicht auch ein bisschen ZKM ist, das können wir dann noch fachlich klären. Aber das Geld ist zunächst einmal eingestellt.

**Antrag Nr. 143 (S. 223): Projektförderung für Ausstellungen und Veranstaltungen im „Kunstfachwerk N6 Grötzingen“ (CDU)**

**Antrag Nr. 144 (S. 223): Laufende Projektförderung für Ausstellungen und Veranstaltungen im „Kunstfachwerk N6 Grötzingen“ (SPD)**

**Antrag Nr. 145 (S. 223): Laufende Projektförderung für Ausstellungen und Veranstaltungen im „Kunstfachwerk N6 Grötzingen“ (OR Grötzingen)**

Ich würde gerne noch feststellen, dass sich die Anträge Nrn. 143 – 145 durch die Übernahme dieser Beträge in die Veränderungsliste **erledigt** haben. Wenn Sie das auch sehen, brauchen wir es hier nicht zu diskutieren und auch nicht zur Abstimmung stellen.

Dann unterbrechen wir für eine halbe Stunde die Sitzung und stärken uns. Um 16:00 Uhr geht es hier weiter.

(Unterbrechung der Sitzung von 15:33 – 16:07 Uhr)

Wir fahren mit der Sitzung fort und befinden uns auf der **Seite 223**.

**Antrag Nr. 146 (S. 225): Haus der Heimat (AfD)**

Es wird die Erhöhung der jährlichen Zuschüsse begehrt. Für die Antragsteller ist keine Rede notwendig, der Antrag spricht für sich selbst. Ich sehe auch sonst keine Wortmeldungen. Ich bitte Sie um Ihr Votum. – Damit ist der Antrag **abgelehnt**.

**Punkt 2 der Tagesordnung: Weiterführung der Majolika**

Ich rufe jetzt Tagesordnungspunkt 2 der regulären Gemeinderatssitzung auf. Es geht um die Beschlussvorlage zur Weiterführung der Majolika, Vorlage Nr. 2018/0832

Gleichzeitig rufe ich auf den Änderungsantrag der GRÜNE-Gemeinderatsfraktion auf, und es gibt noch einen Änderungsantrag der FDP-Gemeinderatsfraktion, wozu es aber noch keine Stellungnahme gibt. Dazu werden wir mündlich etwas ausführen.

Wir haben das Thema im Hauptausschuss ausführlich vorbesprochen und haben jetzt zum ersten Mal eine öffentliche Beschäftigung mit dem Thema im Gemeinderat. Wir haben im Hauptausschuss eine Option präsentiert, die dem Traditionsbetrieb eine Zukunft vermitteln kann. Ich möchte noch einmal die wichtigsten Eckpunkte kurz unterstreichen. Es gibt einen Interessenten, der die Majolika Manufaktur GmbH erwerben möchte. Er beabsichtigt, seine Produktion von Gebrauchskeramik aus dem Kinzigtal unter Beibehaltung seines bisherigen Firmennamens in die Räume der Majolika zu verlagern. Gleichzeitig möchte er die Produktion von Kunstkeramik unter dem Label der Majolika weiterführen. Das bedeutet eine Fo-

kussierung der Kernaktivitäten der Majolika auf den künstlerischen Bereich in Zusammenarbeit mit der HfG und der Staatlichen Akademie der Künste. Tätigkeitsfelder wären Künstlerresidenzen, künstlerische Auftragsarbeiten, Kunst am Bau und keramische Werkstätten für Studierende und Kunstinteressierte, erfüllt von daher eine Forderung, die oft hier in diesem Haus erhoben wurde.

Der Investor und mögliche Betreiber plant eine gläserne Produktion. Damit möchte er auch das touristische Interesse öffnen und ein größeres Publikum ansprechen. Rund um die Produktion sollen weitere Angebote etabliert oder ausgebaut werden: Gastronomie, Majolika-Museum, ein Laden mit Werksverkauf und Kunst und naturnahen regionalen Produkten. Der Interessent, die Sie ja kennenlernen konnten, ist der Unternehmer Ralf Müller in Zell am Harmersbach die Zeller Keramikmanufaktur und die Dorotheenhütte, Glashütte Wolfach, betreibt und die er beide unter Einbindung touristischer Erlebniselemente erfolgreich saniert und ausgebaut und somit ihre weitere Existenz abgesichert hat. Das möchte er auch mit der Majolika machen.

Wir können von daher mit Herrn Müller im Grunde einen Weg begehen, wie Sie es uns auch immer schon ein bisschen nahegelegt haben, auf der einen Seite zu versuchen, mit Alltagskeramik ein Stück weit Wirtschaftlichkeit herzustellen und auf der anderen Seite mit einem gewissen städtischen Zuschuss das Kunsthandwerk hier am Ort weiter zu betreiben. Der große Vorteil ist, dass die Wirtschaftlichkeit dann nicht mehr auf unseren Schultern lastet, sondern eben auf den Schultern von Herrn Müller und seinem Betriebe und auch seiner Fachexpertise, und er dann in das Thema Sanierung, die Fortentwicklung der Öfen und was alles an Technik notwendig sein wird, eingehen wird. Herr Müller möchte dazu das Majolika-Gelände erwerben. Sie haben im Hauptausschuss mitbekommen, dass er beim Thema Erbbaurecht ein bisschen die Stirn runzelte. Aber das ist sicherlich ein Punkt, über den man miteinander diskutieren muss. Er möchte die Keramikproduktion wieder ausweiten. Das halten wir im Rahmen des Bestandsschutzes für gut möglich. Wir müssen die Erreichbarkeit verbessern und für eine höhere Frequenz entsprechend ausbauen, was immer das dann auch bedeutet. Es ist ja allen Beteiligten klar, dass man außerhalb des eigentlichen Majolika-Areals und in gewisser Weise auch entlang der Zufahrten, die aber dazu ausgebaut und umgewidmet werden müssen, fast keine Chancen hat, hier weiteres Gelände für Parkplätze und anderes zur Verfügung zu stellen. Da sind die planungsrechtlichen Voraussetzungen außerordentlich gering. Wir sehen, dass es Perspektiven des Badischen Landesmuseums gibt, aus seinen Depots dort Schaudepots zu machen und wir damit eine – wie ich finde – sehr glückliche Verknüpfung von Besucherinnen und Besuchern des Landesmuseums und der Majolika mit gegenseitiger Überschneidung herstellen können.

Unsere Empfehlung wäre, dass Sie uns autorisieren, diesen Weg gemeinsam weiterzuentwickeln und ihn dann mit Ihnen in den verschiedenen Abschnitten, die das erfordert – das wird sich bis zur endgültigen Fertigstellung einige Jahre hinziehen –, in den Fachausschüssen, aber auch im Gemeinderat abzustimmen.

Es ist klar, dieses Thema Kunst/Kunstgewerbe würde weiterhin über die Stiftung erfolgen, die dann in eine Art vertragliche Situation mit Herrn Müller gehen würde. Das heißt – und das ist auch im Hauptausschuss deutlich gesagt worden –, wir kriegen dann für unseren Zuschuss das, was die Stiftung mit Herrn Müller vereinbart. Ich halte das für einen wichtigen Punkt, denn eines sollte nicht passieren, dass am Ende die Keramikproduktion von Hahn und Henne so erfolgreich ist, dass überhaupt keine Kapazität mehr für Majolika übrig

bleibt. Von daher haben wir ein ureigenes Interesse, dass am Ende nicht das Ganze von Hahn und Henne dominiert wird, sondern dass es eine Produktionslinie Majolika geben muss – in Zusammenarbeit mit Künstlerinnen und Künstlern. Ich bin sicher, es wird auch die eine oder andere Überschneidung stattfinden. Etwas, das als Motiv bzw. Kunsthandwerk beginnt, wird dann irgendwann wirtschaftlich und kann zur wirtschaftlichen Gesamtsituation beitragen.

Es gibt jetzt einen Antrag der GRÜNEN dazu, einen Antrag der FDP, und wir steigen jetzt in die allgemeine Diskussion ein. Da es eine Beschlussvorlage ist, gibt es die übliche Reihenfolge für die Rednerinnen und Redner, und wir fangen mit der CDU-Fraktion an.

**Stadträtin Dr. Dogan (CDU):** Ich bin erst seit 2014 in diesem Haus mit dabei. Die Kollegen, die schon länger dabei sind, wissen um das Problemkind, aber auch das Lieblingskind von vielen, unsere Majolika. Sie begleitet uns bei jeder Haushaltsdebatte, aber auch jedes Jahr. Sie war in den letzten Jahren gewissermaßen ein Sorgenkind, weil wir uns um ihre Zukunft Sorgen gemacht haben. Das Thema unternehmerische Tätigkeit – Wirtschaftsbilanzen wie von einem anderen Unternehmen – konnten wir zuletzt nicht erwarten. Das Ziel war also, unsere Majolika als eine der wichtigsten Kulturinstitutionen unserer Stadt, zu erhalten, sie zukunftsfähig zu machen. Dafür gab es in der Vergangenheit viele Bestrebungen. Man muss sagen, auch die Majolika hat sich in den vergangenen ein, zwei Jahren neu ausgerichtet, sie hat Vorschläge, Auflagen und Bedingungen, die von diesem Haus an sie herangetragen wurden, durchaus angenommen. Das müssen wir anerkennend sehen, ebenso auch die Bemühungen der Majolika-Stiftung, ebenso auch das Bestreben der Mehrheit in diesem Hause, viel zu tun, viel Geduld und auch viel Hoffnung weiterhin in die Zukunft unserer Majolika zu setzen.

Jetzt stehen wir an einem Wendepunkt. Es gibt nun einen Investor, ein namhaftes Unternehmen, das wirtschaftlich tragfähig, das Erfolge generiert, das bereit ist, hier zu investieren, natürlich auch um die eigene Produktion hierher zu verlagern. Dann entsteht eben die größte Keramikmanufaktur Nordbadens, auch kein schlechtes Aushängeschild für Karlsruhe, aber eben mit der Bereitschaft – und das ist für uns eine Bedingung, die wir sehen –, den künstlerischen Part der Majolika, wofür die Majolika steht seit einem Jahrhundert, mit dem sie unsere Stadt geprägt hat, diesen hohen Anspruch an Kunst und Kultur, den wir an sie stellen, weiterzuführen.

Es sind Fragen zu klären. Sie, Herr Oberbürgermeister, haben das erwähnt, andere Kollegen – die FDP und andere – haben gefragt. Auch wir haben immer wieder Themen angesprochen, z. B. was das Gelände angeht. Auch da sehen wir in einem Erbbaurecht eine tragfähigere Zukunft. Ein kluges Verkehrskonzept muss erstellt werden, wenn Besucherströme kommen sollen, die der Unternehmer erwartet. Hierfür sind eine Zusammenarbeit mit dem Unternehmer und eine Begleitung durch dieses Haus erforderlich. Es gibt Fragen, die müssen gemeinsam gelöst werden. Da stehen wir jetzt am Anfang. Wir sind bereit zu sagen, wir geben diese Zeit. Wir geben heute auch einen gewissen Vertrauensvorschuss mit, weil wir als CDU-Fraktion diese neue Konzeption grundsätzlich befürworten. Wir sehen darin den Beginn eines Entwicklungsprozesses, der Entwicklungspotenzial hat zum Erhalt unserer Majolika, unserer Kunstmanufaktur, in ihrer hohen Qualität, in der sie sich auch künftig entfalten kann, mit weniger Druck, als sie bisher hatte, aber gleichzeitig eben auch ein Unternehmen, das entsprechende Gewinne und Zahlen einfährt, auf einem anderen Level, mit einer eigenen Produktion. Aber auch da muss man sehen: Auch die Zeller

Manufaktur ist nicht erst wenige Jahre alt, sie besteht schon sehr lange. Da sind auch Erfahrungswerte vorhanden, und da weiß man mit unternehmerischem Risiko umzugehen.

Daher von uns grundsätzlich ein Ja zur Antwort der Verwaltung. Zum Antrag der Grünen erlauben Sie mir doch einen Seitenhieb. Frau Kollegin Dr. Leidig, Sie haben vorhin bei den Kulturthemen angeführt, dass sie die Kulturinstitutionen in Karlsruhe erhalten wollen. Ja, welche Kulturinstitution, wenn nicht die Majolika mit ihrer Geschichte, wollen wir denn sonst noch erhalten? Die machen Sie platt in Ihrem Antrag. Anders kann ich es nicht formulieren.

**Stadträtin Ernemann (SPD):** Ja, Kollegin Dogan hat es schon gesagt, wir haben uns in all den Jahren – und ich gehöre seit 2004 dem Gemeinderat an – immer wieder mit der Majolika beschäftigt. Die Majolika liegt uns in der Tat am Herzen. Sie ist eine traditionsreiche Keramikmanufaktur an einem historischen und nicht unproblematischen, aber wunderschönen Ort. Das macht unsere Entscheidung nicht einfach. Und sind wir ehrlich: All das, was wir jahrelang erhofft hatten, dass sich ein Investor findet, der sich mit der Majolika zusammentut und am Gelände einen neuen Standort eröffnet oder ein neues Konzept entwickelt, das haben wir doch gehofft. Jetzt haben wir einen Investor: Herrn Müller aus Zell am Harmersbach, bekannt durch sein berühmtes Keramikgeschirr Hahn und Henne, das ich als junges Mädchen auch einmal geschenkt bekommen habe. Ich glaube, das kennt jeder hier.

Das Konzept des Herrn Müller – er hat es uns im Hauptausschuss vorgestellt – sieht also vor, dass diese Gebrauchskeramikproduktion nach Karlsruhe verlagert werden soll, aber gleichzeitig noch – und das ist uns ganz wichtig – die künstlerische Majolika-Arbeit aufrechterhalten wird. Das erhoffen wir uns auch so. Dem stimmen wir auch zu und gehen die Vorlage der Verwaltung mit – in der Hoffnung, dass das auch so eintrifft. Aber wir haben auch Sorgen. Wir haben Sorgen und Bedenken. Die Bedenken sind die, dass Herr Müller eines Tages einen großen wirtschaftlichen Erfolg an der Produktionsstätte in Karlsruhe hat – aufgrund der Lage, aufgrund der Besonderheit – und versucht, die Majolika-Manufaktur aus der Produktionsstätte herauszudrücken. Das wollen wir nicht. Was wir auch nicht wollen, ist ein Verkauf des Grundstücks. Dieses Grundstück am Ahaweg ist ein Juwel. Er ist schwierig, er ist von der Verkehrserschließung äußerst schwierig, das sagt die Vorlage, das haben wir auch im Hauptausschuss kurz angesprochen. Das wird viele Probleme, viele Verhandlungen seitens der Verwaltung mit sich bringen. Ein Verkauf dieses Grundstücks kommt mit meiner Fraktion nicht in Betracht. Entweder wird Herr Müller als Pächter oder in Erbpacht dieses Grundstück pachten, aber nicht kaufen. Dagegen würden wir uns strikt wehren.

Der Antrag der Grünen – liebe Frau Dr. Leidig, das ist das Todesurteil für die Majolika, aber dieses Todesurteil haben Sie ja schon die ganzen Jahre hinausgeschoben, und jetzt haben Sie es mit diesem Antrag gefällt. Es ist für mich unvorstellbar, die Keramikproduktion der Majolika nach Zell am Harmersbach, also aus der Stadt heraus, zu verlagern. Sie werden da auch auf sehr viel Unverständnis in der Bevölkerung stoßen. Es ist natürlich auch problematisch oder gewöhnungsbedürftig, so wie in der Vorlage bzw. im Konzept des Herrn Müller vorgesehen, dort eine Erlebnisproduktionsstätte zu errichten. Gläserne Manufaktur ist toll, wenn man der Glasproduktion zusehen kann, wenn man mitmachen kann. Das gibt es in vielen Städten in anderen Bereichen auch. Ich habe das auch in Wolfach, in der Glasbläserei von Herrn Müller gesehen. Das ist in der Tat ein Publikumsmagnet. Ob ich nebenbei

noch Schwarzwälder Schinken kaufen kann, sei dahingestellt. Das mag durchaus zu so einem Erfolgskonzept beitragen. Aber wir sind ja noch ziemlich am Anfang. Was die Verwaltung jetzt von uns erwartet, ist, dass wir ihr ein Votum geben, weiter in die Verhandlungen zu treten, unter all den Bedenken, die wir heute hier vorbringen. Da gebe ich genauso wie die Kollegin Dogan der Verwaltung einen Vertrauensvorschuss, dass sie das in die richtigen Bahnen lenken wird. Es wird schwierig werden, und es ist auch eine Chance, die wir in unserem Majolika-Workshop Anfang des Jahres mehrfach angesprochen haben, und das ist aus meiner Sicht die einzige Überlebenschance für die Majolika.

Wir stimmen der Beschlussvorlage der Verwaltung zu und lehnen den Änderungsantrag der GRÜNEN in seiner Gänze ab.

**Stadträtin Dr. Leidig (GRÜNE):** Die Majolika ist etwas Besonderes. Daher beschäftigen wir uns schon seit Jahren mit diesem Thema. Während das Besondere für einige in dem Namen Majolika Karlsruhe und vor allem in den vergangenen Erfolgen liegt, ist es für andere die künstlerische Technik der Lasur, die bewahrt werden soll. Für die GRÜNE-Fraktion ist es vor allen Dingen der Ort. Und damit sind wir – und das zeigen die Beiträge im Workshop Majolika im April dieses Jahres deutlich – nicht die einzigen. Viele der dort Anwesenden, die nicht aus Verwaltung oder Politik kamen, haben genau das betont. Es ist ein besonderer Ort, ein Ort des künstlerischen Schaffens inmitten von Natur. Genau das macht die Besonderheit aus, und genau das wollen wir bewahren.

Wir sehen aber – ich habe jetzt keine andere Rede als das, was in unserem Antrag steht –, dass der Vorschlag der Verwaltung in eine andere Richtung geht. Er geht in eine Richtung, die diese Besonderheit gefährden, vielleicht sogar zerstören würde, und zwar durch erweitertes Gewerbe, Umgestaltung als touristischer Anziehungspunkt mit Parkplätzen, Infrastruktur, Zufahrtswegen und – damit sich das Ganze lohnt – dann auch noch durch den Verkauf regionaler Produkte bis hin zu Marmelade und Schnaps. Ich wusste bisher nicht, dass Karlsruhe dafür steht.

Ist es eine besondere Gewerbe- und Verkaufsstätte, die es wert ist, den Wert dieses besonderen Ortes zu opfern? Sind wir bereit, eine bisher unbekannte, aber ganz bestimmt hohe Summe für den Ausbau der Infrastruktur zu bezahlen, und passt eben eine solche Einrichtung zu Karlsruhe? Was zu Karlsruhe passen würde, wäre eine Weiterentwicklung des besonderen Ortes, wie wir es beantragt haben, eine Nutzung im künstlerisch-kreativen Bereich. Da gibt es inzwischen einen großen Mangel, und es gibt aber auch einen Bedarf, wie die Entwicklung auf dem Alten Schlachthof zeigt.

Trotz großen Engagements auf vielen Seiten und trotz jahrelanger finanzieller Unterstützung durch die Stadt ist es der Majolika nicht gelungen, sich als Wirtschaftsunternehmen tragfähig aufzustellen, obwohl verschiedene Vertriebszweige und -wege entwickelt wurden, attraktive künstlerische Gestaltungsformate bis hin zu D-3-Produktionen, gibt es wenig Nachfrage nach Produkten der Karlsruher Majolika. Es ist einfach keine Nachfrage dafür da. Ich weiß auch nicht, wo Sie die schaffen wollen. Da geht einfach etwas auseinander in der Wahrnehmung und dem Wunschdenken.

Unserer Ansicht nach sollten daher aus der Wahrnehmung der Realität die entsprechenden Konsequenzen gezogen werden und die Zuschüsse und damit auch die Produktion auf dem Gelände – natürlich nach Abarbeitung der vereinbarten Verpflichtungen – eingestellt

werden. Wir sind uns schon bewusst, dass es Verpflichtungen gibt, die im Sinne einer verlässlichen Partnerschaft abgearbeitet werden müssen. Wir fänden es schön, wenn ein Ausstellungsraum da wäre, in dem die Geschichte und die Erfolge der Majolika gewürdigt werden und herausragende Exponate präsentiert werden könnten. Was wir nicht verstehen, ist: Wenn die Zeller Keramik, die ja angeblich einen so tollen Ruf hat und schon so lange besteht, nach Karlsruhe verlagert werden kann, obwohl da auch der Name drin steckt, dann kann ja auch die Karlsruher Keramik woandershin verlagert werden und der Name beibehalten werden. Wenn das eine in die eine Richtung geht, dann geht das andere in die andere Richtung ja wohl auch. Dann hätten wir den Namen behalten, und das sollte unserer Ansicht nach auch geprüft werden. Denn Markenzeichen und Lasurtechnik könnten so fortbestehen.

Wenn wir aber diesen Schritt gehen, den Sie vorschlagen, dann gibt es diesen besonderen Ort nicht mehr. Den gibt es nur hier in Karlsruhe, und den wollen wir bewahren und in seiner Besonderheit weiterentwickeln – und deshalb unser Antrag.

**Stadtrat Wohlfel (KULT):** Einige haben es schon gesagt, die Majolika liegt uns allen am Herzen, und die Majolika liegt der Stadt auch auf dem Geldsäckel. Und es war immer die Frage, wie viel will die Stadt dauerhaft jedes Jahr bezahlen, um die Majolika zu erhalten. Es war am Anfang nie so vorgesehen, dass die Majolika in ihrer kompletten Förderung von der Stadt gestemmt werden muss, sondern eigentlich war das Land hier historisch in einer Mitverantwortung, aus der es sich mittlerweile verabschiedet hat.

Bei der komplexen Lage ist es auch nicht immer ganz einfach, und deshalb gibt es auch in meiner Fraktion unterschiedliche Positionen zu der Thematik. Ich spreche jetzt für den Teil der Fraktion, der der Verwaltungsvorlage zustimmt. Wir werden der Verwaltungsvorlage zustimmen, wir halten es für ein gutes Konzept, dass die Majolika weiter in die Zukunft finden kann, dass es der Majolika Sicherheit gibt, dass sie erhalten bleibt, sowohl als Gebäude als auch, dass darin etwas Produktives geschieht. Trotzdem sind wir weiterhin bereit, als Stadt einen Zuschuss zu geben für den künstlerischen Bereich. Was uns dabei am Herzen liegt: Das Gebäude ist für die Stadt Karlsruhe wichtig. Dass es bei dem Gelände außenherum viel Schwierigkeiten gibt mit dem, was gewünscht ist, ist klar. Aber es ist uns wichtig, dass die Stadt das Zugriffsrecht auf das Gebäude behält, und deshalb plädieren auch wir dafür, dass ein Erbpachtvertrag geschlossen wird, nicht ein Grundstückskaufvertrag. Aber das ist eine Frage, die mit vielen anderen noch zu klären ist.

**Stadtrat Hock (FDP):** Wo fange ich jetzt an? Ich fange bei den Totengräbern der Majolika an. Wenn ich den Ergänzungsantrag der GRÜNEN gelesen habe – ich muss es offen gestehen –, habe ich bei der Hälfte abgebrochen zu lesen, denn ich finde es unverschämt und unverantwortlich, so einen Antrag zu stellen und sich dann hinzustellen und dann auch noch – was die Kollegin Rashan Dogan vorhin gesagt hat – diese Worte zur Kultur zu sprechen, das passt einfach nicht zusammen. Wenn die Majolika nicht zur Kultur in unserer Stadt gehört, was dann?

Jetzt haben wir uns nach der Hauptausschusssitzung zurückgehalten und dem Herrn Oberbürgermeister und Herrn Müller gesagt, dass wir eine Flut von Fragen haben. Der erste Aufschlag der Fragen war so gerichtet, dass wir das genommen haben, was man uns einmal als Antwort gegeben hat, wo es hieß, man versuche zu eruieren, ob es möglich ist, das Haus Solms mit den Trausälen in diesen Bereich zu bringen. Daraufhin hat man uns Ant-

worten geschickt, aber aus dem Redebeitrag von Herrn Müller und dem Oberbürgermeister im Hauptausschuss dachten wir, die Lage hat sich etwas verändert. Wenn ich aber die Antworten auf unseren Fragenkatalog lese, hat sich die Lage eigentlich nicht groß verändert. Man sucht jetzt nur andere Worte, man untersucht jetzt und will Lösungen finden. Die Ausgangslage hat sich aber meines Erachtens nicht verändert. Deshalb lässt man uns mit der Beantwortung der Fragen mit weiteren Fragen zurück. Ich kann hier und heute sagen, dass wir als FDP schon seit Jahren wollen, dass diese Majolika weitergeführt werden kann, auch mit einem eventuellen Investor, auch mit Herrn Müller mit seinem Betrieb. Das kann ich schon einmal vorausschicken. Aber nichtsdestotrotz gibt es weitere Fragen, und ich kann heute nur weitere Fragen stellen, die man dann auch in dem Begleitgremium, soweit es heute hier als positiv erachtet wird, besprechen kann. Es wäre unseres Erachtens sehr wichtig, dieses Begleitgremium einzurichten, denn wenn hier im Haus Leute mit Informationen früher versorgt werden als andere, dann ist es immer wichtig, dass man auf demselben Stand ist, dann können alle vom selben Wissensstand aus reden.

Ich habe zum Beispiel die Frage: Es gab mal eine Machbarkeitsstudie der Fächer GmbH. Davon haben wir noch nichts gesehen. Unklar ist die Konstruktion der Immobilie – Eigentum teilweise Land, teilweise Stadt – und die Planungssituation sowie unklare Belange Natur- und Denkmalschutz. Eine große Frage.

Wie verträgt sich das Konzept mit den Vorstellungen und der Neuausrichtung der Majolika als moderne Kulturinstitution, die diese in den letzten drei Jahren vorgenommen hat? Sind die Künstler und Institutionen, die mit der Majolika zusammenarbeiten, gefragt worden, und wie werden diese darauf reagieren? Alles Fragen, die wir noch nicht beantwortet haben.

Ist eine Trennung der Betriebe und damit die Markennamen Henne und Hahn und Neue Majolika tatsächlich möglich? Führt dies die Majolika zurück in die Zeit der Vogeltränken und Putten? Herr Oberbürgermeister, Ihren Ausführungen habe ich entnommen, dass auch Sie das nicht möchten. Gibt es überhaupt ein Gesamtkonzept, das nicht nur die Nutzung der Immobilie und das Massengeschäft insgesamt betrachtet, sondern auch die Übernahme der GmbH, kulturelle Belange, den Naturschutz und Denkmalschutz, wie ich es gerade schon erwähnt habe? Wie wird die künstlerische Produktion unter der Marke Staatliche Majolika als Alleinstellungsmerkmal und Kern des schützenswerten Kulturgutes in Karlsruhe garantiert und wie lange? Wer hat Vorrang, wenn man die Ressourcen, die Brennanlagen und die Mitarbeiter, gemeinsam nutzt? Ich kann diese Frage nicht beantworten. Wie will die Stiftung einen Weiterbetrieb ohne eigene Produktion garantieren? Oder ist das das Ende der künstlerischen Eigenproduktion der Majolika? Ist es dann noch förderungswert? Was ist, wenn der Übernehmer die Produktion schließt? Welche Folgekosten entstehen dann? Oder soll dann das Gelände nach erfolgter Umplanung und Erschließung nach Schließung der Majolika wirtschaftlich ganz anders genutzt werden? Für uns ist es klar: Wir können den Schritt nur mitgehen, wenn man mit Herrn Müller das Agreement schafft, Erbpacht und nicht Kauf. Wir würden keinem Verkauf zustimmen.

Ist dieses Konzept mit dem Land abgestimmt und planerisch überhaupt umsetzbar? Wie sind die planerischen Voraussetzungen für eine solche Nutzungsänderung? Und was auch eine brennende Frage der FDP-Fraktion ist: Wie wird das Majolika-Museum eingebunden? Wer betreibt oder betreut die riesigen Lagerbestände an Formen, Mustern und künstlerischen



schem Bestand, die in der Immobilie vorhanden sind? Wird das von einem Erwerber mit übernommen? Wie sieht dazu das Konzept aus?

Es ist ein unklares Konzept, und deshalb war für uns wichtig, dass wir jetzt in dieses Begleitgremium eingebunden werden. Ich hoffe, dass der Gemeinderat in seiner Mehrheit diesem Begleitgremium zustimmt.

**Stadtrat Dr. Schmidt (AfD):** Herr Oberbürgermeister, ich gehe davon aus, dass die Redezeit jetzt nicht zu den Haushaltsdebatten dazuzählt.

**(Der Vorsitzende:** Sehr richtig!)

- Das erklärt auch, warum die Kollegen so lange gesprochen haben.

**(Der Vorsitzende:** Ja, es gelten fünf Minuten!)

Ich möchte es abkürzen. Wir als AfD schließen uns den Ausführungen von Frau Ernemann an. Wir sehen es genauso wie die SPD. Es ist eine gute Chance. Gleichzeitig müssen wir natürlich den Fuß in der Tür behalten, deshalb auch für uns nur Erbpacht, kein Verkauf.

Wir haben ja in der Vergangenheit gesagt, dass das Problem bei der Majolika ist, dass Kunst am Bau im Moment einfach nicht läuft. Früher, als es diese Kunst-am-Bau-Projekte gab, ging es der Majolika gut. Seit es die kaum noch gibt, hat die Majolika Probleme. Wir wissen, auch wir im KASIG-Vorstand wissen es, wie schwer es fällt, zusätzliches Geld für solche Projekte auszugeben, besonders in einer Zeit, wo man sich an Aluminiumfassaden gewöhnt hat. Aber wir glauben auch, dass diese Zeit endlich ist. Die Mode folgt einem gewissen Zyklus, und wir glauben, dass irgendwann Kunst am Bau wieder ein Erfolgsprojekt sein kann. Es gilt nur, die Zeit bis dahin für die Majolika zu überbrücken, dass es die Majolika dann noch gibt, wenn die Renaissance für Kunst am Bau kommt.

Was uns am Konzept von Herrn Müller sehr gut gefällt, ist, dass er auch aus einem Traditionsbetrieb kommt und es um traditionelles Kunsthandwerk geht, um traditionelle Formen, die er über all die Jahre gerettet hat in einer Zeit, in der man eigentlich denkt, dass so etwas ins Museum gehört. So gesehen, glauben wir, dass diese Lösung zusammen mit der Zeller Keramik, mit den Motiven von Hahn und Henne, eigentlich das Ideale sein müsste. Natürlich wissen wir nicht, wie sich das Ganze entwickeln wird. Herr Müller ist nach unserem Eindruck ein findiger Geschäftsmann, was durchaus gut ist. Wir müssen nur schauen, dass er sich nicht gegen die Interessen der Majolika wendet.

Wir glauben, dass es von all den Optionen, die in der Vergangenheit diskutiert wurden, die beste ist, jetzt in dieser Richtung weiterzugehen, und werden deswegen den Verwaltungsvorschlag unterstützen. Wir glauben ganz fest, dass die Majolika zu Karlsruhe gehört und hier bleiben muss. Deswegen müssen wir es der Majolika ermöglichen, hier zu bleiben an ihrem alten Standort. Und dafür scheint uns dieses Konzept am besten geeignet. Den Änderungsantrag der GRÜNEN lehnen wir deswegen ab.

**Stadtrat Kalmbach (FÜR Karlsruhe):** Diese Lösung schickt uns der Himmel. Himmlische Geschenke sind immer glatt und machen keine Probleme. Aber damit beginnt jetzt die Aufgabe. Ich vertraue an der Stelle wirklich der Verwaltung, dass wir hier eine Lösung fin-

den. Wenn ich an die Vergangenheit denke, an diese großen Investitionen, wir waren immer skeptisch, haben aber gesagt, wir müssen es irgendwie durchkriegen. Und so denke ich, dass wir jetzt einen Weg haben, der wirklich sinnvoll und gut erscheint.

Ich kann mich gut an diesen Workshop erinnern, wo wir sagten, wir müssen neue Wege gehen. Wir müssen den wirtschaftlichen Zwang von der Majolika nehmen und wieder das Pädagogische und Künstlerische freisetzen. Das ist jetzt gewährleistet, dass man sich wieder darauf konzentriert, dass man das Wirtschaftliche an anderer Stelle erwirtschaftet. Deswegen glaube ich, dass das eine sehr gute Lösung ist, und ich habe der Majolika gegenüber wieder ein gutes Gefühl, indem ich denke, das hat Zukunft. So unterstützen wir an dieser Stelle den Verwaltungsvorschlag und glauben, dass das erfolgreich sein wird.

Zur Frage, ob man zwei verschiedene Marken miteinander darstellen und an die Öffentlichkeit bringen kann, das ist gar kein Problem. Es gibt viele, viele Beispiele, wo es Markenfamilien gibt. Man kann eine Dachmarke machen, es gibt verschiedene Möglichkeiten. Aber die Aufgabe steht jetzt bevor, und man muss konstruktiv mitarbeiten. Völlig klar ist, dass wir hier vor Ort bleiben müssen, das ist ohne Frage. Völlig klar ist auch, dass eine Begleitung durch den Gemeinderat gegeben sein muss, da sind wir dafür. Dann hat die Majolika eine gute Zukunft.

**Stadtrat Wenzel (FW):** Ich versuche, es mal in einem Bildnis auszudrücken. Die Majolika ist wie eine Romanfigur für uns, so eine Art Lederstrumpf, ein Trampler, der in den letzten Jahrzehnten durch die Wildnis gelaufen ist und sich irgendwann mal verletzt hat. Er hat sich wahrscheinlich am Bein verletzt, und er blutet. Er schleppt sich durch die Gegend, und wir haben ihn immer wieder unterstützt und ihm einen guten Segen gesprochen, aber irgendwann war es so weit, die Entscheidung zu fällen: Entweder er begibt sich in einen Indianerstamm, der ihm fremd ist und andere Produkte hat und ihm die Wunde heilt, stillt oder eine Bluttransfusion gibt. Da sind wir jetzt im Augenblick.

Diese Lösung mit einer Bluttransfusion ist eine Möglichkeit, den sterbenden Helden, den Lederstrumpf, am Leben zu erhalten. Deshalb stimme ich dieser Vorlage zu. Ich möchte natürlich, dass dieser Held bei uns durch die Wälder streift, und deshalb ist auch der Standort wichtig. Ob das nun als Erbpacht oder Kauf geschieht, da müssten wir den besten Weg finden und begleiten, so wie der Kollege Hock es mit seinem Begleitgremium machen will. Deshalb trage ich auch diesen Antrag mit.

Ich möchte bewusst nicht auf den Antrag der GRÜNEN eingehen. Ich verstehe es, aber es passt nicht in den Roman, den ich habe, und passt nicht zu dem, was ich mir vorstelle. Deshalb werde ich diesen Antrag nicht weiterverfolgen.

**Stadtrat Pfannkuch (CDU):** Heute geht es einzig und allein um einen Grundsatzbeschluss. Ich will nichts aufsetzen auf all die richtigen Hinweise, die Frau Dr. Dogan schon abgegeben hat. Mir geht es jetzt auch wirklich um unser eigenes Interesse, nämlich die Frage, brauchen wir jetzt hier ein Begleitgremium. All die Fragen, die Sie heute zu Recht angesprochen haben – da möchte ich niemanden beschneiden, diese Zweifel müssen geklärt werden. Man sollte mit den Dingen anfangen, die unstrittig sind, die Rechtslage sind, die wir nicht mehr gestalten müssen, und dann darauf aufbauen, was können wir positiv für dieses Projekt tun. Das ist meines Erachtens Kernaufgabe der Verwaltung. Das sollte man erst einmal der Verwaltung überlassen, bevor wir jetzt schon wieder dabei sind, uns bei allen Dingen selbst einschalten. Es schneidet mir den Hals zu, wenn wir in der gemein-

derätlichen Tätigkeit so weitermachen. Im Moment muss das die Verwaltung hinkriegen – das ist mein Vorschlag –, es sei denn, die Verwaltung sieht triftige Gründe, die das anders zu behandeln sehen.

**Stadtrat Cramer (KULT):** Ich spreche für die zwei Vertreter der Karlsruher Liste in der KULT-Fraktion. Wir sehen das anders als die Mehrheit der Fraktion. Wir stellen fest: Immer, wenn es problematisch wird an städtischen Plätzen, für die wir Jahre oder Jahrzehnt keine Lösung finden, und es kommt dann jemand mit einem Sack voller Geld, dann wird Hosiana gerufen, dann kommt das vom Himmel, wie ich gerade gehört habe. Ich möchte erinnern an das KIT, Stadteingang Adenauerring, die Tschira-Stiftung, ich möchte erinnern an den Hauptbahnhof Süd, Dommermuth, und jetzt geht es um das Gelände und die Struktur der Majolika-Manufaktur.

Wir haben in keiner Weise diese Euphorie und diesen fast schon prophetischen Glauben in der Stadtverwaltung, dass wir jetzt wieder nicht das Ei und die Henne, sondern den Hahn und die Henne gefunden haben, die uns aus dem Jammertal herausführen werden. Wir glauben, dass es keine konzeptionelle Kulturpolitik gibt in der Stadt, wie auch der Hauptbahnhof Süd nicht wirklich städteplanerisch das richtige Konzept war. Wir haben große, große Bedenken, diesen Weg zu gehen. Wir haben immer noch Hoffnung, einmal in die Majolika-Stiftung – davon habe ich heute noch gar nicht viel gehört –, was sagt man dort, was will man dort. Ich denke an den Prozess, an den zweijährigen Prozess, wo sehr viele Gruppierungen, Verbände, Institutionen der Stadt eingeklinkt haben, um die Majolika auf den richtigen Weg zu bringen. Wir wollen kein zweites Soufflenheim, wir wollen keinen Schwarzwaldschinken und andere Dinge dort vermarkten. Wir sind der Meinung, die Majolika-Stiftung sollte ihren Weg mit den Unterstützern weiter gehen, und zwar aus kulturpolitischen Gründen. Von daher können wir dem Antrag der GRÜNEN gar nicht zustimmen, darüber will ich auch kein weiteres Wort verlieren. Wir würden eher die Dinge mittragen, die die FDP vorgeschlagen hat, auf jeden Fall dieses Gremium. Herr Pfannkuch, da verstehe ich Sie nicht, wenn Sie sagen, die Verwaltung macht alles, und der Gemeinderat nickt dann am Ende wieder alles ab – Ja-Sager und Kopfnicker. Das, meine ich, kann nicht die Aufgabe des Gemeinderates sein. Das Angebot ist da, das sehen wir auch. Aber wir müssen wirklich absolut die Hand darauf haben, der Gemeinderat und die Verwaltung. Und daher hoffe ich, dass das möglich gemacht wird.

Unter dem Vorbehalt werden wir den Weg irgendwie mitgehen, aber heute – da wir keinen ordentlichen Antrag sehen – den Antrag der GRÜNEN ablehnen und uns bei der Verwaltungsvorlage enthalten.

**Stadtrat Hermanns (SPD):** Ich möchte mich kurz zu Herrn Cramers Ausführungen melden. Ich finde, da werden Dinge miteinander vermengt, die eigentlich nicht zusammengehören. Das eine ist, hinterm Hauptbahnhof haben wir nach Jahrzehnten endlich eine Weiterentwicklung, und ich glaube, das war von Anfang an vorgesehen. Von daher bekommen wir dort eine wirtschaftliche Dynamik, die wir dringend benötigen, um auch unseren kulturellen Verpflichtungen nachkommen zu können.

Die Immobilie mit der Tschira-Stiftung ist eine Landesimmobilie, auf die wir – bis auf den Bebauungsplan – keinen Einfluss haben. Von daher haben wir auch dort nicht eingegriffen. Das Dritte ist: Aus meiner Perspektive war die Majolika früher einmal ein wirtschaftlicher Betrieb, der tatsächlich am Markt produziert und verkauft hat und nicht unterstützt wer-

den musste. Wenn wir jetzt gemeinsam eine gute Verbindung hinzubekommen, wie es Herr Hock dargestellt hat, dann bekommen wir das, was aus meiner Perspektive die Majolika ausgemacht hat, wiederbelebt, und zwar nicht etwas Künstliches, sondern etwas Reales, das am Markt verkaufbare Produkte entwickelt, die auch eine Nachfrage finden. Deshalb glaube ich, das kann eine ganz interessante Symbiose werden. Dass wir sofort hier ein Damoklesschwert mit dem Schwarzwälder Schinken aufbauen, finde ich am Anfang der Perspektive, wo wir überhaupt erst anfangen, darüber nachzudenken, sehr beschränkend.

Von daher bin ich sehr positiv eingestellt, diesen Weg weiterzugehen, mit dem Investor die Fragen abarbeiten, wie es Herr Hock dargestellt hat, dass wir genau die Schnittstellen gut herausarbeiten. Ob wir jetzt einen Beirat aufbauen oder mit der Verwaltung vereinbaren, dass wir ganz eng in den Gremien über bestimmte Zwischenschritte informiert werden, kann man auch eine Zwischenlösung finden. Das ist ein Thema, das uns alle interessiert, und deshalb ist eine enge und intensive Einbindung der Gemeinderatsmitglieder erforderlich.

**Der Vorsitzende:** Vielen Dank, das waren jetzt alle Wortmeldungen. Lassen Sie mich zu zwei, drei Punkten etwas ergänzen.

Herr Stadtrat Cramer, die Stiftung war im Hauptausschuss durch Herrn Lindemann vertreten, der gesagt hat, er sei schon viele Jahre länger als wir mit Herrn Müller im Gespräch. Es habe sich aber bisher nie eine gemeinsame Option aufgetan. Von daher steht die Stiftung hinter dieser Entwicklung und hat sie im Hauptausschuss sehr positiv befürwortet. Dennoch müssen wir natürlich aufpassen, dass am Ende nicht der wirtschaftliche Betrieb, der jetzt durch Herrn Müller gesichert wird, den künstlerischen Betrieb, der weiter durch die Stiftung verantwortet wird, überlagert oder an den Rand drängt. Das wird eines der wesentlichen Themen sein, die man vertraglich regeln muss.

Ich habe jetzt eine große Mehrheit dafür empfunden, dass das Gelände nicht verkauft werden soll, sondern aus der Sicht einer großen Mehrheit das Erbpachtrecht eine gute Lösung sei. Das nehme ich mit auf, dass wir in dieser Richtung weiter mit dem Investor verhandeln.

Die zahlreichen Fragen, Herr Stadtrat Hock, können wir schrittweise klären, wenn wir einen Grundsatzbeschluss haben. Es macht keinen Sinn, in diese Details einzusteigen, wenn Sie am Ende den Weg nicht mitgehen. Ich würde Ihnen dennoch vorschlagen – trotz der kritischen Worte von Herrn Stadtrat Pfannkuch –, dass wir ein Begleitgremium einsetzen. Ein Gremium ist ja erst mal kein Ausschuss, kein Arbeitskreis, nichts Verbindliches, aber wir sollten miteinander die Dinge besprechen. Es gibt hier ein unterschiedliches Interesse im Haus, wie detailliert man an diesem Prozess beteiligt sein möchte. Wenn wir versuchen, diese Detailfragen nicht in allen Einzelheiten in den Fachausschüssen zu diskutieren, sondern vieles über ein solches Gremium abzuarbeiten, ohne Beschlüsse fassen zu müssen und diese Dinge nicht als offizielle Vorberatung anzusehen – so habe ich auch Herrn Hock verstanden –, dann lassen Sie uns bitte dazu einen Vorschlag machen. Sie können dann immer noch sagen, sie nehmen nicht teil oder lehnen das insgesamt ab, aber ich möchte das heute ungern mit Plus oder Minus beschicken, sondern es ist spürbar, dass es zu diesem Thema sehr viel Leidenschaft gibt, und wenn der Wunsch kommt, intensiver informiert zu werden, ist das auch unsere Pflicht, das zu bringen. Jetzt kann die FDP jede Woche drei Dutzend Fragen schicken, das würde uns aber mehr Stress machen, als wenn wir uns alle

drei Wochen kurz zusammensetzen. Geben Sie uns bitte die Chance, das dann so abzuräumen.

Wir wollen in dieses Begleitgremium nicht die Erarbeitung der Lösung bringen. Das wollte auch Herr Hock nicht haben. Er will nur am Ende wissen, was richtig ist. Aber er wird nicht alles so bekommen, wie er es haben will. Aber ich hoffe, wir bekommen einen guten Mix hin, der ihm dann auch zusagt.

Wir haben jetzt einen Vorschlag auf dem Tisch liegen, von dem wir seit Jahren reden, dass es einen Investor gibt, der eine Produktionslinie so wirtschaftlich betreibt, dass wir die nicht auch noch bezuschussen müssen. Es war bisher schon zum Teil nicht so einfach zu erklären, warum die Herstellung von Vogeltränken mit Keramik- und Jubiläumsbechern usw. ein städtisches Zuschussgeschäft sein muss. Wir haben es immer mit der Kunst begründet. Das ist auch begründbar, aber nicht der Zuschuss, den wir bisher gezahlt haben. Von daher liegt das auf der logischen Linie, die Sie im Workshop und anderswo erarbeitet haben. Ich bin den GRÜNEN sehr dankbar, dass sie nicht sagen, dieser Prinz gefällt uns nicht, der das Dornröschen wachküss, wir warten auf den nächsten, sondern dass wir jetzt eine Grundsatzentscheidung herbeiführen. Wenn man nämlich den einzigen Prinzen, der da jetzt seit zehn Jahren um die Ecke kommt, verjagt, dann macht es Sinn zu sagen, man braucht etwas grundsätzlich Anderes an der Stelle, und das genau begehren sie. Von daher ist das eine gute Gegenüberstellung zweier Konzepte, die sicherlich funktionieren, aber unterschiedliche Auswirkungen auf den Produktionsstandort haben. Dieses Rumgeeiere, das wir seit Jahren haben, indem wir sagen, eigentlich wollen wir die Produktion erhalten, wir bekommen sie aber an keiner Stelle auch nur ein bisschen wirtschaftlich gemacht, ist übrigens kein neues Phänomen, das gab es in der Geschichte der Majolika immer schon, aber wir versuchen es Jahr für Jahr. Das ist bisher die unbefriedigendste Lösung gewesen. Da steht jetzt eine Grundsatzentscheidung an, und zu der lade ich Sie jetzt ganz herzlich ein.

Ich glaube, das Thema Begleitgremium können wir als zunächst erledigt betrachten. Wir machen Ihnen einen Vorschlag, und Sie können zu gegebener Zeit sagen, ob das für Sie tragbar ist.

Ich komme zum **Änderungsantrag der GRÜNEN** und bitte um das entsprechende Votum, ob Sie dem Antrag zustimmen oder nicht. – Der Änderungsantrag ist damit **abgelehnt**.

Wir kommen zur aktuellen **Beschlussvorlage der Verwaltung**, die unverändert zur Abstimmung steht. Ich bitte auch hier um Ihr Votum. – Das ist ein deutliches Votum für eine **Mehrheit**.

Damit haben wir auch den **Antrag Nr. 147 erledigt**.

**Antrag Nr. 148 (S. 225): Förderung des Projekts „Karlsruher Haus der Erzählkunst“ der werkstatt e. V. (SPD)**

**Stadträtin Ernemann (SPD):** Nachdem wir jetzt für die Majolika relativ viel Zeit unserer Haushaltsberatung beansprucht haben, fasse ich mich jetzt mit unserem Haushaltsantrag kurz:

Es gibt schon seit vielen Jahren das Europäische Haus der Erzählkunst. Erzählkunst ist eine außergewöhnliche Form der Kultur bzw. der literarischen Wiedergabe. Sie ist in der Tat außergewöhnlich, und sie gibt es meines Wissens nach in Baden-Württemberg nur in der Form in Karlsruhe durch die „werkstatt“. Dieses Europäische Haus der Erzählkunst will jetzt eine Umstrukturierung und möchte das Karlsruher Haus der Erzählkunst werden, u. a. mit der Heraushebung des interkulturellen Dialogs. Für diese Umstrukturierung benötigt die „werkstatt“ bzw. das Karlsruher Haus der Erzählkunst einen Mehrbetrag von 5.000 €, den wir so beantragen.

**Der Vorsitzende:** Vielen Dank. Ich habe keine weiteren Wortmeldungen. Wir gehen gleich in die Abarbeitung des Antrags. Ich bitte um Ihr entsprechendes Votum. – Das ist ein **ablehnendes Votum.**

**Antrag Nr. 149 (S. 225): Spanischer Elternverein Karlsruhe e. V. – Förderzuschuss (KULT)**

**Stadtrat Haug (KULT):** Wir **akzeptieren die Antwort der Verwaltung** und werden den Verein entsprechend informieren.

**Antrag Nr. 150 (S. 224): Wochen gegen Rassismus (AfD)**

**Stadtrat Dr. Schmidt (AfD):** Hier muss ich kurz etwas erklären. Ich persönlich habe fünf Jahre im Ausland studiert, in New York in den USA, bin mit allen möglichen Menschen zusammengekommen und habe mit ihnen Sport getrieben und nie Problem gehabt. Ich bin kein Rassist. Ich habe auch hier im Kreisverband der AfD Karlsruhe-Stadt nie jemanden getroffen, der ein Rassist gewesen wäre. Wir sind keine Rassisten. Wir waren den Wochen gegen Rassismus gegenüber anfangs positiv eingestellt, aber die Tatsache, dass dort immer wieder bei vielen Veranstaltungen gegen die AfD gehetzt wird, die AfD als rassistisch beschrieben wird, verbietet es uns – und ich denke, auch jedem Demokraten –, diese Veranstaltungen weiter zu fördern. Deswegen die Bitte um Ablehnung.

**Stadtrat Zeh (SPD):** Die Wochen gegen Rassismus setzen ein Zeichen unserer bunten Gesellschaft gegen Diskriminierung. Mit dem Streichungsantrag gegen die Wochen gegen Rassismus und die weiteren Streichungsanträge hat meiner Meinung nach die Karlsruher AfD ihre bürgerliche Maske fallengelassen.

Streichung der Mittel gegen die Wochen gegen Rassismus, Streichung der Mittel für Integration, Streichung der Mittel für Zusammenarbeit und Bildung – oder auch Kürzung – sind mehrere Anträge, die die AfD hintereinander bringt. Hier werden Mittel gezielt gestrichen, keine Unterstützung für Andersdenkende ist ihr Motto. Die AfD macht Politik gegen Minderheiten, sie will Karlsruhe zurückwerfen. Sie will die Mittel für Integration gezielt streichen. Die Gemeinden sind der eigentliche Ort der Wirklichkeit und der Wahrheit, weil sie die Menschen hier vor Ort tatsächlich antreffen und sehen.

Die SPD sagt deutlich: Die Ausgrenzung von Menschen ist falsch. Menschen brauchen Perspektiven und Hoffnung. Wir sind für ein freies, offenes, buntes, vielfältiges Karlsruhe, in dem alle Menschen frei und gleichberechtigt leben. Die SPD findet die Wochen gegen Rassismus sinnvoll, wie auch andere auch. Daher lehnen wir diese Anträge der AfD entschieden ab.

**Der Vorsitzende:** Ich habe keine weiteren Wortmeldungen. Damit kommen wir zur Abstimmung, und ich bitte um Ihr Votum. – Das ist eine **mehrheitliche Ablehnung**.

**Antrag Nr. 151(S. 225): Tollhaus: Ausstattung Zirkusakademie im „Haus der Produktionen“ (SPD)**

**Antrag Nr. 152(S. 225): Tollhaus e. V. - Zuschuss für Einrichtung „Haus der Produktionen (GRÜNE)**

**Antrag Nr. 153(S. 225): Einmalige Ausstattungsförderung der Zirkusakademie im „Haus der Produktionen (KULT)**

**Antrag Nr. 154(S. 225): Tollhaus – Förderung der Ausstattung der Zirkusakademie im Haus der Produktionen - einmaliger Zuschuss (Die Linke)**

**Antrag Nr. 155(S. 225): Zuschussantrag (Tollhaus e. v. )**

**Stadtrat Haug (KULT):** Das Tollhaus ist der Anker und ein Highlight in unserem Alten Schlachthof. Seit 2009 ist der städtische Zuschuss nahezu konstant. Mit dem ATOLL-Festival setzte das Tollhaus bundesweit ein Zeichen in Sachen zeitgenössischer Zirkus. Nach dem dritten Mal im Sommer etabliert sich das Ganze. Die Begeisterung wird hervorgerufen und sollte unbedingt unterstützt werden. Mit dem Haus der Produktionen wird eine Möglichkeit für die Zirkusakademie geschaffen. Hier handelt es sich um eine einmalige Förderung. Ermöglichen Sie mit dieser Summe unserem Leuchtturm die nötige Weiterentwicklung.

**Stadtrat Hodapp (GRÜNE):** Auch von uns ein paar kurze Sätze dazu.

Die geplante Zirkusakademie ist unseres Erachtens eine große Chance für Karlsruhe, denn Produktionen, die dort erarbeitet werden, können am Ende vielleicht auch das Label Karlsruhe mit nach außen tragen. Das Tollhaus zeigt hier, dass es sehr vernünftig mit Geld umgeht, weil sehr viel Eigenleistung erbracht wird. Das ist ein wesentlicher Faktor, für diesen Antrag zu stimmen.

Ich möchte das auch gleich kombinieren mit der **Antragsgruppe Nrn. 156 – 161**, nämlich dem institutionellen Zuschuss für das Tollhaus. Auch hier dreht es sich um das ATOLL-Festival. Wer auch nur eine dieser Produktionen gesehen hat, weiß um die Qualität des ATOLL-Festivals. Das Festival selbst ist nicht kostendeckend durchzuführen, u. a. sind hier große Kompanien zu Gange, die von weit her und mit großer Gruppenstärke kommen. Daher befürworten wir die Erhöhung des institutionellen Zuschusses, auch unter dem Aspekt, dass es seit 2009 keine Erhöhung gegeben hat.

**Der Vorsitzende:** Das waren alle Wortmeldungen. Der beantragte Zuschuss für die Zirkusakademie ist einmalig, es geht nicht um eine jährliche Zuschusserhöhung. Ich darf um die Abstimmung bitten, wir nehmen die **Anträge Nrn. 151 – 155** zusammen, weil die Beträge jeweils gleich sind. Ich bitte Sie um Ihr Votum. – Das ist eine **mehrheitliche Zustimmung**.

**Antrag Nr. 156 (S. 225): Tollhaus: Zuschusserhöhung zur Etablierung ATOLL-Festival (SPD)**

**Antrag Nr. 157 (S. 225): Tollhaus e. V. Erhöhung des institutionellen Zuschusses für Festival ATOLL (GRÜNE)**

**Antrag Nr. 158 (S. 225): Erhöhung der institutionellen Förderung für das Tollhaus zur Etablierung des ATOLL-Festivals für zeitgenössischen Zirkus (KULT)**

**Antrag Nr. 159 (S. 225): Tollhaus Karlsruhe e. V. (FDP)**

**Antrag Nr. 160 (S. 225): Tollhaus – Zuschuss für die Etablierung des ATOLL Festivals für zeitgenössischen Zirkus (Die Linke)**

**Antrag Nr. 161 (S. 225): Zuschussanträge (Tollhaus e. V.)**

Wir kommen gleich zur Abstimmung, und ich bitte um Ihr Votum. – Auch das ist eine **deutliche Mehrheit zur Zustimmung**.

**Antrag Nr. 162 (S. 225): Literarische Gesellschaft - Förderung einer zusätzlichen Aufsichtskraftstelle für das Museum für Literatur (Die Linke)**

**Stadträtin Zürn (Die Linke):** Aus der Antwort der Verwaltung haben wir gesehen, dass zusätzliche Mittel für Aufsichtskraftstellen zur Verfügung stehen. Insofern betrachten wir den Antrag als **erledigt**.

**Der Vorsitzende:** Das ist gut.

**Antrag Nr. 163 (S. 222): Förderung Ausgeschlachtet e. V (SPD)**

**Antrag Nr. 164 (S. 222): Ausgeschlachtet e. V – institutionelle Förderung für „Netzwerkarbeit“(GRÜNE)**

**Antrag Nr. 165 (S. 222): Förderung Ausgeschlachtet e. V (KULT)**

**Antrag Nr. 166 (S. 222): Ausgeschlachtet e. V - Förderung einer festen Personalstelle für die Netzwerk-Koordination (Die Linke)**

**Stadtrat Hodapp (GRÜNE):** Wir wollen auf jeden Fall die 30.000 € der anderen Antragsteller mittragen.

**Der Vorsitzende:** Damit stehen 30.000 € pro Jahr zusätzlicher Zuschuss für Ausgeschlachtet e. V. in allen vier Anträgen zur Abstimmung. Ich bitte um Ihr Votum. – Auch das ist eine deutliche **Mehrheit dafür**.

Wir müssen uns nachher einmal den Zwischenstand anschauen.

**Antrag Nrn. 167(S. 222): Ausgeschlachtet e. V. – Zuschuss für „Kreativraum“ (GRÜNE)**

**Antrag Nrn. 168(S. 222): Anschubfinanzierung „Kreativraum“ auf dem Alten Schlachthof (KULT)**

**Antrag Nrn. 169(S. 222): Ausgeschlachtet e. V. – Förderung eines Kreativraums für Workshops und Veranstaltungen – Anschubfinanzierung (Die Linke)**

Ich sehe keine Wortmeldungen und bitte um Ihr Votum. – Das ist eine **mehrheitliche Ablehnung**.

**Antrag Nr. 170 (S: 225): Einmaliger Zuschuss: GEDOK Karlsruhe - 90. Jubiläum (CDU)**

**Antrag Nr. 171 (S: 225): Zuschuss Jubiläum GEDOK (SPD)**

**Antrag Nr. 172 (S: 225): GEDOK Verband d. Gemeinschaft der Künstlerinnen u. Kunstfreunde – Förderung für 90-jähriges Jubiläum (GRÜNE)**



**Antrag Nr. 173 (S. 225): Einmaliger Zuschuss: 90. Jubiläum GEDOK (KULT)**

Ich darf auf die Veränderungsliste verweisen, die hier schon 10.000 € einstellt, aber wir haben vier Anträge, die aus 10.000 € 20.000 € machen wollen. Ich bitte um Ihr Votum. – Das ist eine deutliche **Mehrheit dafür**.

**Antrag Nr. 174 (S. 225): 30 Jahre ZKM – einmaliger Zuschuss für Jubiläum (CDU)**

**Antrag Nr. 175 (S. 225): Zuschuss zum 30. ZKM -Jubiläumjahr (SPD, KULT)**

**Antrag Nr. 176 (S. 225): ZKM Jubiläumsausstellung 2019 (GRÜNE)**

Hier werden einmalig 100.000 € begehrt. Ich verweise auf die Veränderungsliste, in der dieser Betrag schon aufgenommen wurde. Ich denke, damit sind alle Anträge **erledigt**.

**Antrag Nr. 177(S: 222): Panorama e. V. – Gewährung eines Zuschusses (SPD)**

**Antrag Nr. 178(S: 222): Panorama e. V. – institutionelle Förderung (GRÜNE)**

**Antrag Nr. 179(S: 222): Städtischer Zuschuss für Panorama e. V. (KULT)**

**Stadtrat Cramer (KULT):** Meine Fraktion möchte den beantragten Betrag auf 15.000 € modifizieren.

**Der Vorsitzende:** Dann haben wir drei Anträge mit drei Beträgen.

**Stadträtin Ernemann (SPD):** Die SPD geht auch bei 15.000 € mit.

**Stadträtin Dr. Leidig (GRÜNE):** Auch 15.000 €.

**Der Vorsitzende:** Gut, dann haben wir aus drei Anträgen einen gemeinsamen Antrag auf einen Zuschuss von 15.000 € gemacht. Den stelle ich jetzt zur Abstimmung und bitte um Ihr Votum. – Auch das ist eine **Mehrheit dafür**.

**Antrag Nr. 180 (S. 225): Erhöhung der institutionellen Förderung: Literarische Gesellschaft – Literaturtage (CDU)**

**Antrag Nr. 181 (S. 225): Zuschusserhöhung Literaturtage Karlsruhe (SPD)**

**Antrag Nr. 182 (S. 225): Literarische Gesellschaft, Museum für Literatur am Oberrhein – Erhöhung der institutionellen Förderung (GRÜNE)**

**Antrag Nr. 183 (S. 225): Förderung der Literaturtage Karlsruhe(KULT)**

Das sind vier Anträge mit ganz unterschiedlichen Beträgen. Ich sehe keine Wortmeldungen. Dann rufe ich zunächst die **Anträge von SPD und KULT** auf mit einer Erhöhung um jeweils 11.000 €. Ich bitte um Ihr Votum. – Das ist eine **Mehrheit**. Damit haben sich die **übrigen Anträge erledigt**.

**Antrag Nr. 184 (S. 225): Erhöhung der Förderung Filmboard Karlsruhe e. V. (SPD)**

**Antrag Nr. 185 (S. 225): Filmboard Karlsruhe e. V. – Erhöhung institutionelle Förderung (SPD)**

**Antrag Nr. 186 (S. 225): Filmboard: Erhöhung institutionelle Förderung (KULT)**

**Antrag Nr. 187 (S. 225): Filmboard Karlsruhe e. V. (FDP)**

Die Anträge haben ganz unterschiedliche Größenordnungen. Vielleicht können wir zumindest **drei der Anträge auf 30.000 €** zusammenfassen. Dann müssen wir nicht zweimal abstimmen. Ich gehe davon aus, dass sowohl KULT als auch FDP gegen 110 € mehr im Jahr auch nichts einzuwenden haben. Ich bitte um Ihr Votum. – Das ist ein **ablehnendes Votum**.

Dann stelle ich den **Antrag Nr. 185** der Grünen zur Abstimmung, den Zuschuss um 12.000 € zu erhöhen und bitte um Ihr Votum. – Da haben wir jetzt eine **große Mehrheit dafür**.

**Antrag Nr. 188 (S. 225): KOHI-Kulturraum – Erhöhung des Zuschusses (SPD, KULT)**

**Antrag Nr. 189 (S. 225): KOHI-Kulturraum – Erhöhung der institutionellen Förderung (GRÜNE)**

**Antrag Nr. 190 (S. 225): KOHI-Kulturraum e. V. – Förderung einer sozialversicherungspflichtigen Mitarbeiterstelle für Organisation und Koordination (Die Linke)**

Es geht um eine Erhöhung von 9.000 €, und ich bitte um Ihr Votum. – Das ist eine **Mehrheit dafür**.

**Antrag Nrn. 191 (S: 225): Zuschusserhöhung Kunstraum Neureut (SPD, KULT)**

**Antrag Nrn. 192 (S: 225): Kunstraum Neureut e. V. – Erhöhung des städtischen Zuschusses (GRÜNE)**

**Antrag Nrn. 193 (S: 225): Kunstraum Neureut e. V. (FDP)**

**Antrag Nrn. 194 (S: 225): Kunstraum Neureut e. V. – Erhöhung der institutionellen Förderung (Die Linke)**

Da haben Sie sich nach langer Diskussion im Ältestenrat **auf 3.650 € geeinigt**, die ich jetzt zur Abstimmung stelle. Ich bitte um Ihr Votum. – Das ist auch eine **Mehrheit dafür**.

**Antrag Nr. 195 (S. 226): DejaVue – Stummfilmtage- Erhöhung der Zuschüsse (GRÜNE)**

**Antrag Nr. 196 (S. 226): Förderung des Stummfilmfestivals Karlsruhe (KULT)**

**Antrag Nr. 197 (S. 226): deja vu-film e. V. – Stummfilmfestival Karlsruhe- Erhöhung des Zuschusses (Die Linke)**

Es geht bei den drei Anträgen um eine Erhöhung mit jeweils unterschiedlichen Beträgen.

**Stadtrat Cramer (KULT):** Ich appelliere an die CDU-Fraktion und an die SPD-Fraktion, diesen Antrag mitzugehen. Wenn ich kurz daran erinnern darf, was wir im Bereich der Kinemathek auf den Weg gebracht haben, ist es nicht nachvollziehbar – die Macher der Stummfilmfesttage werden es nicht nachvollziehen können –, wenn man im Blick auf die Kinemathek diesen doch sehr geringen Betrag nicht mitträgt.

**Der Vorsitzende:** Ich habe keine weiteren Wortmeldungen und rufe die Anträge **Nrn. 196 und 197** auf, die Anträge von KULT und der Linken. Da geht es um eine jährliche Zuschusserhöhung von 6.590 € für das Stummfilmfestival, und ich bitte um Ihr Votum. – Das ist eine **Ablehnung**.

Ich rufe dann den **Antrag Nr. 195** der GRÜNEN auf. Es geht um eine Zuschusserhöhung von 2.000 € pro Jahr für das Stummfilmfestival. Ich bitte um Ihr Votum. – Auch das ist eine **Ablehnung**.

**Anträge Nr. 198 und 199: (S. 226): Zuschusserhöhung für den Durlacher Fastnachtsumzug –(SPD, Ortschaftsrat Durlach)**

**Stadtrat Pfalzgraf (SPD):** Es geht nicht darum, dass der Zuschuss für die Durlacher den Karlsruhern angeglichen wird, es geht schlicht und einfach um die Tatsache, dass aufgrund der erhöhten Sicherheitsauflagen es einfach nicht mehr in der bisherigen Form zu finanzieren ist. Deshalb soll der Zuschuss um ein bisschen mehr als 6.500 € erhöht werden soll. Und schon hat die Stadt Karlsruhe den großen Vorteil, nach Durlach kommen und erleben zu dürfen, wie dort 100.000 Menschen lustig und ausgelassen sind.

Weil das jetzt wohl meine letzte Haushaltsberatung ist und ich damit die letzte Chance habe, für Durlach ein gutes Wort einzulegen, möchte ich einfach etwas wiederholen, was ich vor ca. 15 Jahren schon einmal gesagt habe: Dieser niedrige Betrag von 6,840 € beweist wieder einmal die Bescheidenheit der Durlacher. Ich habe seinerzeit gesagt, der Durlacher an sich ist bescheiden, zurückhaltend, ein bisschen selbstbewusst, aber nicht ganz anspruchslos. Deshalb bedanke ich mich beim Haus, wenn alle diesem Antrag zustimmen.

**Der Vorsitzende:** Damit kommen wir zur Abstimmung. Ich kann beide Anträge gemeinsam aufrufen, die Summe beträgt 6.840 € jährlich. Ich bitte um Ihr Votum. – Das ist eine breite **Mehrheit dafür**.

**Antrag Nr. 200 (S. 226): Fastnachtsumzüge (AfD)**

**Stadtrat Dr. Schmidt (AfD):** Ganz kurz zu diesem und zum nächsten Antrag.

Die Summen sind deswegen so hoch, weil wir glauben, dass es einfach so teuer ist, die notwendigen Sicherheitsmaßnahmen einzurichten, um alle Umzüge, die wir früher einmal hatten, wieder stattfinden lassen zu können.

**Der Vorsitzende:** Wir kommen zur Abstimmung. Es geht jetzt zunächst um die Fastnachtsumzüge, und ich bitte um Ihr Votum. – Das ist eine **mehrheitliche Ablehnung**.

**Antrag Nr. 201 (S. 226): Brauchtum, Heimatpflege (AfD)**

Sie haben es schon begründet. Dann können wir gleich in die Abstimmung einsteigen, und ich bitte um Ihr Votum. – Auch das ist eine **mehrheitliche Ablehnung**.

**Antrag Nr. 202 (S. 226): Betriebszuschuss für das NUN Kaffeehaus (SPD)**

**Antrag Nr. 203 (S. 226): Café NUN Kulturraum – institutionelle Förderung (GRÜNE)**

**Antrag Nr. 204 (S. 226): Institutionelle Förderung des Café NUN (KULT)**

**Antrag Nr. 205 (S. 226): NUN - Kaffeehaus – Institutionelle Förderung zur Unterstützung des Projekts (Die Linke)**

Es handelt sich um vier Anträge mit unterschiedlichen Beträgen. Ich sehe keine Wortmeldungen. Dann steigen wir mit den **Anträgen Nr. 204 und 205** über einen jährlichen Zu-

schuss von 25.000 € in die Abstimmung ein. Ich bitte um Ihr Votum. – Das findet **keine Mehrheit**.

Dann steht der **Antrag Nr. 203** über jährlich 20.000 € zur Abstimmung, und ich bitte um Ihr Votum. – Auch das findet **keine Mehrheit**.

Dann kommt der **SPD-Antrag über jährlich 10.000 €** zur Abstimmung, und ich bitte auch hier um Ihr Votum. – Das ist eine **Mehrheit dafür**.

Ich darf auf der **Seite 223** noch darauf hinweisen, dass wir über die Veränderungsliste das UNESCO-Festival Medienkunstprojektion bzw. die Folgeprojekte dazu – Probestädte, Jugendorchester, Kultur und Kreativwirtschaft – und den Internetwerkvertrag zum IQ-Prozess „Bunte Stadt“ aufgenommen haben, ebenso wie auf **S. 228** die Neumöblierung der Kinder- und Jugendbibliothek.

Wir kommen damit auf **Seite 230**.

### **Antrag Nr. 206 (S. 227): Garnisonskirche Knielingen – Sanierung und Erhalt (KULT)**

**Stadtrat Cramer (KULT):** Es geht in erster Linie um ein Denkmal, in zweiter Linie um „denk mal – denk mal nach“. Das Gebäude selbst ist ein Denkmal, das steht fest. Von daher kann die Volkswohnung nach Auffassung meiner Fraktion das Gebäude nicht abreißen. Es ist ihr letztendlich wirtschaftlich zumutbar, das Gebäude zu erhalten.

Zum Zweiten ist es nachdenkenswert, für diesen Stadtteil dieses Gebäude zu erhalten. In Knielingen 2.0, ein junger Stadtteil mit vielen jungen Familien und Kindern, ist es unserer Meinung nach notwendig, einen Raum zu haben, in dem Veranstaltungen und Kultur stattfinden können.

Ein weiteres Nachdenken und eine Erinnerung ist für uns, von wem diese Garnisonskirche genutzt wurde. Sie stand in der Kaserne der Amerikaner. Die amerikanische Armee hat Deutschland am 8. Mai 1945 vom Hitler-Regime befreit. Ich erinnere mich gut, in den 50er- und 60er-Jahren lebten die Amerikaner hauptsächlich – wie man im Volksmund sagte – in der Ami-Siedlung. Auf der Ami-Mess', wo alle Karlsruher immer hingegangen sind, wurde das große Loblied auf die Amerikaner und die amerikanische Armee gesungen. Wenn Sie einmal ins Internet gehen – das kann man heute ja tun – und die Garnisonskirche anklicken, dann sehen Sie, dass es in Amerika Facebook-Gruppen gibt, die sich heute noch mit dem Gebäude auseinandersetzen, die sich heute noch in Erinnerung dieses Gebäudes austauschen. Sie sind dort nämlich immer in den Gottesdienst gegangen, haben dort geheiratet, sie haben dort ihre Kinder getauft, und aus den Facebook-Einträgen und von dem, was uns dort von den ehemaligen Bewohnern der Kaserne ins alte Europa zurückgespielt wird, ist eben zu sehen, dass da eine Verbindung mit diesem Gebäude vorhanden ist. Auch das sollten wir im Karlsruher Gemeinderat in unsere Überlegungen einbeziehen.

Ich kann verstehen, dass insbesondere der Aufsichtsrat der Volkswohnung meint, er könnte allein entscheiden, weil dieses Gebäude im Besitz der Volkswohnung ist. Aber ich denke, es sollte einem breiteren Gremium überlassen sein, was man dort machen will. Es gibt mittlerweile Initiativen, die das Gebäude kulturell bespielen wollen. Es gibt von dieser Gruppe

auch Kontakte zur Volkswohnung, und das, was wir bisher von der Volkswohnung zurückgespielt bekommen haben, ist ja, dass man noch einmal in Ruhe schaut, einen Interessenten, eine Nutzung zu finden. Ich denke, aus diesem Grund sollte man diesen Betrag einsetzen, der dem Aufsichtsrat seine Entscheidung erleichtert, und mit einem Sperrvermerk versehen.

**Stadträtin Wiedemann (CDU):** Lieber Lüppo Cramer, auch wir denken mal. Wir wissen, dass die Denkmalverwaltung diese Kirche als Denkmal eingestuft hat, aber sie ist nicht einmalig in Karlsruhe. Auch in der sogenannten Ami-Siedlung bei der Erzbergerstraße befindet sich eine solche Garnisonskirche in einem bei weiterem besseren Zustand als die in Knielingen. Wir plädieren immer für Wohnungsbau. Wir brauchen Wohnungen, und das wollen wir auch in Knielingen. Dort sind viele Familien mit kleinen Kindern hingezogen, wo ein großer Kindergarten entstanden ist, wo das Brauhaus 2.0 mit Veranstaltungsräumen ist und vorne an der Pionierstraße das ehemalige Gemeindezentrum der evangelischen Kirche ist, das sich für kulturelle und sonstige Veranstaltungen bereitstellt. Wir haben dort auch ein Seniorenzentrum usw. In dieser Gruppierung steht jetzt die etwas heruntergekommene, verwairstete und kurz vor dem Verfall stehende Kirche. Die sieht dort aus, wenn man an der Grünhutstraße bei Edeka steht, wie kurz vor dem Zusammenbruch. Ich persönlich hoffe immer, dass der Blitz einschlägt. Dann ist dieses Problem echt gelöst.

Auf der anderen Seite möchte ich Ihnen sagen: Nicht nur der Aufsichtsrat entscheidet hier selbstherrlich. Es geht auch darum, Leuten, Personen, Menschen, die einen bezahlbaren Wohnraum suchen, klarzumachen, dass diese 400.000 €, die von der KAL schöngerechnet wurden, überhaupt nicht ausreichen, um die Kirche auf Vordermann zu bringen oder überhaupt so weit, dass sie nutzbar ist. Den Leuten beizubringen, dass hier ca. 1 Mio. € investiert werden, während sie 10 – 12 € pro Quadratmeter für ihre Wohnungen bezahlen müssen – ich denke, dass wir als Aufsichtsrat dann gefragt würden, ob wir noch alle Taschen im Schrank haben. Die CDU-Gemeinderatsfraktion lehnt den Antrag der KULT-Fraktion vehement ab und hofft, dass der Aufsichtsrat bzw. die Volkswohnung hier eine adäquate Lösung herbeiführen kann.

**Stadtrat Dr. Fechler (SPD):** Aus der Sicht der SPD ist dieser Antrag an Bigotterie und Selbstherrlichkeit kaum zu überbieten. Dieses Thema haben wir hier im Haus schon hinreichend debattiert, zuletzt – für diejenigen, die es vielleicht nicht mehr wissen – am 18.09.2018. Die Forderung, die Sie im Blick auf Räumlichkeiten gestellt haben, erfüllt das Gemeindezentrum der evangelischen Gemeinde – die Kollegin hat es gerade ausgeführt –, das momentan gerade geprüft wird. Wenn es darum gehen soll, Erinnerungsorte in Gänze zu erhalten, dann dürfte kein Kirchengebäude, weder von der evangelischen noch der katholischen Kirche, verkauft werden. An anderer Stelle stellen Sie genau diese Forderungen. Von daher ist für uns Ihr Ansinnen in keiner Weise nachvollziehbar.

Das Thema Denkmalschutz wird hinreichend geprüft. Im Augenblick sehen wir nicht die Verantwortlichkeit der Stadt. Vielmehr ist es die Verantwortlichkeit des Eigentümers der Immobilie, die Volkswohnung, mit ihr einen Umgang zu finden. Wir haben an anderer Stelle immer wieder über das Thema Wohnungsbau gesprochen. Es ist eine sehr prekäre Situation hier in Karlsruhe, und von daher brauchen wir Antworten. Ich habe an anderer Stelle schon mehrmals gesagt: Einen Tod muss man sterben. Diese 400.000 € stellen keinen hinreichenden Betrag dar, um diese alte Röhre halbwegs zu sanieren und in Schuss zu bringen. Von daher lehnen wir diesen Antrag in Gänze ab.

**Stadtrat Borner (GRÜNE):** Auch für die GRÜNE-Fraktion ist die Garnisonskirche ein wichtiger Ankerpunkt im Stadtteil Knielingen 2.0, den es lohnt, zu erhalten. Nach den Vorstellungen der GRÜNE-Fraktion sollten die beantragten Gelder mit einem Sperrvermerk versehen werden, bis dem Gemeinderatsgremium eine tragfähige Lösung unterbreitet wird. Wir sagen ja zu Wohnungen, aber nicht um jeden Preis. Nach der Rede von Frau Wiedemann werde ich in der nächsten Aufsichtsratsitzung der Volkswohnung einen Blitzableiter für die Kirche beantragen.

**Stadtrat Hock (FDP):** Dass jetzt bei der CDU schon der Blitz in Kirchen einschlagen darf, das ist mir jetzt auch neu gewesen.

Es ist sinnvoll, bei diesem Thema zu den Fakten zu kommen und eine Entscheidung zu treffen. Diese Kirche steht schon ewige Zeiten dort, und jedes Mal, wenn ich gefragt habe, ob sie unter Denkmalschutz stehe, ob sie abgerissen werden dürfe, habe ich immer so eine wabernde Antwort bekommen. Man hat mir nie genau sagen können, wie denn der Sachverhalt sei. Deshalb, Herr Fluhrer, bitte ich Sie, hier für Abhilfe zu sorgen und eine klare Ansage zu machen. Dann können wir entscheiden, was wir haben wollen.

Für meine Fraktion ist aber klar: Mit 400.000 € wird es nicht getan sein. Es wird mehr werden, wenn man den Zustand der Kirche von innen kennt. Ich war mal drin und habe es mir angeschaut. Das ist meines Erachtens mit 400.000 € nicht zu machen. Ich muss auch ehrlich sagen, unserer Fraktion ist wichtig, dass dort Wohnraum geschaffen wird, zumal wir in dieser Stadt damit in schwierigen Zeiten sind. Deshalb bitte ich den Aufsichtsrat der Volkswohnung und Sie, Herr Fluhrer, klar zu sagen, was man machen kann und was nicht. Dann wird hier im Gemeinderat mit Sicherheit eine richtige Entscheidung getroffen.

**Der Vorsitzende:** Jetzt habe ich keine weiteren Wortmeldungen mehr. Insofern können wir in die Abstimmung gehen, und ich bitte um Ihr Votum. – Das ist mehrheitlich eine **Ab-  
lehnung**.

Alle anderen Fragen sind im Verwaltungsrat und dann sicher auch noch einmal in gemein-  
derätlichen Gremien zu diskutieren.

**Antrag Nr. 207 (S. 217): Einmaliger Zuschuss: Kantorat und Pfarramt der Ev. Stadt-  
kirche Karlsruhe (CDU)**

**Antrag Nr. 208 (S. 217): Orgel/Kleine Kirche (FDP)**

**Stadträtin Dr. Dogan (CDU):** Jetzt sind wir bei den Kirchen angelangt. Keine Sorge, die Kleine Kirche wollen wir erhalten, da darf der Blitz niemals einschlagen.

Unsere Kleine Kirche – wir sagen „unsere“, weil sie den Bürgerinnen und Bürgern und uns allen lieb und teuer ist. Auch wenn normalerweise Orgeln und Bestandteile einer Kirche in die Verantwortung und Kostentragung des jeweiligen Trägers fallen, sehen wir bei der Kleinen Kirche eine Besonderheit, gerade wenn es um ihre Orgel geht, die schon viel zu lange fehlt und die man wirklich vermisst, wenn man diese Kirche betritt und auf ein leeres Podest sieht. Das ist einfach trostlos in dieser schönen Kirche.

Sie ist mit unserer Stadt verwurzelt wie keine andere Kirche. Sie ist die älteste, sie hat eine historische Bedeutung, eine kulturhistorische und religiöse Bedeutung, die einfach beson-

ders und auch herausragend ist in dieser Art und Weise. Wir sehen auch seit geraumer Zeit das Bemühen des Trägers, das Bemühen der Pfarrei, der vielen Bürgerinnen und Bürger, die sich im Umfeld engagieren, auch der Inhaber von Geschäften, die mit ganz tollen Aktionen, mit kulturellen Programmen, mit besonderen Gottesdiensten Spenden einwerben für die Anschaffung bzw. Herrichtung der Orgel. Wir meinen, das kann man mit einem einmaligen Betrag seitens der Stadt Karlsruhe unterstützen und dabei uns als Gemeinderat solidarisch zeigen, auch was es uns wert ist, dass diese Kirche wieder zu ihrer Orgel kommt.

**Der Vorsitzende:** Für die zweiten Antragsteller Herr Stadtrat Hoyem. Wenn Sie noch etwas dazu sagen können, ob Sie einmal oder zweimalig 15.000 € beantragen.

**Stadtrat Hoyem (FDP):** Zweimalig! – Das Jahr 2019 wird für die Kleine Kirche in der Kaiserstraße zu einem bedeutenden Jahr. Vor 70 Jahren wurde die älteste erhaltene Kirche der Stadt nach ihrer Zerstörung im Zweiten Weltkrieg unter Beteiligung der Karlsruher Bürgerschaft wieder aufgebaut und eingeweiht. Die Kleine Kirche ist bekanntermaßen das älteste erhaltene Kirchengebäude aus der Gründerzeit der Stadt, in dem auch die erste öffentliche Orgel der Stadt stand. Die bewegte Geschichte dieser Kirche zeigt die Bedeutung des Bauwerks für die gesamte Stadtgeschichte. Auch die Nutzung der Kirche zeigt ihre Vielseitigkeit, denn sie wird ja nicht nur als Sakralraum für unterschiedliche Gemeinden – u. a. syrisch-orthodox, evangelische Studierendengemeinde – genutzt. Sie ist seit Jahrzehnten Forum für die Hochschule für Musik mit ihren Mittagskonzerten und war und ist für viele später bedeutende Musiker ein wichtiges Podium und wichtige Erfahrung für spätere Karrieren. Auch ist sie eine der beliebtesten Hochzeitskirchen unserer Stadt. Nicht nur unser Ehrenbürger Gerhard Seiler hat hier den Bund der Ehe geschlossen, viele Bürgerinnen und Bürger fühlen sich biografisch mit dieser Kirche verbunden.

70 Jahre nach der Wiedereinweihung können schließlich die umfassenden Baumaßnahmen und Renovierungsarbeiten zur Innen- und Außensanierung mit der Einweihung der neuen Orgel der Firma Lentger abgeschlossen werden. Das Instrument entspricht technisch und klanglich dem klassizistischen Instrument vor der Zerstörung und trägt somit zu einer singulären Situation in der Orgellandschaft Karlsruhe bei. Ein solches Instrument gibt es in ganz Karlsruhe nicht. Da wir leider in Karlsruhe wenig historisches Material erhalten haben, kommt diesem Instrument eine besondere Bedeutung bei. Auch die bauliche Anordnung im Kirchenraum ist ein Rückverweis auf die Situation vor der Zerstörung der Kirche. So wird durch die Wiederherstellung der Ursprungssituation der Organist wieder im vorderen Bereich der Kirche über der Kanzel – auf der Südseite – seinen Platz haben.

Durch das unglaubliche Engagement Karlsruher Bürgerinnen und Bürger sowie der Landeskirche konnten rd. 310.000 € an Spenden durch die Organisatoren – im Wesentlichen die Pfarrer – und den Kirchenmusikdirektor der Stadtkirche eingeworben werden, sodass die verbleibende Deckungslücke nur noch rd. 50.000 bis 60.000 € beträgt. Die Einweihung soll vom 22. bis 24. März 2019 mit einem Orgelfestival für die ganze Stadt stattfinden. Wir beantragen daher, dieses einzigartige, unser Stadtbild prägende Kulturgut unserer Stadt zu unterstützen. Ich bin Bürger dieser Stadt seit dem Jahr 2000. Als diese Orgel gebaut wurde, war ich in Dänemark, in einer von Deutschland besetzten Nation. Ich finde es unglaublich wichtig, dass wir die Geschichte unserer Stadt bewahren. Es ist nahezu eine ethisch-moralische Pflicht, dies zu unterstützen.

**Der Vorsitzende:** Ich habe keine weiteren Wortmeldungen. Ich rufe zuerst den Antrag der FDP-Fraktion auf, das ist der **Antrag Nr. 208** über zweimal 15.000 €, also insgesamt

30.000 € als Investitionszuschuss, und bitte um Ihr Votum. – Das ist **keine Mehrheit dafür**.

Dann rufe ich den **CDU-Antrag mit der Nr. 207** auf, einen einmaligen Zuschuss von 15.000 € zu gewähren, und bitte auch hierfür um Ihr Votum. – Das ist **eine Mehrheit dafür**.

**Antrag Nr. 209 (S. 227): Zuschuss Neuanschaffung Tonanlage Substage (SPD)**

**Antrag Nr. 210 (S. 227): Substage Karlsruhe e. V. - Zuschuss für Tonanlage (GRÜNE)**

**Antrag Nr. 211 (S. 227): Tonanlage für das Substage: einmalige Förderung (KULT)**

**Antrag Nr. 212 (S. 227): Substage – einmaliger Zuschuss für die erforderliche Neuanschaffung einer Tonanlage (Die Linke)**

Ich habe keine Wortmeldungen und kann alle Anträge, die alle jeweils 60.000 € fordern, gemeinsam zur Abstimmung stellen. Ich bitte um Ihr Votum. – Das findet eine **Mehrheit dafür**.

**Antrag Nr. 213 (S. 227): Zuschuss Kulturzentrum Tempel (SPD)**

**Antrag Nr. 214 (S. 227): Tempel Kulturzentrum - Baumaßnahmen (GRÜNE)**

**Antrag Nr. 215 (S. 227): Baukostenzuschuss Kulturverein Tempel e. V. (KULT)**

Es geht um 50.000 €. Ich habe keine Wortmeldungen und rufe die Anträge gemeinsam auf, bitte um Ihr Votum. – Auch das ist **eine Mehrheit**.

**Antrag Nr. 216 (S. 230): Deckelung der Investitionssumme bei der Sanierung des Badischen Staatstheaters (FÜR Karlsruhe)**

**Stadtrat Kalmbach (FÜR Karlsruhe):** Herr Oberbürgermeister, ich kann mich noch gut an die Diskussion erinnern – es war der zweite Anlauf –, als wir gefragt haben: Was ist der Worst Case für diese Investitionssumme? Sie sagten damals, 325 Millionen sei der Worst Case. Aber ich bin mir da nicht so sicher, nachdem es vorher bei 125 Millionen war. Wo es gerade momentan steht, weiß ich nicht. Aber ich vermute nicht, dass das tatsächlich der Worst Case war. Deswegen machen wir es wie beim Wildparkstadion. Da hatten wir diese segensreiche Einrichtung, indem wir gesagt haben, der Stadionkörper darf nur eine bestimmte Menge kosten, und wenn das nicht reicht, senken wir die Standards. Das ist das Ansinnen, wenn tatsächlich diese 325 Millionen nicht reichen, dass ein Kostendeckel eingezogen wird und wir die Standards senken und schauen, wo man sparen kann, nicht einfach nur aufsatteln. Das ist unser Begehren, und dafür bitte ich um Unterstützung.

**Der Vorsitzende:** Es gibt zum einen schon einen ähnlichen Prozess. Wir haben im Verwaltungsbeirat schon einige Dinge deutlich günstiger gemacht, indem wir von Qualitäten abgerückt sind, damit wir erst einmal in den 325 Millionen bleiben. Der Unterschied zum Wildpark ist aber, dass wir hier keinen Generalunternehmer haben, der uns am Ende in einer Pauschalsumme alles anbietet. Es wird sich im Verlauf der Ausschreibungen und Vergaben zusätzlicher Nachsteuerungsbedarf ergeben, aber es ist das gemeinsame Ziel, diesen Kostenrahmen einzuhalten. Wir können aber nicht den Mechanismus so ansetzen, wie wir es beim Wildparkstadion gemacht haben, weil es eine andere, eine gewerkeorientierte Ausschreibung sein wird, die im Wesentlichen nicht von uns, sondern vom Land



betreut wird. Ich will das nur ergänzenderweise sagen. Insofern ist es auch nicht ganz risikofrei, eine solche Forderung hier gemeinsam zu erheben.

Deshalb empfehlen wir Ihnen, den Antrag abzulehnen.

Wir kommen zur Abstimmung, und ich bitte Sie um Ihr Votum. – Das ist eine **ablehnende Mehrheit**.

Ich möchte noch kurz auf die Veränderungsliste hinweisen. Den Investitionszuschuss Sanierung und Neubau für das Badische Staatstheater haben wir jetzt den aktuellen Zahlen angepasst. Das hat damit zu tun, dass die ersten Baumaßnahmen permanent hin und her rutschen und immer aktualisiert werden müssen, noch nicht etwas mit grundsätzlicher Verteuerung.

Wir sind damit am Ende dieses Teilhaushaltes. Es gibt noch den **Teilhaushalt Musikschulen, aber dazu gibt es keine Anträge**.

Bevor wir jetzt in den Teilhaushalt 5000 gehen, sollten wir ein kurzes, erschreckendes Zwischenfazit ziehen und Sie zu einer gewissen Mäßigung einladen.

(Die neuen Zahlen werden auf die Leinwand projiziert.)

Sie haben die Zahlen gesehen, dann machen wir jetzt munter weiter und steigen in den **Teilhaushalt 5000 Jugend und Soziales** ein. Ich setze die Diskussion auf der **Seite 247** fort.

**Antrag Nr. 217 (S. 247): Mittagessen in Kitas und Schulen – kostenfrei für alle Kita-Kinder und Schüler/innen (Die Linke)**

**Stadtrat Fostiropoulos (Die Linke):** Im Kern war das der Antrag von heute Vormittag für Schulen und Kitas, das ist eine Wiederholung dieses Antrags, getrennt wegen der verschiedenen Teilhaushalte. Deswegen kann man abstimmen – oder auch nicht.

**Der Vorsitzende:** Wenn Sie sagen „oder auch nicht“, dann brauchen wir nicht abzustimmen.

**Stadtrat Fostiropoulos (Die Linke):** Wenn die Abstimmung von heute Morgen für beide gleich war, brauchen wir es nicht zu tun. Wenn es natürlich jetzt ein unterschiedliches Abstimmungsverhältnis gibt, würde ich um eine Abstimmung bitten.

**Der Vorsitzende:** Dann schlage ich vor, wir stimmen noch einmal ab. Das heute Morgen waren die Schulen, jetzt sind wir bei den Kitas. Das sind zwei Paar Stiefel.

**Stadtrat Braun (KULT):** Wie auch viele andere hier im Hause hat auch meine Fraktion das Ziel, dass in Zukunft bald alle Bildungseinrichtungen, zu denen wir die Kitas zählen, gänzlich kostenfrei sind. Darüber werden wir gleich an anderer Stelle noch diskutieren. Ich möchte nur für meine Fraktion sagen, für uns ist es konsequent, wer gebührenfreie Kitas fordert, der muss auch für kostenloses Essen in den Bildungseinrichtungen sein.

**Der Vorsitzende:** Damit stelle ich diesen Antrag zur Abstimmung, und ich bitte um Ihr Votum. – Das ist eine **ablehnende Mehrheit**.

**Punkt 7 der Tagesordnung: Erhöhung der förderfähigen Plätze für die praxisintegrierte Erzieherinnen- und Erzieherausbildung (PIA) sowie für Auszubildende der Fachrichtung Jugend- und Heimerziehung (FJH) ab dem Ausbildungsjahr 2019/2020**

Ich rufe auf Tagesordnungspunkt 7, Vorlage Nr. 2018/0736, zur Behandlung auf und gleichzeitig den

**Antrag Nr. 218 (S. 249): Praxisintegrierte Ausbildung für Erzieherinnen und Erzieher (PIA) – dauerhaft 150 Plätze fördern (GRÜNE)**

Ich gehe davon, dass sich mit unserer Beschlussvorlage der **Antrag der GRÜNEN erledigt** hat. – Das wird bestätigt.

Dann stelle ich unsere **Beschlussvorlage zur Abstimmung** und bitte um Ihr Votum. – Das ist eine **deutliche Mehrheit**.

Wir werden noch einmal auf Sie zukommen, wenn wir die Förderungsbestimmungen gemeinsam besprechen und abstimmen.

**Punkt 6 der Tagesordnung: Neue Finanzierungssystematik für Kindertagesstätten und Kinderkrippen in Karlsruhe**

Ich rufe Punkt 6 der Tagesordnung, Vorlage Nr. 2018/0746, zur Behandlung auf und dazu die

**Antrag Nr. 219 (S. 249): Fonds Gebührensenkung Kindertagesstätten (SPD, GRÜNE, KULT, FDP, Die Linke)**

**Antrag Nr. 220 (S. 249): Bereitstellung finanzieller Mittel zur Erarbeitung eines Konzeptes und zur Realisierung eines kostenlosen dritten Kindergartenjahres (CDU)**

Es handelt sich um einen interfraktionellen Antrag von SPD, GRÜNE, KULT, FDP und Die Linke sowie um einen Antrag der CDU, ebenfalls für einen Fonds, der aber etwas niedriger ausfällt.

**Stadträtin Meier-Augenstein (CDU):** Beitragsfreies Kindergartenjahr oder generell beitragsfreie Kindertageseinrichtungen wird ja schon lange diskutiert und ist auf Landesebene und auf Bundesebene aktuell in aller Munde, auch bei uns schon einige Monate in der Diskussion. Ich möchte in dem Zusammenhang daran erinnern, dass unser ehemaliger langjähriger Fraktionsvorsitzender Günther Rüssel dieses Thema schon vor 20 Jahren ins Gespräch gebracht hat, wir aber damals alle der Meinung waren, wir müssen erst die Betreuungsangebote ausbauen, bevor wir in dieses Thema Beitragsfreiheit einsteigen können. Da haben wir jetzt in den letzten Jahren sehr viel getan bzw. sind immer noch dabei, weil der Bedarf ungebrochen ist. Aber wir denken auch, dass wir uns jetzt mit dem Thema Gebührenfreiheit beschäftigen sollten.

In Karlsruhe sind wir hier grundsätzlich gut aufgestellt. Wir sind schon viel weiter als andere Kommunen, weil wir eine tolle Geschwisterkindregelung haben. Geschwisterkinder sind ja in unseren Einrichtungen jetzt schon beitragsfrei. Das ist sehr vorbildlich, da sind wir Vorreiter. Aber darauf aufsetzend – meinen wir als CDU-Fraktion – sollten wir jetzt einfach in die Diskussion einsteigen und in Überlegungen, wie könnten wir jetzt noch weiter an die Sache herangehen. Unsere Überlegung war einfach, ein beitragsfreies drittes Kindergartenjahr anzugehen, weil aus unserer Sicht das letzte Kindergartenjahr einen besonderen pädagogischen Effekt hat zur Vorbereitung auf den Eintritt in die Schule. Die anderen Fraktionen haben das eher generell beantragt, wobei ich sagen möchte, wir sind grundsätzlich offen. Deswegen begrüßen wir auch die Verwaltungsvorlage, dass jetzt hier ein Konzept erarbeitet wird. Wir wären auch froh und dankbar, wenn wir recht schnell – möglichst bis Mitte nächsten Jahres – erste Erkenntnisse und Ergebnisse auf dem Tisch hätten. Wenn jetzt uns die Verwaltung vorschlägt, dass weitere Erhöhungen bei den Kita-Beiträgen ausgesetzt werden, bedeutet das, dass wir doch weiter in ein Ungleichgewicht laufen, weil wir große Unterschiede unter den einzelnen Trägern haben. Das ist uns bewusst, und deshalb ist es wichtig, dass wir hier vorangehen.

Unser Gedanke war, einfach mal einen großen Betrag einzustellen. Wir müssen ja auch warten, was uns das Konzept sagt, welchen Betrag wir überhaupt brauchen. Deswegen auch der Sperrvermerk, aber wir sind auch bereit, uns den anderen Fraktionen anzuschließen, weil wir auch ein Zeichen setzen möchten, dass wir bei diesem Thema vorankommen.

**Stadträtin Melchien (SPD):** Zunächst gilt unser großer Dank all den Kolleginnen und Kollegen, dass wir heute gemeinsam den Weg in Richtung Gebührenfreiheit weitergehen können. Auch wir Sozialdemokraten sind sehr stolz auf das eben erwähnte Geschwisterkindmodell, mit dem wir in Karlsruhe bereits heute eine familienfreundliche Förderung gewährleisten. Genau daran wollen wir mit unserem interfraktionellen Antrag anknüpfen, einen Fonds mit jährlich 5 Millionen € einzurichten, damit Eltern in Karlsruhe spürbar und in absehbarer Zeit bei den Kosten für Kindertagesstätten entlastet werden können. Mit der Beschlussvorlage der Verwaltung beauftragen wir diese mit der Erstellung eines Konzepts hin zur Umsetzung der Gebührenfreiheit. Sicherlich gilt es festzuhalten, letzteres wird ein kompliziertes Unterfangen, und es bedarf der Zusammenarbeit aller, der Verwaltung, der Politik und der Träger, gemeinschaftlich ein gutes Konzept zu entwickeln für alle und im Interesse der Kinder in unserer Stadt.

Wichtig aus sozialdemokratischer Perspektive ist neben der finanziellen Entlastung der Eltern, dass die Qualität nicht nachlassen darf. Auch hier besteht weiterer Handlungsbedarf. Die Verwaltung schreibt es in ihrer Stellungnahme, hier können wir ihr nur beipflichten. Das heißt, wir sehen, dass hier Lösungen Hand in Hand gehen müssen, eben nicht nach Günther Rüssel: Wir bauen in den nächsten Jahren nicht weiter aus, bevor wir erste sichtbare Zeichen setzen wollen.

Nun ist es an der Verwaltung, dass dieses Konzept zügig ausgearbeitet wird. Die Zielgabe ist sicher das nächste Frühjahr, weil wir ja zum nächsten Kindergartenjahr 2020 das Konzept bereits vorliegen haben wollen. Zur Vorbereitung muss es früher schon stehen. Es ist unser ganz konkretes und erklärtes Ziel, dass die nächsten Erhöhungen der freien Träger abgewendet werden. Hierfür wird ein Ausgleich notwendig sein. Da soll aber nicht Schluss sein, denn uns eint der Wunsch nach insgesamt mehr Gebührenfreiheit. Auch dazu wurde bereits etwas gesagt. Wir müssen die Träger stärker unterstützen. Auch das ist ein sehr

schwieriger Aspekt, alles zu berücksichtigen. Auch die zugesicherten Mittel des Bundes beinhalten gewisse Vorgaben, die wir anerkennen und einbeziehen müssen in die von uns ausgearbeiteten Lösungen. Bei Grün-Schwarz müssen wir natürlich dieselbe Unterstützung einfordern für den Weg zur Gebührenfreiheit.

Bereits heute steht aus unserer Sicht fest – auch nach der eingehenden fachlichen Beratung in den Gremien –, mit 5 Millionen € ist sicherlich kein kostenfreies Kindertagesstättenjahr zu gewährleisten, das qualitativ unsere hohen Karlsruher Ansprüche an Kindertagesbetreuung erfüllt. Dies ist nicht realisierbar – das zu meiner Kollegin Meier-Augenstein.

Auch wir möchten betonen, dass unser Ziel durchaus die Gebührenfreiheit ist, aber eben im Einklang mit Bund, Land und Stadt gemeinsam zu erreichen. Denn wir als SPD stehen für kostenfreie Bildung von Anfang an.

Alles Weitere, das genaue Vorgehen, die Ausgestaltung eines Karlsruher Wegs zur Gebührenfreiheit, muss nun weiter ausgearbeitet werden, unbedingt auch unter Berücksichtigung unserer vielfältigen Trägerlandschaft in Karlsruhe, die wir oft zitieren, die aber auch hochgeschätzt wird von uns, freuen wir uns als SPD-Fraktion, diesen Weg aktiv mitzugestalten, gerne auch im Arbeitsausschuss Jugendhilfe, wie es von der Verwaltung vorgesehen ist. Wir sind gespannt auf die Ergebnisse der externen Beratung und das mit dem heutigen Beschluss in Angriff zu nehmende Konzept der Verwaltung und möchten heute schon der Fachverwaltung unseren Dank aussprechen, die uns hier trotz aller anderen Herausforderungen, die es in diesem Bereich gibt, und trotz aller Komplexität dieses Unterfangens in unserem politischen Ziel unterstützt. Dafür sind wir sehr dankbar.

**Stadträtin Rastätter (GRÜNE):** Ich möchte an den Ausgangspunkt der heutigen Debatte erinnern. Bei der letzten Erhöhung der Kindergartenbeiträge der freien Träger haben wir GRÜNE den Antrag gestellt, dass nicht erhöht, aber ein Ausgleich an die freien Träger bezahlt wird. Unser Antrag wurde zwar damals abgelehnt, aber er war im Grunde die Initialzündung dafür, dass wir in eine Diskussion über eine beitragsfreie Kita gestartet sind. Wir haben uns dann – alle Fraktionen untereinander – im Jugendhilfeausschuss verständigt, dass wir diesen Weg zu beitragsfreien Kitas gehen wollen. Wir liegen damit aber auch bundesweit, auch im Land, im Trend, denn die Kindertagesstätten sind in der Tat die einzigen Bildungseinrichtungen – wichtige Bildungseinrichtungen für alle Kinder unserer Gesellschaft –, für die nach wie vor Elterngebühren erhoben werden.

Wir haben dann vor den Haushaltsplanberatungen einen interfraktionellen Antrag vorgeschaltet, wobei sich allerdings die CDU dazu entschieden hatte, einen eigenen Antrag auf zunächst ein beitragsfreies letztes Kindergartenjahr einzubringen, während wir uns auf einen Stufenplan geeinigt und die Verwaltung beauftragt haben, eine neue Finanzierungssystematik zu entwickeln. Denn in der Tat ist es für uns in Karlsruhe nicht einfach, mit 44 Trägern mit einer breiten Heterogenität von Elterngebühren dieses Ziel zu erreichen.

Ich möchte mich deshalb ausdrücklich im Namen meiner Fraktion für dieses Beschlussvorlage mit der neuen Finanzierungssystematik für Kindertagesstätten und Kinderkrippen bedanken, weil in dieser Vorlage auch die Ergänzungen enthalten sind, was auf Landes- und Bundesebene in absehbarer Zeit beabsichtigt ist. Insbesondere die Entwicklung auf Bundesebene zeigt uns, wie wichtig es ist, dass wir zügig vorangehen bei der Entwicklung der Gebührenfreiheit. Denn wenn man sieht, dass die Befreiungsbestände nach dem Gute-

Kita-Gesetz deutlich ausgeweitet werden, sodass eine erhebliche Anzahl von Familien keine Gebühren mehr bezahlen müssen – also jede Familie, die einen Mietzuschuss bekommt, wird künftig nach dem Gute-Kita-Gesetz keine Gebühren mehr bezahlen müssen –, für die anderen aber eine Staffelung der Elternbeiträge vorgesehen ist. Das bedeutet, dass wieder eine neue Finanzierungssystematik entwickelt werden müsste. Deshalb ist es sinnvoller, den Weg der Gebührenfreiheit mit Ausgleichszahlungen an die freien Träger zu gehen, wie wir das beantragt haben. Insofern ist unser Antrag der richtige Weg.

Ich möchte noch ein Wort zum Antrag der CDU sagen. Wir wollen uns jetzt noch nicht entscheiden, ob wir ein freies letztes Kindergartenjahr machen oder ob wir die Beiträge für jedes Jahr absenken. Deshalb werden wir dem Antrag der CDU heute nicht zustimmen. Aber wir stellen ja 5 Millionen € ein und hoffen, dass wir dann schon bis zum Kindergartenjahr 2019/2020 mit der Absenkung deutlich beginnen können.

**Stadtrat Braun (KULT):** Die Stadt weist ja bereits eine flächendeckende Abdeckung im Ü3-Bereich auf. Dieses Ergebnis spiegelt die gesellschaftliche Notwendigkeit des Kindergartenbesuchs und die Anerkennung des hohen Stellenwerts der frühkindlichen Bildung wider. Für KULT ist klar: Insbesondere die Ganztagesbetreuung ist ein Bildungsangebot, das spielerisches Lernen ermöglicht, den Kontakt mit Gleichaltrigen fördert, die Empathiefähigkeit, die emotionale Entwicklung, das Miteinander und die Sprachfähigkeit bei Muttersprachlern wie bei Kindern aus Familien mit Migrationshintergrund.

Doch noch sind Kitas die einzigen Bildungseinrichtungen für junge Menschen, die gebührenpflichtig sind. Diesen Umstand gilt es zu ändern. In Karlsruhe haben sich verschiedene Fraktionen gefunden, die die Situation für Eltern entspannen wollen. In einem ersten Schritt sollen weitere Gebührenerhöhungen verhindert werden und die Gebühren freier Träger an das Niveau städtischer Kitas angeglichen werden, was bereits einer deutlichen tatsächlichen Gebührensenkung für einen Großteil der Eltern entspricht. Hierfür muss ein Fonds geschaffen werden, den wir gemeinsam beantragen. Dann soll auch ein Konzept über einen Stufenplan bis hin zur kompletten Gebührenfreiheit erarbeitet werden, über das wir dann im nächsten Jahr abschließend diskutieren dürfen.

Ich habe es vorhin bei dem anderen Beitrag schon erwähnt: Wir finden, alle Bildungsangebote müssen gänzlich kostenfrei sein.

**Stadtrat Hoyem (FDP):** In meinen 30 Jahren als Schulleiter war ich auch immer für ganz große Kitas zuständig. Kitas sind nicht – oder nicht mehr – Betreuungsanstalten. Kitas sind unglaublich wichtige pädagogische Institutionen. Eigentlich ist meine Erfahrung, dass Kitas die Basis in unserer Bildungslandschaft sind. Lehrpläne und kompetente, gut ausgebildete Mitarbeiter müssen im Zentrum für die pädagogische Qualitätsverbesserung stehen. In Deutschland wird in Kindergärten sehr, sehr gute Arbeit geleistet. Aber ohne jemanden hier zu beleidigen, ist es spät, sehr spät, dass wir in Deutschland gelernt haben, diese Arbeit zu schätzen. Andere Länder, z. B. United Kingdom und ganz besonders unser Nachbarland Frankreich, sind seit Jahrzehnten viel mehr als wir auf die pädagogische Qualität in Kindergärten fokussiert. Es wäre interessant, mit unserer Partnerstadt Nancy über frühkindliche Pädagogik zu diskutieren.

Als ich als neuer Stadtrat vor bald 15 Jahren hier angefangen habe, bin ich ganz schnell vom CDU-Fraktionsvorsitzenden Günther Rüssel herzlich begrüßt worden. Günther Rüssel

hat die Bedeutung von Kindergärten verstanden. In einem Brief vom 10. April 2006 hat er das sehr deutlich ausgedrückt. Ich zitiere: „Für beitragsfreie Kindergärten werde ich kämpfen und streiten, solange mir Gott Kraft und Gesundheit dafür schenkt. Ich bin felsenfest davon überzeugt, dass beitragsfreie Kindergärten eine wichtige Voraussetzung dafür sind, einige Probleme in unserer Familienpolitik besser zu gestalten. Ich freue mich, dass Sie mit mir einer Meinung sind, dass Kindergärten neben der Familie die wichtigsten Orte für eine gedeihliche Entwicklung der Kinder und Jugendlichen sind. Dafür lohnt es sich immer, neue Visionen zu entwickeln.“ So weit das Zitat. Besser könnte ich nicht mit 30 Jahren Erfahrung 12 Jahre später die Bedeutung von Kindergärten ausdrücken. Endlich, wirklich endlich, machen wir hier im Gemeinderat einen ersten Schritt in diese Richtung. Die Gebührensituation ist kompliziert, und besonders hier in Karlsruhe ist das so. Wir wollen unter keinen Umständen – und das will ich besonders den Eltern deutlich machen – die Qualitätsverbesserung riskieren. Aber heute senden wir alle im Karlsruhe Gemeinderat – oder nahezu alle – ein deutliches Signal, nämlich dass Kindergärten neben der Familie die wichtigsten Orte für eine gedeihliche Entwicklung der Kinder und Jugendlichen sind.

**Stadtrat Fostiropoulos (Die Linke):** Von der Kita bis zur Ausbildung bis zur Uni beitragsfreie Bildung fordern wir, seit wir hier im Gemeinderat aktiv sind. Interessant finde ich – das muss ich jetzt feststellen –, dass jetzt die konservativ-neoliberale Abteilung von CDU und FDP sich über den damaligen Fraktionsvorsitzenden Günther Rüssel, den ich noch gut kannte, von allen Ablehnungen für beitragsfreie Kitas freisprechen will. Die Konversation habe ich hier öffentlich geführt, und was hat Günther Rüssel als Fraktionsvorsitzender gesagt? Ja, beitragsfreie Kitas sind richtig. Und dann kam gleich das „Aber“, und dann ging es nur noch darum: Wir haben kein Geld. Das habe ich 20 Jahre lang so gehört. 20 Jahre lang wurden Messen gebaut, U-Bahnen, die nicht fertig werden, Fußballstadien werden gebaut – Geld war also doch da! Geld war doch da! Ich bitte, sich jetzt nicht heilig sprechen. Da hat ein Mann – mit mir einer Meinung, das hat er selbst gesagt – gesagt, Bildung muss beitragsfrei sein, aber wir haben kein Geld. 20 Jahre habe ich das immer von dieser Seite gehört.

(Zuruf: So lange war Rüssel gar nicht dabei!)

– Aber ihr habt es einfach weitergetragen Oder haben irgendein Fraktionsvorsitzender oder irgendeine Fraktionsvorsitzende etwas anderes erzählt?

Leider gab es auch bei unsern Freunden von den Sozialdemokraten eine Zeitlang die Aussage: Was nichts kostet, ist nichts wert. Ich bin heilfroh, dass dieser Gedanke weg ist, dass heute anders diskutiert wird. Ich finde es richtig – und wir Linken unterstützen das –, dass wir hier jetzt einen interfraktionellen Antrag haben hin zu einer Beitragsfreiheit, wir reduzieren die Gebühren. Ich möchte aber eines noch betonen: Heilbronn hat es schon vorgebracht, dass es in Baden-Württemberg ein Stück weit geht. Es ist richtig, dass wir beginnen. Aber er ist wichtig, dass wir Druck ausüben, politischen Druck auf die Landesregierung und auf den Bund. Denn es ist nicht nur Aufgabe der Kommune, dies zu wuppen. Wir in Karlsruhe haben schon immer Geld gehabt, deswegen machen wir ja so komische Projekte. Wir können uns erlauben, diese Schritte zu gehen. Andere Kommunen im Land oder in anderen Bundesländern können das nicht finanzieren. Deswegen ist es richtig, dass wir diesen Schritt gehen, aber auch Druck ausüben auf die grün-schwarze Regierung. Auf der grünen Seite wurde das auch immer unterstützt, und warum die grün dominierte grün-schwarze Regierung das nicht einführen will, ist mir schleierhaft. Beim Dieselgate und an-

deren Projekten eiert Kretschmann herum, aber beitragsfreie Kitas will er nicht umsetzen. Also, Herr Oberbürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen, wir sollten auf der Seite der Kommunen sein, die nicht die Mittel für beitragsfreie Kitas übrig haben, und Druck auf die Politik ausüben, damit die Regierung das flächendeckend im ganzen Land einführt.

**Stadtrat Dr. Schmidt (AfD):** Ich habe schon mehrfach hier gesagt, auch wir von der AfD verschreiben uns voll dem Ziel beitragsfreier Kindergärten. Wir sind der Meinung, dass es wichtig ist, dass sich Familien um die Betreuung ihrer Kinder keine Sorgen machen müssen. Es ist ein wichtiges Instrument der Gleichberechtigung, und es ist auch wichtig, dass die Menschen, die in dieser Stadt wohnen, wissen, dass dann, wenn sie Kinder bekommen, keine Probleme kriegen, diese auch betreuen zu lassen.

**Stadtrat Kalmbach (FÜR Karlsruhe):** Ich gratuliere unserem Kollegen Fostiropoulos. Ich bin seit 10 Jahren hier in diesem Verein – das sage ich jetzt so –, und ich habe es nur von ihm gehört. Wenn man fragt, wer hat's erfunden, dann würde ich aus meiner Sicht sagen: Das waren die Linken. Aber ich gebe dir auch recht: Das Land ist eigentlich verantwortlich. Vorhin haben wir geschimpft hinsichtlich der Polizei: Das Land soll es machen. Jetzt machen wir es gerade anders herum: Wir als Kommune sollen es machen. Ich bin der Meinung, dass Bund und Land die Verantwortung dafür tragen. Wenn wir das jetzt einfach nur machen, dann passiert Folgendes: Es gibt ja immer diese Qualitäts-/Quantitätsdiskussion. Wenn wir einfach nur die Quantitäten herstellen, dann werden wir an den Qualitäten sparen. Deshalb sage ich, an der Stelle passt es noch nicht. Das ist von der Entwicklung her noch nicht richtig. Die Qualität wird leiden. Es gibt eine Umfrage unter den Eltern über die Bertelsmann-Stiftung. Die Eltern haben gar nicht so sehr die Kostenfreiheit gewollt, die wollen die Qualität haben, und Qualität heißt Personal. Wo wird gespart, wenn es mit der Finanzierung knapp wird? Am Personal! Ich sage Ihnen, das wird die Engstelle bleiben. Ich frage mich natürlich: Wenn wir jetzt den freien Trägern sagen, wir werden das Defizit immer auffüllen, um das mit der Preisgestaltung zu machen, dann werden die das nutzen. Die Stadt füllt ja das Defizit auf. Ich halte das für eine unkluge Entscheidung. Ich wäre total dabei, wenn Sie sagen würden, wir wollen finanziell schwache Eltern weiter fördern, damit sie sich das leisten können, auch mit Mittagessen usw. Dann wäre ich dabei, das könnten wir so machen. Aber jetzt den Schritt zu gehen, halte ich für strategisch völlig falsch. Ich gehe mit dem Ziel völlig einig, aber mit der jetzigen Umsetzung an dieser Stelle und auf diese Art und Weise muss ich sagen: Nein, so geht es nicht.

**Der Vorsitzende:** Vielen Dank. Ich wäre dankbar, wenn wir jetzt nicht sagen, das ist der Einstieg in die Beitragsfreiheit, nachdem wir schon seit Jahren eine beitragsfreie Geschwisterkindregelung und auch noch viele andere Entlastungseffekte organisiert haben. Ich teile Ihre Skepsis, Herr Stadtrat Kalmbach, dass wir am Ende sehr genau darauf achten müssen, das uns die freien Träger nicht für irgendwelche Zusatzangebote, die aber nicht zur Standardqualität gehören, das Geld aus dem städtischen Haushalt ziehen. Dabei müssen wir auf der anderen Seite verhindern, dass es eine soziale Segregation nach den verschiedenen Trägern gibt, denn die einen können sich die Zusatzangebote leisten, die anderen nicht. Das Ganze wird jetzt noch einmal komplizierter durch dieses Gute-Kita-Gesetz. Wir hatten neulich den Hauptausschuss aus dem Städtetag hier. Außer der Feststellung, dass die Bundesmittel nur in einzelnen Verträgen zwischen dem Bund und in jedem einzelnen Bundesland am Ende verteilt werden können, weiß keiner, wie das organisiert werden soll, denn jedes Bundesland hat eine andere Philosophie, ebenso jede andere Stadt in jedem Bundesland, sodass alles noch mit einem großen Fragezeichen versehen ist. Insofern ist die Offen-

heit, die wir jetzt in der Beschlussvorlage haben, nicht mangelnder Kreativität geschuldet, sondern der Tatsache, dass wir im Moment noch die verschiedenen Parameter nicht kennen.

Trotzdem nehmen wir Ihren Auftrag ernst und an und versuchen, zum nächsten Kindergartenjahr einen Vorschlag zu machen, wie immer der dann auch die bisherige Systematik modifiziert oder vielleicht eine völlig neue Systematik einführt.

Damit sind wir am Ende der Diskussion, und ich schlage vor, dass wir zunächst über die Beschlussvorlage abstimmen, dann über die einzelnen Anträge, die Sie gestellt haben. – Ich stelle also die **Beschlussvorlage der Verwaltung** zur Abstimmung und bitte um Ihr Votum. – Das ist eine **breite Zustimmung**. Vielen Dank.

Dann rufe ich den **interfraktionellen Antrag unter der Nr. 219** zur Abstimmung. Da wird ein Fonds eingeführt mit jährlich 5 Millionen €. **Die CDU hat gesagt, dass sie dem beitrifft**. Jetzt hat die CDU auch noch das mit dem dritten Kindergartenjahr aufgeführt. Ich schlage vor, dass wir das als eine Möglichkeit in die Diskussion aufnehmen. Dann könnte ich alle Anträge zusammenfassen und so beschließen lassen. Ich glaube, wir brauchen keinen Sperrvermerk, denn sobald wir etwas bei der Bezuschussung der freien Träger ändern, müssen wir sowieso noch einmal in die Gremien gehen. Das heißt, wir würden kein Geld ausgeben, ohne es noch einmal mit Ihnen besprochen zu haben. – Das sehen Sie auch so. Dann stelle ich **alle Anträge** insgesamt so zur Abstimmung und bitte um Ihr Votum. – Das ist eine **deutliche Mehrheit dafür**.

Wir machen weiter auf der **Seite 247**.

**Antrag Nr. 221 (S. 249): Nehemia Initiative e. V. – Kinderprojekt „Siebenstein“- Erhöhung des städtischen Zuschusses wegen gestiegener Nachfrage und Kompensation BuT-Förderung (Die Linke)**

**Antrag Nr. 222 (S. 249): Erhöhung des Zuschusses für die Siebenstein Nachmittagsbetreuung der Nehemia-Initiative e. V. (FÜR Karlsruhe)**

**Antrag Nr. 223 (S. 249): Nehemia-Initiative e. V – Kinderprojekt „Siebenstein“ (Nehemia-Initiative e. V )**

Es liegen keine Wortmeldungen vor. **Herr Stadtrat Kalmbach hat wegen Befangenheit den Saal verlassen**. Daher können wir direkt in die Abstimmung einsteigen. Alle Anträge begehren 5.000 € pro Jahr. Ich bitte um Ihr Votum. – Das ist eine ziemliche **Mehrheit dafür**.

Ich darf noch auf die veränderten Ansätze hinweisen, die sich in der Veränderungsliste ergeben haben, einmal § 29 b FAG Kinderlastenausgleich „Neue Kita-Projekte in die Bedarfsplanung“, „Neue Hortgruppen in die Bedarfsplanung“ und die Ausweitung der Geschwisterkindregelung auf die Kindertagespflege. All das findet sich jetzt in den entsprechenden Beträgen in der 1. Veränderungsliste wieder.

**Antrag Nr. 224 (S. 253): IB Internationaler Bund – Projekt Bildungsberatung für Sinti- und Roma-Kinder – Erhöhung des städtischen Zuschusses (SPD, GRÜNE, KULT)**

**Antrag Nr. 225 (S. 253): IB Internationaler Bund – Bildungsbegleitung für Schüler/innen aus Roma- und Sinti-Familien – Zuschusserhöhung zur Aufnahme weiterer Schüler/innen (Die Linke)**



Ich darf darauf hinweisen, dass wir in der 1. Veränderungsliste diese Thematik aufgenommen haben und sogar 71.000 € zusätzlich bereitstellen, damit alle Kinder an dieser Stelle versorgt werden können. Wenn man das schon macht, muss man es richtig machen. Uns ist das in der Verwaltung in der Vorberatung einfach durch die Lappen gegangen.

Wenn Sie damit einverstanden sind, wären die **Anträge damit erledigt**. Wir haben das Thema aufgenommen.

### **Antrag Nr. 226 (S. 253): Bildungsberatung für Migranten (AfD)**

**Stadtrat Dr. Schmidt (AfD):** Herr Zeh, es ist keineswegs so, dass wir die Sachen streichen, wir reduzieren sie nur. Die Begründung ist, dass die Zahl der zu uns kommenden Asylbewerber rückläufig ist. Deswegen brauchen die Mittel nicht auf dem bisherigen Stand aufrechtzuerhalten und sie auch nicht weiter zu steigern, sondern wir können sie moderat zurückfahren. Das ist der Hintergrund dieses Antrags.

**Stadträtin Dr. Leidig (GRÜNE):** Integration ist eines der Schlüsselthemen der Zukunft weltweit, auch in Karlsruhe. Die Stadt der Zukunft ist international, bunt und vielfältig.

Die Gemeinderatsfraktionen in Karlsruhe wollen allen hier lebenden Menschen Chancen bieten und zum Gelingen der Integration beitragen. Wir alle hier im Gemeinderat – alle Fraktionen – werden gemeinsam dafür Sorge tragen, dass Integration gelingt und die dafür notwendigen finanziellen Mittel bereitstehen. Die AfD zeigt auch hier ihr wahres Gesicht. Sie will gerade in diesem wichtigen Zukunftsbereich Mittel kürzen. Sie beruft sich auf ein Versprechen. Versprechen ist ein positiv besetztes Wort, und Sie benutzen es dafür, um sich auf die Aussage der Bundesregierung zu berufen, nach der mit einem Rückgang der zu uns kommenden Migranten und Flüchtlingen zu rechnen sei. Sie nehmen das als Kürzungsgrund. Sie haben hier etwas missverstanden. Sie haben missverstanden, welche Zahlen zurückgehen sollen. Sie haben missverstanden, was hier in Karlsruhe unter Migrationspolitik zu verstehen ist. Und Sie haben anscheinend keine Ahnung, wer woher zu uns kommt, aus welchen Gründen und welchen Beitrag diese Menschen zu unserer Gesellschaft leisten.

Integration geschieht nicht von selbst. Es ist ein langer Weg, an dem beide Seiten arbeiten müssen, sowohl die Menschen, die hier leben, wie auch die Menschen, die hierherkommen. Wir haben hier in Karlsruhe eine Erstaufnahmestelle für Flüchtlinge. Viele dieser Menschen sind auf der Flucht vor Kriegen, vor Unterdrückung und Verfolgung und teils auch vor Hunger. Diese Menschen finden hier eine erste Unterkunft. Das entspricht nicht nur dem Handeln unseres Rechtsstaates, das entspricht auch unserer menschlichen Haltung.

Migrationspolitik betrifft aber nicht nur Flüchtlinge. Gerade in Karlsruhe kommen sehr viele Menschen aus der EU zu uns, die im Rahmen der Freizügigkeitsregelung hier arbeiten. Wir sind froh um diese Menschen, weil sie in unserer Gesellschaft einen wertvollen Beitrag leisten, weil sie unsere Gesellschaft bereichern. Auch die Wirtschaft sagt, wir brauchen Zuwanderung. So lautete 2018 ein Titel in „Die Welt“: „Ohne Zuwanderung sähe Deutschlands Zukunft düster aus“. Damit Integration gelingen kann, ist der Spracherwerb unabdingbar, aber auch Informationen über das Leben hier im Allgemeinen, über Bildungsweg, Verwaltung, Kultur und das Leben in einer modernen Demokratie. Viele Menschen ent-

schließen sich für die Einbürgerung. Dafür werben wir hier und wollen das auch weiterhin tun. Das ist einer der Ansätze des Büros für Integration.

Die AfD will an dieser Stelle Mittel kürzen, weil kein Bedarf dafür vorhanden sei. Sie wollen Spracherwerb verhindern, Integrationskurse streichen, ebenso wie die Mittel für die Kampagne zur Einbürgerung. Sie wollen ein Scheitern der Integration. Denn dieses Scheitern nährt das Wachstum ihrer Partei. Aber dem stellen wir uns dagegen. Die Gemeinderatsfraktionen werden Sorge tragen, damit Integration gelingen kann. Wir GRÜNE und die SPD haben zusätzliche personelle Ressourcen für das Büro für Integration beantragt, um die Umsetzung der Leitlinien für Integration voranzubringen, denn da sind zusätzliche Aufgaben zu bewältigen. Außerdem wollen wir auch außerstädtische Einrichtungen fördern wie das IBZ mit dem Projekt „Perspektive Now!“ oder die Fortführung der Antidiskriminierungsstelle.

Integration geschieht nicht von selbst, es ist ein langer Weg, an dem alle arbeiten müssen. Die Mehrheit im Gemeinderat, für die ich hier gesprochen habe, ist bereit, diese Arbeit zu leisten.

**Der Vorsitzende:** Wir kommen damit zur Abstimmung. Ich bitte um Ihr Votum. – Das ist eine **mehrheitliche Ablehnung**.

**Antrag Nr. 227 (S. 253): ibz, Projekt „Perspektive Now!“ institutionelle Förderung (SPD, GRÜNE, KULT)**

**Antrag Nr. 228 (S. 253): Internationales Begegnungszentrum – Förderung und Weiterführung des Projektes Perspektive Now! Plus (Die Linke)**

Es handelt sich um zwei Anträge mit unterschiedlichen Beträgen, zum einen ein Antrag der SPD, der Grünen und der KUL und zum anderen um ein Antrag der Linken.

**Stadtrat Fostiropoulos (Die Linke):** Nur eine kleine Korrektur, weil uns da ein Fehler unterlaufen ist. Wir nehmen den gleichen Betrag wie die anderen. Damit ist es ein gemeinsamer Antrag.

**Der Vorsitzende:** Vielen Dank. Dann können wir gleich zur Abstimmung kommen über den Antrag in der Größenordnung von 39.185 € jährlichen Zuschusses. Ich bitte um Ihr Votum. – Das ist eine **mehrheitliche Zustimmung**.

**Antrag Nr. 229 (S. 253): Förderung von Menschen mit Migrationshintergrund (AfD)**

**Stadtrat Dr. Schmidt (AfD):** Gleiche Begründung wie eben.

**Der Vorsitzende:** Damit können wir gleich in die Abstimmung eintreten, und ich bitte um Ihr Votum. – Auch eine **mehrheitliche Ablehnung**.

**Antrag Nr. 230 (S. 254): Stellenschaffung Umsetzung Integrationsplan (SPD)**

**Antrag Nr. 231 (S. 254): Integrationsbüro – Erhöhung um 0,5 Personalstelle (GRÜNE)**

Einmal werden 0,6 Stellen beantragt, einmal 0,5. Die GRÜNEN haben das eben schon begründet.

**Stadtrat Zeh (SPD):** Die Aufgabe ist durch den Integrationsplan deutlich größer geworden. Es sind inzwischen umfangreiche, komplexe Projekte entstanden, wie „Perspektive Now!“. Letztendlich ist die 0,7-Stelle auch schon wieder für die Weiterentwicklung des Integrationsplans besetzt. Wir beantragen – und da schließen wir uns dem Antrag der GRÜNEN an – auch eine 0,5-Stelle, damit wir einheitlich abstimmen können, um das Büro für Integration beim Controlling und bei der Abwicklung der Finanzen zu unterstützen.

**Stadträtin Dr. Dogan (CDU):** Auch für die CDU kann ich sagen, dass wir bei 0,5 Stellen mitgehen. Zunächst war uns aus der Verwaltungsantwort nicht ganz klar, dass über die 0,7-Stelle hinaus, die noch nicht besetzt war, ein zusätzlicher Bedarf besteht. Aber den sehen wir jetzt auch und gehen mit.

**Der Vorsitzende:** Damit kommen wir zur Abstimmung, und ich bitte um Ihr Votum. – Das ist eine **große Mehrheit dafür**.

Ich darf festhalten, wir haben jetzt die Ordnungsziffer 231 hinter uns gelassen, das ist genau die Hälfte der Anträge, die Sie in die Haushaltsberatungen eingebracht haben, also ein gewisser Zwischenschritt, der vielleicht noch etwas anspornt.

Wir machen weiter.

**Antrag Nr. 232 (S. 253): Jüdische Kultusgemeinde: Sozialarbeit (CDU, SPD, GRÜNE, KULT)**

**Stadtrat Dr. Müller (CDU):** Zunächst einige Vorbemerkungen.

Wir haben uns in diesem Bereich wieder zusammengesetzt, um abzuwägen, was alles an Anträgen, an Wünschen vorhanden ist, um ein sinnvolles Zusammenführen und Kanalisieren zu erreichen, sodass wir weiterhin unsere Soziale Stadt Karlsruhe insgesamt gut aufrechterhalten können. Dieses Zusammenkommen der Vertreter aus den Sozialbereichen der verschiedenen Fraktionen hat sich als gut erwiesen. Ich glaube, wir sollten allen danken, die sich daran beteiligt haben, weil dadurch eine gute Grundlage für den Sozialbereich geschaffen werden kann.

Es wird deswegen verschieden Anträge geben, die von mehreren Fraktionen gestellt werden, wo auch nur einer spricht. Es wird Anträge geben, wo wir uns alle einig waren und gar nicht dazu sprechen werden. So weit einfach zum Abstimmungsverhalten, wie wir es uns im Vorfeld immer wieder überlegt haben.

Nun zum eigentlichen Antrag, zu dem ich jetzt für die Gemeinschaft von CDU, SPD, GRÜNE und KULT sprechen darf. Es geht um die jüdische Kultusgemeinde, die für ihre Sozialarbeit eine Zuschusserhöhung benötigt. Sie sind oft die ersten niederschweligen Ansprechpartner für die Zuwanderung aus den ehemaligen Sowjetgebieten. Sie haben zu sorgen für ihre Gemeindemitglieder, die auch pflegebedürftig sind. Sie haben insgesamt einen zusätzlichen Bedarf an Sozialarbeit, vor allem bei den jüdischen Mitbürgerinnen und Mitbürgern. Deswegen ist es notwendig, dass wir diese Sozialarbeit mit einem weiteren Zuschuss unterstützen.

**Der Vorsitzende:** Vielen Dank. Ich habe jetzt keine weiteren Wortmeldungen. Dann können wir in die Abstimmung gehen. Ich möchte noch einmal darauf hinweisen, dass Sie auch in Ihren Gesprächen darum bitten zu versuchen, die Vernetzung mit unseren üblichen Angeboten aus dem Sozialdienst zu intensivieren. Es wäre sehr hilfreich, wenn man die Angebote ineinander verschränken kann. Es zeichnet sich schon eine gewisse Mehrheit hier ab, wenn ich es richtig zusammenzähle. Ich darf also um Ihr Votum bitten. – Das ist eine **Mehrheit für den Antrag**.

**Antrag Nr. 233 (S. 254): Sonstige Projekte und Veranstaltungen (AfD)**

Es besteht kein Redebedarf. Wir kommen daher gleich zur Abstimmung. Ich bitte um Ihr Votum. – Das ist eine große **ablehnende Mehrheit**.

**Antrag Nr. 234 (S. 254): Theaterprojekte an Schulen (AfD)**

Es besteht ebenfalls kein Redebedarf, und ich wir kommen wieder gleich zur Abstimmung. Ich bitte um Ihr Votum. – Auch das ist eine **eindeutige Ablehnung**.

Ich darf noch darauf hinweisen, dass wir in der 1. Veränderungsliste die Verwaltungspauschale Personalkosten IBZ und beim Projekt „Migrantinnen – häusliche Gewalt“ jeweils Anpassungen vorgenommen haben.

Wir können damit auf die **Seite 256** springen.

**Antrag Nr. 235 (S. 255): Karlsruher Pass und Kinderpass: Teilhabe aller Berechtigter ermöglichen (KULT)**

**Antrag Nr. 236 (S. 255): Karlsruher Pass und Kinderpass: Ausweitung der Bezugsberechtigung bzw. Anhebung der Bemessungsgrenze um je 10 Prozent in 2019 und 2020 (Die Linke)**

**Stadtrat Braun (KULT):** Leider nutzen viele Berechtigte den Karlsruher Pass und den Kinderpass heute immer noch nicht. Um mehr Menschen mit dem Angebot zu konfrontieren und so eben eine noch höhere Nutzungsquote zu erreichen, hat meine Fraktion in der Vergangenheit einige Anträge gestellt. Diese wurden abgelehnt, meist mit dem Verweis darauf, dass die Stadt bereits ohnehin eine vorbildliche Öffentlichkeitsarbeit machen würde.

Die Stadt muss aus unserer Sicht nun aber auch darauf vorbereitet sein, dass diese Öffentlichkeitsarbeit zieht und noch mehr Menschen die beiden Sozialpässe beantragen. Folgerichtig muss auch das Budget erhöht werden. Deshalb fordern wir, dass das Budget für die beiden Pässe auf 73 % der Bezugsberechtigten aufgestockt wird.

**Stadtrat Fostiropoulos (Die Linke):** Jeder Fünfte in Deutschland lebt an der Armutsgrenze, so die Statistiken, die in den letzten Wochen in den Medien zu hören und zu sehen waren. Das sind ca. 16 Millionen Menschen. Wir könnten jetzt herunterrechnen, wie viele davon in Karlsruhe sind. Es ist schon merkwürdig, dass es in einem der reichsten Länder dieser Welt so viel Armut gibt.

Nicht berechnet wird der Personenkreis, der gerade knapp über dieser Armutsgrenze liegt. Ich gehe davon aus, dass mit meiner Vorstellung von Arm und Reich in diesem Land mehr

als die doppelte Summe dieser 16 Millionen existiert. Dazu wollen wir einen Beitrag leisten, und deswegen wollen wir die Berechtigungs- und Bemessungsgrenze für den Karlsruher Pass und den Kinderpass um 10 % anheben.

Diese Begründung gilt auch für den Folgeantrag, denn wir haben zwei Anträge gestellt. Dabei möchte ich erwähnen, dass es hier darum geht, die Rücknahme der Leistungskürzungen zu beschließen und das Leistungsangebot um 10 % zu erhöhen, um genau diesem Trend in unserer Stadt ein Stück weit entgegenzuwirken.

**Stadträtin Dr. Fischer (SPD):** Wir sind alle stolz auf den Karlsruher Pass und auf den Karlsruher Kinderpass. Bisher haben wir es immer als gemeinsame Aufgabe angesehen, ihn weiterzuentwickeln und dies auch gemeinsam zu tun. Ich erinnere an viele Vorgängerinnen, z. B. Marianne Krug, Angela Geiger, Margot Döring oder Barbara Kofler. Wir saßen in kleiner Runde zusammen und haben darüber nachgedacht, um welche Punkte man den Pass erweitern könnte oder wie man noch Leistungen mit einschließen könnte. Auch das haben wir vor.

Ich denke, die jetzt gemachten Vorschläge sind nicht reif, sie so umzusetzen, wie sie jetzt hier vorgeschlagen werden. Zum einen halte ich diesen Antrag mit der Öffentlichkeitsarbeit für nicht notwendig. Wir haben in den letzten Jahren ein hohes Maß an Werbung gemacht, und jeder, der den Pass beantragt, wird den Pass auch bekommen. Wenn wir jetzt dafür Sorge tragen würden, dass sich die Zahl um weitere 100 oder 200 erhöht, dann würden diejenigen den Pass bekommen, ohne dass wir Geld einstellen müssen. Aber der Personenkreis soll erweitert werden. Darüber denken wir auch schon länger nach. Deshalb sind wir dafür, dass das im Fachausschuss – möglichst auch in einer kleinen Gruppe – weiterentwickelt wird. Wir hätten gerne einen Änderungsantrag gestellt, wenn dies denn möglich wäre, aber wir wissen, dass es zum derzeitigen Zeitpunkt nicht mehr notwendig ist. Deshalb war unsere Idee: Lasst uns 200.000 € mit einem Sperrvermerk einstellen, dann können wir im nächsten Jahr in aller Ruhe darüber nachdenken, um welche Punkte wir unsere beiden erfolgreichen Sozialprojekte erweitern können.

**Stadtrat Borner (GRÜNE):** Bevor ich jetzt auf die Anträge zu den Karlsruher Sozialpässen eingehe, möchte ich noch etwas Grundsätzliches aus grüner Sicht zum Teilhaushalt 5000 vortragen.

Einer der sozialpolitischen Schwerpunkte der GRÜNE-Fraktion sind ältere und pflegebedürftige Menschen. So setzen wir uns für mehr Kurzzeitpflegeplätze ein. Es gibt in Karlsruhe zu wenige Kurzzeitpflegeplätze, die zeitlich und begrenzt die Unterstützung pflegebedürftiger Menschen übernehmen. Neben Pflegeplätzen setzen wir uns auch für eine Kampagne zur Gewinnung von Altenpflegekräften ein. Ohne Pflegekräfte keine Pflege. Weiter beteiligen wir uns mit Anträgen, mit denen unterschiedliche Institutionen ihre Angebote gegen Gewalt gegen Frauen ausweiten können. Insbesondere liegen uns Kinderprojekte am Herzen, denn Gewalt gegen Frauen findet vor allem in der Familie vor den Augen der Kinder statt. Wir freuen uns, dass wir mit unseren Anliegen bei vielen Fraktionen auf offene Ohren gestoßen sind und gemeinsam einige Projekte auf einen guten Weg bringen konnten. Hierfür bedanken wir uns schon mal im Voraus. Wir haben keine Anträge gestellt und werden auch keine Anträge beschließen, die ausschließlich wegen tariflicher Erhöhung gestellt wurden. Wir sind der Meinung, dass wir das einmal grundsätzlich klären sollten.

Kommen wir zur AfD. Bei diesen Haushaltsberatungen wurden von der AfD erstmals in größerem Umfang Anträge gestellt, die die bisherige Stadtkultur in Frage stellen, alle Bevölkerungsgruppen einzubeziehen und aktiv gegen Diskriminierung und Ausgrenzung vorzugehen. Die AfD-Anträge in der heutigen Sitzung zeigen deutlich, wohin die AfD im Karlsruher Gemeinderat steuert. Deren Anträge im Teilhaushalt 5000 sind getrieben von Fremdenfeindlichkeit und Ressentiments gegen Migranten. Die AfD macht aber auch vor armen Deutschen nicht Halt. Exemplarisch sind hier genannt die beabsichtigten Streichanträge zur Wohnraumakquise oder den Stopp des Austausches von Kühlgeräten für Empfängerinnen von Hartz-IV-Leistungen. Wo irrationale Ängste gut zu bedienen sind, ist die AfD nicht weit. Exemplarisch ist der Antrag „Suchtberatung durch freie Träger fördern“ genannt. Die AfD argumentiert mit einer Steigerung von Drogenkriminalität. Wir sagen, die Sucht hat nicht zugenommen. Die AfD versucht, eine angstmachende Welt heraufzubeschwören, in der Sucht und Drogenkriminalität zunehmen. Einige AfD-Anträge sind so unspezifisch, dass sie nicht abstimmungsfähig sind. Wir GRÜNE tragen nur Haushaltsanträge mit, die dazu beitragen, dass Karlsruhe offener, lebensfreundlicher und nachhaltiger wird.

Jetzt möchte ich zu den Sozialpässen noch etwas sagen. Zum KULT-Antrag: Es ist ein Good-Will-Antrag. Es gibt um den Karlsruhe Pass und den Kinderpass keine Windhundrennen. Jeder, der kommt und hat die Voraussetzungen für den Erhalt des Passes, bekommt ihn auch. Der Antrag der Linken, die Bezugsgrenze für den Karlsruher Pass um weitere 10 % zu erhöhen, hat unsere Sympathie. Dennoch halten wir den Antrag heute noch nicht für abstimmungsreif. Daher schlagen wir vor, dass beide Anliegen der Linken im zuständigen Fachausschuss besprochen werden.

Darüber hinaus kündigen wir schon einmal an, dass wir demnächst die Karlsruher Sozialpässe ein weiteres Mal im Gemeinderat thematisieren.

**Stadtrat Joos (FDP):** Denken unsere KULT-Kollegen, die Karlsruher-Pass-Leute seien Analphabeten? Diese müssen sich doch diffamiert vorkommen. Bürgermeister Lenz stellte hier im Hause deutlich klar, an wie vielen Ecken und Enden der Karlsruhe Pass propagiert wird. Müssen wir noch die Hunde zum Jagen tragen? Ein bisschen Engagement kann man doch auch von Sozialleuten erwarten, die in der Regel viel Zeit haben, um sich kundig zu machen, was alles angeboten wird. Deshalb ist dieser Antrag für uns unnötig wie ein Kropf. Wir lehnen ihn ab.

**Der Vorsitzende:** Das waren alle Wortbeiträge. Weil die beiden Anträge unterschiedliche Dinge verlangen, möchte ich sie getrennt zur Abstimmung stellen.

**Stadtrat Fostiropoulos (Die Linke):** Da jetzt von SPD und GRÜNE vorgeschlagen wurde, das Thema im entsprechenden Ausschuss noch einmal zu behandeln und es ein Interesse gibt, in der Richtung positiv vorzugehen, stimmen wir dem zu.

**Der Vorsitzende:** Fangen wir trotzdem einmal mit dem **Antrag Nr. 235** an. Der KULT-Antrag begehrt, wenn ich es richtig verstanden habe, das Budget im Haushalt auf 73 % der möglichen Bezieher zu erweitern. Die Verwaltung hält das für nicht notwendig, da in dem Moment, wo mehr Leute den Pass beantragen, sie den auch bekommen, und wir würden dann gegebenenfalls die Mittel nachsteuern, denn die Leistungen sind ja zugesagt, die können wir nicht budgetabhängig ausschütten. Ich stelle das jetzt hier zur Abstimmung und bitte um Ihr Votum. – Das ist eine **Ablehnung**.

Wie gesagt, es wird keiner davon abgehalten, einen Pass zu beantragen und auch die entsprechenden Leistungen in Anspruch nehmen zu können.

Zum **Antrag Nr. 236** der Linken gibt es den vielfachen Wunsch, das Thema „Erweiterung der Bezugsberechtigten um 10%“ in den Fachausschuss zu nehmen. Es gab aber auch Ihren Änderungsvorschlag, Frau Stadträtin Dr. Fischer, einmal 200.000 € in den Haushalt einzustellen. Ich schlage vor, das in den Fachausschuss zu nehmen, denn wir wissen noch gar nicht, was das bedeutet. Falls Sie nach der Diskussion zu irgendwelchen Ergebnissen kommen, müssten wir schauen, wie wir damit umgehen, wenn es eine Mehrheit dafür gäbe. Können wir so verbleiben? Ob es formal dazu noch eines Antrags bedarf, können wir dann noch klären. Aber das bekommen wir hin. – Dann können wir den Antrag damit als **erledigt** betrachten.

**Antrag Nr. 237 a (S. 258): Karlsruher Pass und Kinderpass – Verbesserung der Leistungen – Rücknahme der Leistungskürzungen und zusätzlich Erhöhung der Leistungen um 10 Prozent (Die Linke)**

**Antrag Nr. 237 b (S. 258): Karlsruher Pass – ÖPNV-Tickets kostenfrei, als echtes Sozialticket (Die Linke)**

**Antrag Nr. 237 c (S. 258): Karlsruher Pass und Kinderpass – Ausweitung der Bezugsberechtigten bzw. Anhebung der Bemessungsgrenze um je 10 Prozent in 2019 und 2020 (Die Linke)**

**Stadtrat Fostiropoulos (Die Linke):** Wenn die Fraktionen auch diese Anträge mit in die Diskussion im Fachausschuss hineinnehmen wollen, dann wären wir damit einverstanden.

**Der Vorsitzende:** Es steht sowieso jedem frei, im Fachausschuss noch andere Themen einzubringen.

**Stadtrat Fostiropoulos (Die Linke):** Mir geht es jetzt darum, ob wir über die Anträge abstimmen oder nicht.

**Der Vorsitzende:** Ich nehme Ihren Vorschlag gerne mit auf, diese Anträge mit in die Ausschussberatung hineinzupacken. Damit sind sie **für heute erledigt**.

**Antrag Nr. 238 (S. 256): Institutioneller Zuschuss Freundeskreis Asyl KA e. V. (KULT)**

**Antrag Nr. 239 (S. 256): Freundeskreis Asyl Karlsruhe – Flüchtlings- und Migrationsberatung – Zuschusserhöhung aufgrund gestiegenen Beratungsbedarfs (Die Linke)**

Einmal werden 13.181 € und einmal 40.000 € beantragt.

**Stadtrat Cramer (KULT):** Der Freundeskreis Asyl Karlsruhe ist seit vielen Jahren, um nicht zu sagen: seit vielen Jahrzehnten, aktiv im Umfeld der LEA in der Durlacher Allee. Er ist angesiedelt im Menschenrechtszentrum und mittlerweile auch in der Südstadt mit eigens angemieteten Räumen. Die Arbeit, die dort gemacht wird, ist für die Geflüchteten in der Stadt notwendig. Ich möchte darüber gar nicht weiter ausführen. Es wurden vom Freundeskreis Asyl ca. 40.000 € beantragt. Ich und die Kollegin Melchien waren noch einmal vor Ort und haben klar gesagt, dass das, was in Karlsruhe an Arbeit geleistet wird, von uns

unterstützt wird. Wir haben uns in einem Gespräch mit dem Freundeskreis Asyl dahingehend verständigt, dass wir – die KULT-Fraktion als Antragsteller – unsere eingebrachte Summe von 13.000 € auf 10.000 € reduzieren, und um diesen Betrag geht es jetzt, und ich bitte die Mehrheit dieses Hauses, diesem Antrag zuzustimmen.

**Stadtrat Fostiropoulos (Die Linke):** Ich möchte nur ergänzen, dass wir uns diesem Betrag anschließen.

**Der Vorsitzende:** Wir haben jetzt einen gemeinsamen Antrag von KULT und den Linken über eine Erhöhung des Zuschusses um 10.000 €, wenn ich das jetzt richtig verstanden habe.

**Stadträtin Melchien (SPD):** Entschuldigen Sie, Herr Oberbürgermeister, ich wollte mich eigentlich meinem Kollegen Cramer anschließen. Das mache ich auch, aber ein wichtiger Aspekt hat uns noch gefehlt. Wir wünschen uns, dass über die Verwendung dieser zusätzlichen Summe bzw. des gesamten Zuschusses eine Debatte im Fachausschuss stattfindet, im AK und auch im Migrationsbeirat, damit klar ist, dass wirklich Karlsruher Projekte unterstützt werden, nicht etwa solche außerhalb unserer Stadt.

**Der Vorsitzende:** Ich habe das jetzt als Anregung verstanden, nicht als Sperrvermerk. – Ja. Wir nehmen das also in den Fachausschuss und bitten den Freundeskreis Asyl, das darzustellen.

Es bleibt also beim **gemeinsamen Antrag**. 10.000 € ist die Summe, die begehrt wird. Das stelle ich jetzt zur Abstimmung und bitte um Ihr Votum. – **Das findet eine Mehrheit.**

#### **Antrag Nr. 240 (S. 257): Quartiersentwicklung Karlsruhe (GRÜNE)**

Wir haben über die Veränderungsliste die entsprechenden Mittel aufgenommen. Insofern hat sich der **Antrag damit erledigt**. – Vielen Dank.

#### **Antrag Nr. 241 (S. 257): Mietkostenzuschuss Seniorenbegegnungsstätte Glogauerstraße 10, Bürgerverein Waldstadt e. V. (CDU, GRÜNE; KULT)**

#### **Antrag Nr. 242 (S. 257): Bürgerverein Waldstadt -Begegnungsstätte Waldstadt – Erhöhung des Mietkostenzuschusses (Die Linke)**

Es gibt keine Wortmeldungen. Die Summen sind identisch. Dann können wir die Anträge gemeinsam zur Abstimmung bringen. Ich bitte um Ihr Votum. – Das ist eine große **Mehrheit dafür**.

#### **Antrag Nr. 243 (S. 256): Institutionelle Förderung für RÜCKENWIND – Projektbegleitung für das Jugendbeteiligungsprojekt von jungen Menschen mit Fluchterfahrung (KULT)**

Es geht um einmalig 50.000 €. Es gibt keine Wortmeldungen. Dann können wir gleich in die Abstimmung gehen, und ich bitte um Ihr Votum. – Das ist eine **Mehrheit**, die sich **dagegen** ausspricht.

#### **Antrag Nr. 244 (S. 257): Hilfen für Flüchtlinge und Aussiedler (AfD)**



Ich sehe keine Wortmeldungen. Ich bitte um Ihr Votum. – Das ist eine **mehrheitliche Ablehnung**.

**Antrag Nr. 245 (S. 257): Cent hinterm Komma (KULT)**

**Antrag Nr. 246 (S. 257): Cent hinterm Komma (FDP)**

**Antrag Nr. 247 (S. 257): Zuschuss für Cent hinterm Komma e. V. (FÜR Karlsruhe)**

**Antrag Nr. 248 (S. 257): Cent hinterm Komma e. V. – Betriebskostenzuschuss (Cent hinterm Komma e. V.)**

Ich erinnere mich, dass wir das im Rahmen der Haushaltsstabilisierung, aber auch aus inhaltlichen Gründen seinerzeit herausgenommen haben, und warne davor, hier einen Präzedenzfall zu schaffen, wo ich doch froh, war dass wir die Sache aus der Haushaltssystematik herausnehmen konnten.

**Stadtrat Hock (FDP):** Man ist verwundert, wenn man sieht, was „Cent hinterm Komma“ in den letzten Jahren für Menschen mit Handicap bewirkt hat und welche Projekt in dieser Stadt bei „Cent hinterm Komma“ laufen. Da wundert man sich immer wieder, dass man in der Haushaltsstabilisierung überall gekürzt hat. Aber hier hat man den Zuschuss komplett gestrichen, und das hat uns immer wieder verwundert.

Wenn man sich mit den Leuten beschäftigt und sieht, welche Arbeit dort geleistet wird, kann man sich nur wundern, dass man hier im Hause eine komplette Ablehnung für diesen eingetragenen Verein, wie es viele in dieser Stadt gibt, hat. Deshalb wundert mich das. Irgendjemand muss jemandem auf die Füße getreten sein. Anders kann ich es mir nicht vorstellen. Denn, wie gesagt, wenn man sich mit diesem Verein beschäftigt und sieht, was getan wird, wundert man sich. Meine Fraktion und die anderen Antragsteller würden sich heute freuen, wenn Sie eine Unterstützung geben. Das ist auch dringend erforderlich, denn alles, was getan wird – mit vielen Ehrenamtlichen –, ist nicht ohne Geld zu machen. Das ist einfach so. Deshalb hoffen und wünschen wir, dass es heute eine andere Abstimmung gibt als bei der Haushaltsstabilisierung.

**Der Vorsitzende:** Ich habe keine weiteren Wortmeldungen. Dann fangen wir hier mit dem **Antrag** der FDP – **Nr. 246** – und dem **Antrag** aus der Bürgerschaft – **Nr. 248** – an, die 25.000 € im Jahr als Zuschuss begehren, und ich bitte um Ihr Votum. – Das ist eine **Ablehnung**.

Ich rufe dann den **Antrag** der KULT-Fraktion – **Nr. 245** – auf, mit dem 19.200 € pro Jahr begehrt werden, und bitte um Ihr Votum. – Das ist eine **mehrheitliche Ablehnung**.

Zuletzt rufe ich den **Antrag Nr. 247** von FÜR Karlsruhe auf, einen jährlichen Zuschuss von 12.500 € zu gewähren, und bitte auch hier um Ihr Votum. – Auch das ist eine **mehrheitliche Ablehnung**.

**Antrag Nr. 249 (S. 257): Sicherung des Netzwerks Leichte Sprache Karlsruhe(CDU)**

**Antrag Nr. 250 (S. 257): Erhöhung des jährlichen Zuschusses für das Netzwerk Leichte Sprache (SPD, GRÜNE, KULT)**

Beide Anträge beinhalten einen jährlichen Zuschuss von 20.000 €, beim interfraktionellen Antrag gibt es dazu einen Sperrvermerk, da noch eine detaillierte Beratung im Sozialaus-

schuss erfolgen soll. Ich denke, man kann das zusammenpacken. – Sie sehen das auch so, und ich bitte um Ihr Votum. – Das ist eine **deutliche Mehrheit dafür**.

**Antrag Nr. 251 (S. 255/257): Wohnraumakquise durch Kooperation – Aufstockung um eine überplanmäßige Stelle (SPD)**

**Antrag Nr. 252 (S. 255/257): Wohnungslosenhilfe – Zwei weitere Planstellen für die Wohnraumakquise schaffen (KULT)**

**Antrag Nr. 253 (S. 255/257): Wohnraumakquise (AfD)**

Einmal geht es um eine Stellenschaffung um eine und einmal um eine Stellenschaffung um zwei und zum Dritten geht es um eine Reduzierung dieser Thematik.

**Stadträtin Melchien (SPD):** Das Karlsruher Modell einer Wohnraumakquise hat sich in den vergangenen Jahren mehr als bewährt. Es wird mittlerweile auch sehr interessiert in anderen Kommunen wahrgenommen. Verwunderlich ist dies nicht, wird durch diese kreative und intelligente Art des Verwaltungshandelns eine Situation geschaffen, bei der es nur Gewinner gibt, in erster Linie Wohnungslose oder von Wohnungslosigkeit bedrohte Menschen. Es geht um Menschen in extrem schwierigen Lebenssituationen, die – gäbe es dieses fantastische Projekt in unserer Stadt nicht – anderweitig obdachlos rechtlich untergebracht werden müssten, mit oftmals leider tiefgreifenden Folgen für alle Aspekte ihres Lebens.

Lassen Sie es mich deutlich machen: Die Möglichkeit, nicht stigmatisiert wohnen zu können, d. h. in der Mitte der Gesellschaft mit Nachbarn und nach Bedarf sozialarbeiterisch begleitet, ist eine grundlegende Voraussetzung, dass diese Menschen ihre schwierige Lebenssituation überwinden und wieder Anschluss finden.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die Aufstockung des bisherigen Stellenanteils um zunächst eine Stelle ist notwendig, wenn es uns gelingen soll, weitere Wohnungen akquirieren zu können. Gelder, die wir hier einstellen, sind – wie betont – nicht nur aus sozialer, sondern auch aus ökonomischer Perspektive gut investierte Gelder, gerade auch im Hinblick auf gestiegene Zahlen von Obdachlosen, die seit dem letzten Jahr auf sehr hohem Niveau konstant sind. Ich will Ihnen kurz einen Vergleich geben: Als ich in den Gemeinderat gekommen bin, hatten wir noch ungefähr die Hälfte der Zahlen, d. h., die Zahlen haben sich fast verdoppelt, seit ich dabei bin. Gut, ich bin jetzt auch schon eine Weile dabei, aber es ist trotzdem eine dramatische Steigerung.

Eine Bemerkung zum Antrag der selbsternannten Alternative für Deutschland: Zunächst einmal könnte man die Motivation hinter Ihrem Antrag in einer radikal marktgläubigen Logik vermuten. So geben Sie auch vor, Handeln der öffentlichen Hand mit dem Ziel einschränken zu wollen, um ein Funktionieren des freien Immobilienmarkts abwenden zu wollen. In Wirklichkeit ist Ihr Ansinnen sowohl sozialpolitisch als auch kommunalwirtschaftlich reine Augenwischerei. Mit dem Ziel, sich auf Kosten der Ärmsten in unserer Gesellschaft als harte Ausgabensaniierer zu profilieren, das ist unlauter und aus Sicht verantwortungsvoller Kommunalpolitiker auch unverantwortlich.

Alle anderen Kolleginnen und Kollegen bitte ich um ihre Zustimmung.

**Stadtrat Braun (KULT):** Der Wohnungsmarkt in Karlsruhe ist angespannt. Wohnraum, vor allem bezahlbarer Wohnraum, ist knapp. Mit der Wohnraumakquise können adäquate Wohnungen für diejenigen gefunden werden, die auf dem freien Wohnungsmarkt schlechtere Chancen haben: Menschen mit niedrigem Einkommen, Familien mit vielen Kindern oder Alleinerziehende.

Seit Einführung der Wohnraumakquise durch Kooperation konnten viele Menschen von der Straße geholt und in Wohnungen vermittelt werden. Um dies weiter auszubauen, beantragen wir die Schaffung zweier neuer Planstellen für die Akquise und glauben auch, dass diese notwendig sind, um den Erfolg des Projekts langfristig gewährleisten zu können.

**Stadtrat Dr. Schmidt (AfD):** Natürlich ist es günstiger, Leute in Wohnungen unterzubringen als in Hotels, das ist mir auch klar. Ich verstehe auch, wie diese Wohnraumakquise funktioniert. Dass sie ein gutes Instrument ist, Obdachlose von der Straße zu holen, ist auch klar. Das Problem, das wir dabei sehen, ist, dass wir oft von Leuten angesprochen werden, die ein niedriges Einkommen haben – meist Rentner – und sagen, sie fänden keinen Wohnraum, den sie sich leisten können. Wir haben die Vermutung, dass dieser Wohnraum gerade an dieser Stelle durch die Stadt dem Markt entzogen wird. Die Wohnungen, um die es hier geht, sind ja welche auf niedrigem Niveau, auf niedrigem Renovierungsniveau, wo die Vermieter die Wohnungen nicht renovieren wollen, sondern lieber in die Obhut der Stadt geben, und deshalb sehen wir das Problem, dass diese Wohnungen dauerhaft dem Markt entzogen werden. Wir plädieren ja nicht dafür, das Ganze abzuschaffen, sondern wir regen nur an, darüber nachzudecken, ob man das wirklich immer weiter ausbauen muss. Sie müssen bedenken, woher nehmen Sie diese Wohnungen. Die Wohnungen werden dem Markt entzogen.

Es geht nicht darum, der großen Marktwirtschaft das Wort zu reden. Es geht darum, dass wir im niedrigen Preissegment immer weniger Mietwohnungen haben. Dort entnehmen wir die Wohnungen und bringen sie in städtische Obhut. Das war unser Gedankenansatz dabei, und jetzt können Sie weiter auf mich eindreschen.

**Stadtrat Dr. Müller (CDU):** Auch die CDU-Fraktion hat von Anfang an die Wohnraumakquise unterstützt und für sinnvoll und wichtig gehalten. Es ist sicherlich ein Trugschluss zu sagen, das Problem des billigen Wohnraums wird dadurch verschärft, dass wir die Wohnraumakquise haben. Das sind zwei verschiedene Paar Stiefel. Die Wohnraumakquise wird anders gehandhabt als das, worum wir uns auch kümmern müssen – das ist keine Frage –, billigen Wohnraum auch in dieser Stadt zu schaffen. Darüber sind wir uns in diesem Hause weitgehend einig, dass wir auch an dieses Thema akut herangehen müssen.

Wir haben zunächst gedacht, es reichen die Stellen, wie es auch in der Verwaltungsantwort dargestellt ist, aber wir haben uns noch einmal näher mit der Situation befasst und denken, dass die Situation der Wohnungslosen leider Gottes immer noch am Steigen ist, es aber auch gleichzeitig vermehrt möglich ist, durch Wohnraumakquise Wohnungen zu bekommen, um diese Menschen zu versorgen. Deswegen halten wir es auch für notwendig, dass wir unter Umständen noch eine Stelle brauchen. Wir schlagen deshalb von unserer Seite vor, diese Stelle zu beantragen, aber mit Sperrvermerk zu versehen, falls sie in den nächsten zwei Jahren, die dieser Doppelhaushalt läuft, notwendig wird. Dann könnte man sie aktivieren. Falls sie wider Erwarten – oder hoffentlich – nicht gebraucht wird, können wir es eben stehen lassen.

Wir stimmen also einer Vollzeitstelle zu, aber mit Sperrvermerk.

**Stadtrat Borner (GRÜNE):** Die Wohnraumakquise durch Kooperation ist auch der GRÜNE-Fraktion eine wichtige und wertvolle Angelegenheit. Die Wohnraumakquise ist ein wichtiger Faktor geworden, um Menschen, die am Wohnungsmarkt benachteiligt sind, wieder eine Rückkehr in ein normales Leben zu ermöglichen. Wir werden dem Antrag auf eine Vollzeitstelle folgen, wünschen uns aber zuvor eine vertiefte Beratung im Fachausschuss. Deswegen beantragen auch wir einen Sperrvermerk.

**Stadträtin Zürn (Die Linke):** Nur eine Anmerkung.

Herr Dr. Schmidt, sie sagten drei- oder viermal, die Wohnungen würden dem Markt entzogen. Was passiert mit den Wohnungen? Dort wohnen dann genau die Menschen, von denen Sie sagen, dass sie Sie ansprechen: die Alleinerziehenden mit Kindern, die keine Wohnungen finden und zum Teil auf der Straße landen, oder Familien und alle möglichen Leute, die in die Wohnungslosigkeit kommen, also auch normale Menschen, die sich einfach die Miete nicht mehr leisten können, und genau die kommen in diese Wohnungen. Das heißt, die Wohnungen werden eigentlich in Ihrem Sinne zugeführt und nicht dem Markt entzogen, wie Sie das sagen.

**Stadtrat Wenzel (FW):** Jeder kann heute wohnungslos werden, durch Krankheit, durch Alter, durch finanzielle Probleme, und deshalb denke ich, das ist ein Mittel, für Leute Wohnraum zu schaffen. Ich denke, was Dr. Müller gesagt hat – und auch Herr Borner –, wir sollten darüber reden und weitermachen, da kann ich mitgehen. Diesen Weg zu beschränken, wie Herr Dr. Schmidt vorgeschlagen hat, ist absolut falsch, denn es sind gerade die Rentner, die alleinerziehenden Frauen, die Mütter, die wenig Rente haben, die diesen Weg brauchen. Deshalb ist das genau die falsche Einstellung, und deshalb gehe ich den beantragten Weg mit.

**Stadtrat Cramer (KULT):** Ich verstehe den Stadtrat der AfD nicht. Er ist jetzt über vier Jahre im Gemeinderat, und ich muss ganz ehrlich sagen, da erwarte ich mehr Sachkenntnis. Sie wissen offensichtlich überhaupt nicht, was die Wohnraumakquise ist. Sie brummen hier etwas heraus, was mit der Realität in der Stadt und mit der Wohnraumakquise überhaupt nichts zu tun hat. Die Wohnungen werden dem Markt nicht entzogen, weil die Wohnungen, bevor sie die Wohnraumakquise anfasst, gar nicht auf dem Markt sind. Haben Sie das verstanden? Die sind gar nicht auf dem Markt. Die sind nicht auf dem Markt! Es sind Räumlichkeiten, die von den Besitzern, den Vermietern der Stadt und der Wohnraumakquise zur Verfügung gestellt werden. Und dann wird geschaut, wie können zusammen mit potenziellen späteren Mietern die Räumlichkeiten umgebaut werden. Da ist es in vielen Fällen so, dass die – wenn sie es leisten können – bei der Renovierung der Räume dabei sind, die dann zu ihrem Wohnraum, zu ihrer Wohnung umgebaut werden. Haben Sie das verstanden? Haben Sie das verstanden, Herr Schmidt? Es wäre mir schon recht, wenn Sie das mitnehmen, wie die Wirklichkeit ist, wie gearbeitet wird. Gut, das ist Arbeit, diese Wohnungen erst einmal zu finden und dann mit den Vermietern Verträge zu machen, mit denen beide Seiten leben können. Dafür braucht man Leute, die das machen, und wir sagen daher, man muss diese Stellen schaffen.

**Der Vorsitzende:** Das waren alle Wortbeiträge.

Wir fangen mit dem weitgehendsten Antrag an. Das ist der **Antrag Nr. 253**, der Antrag der AfD, die Wohnraumakquise deutlich zu reduzieren. Ich bitte um Ihr Votum. – Mehrheitlich **abgelehnt**.

Der nächstweitgehende Antrag in der anderen Richtung ist der **Antrag Nr. 252**, der Antrag der KULT-Fraktion, zwei Stellen für die Wohnraumakquise zu schaffen, und auch hierfür bitte ich um Ihr Votum. – Das ist auch eine **mehrheitliche Ablehnung**.

Wir kommen jetzt zum **Antrag Nr. 251, dem Antrag der SPD**, eine Vollzeitstelle zu schaffen. Es gab den Vorschlag, diesen Antrag mit einem Sperrvermerk zu versehen und das Geld dann freizugeben, wenn der Nachweis im Fachausschuss erbracht wird. Da einige Kollegen der SPD-Fraktion nicken, nehmen wir das in den Antrag auf, und ich bitte dann um Ihr Votum. – Dieser **Antrag hat eine Mehrheit** bekommen.

**Antrag Nr. 254 (S. 257): Fahrdienst für schwer behinderte Menschen: Rücknahme HSPKa-Kürzung (SPD, GRÜNE, KULT)**

**Antrag Nr. 255 (S. 257): Beirat für Menschen mit Behinderungen - Fahrdienst – Wiederaufstockung der Zahl der Fahrtberechtigungen auf 200 pro Person/Jahr ohne Quartalsbindung (Die Linke)**

**Antrag Nr. 256 (S. 257): Beirat für Menschen mit Behinderungen - Beförderungsdienst (Beirat für Menschen mit Behinderungen)**

**Stadträtin Moser (SPD):** Die SPD-Fraktion beantragt gemeinsam mit den GRÜNEN und der KULT-Fraktion, den Fahrdienst für Menschen mit Behinderung von momentan von 144 Fahrten auf 200 Fahrten pro Person ohne Quartalsbindung aufzustocken.

Um Menschen mit Behinderung eine soziale und kulturelle Teilhabe zu ermöglichen, ist ein solcher Fahrdienst erforderlich. Insbesondere mit schweren elektrischen Rollstühlen lässt sich der öffentliche Nahverkehr nicht nutzen. Damit die Schwerbehinderten selbst entscheiden können, ob sie überhaupt den Fahrdienst in Anspruch nehmen wollen, da möglicherweise das Kontingent nicht ausreicht, muss die Anzahl der Fahrten erhöht werden. Selbst bei einer Erhöhung auf 200 Fahrten können in der Woche vier Fahrten gemacht werden. Das heißt, zweimal kann der Behinderte irgendwohin gefahren werden.

Außerdem beantragen wir die Übertragung der nicht genutzten Fahrten ins nächste Quartal. Die Reduzierung der Pauschalen für die Beförderungsdienste für schwerbehinderte Menschen ist für uns nicht akzeptabel und soll zurückgenommen werden. Wir unterstützen gerne den Antrag des Beirats für Menschen mit Behinderungen.

**Stadträtin Wiedemann (CDU):** Auch wir unterstützen den Antrag des Behindertenbeirates. Wir würden aber gerne wissen, wie viele Fahrten in Anspruch genommen werden. Von einer Nichtübertragung ins nächste Quartal war noch nie die Rede, denn wir hatten es beim letzten Mal auch, dass die nicht in Anspruch genommenen Fahrten aufgesammelt werden konnten und für das gesamte Jahr ins Kontingent kommen. Deswegen verstehen wir nicht so richtig, warum das ein extra Punkt ist, dass nicht in Anspruch genommene Fahrten nicht verfallen sollen. Die durfte man die gesamte Zeit beibehalten.

Ansonsten stimmen wir der Rücknahme dieses Antrages von vor zwei Jahren zu.

**Stadtrat Borner (GRÜNE):** Die damalige Kürzung beim Fahrdienst für Menschen mit Behinderungen war seitens der Stadtverwaltung nicht optimal vorbereitet. In der Folge sind die Eingliederungsmittel für solche Fahrten gestiegen und damit auch der Verwaltungsaufwand, die einen Teil der geplanten Einsparungen zunichte gemacht haben.

Wir beantragen daher die Wiederaufstockung der Zahl der Fahrtberechtigten auf 200 neu und ohne Quartalsbindung, wie gehabt.

**Stadtrat Lancier (KULT):** Nur ganz kurz für den Fall, dass das nicht eindeutig klar ist, dass die Beträge, von denen wir hier reden, schon vorhanden sind. Denn die tatsächlichen Ausgaben werden sich nach der Lage der bisherigen Erfahrungen nicht wirklich nennenswert ändern. Was sich ändern wird, ist, dass hier keine Vermögensoffenlegungen mehr für Leute erforderlich sind, die diese 144 Fahrten erreicht haben.

Was für mich auch ein wesentlicher Punkt ist: Es ist eine wichtige Symbolik, denn hier werden Taten den Worten folgen, die wir gegenüber den Behinderten zum Ausdruck gebracht haben, und auf diese Art und Weise wird wieder eine Inkludierung ermöglicht.

**Stadträtin Zürn (Die Linke):** Nur noch einen Satz: Wir finden diesen Antrag sehr gut und für überfällig, und es ist richtig, dass das jetzt zurückgenommen werden soll.

Ich möchte mich für die Antwort der Verwaltung bedanken. Da steckt sehr viel fachliche Information drin, und aus dieser Antwort schrie es auch heraus, welche Ungerechtigkeit das ist. Es war eine gute Begründung, das noch einmal zurückzunehmen.

**Der Vorsitzende:** Ich bin jetzt ein bisschen überfordert, die verschiedenen Forderungen zusammenzubringen.

Frau Wiedemann, wenn Sie sagen, sie wollen die Kürzung zurücknehmen, ist das dann dasselbe wie das Aufstocken auf 200 Fahrten? – Okay! Diese Aufstockung auf 200 Fahrten wird ja mit der Forderung verbunden, keine quartalsweise Zuschreibung vorzunehmen, sondern das quartalsübergreifend zu machen.

Ich schlage Ihnen zunächst zur Abstimmung vor, erst einmal **auf den früheren Bestand von 200 Fahrten aufzustocken**. Darüber stimmen wir jetzt ab, und ich bitte um Ihr Votum. – Das ist **Zustimmung**.

**Stadträtin Wiedemann (CDU):** Ich will nur noch darauf hinweisen: Wir haben, als die Kürzung vor zwei Jahren vorgenommen wurde, als Zuckerle zugesagt, dass die nicht in einem Vierteljahr abgerufen werden müssen, sondern die Fahrten das gesamte Jahr zur Verfügung stehen. Deshalb verstehe ich nicht den Antrag, man wolle die Übertragung haben.

**Stadträtin Moser (SPD):** Wir nehmen das zurück.

**Der Vorsitzende:** Dann wären erst einmal alle Begehren des Antrags erledigt, und ich brauche nichts weiter zur Abstimmung stellen. – Okay, damit haben sich die **Anträge 254 – 256 erledigt**.

**Antrag Nr. 257 (S. 258): Anschubfinanzierung für Beratungsstelle für Menschen mit Autismus (SPD)**

Es werden jeweils 35.000 € beantragt, versehen mit dem Sperrvermerk, das müsse der Konzeption dieser neuen Beratungsstelle, die aus zwei bestehenden Beratungsstellen entstehen soll, vorgelegt werden.

**Stadtrat Hermanns (SPD):** Worum geht es hier? Der Verein Autismus Karlsruhe e. V. hat bisher die Beratung für das Autismus-Spektrum Störung übernommen, und bis zum letzten Jahr hat das dieser Verein hervorragend mit einer exzellenten Fachkraft durchgeführt. Diese Fachkraft ist aber jetzt in Rente gegangen. Sie hat sage und schreibe über 500 Beratungen im Jahr durchgeführt. Der Verein hat sich nun entschieden, die Konzeption zu verändern, indem diese Beratung nicht mehr von einer professionellen Person durchgeführt werden soll, sondern von Autisten für Autisten. Hier ist nun der Verein Arbeit-Wohnen-Leben e. V. ins Spiel gekommen, weil man dort der Meinung ist, dass professionelle Beratung wichtig sei, die aber nicht ausschließlich von Autisten durchgeführt wird. Man hat dann versucht, eine gemeinsame Ebene zu finden, um eine Neukonzeption aufzubauen. So ganz konnte man sich noch nicht einigen, aber wir wollen mit diesem Antrag die Neukonzeption für die gesamte Beratungsleistung erwirken, deshalb auch der Sperrvermerk. Es soll eine Konzeption vorgelegt werden, wie am besten die beiden Vereine eine Beratung aufbauen können, und zwar mit einer professionellen Beratungsstelle und nicht mit der Intention, die Beratung von Autisten mit Autisten durchzuführen.

Das ist unser Anliegen, und ich hoffe, liebe Kolleginnen und Kollegen, Sie können diesem Antrag folgen.

**Stadtrat Dr. Müller (CDU):** Wir glauben – und folgen damit der Verwaltung –, dass im Moment das Angebot ausreichend ist. Es soll erst einmal das neue Konzept entwickelt werden, das dauert sicher eine Weile. Dann können wir bei der nächsten Haushaltsberatung sehen, was notwendig ist. Wir würden den Antrag im Moment ablehnen, weil wir keine Notwendigkeit sehen, jetzt einen Vorschub zu machen, dass zu einem bestehenden ausreichenden Angebot noch etwas Neues kommt.

**Stadträtin Rastätter (GRÜNE):** Wir stimmen der Antwort der Verwaltung zu, dass wir keine Doppelstrukturen in diesem Bereich aufbauen und längerfristig fördern wollen. Aber tatsächlich ist es so, wie der Kollege Hermanns vorgetragen hat, dass Doppelstrukturen entstanden sind. Mit einem Sperrvermerk könnten wir dem Antrag zustimmen, aber mit der Maßgabe, dass die Stadtverwaltung die beiden Beratungsstellen an einen Tisch nimmt und eine zukunftsfähige Konzeption entwickelt, die dann auch entsprechend den Bedürfnissen der Menschen mit Autismus – von Kindern bis Senioren – Rechnung trägt. In diesem Fall könnten wir einer Erhöhung der Mittel zustimmen, denn tatsächlich ist es so, dass der Anteil von Autisten und Autistinnen an der Bevölkerung ja recht groß ist und den Bedürfnissen dieser Menschen Rechnung getragen werden muss.

Mit Sperrvermerk und einer zukunftsfähigen Konzeption können wir dem Antrag zustimmen.

**Der Vorsitzende:** Es gibt keine weiteren Wortmeldungen. Dann stelle ich den Antrag der SPD mit Sperrvermerk und einer entsprechenden Beratung im Fachausschuss zur Abstim-

mung. Ich verstehe es aber nicht so, Frau Stadträtin, dass wir jetzt die Aufgabe übernehmen, zwei Vereine zusammenzubringen. Das müssen die schon selbst regeln und eine entsprechende Konzeption vorstellen. Ich sage das, damit die Auftragslage an der Stelle unklar bleibt, wenn der Antrag eine Mehrheit bekommen sollte.

Sie haben dann natürlich fachlich zu beurteilen, ob die Konzeption passt. Damit stelle ich das zur Abstimmung und bitte um Ihr Votum. – **Das findet eine Mehrheit.**

**Antrag Nr. 258 a (S. 258): Der Paritätische – Rücknahme der Kürzungen der Zuschüsse für die Paritätischen Mitgliedsorganisationen (Die Linke)**

**Antrag Nr. 258 b (S. 258): Der Paritätische – Jährliche Erhöhung der Zuschüsse für die Paritätischen Mitgliedsorganisationen um 3 Prozent zum Ausgleich gest. Personalkosten**

**Stadträtin Zürn (Die Linke):** Diese Anträge kennen Sie von uns. Wir sind schon vor einhalb Jahren dagegen gewesen, das man Mittelkürzungen bei den Wohlfahrtsverbänden vornimmt. Daran hat sich nichts geändert, und wir unterstützen auch vollumfänglich die Forderungen der Wohlfahrtsverbände. Was ich jetzt sage, gilt für die folgenden vier Anträge und auch später noch für die Anträge Nrn. 315 a und 315 b der Caritas, die gleichermaßen gefordert haben, die Mittelkürzungen zurückzunehmen und die Zuschüsse je nach Erfordernis zu erhöhen.

Ich möchte nur ganz kurz sagen, ich habe in meiner Haushaltsrede vor wenigen Wochen begründet, warum wir diese Mittelkürzungen nicht richtig finden. An der Situation der Wohlfahrtsverbände hat sich nichts geändert. Wir sehen allerdings eine etwas bessere Finanzlage der Stadt, die es aus unserer Sicht nicht mehr rechtfertigt, dass gerade im Bereich der Wohlfahrtsverbände gespart wird. Die Verbände übernehmen Aufgaben, bei denen es auf jeden Cent ankommt. Wenn irgendwo die Hilfeleistung in einer Einrichtung nicht richtig funktioniert, dann kann die gesamte Hilfekette zusammenbrechen. Wir wollen das nicht und möchten deshalb die Arbeit der dortigen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter nicht weiter erschweren.

Ich weiß nicht, ob ich Herrn Borner vorhin richtig verstanden habe, ich hoffe eigentlich nicht, dass er gesagt hat, dass sie nicht zustimmen, wenn es nur darum geht, Tariferhöhungen auszugleichen. Das halte ich für ein Argument, das für mich in diesem Bereich nicht zieht, denn gerade in diesen sozialen Organisationen passiert ja etwas, und wenn sie die Tariferhöhungen nicht ausgleichen können, dann fahren sie entweder das Angebot herunter oder die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter müssen außerhalb von tariflicher Entlohnung arbeiten. Das kann beides nicht in unserem Sinne sein. Insofern bitte ich alle, solche Argumente nicht zu bringen, sondern zu erkennen, dass Tariferhöhungen ein wichtiger Teil dessen ist, was diese Wohlfahrtsverbände für ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter brauchen.

Ich wünsche mir insgesamt Ihre Zustimmung.

**Stadtrat Kalmbach (FÜR Karlsruhe):** Wir als Nehemia-Initiative sind auch Mitglied im Paritätischen Wohlfahrtsverband. Das sind lauter selbstständige Organisationen, und wenn ich es richtig sehe, dann haben die ihre eigenen Anträge eingebracht. Insofern glaube ich



nicht, dass es möglich ist, pauschal zu sagen, wir nehmen alles in diesem Bereich des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes zurück.

Zum Personal: Die Frage nach der Dynamisierung der Zuschüsse für solche freien Wohlfahrtsträger ist schon ein Problem. Bei der Stadt ist es normal, dass Tarife angeglichen werden. Bei den Sozialverbänden fällt oft eine Lohnerhöhung aus, weil es einfach nicht geht. Insofern ist es schon eine Frage, wie man dem gerecht werden kann. Das muss man klären. Das kann man sicher nicht auf die Schnelle tun, aber es ist eine Frage, die im Ausschuss beraten werden muss.

**Der Vorsitzende:** Zu dem Thema hatte ja Herr Stadtrat Borner angekündigt, dass man systematisch damit beschäftigen will, aber jetzt noch nicht in Änderungsanträge gekleidet. Wir sollten die Anträge Nrn. 258 a und b getrennt zur Abstimmung aufrufen, weil es einmal um die Rücknahme der Kürzungen aus dem Haushaltsstabilisierungskonzept geht und zum anderen um die Erhöhung der Zuschüsse um 3 %, wenn ich es richtig überblicke.

Ich denke, Frau Stadträtin, wenn Sie sagen, dass sich die Rücknahme der Kürzungen daran orientiert, was wir vor zwei Jahren gemacht haben, dann müssen wir nicht die Kürzungen zurücknehmen, bei denen wir das heute schon durch andere Mittel wieder aufgeholt haben. Das muss man im Einzelfall klären.

Jetzt stellen wir erst einmal den **Antrag Nr. 258 a** zur Abstimmung, die Rücknahme der Kürzungen für die Paritätischen Mitgliedsorganisationen. Ich bitte um Ihr Votum. – Das ist eine **Ablehnung**.

Wir kommen damit zum **Antrag Nr. 258 b**, die Zuschüsse für die Paritätischen Mitgliedsorganisationen um 3 % zu erhöhen. Ich bitte auch hier um Ihr Votum. – Auch dieser Antrag ist **abgelehnt**.

**Antrag Nr. 259 a (S. 258): Liga der freien Wohlfahrtspflege – Dynamisierung der Personalkostenzuschüsse entsprechend Tariferhöhungen (Die Linke)**

**Antrag Nr. 259 b (S. 258): Liga der freien Wohlfahrtspflege – Erhöhung der Personalkostenzuschüsse von sozialen Verbänden, Gruppierungen und Institutionen um 5,45 Prozent (Die Linke)**

Es geht einmal um die Erhöhung der Personalkostenzuschüsse und zum anderen um die Dynamisierung entsprechend den Tariferhöhungen.

Sie haben das schon begründet, Frau Stadträtin Zürn. Ich rufe auch diese beiden Anträge getrennt auf. Zunächst Antrag **Nr. 259 a**. Ich bitte um Ihr Votum. – Das wird **abgelehnt**.

Dann kommen wir zum **Antrag Nr. 259 b**. Ich bitte um Ihr Votum. – Auch das ist eine **mehrheitliche Ablehnung**.

**Antrag Nr. 260 (S. 258): AIDS-Hilfe (CDU, GRÜNE, KULT)**

**Antrag Nr. 261 (S. 258): Mietkostenzuschuss für die AIDS-Hilfe Karlsruhe (SPD)**

**Antrag Nr. 262 (S. 258): AIDS-Hilfe Karlsruhe e. V. (FDP)**

**Antrag Nr. 263 (S. 258): AIDS-Hilfe Karlsruhe –Zuschusserhöhung zum Ausgleich höherer Personal- und Mietkosten (Die Linke)**

Es handelt sich um vier Anträge. Es sind unterschiedliche Beträge gefordert. Es gibt drei identische Beträge und einen etwas niedrigeren.

**Stadtrat Zeh (SPD):** Uns lag bei der Haushaltsberatung nur der Antrag für neue Räumlichkeiten – sprich: der Umzug von der Südstadt in die Weststadt – vor. Das waren rd. 8.000 €, die die Mieterhöhung ausmacht. Wir haben jetzt gesehen, die anderen haben noch einen Antrag für die Präventionsarbeit von 24.000 €. Wir schließen uns dem Antrag an und werden den 32.000 € zustimmen.

**Stadtrat Konrad (GRÜNE):** Wir reden zu wenig über Sex, und leider – so ist es – redet die AIDS-Hilfe gerade auch zu wenig über Sex. Das wollen wir gerne ändern, denn die AIDS-Hilfe spricht nicht nur über die Prävention von AIDS, sondern über die Prävention von sexuell übertragbaren Krankheiten im Allgemeinen. Man kann immer wieder feststellen, dass an Schulen Jugendliche von Lehrern und Lehrerinnen aufgeklärt werden sollen, mit denen sie darüber verständlicherweise gar nicht reden wollen, auch nicht von Eltern, die davon überfordert sind. An der Stelle ist es schon gut, dass es unabhängige Leute gibt, die bloß für dieses Thema Ansprechpartner sind. So viel zum Bereich Prävention.

Die AIDS-Hilfe begleitet auch Kranke und Angehörige und müsste ihre Arbeit einschränken, wenn die Zuschüsse nicht nach dem Umzug entsprechend den Aufwendungen erhöht werden würden. Natürlich ist es uns wichtig, dass die AIDS-Hilfe ihre Arbeit in bewährtem Umfang fortsetzen kann. Deshalb freuen wir uns, dass wir ausreichend Leute haben, die das unterstützen.

**Stadtrat Hock (FDP):** Wir freuen uns, dass mit der Fülle der Anträge die Mehrheit für eine Sicherung der gesundheitlichen Versorgung für alle Bürgerinnen und Bürger gegeben ist. In Richtung der Verantwortlichen der AIDS-Hilfe möchten wir einen Hinweis geben. Der derzeitige Name stammt aus einer Zeit, in der es vor allem um Aufklärung rund um HIV-Erkrankungen ging. Die Briten sind ein wenig weiter und nennen einen entsprechenden Verein Health-Care, Gesundheitsvorsorge. Vielleicht wäre es für die Zukunft ratsam, den Namen anzupassen und im Rahmen des Angebots auch eine Zusammenarbeit mit dem Städtischen Klinikum und den zuständigen Ämtern zu suchen. Bis es so weit ist, freuen auch wir uns, dass wir diese notwendige Arbeit sichern und das Niveau, auf dem die gesundheitliche Aufklärung in Karlsruhe stattfindet, garantieren können.

Den Verantwortlichen Dank für ihre Leistungen und Ihnen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

**Der Vorsitzende:** Das waren jetzt alle Wortbeiträge. Ich stelle die vier Anträge zur Zuschusserhöhung für die AIDS-Hilfe mit einem Betrag von 32.000 € jedes Jahr zur Abstimmung und bitte um Ihr Votum. – Das ist eine **deutliche Mehrheit dafür**.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir haben jetzt 263 Anträge hinter uns gelassen. Es fehlen noch 199 Anträge. Das ist ein Superergebnis.

Wir unterbrechen die Sitzung für eine halbe Stunde.

(Unterbrechung der Sitzung von 19:35 Uhr bis 20:05 Uhr)

Wir setzen die unterbrochene Sitzung fort.

Für das Protokoll darf ich feststellen, dass Herr Stadtrat Wenzel, Herr Stadtrat Schmitt und Herr Stadtrat Mossuto wegen Terminen gehen mussten. Herr Stadtrat Pinter musste aus gesundheitlichen Gründen die Sitzung verlassen.

Wir steigen wieder ein, und ich rufe auf **S. 256** auf.

**Antrag Nr. 264 (S. 258): Zuschusserhöhung Koordinierungsstelle „Schulverweigerung – Die 2. Chance“ (CDU, SPD, GRÜNE, KULT)**

**Antrag Nr. 265 (S. 258): AWO – Projekt Schulverweigerung – Die 2. Chance - Erhöhung des Zuschusses zur Förderung einer zusätzlichen Personalstelle wg. gestiegener Nachfrage (Die Linke)**

Es handelt sich um einen interfraktionellen Antrag der CDU, der SPD, GRÜNE und KULT und um einen zweiten Antrag der Linken. Beide begehren eine Zuschusserhöhung. Das ist eine ziemlich große Gruppe, die das begehrt, und Frau Stadträtin Wiedemann möchte gleich abstimmen. Dann werden wir das tun, und ich bitte um Ihr Votum. – **Frau Stadträtin Fischer hat sich als befangen erklärt und an der Abstimmung nicht teilgenommen.** Wir haben aber trotzdem eine **große Mehrheit dafür.**

**Antrag Nr. 266 (S. 258): DHB-Netzwerk Haushalt Karlsruhe e. V. – Erhöhung der institutionellen Förderung (CDU, GRÜNE, KULT)**

**Antrag Nr. 267 (S. 259): DHB-Netzwerk Haushalt (FDP)**

Ein interfraktioneller Antrag von CDU, GRÜNE und KULT und ein zweiter Antrag von der FDP. Ich sehe keine Wortmeldungen. Können wir das auf 1.200 € zusammenführen? Ich glaube, das bekommen wir hin. – Dann kann ich beide Anträge zusammen aufrufen, und ich bitte um Ihr Votum. – Das ist **eine Mehrheit dafür.**

**Antrag Nr. 268 (S. 258): Erhöhung der institutionellen Förderung des Vereins für Jugendhilfe – Anti-Gewalt-Programm für Täterinnen (CDU)**

**Antrag Nr. 269 (S. 258): Verein für Jugendhilfe - Anti-Gewalt-Programm für Täterinnen – Zuschusserhöhung wg. Notwendiger Personalaufstockung und Ausgleich Tarifierhöhung (Die Linke)**

**Antrag Nr. 270 (S. 258): Erhöhung der institutionellen Förderung des Vereins für Jugendhilfe – Anti-Gewalt-Programm Täterberatung (CDU)**

**Antrag Nr. 271 (S. 258): Verein für Jugendhilfe - Anti-Gewalt-Programm Täterberatung – Zuschusserhöhung zum Ausgleich gestiegener Personalkosten (Tarifierhöhung) (Die Linke)**

Es geht um eine Erhöhung, und es sind jeweils zwei Anträge der CDU und der Linken. Einmal geht es um die Personalaufstockung und zum anderen um den Ausgleich der Tarifierhöhungen. Von daher sind es zwei verschiedene Programme, die wir aber trotzdem zusammenführen können.

**Stadträtin Meier-Augenstein (CDU):** Ich möchte gleich noch für die Anträge Nrn. 274 bis 277 sprechen. Die gehören für uns auch noch dazu. Es geht jeweils um den Verein für Jugendhilfe, einmal um die Beratungsstelle bei Gewalt im sozialen Nahraum und einmal um das Anti-Gewalt-Programm für Täterinnen und die Tandemberatung. Da ist in der letzten Zeit ein noch größerer Bedarf vorhanden, sodass wir angefragt wurden, die Mittel zu

erhöhen. Wir halten diese Programme für sehr sinnvoll, sehen auch, dass sie in den letzten Jahren an Bekanntheit zugenommen haben. Wir sind froh, dass sie von dem Kreis derer, die es betrifft, so stark angenommen werden.

Ich möchte noch etwas sagen zu den Anträgen. Da stehen jetzt unterschiedliche Beträge im Raum. Zum Beispiel hat die CDU bei den Anträgen Nrn. 268 und 270 Beträge beantragt auch bei Antrag Nr. 274 –, die in der Summe dem entsprechen, was die SPD bei der nächsten Antragsrunde Nrn. 274 bis 277 beantragt hat. Deswegen erhebt sich die Frage, ob wir das zusammenpacken wollen.

Ich hoffe, ich habe jetzt nicht zu viel Verwirrung ausgelöst.

**Stadträtin Zürn (Die Linke):** Ich freue mich, dass wir mit der CDU zusammengehen und das Thema Gewalt anpacken. Auch das Thema „Arbeit mit Täterinnen“ kommt noch auf uns zu. Wenn wir es jetzt nicht beschließen, werden wir es im Rahmen der Umsetzung dieser Istanbul-Konvention haben. Da geht es um geschlechtsbezogene Gewalt, sowohl um Gewalt von Männern gegen Frauen wie auch von Frauen gegen Männer. Das ganze Paket wird damit angepackt, und das ist jetzt ein erster Schritt, der sehr wichtig ist. Deshalb bitten wir um Zustimmung zu den entsprechenden Maßnahmen.

**Der Vorsitzende:** Jetzt muss ich kurz bei der SPD und bei KULT nachfragen. Lassen sich die 46.985 € nur auf das Thema „Gewalt im sozialen Nahraum“ beziehen oder beinhalten sie auch das Anti-Gewalt-Programm für Täterinnen? Stimmt damit die Vermutung von Frau Meier-Augenstein?

**Stadträtin Melchien (SPD):** Die Anträge sind bestens miteinander abgestimmt. Frau Meyer-Augenstein hat genau Recht. Wenn wir jetzt gleich über Antrag Nr. 275 abstimmen, dann ist das deckungsgleich mit allen drei CDU-Anträgen und denen der Linken. Wir könnten mit einer Abstimmung die Anträge Nrn. 268, 270 und 274 beschließen.

**Der Vorsitzende:** Dann unternehmen wir einmal den Versuch, die **Anträge Nrn. 268, 269, 270, 271 und 274 und 275** zusammenzunehmen und kommen dann auf die 46.985 € bzw. 51.896 € für den Verein für Jugendhilfe. Das wäre dann der **weitergehende Antrag**, weil er die größten Summen beinhaltet. Das stelle ich jetzt hier zur Abstimmung und bitte um Ihr Votum. – Gut, das ist **eine deutliche Mehrheit**. Ich habe vergessen, **der Antrag Nr. 277 der Linken hat auch noch dazugehört**. Der **Antrag Nr. 276** der GRÜNEN hat sich damit **erledigt**, weil wir jetzt viel höhere Beträge eingestellt haben.

**Antrag Nr. 272 (S. 258): Caritas – Wiedereinsetzung Individualhilfe beim Caritas-Sozialdienst (CDU, SPD, GRÜNE, KULT)**

**Stadträtin Melchien (SPD):** Ich möchte unsere Forderung ganz kurz begründen.

Anders als die Verwaltung, die in ihrer Stellungnahme schreibt, dass sie den Bedarf an dieser Stelle nicht sieht, möchten wir übereinkommend betonen, dass wir die Arbeit der Individualhilfe beim Caritas-Sozialdienst als notwendig betrachten und sicherstellen möchten. Wir stellen deshalb den Antrag, den Zuschuss an den Caritasverband Karlsruhe zu erhöhen, allerdings zweckgebunden, damit die Individualhilfe wieder kommunal durch den Haushalt der Stadt Karlsruhe bezuschusst wird.

Es ist wichtig und richtig, heute diesen Beschluss zu fassen, da der Träger seinen hohen Eigenanteil nicht weiter stemmen können. Die intensive Betreuung gerade Alleinerziehender stellt einen ganz wesentlichen Bestandteil des sozialen Netzes in unserer Stadt dar. Dem Träger ist es gelungen, trotz unserer HSBKA-Kürzung um fast 50.000 € durch den Einsatz zusätzlicher kirchlicher Mittel vorübergehend die Arbeit für 2017 und 2018 aufrechtzuerhalten. Wenn wir im Rahmen dieser Beratung zum Doppelhaushalt nicht zur Entscheidung gelangen zugunsten dieses wichtigen Beratungsdienstes, dann kann es nicht weiter aufrechterhalten werden. Deshalb ist dieser Antrag Ausdruck eines interfraktionellen Wunsches, die Förderung von Individualhelfern im Caritas-Sozialdienst wieder aufzunehmen.

**Der Vorsitzende:** Ich habe keine weiteren Wortmeldungen. Dann stelle ich den Antrag zur Abstimmung, und ich bitte um Ihr Votum. – Das ist eine **Mehrheit für den Antrag**.

**Antrag Nr. 273 (S. 258): Schuldenberatungen der Caritas und der Stadt – Finanzierung von zusätzlichem Beratungspersonal zur Senkung der Wartezeiten (Die Linke)**

**Stadträtin Zürn (Die Linke):** Nur zwei Sätze: Wenn die Menschen verschuldet sind, dann brauchen sie ganz dringend Hilfe. Was in der Antwort der Verwaltung steht, zeigt ja nur, dass die Leute getröstet werden müssen. Dann müssen sie warten und bekommen Papiere zugeschickt, die sie erst einmal ausfüllen müssen. Damit sind wir nicht zufrieden, sondern sind der Meinung, dass ganz schnelle Hilfe und schnelle Termine notwendig sind. Deshalb bitten wir darum, der Finanzierung von zusätzlichem Beratungspersonal zur Senkung der Wartezeiten zuzustimmen.

**Stadtrat Braun (KULT):** Ich möchte mit einem Satz anknüpfen und aus der Verwaltungsantwort zitieren, wo es heißt: „Die aktuellen Wartezeiten von bis zu einem Monat bei der Stadt und bis zu drei Monaten bei der Caritas sind den Betroffenen zuzumuten.“ Wir sehen, dass das Menschen in prekären Situationen sind, und diese Wartezeiten sind ihnen eben nicht zuzumuten.

**Der Vorsitzende:** Damit steht der Antrag zur Abstimmung, und ich bitte um Ihr Votum. – Das ist eine **mehrheitliche Ablehnung**.

**Die Anträge Nrn. 274 bis 277 haben wir schon abgearbeitet.**

**Antrag Nr. 278 (S. 258): DER PARITÄTISCHE Baden-Württemberg e. V.: Zuschuss für Kampagne „Berufsmixer – ich will sozial!“ (CDU, SPD; GRÜNE, KULT)**

Dazu rufe ich auf:

**Antrag Nr. 339 (S, 267): Paritätischer – Projekt Berufsmixer – Ausbildungsbotschafter für soziale Berufe an Schulen – Teilzeitstelle zur Koordination – Zuschuss (Die Linke)**

Beide Anträge begehren jeweils 12.000 €.

**Stadträtin Anlauf (SPD):** Ich spreche für die Antragsteller CDU, SPD, GRÜNE und KULT. Ziel der Kampagne „Berufsmixer – Ich will sozial!“ ist es, junge Leute für soziale Berufe zu interessieren und damit dem Arbeitskräftemangel in diesem Bereich entgegenzuwirken. Im Unterschied zur Verwaltung sehen wir nicht, dass es um eine Erhöhung der Förderung geht, vielmehr um den Einstieg in die Förderung. Eine Evaluation vor dem nächsten Doppelhaushalt haben die Antragsteller eingeschlossen. Doppelstrukturen können wir nicht erkennen, da IHK und die Handwerkskammer im sozialen Bereich keine Ausbildungsbot-schafter verschicken, sondern in anderen Bereichen.

Die antragstellenden Fraktionen halten an dem Antrag fest.

**Der Vorsitzende:** Wir können ihn gemeinsam mit dem Antrag der Linken aufrufen und kommen zur Abstimmung. Ich bitte um Ihr Votum. – Das ist eine **deutliche Mehrheit dafür**.

**Antrag Nr. 279 (S. 258): Innovationsfonds: „Neue Wege in der Pflege“ (SPD, GRÜNE, KULT)**

Der interfraktionelle Antrag ist verbunden mit einem Sperrvermerk.

**Stadträtin Fischer (SDP):** Es ist ein gutes Jahr her, als die SPD den Antrag gestellt hat, sich mit dem niederländischen Pflegemodell „Buurtzorg“ zu beschäftigen und um Verweisung in den Arbeitsausschuss „Ältere Generation“ gebeten hat. Im Ausschuss wurde das Modell vorgestellt und sehr positiv aufgenommen mit dem Ergebnis, dass wir eine kleine Projektgruppe gründen, die sich weiter mit dem Thema beschäftigt. Die Kollegin Anlauf und ich haben dem Gremium angehört, und wir haben uns im Laufe dieses Jahres mit diesen Themen intensiv beschäftigt und uns auch angehört, wie das andere Organisationen in Deutschland machen, weil wir das natürlich nicht direkt übertragen können. Es gibt sehr viele interessante Ansätze, wie man das in Deutschland machen könnte. Alle sind begeistert und auch voller Hoffnung, dass wir damit auch die Attraktivität der Pflege insgesamt steigern können, auch die Selbstaktivierung der Betroffenen. Aus diesem Grund haben wir uns entschlossen zu sagen, wir wollen so ein Projekt in Karlsruhe durchziehen. Wir haben inzwischen zwei Träger, die bereit wären, in dieser Richtung etwas zu machen. In einem nächsten Schritt sind Richtlinien zu erarbeiten, welche Kriterien von den Organisationen, die sich für dieses neue Pflegemodell einsetzen, erfüllt werden müssen. Dann erst können wir prüfen, ob die Organisationen, die bereit wären, etwas zu tun, förderungswürdig sind. Deshalb der Sperrvermerk und nur eine Anschubfinanzierung, weil dieses Pflegesystem davon ausgeht, dass es sich nach einer gewissen Zeit selber trägt.

Deshalb bitten wir erst einmal um eine Anschubfinanzierung von 100.000 € in den nächsten beiden Haushaltsjahren mit Sperrvermerk.

**Der Vorsitzende:** Es gibt keine weiteren Wortmeldungen, und ich bitte um Ihr Votum. – Auch das ist **eine Mehrheit dafür**.

**Antrag Nr. 280 (S. 258): Mietkostenzuschuss der Beratungs- und Büroräume für das Begleitete Wohnen für Menschen mit (KULT)**

**Antrag Nr. 281 (S. 258): Reha Südwest: Begleitetes Wohnen für Menschen mit Behinderung – Mietzuschuss für neu bezogene Beratungs- und Büroräume (Die Linke)**

Begehrt werden jeweils 9.000 €.

**Stadtrat Lancier (KULT):** Der Antrag von uns beschäftigt sich mit der Reha Südwest, die begleitetes Wohnen für Menschen mit Behinderungen anbietet bzw. dazu berät, eine solche Wohnform umzusetzen. Die Antwort der Verwaltung hat das leider ignoriert und sich stattdessen mit dem Thema „Inanspruchnahme von Leistungen zur Teilhabe“ durch die Rehabilitationsträger beschäftigt. Das ist in diesem Zusammenhang einfach nicht das dazu passende Gegenstück. Die Beratung von Menschen mit Behinderungen findet durch den Träger in Bezug auf die Wohnsituation statt und die darauf folgende selbstständige Lebensführung. Diese Leistung wird bereits erbracht und ist durchaus durch die gesetzliche Regelung abgedeckt, aber eben nicht über die allgemeine Leistung eines Trägers. Wir sehen uns daher in der Pflicht, die Unterstützung für eine solche Teilhabe, für eine solche Lebensführung zu ermöglichen. Der Betrag ist angesichts dessen vernünftig und kann unseres Erachtens auch nicht verweigert werden, wenn wir die Beratung ununterbrochen und unbeschränkt weiterhin verfügbar halten wollen.

**Der Vorsitzende:** Ich stelle die beiden Anträge zur Abstimmung und bitte um Ihr Votum. – Das ist eine **mehrheitliche Ablehnung**.

**Antrag Nr. 282 (S. 254): Verein für Jugendhilfe – Elterncafé Nebeniuschule (SPD, KULT)**

**Antrag Nr. 283 (S. 254): Verein für Jugendhilfe – Elterncafé Nebeniuschule - Zuschusserhöhung zum Ausgleich der Tarifierhöhung des Personals(Die Linke)**

Ich sehe keine Wortmeldungen. Wir nehmen den jeweils um einen Euro höheren Betrag der beiden Summen und können deshalb beide Anträge gemeinsam zur Abstimmung stellen. Ich bitte um Ihr Votum. – Das ist **eine Ablehnung**.

**Antrag Nr. 284 (S. 258): Reha Südwest gGmbH – Zuschusserhöhung für aufsuchende Familienberatung (CDU, SPD, GRÜNE, KULT)**

**Antrag Nr. 285 (S. 258): Reha Südwest – Aufsuchende Familienberatung - Rücknahme der Kürzungen von 2017 und Erhöhung des Zuschusses wg. gestiegener Beratungsnachfrage (Die Linke)**

**Stadtrat Dr. Müller (CDU):** Man kann es kurz machen. Die Situation bei der Reha Südwest ist ein niederschwelliges Angebot für Eltern von behinderten Kindern und ist auch eine Frühförderstelle. Trotz einem erheblichen Eigenanteil kann diese Nachfrage im Moment nicht mehr befriedigt werden. So muss man hier von unserer Seite etwas hilfreich zur Seite stehen. Deshalb haben wir diesen Antrag gestellt.

**Der Vorsitzende:** Können wir uns in der Summe auf 7.100 € einigen? – Dann können wir beide Anträge zusammen aufrufen. Ich bitte um Ihr Votum. – Das ist eine **übergroße Mehrheit dafür**.

**Antrag Nr. 286 (S. 258): Erhöhung Betriebskostenzuschuss Gehörlosenzentrum (Stadt- und Kreisverband der Hörgeschädigten Karlsruhe e. V.)**

Ich lasse über den Antrag abstimmen.

**Stadtrat Pfannkuch (CDU):** Soweit wir das vorberaten konnten, gingen wir davon aus, dass wir eigentlich überhaupt nicht wissen, worüber wir abstimmen sollen. Deswegen haben wir zurückgemeldet, dass wir gerne einmal über den Stand der Dinge informiert werden wollen. Darum sind wir verwundert, dass über den Antrag abgestimmt werden soll, ohne dass man weiß, worum es geht.

**Bürgermeister Lenz:** Sie sehen mir nach, dass es bei über 200 Anträgen, die mein Dezeranat betreffen, auch einmal etwas Überraschendes geben kann. Ich kann Ihnen nur so viel sagen, wir stehen mitten in den Gesprächen, wie schon seit drei Jahren und wahrscheinlich schon ein bisschen länger. Insofern kann ich Ihnen zu den beantragten 10.000 € nicht sagen, ob sie darüber abstimmen sollen oder nicht, evtl. mit Sperrvermerk. Wir kommen im Fachausschuss auf Sie zu, wie wir es auch bei andern Anträgen gemacht haben.

**Der Vorsitzende:** Ich möchte es einmal so formulieren: Es gibt ja einige Beschlusslagen des Gemeinderates dazu, was beim Gehörlosenzentrum als Aufgabe der Stadt mitfinanziert wird, zum Teil zusammen mit dem Landkreis. Ich denke, wir müssen uns bei diesen Zukunftslösungen immer an den bisherigen Gemeinderatsbeschlüssen orientieren. Wenn dann am Ende 10.000 € mehr notwendig sind, dann müssen wir sie auch einstellen. Aber im Moment können wir Ihnen nicht sagen, ob dieser Betrag gebraucht wird oder nicht. Deswegen möchte ich Ihnen empfehlen, den Antrag im Moment abzulehnen. Wir werden dann über die Neukonzeption mit Sicherheit mit Ihnen reden müssen, wenn sich etwas Neues ergibt.

**Stadtrat Dr. Schmidt (AfD):** Ich halte den Vorschlag von Bürgermeister Lenz, das Ganze mit einem Sperrvermerk abzustimmen, für sehr gut.

**Der Vorsitzende:** Wenn Sie unsere Zusicherung akzeptieren, dass wir es bestimmt nicht an 10.000 € scheitern lassen, weil wir Ihre Beschlüsse umsetzen müssen. Ich habe jetzt keinen Beschluss von Ihnen, dass wir die bisherigen Leistungen, die wir für die Gehörlosen erbringen, erweitern sollen. Aber wir müssen natürlich den Betrieb sicherstellen, das war in der Vergangenheit so, und das werden wir auch in Zukunft so machen. Insofern bitte ich Sie darum, das jetzt abzustimmen.

**Stadträtin Dr. Leidig (GRÜNE):** Ich halte es für schwierig, das jetzt abzustimmen und evtl. abzulehnen. Dann dürfen Sie denen das Geld nicht geben. Es gibt ja dann die Außenwahrnehmung, dass der Gemeinderat das nicht möchte. Insofern halte ich einen Sperrvermerk für eine saubere Lösung, die uns immer noch die Möglichkeit gibt, nach fachlicher Beratung Ja oder Nein zu sagen.

**Stadtrat Hofmann (CDU):** Wir haben es vorhin bei einem ähnlichen Antrag auch schon einmal gemacht, dass wir einfach sagen, wir verweisen diesen Antrag an einen Ausschuss. Ich denke, das haben wir vorhin auch gemacht, und deshalb nehmen wir das in den Sportausschuss oder in den Hauptausschuss, und dort können wir dann darüber beraten.



**Der Vorsitzende:** Jetzt können wir den Bürger nicht fragen, ob er mit der **Verweisung an einen Ausschuss** zufrieden ist. Aber da wir uns alle tief in die Augen schauen und sagen, wir werden es am Ende möglich machen, wenn es nötig ist, können wir so verfahren. Dann entsteht hier nicht der Eindruck, dass wir etwas ablehnen, was wir Ihnen in einem halben Jahr sowieso wieder vorschlagen müssen. So verfahren wir jetzt, und darüber sind wir uns auch einig.

**Antrag Nr. 287 (S. 258): Diakonie – Allgemeine Sozialberatung (KULT)**

**Antrag Nr. 288 (S. 258): Diakonie – Allgemeine Sozialberatung – Beantragung eines Personalkostenzuschusses zur Aufrechterhaltung des Angebots, in Umfang wie Qualität(Die Linke)**

Die Summen sind gleich.

**Stadtrat Cramer (KULT):** Wenn jemand Hilfe braucht und zur Diakonie geht, dann ist der Erstkontakt das Wichtigste. Der Erstkontakt bedeutet eben die allgemeine Sozialberatung. Allgemeine Sozialberatung heißt: Erstkontakt, und dort wird nachgefragt, wird geschaut, welche Probleme hat der Mensch, wie kann man dem Menschen helfen, der dann in den entsprechenden Bereich weitergegeben wird, um eine konkrete Hilfe zu bekommen.

Wir wissen aber auch, dass bei den Trägern, wenn gespart werden soll, das oft der erste Schritt ist, und ich denke, wir sollten ein klares Signal an die Diakonie senden, dass wir diesen Betrag einsetzen, der aber ganz klar für die erste allgemeine Sozialberatung genutzt und ausgegeben werden muss. Von daher macht dieser Antrag aus Sicht meiner Fraktion absolut Sinn.

**Der Vorsitzende:** Ich rufe damit die beiden Anträge zur Abstimmung auf und bitte um Ihr Votum. – Das ist ein **ablehnendes Votum**.

**Antrag Nr. 289 (S. 267): Erhöhung der institutionellen Förderung des Vereins für Jugendhilfe – Kompetenzagentur (CDU)**

**Antrag Nr. 290 (S. 267): Verein für Jugendhilfe – Kompetenzagentur (SPD, KULT)**

**Antrag Nr. 291 (S. 267): Verein für Jugendhilfe – Kompetenzagentur - Erhöhung des Zuschusses zum Ausgleich von Tariferhöhungen des Personals (Die Linke)**

Nach langer Diskussion hat man sich im Ältestenrat auf **6.884 € als gemeinsame Antragssumme geeinigt, und zwar ab 2020**.

Es gibt keine Aussprache. Dann können wir gleich in die Abstimmung eintreten, und ich bitte um Ihr Votum. – Das ist eine **Mehrheit für den Antrag**.

**Antrag Nr. 292 (S. 261): SOZPÄDAL – Taff-Tagestreff für Frauen – Zuschusserhöhung Arbeits- und Qualifizierungsprojekt (SPD, GRÜNE, KULT)**

**Antrag Nr. 293 (S. 261): SOZPÄDAL Erhöhung des Zuschusses für die Neubesetzung einer Stelle mit erweiterten Aufgaben im Tagestreff für Frauen (Die Linke)**

**Stadträtin Anlauf (GRÜNE):** Der Tagestreff für Frauen von SOZPÄDAL benötigt für seine Arbeit eine Erhöhung der Unterstützung von 20.000 € jährlich. Dieses Geld ist notwendig, um eine Arbeitserzieherin einzustellen, die mit den wohnungslosen Frauen das Projekt

„Arbeiten und Qualifizieren“ durchführt. Es braucht dort eine professionelle Anleitung, um stark problembelastete Frauen anzuleiten, sodass Küche, Essensangebote, Kleiderservice, Dusch- und Waschangebote funktionieren.

Die Zahl wohnungsloser Frauen ist beständig gestiegen. Rund 70 Frauen im Durchschnitt besuchen den TaFF täglich und bringen in hoher Zahl ihre Kinder mit.

**Der Vorsitzende:** Wir können beide Anträge auf Zuschusserhöhung von 20.000 € jährlich zur Abstimmung stellen, und ich bitte um Ihr Votum. – Das ist eine **Mehrheit für den Antrag.**

**Antrag Nr. 294 (S. 267): Antidiskriminierungsstelle, Stadtjugendausschuss e. V. – Institutionelle Förderung (SPD, GRÜNE, KULT, Die Linke)**

**Antrag Nr. 295 (S. 258): Antidiskriminierungsstelle – Personal- und Sachkostenzuschuss wegen Auslaufen der Landesförderung und benötigter zusätzlicher Teilzeitstellen (Die Linke)**

Beide Anträge sind versehen mit einer Entscheidungsabhängigkeit hinsichtlich der Landesförderung.

**Stadtrat Fostiropoulos (Die Linke):** Wir passen uns dem anderen Antrag an, sodass wir gemeinsam über die Anträge abstimmen können.

**Der Vorsitzende:** Dann stimmen wir über 50.000 € ab, und ich bitte um Ihr Votum. – Das ist eine **Mehrheit für die Anträge.**

(**Stadtrat Lancier/KULT** verlässt um 20:35 Uhr die Sitzung.)

**Antrag Nr. 296 (S. 258): Erhöhung des Zuschusses für das Spiel- und Gesprächsangebot „Kinderprojekt“ des Vereins zum Schutz misshandelter Frauen und deren Kinder e. V. (CDU)**

**Antrag Nr. 297 (S. 258): Zuschusserhöhung für das Spiel- und Gesprächsangebot „Kinderprojekt“ (SPD, GRÜNE, KULT)**

**Antrag Nr. 298 (S. 258): Verein zum Schutz misshandelter Frauen und deren Kinder, Kinderprojekt – Zuschusserhöhung angesichts steigender Beratungszahlen von Kindern (Die Linke)**

**Antrag Nr. 299 (S. 258): Zuschuss für das Kinderprojekt des Vereins zum Schutz misshandelter Frauen und deren Kinder e. V. (FÜR Karlsruhe)**

**Antrag Nr. 300 (S. 258): Zuschuss für das Spiel- und Gesprächsangebot „Kinderprojekt“ (Verein zum Schutz misshandelter Frauen und deren Kinder e. V.)**

Es handelt sich um Anträge mit zum Teil unterschiedlichen Beträgen. – Wir gehen alle auf den Antrag des Vereins mit 18.656 €. Ich bitte um Ihr Votum. – Das ist eine **Mehrheit dafür.**

**Antrag Nr. 301 (S. 258): Erhöhung der institutionellen Förderung – Präventionsarbeit in der Frauenberatungsstelle „Häusliche Gewalt“ (CDU)**

**Antrag Nr. 302 (S. 258): Erhöhung des jährlichen Zuschusses für Präventionsarbeit in der Frauenberatungsstelle „Häusliche Gewalt“ (SPD, GRÜNE, KULT**  
**Antrag Nr. 303 (S. 258): Verein zum Schutz misshandelter Frauen – Erhöhung des Personal- und Sachkostenzuschusses wegen gestiegener Beratungsfälle (Die Linke)**  
**Antrag Nr. 304 (S. 258): Zuschuss für Präventionsarbeit in der Frauenberatungsstelle „Häusliche Gewalt“ (Verein zum Schutz misshandelter Frauen und deren Kinder e. V.)**

Mehrheitlich geht es um 45.000 €, einmal um 19.000 €.

**Stadträtin Melchien (SPD):** Die Verwaltung betont in Ihren verschiedenen Stellungnahmen, wie wichtig die Aufgaben sind. Es ist Sicht vieler Fraktionen, dass sie nicht nur wichtig sind, sondern dass es mittlerweile auch Pflichtaufgaben sind. Wir nehmen die Istanbul Konvention ernst. Sie verpflichtet aus unserer Sicht alle staatlichen Ebenen, entsprechend zu handeln, Prävention und die Verhinderung von Gewalt zu fördern.

Der Träger hat schlüssig dargestellt, dass verschiedene Erhöhungen notwendig sind. Diese beziehen sich auf drei verschiedene Bereiche, einmal eine Erhöhung des allgemeinen Zuschusses, des Kinderprojekts, jetzt 18.656 €, und der Clearingstelle. Aufgrund dessen, dass ein Antrag drei verschiedene Summen mit ungeraden Ziffern erhöht, sind verschiedene Anträge untergegangen. Das ist aber überhaupt kein Problem, weil wir hier eindeutig überfraktionell zu diesen Anträgen stehen. Das ist ein starkes Signal, das wir heute an alle aussenden können, die in diesem Feld tätig sind. Wir nehmen das Thema ernst, und wir erkennen die gestiegenen Bedarfe nicht nur an, sondern wir agieren dementsprechend fraktionsübergreifend. Das heißt, der gemeinsame Antrag würde jetzt auch die CDU einbeziehen, genauso wie wir als SPD und KULT beim letzten Punkt auch untergegangen sind. Das heißt, wir alle wollen, dass der Verein die Erhöhung bekommt.

**Stadträtin Meier-Augenstein (CDU):** Ich schließe mich meiner Vorrednerin sehr gerne an. Wir sind uns in der Sache einig. Ich möchte nur für die CDU-Fraktion sagen, dass wir natürlich auch auf die 45.000 € mitgehen, weil es einfach eine wichtige Sache ist. Wir sind von 19.000 € ausgegangen, aber es ist uns jetzt gut begründet worden, dass 45.000 € erforderlich sind. Somit machen wir mit. Leider bestätigt sich das ganze Thema durch eine Veröffentlichung der Bundesfamilienministerin, die aktuelle Zahlen aus der Kriminalstatistik des Bundes vorgestellt hat. Auch der Bund hat heute noch einmal ein klares Signal gegeben, die Mittel in den nächsten Jahren zu erhöhen, die Frauenhäuser und alle Beratungs- und Hilfeangebote noch mehr zu unterstützen, aufgrund der leider tragischen Zahlen. Vielleicht gibt es auch eine Möglichkeit, dass wir in den nächsten Jahren eine weitere Förderung über den Bund erhalten. Aber so lange müssen wir in Eigenleistung eintreten.

**Stadträtin Anlauf (GRÜNE):** Auch die GRÜNEN unterstützen die drei Anträge des Vereins zum Schutz misshandelter Frauen. Insbesondere liegt uns das Kinderprojekt sehr am Herzen, denn Kinder, die Gewalt gesehen und erlebt haben, müssen geschützt werden und schnell in eine Art Behandlung kommen, um das Erlebte aufarbeiten zu können.

Wichtig ist uns zu betonen – weil da immer wieder so ein schiefes Bild entsteht –, es geht vor allem um die Gewalt in der Familie. Es wird immer so getan, als wenn Gewalt immer nur auf der Straße oder in dunklen Räumen stattfindet. Das Hauptproblem ist aber nach wie vor die Gewalt in der Familie, und genau dafür ist das Frauenhaus richtig.

**Der Vorsitzende:** Das waren jetzt alle Wortbeiträge. Wir stimmen jetzt zunächst über den auch durch die CDU noch einmal gemeinsam aufgerufenen Antrag über 45.000 € für Präventionsarbeit ab, nämlich die **Nrn. 301 bis 304**. Ich bitte um Ihr Votum. – Das ist eine **große Mehrheit dafür**.

**Antrag Nr. 305 (S. 258): Erhöhung der institutionellen Förderung – Clearingstelle der Frauenberatungsstelle „Häusliche Gewalt“ (CDU)**

**Antrag Nr. 306 (S. 258): Verein zum Schutz misshandelter Frauen und deren Kinder e. V.: Clearingstelle der Frauenberatungsstelle „Häusliche Gewalt“ – Aufstockung des Zuschusses (GRÜNE)**

**Antrag Nr. 307 (S. 258): Erhöhung des Zuschusses für die Clearingstelle des Vereins zum Schutz misshandelter Frauen und deren Kinder e. V. (FÜR Karlsruhe)**

**Antrag Nr. 308 (S. 258): Zuschuss für die Clearingstelle (Verein zum Schutz misshandelter Frauen und deren Kinder e. V.)**

Das ist jetzt die dritte Antragsserie in diesem Block. Die Summen sind jeweils gleich. Ich bitte um Ihr Votum. – Das ist eine **Mehrheit dafür**.

**Antrag Nr. 309 (S. 258): Haushaltstopf für Tafeln (SPD)**

**(Stadtrat Pfannkuch/CDU: Für Durlach!)**

**Stadtrat Pfalzgraf (SPD):** Lieber Kollege Pfannkuch, eben nicht für Durlach, sondern für alle Karlsruher Tafeln. Wir sind zwar in Durlach angesprochen worden – das gebe ich zu – und haben uns darüber unterhalten, wie können wir helfen.

Zunächst einmal ist vollkommen klar, dass es in diesem reichen Land die Tafeln eigentlich gar nicht geben dürfte. Und es ist auch vollkommen klar: Dass die Tafeln existieren, liegt daran, dass in den vergangenen Jahrzehnten eine völlig verfehlte Sozialpolitik dazu geführt hat. Es ist auch klar – darüber sind wir uns einig –, dass die Stadt Karlsruhe nicht dafür verantwortlich ist, dass hier Tafeln leider existieren müssen. Ebenso ist klar, dass die Stadt Karlsruhe das Problem hat. Die Menschen, die auf die Tafeln angewiesen sind, leben hier, und uns hat es ein Stück weit schon betroffen gemacht, als wir erfahren mussten, dass viele der ehrenamtlichen Helfer eigentlich selbst zu Bittstellern werden müssen, um anderen helfen zu können. Das ist keine gute Sache. Sie sind auf Spenden angewiesen. Das bedeutet, wenn eine Spende ausfällt, dann fallen die Mieten und die Nebenkosten nicht auch aus, und das könnte und kann dazu führen, dass so eine Tafel aufgeben muss, weil sie eine Lücke und erst ein Jahr später wieder eine Spende kommt – wenn überhaupt.

Deshalb haben wir uns gesagt: Wenn wir diesen Topf einrichten und die Tafeln bei Bedarf und gegen Beleg entsprechende Gelder beantragen können, dann haben wir insofern ein gutes Werk getan, dass diejenigen, die ehrenamtlich helfen wollen, nicht zu Bittstellern werden. Vor allen Dingen geht es aber darum, dass diejenigen, die auf die Tafeln angewiesen sind, auch weiterhin die Chance haben, zur Tafel kommen zu können. Wenn dieser Topf nicht zustande kommt, kann es durchaus passieren, dass die Zukunftsplanungen der einen oder anderen Tafel – eben abhängig von der Spende – gleich bei null sein werden. Ich glaube, das können wir uns in unserer Stadt nicht leisten.

Jetzt weiß ich, dass in diesem Haus kein besonders großes Interesse besteht, unserem Antrag zu folgen. Das habe ich schon mitbekommen. Ich möchte diejenigen, die aus tiefster Überzeugung unserem Antrag nicht zustimmen können, an ihre schönen Sonntagsreden erinnern, in denen sie das eine oder andere Mal über die Schere zwischen Arm und Reich diskutiert haben, mit dem Ziel, das abschaffen zu müssen. Oder sie haben darüber diskutiert, dass man unbedingt das Ehrenamt unterstützen muss. Darüber sollten sich diejenigen Gedanken machen, die vielleicht dem Antrag nicht zustimmen können, auch darüber, ob das dazu passt, was wir heute den ganzen Tag über an Geld für viele andere Institutionen ausgegeben haben, ob es nicht eine gute Sache wäre, mit diesen 30.000 € direkt vor Ort den Ärmsten der Armen zu helfen.

Wenn Sie wirklich aus tiefster Überzeugung nicht zustimmen können, dann möchte ich Sie bitten, morgen Früh in den Spiegel zu schauen ...

(Unruhe)

... und demjenigen, der aus dem Spiegel herausschaut, tief in die Augen zu schauen und sich zu überlegen, ob Sie mit gutem Gewissen demjenigen tief in die Augen schauen können.

Ich bitte um Unterstützung für unseren Antrag.

**Stadtrat Dr. Müller (CDU):** Es ist schon ein bisschen dick aufgetragen, was Herr Pfalzgraf hier losgelassen hat. Ich sehe es noch ein bisschen humorvoll, aber eigentlich ist es fast schon so, dass man sagen kann, dass die, die jetzt nicht zustimmen und ihre Gründe dafür haben, unsozial seien. Das kann so nicht stehenbleiben. Es gibt genügend andere Sachen, die wir mit Herzblut verteidigt haben.

Uns ist nicht gesagt worden, dass hier ein Problem bei den Tafeln besteht. Wir schaffen etwas für die Zukunft. Es wurde von „könnte“ gesprochen, das heißt, wir könnten jetzt für viele Dinge einen Fonds schaffen, wo man sagen kann, es könnte zu einem Problem kommen, dann haben wir einen Fonds, aus dem man das Problem speisen kann. Das ist eine neue Dimension, die wir hier in Angriff nehmen. Wir sind sehr wohl der Meinung, die Tafeln müssen unterstützt werden, und wenn eine in eine Schiefelage gerät, dann werden wir hier im Haus eine Lösung finden, damit sie nicht aufhören muss, wenn es um einen Külschrank oder sonst etwas geht. Ich glaube, da kann man auch den Sozialdezernenten ansprechen, und dann bekommen wir eine Lösung hin, wenn solche Probleme auftauchen. Aber Vorratsbeschlüsse – so sehe ich das jetzt – in Form eines Fonds für diesen Bereich? Ich könnte noch weitere Bereiche nennen, wo man dies auch einrichten sollte, sodass man immer etwas hat, das man zuschießen kann. Ich sehe hier, wenn man zustimmen würde, einen neuen Weg im Sozialbereich.

Noch einmal die Zusicherung: Ich bin mir sicher, dass wir uns im Haus einig werden. Wenn es eine Schiefelage gibt – gerade bei den Tafeln, die wir alle hier im Haus unterstützen –, kriegen wir eine Lösung hin, da werden wir auch helfen. Ich glaube, das kann man sicher deutlich und klar sagen. Aber jetzt so einen Vorratsbeschluss mit einem Fonds zu fassen, das sehe als einen neuen Weg in der Sozialpolitik, den ich jetzt so nicht will, die Fraktion auch nicht.

**Stadträtin Anlauf (GRÜNE):** Ich stimme zu, es ist auf der einen Seite wirklich traurig und schwer zu verstehen, dass es im reichen Deutschland Einrichtungen wie die Tafeln gibt. Aber dieser Antrag ist merkwürdig und unklar, denn fortlaufende Zuschüsse für Liquiditätsengpässe zu verlangen, passt irgendwie nicht richtig zusammen. Von daher ergibt sich die Frage, ob das Thema vielleicht im Sozialausschuss behandelt werden kann.

Wir stimmen nicht zu.

**Stadtrat Hock (FDP):** Die Diskussion zu diesem Punkt – na, ja. Da muss man sich schon fragen, ob es sinnvoll ist, dass sich der Gemeinderat an einem Tag aufmacht und sieht, was die Tafeln leisten und was sie nicht mehr leisten können, weil es eine enorm angespannte finanzielle Lage ist. Meine Fraktion findet diesen Antrag der SPD hervorragend. Wenn wir in diesem Haus über Soziales sprechen, dann geht es für mich und für meine Fraktion bei den Tafeln als ganz Allererstes voran. Was hier an ehrenamtlicher Tätigkeit Tag für Tag, Woche für Woche, Monat für Monat gebracht wird, und wie es hier an einem Betrag von 30.000 € scheitert, spottet das jeder Beschreibung.

**Stadtrat Hermanns (SPD):** Vielleicht kann man, Herr Dr. Müller, die CDU vielleicht doch noch bewegen. Es gab einen ganz konkreten Fall in Durlach, als man an uns herangetreten ist, wo die Mieten sehr gestiegen sind und man sagte, dass man das nicht mit Spenden auffangen kann. Wir wollen eben keine Ungleichbehandlung bei nur einer Tafel machen. Deshalb haben wir gesagt: Okay, wir haben jetzt einen Fall bei einer konkreten Tafel in Durlach, evtl. können aber auch andere Tafeln in so eine Situation kommen. Deshalb haben wir gesagt, wir wollen einen Fonds aufbauen, damit keine Ungleichbehandlung zwischen den Tafeln stattfindet, weil ja die Tafeln – wie der Kollege Hock das eben gesagt hat – eine herausragende Leistung für unsere Zivilgesellschaft und unsere Soziale Stadt darstellen. Von daher bitten wir die CDU, sich vielleicht doch noch einen Ruck zu geben und zuzustimmen, denn ich glaube auch, es ist auch ein Anerkennen des Ehrenamtes der Männer und Frauen, die tagtäglich den Ärmsten der Armen niedrigschwellig und konkret helfen.

**Der Vorsitzende:** Ich habe keine weiteren Wortmeldungen mehr. Wir kommen zur Abstimmung, und ich bitte um Ihr Votum. – Der Antrag ist damit **mehrheitlich abgelehnt**.

Ich möchte aber die Anregung aufgreifen, dass dann, wenn eine bestimmte Tafel in so eine Sondersituation kommt, sie sich bei Politik und Verwaltung melden soll. Ich sehe aber auch die Gefahr, dass ein solcher Topf zwingenderweise Tatbestände indirekt steuert. Insofern sind wir auf dem anderen Weg verantwortlich. Fordern Sie also bitte auf, uns mitzuteilen, wenn es solche Situationen gibt.

**Antrag Nr. 310 (S. 258): Arbeitskreis Leben Karlsruhe e. V. – Erhöhung der institutionellen Förderung (CDU, SPD, GRÜNE, KULT)**

**Antrag Nr. 310 (S. 258): Arbeitskreis Leben – Erhöhung des Zuschusses, um die wachsende Beratungsnachfrage zu decken (Die Linke)**

**Stadtrat Krug (CDU):** Ich spreche für die Antragsteller CDU, SPD, GRÜNE und KULT, aber ich bin mir sicher, dass wir über den Betrag von 3.210 € – das ist der Betrag, den die Linke fordert, also 1 € mehr – abstimmen werden.

Worum geht es in den beiden Anträgen? Es geht, wie gesagt, um 3.210 € pro Jahr mehr für die Suizid-Prävention. Die braucht der Arbeitskreis Leben dafür, Lehrgänge für Ehrenamtliche zu finanzieren, Lehrgänge, die durch allgemeine Personalkostensteigerungen teurer geworden sind, aber auch durch staatliche Auflagen, Auflagen wie jene zur Aufklärung über sexuellem Missbrauch, die sicher notwendig sind, die aber ins Geld gehen. Wenn außerdem der Bereich Suizidprävention bei Kindern und Jugendlichen – und hier haben wir durchaus Verhältnisse, die nicht besser werden – auf- und ausgebaut werden soll, dann sind die 3.210 € bestens angelegtes Geld. Deswegen bitte ich das Haus um Zustimmung.

**Stadtrat Joos (FDP):** Ich war vor wenigen Wochen bei einem Gottesdienst, wo alle Geschädigten und Angehörigen dabei waren. Wer da dabei war, sieht genau, wie wichtig das ist. Da flossen Tränen ohne Ende, wenn ein Kind geht oder sonst jemand in der Familie Selbstmord macht.

Wir stimmen diesem Antrag sehr gerne zu.

**Der Vorsitzende:** Dann stelle ich beide Anträge mit einem Zuschuss von 3.210 € pro Jahr zur Abstimmung und bitte um Ihr Votum. – Der Antrag ist **angenommen**.

**Antrag Nr. 312 (S. 258): Diakonisches Werk – Zuschusserhöhung IKARUS Arbeitslosenberatung (CDU, SPD, GRÜNE, KULT)**

**Antrag Nr. 313 (S. 258): IKARUS Arbeitslosenzentrum Diakonie – Erhöhung des Zuschusses um 1.800 Euro/Jahr auf die Höhe vor der Kürzung durch die Sparbeschlüsse (Die Linke)**

Ich sehe keine Wortmeldungen und bitte um Ihr Votum. – Das ist eine **Mehrheit dafür**.

**Antrag Nr. 314 (S. 258): Interfraktionell: Zuschusserhöhung Wildwasser & Frauen-Notruf – Verein gegen sexuelle Gewalt an Mädchen und Frauen e. V. (CDU, SPD, GRÜNE, KULT)**

Ich sehe keine Wortmeldungen. Dann können wir gleich in die Abstimmung einsteigen. Ich bitte um Ihr Votum. – Das ist ebenfalls **eine Mehrheit dafür**.

**Antrag Nr. 315 a (S. 258): Caritas Karlsruhe – Rücknahme der Zuschusskürzung von 9 Prozent anlässlich der Sparbeschlüsse aus 2017 (Die Linke)**

**Antrag Nr. 315 b (S. 258): Caritas – Erhöhung des Zuschusses zum Ausgleich der Personalkostenentwicklung der letzten beiden Jahre (Die Linke)**

Einmal geht es um die Rücknahme von Kürzungen bei der Caritas, und einmal geht es um eine Zuschusserhöhung. Ich habe keine Wortmeldungen und rufe **Antrag Nr. 315 a** zur Abstimmung auf. Ich bitte um Ihr Votum. – Das ist ein **ablehnendes Votum**.

Ich rufe auf **Antrag Nr. 315 b** und bitte auch hier um Ihr Votum. – Auch das ist eine **Ablehnung**.

**Antrag Nr. 316 (S. 258/270): Erhöhung Zuschuss für Tandem-Beratung (CDU, SPD, GRÜNE, KULT)**

**Antrag Nr. 317 (S. 258/270): SKF - Sozialdienst kath. Frauen – Tandemberatung – Erhöhung des Stundenumfangs (Die Linke)**

**Antrag Nr. 318 (S. 258/270): Intensivhilfe Sozialdienst kath. Frauen fördern(AfD)**

**Stadtrat Dr. Müller (CDU):** Das Angebot ist ein wichtiger Baustein in der Gewaltprävention in Karlsruhe. Aber es zeigt sich auch, dass die Inanspruchnahme deutlich steigende Zahlen aufweist, sodass der SKF in der Tandemberatung nicht mehr nachkommt und wir etwas tun müssen, damit die Wochenstunden wieder erhöht werden können, dass auch zeitnah Ehepaare beraten werden können. Bevor die Gewaltspirale zu stark ins Drehen gekommen ist, ist es notwendig, dass zeitnah Termine vergeben werden können. Deswegen ist es notwendig, dass wir diese Zuschusserhöhung durchführen.

**Stadtrat Dr. Schmidt (AfD):** Wir hatten im Vorfeld per E-Mail schon angekündigt, dass wir auch auf die 21.052 € gehen.

**Stadtrat Fostiropoulos (Die Linke):** Wir passen uns auch dem Betrag an.

**Stadtrat Hock (FDP):** Den interfraktionellen Antrag werden wir gerne unterstützen, weil auch an uns herangetragen wurde, dass sich die Arbeit dort wirklich vervielfältigt hat und es mit diesen Wochenstunden, die im Moment angeboten werden können, nicht leistbar ist. Deshalb ist es dringend erforderlich, dass gehandelt wird. Meine Fraktion wird diesem interfraktionellen Antrag gerne beitreten.

**Der Vorsitzende:** Dann haben wir einen breiten interfraktionellen Antrag über 21.052 €. Den stelle ich jetzt zur Abstimmung und bitte um Ihr Votum. – Das ist eine **Mehrheit dafür**.

Es ist 21:00 Uhr. Die Sitzung ist unterbrochen. Wir setzen Sie morgen Früh um 09:00 Uhr fort. Ich danke Ihnen für die sehr disziplinierte, sehr konstruktive und kollegiale Sitzung. Vielen Dank.

(Unterbrechung der Sitzung von Dienstag 21:00 Uhr bis Mittwoch, 09:00 Uhr)

Ich darf Ihnen allen einen herzlichen guten Morgen wünschen. Ich darf auch die Erste Bürgermeisterin, meine Bürgermeisterkollegen, die Amtsleiterinnen und Amtsleiter, Geschäftsführerinnen und Geschäftsführer, Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter herzlich begrüßen, auch die Medien auf den Rängen und natürlich die Bürgerinnen und Bürger.

Wir setzen die unterbrochene Sitzung von gestern fort. Sie sehen vorne schon einmal das, was Sie gestern gemeinsam beschlossen haben. Ich gehe davon aus, dass heute schon die Druckmaschinen angeworfen werden, um die Beglückten in der Stadt zu informieren. Ich darf Sie darauf hinweisen, dass sich das in den nächsten ein, zwei, drei Jahren noch gut darstellen lässt, aber ich Ihnen dann im Weiteren jetzt schon, sofern wir alle noch dabei sind, entsprechende Kürzungsrunden ankündigen kann. Aber jetzt warten wir einmal ab.

Wir steigen auf **S. 256** wieder ein.

**Antrag Nr. 319 (S. 258): Bahnhofsmision Karlsruhe – Erhöhung der institutionellen Förderung (CDU, SPD, GRÜNE, KULT)**



**Antrag Nr. 320 (S. 258): Bahnhofsmision (FDP)**

**Antrag Nr. 321 (S. 258): Diakonie Karlsruhe – Bahnhofsmision Karlsruhe - Erhöhung des Zuschusses wegen steigender Inanspruchnahme durch Hilfesuchend (Die Linke)**

**Stadtrat Dr. Müller (CDU):** Die Bahnhofsmision hat in dieser Stadt eine äußerst wichtige Funktion. Sie ist als sehr niederschwelliges Angebot für eine mannigfaltige Situation zuständig. Wenn man nicht weiter weiß, schickt man jemanden zur Bahnhofsmision. Die helfen dann schon weiter. Es sind einfach Sachen, wie Aufwärmen, etwas zu Trinken bekommen bis hin zu Hilfestellungen auf der Reise, bis hin dazu, dass Menschen weitervermittelt werden in die Hilfesysteme dieser Stadt.

Die Anzahl der Hilfesuchenden ist in den letzten Jahren kontinuierlich gestiegen, so dass auch die Bahnhofsmision ihr Personal aufstocken musste, um den mannigfaltigen Aufgaben gerecht zu werden. Deswegen erachten wir es für äußerst wichtig, dass wir diesen Zuschuss zusätzlich der Bahnhofsmision gewähren.

**Stadtrat Jooß (FDP):** Außer dem Autobahndreieck haben wir noch unseren Bahnhof als Dreh- und Angelpunkt in Karlsruhe. Gerade hier sollten wir für positive Schlagzeilen sorgen, nicht beim Autobahndreieck. Denn hier kommen auch Menschen an, die nicht nur in guten Hotels übernachten, sondern in vielerlei Art und Weise Hilfe und Unterstützung brauchen. Genau das aber bietet für Karlsruhe unsere Bahnhofsmision an, also ein Leuchtturmprojekt. Da viele Ehrenamtliche aktiv beteiligt sind, brauchen sie dringend unsere Unterstützung, gerade natürlich auch im finanziellen Bereich. Deswegen unser Antrag.

**Der Vorsitzende:** Ich habe keine weiteren Wortmeldungen. Wir können damit in das Voting einsteigen. – Das ist eine deutliche **Mehrheit**.

Ich darf zur selben Seite aus der Veränderungsliste noch darauf hinweisen, dass wir für die berufsbegleitende Weiterqualifizierung zum Pflegeberater auch die entsprechenden Positionen angepasst haben.

Wir blättern weiter auf die **S. 260**.

**Antrag Nr. 322 (S. 261): Pädagogische Hilfen – Erhöhung der Pauschalen (GRÜNE)**

**Antrag Nr. 323 (S. 261): Eingliederungshilfen: Aufstockung Fallpauschale pädagogische Hilfen von 460 Euro/Monat auf 560 Euro/Monat (KULT)**

**Antrag Nr. 324 (S. 268): Eingliederungshilfen: Flexible Verwendung pädagogischer und begleitender Hilfen (KULT)**

**Antrag Nr. 325 (S. 249): Inklusion in Kindertagesstätten – Begleitende Hilfen (SPD)**

**Stadträtin Rastätter (GRÜNE):** Bei unserem Antrag geht es darum, die Bedingungen für Inklusion in den Kindertagesstätten zu verbessern. Kinder mit Behinderungen haben einen Anspruch auf Eingliederungshilfe, wenn sie eine Kita besuchen. In Karlsruhe wird diese Eingliederungshilfe pauschalisiert gewährt. Die Kinder bekommen einmal pädagogische Hilfen oder begleitende Hilfen oder auch beides. Die Stadtverwaltung hat in ihrer Stellungnahme geantwortet, dass die begleitenden Hilfen gut ausgestattet sind, besser beispielsweise als im Landkreis mit 390 Euro. Dem stimmen wir zu. Deshalb haben wir auch keinen Antrag auf Erhöhung der begleitenden Hilfen gestellt.

Anders sieht es aus bei den pädagogischen Hilfen. Hier ist es so, dass seit 2003 die pädagogischen Hilfen nicht mehr erhöht wurden. Das sind mittlerweile 15 Jahre. Damals konnten mit 460 Euro noch vier Stunden fachspezifische individuelle Unterstützung für das behinderte Kind gewährt werden. Aber heute sind es nur noch 1,5 Stunden, also viel zu wenig, um ein Kind, das besondere Entwicklungsbedürfnisse hat, zu fördern.

Andere Landkreise, andere Stadtkreise sind deutlich höher geworden mittlerweile. Inzwischen hat auch der Landkreis die pädagogische Pauschale auf 530 Euro erhöht. Wir haben deshalb einen sehr moderaten Antrag gestellt mit einer Erhöhung von 530 Euro für die pädagogische Hilfe. Wir bitten die anderen Antragsteller und Antragstellerinnen darum, sich an den pädagogischen Hilfen zu orientieren. Denn da besteht tatsächlich ein hoher Handlungsbedarf, während wir bei den begleitenden Hilfen im Augenblick mit dem, was die Stadt gewährt, zurecht kommen. Das ist auch im Sinne der Träger, vor allem der Lebenshilfe Reha Südwest, aber auch für andere inklusiv arbeitende Kitas, wo es einfach zu wenig ist, um die Kinder wirklich fachspezifisch pädagogisch gut zu fördern.

**Stadträtin Fischer (SPD):** Es wäre doch sinnvoll gewesen, unseren Antrag auch noch mit aufzunehmen. Bei uns ist bei der Formulierung des Antrags nämlich ein Fehler unterlaufen. Wir wollten auch die pädagogischen Hilfen behandelt wissen und nicht die begleitenden Hilfen. Es hat sich aber herausgestellt, dass da doch eine gewisse Verunsicherung besteht, was es alles in diesem Bereich gibt. Wir sehen das genauso wie die Antragsteller, was die pädagogischen Hilfen angeht. Allerdings hat mich die Antwort der Verwaltung doch etwas stutzig gemacht, weil verwiesen wird auf das zweigliedrige Karlsruher Finanzierungsmodell, was damit unter Umständen nicht so ganz einfach kompatibel ist mit dem, wie die Leistungen im Landkreis erfolgen. Ich würde mir deshalb wünschen, dass wir den Betrag zunächst mit einem Sperrvermerk einstellen und dann noch einmal im Sozialausschuss genau darlegen, wie unsere einzelnen Hilfen geleistet werden und auch eine Übersicht über das, was bei uns geleistet wird und über den Vergleich mit Landkreisen und anderen Städten. Dann könnte man weiter entscheiden, ob man tatsächlich die pädagogischen Hilfen in dem Umfang erhöhen möchte.

**Stadtrat Braun (KULT):** Die Kollegin Rastätter hat die Argumente genannt, die auch für uns sinnvoll sind für die Erhöhung der Pauschalen. Ich möchte nur hinzufügen, dass wir über Antrag Nr. 324, die flexible Verwendung, nicht abstimmen wollen und Ihrem Vorschlag, das im Ausschuss noch einmal zu besprechen, folgen würden.

**Der Vorsitzende:** Der Vorschlag kam von Frau Stadträtin Fischer. Jetzt gab es die Anregung, dass die Erhöhung der Pauschalen mit dem hier vorgesehenen Betrag noch mit einem Sperrvermerk versehen werden. Jetzt ist die Frage, ob sich die Antragsteller dem anschließen können.

**Stadträtin Rastätter (GRÜNE):** Ich würde mich ungern anschließen. Denn die Zahlen liegen vor. Wir haben einen Antrag gestellt. Die Stadtverwaltung hat auf den Antrag alle Zahlen dargelegt. Die Städte wie Freiburg, Heidelberg usw. liegen mittlerweile bei fast 600 Euro für die pädagogische Pauschale. Ich weiß nicht, warum wir für eine solche Unterstützung von Kindern, die wirklich unsere bestmögliche Förderung in den Kindertagesstätten brauchen, die gar nicht nach Bedarf gefördert werden, sondern nur eine Pauschale bekommen, einen Sperrvermerk brauchen. Ich bitte doch darum, dass wir jetzt, wo der Sachverhalt klargestellt ist, dieser Sache auch ohne Sperrvermerk zustimmen.

Was das Karlsruher Modell anbelangt: Ja, es stimmt, Karlsruhe gibt pro Kind einen 0,1 Stel-  
lenzuschlag. Aber das ist der originäre Zuschlag für die Erzieherinnen in den Kitas. Das ist  
nicht die fachspezifische Förderung, die über Heilpädagoginnen oder vergleichbare Fach-  
kräfte erfolgt. Hier geht es um genau diese Hilfe, die so ein Kind braucht, damit es in sei-  
nem Förderschwerpunkt gefördert werden kann. Ich sehe deshalb nicht ein, warum wir  
hier noch einmal einen Sperrvermerk machen und gerade auch die Träger, die sich derart  
engagieren, noch einmal in gewisser Weise damit vor den Kopf stoßen.

**Stadtrat Krug (CDU):** Die CDU-Fraktion wird sich dem Vorschlag der Kollegin Fischer an-  
schließen. Im Gegensatz zu Frau Rastätter sind für uns die Zahlen auch aufgrund des zwei-  
gliedrigen Finanzierungsmodells des Bundesteilhabegesetzes und der Hortförderung, was  
da alles noch dazu kommt, nicht so klar. Wir sehen nicht, dass etwas anbrennt, wenn wir  
das mit einem Sperrvermerk versehen.

**Der Vorsitzende:** Dann stimmen wir jetzt über den weitestgehenden Antrag ab. Das ist  
der Antrag der GRÜNEN ohne Sperrvermerk. – Das ist eine mehrheitliche **Ablehnung**.

Dann rufe ich denselben Antrag noch einmal auf mit Sperrvermerk. Den KULT-Antrag ha-  
ben wir immer gleich mit hineingedacht. Also, noch einmal, der GRÜNE-Antrag inklusive  
KULT plus Sperrvermerk: Das ist eine deutliche **Mehrheit**.

Dann können wir möglicherweise die beiden Anträge Nrn. 324 und 325 mit in die Diskus-  
sion einfließen lassen, die Sie zu diesem Punkt sowieso im entsprechenden Fachausschuss -  
- -

(Zurufe)

- Hat sich **erledigt**. Bei Antrag Nr. 324 wäre mein Vorschlag, dass wir das im Kontext die-  
ser Thematik im Fachausschuss noch einmal beraten. Damit wären Sie einverstanden.

#### **Antrag Nr. 326 (S. 261): SozPädal (FDP)**

**Stadtrat Hock (FDP):** Ich mache es kurz, damit wir heute weiterkommen. Wir haben über  
SozPädal schon alles ausführlich besprochen. Jetzt geht es um eine Fachkraft, um die Ein-  
gruppierung und die Erhöhung. Deshalb bitten wir um Zustimmung.

**Stadträtin Fischer (SPD):** Wir haben das doch schon behandelt. Es geht um die Arbeits-  
beraterinnen. Wir haben dem Ganzen schon zugestimmt. Ich habe jetzt die Zahl nicht  
mehr im Kopf.

**Der Vorsitzende:** Sagen Sie mir noch einmal die Ziffer.

(Zuruf)

- 292! Klären Sie das noch einmal in der Pause.

(Weiterer Zuruf)

- Ist geklärt. Gut, dann hat sich das **erledigt**.

**Antrag Nr. 327 (S. 261): Suchtberatungsstelle „Diakonische Suchthilfe Mittelbaden gGmbH“ (CDU, SPD, GRÜNE, KULT)**

**Stadträtin Anlauf (GRÜNE):** Die Suchtberatungsstelle leistet wertvolle Arbeit in Absprache mit anderen Beratungsstellen, so dass keine Doppelstrukturen vorhanden sind. Zum Programm gehören zum Beispiel ambulante Reha und Nachsorge, Glücksspielabhängigkeit, berufliche Wiedereingliederung, die Gruppe Regenbogen für Kinder aus suchtblasteten Familien. Die Suchthilfe befindet sich in einer existenzgefährdeten Situation, da das Diakonische Werk seit Ende 2015 seine Trägerschaft aufgegeben hat. Entsprechend fehlen der Beratungsstelle Zuschüsse. Auch die Mietkosten müssen alleine getragen werden. Das Defizit beträgt 50.000 Euro jährlich, wovon der größere Teil selbst getragen werden kann.

**Der Vorsitzende:** Ich habe keine weiteren Wortmeldungen. Damit können wir in die Abstimmung einsteigen. – Das ist eine deutliche **Mehrheit**.

**Antrag Nr. 328 (S. 261): Kampagne zur Gewinnung von Altenpflegekräften (GRÜNE)**

- Hat sich **erledigt**.

**Antrag Nr. 329 (S. 261): Erhöhung des jährlichen Zuschusses Tagestreff „Tür“ (SPD, GRÜNE, KULT)**

**Antrag Nr. 330 (S. 261): Diakonie Karlsruhe – Tagestreff Tür für wohnungslose Menschen – Erhöhung des städtischen Zuschusses wegen steigender Inanspruchnahme (Die Linke)**

Da habe ich keine Wortmeldungen. Vielleicht können wir uns auf den etwas niedrigeren Betrag einigen. Kann ich da eine kurze Rückmeldung bekommen von den Linken? – Sie sind einverstanden. Dann fassen wir beide Anträge zusammen mit der Summe, die in dem interfraktionellen Antrag berücksichtigt ist. – Auch das ist eine **Mehrheit**.

**Antrag Nr. 331 (S. 261): Erhöhung der institutionellen Förderung des Vereins für Jugendhilfe – ambulante Straffälligenhilfe (CDU)**

**Antrag Nr. 332 (S. 261): Verein für Jugendhilfe – ambulante Straffälligenhilfe (SPD, KULT)**

**Antrag Nr. 333 (S. 261): Verein für Jugendhilfe – Ambulante Straffälligenhilfe – Zuschusserhöhung zum Ausgleich der Tarifierhöhung des Personals (Die Linke)**

Ich sehe keine Wortmeldungen. Die Beträge sind auch gleich. Dann können wir in die Abstimmung einsteigen. Frau Stadträtin Fischer erklärt sich als befangen. – Das ist eine deutliche **Mehrheit**.

Ich darf auf der **S. 260** noch im Zusammenhang mit der Veränderungsliste auf die angepassten Zahlen zum Soziallastenausgleich hinweisen.

Wir blättern dann auf die **S. 263**.

**Antrag Nr. 334 (S. 263): Stelle im Jobcenter – Bildung und Teilhabe (SPD)**

**Stadträtin Fischer (SPD):** Die Priorisierung im Personalausschuss ist nicht erfolgt. Deshalb sind die Mittel für diese Stelle unserer Meinung nach einzustellen. Die Fallzahlensteigerung und der Aufgabenzuwachs sind messbar und festgestellt und werden auch weiter ansteigen. Für uns ist es eine ganz besonders wichtige Aufgabe, um Langzeitarbeitslosigkeit abzubauen. Deshalb beantragen wir Sachmittel zur Einrichtung der Stelle.

**Der Vorsitzende:** Ich möchte insgesamt noch einmal darauf hinweisen, weil ich jetzt sehe, dass das mit Stellenschaffungen hier so munter weitergeht, dass Sie nach meinem Verständnis von der Stadtverwaltung eine gewisse Qualität einfordern können. Wie wir das dann organisatorisch mit welchen Stellen machen, ist eigentlich unser operativer Job. Ich weiß, dass sich noch kein Gemeinderat dieser Welt an diese Regel gehalten hat und deshalb immer munter Stellen beantragt. Aber ich möchte es vom Grundsätzlichen her einfach hier noch einmal klarstellen. Sie würden Ihrer politischen Steuerungsaufgabe und unserer operativen Verantwortung besser nachkommen, wenn Sie uns klarer definieren, was Sie für fachliche und inhaltliche Vorgaben erfüllt sehen wollen, also Wartezeiten und solche Sachen. Wir müssen dann schauen, wie wir das hinbekommen und kommen dann wegen der Stellenschaffung auf Sie zu. Das sage ich jetzt generell, nicht bezogen auf die eine Stelle hier.

Wir kommen dann zur Abstimmung. – Das ist eine mehrheitliche **Ablehnung**.

**Antrag Nr. 335 a (S. 249): Schaffung von Schülerhorten in unter- oder nicht versorgten Stadtteilen – hier in Bulach (AfD)**

**Antrag Nr. 335 b (S. 249): Schaffung von 150 neuen Schülerhortplätzen in unterversorgten oder nicht versorgten Stadtteilen (AfD)**

Ich würde das getrennt abstimmen. Sie können entscheiden, ob Sie das gemeinsam begründen oder nicht.

**Stadtrat Dr. Schmidt (AfD):** Da bei dem Punkt eigentlich noch eine Konzeptentwicklung dazugehört, würden wir einen Sperrvermerk akzeptieren. Bei der ersten Sache, Schülerhortplätze in Bulach, weisen wir erneut darauf hin, dass es in Bulach keinen echten Schülerhort gibt. Wir sind der Meinung, dass es besser wäre, wenn es dort einen gäbe. Da die Haltung der Stadt, siehe Knielingen, sich in gewisser Weise geändert hat, wollten wir es auf diese Art und Weise noch einmal ins Gedächtnis rufen.

Den anderen Teil des Antrags, da würde ich gerne den Antrag etwas abändern, dahingehend, dass wir sagen, wir fordern die Schaffung von 150 neuen Hortplätzen in Karlsruhe überall dort, wo diese gebraucht werden. Also ohne die Einschränkung auf unterversorgte Stadtteile, und zwar deswegen, weil wir, als wir über den Hort in Knielingen gesprochen haben, darüber gesprochen haben, dass die Quote, von der die Stadt ausgeht, 70 % beträgt. Die Stadt stellt die Horte bereit oder stellt den Hort in Knielingen bereit über so viele Plätze, dass, wenn 70 % der Kinder einen Platz brauchen, für diese genügend Platz da ist. Wenn sich jetzt aber in den nächsten Jahren die Entwicklung ändert und mehr Eltern für ihre Kinder Hortplätze haben wollen, dann haben wir insgesamt in der Stadt ein Problem. Deswegen würden wir gern den Antrag dahingehend abändern, einfach um einer wachsenden Nachfrage nach Hortplätzen, wie sie zuletzt in Knielingen zu beobachten war, gewachsen zu sein.

**Der Vorsitzende:** Ich habe keine weiteren Wortmeldungen. Ich rufe Antrag Nr. 335 a auf, 40 Schülerhortplätze in Bulach zusätzlich zu schaffen. – Das ist eine **ablehnende** Mehrheit.

Ich rufe auf Antrag Nr. 335 b, Schaffung von 150 Schülerhortplätzen in Stadtteilen, in denen noch Bedarf besteht. So sinngemäß hatten Sie es gesagt. – Auch das ist eine **ablehnende** Mehrheit.

**Antrag Nr. 336 (S. 266): Stelle für Inobhutnahme UMA (SPD)**

**Stadträtin Fischer (SPD):** Herr Oberbürgermeister, Ihrer Anregung folgend, **ziehen wir den Antrag zurück** und sind mit der Antwort der Verwaltung zufrieden.

**Antrag Nr. 337 (S. 267): Beschulung von unbegleiteten minderjährigen Ausländern – Ausgaben reduzieren (AfD)**

**Stadtrat Dr. Schmidt (AfD):** Selbe Begründung wie gestern, die Versprechungen der Bundesregierung. Frau Dr. Leidig, Sie hatten mich gestern wegen dieser Wortwahl kritisiert, es ist aber tatsächlich so, dass viele Menschen in Deutschland der Meinung sind, dass wir zu viele Flüchtlinge haben aufnehmen müssen in den letzten Jahren, dass sie sich Sorgen machen um die Zukunft unseres Landes, auch wenn Sie das ganz anders sehen. Für diese Leute ist es eine Versprechung der Bundesregierung, dass die Zahl der zu uns Kommenden zurückgeht. Diese Versprechungen gibt es. Auf dieser Basis müssen wir planen. Deswegen beantragen wir eine geringfügige Reduzierung dieses Postens.

**Stadträtin Dr. Dogan (CDU):** Die AfD hat gestern schon so einiges, gerade aufgrund ihrer Begründungen, von den anderen Fraktionskollegen anhören müssen. Sie wird es ertragen müssen, heute den Beitrag der CDU auch noch hören zu müssen, aus gutem Grund.

Man kann einzelne Projekte oder die Finanzierung von Projekten in Frage stellen. Man kann durchaus auch einmal nach der Sinnhaftigkeit von Projekten fragen, wenn man Bedenken hat, ob die sich denn tragen, ob die überhaupt angenommen werden und Erfolge erzielen. Was allerdings ein absolutes No-Go ist, ist die Art und Weise, dass man nach außen den Schein gibt, man wolle zur Haushaltskonsolidierung oder zur Einsparung im Haushalt beitragen. Man macht das dann aber nur in einem Bereich, indem man kategorisch und pauschal sämtliche Projekte, sämtliche Bereiche streicht, in denen es sich zufälligerweise um Flüchtlinge, um Ausländer, um Migranten handelt; gerade wenn es um Projekte geht wie Sprachförderung, das war gestern schon auf dem Tisch, oder hier um Beschulung. Um wen geht es hier? Hier geht es um Kinder, um Jugendliche, die unbegleitet in unserem Land sind und für die wir obhutspflichtig sind. Als Stadt haben wir eine kommunale Verantwortung. Wir üben das Sorgerecht aus. Das ist ein Verbund mit einer Verantwortung. Die kann man begrüßen, die kann man ablehnen, aber man muss sie wahrhaben und man muss sie wahrnehmen. Dazu ist man einfach verpflichtet, nicht nur rechtlich, sondern durchaus auch moralisch. Dazu gehört, dass man gewährleistet, dass diese Kinder und Jugendliche vom ersten Tag an, in dem sie sich in unserer Obhut befinden, auch die Möglichkeit haben müssen, die Schule zu besuchen, Deutsch zu lernen und sich frühzeitig in unsere Gesellschaft einzugliedern und zu integrieren.

Es ist fadenscheinig, wenn die AfD permanent überall verbreitet, die Ausländer, die Kinder mit Migrationshintergrund sollen Deutsch lernen, die Sprache ist der Schlüssel zur Integration, und dann ausgerechnet solche Anträge stellt. Und dann noch – ich muss wirklich sagen – die Frechheit besitzt, den Artikel 3 zu missbrauchen, indem man sagt, hier würden Gruppen bevorteilt werden. Die Schulpflicht besteht für alle Kinder, mit deutschem Hintergrund, Migrationshintergrund, Flüchtlingskinder, bis zu einem gewissen Alter. Das ist einfach so. Da müssen allen in die Schule gehen. Dafür müssen wir die Voraussetzungen schaffen, dass sie die Schule auch besuchen können, dass sie auch die Möglichkeit haben zu lernen. Das einzige, das Sie mit dieser Aussage und der Berufung auf Artikel 3 – da bin ich bald an die Decke, als ich das gelesen habe - machen, Sie schüren bewusst und zielgesteuert Ressentiments in der Bevölkerung, indem Sie den Eindruck vermitteln, hier würde Ungleichheit geschaffen werden, hier würden Menschen irgendwie bevorzugt werden. Dem ist nicht so.

Das einzige, was diese pauschalen Streichanträge zeigen, ist eigentlich nur, wessen Geistes Kind sich dahinter verbirgt.

**Stadtrat Dr. Schmidt (AfD):** Jetzt möchte ich dazu einmal Stellung nehmen, auch zu den anderen Vorwürfen, die ich habe aushalten müssen. Sie reden alle immer von Streichungen. Wir haben überhaupt nichts gestrichen. Diese ganzen Dinge waren keine Streichungen, es waren Kürzungen.

(Zurufe, Heiterkeit)

Es waren keine Streichungen. Es hört sich so an, als hätten wir den ganzen Posten gestrichen, was nicht wahr ist. Es ist ein falscher Vorwurf. Wir haben auf der Basis der Informationen, die wir von unserer Bundesregierung haben, eine Kürzung dieser Posten vorgenommen, immer eine moderate aufgrund der Basis, dass wir davon ausgehen können, dass weniger Schutzsuchende, wie Sie sie nennen, Asylbewerber, wie wir sie nennen, zu uns kommen. Darauf muss man sich einstellen, wenn man eine solide Finanzplanung macht. Deswegen ist es unfair, uns immer Streichung vorzuwerfen. Es war eine Stellenreduzierung auf der Basis von dem, was wir von der Bundesregierung gesagt bekommen haben. Das möchte ich nur einmal dazu sagen.

Wenn ich gerade schon am Reden bin, möchte ich auch gleich eingehen auf den nächsten Tagesordnungspunkt. Denn da ist es so, dass wir per E-Mail angekündigt haben, dass wir den zurückziehen, weil es eine Sache ist, wo die gesetzliche Grundlage da ist, dass wir als Stadt diesen Punkt einplanen müssen. Da sind wir hier im falschen Gremium, wenn wir das in Frage stellen wollen. Deswegen ziehen wir das zurück.

**Der Vorsitzende:** Sie glauben einfach an das, was die Bundesregierung vorgibt. Das habe ich jetzt verstanden.

**Stadtrat Fostiropoulos (Die Linke):** Nur eine Bemerkung, weil es mich auch überrascht hat, dass die AfD das tut, was die Bundesregierung sagt. Sie rufen doch die ganze Zeit „Merkel muss weg“. Ich bin sehr überrascht.

**Der Vorsitzende:** Wir stimmen jetzt über Antrag Nr. 337 ab. Da geht es um die Kürzung bei der Beschulung von unbegleiteten minderjährigen Ausländern. – Das ist eine mehrheitliche **Ablehnung**.

**Antrag Nr. 338 (S. 267): Unterhaltsvorschussleistungen – Ausgaben reduzieren (AfD)**

Der Antrag ist **zurückgezogen**.

**Antrag Nr. 340 (S. 267): Aufstockung Personalausstattung für Förderverein KJH-Südstadt-Ost (GRÜNE)**

**Antrag Nr. 341 (S. 267): Aufstockung der Personalausstattung des KJT-Südstadt-Ost (KULT)**

**Antrag Nr. 342 (S. 267): Förderverein Kinder- und Jugendarbeit im Bürgerzentrum Südstadt – Aufstockung der Personalausstattung des KJT-Südstadt um 50-Prozent-Stelle (Die Linke)**

**Stadtrat Cramer (KULT):** Der Förderverein Kinder- und Jugendarbeit im Bürgerzentrum Südstadt ist an alle Fraktionen herangetreten mit der Bitte um Unterstützung ihres Anliegens. Jetzt hat nur die KULT-Fraktion dieses Begehren aufgegriffen. Jetzt weiß ich nicht, was das bedeutet.

(Zurufe; **der Vorsitzende:** Das können wir gleich noch klären, was das bedeutet! Machen Sie erst einmal fertig, Herr Stadtrat Cramer!)

- Da muss ich mich ganz förmlich entschuldigen. Es ist dann wirklich mein Fehler, dass ich das nicht richtig gesehen habe. Es tut mir Leid, dass ich jetzt etwas Falsches gesagt habe.

Wir von der KULT-Fraktion haben diesen Antrag gestellt, weil die Arbeit, die im Bürgerzentrum geleistet wird, schon seit vielen Jahren, um nicht zu sagen Jahrzehnten, es notwendig macht, noch einmal mit einer zusätzlichen finanziellen Ausstattung die Arbeitsmöglichkeiten zu optimieren. Ich möchte noch einmal daran erinnern, dass es an jedem Schultag dort eine verbindliche Betreuung gibt, dass bis zu 50 Kinder pro Tag kommen. Das Angebot dort ist Sprach- und Lernhilfe, Qualifizierung für Schule und Beruf. Wir haben seit 2016 gesehen, dass 60 % Teilnehmerzuwachs dort eingetreten ist. Der Anteil der Mädchen, das ist für mich auch besonders zu erwähnen, beträgt 64 % im ersten Halbjahr 2018. Es treffen sich dort die unterschiedlichsten Gruppen von Kindern, die ihre Wurzel in der Türkei haben, also Türken, Kurden, Araber, Jesiden, Somalier und Sikhs, die alle dort über eine kultursensible Vermittlung der Betreuer sehr gut miteinander harmonieren. Es ist auch so, dass mittlerweile keine Gruppe mehr die Arbeit dort dominiert. Aus meiner Sicht ist es wirklich ein zukunftsweisendes Integrationsmodell.

Ich möchte zum Schluss noch eines sagen, in der Südstadt herrscht im Bezug auf dieses multikulturelle Zusammensein doch eine wirklich positive „Ruhe“. Es gibt keine wirklichen Bandenbildungen in der Südstadt. Es gibt keine Ausschreitung. Wenn man beispielsweise nach Straßburg schaut, was dort immer wieder passiert, oder bundesweit in den Stadtteilen, wo viele Migrantenkinder wohnen, das haben wir alles in der Südstadt nicht. Ich möchte einfach sagen, dass das ganz stark auch mit dieser jahrelangen kontinuierlichen



Arbeit im Bürgerzentrum zusammenhängt. Von daher bitte ich doch, dass das ganze Haus diesen Anträgen der KULT-Fraktion, der GRÜNEN und der Linken zustimmt.

**Stadträtin Rastätter (GRÜNE):** Ich kann das nur unterstreichen, was Herr Stadtrat Cramer vorgetragen hat als Begründung. Ich möchte aber noch ergänzend erwähnen, dass momentan auch die Betreuungsquote dort zu gering ist. Der Stadtjugendausschuss hat eine Mindestquote festgelegt, die erforderlich ist für eine Betreuungsgruppe. Das sind 1,5 Stellen. Momentan gibt es nur eine Stelle, d. h. es entspricht nicht dem Standard, den wir grundsätzlich als Stadt anlegen. Es ist für uns auch noch einmal ein ganz wichtiger Grund, dass wir diese halbe Stelle genehmigen.

Grundsätzlich ist es tatsächlich so, wir haben in der Südstadt ein Modell, wie Integration und gemeinschaftliches Leben ohne extreme Auseinandersetzungen und Konflikte läuft. Im Vergleich zu anderen Großstädten stehen wir gut da. Diese erfolgreiche Arbeit sollte auch für uns gewürdigt werden, dass wir die vom Stadtjugendausschuss festgelegte Personal-ausstattung dort vornehmen.

**Stadtrat Müller (CDU):** Die CDU wird diesem Antrag zustimmen, weil wir es für wichtig und richtig halten, dass im Förderverein diese wertvolle Arbeit in diesem Stadtteil verrichtet wird. Welche bessere Begründung würde es dafür außerdem noch geben, als letztendlich auch die Antwort der Verwaltung, in der es richtigerweise heißt, dass die Arbeit dort sehr personalintensiv ist und kaum von einer hauptamtlichen Person allein bewältigt werden kann. Deswegen unterstützen wir diese Arbeit.

**Stadträtin Fischer (SPD):** Wir sehen genauso die Notwendigkeit dieser Stelle, sind jetzt aber etwas überrascht von der Stellenmehrung bei einem Förderverein. Wenn wir hier eine Stelle einrichten sollen, dann hätte man das über den Personalausschuss machen sollen. Das ist im Personalausschuss nicht erfolgt. Es wurde auch von den Vorrednern schon dargelegt, dass die Mindestausstattung, die der Stadtjugendausschuss vorsieht, 1,5 Stellen sind. Deshalb beantragen wir, dass diese Stelle beim Stadtjugendausschuss eingerichtet wird.

**Stadtrat Cramer (KULT):** Frau Kollegin Fischer, nach meinen Informationen ist es doch so. Es ist eine Einrichtung des Stadtjugendausschusses. Die arbeiten nicht im luftleeren Raum. Die arbeiten mit dem Stadtjugendausschuss zusammen und sind da in einer Kooperation. Nach meinen aktuellen Informationen ist es so, dass die Mindestausstattung, diese 1,75 Stellen dort sind. Ich weiß nicht, wie man das jetzt auflösen konnte. Nach Rückfrage letzte Woche wäre das so, diese 1,75 Stellen.

**Stadträtin Fischer (SPD):** Ich will nur noch einmal ergänzen, der Stadtjugendausschuss hat im Personalschaffungsverfahren diese 1,5 Stellen beantragt bzw. diese 0,5 Stelle drin gehabt. Die haben wir nicht priorisiert. Ich fände es jetzt dem Stadtjugendausschuss gegenüber nicht zielführend, wenn wir uns bei einem Verein für eine Stelle einsetzen, für die sich der Stadtjugendausschuss stark gemacht hat.

**Stadtrat Hofmann (CDU):** Können wir nicht eines machen, eine große Mehrheit ist dafür, dass wir hier etwas machen, dass wir das mit einem Sperrvermerk einstellen und noch einmal in den Personalausschuss geben, dort klären und dann entsprechend die Mittel zur Verfügung stellen.

**Der Vorsitzende:** Ich würde Ihnen vorschlagen, dass wir keinen Sperrvermerk anlegen, sondern wir schaffen jetzt eine halbe Stelle. Es sind immerhin drei, die diesen Antrag formuliert haben. Die CDU hat erklärt, dass sie dem zustimmt. Die gehen vom Förderverein aus. Sollte sich dann aus der Situation ergeben, dass es sinnvoller ist, die halbe Stelle anderswo anzulegen, dann bitte ich um Rücksprache mit den entsprechenden jugendpolitischen Sprechern. Dann kann man das noch klären. Wenn wir das so machen können? Aber es gibt schon eher ein Votum, dass es beim Förderverein sein sollte. Es ist etwas unklar, wie jetzt die Standardausstattung aussieht. Das bitte ich noch zu klären. Es gibt hier unterschiedliche Aussagen, ich kann es jetzt nicht klären.

Wir schaffen jetzt eine halbe Stelle im Sinne der Antragsteller, nämlich beim Förderverein, behalten uns aber offen, dass man das klärt und dass man es dann noch einmal in Übereinstimmung mit den jugendpolitischen Sprechern woanders hinschiebt. Können wir so verbleiben? – Alle nicken.

Dann bitte ich jetzt um die Abstimmung. – Mehrheitliche **Zustimmung**.

**Antrag Nr. 343 (S. 267): Zuschuss Netzwerk gegen Rechts (SPD)**

**Antrag Nr. 344 (S. 267): Zuschuss für das Netzwerk gegen Rechts (GRÜNE)**

**Antrag Nr. 345 (S. 267): Netzwerk gegen Rechts Karlsruhe (KULT)**

**Antrag Nr. 346 (S. 267): Netzwerk gegen Rechts – Einmaliger Zuschuss für zusätzliche Aktivitäten im Jahr 2019 (Die Linke)**

**Antrag Nr. 347 (S. 267): Netzwerk gegen Rechts (STJA) – Betriebskostenzuschuss (Bürger/Einwohner)**

Im Ältestenrat wurde sich auf 17.000 Euro einmalig für das Jahr 2019 als zusätzliche Zuschussung geeinigt.

**Stadtrat Zeh (SPD):** Karlsruhe hat schon mehrfach sehr große Demonstrationen von Rechtsradikalen erlebt. Zuletzt letztes Jahr in Durlach. Da hat sich schon länger in Karlsruhe das Netzwerk gegen Rechts gebildet. Die planen im kommenden Jahr einen großen Kongress, um Erfahrungen auszutauschen. Dafür sind diese Mittel bestimmt. Wir halten es für sinnvoll, diese Mittel einzustellen. Daneben sind auch eine deutliche Öffentlichkeitsarbeit und Lernangebote zu errichten. Das ist eine sinnvolle Aufgabe, die wir gerne einmalig mit den 17.000 Euro unterstützen.

**Stadtrat Hodapp (GRÜNE):** Nach der gestrigen allumfassenden Vereinnahmung der Stadtgesellschaft für unsere Majolika und unsere kleine Kirche, habe ich den unmittelbaren Impuls, die Vokabel auch einmal verwenden zu wollen. Ich mache es hiermit. Es geht um unser Netzwerk gegen Rechts. Ich möchte noch einschieben, das war eben schon geklärt, wir wissen tatsächlich in der Fraktion nicht mehr, was uns geritten hat, die beantragten 17.000 Euro für ein Jahr auf zwei Jahre mit zweimal 8.000 Euro aufzusplitten. Also seien Sie bitte mathematisch nachsichtig mit uns und betrachten Sie zweimal 8.000 Euro als einmal 17.000 Euro. Das wäre sehr nett.

Unser Netzwerk gegen Rechts ist im doppelten Sinne zu verstehen, einmal aufgrund der Vielzahl der unterstützenden Gruppierungen, und andererseits natürlich deswegen, weil wir uns als GRÜNE sehr freuen, im Jahr 2012 die Initiatoren für dieses Netzwerk gegen Rechts gewesen zu sein. Kollege Zeh hat es eben schon gesagt, wesentlicher Aspekt ist,

neben all dem, was das Netzwerk leisten soll und bisher geleistet hat, gegen rechte Aufmärsche, gegen rechtsextreme Tendenzen, für eine weltoffene und tolerante Stadt, jetzt einen Kongress auszurichten. Ich möchte ganz kurz noch einmal Bezug auf das nehmen, was Kollegin Dogan schon gesagt hat. Es ist natürlich notwendiger denn je, wenn wir die heutige Situation anschauen. Wir haben eine Gruppierung unter uns, die es – wie wir gerade eben wieder gehört haben – entweder nicht gewesen sein will, wenn sie intolerant und nicht weltoffen agiert und agitiert hat, oder sich zumindest falsch verstanden haben wissen will. Das Netzwerk ist notwendiger denn je und dieser Kongress auch.

**Stadtrat Braun (KULT):** Wir sind einem gesellschaftlichen Rechtsruck ausgesetzt, dessen Initiatoren bewusst Stimmung machen, Hetze betreiben und Feindbilder schaffen. Und viele von ihnen sitzen mittlerweile in den deutschen Parlamenten. Das Netzwerk gegen Rechts positioniert sich und arbeitet gegen jede Form von Diskriminierung und Menschenfeindlichkeit und ist daher aus Sicht der KULT-Fraktion genau das richtige Mittel, um gegen diesen Rechtsruck vorzugehen.

**Stadtrat Fostiropoulos (Die Linke):** In den letzten 20 Jahren Gemeinderat, in denen ich hier Mitglied bin, haben wir im Gemeinderat alle gemeinsam in dieser Frage an einem Strang gezogen. Das fand ich sehr gut. Wir können uns in vielen kommunalpolitischen Positionen streiten. Das ist auch richtig so. Aber in dieser einen Frage, das lehrt die Geschichte, sollten wir uns nicht streiten. Das tun wir bisher auch nicht. Ich hoffe, dass die CDU-Fraktion diesem Antrag auch zustimmt. Ich finde es prima, dass wir das weiter so handhaben werden.

**Stadtrat Döring (CDU):** Herr Hodapp, Sie haben es angesprochen, Sie sprechen von unserer Majolika, auch wenn Sie dagegen gestimmt haben. Das ist okay. Auch diesbezüglich sehe ich Ihnen Ihre Rechenschwäche nach. Das zieht sich ein bisschen durch die Beratung. Aber kommen wir zurück zum Thema, zum Netzwerk gegen Rechts.

Sie können sich denken, wir haben damit gewisse Probleme, weil wir gegen jede Form von politischem Extremismus sind. Dazu gehört Rechtsextremismus, Linksextremismus, Islamismus und auch Ausländerextremismus, den wir zwar in Karlsruhe nicht sehr stark haben, aber den es auch in diesem Land gibt. Sie blenden den Großteil dieser linksextremistischen Strömung einfach aus. Schauen Sie sich einmal die Tagesordnung der vergangenen Gemeinderatssitzung an. Da ist eine Anfrage der CDU zur politisch motivierten Kriminalität drauf. In dieser Stadt haben wir ein Problem mit linksextremer Gewalt. Aber das negieren Sie. Das ist Ihnen vollkommen egal. Ich könnte es verstehen, wenn Sie sagen, wir richten einen Kongress aus, oder dieses Netzwerk richtet einen Kongress aus, der sich gegen jede extremistische Strömung stellt. Aber nein, es muss mal wieder auf Rechtsextremismus fokussiert sein. Und mit wem machen Sie das? Mit den Linksextremen unter der Decke. Schauen Sie sich einmal das Netzwerk gegen Rechts an. Wer ist dabei? Genau diese Leute. Sie sagen immer, Sie sind gegen Diskriminierung und Menschenfeindlichkeit. Was ist denn das, was die Antifa macht? Berufsgruppenbezogene Menschenfeindlichkeit, Gewalt gegen Vollzugsbeamte. Nichts anderes. Genau das wird dort propagiert. Das wird die CDU auch in Zukunft nicht finanziell unterstützen, außer das Netzwerk findet endlich den Mut, sich zu einem Netzwerk gegen jede Form von Extremismus zu machen und sich auch in seinem Namen dazu zu bekennen.

**Stadtrat Wenzel (FW):** Bevor sich die Kollegen hier an die Gurgel springen, ein kleiner Wortbeitrag von mir als Freie Wähler. Wir verstehen die Sorgen der CDU, ist ganz klar. Uns wäre auch lieber, wenn das Bündnis gegen Extremismus aller Art wäre. Aber ich möchte auch erinnern, dass wir Freien Wähler Mitglied dieses Bündnisses, dieses Netzwerkes sind. Wir sind auch deshalb Mitglied geworden, um etwas Einfluss zu haben als schwache Gruppierung. Ja, ich mache mir Sorgen. Ich mache mir auch Sorgen in der Gesellschaft. Ich selber habe Sorgen, das hat man in meiner Haushaltsrede gehört, dass wir eine Spaltung der Gesellschaft haben. Aber man kann nur etwas bewegen, wenn man Mitglied in einer Gruppierung ist und versucht, diese Gruppierung dahin zu bewegen, dass Verständnis ist. Deshalb trage ich auch diesen Antrag mit, nicht dass ich Antragsteller bin. Mir macht es wirklich Sorgen. Ich werde nachher noch einmal auf einen AfD-Antrag eingehen, dass hier – da muss ich dem Kollegen Hodapp Recht geben – Ängste geschürt werden, wo Bürger wie ich – wir Freien Wähler sehen uns in der Mitte der Gesellschaft – Ängste entwickeln, die entweder nicht da sind oder nicht rechtzeitig bekämpft werden. Mit „bekämpft“ meine ich jetzt nicht mit Gewalt - ich distanzieren mich von jeder Gewalt und jeder gewalttätigen Gruppierung – sondern durch Aufklärung. Das ist auch der Sinn der Sache. Hier soll Aufklärung erfolgen. Diese Konferenz will zeigen, in welche Richtung wir gehen, und will aufklären. Alles, was friedlich ist, alles was Drucksache ist, halte ich für gut. Wir sollten uns in der Gesellschaft in die Mitte bewegen. Deshalb noch einmal: Ja, ich unterstütze den Antrag, aber machen Sie sich im Netzwerk bitte Gedanken, wie wir schon öfters gesagt haben, alle extremistischen Gruppierungen zu bekämpfen, aber friedlich zu bekämpfen.

**Stadtrat Dr. Schmidt (AfD):** Ich möchte kurz auf den Beitrag von Herrn Hodapp eingehen, der mir ganz deutlich gesagt hat, dass sich das Netzwerk gegen Rechts auch gegen Parteien richtet, die demokratisch gewählt sind und seit kurzem in den Gremien sitzen. Damit kann nur die AfD gemeint sein. Dieses Netzwerk gegen Rechts richtet sich offen gegen eine demokratisch gewählte Partei. Sie haben dieses Netzwerk eingerichtet, und Sie haben es heute so gesagt. Sie erwarten jetzt nicht, dass ich zustimme. Aber stellen Sie sich einmal kurz vor, hier würde jemand ein Rechtswerk gegen Links initiieren und dafür Gelder beantragen, was dann los wäre.

**Stadtrat Kalmbach (FÜR Karlsruhe):** Ich habe mich gerade noch einmal vergewissert, wir sind auch Mitglied im Netzwerk gegen Rechts. Allerdings muss ich sagen, manches, was aus dieser Ecke kommt, mit dem kann ich mich überhaupt nicht identifizieren. Es ist in der Gesellschaft wirklich so, dass wir als Deutschland eher gefährdet sind, nach rechts zu kippen statt nach links zu kippen. Geschichtlich ist es einfach so. Aber das heißt nicht, dass wir jetzt nicht ausgewogen nach beiden Seiten offen und sensibel sein müssen. Wie das Netzwerk agiert, ist doch stark linkslastig. Von der Seite sage ich, wir bleiben konstruktiv dabei. Wir bleiben als FÜR Karlsruhe konstruktiv dabei. Aber es muss sich stimmungsmäßig etwas ändern. Es ist nicht ausgewogen im Sinne von wir haben Extremismus im Blick, sondern es ist tatsächlich einseitig ausgerichtet. Das gefällt mir nicht. Es ist manchmal so, dass wir stärker in der Mitte verankert sind, und deshalb keine Heimat haben in diesem Netzwerk. Ich behaupte, andere haben das Sagen. Sehr extreme Gruppen haben das Sagen. Da fühle ich mich oft eher angegriffen als beheimatet. Ich bleibe dabei, weil wir mitbestimmen wollen, mitbeeinflussen. Aber gleichzeitig sagen wir, diesen finanziellen Beitrag gehen wir nicht mit. Da sind wir nicht dabei. Aber wir bleiben dabei, gehen konstruktiv mit.

**Stadtrat Krug (CDU):** Liebe Kollegen, Sie verzeihen, dass ich jetzt historisch belastet eine Anmerkung zu dem, was gerade eben gesagt wurde, machen muss. Demokratisch gewähl-

te Parteien, lieber Kollege Dr. Schmidt, sind nicht automatisch deswegen demokratisch. Da muss man nicht auf die frühen 1930er, wo es die rechts und links gab, hinweisen.

Eine zweite Anmerkung, lieber Kollege Kalmbach. Ja, für das Image Deutschlands ist der Rechtsextremismus die größere Gefahr. Aber wenn wir über Deutschland reden, sollten wir seit 1990 doch auch realisiert haben, dass Ostdeutschland 40 Jahre von einer kommunistischen Diktatur regiert wurde, die die Menschen dort aber nicht selber gewählt haben, sondern selber gestürzt haben, die 40 Jahre auf sowjetischen Panzern beruhte und auf sonst nichts. So viel sollten wir gesamtdeutsch denken.

Eine persönliche Anmerkung: Ich werde mich, solange linksextremistische Gruppierungen mitmarschieren, nie an einer Veranstaltung des Netzwerks gegen Rechts beteiligen. Das nennt man den antitotalitären Konsens, den es zu Beginn der Bundesrepublik lange Zeit gab, mit guten Gründen.

**Stadtrat Hermanns (SPD):** Lieber Kollege Döring, wenn wir eine Gefahr hätten von Linksextremen oder terroristischen Vereinigungen, dann könnte ich Ihnen und Ihren Folgerungen folgen. Wenn wir uns aber die Gesamtwetterlage in Europa anschauen, wir haben in allen Bereichen eine Radikalisierung gegen Rechts: Liga Nord in Italien, Orbán in Ungarn, wir haben jetzt auch eine Partei hier, die sich aus meiner Ansicht im rechtsradikalen Spektrum bewegt; zumindest ihr Bundestagsabgeordneter geht eingehakt in Chemnitz mit Rechtsradikalen. Deswegen ist es wichtig, aufgrund unserer Geschichte. Ich glaube, das ist der Unterschied. Es haben nicht Linksradikale einen zweiten Weltkrieg angefangen und Andersdenkende im KZ eingesperrt und vergast. Das ist eine ganz eigene Qualität, was wir haben. Deswegen gilt es, die Anfänge, die wir wieder in Deutschland haben, mit aller Kraft und mit aller Macht zu verhindern. Es ist unser Netzwerk, um genau dem entgegenzustehen. Wir haben eine NSU, wir haben wieder terroristische Organisationsformen im rechtsradikalen Bereich. Wenn Sie sich die Kriminalstatistik anschauen, werden von rechts Sprengstoffanschläge, Brandanschläge gemacht in einem viel höheren Maße. Von daher kann ich Ihren Ausführungen nicht ganz folgen. Wir sollten aus Karlsruhe heraus ein Zeichen setzen, dass Rechtsradikalismus in Deutschland keine Zukunft hat. Denn wir haben aus der Geschichte gelernt.

**Stadtrat Hodapp (GRÜNE):** Lieber Kollege Döring, was ich argumentativ immer sehr spannend finde, ist die Frage, wann wird pauschalisiert und wann nicht. Wir stimmen hier über das Netzwerk gegen Rechts ab. Ich bleibe bei meinen beiden Beispielen, bei meinen beiden Zitaten. Nach Ihrer Logik hätten wir bei der Majolika gleichzeitig alle Keramikfabriken Deutschlands erwähnen müssen, und bei der kleinen Kirche, die, wenn ich das richtig weiß, evangelisch ist, den Katholiken auch eine Renovierung einer Orgel aufdrängen müssen. Das ist einfach widersinnig. Wir sprechen hier über das Netzwerk gegen Rechts. Es steht Ihnen ja frei, wenn Ihnen dabei unwohl ist, ein Netzwerk gegen Links zu gründen und Verbündete dafür zu finden. Aber ich verstehe die Logik nicht, wenn wir hier gegen ein Netzwerk gegen Rechts sprechen, dass wir immer automatisch über ein Netzwerk gegen Links sprechen müssen oder gegen linksextreme Tendenzen. Das verschließt sich einfach meiner Logik.

Der zweite Punkt ist der, ich verstehe Ihr Unwohlsein. Wir sind alle gewöhnt, in einem klassischen Parteienschema von links bis rechts zu denken. Wir haben die Argumente schon öfter gehört. Ich verstehe auch, dass Sie sagen, das Rechts ist zu nahe an uns. Das ist völlig

verständlich. Nur, dann bitte, machen Sie Ihre Abgrenzung nach ganz rechts selbst. Werfen Sie uns die nicht vor. Wir freuen uns, wenn Sie, wie wir die CDU auch bundesweit kennengelernt haben, Konservatismus anders definieren als dieses Rechts, das Sie offensichtlich fürchten, aber uns vorwerfen. Aber machen Sie daraus kein Thema gegen das Netzwerk gegen Rechts, sondern machen Sie Ihre Abgrenzung, die notwendig ist, nach ganz rechts.

**Stadträtin Zürn (Die Linke):** Ich würde ganz gern zum Schluss noch einmal das Netzwerk auf das Format zurückschrumpfen, das es eigentlich hat.

Erstens möchte ich in Richtung von Herrn Krug sagen, bei Veranstaltungen des Netzwerks gegen Rechts wird generell nicht marschiert. Das ist das Erste. Was das Netzwerk gegen Rechts im nächsten Jahr macht, ist eine Kampagne, auch um mehr Mitglieder zu gewinnen, um sich breiter aufzustellen. Was daran linkslastig sein soll, kann ich überhaupt nicht nachvollziehen.

Das Zweite, was das Netzwerk vorhat, ist, einen Kongress auszurichten. Der Schwerpunkt dieses Kongresses wird Europa sein. Wenn wir uns daran erinnern, dass wir nächstes Jahr Europawahl haben, nicht nur Kommunalwahl, und was dann zum Teil an Tendenzen, auch an Kandidatinnen und Kandidaten von verschiedenen Seiten aus europäischen Parteien antritt, wird man vielleicht doch noch mehr einsehen, dass es notwendig ist, auch jetzt einmal gemeinsam ein Bündnis für ein demokratisches Europa zu schmieden. Dazu laden wir ein. Darüber will dieses Netzwerk diskutieren. Da muss man nicht erst einen Macron zitieren, der in Deutschland war und auch gesagt hat, für ihn ist eine große Gefahr in Europa dieser Nationalismus. Ich nehme ihn aber einmal, weil er auch für eine bestimmte Denkweise steht. Die werden Sie im Netzwerk ganz stark wiederfinden. Also lade ich dazu ein, einmal wieder eine Sitzung des Netzwerks zu besuchen und einfach festzustellen, was da gearbeitet wird. Ich bitte auch um Zustimmung für die Anträge.

**Der Vorsitzende:** Das waren alle Wortmeldungen. Wir kommen jetzt zur Abstimmung über die Anträge Nrn. 343 - 347. Ich habe mir noch einmal den Antrag aus der Bürgerschaft angeschaut. Der geht auch nur von einem einmaligen Zuschuss aus, so dass wir alle Anträge zusammenfassen können, auf einen einmaligen Zuschuss von 17.000 Euro für das Jahr 2019. Ich bitte Sie um Ihr Votum. – Das ist eine mehrheitliche **Zustimmung**.

Ich glaube, alle sollten dann einmal eine Einladung zu der Konferenz bekommen. Vielleicht kann man einen Teil der Diskussion dann dort führen.

**Antrag Nr. 348 (S. 267): Flächendeckende Einrichtung von Schulsozialarbeiterstellen (SPD)**

**Antrag Nr. 349 (S. 267): Ausbau der Schulsozialarbeit nach Prioritätenliste (GRÜNE)**

**Antrag Nr. 350 (S. 267): Flächendeckende und bedarfsorientierte Aufstockung der Schulsozialarbeit (KULT)**

**Antrag Nr. 351 (S. 267): Schulsozialarbeit an der Werner-von-Siemens-Werkrealschule (FÜR Karlsruhe)**

**Stadträtin Uysal (SPD):** Einen flächendeckend in allen Schulstufen und Schulformen umfassenden Ausbau der Schulsozialarbeit, deren zentraler Auftrag darin besteht, die Angebote und Leistungen der Jugendlichen, allen Schülerinnen und Schüler einer Schule verfügbar zu machen, ist weiterhin unser Ziel. Schulsozialarbeit ist ein wichtiger und unverzicht-

barer Akteur zur Gestaltung und Vernetzung von Bildung und der Kommune und trägt zur Entwicklung eines inklusiven Lebensraums bei. Schulsozialarbeit ist eine zusätzliche pädagogische Ressource, die den schulischen Alltag und das schulische Leben bereichert, aber für einige Schüler das Lernen auch erst möglich macht. Sie hat die Möglichkeit, Methoden und Herangehensweisen in die Schule einzubringen, die Lehrer durch ihren Lehrauftrag nicht realisieren können. Aus diesen Gründen fordern wir 4,75 Vollzeitstellen in der Schulsozialarbeit gemäß der Prioritätenliste aus dem Jugendhilfeausschuss vom 9. Mai 2018. Es wäre schön, wenn wir hier eine Mehrheit für diese Schulsozialarbeit finden würden. Denn diese pädagogische Arbeit ist wirklich unverzichtbar in den Schulen heutzutage. Wir würden uns über die Mehrheit hier freuen.

**Stadträtin Rastätter (GRÜNE):** Uns ist hier ein kleiner Tippfehler passiert. Wir sind auch für die 4,75 Stellen, die jetzt von der SPD beantragt sind. Das war die gleiche Grundlage.

Ich möchte noch erwähnen, ich freue mich sehr, dass über die Jahre hinweg, seit 1999, als der Beschluss gefasst wurde, sukzessive in jedem Doppelhaushalt Stellen zur Verfügung zu stellen, dies sehr erfolgreich praktiziert wurde und wir jetzt eine Grundversorgung haben. Die Grundversorgung bedeutet aber, dass es Schulen gibt, die einen sehr hohen Bedarf an Sozialarbeit haben, durch die Zusammensetzung ihrer Schülerschaft, durch die Anzahl der Schüler und dass jetzt der qualitative Ausbau fortgesetzt werden muss. Das bedeutet, dass wir viele Schulen haben, die mit einer halben Stelle oder auch bei den beruflichen Schulen teilweise mit einer Stelle nicht mehr klar kommen. Denn Schulsozialarbeit bedeutet auch, dass Konflikte, dass besondere Bedürfnisse von Kindern, dass Lehrkräfte, die Beratungsbedarf haben, hier gut unterstützt werden, und dass deshalb jetzt mit diesen zusätzlichen Stellen auch schon der Einstieg in den qualitativen Ausbau der Schulsozialarbeit erfolgen kann. Deshalb jetzt dieser Antrag. Wir würden uns sehr freuen, wenn er vom gesamten Gemeinderat unterstützt wird.

Ergänzend möchte ich nur noch sagen, es wäre gut, wenn dann im Schulbeirat und im Jugendhilfeausschuss noch einmal eine Prioritätenliste vorgestellt wird, wie dann diese zusätzlichen Stellen priorisiert werden, damit wir auch einen Einblick haben, wie die künftige Unterstützung der Schulen erfolgt.

**Stadtrat Braun (KULT):** Die Schulsozialarbeit sorgt vordergründig für einen konfliktfreien Schulalltag. Sie unterstützt junge Menschen bei ihrer individuellen Entwicklung, beugt schulinternen Problemen vor und verhindert Bildungsbenachteiligungen. Das heute investierte Geld zahlt sich hier gleich doppelt aus, da es den Schülern und Lehrern einerseits den Schulalltag direkt vereinfacht, andererseits muss das Geld in Zukunft nicht an anderer Stelle in die Hand genommen werden, die aus der Folge schulischer Probleme entstehen.

Vor allem an beruflichen Schulen nehmen die Probleme stetig zu, auch aufgrund der Tatsache, dass unbegleitete minderjährige Ausländer ohnehin oft multiple Problemlagen wie psychische Erkrankungen oder Traumata mit in die neuen Schulen bringen. Diesem Bedarf muss Rechnung getragen werden. Wir fordern daher, die Schulsozialarbeit an beruflichen Schulen flächendeckend und bedarfsgerecht aufzustocken. An jeder beruflichen Schule soll künftig mindestens eine Vollzeitstelle eingeplant werden.

**Stadtrat Kalmbach (FÜR Karlsruhe):** Der Antrag von uns bezieht sich speziell auf die Werner-von-Siemens-Schule. Das ist die einzige Ganztagswerkrealschule. Hier sammeln

sich wirklich im sozialen Brennpunkt Schüler aus der ganzen Stadt. In der Südstadt gibt es keine Werkrealschule mehr, in vielen anderen Stadtteilen auch nicht. Daher kommen sie aus der ganzen Stadt zusammen. Deswegen ist es an diesem Ort besonders wichtig, dass eine verlässliche Freizeitbegleitung, -betreuung da ist. Es ist entscheidend, dass ein Vertrauensverhältnis aufgebaut wird, gerade für die Kinder aus bildungsfernen Elternhäusern. Deswegen dieser Antrag. Die zwei halben Stellen wurden gestrichen bei der Sparrunde. Dann wurde gesagt, es kann mittels Vereinen und Lernbegleitung diese Lücke geschlossen werden. Aber genau das geht bei den vielen Wechsel, die dort stattfinden und bei den komplexen Sachlagen, nicht. Wir beantragen deswegen wieder zwei halbe Stellen für Freizeitpädagogen, Sozialarbeiter, die hier diese Lücke schließen. Es ist unbedingt notwendig an dieser Brennpunktschule im Norden unserer Stadt.

**Stadtrat Hofmann (CDU):** Gestatten Sie mir bei einer Stunde Redezeit vielleicht, da ich keine dritte Runde aufmachen wollte, noch drei kurze Sätze zu meinem sehr geschätzten Kollegen Hodapp zum vorherigen Thema.

Ich denke, wenn wir uns bei diesen Haushaltsberatungen nicht eindeutig gegen Rechts abgegrenzt haben, dann weiß ich nicht mehr, wie man dies weiter tun soll. Dies würde ich mir von den GRÜNEN einmal gegen die Antifa wünschen.

Jetzt zur Sache zurück. Bei den Schulsozialarbeitern sind wir uns wieder einig. Die CDU steht seit Jahren für den flächendeckenden Ausbau der Schulsozialarbeit. Wir haben uns immer in erster Linie mit engagiert. Leider Gottes sind wir davon ausgegangen, dass bereits einiges im Haushalt drin steht. Aber es ist natürlich vollkommen richtig, wir unterstützen auch diese 4,75 Stellen und hätten gerne, dass die im Haushalt eingestellt werden. Denn die Probleme an den Schulen, das wissen die hier anwesenden Lehrer viel besser als ich, nehmen nicht ab, sondern sie nehmen zu. Wir haben ein immer größer werdendes Problem. Die Lehrer sind dort oft allein gelassen. Von daher benötigen wir dies auch dringend, meiner Ansicht nach.

Die Kolleginnen Uysal und Rastätter haben bereits mehrfach alles erklärt. Das muss ich nicht weiter ausführen. Eines wäre mir aber noch wichtig. Nach meinem Kenntnisstand sind einige berufliche Schulen bereits jetzt im Haushalt verankert, die auf dieser vorge-schlagenen Prioritätenliste stehen. Wir fixieren jetzt diese 4,75 Stellen und gehen die Prioritätenliste dort, wo wir sie dann einsetzen, noch einmal dezidiert im Schulbeirat durch, nehmen diejenigen, die schon drin sind, raus, und können dann eventuell von unten nach-rücken. Ich denke, das ist ganz pragmatisch, wie wir das sonst auch gemacht haben.

**Stadtrat Jooß (FDP):** Wir sind schon sehr gut aufgestellt mit flächendeckender Versorgung mit Schulsozialarbeit. Wir werden nicht einheitlich abstimmen. Ein Teil sieht vor allen Dingen prioritär die beruflichen Schulen. Ich denke, da liegt das größte Defizit. Wir stimmen natürlich der KULT zu in Antrag Nr. 350. Tom Høyem wird noch einige Äußerungen zur flächendeckend Schulsozialarbeit sagen. Wir stimmen für Antrag Nr. 350 mit zwei Personen. Tom Høyem wird sich outen.

**Stadtrat Wenzel (FW):** Ich schließe mich dem Antrag der SPD, jetzt auch den GRÜNEN, an. Kollege Hofmann hat mir eigentlich schon das Wort vorweggenommen. Das ist genau die Einstellung, die mich dazu bewegt, auch mitzugehen. Mein Einblick in die Schulen und auch mit den Schulleitern, mit denen ich gesprochen habe, macht deutlich, dass wir hier



Bedarf haben und dass man mit diesem Antrag diesem Bedarf gerecht wird. Für mich und für die Freien Wähler deshalb auch Zustimmung.

**Stadträtin Rastätter (GRÜNE):** Ich möchte nur noch ergänzen, dass das, was Kollege Hofmann gesagt hat, zutrifft. Die drei beruflichen Schulen, die noch keine 100 % Stelle haben, sind von den Arbeitsförderungsbetrieben mit Schulsozialarbeiterstellen ausgestattet worden, weil bei den beruflichen Schulen nicht die Sozial- und Jugendbehörde, sondern die Arbeitsförderungsbetriebe zuständig sind. Deshalb haben wir hier dann ein Kontingent und können in den qualitativen Ausbau gehen. Ich freue mich, dass sich jetzt doch eine gute Zustimmung abzeichnet. Das wird den Schulen sicher sehr gut tun.

**Stadträtin Uysal (SPD):** Nur ganz kurz der Hinweis. Für Karlsruhe hat für die Werner-von-Siemens-Schule einen Antrag gestellt, falls die drei Berufsschulen, die wir auch hier einkalkuliert haben, in den Haushaltsberatungen bereits drin sind. Dann könnten wir diese Schule quasi in diesen 4,75 Stellen mit berücksichtigen. Aber das können wir im Schulbeirat noch einmal genauer besprechen.

**Stadtrat Høyem (FDP):** In allen Fraktionen kann man klar verschiedene Meinungen zu verschiedenen Themen haben. Meine 30 Jahre Erfahrung als Schulleiter sagt, dass die Schulsozialarbeiter unglaublich wichtig sind und dass der Bedarf nicht gedeckt ist. Aber meine Kollegen in der Fraktion haben eine andere Meinung.

**Der Vorsitzende:** Ich würde Ihnen vorschlagen, dass wir alle vier Anträge zusammenfassen und erst einmal so zur Abstimmung stellen, dass wir 4,75 Personalstellen schaffen, dass wir in besonderer Weise die beruflichen Schulen und auch die Werner-von-Siemens-Schule abgedeckt sehen wollen, und dass Sie dann aber die Detailverteilung dieser Stellen dann im Schulbeirat bzw. in den Fachgremien regeln. Ich glaube, so können wir das zusammenfassen. Dann wird jetzt keiner besonders bevorzugt. Sie sind dann in der Lage, die angemessene Verteilung auch fachlich vorzunehmen.

Dann würde ich das so einmal zusammenfassen und zunächst einmal diese 4,75 Stellen zur Abstimmung stellen. – Das ist eine **Mehrheit**.

Ich möchte noch einmal ausdrücklich sagen, dass Sie dann im Schulbeirat relativ zügig klären, wie das verteilt werden soll.

**Antrag Nr. 352 (S. 267): Diakonisches Werk – Fachbereich Streetwork (Südstadt, Werderplatz) – Erhöhung des städtischen Zuschusses (CDU, SPD, GRÜNE, KULT)**  
**Antrag Nr. 353 (S. 267): Diakonie Karlsruhe – Fachbereich Streetwork - Erhöhung des kommunalen Zuschusses (Die Linke)**

**Stadtrat Pinter (GRÜNE):** Ein ganz kurzes Statement. Wir sind zusammen mit CDU, KULT und SPD für den Antrag, die Streetworker bei der Diakonie zu stärken. Die seit Jahren ausgebliebene Aufstockung der benötigten Zuschüsse zur Aufrechterhaltung des dortigen Dienstes befürworten wir und halten wir für dringend erforderlich. Umso mehr, weil die direkte Kommunikation der Streetworker mit den Problempersonen am Werderplatz gerade in der jetzigen Umbruchphase besonders wichtig ist. Die Diakonie ist bereit, 10 % des Defizites aus Eigenmitteln zu übernehmen. Wünschenswert wäre zudem, jemanden mit

russischen Sprachkenntnissen dabei zu haben, weil viele der Problempersonen aus der ehemaligen Sowjetunion stammen, die besser russisch als deutsch sprechen.

Eine Aufstockung der jetzigen 1,5 Stellen auf 2 Vollzeitstellen für Streetworker in der Südstadt muss mittelfristig erwogen werden, um den gewachsenen Anforderungen gerecht zu werden, wie die absehbare Steigerung der Nachfrage nach Beratung, weitere Zugänge aus Osteuropa und der angespannte Wohnungsmarkt, um nur einige zu nennen.

**Der Vorsitzende:** Wir haben vom Betrag her leicht abweichende Anträge. Ich denke aber, dass die Linken auch dem Antrag der anderen zutreten können, so dass wir jetzt die 33.000 bzw. 34.000 Euro zur Abstimmung stellen. – Das ist eine deutliche **Mehrheit**.

**Antrag Nr. 354 (S. 267): Ausweitung inklusive Ferienangebote (SPD)**

**Antrag Nr. 355 (S. 267): Stadtjugendausschuss: Inklusive Ferienangebote fördern (GRÜNE)**

**Stadträtin Moser (SPD):** Erfreulicherweise steigt die Nachfrage nach inklusiven Ferienangeboten ständig an. Darunter sind auch schwerstmehrfachbehinderte Jugendliche, für die ein erheblicher Mehrbedarf an Aufwand und Betreuung notwendig ist. Im Vorfeld des Ferienangebotes werden die Eltern beraten, welche die geeignete Freizeit für ihr Kind ist. Während der Freizeit müssen geeignete und vor allem ausreichend Betreuerinnen und Betreuer für die Kinder und Jugendlichen da sein. Diese Anforderungen und die Ausweitung der inklusiven Ferienangebote gehen mit gestiegenen Kosten einher, wie der Beantwortung unserer Anfrage vor einigen Monaten zu entnehmen ist. Deshalb beantragen wir, bis das Gesamtkonzept vorliegt, für den zeitlichen Mehraufwand für eine inklusivere Betreuung und Beratung und die Qualifizierung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter eine 75-%-Stelle eines sozialpädagogischen Betreuers und zusätzliche finanzielle Mittel in Höhe von 50.000 Euro, damit dieses anspruchsvolle und sehr sinnvolle Projekt durchgeführt werden kann.

**Stadträtin Rastätter (GRÜNE):** Wir freuen uns sehr, dass es im Bereich Inklusion bei den Ferienprogrammen und bei der Ferienbetreuung gut voran geht. Wir bedanken uns auch sehr herzlich beim Stadtjugendausschuss, dass er sich sehr dafür engagiert. Klar ist natürlich, dass für die Organisation dieser Angebote vor allem auch für Kinder mit Schwerstbehinderung zusätzliche Personalmittel erforderlich sind, damit diese inklusiven Angebote auch gut durchgeführt werden können. Wir waren der Meinung, dass wir für den Beginn der Organisation mit 0,5 Stellen einsteigen und dann in der Entwicklung prüfen können, inwieweit noch ein höherer Bedarf da ist. Deshalb haben wir jetzt für diesen Bereich 0,5 Stellen beantragt.

**Stadträtin Meier-Augenstein (CDU):** Inklusive Ferienangebote sind wichtige Angebote, gerade auch für die Familien mit behinderten Kindern und auch für die Kinder selbst, dass sie die Möglichkeit haben, auch eine Abwechslung in den Ferien zu erhalten, gemeinsam mit anderen Kindern. Wir sind deswegen auch sehr froh, dass es schon viele Jahre über den Stadtjugendausschuss die Möglichkeit gibt, auch an normalen Freizeiten, an normalen Ferienangeboten teilzunehmen. Wir haben jetzt als CDU-Fraktion den Schwerpunkt auf einen anderen Bereich gesetzt, weshalb wir den Anträgen unter Nr. 354 und Nr. 355 nicht folgen werden. Denn wir haben uns entschieden, gerade für die Kinder, die die Vorrednerinnen und Vorredner angesprochen haben, die Kinder mit Mehrfachbehinderung, ein eigenes Ferienangebot zu schaffen. Denn wir meinen, dass es für Kinder, die schwerstbehin-

dert sind, doch auch sehr schwierig ist, in einer normalen Freizeit unterzukommen. Wir sehen hier einen speziellen Bedarf. Deswegen werden wir heute diese beiden Anträge ablehnen und haben dann einen eigenen Antrag im übernächsten Punkt gestellt.

**Der Vorsitzende:** Ich stelle den weitergehenden Antrag zur Abstimmung. Das ist der Antrag der SPD-Fraktion. – Das ist eine **ablehnende** Mehrheit.

Ich rufe dann den Antrag Nr. 355 der GRÜNEN auf, die Schaffung von 0,5 Vollzeitstellen. – Da zeichnet sich eine **Mehrheit** ab.

**Anträge Nrn. 356 und 357 (S. 267): Stadtjugendausschuss: Jugendbeteiligung stärken – Budget für die Jugendkonferenz einrichten (GRÜNE)**

**Stadtrat Konrad (GRÜNE):** Die Jugendkonferenz ist ein niedrighschwelliges Angebot mit hauptamtlicher Unterstützung und ein etabliertes Konzept, wie wir Jugendliche in unserer Stadt beteiligen. Die Gemeindeordnung fordert seit einigen Jahren, dass der Jugendvertretung in der Stadt, falls es denn eine gibt, ein angemessenes Budget und ein Rede- und Antragsrecht zugestanden wird. Zuletzt haben wir dennoch den Antrag auf einen Jugendgemeinderat abgelehnt. Das hat auch gute Gründe. In einem Jugendgemeinderat können nie alle Jugendlichen gleich angesprochen werden. Es ist immer ein Stück weit ein Problem, dass sich Jugendliche, die vielleicht nicht aus besonders elitären Kreisen kommen, selten daran beteiligen. Es ist eine lange Verpflichtung, die nicht alle Jugendlichen eingehen wollen. Es wäre eine neue Parallelstruktur zu einem bestehenden, funktionierenden Konzept. Wenn wir jetzt keine Rechtssicherheit schaffen für die Jugendkonferenz, damit die ein Budget und ein Antragsrecht und ein Rederecht gemäß der Gemeindeordnung bekommen, bekommen wir eventuell diesen Jugendgemeinderat auf Antrag. Denn ein Recht, eine solche Struktur zu fordern, besteht. Wir möchten aber die Jugendkonferenz erhalten. Wir möchten sie stärken. Denn sie ist die einzige Form, die uns bekannt ist, in der sich alle Jugendlichen beteiligen können an der Ausgestaltung einer gerechten Stadt. Wir finden, dass eine Jugendvertretung durchaus alle miteinbeziehen sollte und nicht nur diejenigen, die ohnehin schon beste Voraussetzungen haben.

**Stadträtin Meier-Augenstein (CDU):** Ich bin schon etwas entsetzt über die Worte meines Vorredners. Denn im Endeffekt ist es absolut widersprüchlich, was Sie gerade von sich gegeben haben. Sie bringen hier ganz klar die Argumente für die Einführung eines Jugendgemeinderates: Antragsrecht, entsprechende Mittel, um die Themen der Jugend umzusetzen. Aber Sie verweigern sich. Das kann meine Fraktion wirklich nicht verstehen.

Als wir zuletzt den Antrag hier eingebracht hatten, einen Jugendgemeinderat einzuführen, haben wir auch ganz klar gesagt, dass wir die Arbeit, die in der Jugendkonferenz gemacht wurde und gemacht wird, sehr schätzen und dass es keinesfalls unser Ansinnen ist, die Jugendkonferenz damit abzuschaffen. Wir sehen insgesamt die Beteiligungsmöglichkeiten für Kinder und Jugendliche in unserer Stadt als sehr wichtig. Wir wollen gerade auch die Jugend an die demokratischen Strukturen heranzuführen, auch für die Arbeit hier in unserem Gemeinderat. Deswegen wäre es für uns auch unerlässlich, beides zu haben, den Jugendgemeinderat und die Jugendkonferenz. Aber ich sehe, Sie sind da wirklich sehr verblendet in die eine Richtung.

(Zuruf)

- Beratungsresistent, genau, das ist das richtige Wort!

Die Jugendkonferenz hat sich in den letzten Jahren sehr positiv entwickelt. Wir sehen das, wir sind auch regelmäßig dabei. Wir begrüßen es auch, dass durch die Strukturen, die geschaffen wurden, diese jetzt jährlich durchgeführt werden kann. Aber auch eine Jugendkonferenz spricht nicht alle Jugendlichen in der Stadt an und kann auch aufgrund der Fülle der Themen gar nicht alles behandeln, wenn sie einmal im Jahr für drei Stunden zusammentritt.

Natürlich sollte die Jugendkonferenz über eigene Mittel verfügen. Da haben wir gar nichts dagegen. Aber wir sehen es jetzt nicht für erforderlich, dass wir eigene Mittel in den Haushalt einstellen müssen. Insgesamt ist die Jugendkonferenz über die Stelle beim Stadtjugendausschuss betreut. Da sind so viele Mittel vorhanden, da muss es doch möglich sein, 3.000 oder 6.000 Euro für die Jugendlichen zur Verfügung zu stellen, so dass wir heute diesen Antrag ablehnen werden.

**Stadträtin Moser (SPD):** Die Jugendkonferenz ist eine großartige Möglichkeit, Jugendliche schon früh an Beteiligung heranzuführen. Dies gelingt insbesondere dadurch hervorragend, weil Jugendliche ihre Wünsche und Anregungen vor Entscheidungsträgern zum Ausdruck bringen können. Alle größeren Fraktionen sind seit Jahren in der Jugendkonferenz vertreten. Sie wissen ganz genau, wovon ich spreche. Sie fühlen sich ernst genommen, weil einige Monate später auch beim JUKO-Check ihre Anliegen erneut thematisiert werden. Dort wird geschaut, was umgesetzt wurde und warum manche Wünsche nicht realisierbar sind. Sie lernen, dass Engagement vor Ort sich auszahlen kann, aber auch, dass es manchmal mehrere Anläufe braucht und Hartnäckigkeit gefragt ist.

Im Übrigen bin ich überzeugt davon, dass die Jugendkonferenz eine Plattform für Jugendliche ist, die über den Jugendgemeinderat nicht erreicht werden würde. Die Jugendkonferenz wird vom Stadtjugendausschuss begleitet. Ich bedanke mich bei allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern für ihren Einsatz zum Wohle der jungen Menschen. Für die Umsetzung des Beteiligungsprozesses und die Organisation der Jugendkonferenz benötigen die Jugendlichen ein eigenes Budget, das übrigens auch in der Gemeindeordnung in § 41 vorgesehen ist. Der Stadtjugendausschuss wird die Jugendlichen bei der Verwaltung des Budgets unterstützen. Wir stimmen dem Antrag zu.

**Stadtrat Wohlfel (KULT):** Auch ich nehme regelmäßig an der Jugendkonferenz teil von Seiten des Gemeinderates, um mir direkt anzuhören, was die Anliegen der Jugendlichen sind. Das ist eine hervorragende Einrichtung, die ich, wie Sie alle auch, zu schätzen weiß. Von daher gehen wir gerne den Antrag der GRÜNEN mit in beiden Punkten.

Ich möchte jetzt nicht die Debatte über den Jugendgemeinderat nachvollziehen. Die Debatte hatten wir. Für beides gibt es Vor- und Nachteile. Tatsache ist, der Antrag wurde abgelehnt. Tatsache ist, derzeit ist die Jugendkonferenz die beste Struktur der Jugendbeteiligung, die wir in Karlsruhe haben. Wir haben derzeit noch keine Jugendvertretung gemäß Gemeindeordnung in Karlsruhe. Derzeit ist vorgesehen, dass die Jugendkonferenz ausgebaut werden soll zu einer Jugendvertretung gemäß Gemeindeordnung. Dazu gehört auf jeden Fall auch ein eigenes Budget. Aber ein eigenes Budget würde die Jugendkonferenz auch brauchen, wenn sie nicht Jugendvertretung gemäß Gemeindeordnung wird. So oder so ist es auf jeden Fall sinnvoll, dem Budget für die Jugendkonferenz heute zuzustimmen.

**Der Vorsitzende:** Wenn Sie einverstanden sind, würde ich beide Punkte zusammen aufrufen, einmal die 6.000 Euro zur Einrichtung und einmal die 3.000 Euro zum Budget. Ich habe jetzt keine Wortmeldung wahrgenommen, die darin unterscheiden in der Zustimmung oder Ablehnung. Dann können wir jetzt in die Abstimmung gehen. – Das ist eine mehrheitliche **Zustimmung**.

**Antrag Nr. 358 (S. 267): Bezuschussung des inklusiven Ferienangebots für Kinder des Sonderpädagogischen Bildungs- und Beratungszentrums (SBBZ) Albschule Karlsruhe (CDU)**

**Antrag Nr. 359 (S. 267): Inklusives Ferienangebot an der Alb- und Weiherwaldschule von lobin e. V. (GRÜNE)**

**Antrag Nr. 360 (S. 267): Institutionelle Förderung für INKLUSIVE FERIEN – Für junge Menschen mit überwiegend schwerstmehrfacher Behinderung und erhöhtem Förderbedarf (KULT)**

**Stadträtin Meier-Augenstein (CDU):** Ich hatte es vorhin schon beim Antrag Nr. 354 angekündigt, dass meine Fraktion einen Schwerpunkt auf das Sonderpädagogische Bildungs- und Beratungszentrum an der Albschule legen möchte, was die inklusiven Ferienangebote angeht. Deswegen beantragen wir hier 12.000 Euro, um gerade für Kinder mit schwereren Behinderungen, Mehrfachbehinderungen ein Angebot zu schaffen, das es bisher nicht gibt. Wir denken, dass es sehr sinnvoll wäre, um auch die Familien und Eltern in der Ferienzeit zu entlasten und auch den Kindern etwas Abwechslung zu bieten. Deswegen bitten wir um Unterstützung unseres Antrags.

**Stadträtin Rastätter (GRÜNE):** Ich freue mich sehr, dass sich jetzt eine Unterstützung abzeichnet, eine große breite Mehrheit für unsere Anträge. Denn die Eltern wünschen sich seit vielen Jahren eine Ferienbetreuung, die alle anderen Kinder über die Stadtjugendausschuss und andere Freizeiteinrichtungen bekommen können. Das ist immer auch an den Kosten gescheitert und an der Frage, wer kann so etwas organisieren. Denn die Betreuungsquote ist extrem hoch für schwerstmehrfachbehinderte Kinder. Deshalb ist es sehr erfreulich, dass es dem Verein Lobin gelungen ist, mit einer Anschubfinanzierung zu zeigen, dass diese Ferienbetreuung möglich ist für 14 Tage in den Sommerferien, und jetzt umgesetzt werden kann, wenn die städtischen Mittel zur Verfügung gestellt werden. Von daher freuen wir uns und bedanken uns aber auch ganz herzlich beim Verein, der gezeigt hat, dass es möglich ist, bei verhältnismäßig doch geringen Kosten angesichts der hohen Betreuungsquote, die erforderlich ist.

**Stadtrat Haug (KULT):** Über den Sinn und Zweck haben die Vorrednerinnen gesprochen. Ich will nur noch anführen, dass im Grunde diese Betreuung mit dem Gemeinderatsvotum steht und fällt. Ich weiß von der Trägerin, dass sie sich im Grunde schon Sorgen macht, wenn sie den Eltern absagen müsste. Ich hoffe, das passiert nicht.

**Stadträtin Fischer (SPD):** Wir wollten diesen Antrag auch stellen. Der ist bei uns untergegangen. Das Angebot besteht bereits, und zwar sehr erfolgreich. Es wird immer mehr nachgefragt. Es ist entstanden aus einer Notlösung, weil immer noch das Gesamtkonzept fehlt. Als unmittelbarer Nachbar der Albschule habe ich selber den Erfolg dieses Projekts miterlebt. Es ist dringend erforderlich. Wahrscheinlich bedarf es noch eines weiteren Ausbaus, um für die Eltern von schwerstmehrfachbehinderten Kindern ein Ferienangebot zu bieten.

**Stadtrat Wenzel (FW):** Ich trage den Antrag mit. Ich habe bereits in Gesprächen mit Eltern der Albschule meine Zustimmung gegeben, denn ich halte dieses Angebot in diesem Bereich für sehr gut. Ich denke, es ist notwendig, dies mitzutragen.

**Der Vorsitzende:** Damit kommen wir zur Abstimmung. – Das ist eine große **Mehrheit**.

Ich darf zur selben Seite noch auf die Veränderungsliste hinweisen. Der Arbeitskreis Karlsruher Schülervertreter ist umgruppiert worden. Bei der Beratungsstelle Frühe Hilfen ist eine Stellenschaffung von einer Vollzeitstelle eingebaut und 1,25 Vollzeitstellen wurden noch als sozialpädagogische Fachkräfte in der offenen Kinder- und Jugendarbeit über die Veränderungsliste eingepreist.

Wir kommen auf die **S. 269**.

**Antrag Nr. 361 (S. 268): pro familia: Förderung einer halben Stelle einer Familienhebamme (GRÜNE)**

Über die erste Veränderungsliste haben wir, der Empfehlung aus dem Sozialausschuss vom 11. Juli folgend, bereits eine 0,5 Stelle berücksichtigt. Die ist allerdings mit einem Sperrvermerk versehen. Die Umsetzungsmodalitäten sollen im Fachausschuss noch geregelt werden. Möglicherweise hat sich damit Ihr Antrag **erledigt**.

**Antrag Nr. 362 (S. 226): Tischlein Deck Dich e. V. – für KiKoMo - Kinderkochmobil (GRÜNE)**

**Stadträtin Rastätter (GRÜNE):** Wir haben diesen Antrag eingebracht, weil es ein hervorragendes Modell ist, wie Kinder begeistert, motiviert werden können für eine gesunde, nachhaltige Kinderverpflegung. Der Verein Tischlein Deck Dich engagiert sich schon seit vielen Jahren und hat jetzt dieses Kinderkochmobil, kurz KiKoMo, eingerichtet ...

– Sie schauen mich so unverständlich an. Ist etwas?

... hat das selbst finanziert mit 128.000 Euro und wird nun im außerschulischen Bereich dieses Kinderkochmobil einsetzen, um dann für Kinder Kochkurse durchzuführen, um für Kinder Freizeitangebote zu machen mit Kochen und gesunder Ernährung. Von daher ist für den Verein, der sich längerfristig mit Eigenmittel und Spenden finanzieren möchte, eine Anschubfinanzierung von rund 30.000 Euro im ersten Jahr erforderlich und 15.000 Euro für das zweite Jahr. Aufgrund der hohen Eigenmittel und der Tatsache, dass es sich lediglich um eine Anschubfinanzierung handelt, für eine sehr positive Entwicklung, die auch mit der gesunden Stadt, mit der grünen Stadt eng verknüpft ist, bitten wir um Unterstützung unseres Antrags.

**Stadträtin Meier-Augenstein (CDU):** Das Kinderkochmobil ist eine tolle Initiative. Aber ehrlich gesagt finde ich es auch traurig, dass wir solche Initiativen brauchen. Es gibt auch das Slowfood-Mobil, das schon viele Jahre unterwegs ist, natürlich jetzt mehr auf die Schulen bezogen. Das KiKoMo geht dann mehr auf öffentliche Veranstaltungen. Es ist auch immer die Frage, ob es nachhaltig wirkt. Oft ist es so, dass Kinder, die dort teilnehmen, aus Familien kommen, wo vielleicht das gesunde Leben nicht so gelebt wird. Dann nehmen sie zwar einmalig teil an so einer Aktion. Aber das versickert doch dann relativ schnell wieder,

wenn es zuhause nicht weiter umgesetzt und gelebt wird. Es ist alles etwas schwierig. Ich weiß, das können wir hier nicht lösen.

Sehr positiv finden wir, dass dieser Verein wahnsinnig viele Spenden gesammelt hat und dadurch auch Unterstützung aus weiten Bereichen der Gesellschaft, aus den Unternehmen hat. Wir können heute den Antrag nicht mitgehen. Wir setzen darauf, dass der Verein weiterhin erfolgreich unterwegs ist, was das Spenden sammeln anbelangt. Deswegen wollen wir heute keinen neuen Fördertitel aufmachen. Wir haben schon das Slowfood-Mobil im Haushalt verankert mit einem festen Zuschuss. Dabei möchten wir es belassen.

**Der Vorsitzende:** Ich möchte noch einmal hinweisen, weil wir eine etwas andere Liste haben, ich weiß nicht, ob Sie die auch haben, es geht einmalig um 30.000 Euro und dann für das Jahr 2020 noch einmal einmalig 15.000 Euro. Dann hört das auf. Nur damit wir alle wissen, worum es geht.

Dann können wir in die Abstimmung gehen. – Das ist eine mehrheitliche **Ablehnung**.

Sie haben es eben selbst gemerkt, als Frau Rastätter von leckerem Essen sprach, ist gleich der Geräuschpegel gestiegen. Das leckere Essen steht nebenan als kleines verlängertes Frühstück. Wir treffen uns hier in 15 Minuten wieder und machen weiter.

(Unterbrechung der Sitzung von 10:45 – 11:10 Uhr)

Wir setzen die unterbrochene Sitzung fort.

#### **Antrag Nr. 363 (S. 268): Eingliederungshilfe – Stellenschaffung (KULT)**

**Stadtrat Lancier (KULT):** Mit der Stellungnahme sind wir zufrieden, da der Bedarf für diese Stellen von der Verwaltung offensichtlich erkannt wurde und unser Antrag schier übererfüllt wird. Die Dringlichkeit sehen sowohl die Leute in der Verwaltung wie auch die Kollegen im Gemeinderat. Von daher hoffe ich, dass die Sache kurzfristig im Personalausschuss auftauchen wird.

**Stadträtin Fischer (SPD):** Wenn die Antragsteller mit der Antwort zufrieden sind – ich wäre es an ihrer Stelle nicht ganz –, dann bin ich auch zufrieden.

**Der Vorsitzende:** Damit sind alle zufrieden, und wir brauchen **nicht in die Abstimmung** zu gehen.

#### **Antrag Nr. 364 (S. 268): Hilfe für junge Menschen – Förderung Erziehung (AfD)**

**Stadtrat Wenzel (FW):** Ich nehme jetzt aus zwei Gründen das Wort.

Zum einen habe ich die 10 Millionen hier gesehen, das erschreckt mich. Sie haben es gesagt, irgendwann müssen wir daran denken, dass wir das auch bezahlen müssen.

Das Zweite ist: Auch wenn der Kollege Dr. Schmidt jetzt nichts sagt, möchte ich den Antrag aufgreifen. Ich hatte das schon vorhin beim Thema „Netzwerk für rechts“ angedeutet. Es geht auch ein bisschen um Ehrlichkeit. Der Antrag ist wieder mit dem Versprechen der

Bundesregierung hinsichtlich des Rückgangs von Flüchtlingen begründet. Sie wissen aus unserer Haushaltsrede, dass wir Freien Wähler auch Sorgen und Bedenken haben, was auf uns zukommt. Ich habe gerade gestern Abend eine E-Mail bekommen: Die AfD glaubt nicht, was die Bundesregierung sagt, sie sammelt eine Petition gegen den UNO-Flüchtlingspakt. Deshalb sind hier zwei Dinge, die ich nicht als korrekt empfinde und möchte darauf hinweisen, wenn man kritisch ist, sollte man es auch ehrlich benennen.

Das war ein kurzes Statement zum Thema Ehrlichkeit.

**Der Vorsitzende:** Ich habe keine weiteren Wortmeldungen und kann mit Ihnen in die Abstimmung einsteigen. Ich bitte um Ihr Votum. – Das ist eine **mehrheitliche Ablehnung**.

Ich möchte an der Stelle eines deutlich machen. Auf diese ganzen Maßnahmen der Jugendhilfe für die Erziehung besteht ein Rechtsanspruch. Es kann sich jeder einmal mit rechtlichen Auseinandersetzungen beschäftigen, die meist zu Lasten der Kommunen ausgehen, wenn Sie irgendwelche Maßnahmen der Erziehungs- oder der Jugendhilfe verweigern. Von daher ist das kein beliebiger politischer Titel, sondern das muss aufgrund der Umsetzung von Bundesgesetzen erbracht werden.

**Antrag Nr. 365 (S. 270): Ehe-, Familien- und Lebensberatungsstellen fördern (AfD)**

Es gibt keine Wortmeldungen. Dann können wir gleich in die Abstimmung einsteigen, und ich bitte um Ihr Votum. – Das ist eine **mehrheitliche Ablehnung**.

**Antrag Nr. 366 (S. 270): Hebammenverband Karlsruhe – Zuschuss für Weiterentwicklung der Homepage (GRÜNE)**

**Antrag Nr. 367 (S. 270): Hebammenverband fördern (AfD)**

**Stadträtin Anlauf (GRÜNE):** Ist erledigt!

**Der Vorsitzende:** Der **Antrag** ist aus Sicht **der GRÜNEN erledigt**. Dann bleibt der Antrag der AfD übrig. Der wird dann zur Abstimmung gestellt.

**Stadtrat Dr. Schmidt (AfD)** Wir haben in den letzten Jahren sehr oft darüber gesprochen, wie schwierig es die Hebammen haben. Da wir Politik für Familien machen, ist es für uns ganz wichtig, dass die Förderung aufgestockt wird. Deshalb stellen wir das bitte zur Abstimmung.

**Der Vorsitzende:** Damit gehen wir in die Abstimmung über den **Antrag der AfD**, und ich bitte um Ihr Votum. – Das ist eine **mehrheitliche Ablehnung**.

**Antrag Nr. 368 (S. 270): Erhöhung der institutionellen Förderung - Kinderschutzbund Ortsverband Karlsruhe e. V. (CDU)**

**Antrag Nr. 369 (S. 270): Erhöhung des jährlichen Zuschusses des Kinderschutzbundes Ortsverband Karlsruhe e. V. (SPD, GRÜNE, KULT)**

**Antrag Nr. 370 (S. 270): Deutscher Kinderschutzbund OV Karlsruhe (FDP)**

**Antrag Nr. 371 (S. 270): Kinderschutzbund fördern (AfD)**



Da geht es einmal um einen Betrag von 8.643 € und um einen Betrag von 41.000 € beim AfD-Antrag – Erhöhung des jährlichen Zuschusses.

**Stadtrat Dr. Schmidt (AfD):** Wir sind der Meinung, dass der Kinderschutzbund sehr gute Arbeit leistet und stärker gefördert werden soll. Deshalb bleiben wir auch bei der hohen Zahl und würden sie gerne zur Abstimmung stellen.

**Stadtrat Dr. Fechler (SPD):** Hinsichtlich der Qualität der Arbeit des Kinderschutzbundes herrscht hier im Haus sicherlich einhellige Meinung. Von daher sehen wir es ein bisschen anders als die Verwaltung in ihrer Antwort. Letztendlich ist es schon eine strukturelle Bedrohung der Arbeit des Kinderschutzbundes, wenn diese Gelder nicht fließen. Der Kinderschutzbund ist in einer schwierigen Situation, das ist in kürzester Zeit der zweite Umzug. Von daher sehen wir es mehr als gerechtfertigt, die von uns benannten Mittel einzustellen, damit der Umzug in die neuen Räumlichkeiten auch umgesetzt werden kann.

**Stadtrat Hock (FDP):** Ich möchte darauf hinweisen, das sind jetzt verschiedene Dinge. Aber nichtsdestotrotz muss man sagen, die Arbeit des Kinderschutzbundes in Karlsruhe ist vorbildlich seit Jahren und Jahrzehnten. Und jetzt ist man in einem schwierigen Fahrwasser. Die FDP-Fraktion hat sich beim Haushalt in vielen Dingen dagegen ausgesprochen, weil wir denken, dass es in dieser Stadt in der Zukunft weiter vorangehen muss, und deshalb haben wir uns auferlegt, in vielen Dingen einfach die Reißleine zu ziehen. Aber beim Kinderschutzbund ist es wirklich kurz vor Zwölf, wir müssen ihm unter die Arme greifen, und deshalb wird meine Fraktion das gerne unterstützen, wobei der AfD-Antrag für uns im Blick darauf, was man mit dem Geld macht, über das Ziel hinausschießt. Diesen Antrag werden wir nicht unterstützen, aber das andere, was zu tun ist, werden wir gerne unterstützen.

**Der Vorsitzende:** Ich habe keine weiteren Wortmeldungen, und wir gehen in die Abarbeitung. Ich rufe zuerst den **Antrag Nr. 371** auf, den AfD-Antrag über eine Erhöhung von jährlich 41.000 €. Ich bitte um Ihr Votum. – Das ist **eine Ablehnung**.

Dann rufe ich die **Anträge Nrn. 368–370** zur Abstimmung auf. Da geht es um eine Erhöhung des jährlichen Zuschusses um 8.643 bzw. 8.644 €. Ich nehme an, dass das mit der erhöhten Miete zu tun hat, die gezahlt werden muss. Ich bitte hierfür um Ihr Votum. – Das ist eine **mehrheitliche Zustimmung**.

**Antrag Nr. 372 (S. 270): Einmaliger Zuschuss - Umzug des Kinderschutzbundes Ortsverband Karlsruhe e. V. (CDU)**

**Antrag Nr. 373 (S. 270): Zuschuss für Umzug des Karlsruher Kinderschutzbundes (SPD, GRÜNE, KULT)**

**Antrag Nr. 374 (S. 270): Einmaliger Zuschuss für den Kinderschutzbund (FÜR Karlsruhe)**

**Antrag Nr. 375 (S. 270): Kinderschutzbund - Umzug in neue Räume – Einmaliger Zuschuss zur Finanzierung der entsprechenden Kosten (Die Linke)**

Da ist ein ganz breites Bündnis, das noch einen einmaligen Zuschuss für den Umzug des Kinderschutzbundes in Höhe von 15.000 € gewähren möchte. Ich denke, das können wir inhaltlich als ausdiskutiert betrachten und gleich in die Abstimmung gehen. Ich bitte um Ihr Votum. – Das ist eine **eindeutige Mehrheit für den Antrag**.

### **Punkt 3 der Tagesordnung: Rahmenkonzeption für Kinder- und Familienzentren in Karlsruhe**

### **Punkt 4 der Tagesordnung: Gesamtkonzeption Frühe Prävention Karlsruhe – Fortschreibung 2019**

Ich rufe jetzt Tagesordnungspunkt 3, Vorlage Nr. 2018/0742, und gleich noch Tagesordnungspunkt 4, Vorlage Nr. 2018/0743, zur Behandlung auf. Beide Themen sind im Hauptausschuss am 6. November 2018 und im Jugendhilfeausschuss am 7. November 2018 vorberaten worden. Wir haben die entsprechenden Dinge ergänzt, die im Vorfeld zum Teil noch offen waren. Wenn Sie einverstanden sind, können wir die beiden Punkte hintereinander abstimmen. – Ich rufe zunächst die **Vorlage zu TOP 3** auf und bitte um Ihr Votum. – Das ist eine **große Zustimmung**. Dann rufe ich die **Vorlage zu TOP 4** auf und bitte auch hier um Ihr Votum. – Auch das ist eine **große Zustimmung**.

Ich darf noch auf die Veränderungsliste eingehen, bezogen auf die **Seite 269 – Rahmenkonzeption für Kinder- und Familienzentren, Gesamtkonzeption Frühe Prävention und Hebammen in Familienzentren**. Hier gab es in der Vorberatung des Doppelhaushalts am 6. November die Rückfrage, ob wir das schon in die Veränderungsliste aufgenommen haben. Nein, in der ersten Veränderungsliste ist der eine Punkt noch nicht enthalten, und wir müssen – ich glaube, das bezieht sich auf die Hebammen – die 58.240 € auf jeden Fall verdoppeln. Das war damals eine Nachfrage von Ihnen, Frau Stadträtin Dr. Leidig. Wir haben es beachtet, und das wird jetzt so verändert. Auf einen Sperrvermerk haben wir uns auch geeinigt, um das Konzept vorher noch einmal fachlich zu diskutieren.

Damit kommen wir auf die **Seite 272**.

### **Antrag Nr. 376 (S. 272): AG Partizipation von Psychiatrie-Erfahrenen – Zuschuss von 5 Experienced-Involvement-Ausbildungen (CDU, SPD, GRÜNE, KULT)**

**Stadträtin Anlauf (GRÜNE):** Seit dem Inkrafttreten des Psychisch-Kranken-Hilfe-Gesetzes von 2015 wird die stärkere Einbeziehen von Psychiatrie-Erfahrenen in das psychiatrische Versorgungssystem verlangt. Dieses Ziel verfolgt die sogenannte EX-In-Ausbildung. EX-In-ausgebildete Menschen werden als Genesungsbegleiter bereits in Langensteinbach, Ettlingen und Bretten eingesetzt. Ausbildungsstätten gibt es z. B. in Stuttgart, Freiburg und Heidelberg. Ein Kurs pro Person kostet 4.700 € und dauert ein Jahr. Für die Praktika haben sich bereits Träger in Karlsruhe zur Verfügung gestellt. Auch an der Einstellung sind Träger interessiert.

Die antragstellenden Fraktionen beantragen eine Konzepterstellung und Beratung im Sozialausschuss. Bis dahin soll der Betrag mit einem Sperrvermerk versehen werden.

**Der Vorsitzende:** Ich habe keine weiteren Wortmeldungen mehr. Dann können wir gleich in die Abstimmung einsteigen. Ich bitte um Ihr Votum. – Das ist eine **deutliche Mehrheit für den Antrag**.

### **Antrag Nr. 377 (S 273): Zuschusserhöhung Krebsberatungsstelle (SPD)**

### **Antrag Nr. 378 (S 273): Krebsberatungsstelle (Diakonisches Werk und AWO) (GRÜNE)**

**Antrag Nr. 379 (S 273): Krebsberatung von AWO und Diakonie - Zuschusserhöhung zum Defizitausgleich (Die Linke)**

**Stadträtin Melchien (SPD):** Wir alle haben uns im Vorfeld der Haushaltsplanberatungen intensiv und eingehend mit der Finanzierung der Krebsberatungsstelle auseinandergesetzt. Zunächst muss ich vorwegnehmen: In unserem Antrag stehen noch 10.000 €. Es war allerdings die Forderung, zusätzlich zu den 48.000 €, von denen wir dachten, die Verwaltung stelle sie ein, weitere 10.000 € zu gewähren. Deshalb müssen wir jetzt, wenn wir über den SPD-Antrag abstimmen, über 58.000 € für die Krebsberatungsstelle von AWO und Diakonischem Werk abstimmen.

Das Ergebnis des runden Tisches mit Verwaltung, Trägern und der Politik war eindeutig. Gerade vor dem Hintergrund, dass die angekündigte Regelfinanzierung eben nicht vor 2020 kommt, ist zumindest bis dahin eine Erhöhung der Mittel dringend geboten. Dieser jetzt geänderte vorliegende Antrag der SPD entspricht exakt der Summe, die fachlich intensiv geprüft und als notwendig von der Verwaltung bestätigt wurde, um sicherzustellen, dass die gemeinsame Krebsberatungsstelle von AWO und Diakonischem Werk ihre wichtige Aufgabe für die Betroffenen gut erfüllen kann.

Ich bitte um Ihre Unterstützung.

**Stadtrat Borner (GRÜNE):** Nach Beratung in der gemeinsamen Sitzung des Jugendhilfe- und des Sozialausschusses gab es ein Umdenken innerhalb der GRÜNE-Fraktion. Wir gehen mit der SPD: 48.000 € plus 10.000 €.

**Stadtrat Fostiropoulos (Die Linke):** Dann gehen wir auch mit dem Betrag mit, damit es einheitlich ist.

**Stadtrat Dr. Müller (CDU):** Nachdem es einige Unklarheiten gab, die in der besagten Sitzung des Sozialausschusses und des Jugendhilfeausschusses ausgeräumt wurden, werden wir uns jetzt, nachdem das nicht eingestellt ist, dem SPD-Antrag anschließen.

**Der Vorsitzende:** Gut, dann rufe ich gemeinsam auf die **drei Anträge, vereinheitlicht auf die Förderungssumme von 58.000 €**. Wir haben das alle so verstanden, dass Sie das für die Jahre 2019 und 2020 einstellen und wir ggf. anschließend noch einmal schauen müssen. – Das sehen Sie auch so. Dann stelle ich das zur Abstimmung und bitte um Ihr Votum. – Das ist eine **Mehrheit dafür**.

**Antrag Nr. 380 (S. 273): Suchtberatung durch freie Träger fördern (AfD)**

Es besteht kein Redebedarf. Dann stelle ich den Antrag zur Abstimmung und bitte um Ihr Votum. – Das ist eine **mehrheitliche Ablehnung**.

**Antrag Nr. 381 (S. 273): Erhöhung des kommunalen Zuschusses: „Luis.e“ Beratungsstelle des Diakonischen Werks für Prostituierte (CDU)**

**Antrag Nr. 382 (S. 273): Diakonisches Werk – Luis.e - Beratungsstelle für Prostituierte – Erhöhung des städtischen Zuschusses (SPD, GRÜNE, KULT)**

**Antrag Nr. 383 (S. 273): Luis.e - Beratungsstelle (FDP)**

**Antrag Nr. 384 (S. 273): Beratung von Straßenprostitution durch das Diakonische Werk fördern (AfD)**

**Antrag Nr. 385 (S. 273): Diakonie – Beratungsstelle für Prostituierte – Erhöhung der Zuschüsse wg. steigendem Beratungsbedarfs und Ausbau des Angebots (Die Linke)**

Es handelt sich um einen Antrag der CDU, um einen interfraktionellen Antrag von SPD, GRÜNE und KULT, ein Antrag der FDP, ein Antrag der AfD und ein Antrag der Linken.

**Stadtrat Dr. Müller (CDU):** Nach Diskussion in der Fraktion und in den Ausschusssitzungen werden wir uns auch den 60.000 € anschließen.

**Stadtrat Borner (GRÜNE):** Um Frauen einen Ausstieg aus der Szene zu ermöglichen und eine alternative Lebensplanung zu erleichtern oder sie zumindest von im Alltag bestehenden psycho-sozialen Problemen und Suchtmittelabhängigkeiten zu unterstützen, ist es wesentlich, dass die Beratungsstelle ihre Erreichbarkeit auf fünf Tage in der Woche ausweitet. Dafür und für die auslaufenden Zuschüsse der Aktion Mensch beantragen die antragstellenden Fraktionen die hierfür benötigten Mittel.

**Stadtrat Joos (FDP):** Wir haben gesehen, was in der Ottostraße in Durlach passiert ist, in der Fautenbruchstraße. Von daher ist es äußerst wichtig, dass die Diakonie die Aufgabe für die Beratung übernimmt. Wir stimmen deswegen 60.000 € zu.

**Stadtrat Dr. Schmidt (AfD):** Wir haben bereits im Vorfeld per E-Mail darum gebeten, unseren Antrag auch den 60.000 € anzugleichen. Von der Argumentation her kann ich mich nur Herrn Borner anschließen.

**Stadtrat Fostiropoulos (Die Linke):** Auch bei den Linken ist es so, dass wir jeweils die 60.000 € beantragen.

**Der Vorsitzende:** Damit haben wir in allen Anträgen 60.000 €, und dann können wir sie auch alle gemeinsam zur Abstimmung stellen. Ich bitte um Ihr Votum. – Das ist eine **über-große Mehrheit**.

Ich darf auf dieser Seite noch darauf verweisen, dass über die erste Veränderungsliste die Einrichtung eines alkoholakzeptierenden Aufenthalts- und Beratungsangebots, die Einrichtung eines Drogenkonsumraums in der Kombination mit einem Kontaktladen und der Sicherheitsdienst Rathaus West noch Eingang in die Finanzierung gefunden haben. Zur Erstattung der Verkehrswertgutachten hatte ich gestern schon an anderer Stelle etwas gesagt, nämlich dass wir das intern verrechnen müssen und deswegen entsprechende Positionen – einmal als Einnahme, einmal als Ausgabe – dort auftauchen.

Wir kommen damit auf die **Seite 275**.

**Antrag Nr. 386 (S. 275): Kurzzeitpflege – Zuschuss für Träger (SPD, GRÜNE, KULT)**

**Stadtrat Borner (GRÜNE):** Mit diesem Antrag reagieren die antragstellenden Fraktionen auf eine andauernde Misere in Karlsruhe: immer weniger Kurzzeitpflegeplätze für immer mehr Pflegebedürftige. Jetzt heißt es umzusteuern. Mit dem Reutlinger Modell gibt es be-

reits ein gut funktionierendes Finanzierungsmodell, mit denen Betreiberinnen und Betreiber von Pflegeheimen ihre durch Kurzzeitpflege bedingten betriebswirtschaftlichen Risiken durch kommunale Zuschüsse verringern können.

Wir beantragen einen Sperrvermerk, bis das Konzept auf Karlsruhe übertragen und im Sozialausschuss besprochen wurde.

**Stadtrat Dr. Müller (CDU):** Auch für uns ist es wichtig, dass in der Kurzzeitpflege etwas geschieht in Karlsruhe. Die finanziellen Risiken für die Träger sind bekannt, Herr Borner hat alles ausgeführt. Wir sehen es auch so, dass wir damit in den Sozialausschuss gehen und den Betrag mit Sperrvermerk einsetzen.

**Der Vorsitzende:** Vielen Dank. Damit kommen wir zur Abstimmung, und ich bitte um Ihr Votum. – Das ist eine **große Mehrheit dafür**.

**Antrag Nr. 387 (S. 276): Erhöhung des jährlichen Zuschusses für den Sozialen Garten, Initial e. V. (CDU, SPD, GRÜNE, KULT)**

**Antrag Nr. 388 (S. 276): Initial e. V. - Sozialer Garten - Erhöhung des Zuschusses aufgrund gestiegener Personal- und Sachkosten (Die Linke)**

**Antrag Nr. 389 (S. 276): Erhöhung des Zuschusses für Initial e. V. zur Gehaltsanpassung (FÜR Karlsruhe)**

Ich sehe keine Wortmeldungen. Der Betrag ist bei allen gleich. Dann kann ich alle Anträge gemeinsam aufrufen und bitte um Ihr Votum. – Das ist **mehrheitlich für die Anträge**.

**Antrag Nr. 390 (S. 276): Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen für Jugendliche (GRÜNE)**

**Stadtrat Konrad (GRÜNE):** Bei diesem Antrag geht es darum, dass Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen gefördert werden. Das tut die Stadtverwaltung ja schon von sich aus. Bei den Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen für Jugendliche hat der Betrag für 2017 nicht ausgereicht. Die Antwort der Stadtverwaltung verweist auf die Deckungsfähigkeit mit dem Topf für Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen für Erwachsene, sodass der Betrag ausreichend wäre.

Uns ist das zu wenig, denn sollte der Betrag für Erwachsene ausgeschöpft werden, ist es dahin mit der Deckungsfähigkeit. Aus unserer Sicht sollte auf jeden Fall ausreichend Geld für die Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen für Jugendliche eingestellt werden, denn nicht umsonst haben wir in der Arbeitsförderungs politik der Stadt den Schwerpunkt auf Jugendliche gesetzt. Bei den Arbeitsförderungs betrieben setzen wir den Fokus auf verlorene Jugendliche, die in unseren Sozialstatistiken und bei dem Engagement der verschiedenen staatlichen Institutionen einfach nicht mehr auftauchen. Da ist es aus unserer Sicht unerlässlich, dass wir bei der Stadt auf jeden Fall genügend Geld für Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen für Jugendliche haben.

**Der Vorsitzende:** Es gibt keine weiteren Wortmeldungen. Ich bitte um Abstimmung und Ihr Votum. – Das ist eine **mehrheitliche Ablehnung**.

Ich habe aber die fachliche Einschätzung des Hauses immer so verstanden, dass am Ende jeder Jugendliche eine Maßnahme bekommen sollte, die für ihn geeignet ist. Also nehme ich als Aufgabe an die Fachverwaltung mit: Wenn es zu einer anderen Situation kommen,

die als Möglichkeit jetzt in den Raum gestellt wurde, kommen wir mit Ihnen fachlich und finanziell noch einmal ins Gespräch.

**Antrag Nr. 391 (S. 276): Erhöhung des Zuschusses für AWO Arbeits- und Beschäftigungsprojekt (SPD, GRÜNE, KULT)**

**Antrag Nr. 392 (S. 276): AWO - Arbeits- und Beschäftigungsprojekt - Bezuschussung der Einstellung einer pädagogischen Fachkraft (Die Linke)**

Es handelt sich um einen interfraktionellen Antrag von SPD, GRÜNE und KULT und um einen weiteren der Linken.

Frau **Stadträtin Fischer (SPD)** hat sich als **befangen** erklärt.

**Stadtrat Hermanns (SPD):** Wie wir im Sozialausschuss regelmäßig vorgetragen bekommen, haben wir mittlerweile bei den Langzeitarbeitslosen einen Zustand erreicht, wo es um schwer vermittelbare, mit Suchthematiken, Behinderungen usw. behaftete Langzeitarbeitslose geht. In diesem Bereich ist es dringend notwendig, dass wir Angebote erarbeiten. Das genau macht die AWO seit 2001. Für problematische Menschen mit Suchthematik u. a. hat sie ein sehr tolles Angebot, das mittlerweile 200 bis 220 Menschen in Anspruch nehmen. Es ist mittlerweile aber so, was wir im Sozialausschuss immer wieder berichtet bekommen, dass die Langzeitarbeitslosen immer betreuungsintensiver werden, vor allem, wenn sie schwierige psychische und Suchtprobleme haben. Die bisher eingesetzten Hilfsanleiter haben bei diesem Projekt zwar temporär sozialpädagogische Unterstützung erhalten, aber es ist notwendig, pädagogisches Personal einzustellen, damit vollumfänglich qualitativ hochwertige Leistung erbracht werden kann.

Von daher haben wir gemeinsam diesen Antrag gestellt und bitten um Zustimmung.

**Stadtrat Dr. Müller (CDU):** Wir haben das Gesamtkonzept Arbeit und halten es für eine tolle Sache, dass wir hier all diese Maßnahmen unter einem Hut zusammenfassen. Es ist wichtig, was die AWO als Arbeit leistet. Sie wird auch bereits bezuschusst aus diesem Gesamtkonzept Arbeit. Dieses Gesamtkonzept Arbeit muss und wird auch fortgeschrieben werden. Dann werden wir sehen, ob im nächsten Haushalt neue Mittel zur Verfügung gestellt werden müssen. Wir halten es aus Gründen, dass es verschiedenen Gruppierungen gibt, die so etwas anbieten, nicht für sinnvoll, eine einzelne Gruppe herauszunehmen, sondern alles unter dem großen Schild des Gesamtkonzeptes Arbeit zu behandeln und zu regeln.

**Der Vorsitzende:** Ich verweise auf die Stellungnahme der Stadt, die genau diese Position vertritt, dass wir das Gesamtkonzept weiterentwickeln und jetzt nicht einzelne Träger mit Sonderzuschüssen aufstocken.

Ich stelle das jetzt zur Abstimmung. Die Summe ist in beiden Anträgen identisch, weshalb man das gemeinsam so machen kann. Ich bitte um Ihr Votum. – Das ist eine **Mehrheit für den Antrag**.

Ich bitte darum, das politisch miteinander so zu besprechen, dies mit dem Gesamtkonzept zeitlich so abzustimmen, dass das im Rahmen einer Gesamtbetrachtung umgesetzt wird. Es wäre auch über einen Sperrvermerk möglich gewesen. Das wollte ich Ihnen aber jetzt nicht

vorschlagen, weil Sie hier eine ganz klare Ausrichtung haben. Das wäre nur eine Empfehlung von mir. Sie haben es in der Hand, das über die Fachpolitik zu regeln.

**Stadträtin Melchien (SPD):** Wir sehen das auch so, dass alles unter dem Gesamtkonzept Arbeit zu sehen ist. Der Unterschied ist, beim Gesamtkonzept haben wir verschiedene Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen und verschiedene Stellen. Hier geht es aber nicht um eine Ausweitung der Stellen, die wir immer im Gesamtkonzept Arbeit beschließen, sondern es geht darum, dass der große Träger eine zusätzliche pädagogische Fachkraft benötigt. Das ist der einzige Unterschied. Selbstverständlich werden wir weiter das Gesamtkonzept Arbeit miteinander entwickeln und sehen das unter diesem Dach.

**Der Vorsitzende:** Ich möchte zur **Seite 278** blättern und darauf hinweisen, dass wir über die erste Veränderungsliste neue Hortgruppen in Knielingen in die städtische Bedarfsplanung aufgenommen haben, die sich hier auch finanziell abbilden.

Weiter geht es auf der **Seite 280**.

**Antrag Nr. 393 (S. 280): St.-Antonius-Heim – Investitionskostenzuschuss (CDU, SPD, GRÜNE, KULT)**

**Antrag Nr. 394 (S. 280): St.-Antonius-Heim – Bauen (FDP)**

Es handelt sich um einen interfraktionellen Antrag von CDU, SPD, GRÜNE und KULT und einen Antrag der FDP.

**Stadträtin Melchien (SPD):** Anders als die Verwaltung sehen wir als Antragsteller den vorliegenden Antrag zur Gewährung eines weiteren Investitionskostenzuschusses für das St.-Antonius-Heim nicht als erledigt an. Sie schreiben von der Sanierung des Hofgeländes. Darum geht es an dieser Stelle nicht. Der Träger – und das muss ich leider sagen – ist sehr knapp vor Ablauf des Antragsschlusses auf die jeweiligen Fraktionen zugekommen und hat einen dringenden Bedarf angekündigt für verschiedene Sanierungsbedarfe, die kurzfristig auf ihn zugekommen sind. Dem wollten wir Rechnung tragen. Deshalb haben wir uns trotz der Kurzfristigkeit gemeinschaftlich entschieden, den Antrag für das St.-Antonius-Heim zu stellen. Allerdings würden wir selbst empfehlen, hier einen Sperrvermerk vorzusehen, bis die Verwaltung ganz in Ruhe prüfen konnte, wie viel Geld tatsächlich notwendig ist, ob es die 30.000 € sind, von denen der Träger ausgeht. Das würden wir gerne der weiteren Beratung überlassen.

Allerdings sind die Investitionen nicht auf ewig aufschiebbar, von daher unser Antrag.

**Stadtrat Hock (FDP):** Wer im St.-Antonius-Heim in dieser Stadt schon einmal war, der weiß auch, was dort an Arbeit an Kindern geleistet wird. Ja, es ist kurzfristig gekommen, aber es ist ein dringender Bedarf da, der heute hoffentlich aufgenommen wird. Wir von der FDP-Fraktion können sagen, wir gehen gerne auch diesen Sperrvermerk mit, weil wir einfach sehen, dass da Dinge geschehen müssen, die nicht abgedeckt sind. Deshalb möchten wir heute diesem interfraktionellen Antrag beitreten und den Sperrvermerk auch unterstützen.

**Der Vorsitzende:** Vielen Dank. Damit fasse ich beide Anträge zur Abstimmung zusammen – inklusive Sperrvermerk. Ich bitte um Ihr Votum. – Das ist eine **übergroße Mehrheit für diesen Antrag**.

Ich möchte bei der **Seite 280** noch darauf hinweisen, über die erste Veränderungsliste gibt es hier einen Investitionszuschuss für den Drogenkonsumraum und die Aufnahme neuer Kita-Projekt in die Bedarfsplanung, einmal für 0- bis 3-Jährige und einmal für altersgemischte Gruppen. Die entsprechenden Projekte kennen Sie aus der Gemeinderatssitzung vom 23.10. 2018.

Wir kommen damit zum **Teilhaushalt 5200**, das sind die **Bäder**.

### **Antrag Nr. 395 (S. 285): Fächerbad – Weiterführung der Jahreskarte für Frühschwimmer/-innen (Die Linke)**

**Stadtrat Fostiropoulos (Die Linke):** Wir möchten die Weiterführung dieser Jahreskarte. Sie wird häufig von alten Menschen – Rentnerinnen und Rentnern – mit kleiner Rente genutzt. Die Antwort der Verwaltung mit dem Satz „Mit der Sanierung des Bestandes und der Erweiterung zum Kombi-Bad ist das Fächerbad deutlich attraktiver geworden“ kann kein Argument sein, um die Preise für alle Karten zu erhöhen bzw. etwas abzuschaffen, das eine bestimmte Gruppe in der Bevölkerung trifft. Deshalb möchten wir die Jahreskarte weiter erhalten, letztlich auch morgens das Bad dadurch ausnutzen, dass Menschen sagen, da geh ich hin, da bekomme ich ein günstigeres Ticket und kann täglich mein Bad nehmen.

**Stadtrat Hock (FDP):** Meine Fraktion wird diesen Antrag unterstützen. Ich kann nur darum bitten, Herr Oberbürgermeister. Eine Bürgerinitiative hat sich in dieser Woche gegründet und einen Bürgersprechstundentermin angefragt, der jetzt auf Januar 2019 anberaumt wurde. Vielleicht kann man das etwas beschleunigen, was wirklich sinnvoll wäre. Was Kollege Fostiropoulos gesagt hat, kann man nur unterstützen. Es trifft viele ältere Frauen. Ich habe mich davon überzeugen können, dass es Leute gibt, die sich das dann nicht mehr leisten können. Deshalb wäre in diesem Fall ein Dialog besser gewesen. Man hat es jetzt so umgesetzt, es ist nicht glücklich gelaufen.

Meine Fraktion wird diesen Antrag der Linken gerne unterstützen.

**Der Vorsitzende:** Ich will jetzt nicht groß für die Verwaltung ausholen, sondern auf unsere Stellungnahme verweisen. Es ist eine überschaubare Anzahl von Nutzerinnen und Nutzern. Die, die wir von diesen Hundert persönlich, können sich die höheren Eintrittspreise locker leisten. Wenn es um einige geht, die sich das vielleicht nicht mehr leisten können, müssten wir aus meiner Sicht einen Weg finden und über den Karlsruher Pass gehen. Das ist unser Instrument, um solche Dinge zu ermöglichen. Es geht nicht darum, jemandem die Teilhabe zu verwehren. Da haben wir andere Instrumente. Hier wird ein sehr, sehr exklusives Angebot, das wir bisher nur im Fächerbad hatten und das sich dort zu einer fast familienartigen Inanspruchnahme des Bades durch eine zahlenmäßig dreistellige Gruppe geführt hat. Das ist so nicht angemessen, wenn wir sehen, was wir sonst für solche Angebote in der Stadt verlangen müssen. Das als Kurzfassung unserer Befindlichkeit an dieser Stelle.



Wir kommen zur Abstimmung, und ich bitte um Ihr Votum. – Das ist eine **mehrheitliche Ablehnung**.

Ich möchte noch auf die Veränderungen in der Veränderungsliste hinweisen. Hier sind die Energiekosten angepasst worden, einmalige Bauunterhaltung Blitzschutz und Plattenbeläge, Freibad Rappenwört, der Verlustausgleich der Fächerbad Karlsruhe GmbH, Erstattung für Bädernutzung durch Vereinssport beim Sonnenbad, Freibad Rüppurr, Turmbergbad, Weiherhofbad, Hallenbad Neureut und Hallenbad Grötzingen. Auf die Steuerproblematik habe ich schon hingewiesen, auch darauf, dass wir das jetzt intern verrechnen müssen und das deshalb hier im Haushalt auftaucht.

Ich möchte auch auf **Seite 289** darauf hinweisen, in der ersten Veränderungsliste gibt es einen Investitionszuschuss für das Freibad Wolfartsweier für die Sanierung des Kinderbeckens. Auf Seite 291 wird ein Projekt verschoben. Da haben wir einiges herausgenommen, was ich aber im Einzelnen jetzt nicht ausführen kann. Ich habe Sie aber darauf hingewiesen, auch auf die Maßnahmen für das Bäderkonzept ab 2019, die hier konkretisiert wurden. Ebenso wird das Freibad Rappenwört, hier die Neugestaltung des Eingangsbereichs, verschoben.

Auf **Seite 292** finden sich die Parkplatzsanierung und der Betriebshof am Turmbergbad wieder, die Restaurierung und Umnutzung der Rotunde am Vierordtbad, Floating Gamecard, Sanierung Umkleide, Solaranlage und Duschwasser-Vorerwärmung beim Freibad Rappenwört.

Damit haben wir den Teilhaushalt Bäder abgeschlossen und kommen in den **Teilhaushalt 6100 – Stadtplanung**.

Hier rufe ich auf der **Seite 295** auf:

**Antrag Nr. 396, 398 und 400 (S. 348): Förderung des Radverkehrs (SPD, GRÜNE, KULT)**

Wir haben das etwas anders zusammenfassen müssen, weil es sich um unterschiedliche Zielsetzungen handelt. Die Nr. 396 ist ein Antrag der SPD, Förderung des Radverkehrs, für eine halbe zusätzliche Stelle, Nr. 398 von den GRÜNEN für eine zusätzliche Stelle und in derselben Größenordnung einen Antrag der KULT-Fraktion unter der Nr. 400. Diese drei Anträge rufe ich jetzt gemeinsam auf.

**Stadtrat Zeh (SPD):** Ich glaube, inhaltlich gehören die Anträge Nrn. 396 bis 405, der Radverkehr insgesamt, zusammen, auch wenn es um unterschiedliche Stellen und Mittel geht. Auch die Antwort der Verwaltung fasst die Anträge alle zusammen.

Ich glaube, wir sind als Karlsruher ganz froh und stolz, dass wir die beste Fahrradstadt in Süddeutschland sind. Münster hat noch etwas andere Randbedingungen. Letztendlich ist Radfahren sowohl gesund für den Menschen als auch gut für die Umwelt, sprich: es ist CO<sub>2</sub>-frei. Während wir aber am Anfang bei der Entwicklung von Radrouten eine sehr große Dynamik hatten – teilweise lag es daran, dass man einfach die Markierungen auf den Straßen ändern konnte –, stockt es jetzt etwas. Ich sage ganz bewusst, die Radroute an der Haid-&Neu-Straße, die von Hagsfeld und Waldstadt bis zur Uni führt, wird eine sehr be-

liebte Radroute sein, wenn sie mal existiert, geht aber im Moment noch nicht. Auch sind verschiedene andere Radrouten deutlich ausbaufähig. Letztendlich kommt noch die große Aufgabe in der Innenstadt auf uns zu. Wir müssen dort natürlich die Radwege verbinden, wenn die Baustellen wegkommen, als auch Abstellanlagen schaffen.

Es hängt natürlich auch damit zusammen, dass die Planung sowohl vom Stadtplanungsamt als auch vom Tiefbauamt inzwischen deutlich intensiver ist, daher auch mehr Stellen. Wir wollen ja auch noch eine neue Marketingkampagne – wir hatten ja mal den Antrag „Mit dem Rad zum Einkaufen“ –, und auch das erfordert natürlich Personalkapazitäten, die in der Antwort der Verwaltung damals nicht vorhanden waren. Daher unser Antrag, jeweils eine halbe Stelle beim Stadtplanungsamt und beim Tiefbauamt und noch 500.000 € zusätzliche Mittel.

Wir bitten hier um Unterstützung. Die Antwort der Verwaltung ist zumindest beim Personal sehr positiv. Allerdings ist eine Personalprüfung immer sehr langwierig, das heißt, es ist im Moment im Stellenplan noch nicht abgebildet.

**Der Vorsitzende:** Vielen Dank für den Hinweis, dass wir inhaltlich wirklich alles bis zum Antrag Nr. 405 gemeinsam diskutieren können.

**Stadtrat Honné (GRÜNE):** Für uns gibt es zwei Richtlinien, nach denen wir schauen. Die eine ist der Fahrradklima-Index des ADFC, der die Zufriedenheit der Radfahrenden mit der Infrastruktur und den ganzen Bedingungen abbildet. Da sind wir nicht nur in Süddeutschland, sondern sogar in ganz Deutschland an der Spitze – zusammen mit Münster. Das wollen wir auch bleiben. Münster werden wir wahrscheinlich hinter uns lassen, aber hinter uns sind einige Städte, die sehr energisch daran arbeiten, Fahrradhauptstadt zu werden, indem sie eine ganze Menge an Dingen tun, auch mit großen Investitionsmitteln. Dahinter sollten wir nicht zurückfallen, wir wollen auch weiter Fahrradhauptstadt bleiben. In den Sonntagsreden kommt das bei den meisten hier im Gemeinderat so rüber. Aber jetzt geht es darum: Stellen wir auch konkret die nötigen Mittel zur Verfügung?

Das andere, wonach wir schauen, ist der nationale Radverkehrsplan, in dem eben die Empfehlungen auf Bundesebene gemacht werden. Da haben wir einmal verglichen und sind zu der Erkenntnis gekommen, dass wir in Karlsruhe doch noch sehr weit unter den empfohlenen Werten liegen. Unsere Anträge fordern nicht einmal, dass wir auf dieses Niveau kommen, aber wenigstens in die Nähe, teilweise die Hälfte von dem, was in diesem Plan empfohlen wird. Uns ist klar, wir können nicht einfach das Ruder so herumreißen. Wir werden immer wieder von Leuten angesprochen, die sagen, Karlsruhe sei doch ganz schlecht für den Radverkehr. Ich sage dann immer wieder, wir machen schon eine ganze Menge dafür, aber es gibt noch viele Stellen, an denen noch etwas zu tun ist. Da sollte jetzt etwas getan werden, und deshalb haben wir eine Stelle für das Stadtplanungsamt und eine Stelle für das Tiefbauamt – jeweils für den Radverkehr – beantragt. Wir wollen die Mittel für die Radabstellanlagen verdreifachen, und damit sind wir immer noch unter dem Wert des nationalen Radverkehrsplans. Wir wollen auch die Investitionsmittel deutlich hochfahren, in 2019 um eine halbe Million, in 2020 um eine Million. Darauf wurde uns von der Verwaltung geantwortet, wir haben ja schon in diesem Jahr Geld aus den Automitteln in den Fahrradtitel herübergezogen, damit es reicht. Wir wollen aber, dass der Gemeinderat eine Vorgabe macht, damit dieses Budget von vornherein zur Verfügung steht. Und es darf ger-

ne zusätzlich vom Autoverkehr noch etwas hinzugezogen werden, wenn es dann immer noch nicht reicht.

Die Mittel sind für uns definitiv zu wenig. Da sind wir uns hoffentlich alle einig, da muss was getan werden. Bei den Fahrradabstellanlagen sind wir weit hinter dem, was eigentlich nötig wäre. Da muss Geld her, und dann können wir wirklich auch Fahrradhauptstadt bleiben.

**Stadtrat Lancier (KULT):** Die KULT will in der Stadt weniger Abgase und weniger Lärm, dafür mehr Platz für Menschen und Aktivitäten, das heißt Raum für städtisches Leben.

Karlsruhe als Fahrradstadt – oder Radfahrstadt – muss daher aktiv an der Attraktivität für dieses umweltverträgliche und gesundheitszuträgliche Transportmittel arbeiten. Die Stadt hat es ja als IQ-Thema benannt, und dabei zeigt sich, dass dafür Personal erforderlich ist, um eine Gleichstellung zum privilegierten motorisierten Individualverkehr, der ja sehr passend MIV abgekürzt wird, aufzubauen. Insofern brauche ich den Ausführungen meiner Vorredner nichts mehr anzuschließen. Was allerdings unsere Forderung nach Aufstockung der Finanzmittel betrifft, die Verwaltung belegt mit dem Hinweis auf technische Einrichtungen, die noch nachgerüstet werden müssen, selbst die lange schon erforderliche Investitionsbedürftigkeit für die Ertüchtigung des Verkehrsraums für den Radverkehr. Kollege Hoyem kann sicher bestätigen – angesichts der Erfolge, die in seinem Heimatland vorzuweisen sind –, dass auch kostenintensive Einrichtungen sich letzten Endes auszahlen. Würden wir allerdings mit Kopenhagen gleichziehen, dann müssten wir ein Aufstocken auf 15 Millionen verlangen, und zwar dauerhaft jedes Jahr.

**Stadtrat Döring (CDU):** Karlsruhe als Fahrradhauptstadt des Südwestens ist schon lange Realität. Ich möchte ganz ehrlich sagen: Wer sich schon länger einmal in Münster bewegt hat, Münsteraner Verhältnisse sind keineswegs das, was wir in Karlsruhe wollen. Unterhalten Sie sich mal mit den Münsteranern, das ist tatsächlich so. Aber diese Fahrradhauptstadt ist für uns kein Mantra. Wir müssen nicht unbedingt die Fahrradhauptstadt Nr. 1 sein, weil uns Leute auf den Fersen sind, die noch zufriedener sind. Sie ziehen als Maßstab für Ihre Politik von einem Fahrradlobbyverband den Radfahrklima-Index heran, und aufgrund dessen versuchen Sie hier, Vorgaben, die von diesem Lobbyverband kommen, einfach so in die Politik zu spiegeln. Sie sagen, wir brauchen so und so viel Euro pro Einwohner und müssen so und so viel da reinhauen, um dann am Ende doch wieder ein schönes Siegel zu bekommen als fahrradfreundliche Stadt, denn das ist – wie beim Öko-Strom – das oberste Ziel, dass Sie einen schönen Bäpper haben, der beweist, wie toll und ideologisch korrekt Sie handeln.

Wenn Sie mal in den Haushalt reingeschaut haben, dann haben Sie gesehen, wir haben bereits zwei Projektstellen im Haushalt. Zu dem, was wir bisher gemacht haben, ist das quasi für uns schon voll Gas. Warum? Es geht gar nicht anders. Natürlich wollen Sie mehr Fahrradabstellanlagen. Jetzt wird auch ein Fahrradroutenkonzept erstellt, das brauchen wir alles. Sie sehen – Herr Scheel hat es auch immer im Radlerforum gesagt –, wir haben einen riesigen Berg, der abgearbeitet werden muss. Dafür ist das Personal gut, da ist es auch richtig angelegt. Die Radfahrrouten können Sie schön planen, aber Sie können sie in den nächsten zwei Jahren nicht umsetzen, wenn in der Kriegsstraße ein riesengroßes Loch ist. Solange unser Stadtbau so zentral läuft, mit dem die meisten Radfahrrouten kollidieren, wo wir auch die meisten Konfliktlinien haben, solange wir die Kombilösung nicht abge-

geschlossen haben, können Sie noch so viele Millionen in den Radverkehr hineinschieben, es wird nicht besser und von den Leuten auch nicht anders angenommen. Wir machen das Schritt für Schritt, wie wir es bisher gemacht haben, und das führt dann auch zu einer qualitativen Besserung. Ihr Vorschlag: Sie hauen noch mehr Geld drauf, was am Ende die Personen sowieso nicht verarbeiten können. Warum letztendlich? Der Platz fehlt! Sie wollen quasi zu den Baustellen, die wir jetzt zusätzlich haben, noch etwas draufhauen. Das möchte ich sehen, wie Sie das draußen den Leuten verkaufen.

Deswegen sieht sich die CDU-Fraktion mit dem, was die Verwaltung in Sachen Radverkehrsförderung in den Haushalt eingestellt hat, sehr zufrieden. Wir bleiben nicht still stehen, wir machen durchaus etwas und setzen ein Zeichen. Das sehen wir für gut an und haben Vertrauen in die Verwaltung, dass sie das so gut abgearbeitet bekommt. Das reicht uns, und deswegen werden wir jeden Antrag hierzu ablehnen.

**Stadtrat Wenzel (FW):** Sowohl die einen wie auch die anderen haben recht. Ich muss nicht Weltmeister der Radstädte sein, ich möchte eine sichere Stadt. Ich möchte auch eine sichere Stadt für Radfahrer haben. Deshalb sehe ich als maßvollen Antrag den der SPD, den werde ich auch mittragen, dass wir uns in der Stadt Karlsruhe dem Thema Rad maßvoll nähern. Wir haben – das hat der Kollege Döring gesagt – ein Konzept, das sich entwickelt, aber ich denke, es kann besser werden.

Was ich auch mittragen werde, ist das Thema Fahrradabstellanlagen. Da haben wir wirklich einen Bedarf, und das ist der Antrag, den ich von den GRÜNEN mittragen will. Aber ich muss auch betonen, Kollege Döring hat gesagt, wir müssen keine Plakette haben, wir müssen sicher sein. Wenn wir das hier nicht umsetzen, denke ich, wird der Stillstand, den wir jetzt haben, Kollege Döring, spätestens mit der Fertigstellung der Kriegsstraße beendet sein, und wir werden vorankommen. Aber eines muss klar sein, die Verdrängung irgendeines Verkehrsteilnehmers, ob es das Auto, der Fußgänger oder das Rad ist, muss immer auf dem Prinzip der Gleichberechtigung sein.

Deshalb Zustimmung zu den SPD-Anträgen und zu den Fahrradabstellanlagen.

**Stadtrat Dr. Schmidt (AfD):** Ich möchte an den letzten Satz von Herrn Wenzel anknüpfen: Gleichberechtigung der Verkehrsteilnehmer. Wir haben eine entsprechende Anfrage gestellt. Wir haben inzwischen das Problem in unserer Stadt, dass es viele Fahrradfahrer gibt, die sich einfach nicht an die Verkehrsregeln halten. Im Hintergrund gibt es Gruppen in der Bevölkerung, die jeder weiteren Förderung des Fahrradausbaus sehr kritisch gegenüberstehen, weil sie einfach die Befürchtung haben, dass sie noch eher von irgendwelchen Fahrradfahrern über den Haufen gefahren werden.

Dementsprechend werden wir heute nicht zustimmen.

**Stadtrat Honné (GRÜNE):** Gleich die Antwort an die AfD. Bei mir vor dem Haus fahren immer wieder Radfahrende auf dem Gehweg, bei mir gleich vor der Haustüre. Da muss ich immer aufpassen, wenn ich aus der Haustüre herauskomme. Sie fahren deshalb durch, weil sie sich auf der Fahrbahn nicht sicher fühlen. Das ist der Grund. Das heißt, wenn man ein gutes Angebot auf der Fahrbahn hat, dann fahren alle auf der Straße und kommen gar nicht mit Fußgängern in Berührung, und damit gibt es für beide kein Problem. Das Gleiche gilt für die Autofahrenden. Wer aus dem Autor auf das Fahrrad umgestiegen ist, weil da

ein gutes Fahrradangebot gemacht wurde – Fahrradplanung ist Angebotsplanung –, dann fahren die Leute auch mehr mit dem Fahrrad, und es gibt entsprechend weniger Autos. Die Autofahrer könnten sich also freuen, dass man auf der Straße besser durchkommt, weil weniger Autos unterwegs sind. Insofern ist es auch eine Hilfe für die, die mit dem Auto fahren.

**Stadtrat Fostiropoulos (Die Linke):** Wenn wir weniger Abgase und weniger Lärm in der Stadt wollen, dann müssen wir natürlich Fußgängerinnen und Fußgängern, Radfahrerinnen und Radfahrern und dem ÖPNV mehr Priorität geben. Außerdem möchte ich doch einmal sehen, wie die Gleichberechtigung ist, wenn ein Fußgänger und ein Fahrzeug zusammenstoßen oder ein Radfahrer und ein Auto. Diese Art von Gleichberechtigung muss mir mal der Kollege von der AfD erklären. Ich würde sagen, das funktioniert nicht.

**Stadtrat Hoyem (FDP):** Nur zwei Sätze.

Ich denke, dass die FDP-Bürgermeister viele Jahre lang viel für die Radfahrer und Radfahrerinnen in unserer Stadt gemacht haben.

Falls Sie, Herr Honné, wirklich so großen Einfluss haben – Lobbyismus oder nicht Lobbyismus –, dann wäre es sehr gut, wenn Sie auch die Radfahrer ein bisschen höflicher machen könnten. Schauen Sie in die BNN, wie viele, viele Radfahrer sich – und ich erlebe das jeden Tag, wo ich wohne – ganz einfach unverschämt verhalten. Und wenn meine Heimatstadt Kopenhagen genannt wurde – jemand würde jetzt vielleicht sagen, dass ich zu patriotisch bin –, aber die Unterschiede zwischen der dänischen Fahrradkultur und der Karlsruher Fahrradkultur ist wie Tag und Nacht.

**Der Vorsitzende:** Damit kommen wir zur Abarbeitung der zahlreichen Anträge.

Wir beschäftigen uns jetzt erst einmal mit dem Thema Stellenschaffung im Stadtplanungsamt. Ich rufe zuerst auf die beiden **Anträge Nr. 398 und Nr. 400**, einmal von den GRÜNEN, einmal von KULT, bei der Stadtplanung eine zusätzliche Stelle für die Förderung des Radverkehrs zu schaffen. Ich bitte um Ihr Votum. – Das ist eine **Ablehnung**.

Damit rufe ich auf den **Antrag der SPD mit der Nr. 396**, die Stellenschaffung einer halben Stelle im Stadtplanungsamt zur Förderung des Radverkehrs vorzunehmen. Ich bitte um Ihr Votum. – Das ist eine **Zustimmung**.

Wir kommen damit zum **Teilhaushalt 6600 des Tiefbauamtes**. Hier gibt es die **Anträge Nr. 399 und Nr. 401** von den GRÜNEN und KULT, eine zusätzliche Stelle im Tiefbauamt zur Förderung des Radverkehrs zu schaffen. Über diese Anträge entscheiden wir jetzt. – Das ist eine **mehrheitliche Ablehnung**.

Wir kommen damit zum **Antrag Nr. 397 der SPD**, eine halbe Stelle im Tiefbauamt zur Förderung des Radverkehrs zu schaffen, und ich bitte um Ihr Votum. – Das ist **angenommen**.

Wir kommen jetzt zu den Mitteln, um Infrastruktur zu schaffen. Da gibt es vier verschiedene Anträge, die unterscheiden zwischen Radrouten und Fahrradabstellanlagen, zweimal nicht unterscheiden. Ich habe mir die Anträge von SPD und KULT noch einmal angeschaut.

Sie beziehen sich auf beides, auf Abstellanlagen und Routen und was an Infrastruktur sonst noch nötig ist. Der weitgehendste Antrag ist **der Antrag Nr. 404, ein Antrag der GRÜNEN**, zur Förderung der Radrouten einmal 500.000 € und einmal 1.000.000 € einzustellen, und ich bitte um Ihr Votum dazu. – Das ist eine **Ablehnung**.

Der nächsthöhere Antrag ist der **Antrag der KULT unter der Nummer 405**, Förderung des Radverkehrs, in die beiden Haushaltsjahre 2019 und 2020 jeweils 600.000 € zusätzlich einzustellen, und ich bitte Sie auch dafür um Ihr Votum. – Das ist eine **Ablehnung**.

Ich rufe auf den **SPD-Antrag mit der Nummer 402**, jeweils 500.000 € zur Förderung des Radverkehrs in den Jahren 2019 und 2020 zusätzlich einzustellen, und bitte um Ihr Votum. – **Das findet eine Mehrheit**.

Ich rufe auf den Antrag **Nr. 403 der GRÜNEN**, Förderung des Radverkehrs, Radfahrabstellanlagen, einmal 50.000 und einmal 40.000 € in den beiden Jahren 2019 und 2020 einzustellen. Ich bitte um Ihr Votum. – Das ist eine **mehrheitliche Ablehnung**.

So gesehen, haben Sie jetzt für den Radverkehr jeweils eine halbe Stelle bei der Stadtplanung und beim Tiefbau und zusätzlich 500.000 € in den jeweiligen Jahren beschlossen. Ich möchte noch einmal darauf hinweisen, dass **Frau Stadträtin Uysal** schon **ab Antrag Nr. 396 nicht mehr dabei** war und bei dieser gesamten Abstimmungsprozedur nicht teilgenommen hat.

#### **Antrag Nr. 406 (S. 295): Machbarkeitsstudie Nordumfahrung (FW, Stadtrat Stefan Schmitt/pl)**

**Stadtrat Wenzel (FW):** Herr Stadtrat Stefan Schmitt und ich haben uns Gedanken gemacht über den Verkehr in Karlsruhe. Unser Antrag ist nicht, etwas umzubauen, sondern festzustellen, ob der Verkehr, den wir in Karlsruhe haben und den Karlsruhe tagtäglich auch auf der Südtangente erlebt, anderweitig fließen könnte. Wir wissen, die zweite Rheinbrücke wird keine Entlastung für die Südtangente bringen, und Kollege Fostropoulos hat eben gesagt, die Innenstadt ist für Menschen da, die Fahrzeuge sind zu viel. Aber wir müssen unterscheiden zwischen dem Durchgangsverkehr, dem suchenden Verkehr und dem Verkehr, der bewusst die Innenstadt befährt.

Es gibt seit einiger Zeit – wenn man googelt und sich intensiv damit beschäftigt, und es wurde uns auch vom Regierungspräsidium mitgeteilt – den Wunsch der Gemeinde Weingarten, dass man eine Autobahnausfahrt wünscht, vor allem die dort ansässige Industrie. Es besteht der Wunsch, die B 9 über die Spange Autobahn Karlsruhe anzuschließen, sodass eine Querung nicht nur in Germersheim und nicht nur in Karlsruhe, sondern auch dazwischen möglich ist.

Die Machbarkeitsstudie Nordumfahrung Karlsruhe ist ja ein Blick in die Zukunft, um ein für alle Mal festzustellen, ist eine solche Spange möglich, wie behauptet wird, oder ist es Zukunftsmusik. Denn sonst wird es immer umhergeistern. Wenn man sich damit beschäftigt, heißt es, dass 20.000 bis 30.000 Fahrzeuge den Überquerungsverkehr dieser Spange nutzen würden, und wenn davon nur ein Drittel weniger auf der Südtangente wäre, also 10.000 Fahrzeuge, hätte die Innenstadt etwas geschafft.

Wenn die Studie sagt, die Spange mache keinen Sinn oder nein aus ökologischer Sicht, dann ist das geklärt. Aber wenn die Studie sagt, die Spange wäre möglich – ich wiederhole: es ist nicht die alte Nordtangente, die wir auch als Freie Wähler ablehnen, sondern es ist eine Tangente in der Höhe von Weingarten, die auch vor Ort gewünscht wird –, dann wäre es eine Zukunftsperspektive, und die Diskussion um eine solche Spange wäre begonnen. Bei Feststellung der Nichtmachbarkeit wäre sie beendet.

Deshalb bitte ich für den Blick in die Zukunft diesen Antrag von Herrn Schmitt und mir zu unterstützen.

**Stadtrat Ehlgötz (CDU):** Ihr Antrag, Kollegen Wenzel und Schmitt, in allen Ehren, aber ich glaube, der Antrag ist schon doppelt so alt, wie es die Freien Wähler gibt. Dieser Antrag wurde mehrfach geprüft, und mehrfach hat man ihn zu den Akten gelegt, weil er ein unrealistisches Szenario darstellt. Herr Kollege Wenzel, wenn Sie sich einmal die Umfahrungsstraße B 3 bei Wolfartsweier anschauen, dann hat sie keine Entlastung für Wolfartsweier gebracht, das Gegenteil war der Fall, die B 3 war leer und Wolfartsweier weiterhin extrem belastet. Sie haben auch die Ziel- und Quellverkehre angesprochen. Da geben wir Ihnen recht. Natürlich haben wir in Karlsruhe Verkehrsprobleme. Jeden Tag erleben wir diesen Verkehrsinfarkt, und ich kann Ihnen auch ganz einfach sagen, was die beste Lösung wäre. Es wäre eine durchgehende Nordtangente, die zwar bei Ihnen nicht beliebt ist, die aber letztendlich dazu beitragen würde, dass Karlsruhe komplett entlastet wird, und der Ziel- und Quellverkehr könnte fließen bzw. abfließen. Das wollten Sie nicht, und deshalb sage ich es Ihnen noch einmal: Was der Gemeinderat für den Osten beschlossen hat, die Aufgabe des Baurechtes vom Autobahnanschluss Nord bis hoch zur Theodor-Heuss-Allee, war der größte Fehler, den wir verkehrspolitisch in dieser Stadt hervorgebracht haben. Diese Entscheidung wird uns über Jahrzehnte damit belasten, dass diese Verkehre weiterhin extrem erliegen, wie wir es täglich erleben, und das Gleiche gilt im Übrigen für den Westen.

Wenn wir eine Entlastung wollen, brauchen wir eine zusätzliche Entlastungsstraße, und diese Straße ist für die CDU-Fraktion weiterhin eine komplette Nordumfahrung der Stadt, denn letztendlich werden wir die Verkehre nicht wegbekommen, und das, was Sie vorgeschlagen haben, ist zu weit weg von Karlsruhe und würde keine Entlastung für den städtischen Verkehr bringen.

**Stadtrat Honné (GRÜNE):** Die Nordtangente ist schon das nördlichste, was auf unserem Gebiet möglich wäre, und da sind wir uns ja immerhin mit den Freien Wählern einig, dass das nicht sinnvoll ist. Darüber hinaus ist das auf dem Gebiet des Landkreises Karlsruhe, und wir wollen nicht, dass der Landkreis in unsere Straßen reinredet und sagt, was wir zu bauen haben. Genauso wollen wir auch nicht dem Landkreis vorschreiben, was auf dessen Fläche zu bauen ist. Insofern halten wir uns da einfach raus.

Grundsätzlich gilt der Satz: Wer Straßen sät, wird Verkehr ernten. Wenn irgendwo eine neue Straße gebaut wird – egal wo –, wird sich der Autoverkehr insgesamt vermehren. Das muss uns allen klar sein. Nach kurzer Zeit sind dann die Straßen, die entlastet wurden, durch den Autoverkehr wieder genauso stark belastet. Insofern hilft so etwas normalerweise auch nicht.

**Der Vorsitzende:** Damit kommen wir zur Abstimmung, und ich bitte um Ihr Votum. – Das ist eine **mehrheitliche Ablehnung**.

## **Antrag Nr. 407 (S. 295): Projektstelle für sozial- und umweltverträgliches Wohnen und zur Beratung von Wohninitiativen (Die Linke)**

Es geht um eine Vollzeitstelle, befristet bis 2020.

**Stadträtin Zürn (Die Linke):** Wir möchten diese Vollzeitstelle ab sofort für zwei Jahre. Die Antwort der Verwaltung hat uns zunächst sehr gut gefallen. Ich zitiere: „Die Bearbeitung des Themas Wohnen in all seinen Facetten (bezahlbar, sozial gemischt, nachhaltig, alternativ, barrierefrei, integriert usw.) gehört ohne Zweifel zu den zentralen Aufgabenfeldern zukunftsorientierter Stadtentwicklungspolitik. Insofern begrüßt die Verwaltung die Initiative zur Schaffung einer eigenen Projektstelle, die geeignet ist, bestehende Strukturen im Bereich der Wohnraumentwicklung zu vernetzen und innovative Konzepte (z. B. alternative Wohnmodelle im Alter, Bauen in Baugemeinschaften usw.) durch Beratung zu fördern.“ – Das hätte ich nicht besser sagen können. Ich habe schon blühende Landschaften gesehen, aber dann kommt der nächste Satz: „Die Verwaltung wird prüfen, inwieweit das Thema in den vorhandenen städtischen Strukturen vertieft bearbeitet werden kann. Gegebenenfalls muss im Rahmen einer späteren Stellenplanung nachgesteuert werden.“ Mit diesen beiden letzten Sätzen sind wir dann nicht mehr so glücklich. Wir sind der Meinung, dass diese Stelle jetzt gebraucht wird, aus verschiedenen Gründen. Die möchte ich Ihnen versuchen näherzubringen, möchte aber auch sagen, dass es in anderen Kommunen und auch auf Landesebene bereits Beratungsstellen und ganz verschiedene Einrichtungen gibt, die sich mit solchen Themen beschäftigen, mit Wohnformen, mit Baugruppen, und so etwas fehlt in Karlsruhe ziemlich komplett. Ich verweise z. B. auf Stuttgart, wo Baugemeinschaften vernetzt sind und in den letzten Jahren eine große Zahl von Projekten verwirklicht wurden. In Hamburg gibt es eine GmbH, die Stadtbau heißt und ein großes Aufgabenfeld hat, oder in NRW das Landesbüro innovativer Wohnformen. Überall da wird auf Probleme geantwortet, die wir in Karlsruhe auch haben. Ich sage nur: bezahlbarer Wohnraum, Platzknappheit und anderes mehr.

Was könnte so eine Stelle für Aufgaben übernehmen? Was bieten z. B. andere Städte? Was könnte uns da inspirieren? Zum Beispiel macht man dort Projektbegleitungen. Wenn Sie sich einmal im Internet anschauen, wie so eine Projektbegleitung aussieht, das kann umfassen, dass man sich gemeinsam Modelle anschaut, wie z. B. eine Idee in einem Altbau verwirklicht werden könnte, welche Kompromisse könnten geschlossen werden. Da wird vor Ort vielfältig nach Angeboten und der Verwirklichung solcher Projekte gesucht. Man könnte Sprechstunden einrichten. Es gibt Städte, die machen inzwischen Wohnprojekttage, die sehr, sehr gut angenommen werden. Man könnte – das gibt es auch schon – Baugruppenbörsen über das Internet einrichten, Gruppen vernetzen, ob das jetzt auf kommunaler Ebene ist, auf Landes- oder auch auf Bundesebene geschieht. Da gibt es vielfältige Anknüpfungspunkte. Das wären Möglichkeiten, und wir sind der Meinung, dass ein Anschluss Karlsruhes an diese schon bestehenden Einrichtungen und Netzwerke wirklich überfällig ist.

Wir sind der Meinung, dass eine wachsende Stadt in dieser Hinsicht jetzt Personal braucht, um auch qualitative Wohnideen zu entwickeln. Man sieht deutlich, dass das eine Investition wäre – das ist jetzt keine Ausgabe für einen reinen Service –, und zwar wäre das eine Investition in bezahlbaren Wohnraum. Es ist eine Investition in eine sozial- und umweltverträgliche Flächennutzung. Es wäre eine Investition in generationenübergreifendes Wohnen,



und dazu sage ich nur das Stichwort soziale Beziehungen im Alter vs. einer zunehmenden Vereinsamung. Auch da wirken solche Wohnmodelle sehr gut. Wir würden das in Karlsruhe schon heute auf konkrete Vorhaben anwenden können, Sie erinnern sich an die vielen Diskussionen und an die Unruhe, die es in der Nordstadt gibt, in der Erzbergerstraße sind jetzt entsprechende Gruppen am Start. Es wäre schade, diese Menschen und ihren vorhandenen Elan um zwei Jahre zu vertrösten. Man muss nichts versprechen, aber man kann jetzt anfangen.

Wir würden uns freuen, wenn Sie heute im Gemeinderat Ihr Ja geben für so eine Projektstelle, die erst einmal Versäumtes nachholen und Karlsruhe auf den Stand der Zeit bringen kann.

**Stadtrat Pfannkuch (CDU):** Frau Kollegin Zürn, Sie reden mit zugegebenermaßen vollem Elan eine Sache herbei, von der Sie überzeugt sind und glauben, das alles stimmt, was Sie sich da vorstellen. Das kann man natürlich so tun, aber das stimmt mit der Realität nicht überein. Ich gebe auch zu, dass die Verwaltungsantwort etwas missverständlich ist. Am Anfang wird viel Hoffnung gemacht, aber im Ergebnis kann man aus der Antwort nicht entnehmen, dass derzeit ein Riesenbedarf für dieses Thema vorhanden ist, dass derzeit richtiggehende Wohngruppeninteressenten Schlange stehen und um Auskunft ersuchen. Ich sehe auch keine Bedeutung, dass wir hier Netzwerkarbeit machen. Das machen die Gruppen, die sich interessieren, selbst.

Aber eines möchte ich zum Schluss noch sagen: Die Illusion, die Sie dahinter haben, dass damit unser Wohnungsproblem, die Bedarfe nach bezahlbarem Wohnraum, wie das immer so abgekürzt bezeichnet wird, gedeckt werden können, kann in keiner Weise dadurch realisiert werden.

**Stadträtin Dr. Leidig (GRÜNE):** Wir hatten ja Anfang des Jahres einen umfassenden Antrag zur Grundstücksvergabe nach Konzept gestellt, der sich genau mit dieser Thematik beschäftigte. Ich pflichte den Linken gerne bei, dass das durchaus etwas ist, wo wir ansetzen sollten, wir sollten Baugruppen tatsächlich mehr stärken. In vielen Städten in Deutschland hat sich gezeigt, dass durch Baugruppen tatsächlich neue Quartiere – auch Quartiere, in denen neue Teilareale entstehen – sehr nachhaltig in positivem Sinne beeinflusst werden können, dass sehr viel entsteht, was dem ganzen Areal guttut – an Zusammenhalt, an Aktivitäten usw. Insofern kann man tatsächlich Baugruppen als ein Instrument der Stadtentwicklung verstehen. Das ist ein Instrument – auch wenn es bürokratisch klingt, denn es geht dabei auch um Menschen –, dem wir hier in Karlsruhe, wenn wir uns als moderne und in die Zukunft gerichtete Stadt entwickeln wollen, tatsächlich mehr Platz einräumen müssen. Sie hatten damals auf unseren Antrag erklärt, dass bis Ende des Jahres ein Rahmen vorgestellt wird. Es ist jetzt Ende des Jahres, es liegt noch nichts vor, aber vielleicht kommt noch etwas in der Dezembersitzung. Das wäre jetzt ein Anreiz, noch etwas vorzulegen. Spätestens im Januar würde ich mich darüber freuen, wenn ich noch Sätze dazu sprechen könnte.

Prinzipiell ist das, was die Linken vorschlagen, ein erster Schritt. Wir hatten das in unserem Antrag seinerzeit mehr oder weniger freigelassen und gesagt, die Verwaltung solle uns ein Konzept vorlegen: Braucht es diese Beratung oder kann das anders geregelt werden? Aber ohne Konzept und ohne Rahmen, den Sie uns vorlegen, sagen wir jetzt: Gut, dann sehen

wir diese Stelle als wichtig an. Denn irgendwelche Schritte in dieser Richtung möchten wir jetzt sehen. Daher stimmen wir diesem Antrag zu.

**Stadtrat Hoyem (FDP):** Sie, Herr Oberbürgermeister, haben gestern etwas sehr Wichtiges gesagt, was in diesem Fall auch zutrifft. Es ist die erste Haushaltsberatung, die ich erlebt habe, in der über so viele Stellenschaffungen geredet wird. Das ist total gegen meine Politikauffassung. Ich denke, der Gemeinderat muss eine Forderung stellen, und dann muss die Verwaltung diskutieren und herausfinden, wie man das in die Praxis umsetzt. Wir als Gemeinderat sollten generell keine Stellenschaffungen diskutieren, das ist gegen meine Politikauffassung. Das ist das eine.

Das andere: Herr Fluhrer, Sie haben ein spannendes Planungsamt. Dort kann man das alles machen. Herzlich willkommen, Sie haben zwei gute Vorgänger gehabt.

**Stadtrat Zeh (SPD):** Die SPD ist natürlich auch für Wohnbaugruppen und hofft, dass bald auch entsprechende Projekte in Angriff genommen werden können. Wir wissen auch, sowohl im Stadtplanungsamt Frau Karmann-Wössner als auch der neue Baubürgermeister sind offen für solche Angelegenheiten, für solche Unterstützung. Wir werden aber als Erstes – und das ist natürlich das Kernproblem in Karlsruhe – entsprechende Grundstücke brauchen. Es gibt ja in Tübingen – was hier immer noch sehr vorbildlich ist – große eigene Entwicklungsflächen. Wir hoffen jetzt natürlich – und das liegt auch an den GRÜNEN –, dass wir in der Zukunft Nord für die Stadt entsprechende Grundstücke erwerben und mit Bebauungsplänen öffnen können, damit Wohnbaugruppen auch Grund finden. Wenn wir dann solche Grundstücke haben, dann kann man sicher über weitere Unterstützung aus dem Stadtplanungsamt für die Wohnbaugruppen nachdenken. Sie wissen, es ist ja nicht einfach, einen Bauantrag zu schreiben, insbesondere wenn mehrere Leute zusammen etwas bauen wollen.

Ich sehe für die Zukunft gute Chancen. Im Moment muss erst die Frage geklärt werden: Wo können Wohnbaugruppen in Karlsruhe tatsächlich bauen?

**Der Vorsitzende:** Ich möchte kurz etwas zu unserer Stellungnahme sagen. Ich bin der Meinung, dass wir diese Kompetenz im Stadtplanungsamt vorhalten müssen. Wir werden jetzt auf Ihre Anregung hin schauen, wo wir das haben. Wenn wir das später in einer einzelnen Stelle bündeln müssen und dazu eine Projektstelle brauchen, dann wäre das eine Erkenntnis. Zunächst einmal werden wir mit diesem Raster durchgehen, wo wir diese Kompetenzen haben. Ich bin sicher, wir haben sie im Grundsatz.

Das ist dann aber nicht das, Frau Zürn, was Sie sich vorstellen. Sie stellen sich eine Stelle vor, die dann auch noch einmal die Gruppen begleitet, sie vernetzt und zusammenführt. Alle diese Strukturen haben Sie beschrieben. Ich denke, wir sollten in unserer Antwort, die wir Ihnen für Ende dieses Jahres versprochen haben – ich denke, es wird eher Anfang nächsten Jahres –, noch einmal genau differenzieren, was sehen wir als unsere Aufgabe an, und welche anderen bleiben übrig. Dann können Sie das politisch neu bewerten.

Dass es hier vor Ort in Karlsruhe keine Anlaufstelle gibt, nehme ich anders wahr. Bei mir war vor eineinhalb Jahren der Geschäftsführer des Werkbundes, der ausdrücklich gesagt hat, dass er sich als Vernetzungsstelle für Baugruppen fühlt, dass er eine ganze Adressenkartei von Interessenten für Baugruppen hat, er aber einfach keine Grundstücke bekommt und wir ihm auch keine anbieten können, um das ein Stück weit umzusetzen. An einer

Stelle muss ich zumindest ein Fragezeichen machen. Ich glaube, dass Baugruppen für die Stadtbildentwicklung, für Mehrgenerationenwohnen, für das Zusammenhalten eines Quartiers oder eines Stadtteils eine ganz herausragende Rolle spielen können, auch von der architektonischen und sozialen Qualität her. Was ich nicht glaube, ist, dass Baugruppen das große Problem des preisgünstigen Wohnraums quantitativ wesentlich beeinflussen können. Wir werden im Zukunft Nord die Landesflächen in absehbarer Zeit übernehmen können und dort auch die Auflage des Landes kriegen, dort Wohnungsbau zu entwickeln, und zwar möglichst preisgünstigen Wohnungsbau. Dann kommen am Ende vielleicht sogar in einen kleinen Zielkonflikt, denn wenn am Ende 70 bis 80 % Wohnungen mit Sozialbindung entstehen sollen, dann müssten wir mit den klassischen Baugruppen, die mit dieser Auflage ihre Probleme hätten – zumindest die, die ich kenne –, noch einmal diskutieren.

Wenn wir die Kriegsstraße 200 erwerben können, sehen wir auch da Möglichkeiten, mit einer Baugruppe zu agieren. Wir sind – das will ich damit sagen – da offen, wir scannen jetzt mal unsere eigenen Qualitäten durch und diskutieren dann zu gegebener Zeit, wie wir das verstärken können. Der Tübinger Weg, in der Reihenfolge der Abläufe etwas anders zu agieren und damit den Baugruppen früher einen besseren Zugang zu verschaffen, ist bei uns durchaus angekommen. Wir haben zugesagt, das in die entsprechenden Konzepte aufzunehmen.

Dann kommen wir zur Abstimmung, und ich bitte um Ihr entsprechendes Votum. – Das ist eine **mehrheitliche Ablehnung**.

#### **Antrag Nr. 408 (S. 295): Innovatives Hochhauskonzept (FÜR Karlsruhe)**

**Stadtrat Kalmbach (FÜR Karlsruhe):** Mir scheint, in Karlsruhe hat man Angst vor Hochhäusern. Mir scheint, dass es da Vorbehalte gibt, und das hat sicher auch seine Gründe. Was man in Karlsruhe bislang an Hochhäusern findet, ist nicht immer so, dass man sagt, davon wollen wir mehr haben. Wir sehen aufgrund des begrenzten Flächenangebots keine andere Chance, als in die Höhe zu gehen. Wir sehen auch, dass Nachverdichtungen und Innenverdichtungen nicht die letzten Mittel sind. Wir sehen auch, dass nur ein bisschen Höhenentwicklung auch nicht die Lösung ist.

Die Stadtverwaltung schreibt in ihrer Antwort, es gebe ein Höhenentwicklungskonzept. Aber wir sprechen bewusst von einem Hochhauskonzept. Uns scheint es wichtig zu sein, dass wir neu denken und das auch begrüßen zu sagen, da steckt nicht nur ein einzelnes Hochhaus drin, sondern wir überlegen uns ein Konzept, um Hochhäuser zu etablieren, und zwar ökologisch, ökonomisch und sozial verträglich. Das ist alles möglich, aber es muss etwas total Neues sein. Wir können uns nicht nur auf bestehende Konzepte stützen, sondern wir müssen etwas Neues entwickeln. Deswegen kam der Name Ole Scheeren immer wieder ins Gespräch. Es muss nicht er sein, aber wir brauchen ein spezielles Hochhauskonzept, nicht einfach nur die Überlegung, wo man überall alles höher machen kann.

Deshalb die Bitte, das nicht nur als erledigt zu betrachten, sondern bewusst zu sagen, wir gehen es an, wir brauchen eine Lösung, wir brauchen eine super innovative Lösung. Wir sind eine innovative Stadt, und deswegen wollen wir auch eine innovative Lösung.

**Stadtrat Brenk (CDU):** Wir unterhalten uns jetzt schon, seit ich im Gemeinderat bin, darüber, wie wir die Stadt nach oben weiterentwickeln wollen. Ich habe schon ein paar Mal

gesagt, wir reden nur darüber und handeln nicht. Die Verwaltung kann nur dann was tun, wenn wir sie beauftragen. Ich bin fast bei jeder Beteiligung dabei, wenn es um Hochhauskonzepte für die Weiterentwicklung der Stadt geht – wenn das neben meinem Beruf geht –, aber ich muss es noch einmal betonen: Wir können hier noch zwei Jahre darüber reden, aber wir gewinnen dadurch keine weiteren Wohnräume in Karlsruhe, wenn wir dieses Konzept – natürlich maßvoll, wir brauchen keine Wolkenkratzer – nicht angehen. Wir brauchen den einen oder anderen Punkt in Karlsruhe, der sich dafür als geeignet herausstellt, aber dieser Prozess dauert lang. Das Thema Weiterentwicklung der Stadt, die vorhandenen Wohnräume, die Innenverdichtung, das Ein-Zwei-Drei-Stockwerke-Draufsatteln, das können wir vom Gemeinderat her bestimmen, das müssen wir einfach mal anpacken.

**Stadtrat Cramer (KULT):** Lieber Kollege Kalmbach, ich glaube, niemand hier hat Angst vor Hochhäusern. Aber ich denke, Herr Ole Scheeren ist nicht das Allerheilmittel. Wir haben – und ich möchte das von Ihnen nicht kleingeredet haben wollen – einen Wettbewerb gemacht, wir haben eine Juryentscheidung zum Höhenentwicklungskonzept, ganz bewusst nicht zu einem Hochhauskonzept. Das ist der politische Wille hier im Haus, in den Fraktionen und bei den Personen, die in dieser Expertengruppe sind. Nach all meinem Wissen und nach meinen Erfahrungen denke ich nicht, dass wir durch Hochhäuser das Problem des Wohnungsbaus in der Stadt lösen. Warum gibt es so wenige Hochhäuser? Weil ab 25 m Höhe ist es ein Hochhaus, und ab da wird es teuer. Deswegen sehe ich es so, dass Häuser höher als 25 m nur im Bereich von Büro- und Verwaltungsgebäuden, die anders genutzt und letztendlich ganz anders bezahlt werden können, möglich sind. Aber zu meinen, dass für den Wohnungsbau Hochhäuser eine Lösung sein können, davon gehe ich absolut nicht aus. Ein Hochhaus braucht auch mehr Fläche, Abstandsfläche. Daran wird oft nicht gedacht, dass aus Sicherheitsgründen das Umfeld eines Hochhauses ganz anders sein muss als bei einem Gebäude, das unter 25 m hoch ist.

Das sind alles Dinge – ich möchte gar nicht zu sehr ins Detail gehen –, die man da bedenken muss. Ich denke, die Euphorie, die Sie haben und vielleicht manch anderer hier im Haus und auf der Bürgermeisterbank, ist nicht angebracht.

**Stadtrat Hoyem (FDP):** Herr Kalmbach, Sie haben recht, das ist nicht erledigt, und wir wollen mehr darüber sprechen. Aber zur Höhenentwicklung muss ich eine Bemerkung in Richtung von Herrn Brenk sagen: Wenn man nur ein bisschen in die Höhe bauen will wie im Oberen Säuterich, und der Herr Oberbürgermeister sagt, wir sollen dort ein bisschen höher bauen, dann wird die BNN instrumentalisiert und die Nachbarn werden unglaublich aktiv dagegen. Dann erlebt man im Wahlkampf – besonders bei CDU und anderen –, wie die Sache instrumentalisiert wird. Also bitte, wenn wir verdichten und höher bauen wollen, dann müssen wir als Gemeinderatsmitglieder auch den Mut haben, wenn die Nachbarn protestieren, dazu zu stehen. Der Obere Säuterich ist so ein Beispiel, wo ich mich schäme, wie dort der Herr Oberbürgermeister und die Verwaltung behandelt wurden.

**Der Vorsitzende:** Ich glaube, wir brauchen beides. Wir müssen uns noch einmal grundsätzlich mit der Thematik beschäftigen und brauchen so etwas wie eine Grundsatzentscheidung. Die bereiten wir über dieses Höhenentwicklungskonzept vor, und ich kann Sie alle nur einladen, an den entsprechenden Terminen im nächsten Jahr teilzunehmen. Wir brauchen aber auch das – und da bin ich auch etwas ernüchtert – und am Ende bei Ihnen Mehrheiten, damit wir für den einen oder anderen Standort wirklich einmal bereit ist, in die Höhe zu bauen, auch wenn vielleicht nicht alle das so toll finden.

Es nur auf dem einen Weg zu tun, dass wir uns über allgemeine Konzepte unterhalten, führt zu nichts. Es nur an einzelnen Punkten zu tun, hat bisher auch noch nicht den Erfolg gebracht, den ich mir gewünscht hätte. Insofern sollten wir uns für nächstes Jahr beides vornehmen. In diesem Sinne, Herr Stadtrat Kalmbach, übernehmen wir quasi den Gedankengang Ihres Antrags, und Sie waren ja damit einverstanden, dass wir das so als Appell in unserem Herzen tragen. **(Keine Abstimmung)**

#### **Antrag Nr. 409 (S. 295): Sicherheit und Gestaltung am Europaplatz (FÜR Karlsruhe)**

**Stadtrat Kalmbach (FÜR Karlsruhe):** Wenn wir ein Problem haben, neigen wir dazu, den Hammer zu nehmen, wenn wir in der Handwerkskiste nur einen Hammer haben. Der andere nimmt, wenn er nur eine Zange hat, die Zange, um das Problem zu lösen. Wir brauchen aber verschiedene Instrumente, um so einen Platz wie den Europaplatz zu befrieden. Ich fand es schon sehr gut, was wir am Werderplatz gemacht haben. Die Ergebnisse sind noch nicht sichtbar, aber es ist schon sehr gut, dass wir verschiedene Ansätze zusammenbringen, und deswegen glaube ich, dass wir an verschiedenen Stellen ansetzen müssen.

Der eine Ansatz betrifft die Sauberkeit. Da wird sicher ganz viel gemacht. Aber was macht man, wenn die Sauberkeit nicht besser wird. Natürlich kann man nicht nachts noch mehr putzen. Vielleicht wäre es jetzt dran, die Verschmutzer stärker in die Pflicht zu rufen. Da ist die Frage, welche Wege und Mittel haben wir. Ich glaube, wir haben sogar eine Gebührenordnung für Dinge wie Papier auf die Straße werfen und anderes. Ich frage mich, ob irgendjemand in Karlsruhe schon einmal eine Gebühr bezahlt hat, weil er irgendetwas weggeworfen hat. Da müssen wir uns unter Umständen schon überlegen, machen wir da genug.

Dann gibt es noch das andere Feld, das der Sicherheit. Es wird dort offen gedealt, es wird offen mit Drogen hantiert. Wir gehen wir damit um? Auf der anderen Seite gibt es die Frage, wie gestalten wir den Platz. Diese Vielgestaltigkeit ist ja nicht so schwierig. Jetzt will ich noch eines ins Spiel bringen, was Stadtrat Wenzel gestern angesprochen hat: Er hat von einer Polizeistation in der Innenstadt gesprochen. Es gibt tatsächlich Nachweise dafür, dass im Umfeld einer Polizeistation die Kriminalität sinkt. Deswegen möchte ich es an dieser Stelle noch einmal ins Gespräch bringen. Wir bekommen wir den Europaplatz, ein zentraler Platz in Karlsruhe, von dem unser Kollege Fostiropoulos sagt, an dem die Menschen so präsent sind, dass eine soziale Kontrolle da ist. Aber das haben wir noch lange nicht. Bis wir den Weg dorthin finden, müssen wir noch einiges an Ordnungspolitischen tun, aber auch einiges an gestalterischen Maßnahmen.

Deshalb frage ich noch einmal nach einer konzertierten Aktion ähnlich dem Vorgehen am Werderplatz. Wie kriegen wir es hin, den Europaplatz zu einem tollen Platz für Karlsruhe zu machen?

**Stadtrat Wenzel (FW):** Werter Kollege Friedemann Kalmbach, jetzt hast du aber Glück gehabt, dass du unseren Antrag erwähnt hast, weil wir ja mit unserem Sicherheitskonzept Innenstadt mit einem festen Stützpunkt sehr nah beieinander sind. Du hast leider unseren Antrag nicht mitunterstützt. Aber ich weiß es von dir: Du hast es übersehen, dass unser Konzept auch das Thema Polizei beinhaltet. Ja, der Europaplatz ist ein Problemfeld. Und ja, es gibt ganz einfache Lösungen. Der Bürgerverein Innenstadt schlägt zum Beispiel vor, die Arkaden zu beleuchten. Ich habe mir letzte Woche erlaubt, mir den Platz nach 24 Uhr an-

zuschauen. Unter den Arkaden ist es stockdunkel. Ich denke, die Stadtwerke könnten mit ein paar Leuchtstoffen schnell Abhilfe schaffen. Auch dieser Platz muss belebt werden. Es ist derzeit eine Katastrophe, wie sich dieser Platz darstellt. Das Gebäude der alten Post ist wunderbar beleuchtet, das Beleuchtungskonzept ist schön. Aber davor ist er unübersichtlich. Der Platz lädt eigentlich dazu ein, dort herumzulungern. Wir wissen aus den Medienberichten, dass das Herumlungern auch zum Problem wird.

Deshalb meine Unterstützung dazu, dass da etwas gemacht wird. Am liebsten wäre uns, um die Innenstadt sicherer zu machen, das Standortproblem zu lösen, um permanent vor Ort zu sein.

**Der Vorsitzende:** Das waren jetzt alle Wortbeiträge. Wir hatten in unserer Stellungnahme schon darauf hingewiesen, dass es schon eine Projektgruppe gibt und wir die verschiedenen Maßnahmen jetzt bündeln. Ich rechne damit, wenn wir einmal mit der Umsetzung der verschiedenen Maßnahmen am Werderplatz so weit sind, dass wir in die nächste Phase kommen, dass wir uns dann verstärkt des Europaplatzes annehmen, wobei auch da die baulichen Dinge fertiggestellt werden müssen, bevor man nachhaltige Lösungen findet. Die Geschichte mit der Beleuchtung in den Nordarkaden ist auch noch einmal im Einzelhandelsforum an mich herangetragen worden. Die Kanäle laufen im Moment alle heiß, und wir werden uns darum kümmern, aber es ist auch von den privaten Eigentümern abhängig, ob sie solche Anregungen aufnehmen. Wir können vorab immer nur den öffentlichen Raum bespielen.

Insofern wäre meine Empfehlung, den **Antrag nicht abzustimmen**, sondern ihn in diesen Prozess aufzunehmen und die Sache mit Ihnen regelmäßig zu diskutieren. Ablehnen kann man den Antrag eigentlich nicht, und als gemeinsam anerkannte Aufgabe ist es hier so weit Konsens. **(Kein Widerspruch)**

#### **Antrag Nr. 410 (S. 154): Lärmschutzmaßnahmen Sudetenstraße Knielingen (KULT)**

**Stadtrat Cramer (KULT):** Der KULT-Fraktion und mir ist natürlich bekannt, dass es einen Lärmschutzplan der Stadt Karlsruhe gibt. Mir ist auch bekannt, welche Maßnahmen aus diesem Lärmschutzplan verwirklicht oder auf den Weg gebracht wurden, was die Sudetenstraße betrifft. Aber die dort ansässigen Anwohnerinnen und Anwohner sehen nicht den Effekt, den sie für sich erwarten, für ihr Wohlbefinden in ihren Wohnungen. Sie erwarten mehr von der Politik, erst einmal mehr von der Verwaltung, fühlen sich über Jahre nicht wirklich respektiert in ihrem Anliegen. Sie fühlen sich auch vom Gemeinderat auch nicht wirklich unterstützt. Das ist der Anlass unseres Antrages.

Wir gehen davon aus, dass letztendlich nur eine Lärmschutzwand Abhilfe schaffen kann. Ich möchte daran erinnern – vor allem die CDU-Fraktion –, dass vor vielen Jahren an der B 36 gegenüber dem heutigen Schnell-Food-Restaurant auch eine Lärmschutzwand für 800.000 DM gebaut wurde, und zwar auf Betreiben von Herrn Weick, der in der ersten Reihe der Fraktion saß. Es ist also nichts Ungewöhnliches, dass aus dem Gemeinderat heraus solch ein Anliegen an die Verwaltung herangetragen wird. Wir haben ja diesen Antrag gar nicht so maximal formuliert und gefordert, sondern wir schlagen vor, dass diese 20.000 € eingestellt werden, um eine Planung in dieser Richtung zu machen, um ein Signal an die Bewohnerinnen und Bewohner zu senden, dass man ihr Anliegen ernst nimmt. Denn das, was bisher gemacht wurde, ist für sie nicht wirklich die Ernsthaftigkeit, die wir brauchen.

Ich denke, in der heutigen Zeit sollten wir uns verstärkt um diese Belange kümmern, auch wenn das vielleicht Leute sind, die normalerweise keine starke Lobby haben. Dann sollten wir uns als Gemeinderat – und vor allem auch die Verwaltung – sich darum kümmern

**Stadtrat Ehlgötz (CDU):** Es ist richtig dass wir u. a. auch in der Sudetenstraße ein erhebliches Verkehrsaufkommen haben, und es ist richtig, dass die Verwaltung einiges an Lärmschutzmaßnahmen dort umgesetzt hat. Das begrüßen wir auch, und das ist der richtige Weg, um den Verkehrsfluss zu drosseln bzw. die Geschwindigkeit herauszunehmen.

Ich kann Ihnen wieder eine Lösung sagen, Herr Kollege Cramer. Würden Sie den Anschluss B 36 in Knielingen bauen, hätten Sie in Knielingen keine Probleme mit dem Verkehr. Knielingen wäre komplett entlastet, und es würde sich in Knielingen nur noch um einen Ziel- und Quellverkehr handeln. Bis dorthin ist es noch ein langer Weg, da werden Jahrzehnte ins Land gehen. Wir beide werden nicht mehr hier sitzen, und es wird noch immer keine B-36-Anbindung geben, Herr Cramer. Bis dahin wird der Bürger warten müssen, und wir müssen ihm die Wahrheit sagen, dass eine Lärmschutzmaßnahme mit einer Lärmschutzwand dort nicht realisierbar ist aus rechtlichen Gründen. Wenn wir dort anfangen würden, eine Lärmschutzwand zu bauen, dann könnten wir sie in der Haid-&Neu-Straße bauen, dann könnten wir sie in der Elbinger Straße in der Waldstadt bauen bzw. an jeder stark frequentierten Straße in ganz Karlsruhe. Deshalb ist dieser Antrag von Ihnen schon etwas Sand in die Augen gestreut, und zwar der Bürgerschaft, die dort wohnt. Deshalb muss man diesen Antrag komplett ablehnen.

**Stadtrat Dr. Fechler (SPD):** Natürlich ist es richtig, dass die Sudetenstraße und Knielingen insgesamt ein Lärmproblem haben. Das gilt aber auch für viele andere Stadtteile in dieser Stadt, seien es die an die Südtangente angrenzenden Stadtteile oder auch Hagsfeld. Es gibt als Instrument den Lärmaktionsplan. Da sind sicherlich Maßnahmen definiert, auch konkrete Maßnahmen für Knielingen, die momentan umgesetzt werden. Dass sie als solche von Einzelnen als nicht ausreichend wirksam wahrgenommen werden, ist richtig. Eine Lärmschutzwand, wie sie in Form dieses populistischen Antrags gefordert wird, wird auch nicht nur für Freude im Stadtteil sorgen. Dann würde man an anderer Stelle wieder die Diskussion haben.

Das Thema Lärm in Knielingen ist nicht isoliert in der Sudetenstraße zu sehen, da muss ich dem Kollegen Ehlgötz recht geben. Auch die B 36 und die weitere verkehrliche Entwicklung in Knielingen spielen eine Rolle. Die eierlegende Wollmilchsau wird es hier nicht geben. Dass die Anwohner mit ihren Anliegen nicht ernst genommen werden, dagegen will ich mich auch im Namen meiner Fraktion dagegen verwehren. Ich glaube, auch die anderen Fraktionen nehmen diese Anliegen sehr ernst. Die Maßnahmen, die jetzt ergriffen wurden, wie beispielsweise der Einbau von Verkehrsinseln, sollten zunächst abgewartet werden. Grundsätzlich ist es ein Problem, dass sich 50er- und 30er-Zonen in diesem Bereich abwechseln und dadurch durch die Brems- und Beschleunigungsvorgänge sicherlich kein kontinuierlicher Verkehrsfluss möglich ist.

Insgesamt sehen wir diesen Antrag nicht als zielführend an.

**Stadtrat Honné (GRÜNE):** Die Sudetenstraße ist eine von den ganz stark belasteten Straßen in Karlsruhe, darüber sind wir uns einig. Die Verwaltung hat etwas gemacht, darüber sind wir uns auch einig. Trotzdem fühlen die Anwohner immer, dass man noch mehr ma-

chen könnte, auch wenn nicht so ganz klar ist, was es ist. Insofern ist das Gefühl der Bürger eben eine durchaus ernst zu nehmende Sache. Wir GRÜNE haben auch nicht den Stein der Weisen, was hier nötig sein wird, ob Lärmschutzwand oder nicht. Ich glaube, eher nicht. Aber vielleicht doch. Wir sehen diesen Antrag als Hilferuf an, dass eben doch noch einmal energisch überlegt werden sollte, ob nicht doch noch mehr zu machen ist als bisher. Deshalb unterstützen wir diesen Antrag.

**Stadtrat Wenzel (FW):** Ich kann Kollege Honné zwar nicht oft zustimmen, aber jetzt kann ich ihm zustimmen. Ich sehe diesen Antrag auch als Hilferuf. Kollege Cramer war vor Ort, ich war auch vor Ort, habe mir auch andere Teile in Knielingen angeschaut. Knielingen ist derzeit aufgrund des Schleichverkehrs mehr belastet als andere Teile. Viele Straßen fordern sogar die Möglichkeit eines Anliegerverkehrs zu bestimmten Uhrzeiten. Ich denke, dieser Fokus wurde durch diesen Antrag dahingeschoben. Kollege Ehlgötz, wahrscheinlich fahren Sie mehr durch die Gegend als zu laufen. Das tue ich Ihnen anerkennen. Ich bin dankbar für den Antrag und werde ihn auch als Lösungsansatz so mittragen.

**Stadtrat Hoyem (FDP):** Herr Honné, Anerkennung. Es ist wunderbar zu hören, dass sogar Sie bescheiden sind und keine Lösung haben. Das haben wir auch nicht.

**Stadtrat Cramer (KULT):** Ich hoffe nur, dass im Moment niemand der betroffenen Bürger diese behäbige Amüsiertheit hier im Hause miterlebt.

**Der Vorsitzende:** Ich muss jetzt doch noch etwas dazu sagen. Ich kann ja damit leben, dass man sagt, das ist ein Hilferuf. Aber dass wir Geld einstellen für eine Maßnahme, die wir selber nicht für umsetzbar halten, um selber einen Hilferuf abzusondern, das ist nicht das, was unsere Aufgabe ist. Herr Cramer, ich kann hundertprozentig nachvollziehen, dass sich die Bürger dort nicht ausreichend gehört fühlen. Aber dann gehört für mich dahin, dass man sich hinstellt und sagt – und das kann ich für alle hier im Haus und für die Verwaltung sagen –, dass wir bei jedem Brief aus Knielingen, bei jedem Ortstermin und bei jeder Bürgerversammlung immer da sind und versuchen, alle Lösungen umzusetzen, die uns einfallen. Wir bauen für saumäßig viel Geld Verkehrsinseln ein. Gegen diese 30er- und 50er-Ping-Pong-Geschichte können wir nichts machen, da zwingt uns die Straßenverkehrsordnung dazu. Eine Lärmschutzwand kann ich mir dort überhaupt nicht vorstellen. Das Einzige, das helfen wird, ist eine Umfahrung von Knielingen. Ob die dann Anbindung an B 36 heißt oder wie auch immer, ist erst einmal unwichtig. Da weiß ich aber noch sehr gut aus dem OB-Wahlkampf, dass alle die, die gesagt haben, man muss eine direkte Anbindung der Rheinbrücke – auch von der schon bestehenden – an die B 36 bauen, genau in Knielingen keine Unterstützung gefunden haben. Das sind sicherlich nicht die Bürger, die Sie jetzt meinen, aber es ist das, was im Grunde die Stadtpolitik bisher geprägt hat. Deswegen ist es schwierig, den Anwohnern darin recht zu geben, unzufrieden sein zu dürfen – das können Sie mit den Verhältnissen –, aber Sie können aus meiner Sicht nicht unzufrieden sein mit dem, was der Gemeinderat und die Verwaltung seit Jahren versuchen zu tun. Es ist vom Ergebnis nicht befriedigend, aber wir haben im Moment keine anderen Mittel in der Hand.

Das muss man an einer solchen Stelle auch ganz klar einmal äußern. Insofern sehe ich diese Diskussion weder so, dass wir uns aus der Verantwortung zurückziehen, weil wir nicht diesen Antrag unterstützen, noch finde ich es hilfreich, jetzt Maßnahmen, von denen man weiß, dass man sie vermutlich nie umsetzen kann, mit zusätzlichen Haushaltsmitteln zu



belegen, die allein für die Maßnahmen auch nicht ausreichen werden. Hier geht es ja erst einmal nur um eine Untersuchung.

Das noch einmal als klares Statement der Verwaltung hier an dieser Stelle.

Jetzt kommen wir zur Abarbeitung des Antrags. Ich bitte um das entsprechende Votum. – Es ist eine **mehrheitliche Ablehnung**.

Eines habe ich noch vergessen: Wir bauen ja bis 2020 noch die Straßenbahn dort. Das ist auch eine Chance, durch die entsprechenden Veränderungen der Straßenquerschnitte etwas zur Beruhigung beizutragen. Auch das sollten wir den Bewohnerinnen und Bewohnern immer wieder erklären, dass das Ende des Jahres begonnen und bis 2020 fertig sein soll. Ich sehe darin auch noch eine große Chance, etwas zur Beruhigung beizutragen.

Wir kommen damit auf der **Seite 295** zu einigen Hinweisen. Ich will noch einmal auf die Erstattung von Verkehrswertgutachten hinweisen, das hatte ich schon einmal angekündigt. Auch das findet sich hier wieder. Für den Weiterbetrieb der E-Bike-Station durch einen Zuschuss an Next-Bike sind entsprechende Beträge eingestellt.

Damit schließen wir diesen Teilhaushalt, und bevor wir den Teilhaushalt 6200 – Liegenschaften beginnen, gehen wir erst zum Essen und treffen uns kurz vor 14:00 Uhr hier wieder und schauen, dass wir bis zur Kaffeepause zu Ende kommen.

(Unterbrechung der Sitzung von 13:00 Uhr bis 14:00 Uhr)

Wir setzen die unterbrochene Sitzung fort. Wir sind jetzt im **THH 6200 Liegenschaften** auf der **S. 315**. Ich möchte bezogen auf die **S. 318**, schon einmal darauf hinweisen, dass wir wieder bei den Verkehrswertgutachten und jetzt auch bei der Kommunalvermessung aus den steuerlichen Gründen diese interne Verrechnung haben. Es gibt die, die die Leistungen abfordern. Die müssen etwas zahlen. Und die, die die Leistung intern erbringen, bekommen den entsprechenden Gegenwert zurück.

#### **Antrag Nr. 411 (S. 315): Bonusprogramm für Energetische Sanierung erhöhen (GRÜNE)**

Das ist **erledigt**. So können wir weitermachen.

#### **Antrag Nr. 412 (S. 315): Bonusprogramm – Einbruchschutz (FW, Stadtrat Schmitt/pl)**

**Stadtrat Wenzel (FW):** Ich weiß nicht, ob hier in dem Haus jemand ist, bei dem schon einmal eingebrochen wurde oder in der Nachbarschaft eingebrochen wurde. Es ist ein furchtbares Gefühl, die Privatsphäre missbraucht zu wissen. Viele Städte, unter anderem auch die Stadt Heidelberg, haben die sogenannte Schlossprämie. Das heißt, dass die Bürger – Sie haben es in Ihrer Antwort bereits dargestellt – gefördert werden. Bei uns ist es so, wir als Stadt Karlsruhe könnten viel für die Sicherheit machen, indem wir den Bürgern einen Teil ihrer Kosten zurückerstatten. Wir wissen, dass durch Maßnahmen an den Fenstern und Türen, die die Sicherheit und die Stabilität erhöhen, etwa 40 % aller Einbrüche verhindert werden könnten. Es ist ein ganz kleiner Schritt, was wir fordern, diese 100.000 Euro. Aber

jeder Einbruch, der dadurch verhindert werden könnte, würde auch die Statistiken erhöhen. Denn ein misslungener Einbruch läuft nicht in die Statistik. Wir bitten, diesen Antrag zu unterstützen, in der Hoffnung, dass dieses Förderprogramm auch genutzt wird. Wir als Stadt können einen kleinen Beitrag dazu leisten, dass sich das Sicherheitsgefühl der Bürger in diesem Bereich erhöhen kann.

**Der Vorsitzende:** Ich habe keine weiteren Wortmeldungen. Dann können wir gleich zur Abstimmung kommen. – Das ist eine **ablehnende** Mehrheit.

### **Antrag Nr. 413 (S. 323): Sozialgerechte Bodennutzung – Maßnahmen entsprechend dem Modell der Stadt Münster einführen (Die Linke)**

**Stadträtin Zürn (Die Linke):** In unserer Haushaltsrede haben wir bereits auf dieses Bodennutzungskonzept von Münster hingewiesen, wie die CDU im Übrigen auch. Wie kamen wir dazu, dass wir solche Nutzungskonzepte anderer Städte angeschaut haben? Wir sehen einfach, dass in Karlsruhe zwar viel getan wird, aber dass das, das getan wird, nicht reicht, um einigen erklärten Zielen näher zu kommen, nämlich diesen bezahlbaren Wohnraum zu schaffen und aus diesen und vielen anderen Gründen kostbare städtische Flächen nicht länger meistbietend und auf immer und ewig an Investoren zu binden und dort zumeist eben mehr oder weniger schönen teuren Wohnraum zu bekommen.

Der Leiter des Amtes für Immobilienmanagement der Stadt Münster, Andreas Niehaber, hat einen Satz gesagt, der mir sehr wichtig ist. Der lautet folgendermaßen: Schaffung von bezahlbarem Wohnraum kann in einer wachsenden Stadt nicht allein dem freien Markt überlassen werden. Hierzu bedarf es eines flankierenden liegenschaftsstrategischen Ansatzes. So einen liegenschaftsstrategischen Ansatz würde ich mir auch für Karlsruhe wünschen. Die Stadt Münster, das hat die Verwaltung geantwortet, ist mit Karlsruhe nicht zu vergleichen. Das sehe ich ein. Da muss man so einen strategischen Ansatz anpassen. Das ist aber auch genau das, was wir gerne wollen. Wir sehen, dass Karlsruhe vieles tut. Die Antwort zeigt auch, dass man sich sehr verschiedene Beispiele anschaut. Wir sind auch der Meinung, dass in den Karlsruher Ämtern, ob jetzt das Liegenschaftsamt, das vor allen Dingen zuständig ist, aber auch beim Stadtplanungsamt die Kompetenzen, solche Konzepte zu machen, absolut da sind. Aber wir sind der Meinung, es fehlt an zeitlichen Ressourcen. Da möchten wir früher oder später, dass solche Ideen produktiv werden können. Deswegen möchten wir eine Strategie, die auf Karlsruhe passt. Wir möchten gerne so einen liegenschaftsstrategischen Ansatz. Den beantragen wir. Wir wissen, dass dicke Bretter zu bohren sind. Aber wir bitten Sie darum, diesen Schritt mit uns zu gehen.

**Der Vorsitzende:** Ich würde Ihnen vorschlagen, dass wir den Antrag nicht abstimmen. Wir haben in der Stellungnahme ausgeführt, dass wir die Diskussion im Bundesgebiet verfolgen. Ich würde jetzt einfach aus dem Bauch heraus Ihnen vorschlagen, dass wir im II. Quartal einmal im entsprechenden Fachausschuss vorstellen, was es für Konzepte in verschiedenen Städten gibt und man einfach diese **Diskussion im Fachausschuss** weiterführt. Ich glaube, da gehört sie hin. Wäre das okay? Dann bedanke ich mich an der Stelle.

### **Antrag Nr. 414 (S. 571): Anteil mietpreisgebundener Wohnungen der Volkswohnung auf 25 % anheben (KULT)**

### **Antrag Nr. 415 (S. 571): Mietpreisbindungen und Belegungsbedingungen erhalten und ausbauen (Die Linke)**

**Stadtrat Braun (KULT):** Der Wohnraum in Karlsruhe ist knapp. Es fehlt vor allem an bezahlbarem Wohnraum und an Sozialwohnungen. Aktuell liegt der Anteil der Volkswohnung an mietpreisgebundenen Wohnungen bei unter 20 %. Um den Wohnungsmarkt gerade für die Menschen und Familien, die ohnehin nur schwer Wohnraum finden, zu entlasten, muss dieser Anteil stark erhöht werden. Denn dieser – das zeigt die hohe Nachfrage – reicht nicht aus.

Wir beantragen daher, den Anteil an mietpreisgebundenen Wohnungen auf 25 % zu erhöhen. Dazu zählt auch, alles dafür zu tun, aus der Mietpreisbindung fallende Wohnungen wieder in die Bindung aufzunehmen. Die erforderlichen Miet- und Belegungsrechte sollen dann wieder eingekauft werden.

**Stadtrat Fostiropoulos (Die Linke):** Ich hätte einmal eine Frage dazu. Seit mehreren Doppelhaushalten fordern wir, dass wir mehr mietpreisgebundenen Wohnraum brauchen. Wir wissen, wir hatten viel mehr. Der wurde immer weniger. Es wird immer wieder diskutiert, aber nach wie vor ist mir nicht klar und es wurde noch keine richtige Antwort gegeben, warum sich die Stadt Karlsruhe in dem Bereich nicht mehr so engagiert hat, um diese mietpreisgebundenen Wohnungen aufrechtzuerhalten, die wir vor 10 Jahren noch hatten. Da hätte ich jetzt gerne noch eine Antwort und inwiefern die Stadt beabsichtigt, dass wir tatsächlich in dem Punkt noch einmal voran gehen. Deshalb auch von uns dieser Antrag.

**Stadtrat Pfankuch (CDU):** Herr Kollege Fostiropoulos, die Antwort ist in der Verwaltungsvorlage uneingeschränkt zu sehen. Man muss es nur lesen. Ich gebe zu, es ist komplex. Ich kann Mietpreisbindungen nicht aus dem Boden stampfen, wenn ich sie nicht abkaufen kann, so wie das genau beschrieben ist in der Vorlage. Aber was wir machen können – und das wird gemacht –, die Volkswohnung generiert Wohnung um Wohnung, die sie dann auch günstig, sozialverträglich vermietet und die ohne Mietpreisbindung, aber trotzdem als bezahlbarer Wohnraum anzusehen ist. Nicht nur mietpreisgebundene Wohnungen sind bezahlbar, sondern all die anderen Wohnungen, die wir in der letzten Zeit aus der Volkswohnung heraus entwickelt haben, sind das in gleicher Weise. Es wird im Moment wirklich alles gemacht, was man machen kann. Jedenfalls was die Kommune, was die Stadt beeinflussen kann. Wer das zur Kenntnis nimmt, der stellt so einen Antrag nicht.

**Stadtrat Jooß (FDP):** Das einzige was wir brauchen, ist weniger Regulierung, nicht mehr; sowohl im Bund als auch hier in der Stadt. Wir brauchen mehr Wohnungen und sonst nichts. Dann wird der Wohnungsmarkt allein entspannt.

**Stadtrat Pfalzgraf (SPD):** Beim heutigen Thema brauchen Sie keine Sorge haben, morgen früh nicht in den Spiegel schauen zu können, egal, wie rum Sie abstimmen. Ganz einfach deshalb, weil der Antrag bzw. die Anträge etwas Gutes bewirken wollen, aber in der Praxis natürlich schwierig umsetzbar sind bzw. gar nicht umsetzbar sind. Da bin ich beim Kollegen Pfankuch voll dabei. Auch deshalb werden wir diesem Antrag nicht zustimmen können.

Folgender Grund: Was den Antrag der Linken betrifft, dem wird im Grunde in vollem Umfang schon entsprochen. Das sehen wir aus der Stellungnahme der Verwaltung. Das erleben wir auch im Aufsichtsrat bei unseren Beschlüssen, die wir diesbezüglich fassen. Ich erinnere nur an das Programm, bei dem ich gestern die Zahlen verwechselt habe. Wenn

man bedenkt, dass man so ein Riesenprogramm auflegt mit über 1.300 Wohnungen, und dann das Verhältnis 60 : 40 sieht, dann weiß man, dass die Volkswohnung absolut auf gutem Weg ist.

Was den Antrag der KULT betrifft: Ich nenne Ihnen ein Beispiel aus der Praxis. Eine Familie, die einen Wohnberechtigungsschein hat, wohnt 10, 20 Jahre in einer Wohnung, und jetzt läuft diese Berechtigung aus. Die Berechtigung für die Familie läuft deshalb aus, weil sich inzwischen die familiären Verhältnisse geändert haben. Und zufällig läuft auch die Mietpreisbindung aus. Schmeißen wir die Familie jetzt raus aus der Wohnung, so dass sie dann wieder auf dem Wohnungsmarkt eine günstige Wohnung suchen muss? Oder sagen wir, zwangsläufig fällt in diesem Fall die Bindung weg. Dafür haben wir als Volkswohnung ein Sonderangebot, nämlich Durchschnittsmieten in Höhe von genau 5,92 Euro. Das würde bedeuten, die Familie, die die Mietpreisbindung und den Berechtigungsschein gleichzeitig verliert, kann aber trotzdem wie gewohnt in der Wohnung bleiben, muss eben entsprechend mehr bezahlen und das zu einem bezahlbaren Preis. So sieht die Praxis aus. Das würde bedeuten, wenn wir uns festlegen auf 25 %, dann müssen wir im Laufe der nächsten Jahre viele solcher Fälle bearbeiten. Ich würde mir das nicht zumuten, das eine oder andere für richtig oder auch falsch zu halten. Deshalb glaube ich, dass wir hier vollkommen auf gutem Weg sind. Ich erinnere noch einmal an das Wohnbauprogramm, an das Verhältnis 60 : 40 Prozent. Damit sind wir im vollen Umfang mit der Volkswohnung auf dem richtigen Weg und können diesem Antrag bzw. beiden Anträgen nicht zustimmen.

**Stadtrat Borner (GRÜNE):** Die GRÜNEN können sich der Antwort der Stadtverwaltung anschließen. Alle in der Vorlage genannten Möglichkeiten wurden im Aufsichtsrat der Volkswohnung besprochen und beschlossen. Die GRÜNE-Fraktion betrachtet daher beide Anträge als bereits umgesetzt und damit erledigt. Sonst kann ich mich eins zu eins Herrn Pfalzgraf anschließen.

**Der Vorsitzende:** Dann kann ich beide Anträge gemeinsam zur Abstimmung aufrufen. – mehrheitlich **abgelehnt**.

#### **Antrag Nr. 416 (S. 318): Erhalt und Pflege von Streuobstwiesen – Stärkung des Liegenschaftsamtes (GRÜNE)**

**Stadträtin Rastätter (GRÜNE):** Für uns GRÜNE hat die Verbesserung der Biodiversität in unserer Stadt eine absolute Priorität. Es ist ein Schwerpunkt für uns in diesem Doppelhaushalt neben unseren anderen Schwerpunkten Soziales und Kultur sowie Klimaschutz. Aufgrund unseres Antrags Masterplan für Biodiversität, Bienen schützen, und der ergänzenden Anträge und Anfragen aus anderen Fraktionen, die allesamt angenommen wurden, hat die Stadtverwaltung erstmals eine ganz besondere Maßnahme ergriffen. Sie hat uns nämlich im Vorfeld des Doppelhaushalts aus allen vier für Biodiversität relevanten Ämtern eine Handlungsstrategie vorgestellt, d. h., sie hat uns vier ausführliche Papiere zur Verfügung gestellt: Maßnahmen biologische Vielfalt im Liegenschaftsamte, im Gartenbauamt, im Forst und im Umweltamt. Hier sind alle Maßnahmen gefiltert, die diese Ämter ergreifen können. Es ist jeweils dargestellt, für welche Maßnahmen die Mittel im Haushalt sind und für welche Maßnahmen, die aber notwendig wären, keine Mittel eingestellt sind. Außerdem gibt es ein neues Streuobstwiesenkonzept, das wir allesamt beschlossen haben, in dem ebenfalls die Empfehlungen erteilt wurden, welche Mittel im Haushalt eingestellt werden sollen.

Im Liegenschaftsamt ist es überwiegend die Forderung nach Pflege und Erhalt und Sicherheit unserer wunderschönen Streuobstwiesen. Das Liegenschaftsamt hat empfohlen, entweder nach Lehrbuchvariante vorzugehen, das hätte 12 zusätzliche Stellen erforderlich gemacht, oder nach einem realistischen Szenario. Dafür sind drei Stellen notwendig, zwei für die Pflege der Streuobstwiesen und eine Stelle für die Wiedereinpflanzung zertifizierter Bäume und für die Bewässerung der Bäume. Diese drei sind unverzichtbar, wenn wir die Schönheit und die ökologische Wertigkeit unserer Streuobstwiesen erhalten wollen. Deshalb ist das die zentrale Forderung, die wir brauchen.

Ich möchte abschließend betonen, diese wunderschönen Streuobstwiesen sind nicht nur für die Biodiversität in unserem Stadtgebiet absolut notwendig, sondern sie dienen auch der Erholung und dem Wohlbefinden unserer Bevölkerung als Naherholungsgebiete. Deshalb bitten wir den Gemeinderat, der auch Biodiversität unterstützen möchte, bei diesen drei Stellen zuzustimmen.

**Stadtrat Pfannkuch (CDU):** Es ist im Antrag wie in der Verwaltungsantwort vieles gesagt, was die CDU-Fraktion uneingeschränkt unterschreiben kann. Auch für uns ist das Streuobstwiesenkonzept maßgeblich. Vor allem für weite Bereiche unseres Stadtgebietes ist es eine prägende Landschaftskultur, die wir unbedingt erhalten müssen. Von daher erkennen wir einen Bedarf an. Wir sehen aber auch, dass die Verwaltung noch in Überlegungen ist, wie man das personell entwickelt. Ich glaube, es reicht daher aus, wenn wir einen Anfang machen. Die CDU-Fraktion wird daher befürworten, dass man statt der drei Vollzeitstellen zunächst einmal mit 1,5 Stellen beginnt. So werden wir auch abstimmen.

**Stadtrat Dr. Fechler (SPD):** Das Thema Biodiversität liegt – nehme ich an – allen hier im Haus am Herzen. Die Frage ist nur, wie können wir entsprechende Antworten finden. Bei einem vorhergehenden Punkt hat der Herr Oberbürgermeister ausgeführt, dass es eigentlich eine grundlegende strategische Ausrichtung gibt, wie wir uns als Stadt positionieren wollen. Dem Klimawandel entgegenzutreten wird letztendlich nur bedingt möglich sein. Wir brauchen Antworten, wie wir den Veränderungen gerecht werden können. Die Streuobstwiesen sind ein Thema. Nachher geht es noch um das Thema Mahd. Es sind vielfältige Themen, die zu bespielen sind. Wir sehen hier einen weiteren Bedarf, dass von Verwaltungsseite ein nachhaltiges und dauerhaftes Konzept eingestellt wird und das auch in der weiteren Debatte, in der weiteren Diskussion verfolgt wird.

Jetzt ad hoc drei Stellen zu schaffen, selbst 1,5 Stellen, wird nur bedingt helfen. Von daher werden wir an der Stelle den Antrag nicht mitgehen. Wir sehen noch weiteren Beratungsbedarf. Beim Thema Mahd sehen wir das etwas anders. Dazu kommen wir später noch. Da sehen wir mehr Möglichkeiten, konkret aktiv zu werden.

**Stadtrat Dr. Schmidt (AfD):** Sie wissen, dass für die AfD Landschaftsschutz und Artenschutz wichtig sind. Dementsprechend werden wir den Antrag mittragen.

**Stadträtin Rastätter (GRÜNE):** Wir würden dann, wenn keine Mehrheit besteht, selbstverständlich gerne den Antrag der CDU aufgreifen und dann die 1,5 Stellen beantragen. Denn wichtig ist uns vor allem, dass wir ein Ziel erreichen. Die drei Stellen wären notwendig. Aber wenn wir eine Mehrheit für 1,5 Stellen bekommen können im Gemeinderat, ist dies schon ein Zwischenschritt auf diesem Weg, den wir weitergehen müssen.

**Der Vorsitzende:** Ich hätte es jetzt in zwei Stufen abgestimmt. Aber wir können auch gleich die 1,5 Stellen aufnehmen statt der 3 Stellen. Dann bitte ich über diesen veränderten Antrag der GRÜNEN ... Was ist jetzt noch, Frau Rastätter?

(Zuruf **Stadträtin Rastätter/GRÜNE**)

- Ja, dann hätten Sie sich Ihren Wortbeitrag sparen können.

Dann stelle ich den GRÜNE-Antrag, da war ich gerade dabei, mit 3 Stellen zur Abstimmung. – Das ist eine **Ablehnung**.

Dann wird derselbe Antrag jetzt erneut gestellt, reduziert in seinem Begehr auf 1,5 Stellen, so wie es die CDU vorgeschlagen hat. Dieser etwas veränderte Antrag steht jetzt zur Abstimmung. – Das ist eine **Mehrheit**.

Damit haben wir das Thema abgeschlossen.

Wir blättern weiter auf die **S. 322**. Da haben wir Diverses zum Thema **Grunderwerb**. Da hat zunächst einmal die Stadtverwaltung einen Wunsch an Sie. Wir hatten Ihnen das in einem Brief auch schon angekündigt. Wir haben eventuell die Möglichkeit, doch im nächsten Jahr schon 11 ha Bauerwartungsland für Wohnungsbau vom Land Baden-Württemberg zu kaufen. Das sind die Flächen, die um das **Zukunft Nord-Gebiet** herum liegen. Mir ist mündlich mitgeteilt worden, dass das Land dort kein Justizzentrum mehr plant und deswegen relativ zügig in einen Verkauf an uns einsteigen möchte und vor allem dann aber auch eine Bindung herbeiführen möchte, dass hier Wohnungsbau und mit einem bestimmten prozentualen Anteil auch entsprechend preisgünstiger bzw. mit Belegungsrechten verbundener Wohnungsbau stattfindet. Um diesen Erwerb im Haushalt darzustellen, würden wir gerne mit Ihnen darüber abstimmen, dass wir die Grunderwerbsmittel noch einmal um 24 Mio. Euro erhöhen, denn das entspricht der Summe, die wir einmal bei einem ersten Überschlag für dieses Gelände erwarten.

Ich nehme an, das war jetzt soweit nachvollziehbar. Wenn jetzt keine Wortbeiträge dazu sind, dann würde ich das gerne zur Abstimmung stellen, dass wir noch einmal 24 Mio. Euro zusätzlich aufnehmen, um diesen Grunderwerb zu tätigen. – Vielen Dank, das ist ein starkes Votum **dafür**, dass wir als Stadt das selbst in die Hand nehmen. Den Erwerb selber bekommen Sie dann noch einmal vorgelegt. Auch wie wir das abwickeln. Da werden Sie noch einmal involviert. Es ist zunächst einfach nur, dass wir das Geld einstellen, damit wir handlungsfähig sind.

#### **Antrag Nr. 417 (S. 322): Erwerb des Gebäudes Karlsbader Straße 1 (OR Stupferich)**

Wir hatten im Ältestenrat schon bekannt gegeben, dass wir weiter mit dem Eigentümer der Karlsbader Straße 1 verhandeln, dass wir jetzt keine zusätzlichen Mittel brauchen, weil wir das aus unserem Budget auch darstellen können, selbst wenn es etwas teurer wird. Letztlich wird die Entscheidung über den Erwerb dann sowieso in den entsprechenden Gremien der Stadt stattfinden. Insofern würde ich Ihnen vorschlagen, dass wir das so zusage und damit auch dieser Antrag eigentlich erledigt ist.

**Ortsvorsteher Gartner (OV Stupferich):** Ich möchte trotzdem zwei Sätze dazu sagen, weil ich den Zusammenhang von Erwerb und Folgekosten natürlich etwas differenzieren möchte. In der Antwort der Verwaltung steht unter anderem auch, dass die Folgekosten ein Hinderungsgrund sind für den Erwerb. Da bitte ich einfach zweierlei Maße anzusetzen, weil die Folgekosten für das Herrichten des jetzigen Zustandes nur einmal entstehen. Es haben sich auch schon Sponsoren gemeldet, die die Sache gerne unterstützen wollen, diese Kulturscheune wieder herzurichten. Deshalb wäre es wichtig, dass man sich mit dem Kauf relativ schnell einig wird, damit wir den zweiten Schritt mit dem Heimatverein unternehmen können und ein Nutzungskonzept für die Zukunft erarbeiten. Aber ich kann dem Heimatverein nicht immer irgendwelche Wünsche kundtun, wenn wir nicht bereit und in der Lage sind, das Grundstück zu erwerben. Wenn ich lese, dass es schon seit Jahren versucht wird, dann darf ich meine Hilfe bei der ganzen Geschichte gerne anbieten, damit wir es vielleicht zeitnah hibekommen und das Ganz nicht noch einmal sieben Jahre verschoben wird.

Ich hoffe, dass auch bei der Nachfolgeinvestition die Verwaltung bzw. der Gemeinderat mitgeht, damit wir diesen sogenannten Schandfleck in Stupferich entfernen können. Das wäre mein Ansinnen.

**Stadtrat Brenk (CDU):** Ich möchte nur den Worten von meinem Ortsvorsteher hinzufügen, es ist nicht nur ein Schandfleck. Es ist so, dieses Objekt liegt zwischen zwei städtischen Gebäuden. Das muss man immer sehen. Wir haben auf der linken Seite ein städtisches Gebäude und auf der rechten Seite ein städtisches Gebäude. Und dazwischen liegt dieses Haus. Wir sollten jetzt die Situation nutzen, das Objekt zu einem vernünftigen Preis zu erwerben. Der Rest wird sich dann aus der Vorlage ergeben.

**Der Vorsitzende:** Nicht alle Dinge, die sich über Jahre hinziehen, liegen daran, dass die Verwaltung nicht kann oder nicht will. Das wollen wir in diesem Fall. Das Problem ist, dass offensichtlich die Gegenseite im Moment noch Vorstellungen hat, die wir aber mit unserem Haushaltsrecht und anderen Dingen nicht in Vereinbarung bringen können. Wir sind bereit – da kommen wir auch immer auf Sie zu -, an der einen oder anderen Stelle vielleicht ein bisschen über den Verkehrswert zu gehen. Aber das ist auch nur in gewissem Maße möglich. Ich sage Ihnen zu, dass wir Sie auf dem Laufenden halten. Wenn der Verkäufer ein Stupfericher sein sollte, nehmen wir sicherlich Ihre Mentalitätskenntnisse, Herr Gartner, gerne mit, um das zu einem Erfolg zu führen. Aber auch darüber hinaus ziehen wir Sie gerne hinzu.

**Stadträtin Ernemann (SPD):** Ortsvorsteher sind sehr leidensfähig. Aber auch die Leidenszeit muss einmal ein Ende haben. So bitte ich im Interesse des Stadtteils Stupferich und auch des Kollegen Gartner – Sie haben es zugesagt und versprochen -, jetzt zügig in die Verhandlungen einzutreten und das Gebäude zu erwerben. Die SPD-Fraktion unterstützt das Anliegen des Ortschaftsrats Stupferich. Ich bitte, zügig diesen Verkauf vorzunehmen.

**Der Vorsitzende:** Dann sind wir uns da **einig**.

**Antrag Nr. 418 (S. 322): Erwerb von Grundstücken und Gebäuden - Aufstockung des Etats um 10 Mio. Euro pro Jahr (Die Linke)**

**Stadtrat Fostiropoulos (Die Linke):** Immer wieder kommt die Antwort, es fehlen Grundstücke, sei es, wenn es um Wohnungen oder um Kitas geht. Deshalb stellen wir den Antrag, das Budget entsprechend um 10 Mio. Euro zu erhöhen.

Vielleicht noch ein Hinweis: Ich erinnere daran, um das ECE-Center bauen zu können, hat die Stadt 25 Mio. Euro in die Hand genommen, nur um dieses Gelände freizukaufen. Also: Um 10 Mio. Euro den Etat zu erhöhen, um Grundstücke und Gebäude aufkaufen zu können.

**Der Vorsitzende:** Die Interpretation, dass uns das Geld zu knapp wäre, wäre auch falsch. Aber wir haben im Moment das eingestellt, was wir für ausreichend halten. Sie haben es eben noch einmal um diese 24 Mio. Euro erhöht, weil wir hier einen Sonderfall haben. Aber Sie wissen es aus den letzten zwei Jahren, dass wir uns auf jeden anderen unerwarteten Sonderfall auch immer kurzfristig einstellen konnten. Insofern sind wir in der Zielsetzung gar nicht auseinander. Aber wir brauchen diese 10 Mio. Euro aus unserer Sicht jetzt nicht. Insofern empfehlen wir, das abzulehnen.

Wir kommen damit zur Abstimmung. – **Erledigt.** Gut, vielen Dank.

Auf der **S. 322** möchte ich Sie darauf hinweisen, dass wir eine Verpflichtungsermächtigung im Jahr 2021 aufgenommen haben, um uns in die Lage zu versetzen, das Markgräfliche Palais am Rondellplatz zu erwerben. Das hatten wir schon einmal miteinander diskutiert. Das ist gegenüber vom Eingang ECE-Center, wo jetzt die Badische Beamtenbank drin ist. Wir stehen jetzt in ganz guten, ich hoffe dann auch abschließenden, Gesprächen. Aber das Geld wird voraussichtlich erst 2021 fließen. Das werden wir deshalb jetzt als VE schon einmal in den Haushalt aufnehmen. Wir werden es aber auch notariell soweit abklären, dass uns da nichts mehr verrutscht.

Wir kommen damit zur **S. 323**

**Antrag Nr. 419 (S. 323): Wohnungsbauförderung und –versorgung – Erhöhung der Mittel für Sozialen Wohnungsbau (GRÜNE)**

**Antrag Nr. 420 (S. 323): Karlsruher Wohnraumförderungsprogramm (KaWoF) - Erhöhung der Mittel um 5 Mio. Euro pro Jahr (Die Linke)**

Ich wollte mir noch den Hinweis erlauben, in der 1. Veränderungsliste haben wir die voraussichtlich benötigten Mittel aufgenommen. Wir gehen nicht davon aus, dass wir jetzt noch zusätzliche Mittel brauchen, weil es eher ein Flächenproblem ist und weniger ein Finanzierungsproblem. Insofern würden wir es aus unserer Sicht als erledigt betrachten. Aber das mag man anders sehen.

**Stadträtin Dr. Leidig (GRÜNE):** Seit sechs Jahren gibt es das kommunale Wohnraumförderungsprogramm. KAI und KaWoF stehen uns hier zur Verfügung. Jetzt geht es um KaWoF. Damals hat ein großes Bündnis hier im Gemeinderat gesagt, wir müssen in den sozialen Wohnungsbau investieren, wir müssen das auch kommunal fördern, damit etwas voran geht, und auch Investoren dazu aufgefordert sind und wir verlockende Instrumente in der Hand haben, um diese dazu zu bewegen, in den sozialen Wohnungsbau zu investieren.



Damals haben wir 5 Mio. Euro jährlich eingestellt und haben dieses Prinzip auch in den Jahren der Haushaltskonsolidierung, also auch im vergangenen Doppelhaushalt beibehalten. Jetzt soll davon abgerückt werden. Sie haben bereits gesagt, dass Sie das für 2019 korrigiert haben. Aber in 2020 wollen Sie es beibehalten und über Verpflichtungsermächtigungen dann für die Folgejahre fortschreiben. Wir sehen darin schon auch einen Wandel, der sich für uns nicht nur darin begründen lässt, dass wir sagen, es liegt an den Flächen. Zum einen haben wir beispielsweise gerade darüber gesprochen, dass eine größere Fläche in Zukunft vielleicht erworben wird. Das ist das Eine. Das Andere ist, dass wir dieses Instrument – das haben wir immer kritisiert – nicht nur für die Volkswohnung geschaffen haben, sondern dass wir eigentlich auch davon ausgehen, dass wir nach wie vor Investoren, von denen gibt es einige, die hier in Karlsruhe bauen, damit gewinnen können, zumindest einen Teil der neu geschaffenen Wohnungen für den sozialen Wohnungsbau zu verwenden. Eigentlich müssten wir sagen, nach sechs Jahren müsste man die Summe preisbedingt schon wieder etwas erhöhen, und nicht sagen, wir geben uns mit den 3 Mio. Euro zufrieden. Wir geben uns nicht damit zufrieden. Deswegen ist es für uns auch nicht nur eine Sache von was verbrauchen wir. Wir wollen, dass diese Gelder verbraucht werden und tatsächlich in die Schaffung von sozialem Wohnungsbau gehen, und dass auch die Anstrengungen dahin gehen, Investoren zu gewinnen, die in diese Richtung mit uns zusammenarbeiten.

Deswegen wollen wir über diesen Antrag auch abstimmen lassen. Das erste Jahr ist erledigt, aber für das Jahr 2020.

**Stadtrat Pfannkuch (CDU):** Häufig ist in diesen zwei Tagen von Populismus die Rede gewesen. Dieser Antrag ist einer, der vor Populismus nur so trieft. Der Herr Oberbürgermeister, dem Sie jetzt auch scheinbar nicht mehr alles abnehmen, hat ganz klar erklärt, dass im Haushalt all das drin ist, was man nach Verwaltungsermessen in dieser Position erwarten darf. Sie träumen von dem größeren Bündnis, das damals für Wohnungsbauaufbruch gesorgt hat. Das war damals die sogenannte Mentrup-Mehrheit, nebenbei gesagt. Dieses größere Bündnis hatte die Idee, dass man mit diesem Programm unser Wohnraumproblem löst. Das tut es eben nicht. Das müssen Sie jetzt einmal zur Kenntnis nehmen. Wir müssen uns andere Dinge einfallen lassen. Vor ein paar Minuten ist genau die richtige Botschaft herübergekommen. Wir werden hoffentlich ein ordentliches Grundstück bekommen, mit dem wir uns einen Befreiungsschlag erlauben können. Aber das, was Sie sich unter einem Ziel vorstellen, ist nicht zu verwirklichen.

Ich will vielleicht noch eines zum Abschluss sagen: Alles, was über diese Zuschussförderung geht, wird zurzeit gemacht. Es gibt nichts mehr. Es ist auch nicht so, dass fehlendes Geld irgendeine Entwicklung bremst. Der Herr Oberbürgermeister wird es wahrscheinlich noch einmal bestätigen, dass das auch für das Jahr 2020 sichergestellt ist.

Zum Schluss, weil Sie meinen, es gibt noch private Investoren. Da laufen Sie bei der CDU offene Türen ein. Aber Tatsache ist, dass bisher von den vorhandenen Mitteln 90 % von der Volkswohnung abgerufen wurde und leider nur 10 % von den sogenannten Investoren. Das ist aber kein Problem, das die Stadt steuern kann.

**Stadtrat Pfalzgraf (SPD):** Ich kann in vielem beipflichten. Wir glauben als SPD-Fraktion auch, dass es uns nicht weiterhilft, wenn wir nur Geld draufsatteln und die Umstände drum herum, wo wir dieses Geld verwenden könnten, nicht haben, zumindest nicht in der

Form, wie wir es brauchen. Ich möchte daran erinnern, wir haben KaWoF und KAI beschlossen, da waren wir ziemlich stolz drauf. Wir haben es im letzten Jahr nochmals optimiert. Genau auf der Grundlage sollten wir weiterarbeiten. Die 90 % stimmen zwar, Gott sei Dank war die Volkswohnung Vorreiter, aber mittlerweile gibt es auch Anzeichen, dass private Investoren einsteigen, d. h., wir sind am Anfang eines sehr guten Weges. Da sollten wir genau auf der Ebene weiterarbeiten. Ganz wichtig ist, was der Herr Oberbürgermeister vorhin erfreulicherweise dargestellt hat, die 24 Mio. Euro für Landerwerb usw., dass wir – wie gesagt – die Region mit ins Boot nehmen, dass wir versuchen, mit großer Zusammenarbeit genau dieses KaWoF und KAI in eine Größenordnung zu bringen, ausbauen, damit wir sagen können, jetzt haben wir etwas geschafft. Wir sind noch am Anfang. Der Weg ist gut. Den müssen wir einhalten. Deshalb: Geld draufzusatteln allein hilft nichts. Die Voraussetzungen müssen stimmen. Daran müssen wir arbeiten.

**Stadtrat Høyem (FDP):** Wir lehnen auch diesen Antrag als populistisch ab. Aber ich wollte gerne zwei prinzipielle Bemerkungen machen. Die erste ist, im letzten Gemeinderat habe ich kritisiert, das meine ich noch, dass die Verwaltung automatisch in nahezu allen Stellungnahmen gesagt hat, mit unseren personellen Ressourcen können wir dieses oder jenes nicht. Ich habe im Gemeinderat an Sie, Herr Oberbürgermeister, und an die Bürgermeister generell, appelliert, dass so ein Satz für uns im Gemeinderat eigentlich eine Provokation ist. Wir wissen nicht, was wir tun sollen, wenn die Verwaltung immer und immer sagt, wir haben kein Personal. Zu diesem möchte ich hinzufügen, was ich früher gesagt habe, das ist nicht unsere Aufgabe. Es ist Ihre Aufgabe zu sagen, wie viele Stellen Sie brauchen. Ich habe niemals eine Haushaltsdebatte wie diese erlebt. Ich denke, es war provoziert von dieser automatischen Klage. Ich habe es Herrn Lenz, aber auch anderen gesagt. Es war wie bei einem Computer, ganz automatisch. Jede Antwort war: Wir haben zu wenig Personal. Wie reagieren wir dann? Wir tun etwas, was eigentlich nicht unsere Befugnis ist.

Jetzt bin ich in einer sehr guten Laune. Ich kritisiere nicht unsere Erste Bürgermeisterin. Aber Sie haben in Ihrer Rede gesagt, wir haben viel Geld in Karlsruhe. Wir sehen auch hier die 462 Anträge. Wir wissen, dass nächstes Jahr Wahl ist. Wir haben mehr Prinzipien als normal in dieser Debatte.

**Stadtrat Fostiropoulos (Die Linke):** Diesen ständigen Vorwurf von Populismus, wenn man eine Forderung stellt, finde ich unerträglich. Seit Jahren erkennen wir doch, dass wir ein Problem auf dem Wohnungsmarkt für bezahlbaren Wohnraum haben. Wir diskutieren ständig über Konzepte. Wenn die aber nicht aufgehen, da der Mangel nicht behoben ist, ist es doch richtig, dass wir Vorschläge machen. Es kommt von Ihnen, Kollege Pfannkuch, wir müssen mit anderen Methoden, mit anderen Idee kommen. Wir können doch nicht immer sagen, wir müssen etwas diskutieren. Wie gehen wir daran, das Problem zu lösen? Dann kommen jetzt ein paar kleinere Vorschläge, und schon werden die immer als populistisch abgetan, statt zu sagen, wir sehen das Problem, dann schauen wir einmal, ob wir nicht mit einem neuen Konzept das umsetzen können. Ohne Geld geht gar nichts. Das wissen wir. Es geht darum, Geld in die Hand zu nehmen und zu schauen, wo wir Grundstücke haben. Ob wir etwas höher bauen, verdichten oder auch mit dem Land reden wollen, das müssen wir alles tun. Aber wir diskutieren seit Jahren. Das Problem löst sich nicht, es verschärft sich. Deshalb bitte weg von diesen Populismusbegriffen. Natürlich haben wir nächste Jahr Kommunalwahl. Alle haben sich jetzt profiliert. Nach der Wahl will ich einmal sehen, wie viele anfangen, wieder zu kürzen. Dann wird sich zeigen, ob es populistisch

war, ob Sie dabei bleiben werden oder nach der Wahl anfangen, alles wieder zurückzudrehen, was Sie vor der Wahl in den Haushalt eingestellt haben.

**Der Vorsitzende:** Ich würde jetzt gerne die Emotionen wieder etwas herausnehmen. Sie haben uns mit KAI und KaWoF beauftragt, eine gewisse Quote einzuführen, so dass wir preisgünstigen Wohnraum schaffen und alle Investoren in der Innenstadt bzw. um die Innenstadt herum verpflichten. Das Ganze funktioniert, aber es läuft jetzt erst langsam an. Wir werden es über kurz oder lang schaffen, damit auch deutlich mehr Wohnungen mit Preisbindung zu schaffen, als uns auf der anderen Seite aus dem System herausfallen. Das ist ein Wendepunkt, den die meisten anderen Städte noch überhaupt nicht absehen können, dass sie ihn je erreichen. Wir dachten letztes Jahr, wir hätten ihn schon erreicht. Aber es ist jetzt nur noch eine Frage der Zeit.

Dafür haben Sie 5 Mio. Euro Mittel eingestellt, die in den letzten Jahren nie abgerufen wurden. Es waren immer nur 3 Mio. Euro oder zwischen 3 und 4 Mio. Euro. Wir trauen uns deswegen zu, Ihnen diese Reduzierung der Ansätze in den nächsten Jahren vorzuschlagen. Es ist aber damals schon, ich kann mich noch gut an die Debatte 2013 erinnern, gesagt worden, wenn wir am Ende mehr brauchen, werden wir doch nicht auf die Schaffung von preisgünstigem Wohnraum und eine entsprechende Bezuschussung verzichten, weil uns das Geld fehlt. Sondern dann kommen wir wieder auf Sie zu und sagen, wir brauchen jetzt in dem Jahr mehr Geld. Insofern, liebe Frau Stadträtin Dr. Leidig, wir weichen nicht vom Ziel ab. Wir lösen uns auch nicht aus dem, was wir hier mit großer Mehrheit beschlossen haben, sondern wir versuchen nur, den Haushalt dem anzupassen, was wirklich benötigt wird, weil wir uns mit Haushaltsresten wirklich herumschlagen. All das ist in der Strukturkommission wohl auch schon ausführlich dargestellt worden.

Das versteckt sich hinter diesem reduzierten Ansatz. Wenn Sie darüber hinaus noch konzeptionelle Vorschläge haben, wie wir die Anzahl der preiswerten gebundenen Wohnungen noch erhöhen können, dann müssen wir darüber reden. Im Moment reizen wir nach meiner Wahrnehmung alles aus, was auch in den anderen Städten üblich ist. Durch die gute Ausstattung unserer kommunalen Wohnraumförderung in Kombination mit der Verpflichtung, haben wir hier aber auch eine ganz hohe Akzeptanz bei den privaten Investoren. Das ist etwas, was in anderen Städten anders ist. Da müssen wir noch stärker versuchen, diese Akzeptanz zu nutzen. Aber wenn ich nicht die Flächen habe, um die Investoren an den Markt gehen zu lassen, dann habe ich auch nur begrenzte Möglichkeiten. Das steckt jetzt hinter dieser Thematik.

**Stadträtin Dr. Leidig (GRÜNE):** Populismus hin oder her, es ist uns ein wahnsinnig wichtiges Thema. Das ist letzten Endes nicht nur in den Zeitungen zu lesen, sondern auch allorts spürbar, auch hier in Karlsruhe, dass der soziale Frieden auch sehr stark davon abhängig ist, dass die Leute bezahlbaren Wohnraum finden. Hier in Karlsruhe ist mittlerweile die Preisentwicklung durch die Decke gegangen. Das ist wirklich eines der größten Probleme, denen wir uns im Moment gegenüber sehen. Deswegen ist es uns auch wichtig. Wenn Sie sagen, Sie sind ganz bei uns, dass es nicht am Geld scheitern darf und dass Sie auch bereit sind, auf uns zuzukommen, wenn es nötig ist, dann sind wir bereit, das so zu akzeptieren. Wir hoffen, dass Sie davon tatsächlich Gebrauch machen müssen. Denn das würde dann heißen, dass mehr Sozialwohnungen entstehen. Das ist einfach das, was wir uns wirklich wünschen, wofür wir auch bereit sind, sowohl Geld als auch Anstrengungen zu unternehmen.

**Der Vorsitzende:** Wir würden dann auf Sie zukommen. Die Zusage, dass es am Geld nicht scheitert, aber auch auf keinen Fall daran, dass wir nicht darüber gesprochen hätten, die kann ich Ihnen ganz locker geben, weil wir in der Sache völlig einer Meinung sind.

Würden sich die Linken dem auch anschließen? – Vielen Dank, dann können wir die beiden Anträge damit für heute als **erledigt** betrachten.

Wir kommen damit zum **THH 6300 Bauordnung**.

**Antrag Nr. 421 (S. 327): Bearbeitung von Verstößen gegen Landschaftsschutzverordnung – Stärkung des Bauordnungsamtes (GRÜNE)**

**Stadträtin Rastätter (GRÜNE):** Wir bekommen immer wieder Informationen, dass in Natur- und Landschaftsschutzgebieten Verstöße stattfinden. Diejenigen, die sich dann darum kümmern und das melden, teilen uns mit, dass es sehr lange geht, teilweise bis zu zwei Jahre, bis ein solcher Verstoß dann entweder, wenn es eine Veränderung ist, beseitigt wird, oder wenn Folgen stattfinden. Es gab vom Naturschutzbund einen Brief an den Herrn Oberbürgermeister und an das entsprechende Amt. Da wurde rückgemeldet – uns liegt der Briefwechsel vor -, dass es auch daran liegt, dass man aus Kapazitätsgründen erst wieder in eine Prioritätenliste gehen muss und dann nicht dazu kommt, rechtzeitig – das können wir daraus ableiten – diese Verstöße zu ahnden. Es ist aber sehr wichtig für den Schutz unserer Naturschutz- und Landschaftsschutzgebiete, dass sofort diejenigen, die Verstößen begehen, entsprechend ermahnt werden, dass die Ordnungswidrigkeit festgestellt wird. Da geht es nicht um irgendwelche Strafen, sondern es geht darum, dass wir präventiv arbeiten. Wenn die Menschen merken, sie können beispielsweise im Naturschutzgebiet keine Geschirrhütte einrichten, dann wird das auch dauerhaft unterbleiben. Deshalb ist unser Anliegen, dass Möglichkeiten gefunden werden. Wenn es aus Kapazitätsgründen nicht möglich ist, dann muss im Bauordnungsamt eine weitere Stelle geschaffen werden. Deshalb unser Antrag. Wir bitten, dass Sie sich dieses Anliegens annehmen.

**Der Vorsitzende:** Dann können wir gleich in die Abstimmung einsteigen. – Das ist ein **ablehnendes** Votum.

Wir werden es trotzdem entsprechend unserer Stellungnahme weiter prüfen und auch mit Ihnen noch diskutieren. Mir ist aber auch eines wichtig, das bezieht sich jetzt nicht nur auf die Verstöße gegen die Landschaftsschutzverordnung. Wir haben auch bei unseren Pachtverträgen oft Probleme, weil irgendjemand noch zusätzlich ein Gebäude hingebaut hat oder er pflegt noch weiter die Enten, die er von seinem Onkel übernommen hat und was wir da alles für Geschichten haben. Sie sind alle dafür, dass wir solche Fehlentwicklungen am Ende ahnden. Es gibt aber auch durchaus Kollegen und Kolleginnen hier im Raum, die mir einen Riesenstress machen, wenn es um einen guten Bekannten oder eine Familie aus dem eigenen Stadtteil geht. Wenn Sie uns diesen Stress vom Hals halten, können wir auch viel mehr ahnden und viel mehr klären. Das beschäftigt uns auch manchmal wochenlang.

Wir kommen damit zum **THH 6600 Tiefbau**.

Da möchte ich erst einmal auf der **S. 335** zur Veränderungsliste darauf hinweisen, dass wir Erträge zum Thema Stuttgarter Straße noch einmal verschoben haben. Es geht auch da

wieder um die Kommunalvermessung auf der **S. 339**, wie schon einmal besprochen. Auch für den Tunnel Kriegsstraße sind hier im Jahr 2023 entsprechende Erträge eingestellt.

**Antrag Nr. 422 (S. 344): Kreisverkehr L604/Theodor-Heuss-Allee (FDP)**

**Stadtrat Hock (FDP):** Entschuldigen Sie bitte, aber zum vorhergehenden, was Sie gerade gesagt haben, Herr Oberbürgermeister, möchte ich die Hand nicht ins Feuer legen, dass wir das hinbekommen.

Zu unserem Antrag: Die Amtsleiter Herr Kissel und seine Vorgänger haben dieses Problem der Theodor-Heuss-Allee Kreisverkehr alle schon auf dem Tisch gehabt. Alle haben es schon bearbeitet. Jedes Mal, wenn der Bürgerverein seine Veranstaltung hat, sagt er, jetzt wird gebaut, jetzt wird dort die Straße neu gebaut - - -

(Zurufe)

- Doch! Wenn man dort war und zugehört hat, dann wurde das so gesagt. Man hat gesagt, dass es im Zuge der Deckensanierung dann mit erfolgen könnte. Dann war ich völlig überrascht, weil ich gedacht habe, so weit sind wir noch lange nicht. Nichtsdestotrotz, dieses Haus hat dieses Anliegen schon über Jahre mitverfolgt. Und immer, wenn ich das richtig nachgeschaut habe, positiv bewertet. Jetzt sind wir an einem Punkt, dass es scheinbar durch einen Einspruch noch einmal zurückversetzt und jetzt neu aufgelegt wurde. Aber, so wie man mir mitgeteilt hat, sind wir jetzt auf einem guten Weg. Ich glaube und hoffe, dass wir jetzt irgendwann in diesem Zusammenhang dieses Problem an dieser Stelle lösen können. Denn wenn man dort unterwegs ist und sieht, was in morgendlichen Stunden und am Abend abläuft, dann muss man ganz ehrlich sagen, es ist unverantwortlich, dass wir in dieser Stadt dieses Problem nicht lösen. Wir werden es lösen. Da bin ich dankbar dafür. Ich anerkenne die Antwort. Deshalb wird meine Fraktion jetzt auf Abstimmung bestehen. Wir wollten aber auf jeden Fall noch einmal sensibilisieren, dass dieses Problem noch nicht gelöst ist. Ich hoffe, dass wir hier im Haus alle an einem Strang ziehen. Dann sind wir damit auch gerne zufrieden.

**Stadtrat Ehlgötz (CDU):** Lieber Herr Kollege Hock, ganz so ist es nicht, wie Sie eben diese Sache dargestellt haben. Wir brauchen dort einen Kreisverkehr. Da war sich dieses Haus einig. Ich bin auch der Meinung. Da waren Sie noch nicht im Gemeinderat, da war es auch Thema im Bauausschuss. Wir hatten es schon auf der Vergabe. Dann kamen Einsprüche von einem Anwohner. Die Ansprüche kamen auch vom Bürgerverein. Auch das muss man fairerweise dazu sagen. Damit wurde das Projekt gestoppt. Ich würde jetzt folgenden Vorschlag machen, um diese Diskussion auch nicht zu verlängern. Die CDU steht für diesen Kreisverkehr. Er ist notwendig. Vielleicht kann man es noch einmal im Bauausschuss in den nächsten Sitzungen behandeln, damit man einmal einen aktuellen Stand erfährt, weil das bringt heute Nachmittag hier nichts.

**Stadtrat Zeh (SPD):** Wir stehen auch zu dem Kreisverkehr. Rechtlich war er immer eine gewisse Hemmschwelle. Für die Äußerung eines Bürgervereins können wir nichts. Jeder Bürgerverein kann „schwätze“, was er will. Aber wenn es planungsreif ist, sind wir auch für die Umsetzung. Ich bin froh, dass Sie nicht darüber abstimmen lassen. Denn abstimmungsreif ist der Betrag derzeit noch nicht. Aber hinter dem Projekt steht die SPD-Fraktion.

**Der Vorsitzende:** Dann möchte ich darauf hinweisen, dass wir über die 1. Veränderungsliste nochmals Zahlen korrigiert haben bezüglich der Erschließungsmaßnahmen, der Gemeindestraßen, des Jahresansatzes Straßengrün, zur Infrastruktur Wildpark, zum Sanierungsgebiet Mühlburg, zur Brücke über den Pfinzentlastungskanal und zum Thema Umzug des Kulturamtes.

**Antrag Nr. 423 (S. 385): Gartenbau - Bäume in städtischen Anlagen am Leben erhalten (AfD)**

**Stadtrat Dr. Schmidt (AfD):** Die Kollegen, die wie ich in den entsprechenden Ausschüssen waren, haben leider gegen Ende des Sommers zur Kenntnis nehmen müssen und auch schon während des Sommers, dass immer wieder von Seiten der Stadtverwaltung darauf verwiesen wurde, dass bei der anhaltenden Trockenheit ein Teil der Bäume in dieser Stadt sterben wird, weil nicht genügend Leute zur Verfügung stehen, weil nicht alle Bäume, die es nötig hätten, gewässert werden können.

Zum anderen haben wir die Problematik, dass die Pflanzung der Bäume meist als Packet vergeben wird. Es steht auch in der städtischen Antwort noch einmal so drin. Als Packet mit Bewässerung in den ersten drei Jahren, d. h., das Risiko, dass die jungen Bäume nicht genügend Wasser bekommen, wird auf den Auftragnehmer geschoben. Ich habe leider selbst schon mitbekommen müssen, was dann nachher passiert. Da werden die Bäume gepflanzt von den beauftragten Unternehmen. Dann geht dieses Unternehmen – zumindest war das meine Wahrnehmung – das Risiko ein, dass die Bäume vertrocknen, weil es offensichtlich teurer ist, die Bäume zu gießen und nach ihnen zu schauen, als sie einfach sich selbst zu überlassen. Wenn sie eben vertrocknen, müssen sie wieder ersetzt werden. Das ist natürlich keine schöne Sache, vor allem, wenn man das dann als Anwohner mit ansehen muss. Ich bin dann – da hätte ich auch schon früher drauf kommen können – dazu übergegangen, die Bäume in der städtischen Anlage in der Nähe meines Gartens selbst zu wässern. Aber das ist nicht das, was jeder in dieser Stadt macht. Es ist auch kein Problem, was bei mir in der Gegend auftritt, sondern überall.

Deswegen haben wir diesen Antrag gestellt, dass man zusätzliche Mittel bereitstellt, um die Bäume, die man gerade erst gepflanzt hat, zu gießen, so lange, bis sie größer geworden sind und die Wurzeln größer sind und die Fähigkeit bei diesen Bäumen besteht, sich selbst bei Trockenheit mit dem nötigen Wasser zu versorgen. In der Antwort der Verwaltung wird das Ganze aufgegriffen. Es wird dazu gesagt, dass durch Umschichtung die erforderlichen Haushaltsmittel bereitgestellt werden. Vielleicht hätten wir eine extra Stelle beantragen sollen dafür. Das haben wir uns nicht getraut. Ich nehme das jetzt einmal so hin als Zusage, dass man sich des Problems bewusst ist und dass man versuchen wird, das in Zukunft irgendwie zu lösen. Wir wären gerne bereit, an der Stelle weiterzumachen, wenn es erforderlich wird, einfach deswegen, weil es nicht nur keine schöne Sache ist, diesen Bäumen beim Vertrocknen zuzuschauen, sondern weil es auch etwas ist, was in der Stadt ein schlechtes Bild abgibt und was auch für viele Anwohner nicht leicht zu ertragen ist.

**Der Vorsitzende:** Sie **verzichten auf die Abstimmung**. Wir kommen in der Sache dann gegebenenfalls auf den Gemeinderat zu.

**Antrag Nr. 424 (S. 385): Öffentlichkeitsarbeit für Biodiversität im Gartenbauamt (GRÜNE)**

**Stadträtin Rastätter (GRÜNE):** Ich möchte auch noch gleichzeitig die Begründung für Antrag Nr. 427 vortragen, weil die beiden Anträge zusammenhängen. Das eine ist Biodiversität Öffentlichkeitsarbeit. Da geht es nicht nur um die gelegentliche Bekanntgaben oder Pressemitteilungen, sondern es geht um ein Öffentlichkeitsmanagement, in dem dargestellt wird, beispielsweise durch Sonderausstellungen im Botanischen Garten, im Stadtpark, wie Symbiosen von Bestäuberinsekten mit Pflanzen erfolgen, im öffentlichen Grün auch einmal Plakate, die aufgehängt und dargestellt werden, Anzeigetafeln und auch Informationsveranstaltungen für Bürgerinnen und Bürger, damit diese komplexen Zusammenhänge auch stärker ins Bewusstsein der Menschen drängen, dass alles miteinander vernetzt ist. Dazu hat das Gartenbauamt ein Konzept gemacht, das aber nach Aussage hier, nach den Informationen, die wir bekommen haben, nicht ausreicht. Das ist das Eine.

Das Zweite ist das bürgerschaftliche Engagement für die Stadtbäume und Grünflächen. Jetzt in diesem heißen Sommer – damit komme ich auch auf das Thema, das Herr Dr. Schmidt gerade vorgetragen hat – gab es viele Menschen, die entsetzt waren, dass schon in den Medien berichtet wurde, wie die Stadtbäume, besonders die jungen, mangels Wasser am Absterben waren oder frühzeitig ihr Laub abgeworfen haben. Viele haben gesagt, wieso gibt es kein Konzept, dass Menschen stärker in den Schutz der rund 137.000 Stadtbäume, die wir haben und die uns allen am Herzen liegen, eingebunden werden. Auch da gibt es ein Konzept zur Pflege der Baumscheiben, dann auch zur Bepflanzung, das auch Biodiversitätsaspekte berücksichtigt, oder auch Gießen im Sommer. Damit sollen aber mehr Verbindlichkeiten geschaffen werden, Verbindlichkeiten, in denen Partnerschaftskonzepte und ein Netzwerk geschaffen wird. Deshalb bitten wir zum einen um 10.000 Euro zusätzlich für diese spezielle Form der Öffentlichkeitsarbeit und zum anderen um eine halbe Stelle, die dann dieses Netzwerk derjenigen, die sich engagieren und damit zum Schutz der Bäume beitragen wollen, errichten kann. Das wäre schön, wenn diese beiden Anträge genehmigt werden könnten.

**Der Vorsitzende:** Ich habe keine weiteren Wortmeldungen. Dann rufe ich den Antrag Nr. 424 zur Abstimmung auf. Da geht es um die Öffentlichkeitsarbeit. – Das ist ein **ablehnendes** Votum.

**Antrag Nr. 427 (S. 385): Bürgerschaftliches Engagement für Stadtbäume und Grünflächen – Stärkung des Gartenbauamtes (GRÜNE)**

Sie haben schon zum Antrag Nr. 427 gesprochen. Da geht es um das bürgerschaftliche Engagement, Stärkung des Gartenbauamtes und Stellenschaffung. Dann würde ich das gleich hinterher aufrufen. Gibt es dazu von Ihnen Wortmeldungen?

**Stadtrat Dr. Schmidt (AfD):** Bei der Gelegenheit wollte ich noch anmerken, dass wir in Grünwinkel am Samstag eine Pflanzungsaktion hatten mit der Grundschule zusammen. Es waren einige da. Da hat man dann gemerkt, wie wichtig es ist, solche Dinge zu machen. Denn es waren sehr viele Kinder mit ihren Eltern da. Ich glaube, das ist eine sinnvolle Sache, um bei den Kindern und ihren Eltern zu zeigen, dass es mit dem Grün in der Stadt nicht selbstverständlich ist, dass da jede Menge Arbeit drin steckt und dass es letztendlich

ein gemeinsames Anliegen der Bürger dieser Stadt sein muss, das Grün in ihrer Stadt zu pflegen. Deswegen begrüße ich den Antrag und unterstütze ihn.

**Stadträtin Fischer (SPD):** Für uns ist der Antrag noch nicht abstimmungsreif. Wir können dem Vorschlag der Verwaltung folgen, dass es erst noch einmal organisatorisch geprüft werden muss. Grundsätzlich ist das alles zu befürworten. Aber ich denke, da kann auch sehr viel schon mit bürgerschaftlichem Engagement geleistet werden, ohne dass man jetzt ein Konzept hat. Aber uns wäre es sehr wichtig, das erst einmal organisatorisch zu prüfen.

**Der Vorsitzende:** Wir kommen damit zur Abstimmung. Wir sind bei Antrag Nr. 427, der Antrag der GRÜNEN, Stellenschaffung von einer halben Stelle beim Gartenbauamt. – Das ist ein **ablehnendes** Votum.

Ich springe jetzt zurück auf die beiden

**Antrag Nr. 425 (S. 385): Wiederaufbau des Ludwigsbrunnens auf dem Marktplatz (CDU)**

**Antrag Nr. 426 (S. 385): Ludwigsbrunnen – historische Gestaltung bei Wiederaufbau auf dem Marktplatz beachten (KULT)**

Begehrt werden 75.000 Euro im Jahr 2020. – Das hat sich erledigt aus Sicht der CDU.

**Stadtrat Cramer (KULT):** Besonders liebe Kolleginnen und Kollegen von der CDU, für unsere Fraktion hat sich das nicht erledigt. Denn was uns wichtig ist mit unserem Antrag, dafür braucht man zusätzliches Geld. Alles andere, was in der Antwort der Verwaltung gesagt wird, was wieder aufgebaut wird, das ist im Haushalt drin. Dafür hätten wir kein zusätzliches Geld beantragen brauchen. Für uns ist entscheidend – ich zitiere aus der Antwort: Die Wiederherstellung der historisch vorhandenen Sandsteinpoller und der Eisenketten ist bislang nicht vorgesehen. Das wünschen wir uns. Dafür braucht man Geld. Der letzte Satz heißt: Ebenso ist nicht vorgesehen, die Repliken aus Expositidharz zu ersetzen. Das hätte für uns die absolute Priorität, dass man nicht dieses Kunstharz einbaut, sondern dass man das aus Sandstein nachgestaltet, dass es wieder ordentlich für die nächsten 50 – 100 Jahre dort steht. Von daher halten wir unseren Antrag aufrecht, dafür 75.000 Euro einzustellen.

**Der Vorsitzende:** Ich habe jetzt das Problem, Herr Stadtrat Cramer, wenn das hier abgelehnt wird, hat man im Grunde damit Ausgestaltungsmerkmale abgelehnt, die Sie uns vielleicht aber ins Auftragsbuch schreiben wollen. Dann müssen wir auch schauen, wie wir die finanziert bekommen. Ich würde Ihnen deswegen vorschlagen, dass wir darauf verzichten. Ich sage Ihnen aber zu, dass im entsprechenden Fachausschuss genau diese Dinge noch einmal zur Abstimmung stehen. Wenn Sie uns damit beauftragen, werden wir auch das Geld auftreiben. Da brauchen wir das jetzt nicht extra einstellen.

Vielen Dank – Anträge **erledigt**, keine Abstimmung.

**Antrag Nr. 428 (S. 386): Lichterfest – jährliche Durchführung (KULT)**

**Stadtrat Wohlfeil (KULT):** Ich denke, Sie alle kennen das Lichterfest, das in unserem Stadtgarten alle zwei Jahre stattfindet. Wenn es jemand noch nicht kennt, empfehle ich



dringend, sich es einmal anzuschauen. Denn es ist eine großartige Veranstaltung, die jeden zweiten Sommer das Leben unserer Stadt kulturell bereichert. Es wird wirklich gut angenommen von der Bevölkerung aus Karlsruhe, aber auch aus dem Umland. Aufgrund dieser großen Annahme – da ist es brechend voll – sind wir der Meinung, das Lichterfest soll wieder jährlich stattfinden, wie es früher der Fall war. Bei der Antwort der Verwaltung werde ich aus einigen Punkten nicht ganz schlau. Die Antwort der Verwaltung führt aus, dass es noch weitere Kosten gibt außer den 130.000 Euro, nämlich den Personalbedarf. Das ist uns auch völlig klar. Aber ich habe jetzt noch nicht gehört, dass es im Gartenbauamt im zweijährlichen Rhythmus einen großen Übertrag an Überstunden gibt, vom Jahr mit Lichterfest zum Jahr ohne Lichterfest, oder dass von jedem Jahr ein Berg Arbeit in das andere Jahr hinüberschoben wird. Von daher kann ich nicht ganz nachvollziehen, warum es in dem einen Jahr mit Lichterfest möglich sein sollte, aber wenn man dann im anderen Jahr auch noch das Lichterfest hat, dass es dann nicht geht. Und wenn, dann denke ich, dass es entsprechend lösbar wäre mit einer Aufstockung bei den Stellen mit mehr Personal. Beim Lichterfest kommt auch einiges an Geld wieder herein. Da hat die Stadt auch einiges an Einnahmen, weil es so gut nachgefragt wird. Auch da würde sich das durchaus tragen und finanzieren. Von daher plädieren wir noch einmal eindringlich dafür. Wir denken, dass unser Antrag ein gutes Anliegen ist und hoffen auf die Zustimmung des Hauses.

**Stadtrat Hofmann (CDU):** Ich denke, hierüber können wir heute gar nicht abstimmen. Im Aufsichtsrat KME wurde uns mitgeteilt, dass sowieso gerade die Konzeption des Lichterfestes überdacht wird. Es heißt, dass es einen Unfall gab mit den verschiedenen Beleuchtungselementen. Deswegen bitten wir, das noch einmal entsprechend zu beraten und anhand dessen dann festlegen, in welchem Rhythmus wir das machen. Das Lichterfest ist beliebt, das ist klar. Aber wir müssen mit diesen Dingen jetzt erst einmal umgehen. Das sollte uns noch einmal vorgestellt werden. Von daher können wir heute keine Festlegung treffen.

**Stadtrat Kalmbach (FÜR Karlsruhe):** Wir haben einen Zyklus alle vier Jahre. Dann haben wir eine Haushaltsstabilisierung. Dann geht es uns wieder gut. Dann expandieren wir. So nehmen wir das Lichterfest zum Spielball unserer Tätigkeit. Insofern schlage ich vor, wir belassen den Rhythmus, der sich so eingepägt hat, und werfen das nicht ständig um.

**Der Vorsitzende:** Ich bringe das jetzt zur Abstimmung.

**Stadtrat Wohlfel (KULT):** Ich möchte noch kurz auf Herrn Kollege Hofmann antworten, dass unseres Wissens die Probleme beim Lichterfest von der Durchführung dieses Jahr vor allem technischer Natur sind, dass sich die lösen ließen mit entsprechendem Invest in neue Technik, weil da einfach Anlagen veraltet sind und es dadurch Risiken gibt. Aber das würde sich aus unserer Sicht mit neuer Technik lösen lassen. Aus unserer Sicht ist das nichts, was allgemein das Lichterfest in Frage stellt, dass es weiterhin durchgeführt wird. Ob man es zweijährlich oder jährlich weitermacht, muss man so oder so das Problem angehen.

**Stadtrat Hock (FDP):** Wenn hier aus der KME gesprochen wird, ganz öffentlich, und schon Sachen genannt werden, dann muss man sich natürlich schon dazu melden. Es ist klar, der Antrag der KULT würde unsere Unterstützung haben. Was noch dazu kommt, die Überlegung einer Investition in eine neue Anlage, neue Beleuchtung usw. wird meine Fraktion auch mitgehen, nur um das gleich zu sagen. Wir sind auf keinen Fall dafür, dass das

Lichterfest – vielleicht angedacht – einmal eingestellt werden soll. Da sind wir auf jeden Fall strikt dagegen.

**Der Vorsitzende:** Wir haben im Moment das Lichterfest alle zwei Jahre. Wir müssen einige technische Probleme lösen. Die werden eventuell mit Investitionen verbunden sein. Trotzdem können Sie natürlich heute entscheiden, dass Sie es jedes Jahr machen wollen. Dann brauchen wir natürlich den Sonderbeitrag auf jedes Jahr, den wir im Moment nur alle zwei Jahre haben. Dass dann noch andere Kosten hintendran hängen aus dem laufenden Betrieb der Verwaltung usw., das haben wir jetzt nicht beziffert. Insofern können wir auch nicht erwarten, dass Sie das hier beantragen. Das ist dann unser Job, mit Ihnen darüber zu reden, wie wir das machen. Insofern würde ich jetzt gerne einfach unabhängig aller technischen Probleme darüber abstimmen, ob wir es alle zwei Jahre oder jährlich machen sollen. Alles andere müssen wir dann, da bin ich bei Ihnen, Herr Hofmann, sowieso erst einmal über den Aufsichtsrat klären. Welche Lösung am Ende da ist, ist völlig spekulativ.

Deswegen stelle ich jetzt den Antrag Nr. 428, jährliche Durchführung des Lichterfestes, verbunden mit den entsprechenden Mittel von 130.000 Euro, die im Moment alle zwei Jahre nicht drin stehen, zur Abstimmung. – Das ist ein **ablehnendes** Votum.

#### **Antrag Nr. 29 (S. 150): Bienen retten mit künstlicher Intelligenz (SPD)**

Jetzt muss ich Sie noch einmal bitten, etwas zurückzublättern. Gestern hatte die SPD darum gebeten, den Antrag Nr. 29, da geht es um künstliche Intelligenz und Bienen an dieses Stelle in den Haushalt einzufügen, weil es sich hier um das Thema Biodiversität handelt.

**Stadtrat Hermanns (SPD):** Ich glaube, ich kann für alle sprechen, wenn wir sagen, die Bienen liegen uns allen am Herzen. Seit zwei Jahren machen wir einen Antrag nach dem anderen. Aber eine Grundlage, wie tatsächlich der Zustand hier bei uns in der Gemarkung Karlsruhe ist, haben wir. Wir haben unterschiedliche Analysen von unterschiedlichen Studien, Varroamilben, Pestizide etc. Aber wir haben keine belastbare Grundlage, auf der wir aufbauen können und sagen, bei uns in Karlsruhe haben wir die und die Situation, aufgrund dieser oder dieser Situation können wir passgenau Maßnahmen ergreifen, um den Bienen zu helfen.

Wir haben eine Lösung. Es gibt seit einem halben Jahr ein Unternehmen in Karlsruhe, es nennt sich apic.ai. Die haben etwas entwickelt. Die haben eine Art Kamera entwickelt, mit der sie in jeden Bienenstock hinein kommen. Von jeder Biene, die herein kommt, wird ein Foto gemacht. Dadurch kann über das Foto mit künstlicher Intelligenz mit neuronalen Netzen eine Analyse gemacht werden, wie ist der Gesundheitszustand der Bienen, welche Pollen sind in der Umgebung. Daraus kann man eine Ableitung machen, wie die Biodiversität

...

(Zuruf **Stadtrat Ehlgötz/CDU**)

- Das bekommen wir hin! Guter Punkt.

... im Umkreis von 2 km ist. Wenn die Bienen nicht kommen, kann man daraus eine Ableitung machen, dass sie zu wenig Essen bekommen. Bienen sind Vielfresser. Also kann man einen Rückschluss darauf machen, dass auch andere Insekten und Wildbienen betroffen

sind. Dann kann man hinausgehen und schauen, was ist da los, um es noch einmal spezifischer zu überprüfen. Genauso wird es beim Einsatz von Pestiziden etc. sein.

Sprich, wir haben hier die Möglichkeit, mit einem einmaligen Investment für uns eine interaktive Datenbank und Map aufzubauen, die es uns ermöglicht, flächendeckend Informationen darüber zu bekommen, wie die Biodiversität aussieht und gleichzeitig, wie der Gesundheitszustand bei unseren Bienen am Standort Karlsruhe ist. Die Ableitung dessen ist genial. Denn wir können hier eine Win-win-win-win-Situation machen. Wir bekommen eine Datenbank für uns als Karlsruher - wir geben 90.000 Euro einmalig, das kostet die Einführung -, womit wir überall den Zustand hinbekommen, wie bei uns die Biodiversität aussieht, womit wir passgenau loslegen können. Die Imker bekommen Informationen darüber, wie der Gesundheitszustand der Bienen ist. Der Bürger bekommt Informationen darüber, was er aktiv machen kann im Umkreis dieser Analysen, sprich, auch welche Pflanzen er selbst pflanzen kann. Auch wiederum kann man dadurch wunderschöne Marketingaktivitäten machen, um den Bürger miteinzubinden. Jetzt kommt noch etwas: Wir haben vorhin über Trockenheit gesprochen. Das Tolle ist, mit diesem System kann man auch Vorhersagen vier bis fünf Wochen in die Zukunft machen, wo man sagen kann, wie sich in dieser Zeit die Pflanzen weiterentwickeln werden, so dass wir dann Löschtrupps dort hinschicken können, wo wir bei Trockenheit bewässern. Wir haben hier viele Möglichkeiten, die wir mit einem einmaligen Invest aufbauen können und dann noch einmal für 30.000 Euro im nächsten Jahr die Implementierung und Betreuung.

Was ist das? Die nächste Win-win-Situation. Wir können uns damit wieder als Motor der Digitalisierung positionieren. Wir verknüpfen intelligente Technologie mit einem nachhaltigen Beitrag für unsere Gesellschaft und können damit unserem Ruf wieder gerecht werden. Weil jetzt natürlich Sie alle nicht genau wissen, was das ist, und ob Sie das auch glauben können, hätte ich einen Vorschlag zur Güte. Wir machen einen Sperrvermerk, dass das noch einmal im Ausschuss für Umwelt und Gesundheit vorgetragen wird, damit Sie sich selbst davon in Kenntnis setzen können, was das für eine tolle Idee ist und was das auch für ein tolles Team ist. Sie hat mit den Imkern gesprochen, sie ist eine Imkerin in der dritten Generation. Sie hat sich mit dem Naturkundemuseum unterhalten. Denn man muss wissen, das Naturkundemuseum macht momentan ein wissenschaftliches Programm in 53 Flächen. Da gehen die mit dem Kescher hin und holen die Pflanzen ein.

Also, nicht lange herumreden, ich bitte Sie um Unterstützung, weil ich glaube, wir können hier einen sehr intelligenten Beitrag für unsere Biodiversität und unsere Bienen leisten.

**Stadtrat Maier (CDU):** Umweltschutz ist das Langzeit-, das Zukunftsthema. Wir haben es hier im Hause in den letzten zwei Tagen des Öftern schon gehört. Karlsruhe ist bereits mehr als gut aufgestellt von Seiten des Amtes wie auch im bürgerschaftlichen Engagement. In der öffentlichen Wahrnehmung jedoch gewinnt man zunehmend den Eindruck, als ob man durch rückwärtsgewandte Initiativen wie das Herbeischreien eines Dieselfahrverbots, wie es eine im Übrigen ziemlich unlegitimierte deutsche Umwelthilfe betreibt, weiterkommen würde. Einen solchen Eindruck könnte man auch – Sie bestätigen mich gerade wieder – bei der Diskussion hier im Hause manchmal gewinnen. Von daher scheint uns der vorliegende Antrag beim zweiten Hinschauen herzerfrischend modern und zukunftsgerichtet und vor allem sehr spannend zu sein. Zugegebenermaßen, das hat der Kollege Hermanns ausgeführt, ist die Begründung im Antrag noch relativ dünn, was aber sicherlich durch einen Sperrvermerk, zeitnahe ausführliche Vorstellungen im Ausschuss und einen

Ausblick, ob sich so etwas nach einer Evaluierung dann im Zweifel irgendwann einmal selbst tragen könnte, geheilt werden könnte. Wir nennen uns immer gerne die Hauptstadt der TechnologieRegion. Um dem auch weiter gerecht zu werden und neue Wege zu gehen, wollen wir diesem modernen, intelligenten Umweltschutz eine Chance geben. Wir würden uns freuen, zukünftig als Heimat der Cyberbienen wahrgenommen zu werden. Wir werden zustimmen.

**Stadträtin Rastätter (GRÜNE):** Ich spüre hier die Begeisterung des Gemeinderates für diesen Bienenüberwachungsstaat bzw. die vielen kleinen Bienenüberwachungsstaaten auf Karlsruher Gemarkung. Das ist ein interessanter Ansatz. Aber es gibt zwei Gründe, weshalb wir ihm heute nicht zustimmen können.

(Unruhe, Zurufe)

Es ist ein Pilotprojekt. Diese Versprechen, die jetzt gemacht wurden, werden zunächst einmal in einzelnen kleinen Pilotprojekten erprobt. Es ist ein Startup, d. h., sie haben jetzt dieses Versprechen gemacht. Wir müssen zu allererst einmal prüfen, ob dieses auch eingehalten wird. Das ist ein Aspekt.

Der zweite Aspekt ist aber viel bedeutsamer. Der zweite Aspekt ist, dass es vor allem ein Projekt ist für die Imkerei. Imkern ist ein Lifestyle-Projekt geworden in den Kommunen. Wir haben aus wissenschaftlicher Sicht inzwischen auch die Zusammenhänge, den Erkenntnisgewinn, dass die Biene, die unspezifische Futteraufnahmen nimmt, auch eine Gefährdung darstellt für die vielen Wildbienenarten, die wir haben, die Schmetterlinge usw. Denn wir haben über 560 Wildbienenarten. Das sind keine Honigbienen. Hier geht es nur um die Honigbiene in diesem Fall. Wir haben 560 Wildbienenarten, von denen 31 auf der roten Liste beim Aussterben sich befinden. 191 sind stark gefährdet und weitere 200 sind gefährdet, d. h., durch diesen Ansatz, speziell die Honigbiene in den Blick zu nehmen, was wiederum mit dem Schutz der Biodiversität nichts zu tun hat, sondern ein Haustier ist und ein Wirtschaftsfaktor darstellt - es ist faktisch so, Sie müssen sich mit dem Thema intensiver befassen – müssen wir zunächst einmal klären, ob ein solches Modell kompatibel ist mit dem wissenschaftlichen Anspruch der Biodiversität.

Drittens möchte ich erwähnen, dass das Land Baden-Württemberg, sprich: die grün-rote Landesregierung 36 Mio. Euro einstellt für Monitoring und auch das Naturkundemuseum Monitoring durchführt, speziell mit den Wildbienenarten.

Abschließend möchte ich auch noch sagen, wir haben jetzt die Priorität. Da hätten Sie genügend Gelegenheit gehabt, Herr Hermanns, auch dem Antrag Biodiversität Streuobstwiesen zuzustimmen. Wir wollen in Maßnahmen gehen und nicht 130.000 Euro für ein Projekt ausgeben, von dem wir nicht wissen, welchen Erfolg es in Zukunft bringt. Deshalb setzen wir auf Maßnahmen und vorläufig nicht auf dieses Modell.

**Stadtrat Höyem (FDP):** Über Klimaschutz wird geredet und geredet, viele Worte. Über Umweltschutz wird geredet und geredet, viele Worte, immer vor einem ideologischen Hintergrund. Am Ende geht es – wie wir gerade von Frau Kollegin Rastätter gehört haben – in eine Art Studienzirkel, den wir bei der Volkshochschule weiter diskutieren können. Hier haben wir dann eine echte, reelle, moderne Technologie, die wir prüfen können, ein Star-

tup. Das ist eine sehr gute Idee. Das unterstützen wir gern. Denn Klimaschutz, Naturschutz sind nicht ideologische Worte sondern moderne Technologie.

**Der Vorsitzende:** Es ist noch eine Diskussion eventuell im Fachausschuss angekündigt. Ich will nur darauf hinweisen.

**Stadtrat Hermanns (SPD):** Ich möchte noch eines ergänzen. In der Antwort der Verwaltung wurde noch ausgeführt, dass es ausschreibungstechnische Fragestellungen gibt. Zum einen, es gibt nur diese eine Firma in Deutschland, die das kann. Das wäre ausschreibungstechnisch einfach. Oder, alternativ, man kann es auch zusammen mit dem FZI machen, weil der eine Gründer am FZI angestellt ist. Dann könnte man mit dem FZI gemeinsam hier ein Forschungsprojekt machen.

Noch eine Bemerkung, an Sie, Frau Rastätter: Zwei Universitäten, die im Bereich Bienen forschen, sind höchst daran interessiert, mit diesem Startup gemeinsam zu forschen, weil wir diesen Ansatz auch in Bezug auf Biodiversität und allgemein für Bienenschutz für äußerst attraktiv und interessant halten.

**Stadtrat Dr. Schmidt (AfD):** Vielen Dank, Herr Hermanns, für diesen letzten Beitrag. Heißt das, wir brauchen das Geld gar nicht ausgeben? Wir bekommen es umsonst vom FZI. Oder wie ist das jetzt gedacht? Ich finde das Projekt gut. Aber ich finde es auch im ersten Moment ziemlich teuer. Wahrscheinlich ist es relativ gesehen billig, aber für uns als Stadt ist es teuer. Das meine ich damit.

**Der Vorsitzende:** Nach aktuellem Kenntnisstand brauchen sie 90.000 Euro im ersten und 30.000 Euro im zweiten Jahr. Es ist sicher hilfreich zu schauen, ob man an dieses Programm des Landes herankommt, oder was auch immer. Aber das kann im Moment niemand versprechen. Deswegen müssen wir diese Beträge hier eintragen. Die ganze Ausschreibungsgeschichte müssen wir dann lösen. Ich weiß nicht, ob es so einfach ist, wie hier dargestellt. Aber das macht erst Sinn, wenn Sie das Geld eingestellt haben. Es werden auch keine neuen Bienenstöcke geschaffen. Es geht auch nicht nur um die Überwachung der Bienen, sondern Sie haben Rückschlüsse aus dem, was die Bienen beischaffen, über das, was im Umkreis von zwei Kilometern stattfindet. Das heißt, es ist eine Art Monitoringprogramm für die Umgebung von zwei Kilometern.

Jetzt war der Vorschlag, das mit einem Sperrvermerk zu versehen, es dann noch einmal in den Fachausschuss zu nehmen. Das nehme ich jetzt in den Antrag mit auf und stelle ihn jetzt zur Abstimmung. – Es gibt eine **Mehrheit**.

**Antrag Nr. 429 und 430 (S. 385): Nachhaltige Pflege öffentlicher Grünflächen zur Förderung der Biodiversität (SPD)**

**Antrag Nr. 431 und 432 (S. 385): Ausweitung der ein- bis zweimaligen Wiesenmahd mit Abfuhr des Mähguts (GRÜNE)**

**Antrag Nr. 433 und 434 (S. 385): Pflege der städtischen Grünflächen und Schutz der Biodiversität: Optimierung der Mahd nach Variante B (KULT)**

**Antrag Nr. 435 (S. 385): Mahd auf öffentlichen Grünflächen (FÜR Karlsruhe)**

**Antrag Nr. 436 S. 386): Mittel für insektenfreundlichere Grünflächenpflege (Bürger/Einwohner)**

**Stadtrat Dr. Fehler (SPD):** Das Thema Biodiversität liegt uns allen am Herzen. Das hat die vorausgegangene Diskussion gezeigt. Nichtsdestotrotz habe ich den Eindruck, wir treten mittlerweile in einen Wettstreit um die besten Ideen in dieser Thematik. Es gibt viele guten Ideen. Aber letztendlich geht es um ein Gesamtkonzept. Ich sehe das primär erst einmal als politischen Handlungsauftrag an die Verwaltung, dieses Konzept, diese Aufgabe weiter zu verfolgen und uns auf diesem Weg zu unterstützen.

Grundsätzlich eine gute Idee – das bürgerschaftliche Engagement wurde vorhin angesprochen – aber man sollte vielleicht auch den Blick auf die Realitäten haben. Die Bereitschaft, sei es, Streuobstwiesen zu pflegen, sei es, Bäume zu gießen oder in sonstiger Weise sich ehrenamtlich zu engagieren, hält sich letztendlich in Grenzen. Man kann durch Informationskampagnen sicherlich einiges dazu beitragen. Aber auch das wird nicht die eierlegende Wollmilchsau sein.

Zu dem konkreten Antrag Biodiversität. Es gab einen sehr eindrücklichen Vortrag im Ausschuss für Umwelt und Gesundheit hinsichtlich des Themas Mahd, des Themas Bienensterben, was letztendlich viele Anträge hier im Haus aufgegriffen haben. Von daher würden wir dieses Anliegen unterstützen, so wie an anderer Stelle andere Fraktionen das Thema der Pflege der Streuobstwiesen unterstützt haben. Hier sehen wir Sachmittel in Höhe von 500.000 Euro als angemessen, so wie das auch von den anderen Fraktionen benannt wurde, sowie eine Stelle. Das Thema Koordination sehen wir jetzt erst einmal in den Aufgaben der laufenden Verwaltung abgebildet. Von daher würden wir den Antrag in dieser Form zur Abstimmung bringen wollen.

**Stadträtin Rastätter (GRÜNE):** Wir hatten im Ausschuss für Umwelt und Gesundheit drei Varianten für ein besseres Mahd-Management mit Verstärkung der Biodiversität vorgestellt bekommen. Das war eine gigantische Vorlage. Die Option A wäre lediglich eine relativ kleine Fläche mit 200.000 Euro, die dann in eine einschürige Mahd umgewandelt würde, mit einer halben Stelle. Die Option B wäre eine Rückumwandlung ehemaliger Extensivrasenflächen mit Aufnahme der Mahd. Man muss sehen, wir haben Rückschritte gemacht in den letzten Jahren, weil nicht mehr Mittel eingestellt wurden im Haushalt für die Mahd. Diese Flächen wieder in artenreiche Flächen umzuwandeln, wäre diese Option B. Dafür sind laut Gartenbauamt 500.000 Euro notwendig, und auch zwei Personalstellen, nämlich eine Vollzeitstelle für Konzeption, Steuerung, Ausschreibung, Vergabe, Abrechnung und Monitoring und eine Vollzeitstelle Meistertechniker für die Bauüberwachung. Wir müssen dann auch überwachen, ob das auch so durchgeführt wird. Vor allem muss auch das Management, wann wird gemäht, verbessert werden. Denn dieses Jahr kamen auch sehr viele Klagen, dass zu Zeiten, wo es nicht gepasst hat, gemäht wurde, mit Blick auf die Bienen und Wildbienen.

Deshalb setzen wir uns dafür ein, dass genau dieses Konzept Option B jetzt im Haushalt eingestellt wird, und würden uns freuen, da alle Fraktionen gesagt haben, wir wollen die Grünflächen artenreicher machen, dass wir hier einen Konsens finden und dieser Option B dann auch alle zustimmen können. Wir appellieren an Sie, das mit abzustimmen.

**Stadtrat Wohlfel (KULT):** Auch ich verweise auf die Sitzung des AUG, in dem das Mahdregime vorgestellt wurde und die Möglichkeiten, wie man das ökologischer gestalten kann. Auch meine Fraktion beantragt die Mittel, die nötig sind, um die Variante B umzusetzen, 500.000 Euro Sachmittel und die zwei Personalstellen. Wir sehen das große Problem, dass

die gewerbliche Landwirtschaft der Biodiversität große Probleme macht, weil es immer weniger Randflächen gibt, die noch ein funktionierendes Ökosystem mit Artenvielfalt gewährleisten, und auch der Einsatz von Pestiziden und ähnliches. Die sehr intensive Landnutzung sorgt dafür, dass diese Flächen quasi für die Ökologie verloren gehen. Wir wollen zumindest, dass es mit den restlichen Flächen, die nicht landwirtschaftlich genutzt werden, noch ein gewisses Gerüst gibt, wo noch Biodiversität erhalten bleibt und setzen uns deshalb dafür ein, dass die Flächenpflege der Grünflächen in Karlsruhe ökologischer und umweltschonender gestaltet wird. Damit ist eigentlich alles gesagt.

**Stadtrat Kalmbach (FÜR Karlsruhe):** Das Anliegen wurde schon genannt, das Mahdmanagement. Darüber wurde schon gesprochen.

Ich möchte an der Stelle noch etwas anderes zum Besten geben. Ich empfinde einfach das, was wir hier machen, als einen Flickenteppich, ein Stückwerk. Da kommt ein Antrag hier, wird eine Mehrheit dort gesucht und dort. Irgendwie haben wir keinen großen Wurf in dem Bereich. Ich weiß nicht, ob diese Vorgehensweise, die wir gerade praktizieren, wirklich so hilfreich ist, ob man nicht bei einer Haushaltsdebatte noch eine Runde verschieben müsste, dass diese Anliegen zusammen angeschaut werden und wir dann auch eine gemeinsame Richtung bekommen. Bei vielen anderen Themen ging es mir genauso. Es sind 461 Themen. Jeder hat sein Ding. Zufällig bekommt dann etwas die Mehrheit. Es gibt kein konzeptionelles, richtiges, kraftvolles Werk. Das wollte ich hier einfach noch einmal zu bedenken geben für zukünftige Sitzungen. Das finde ich ausgesprochen unbefriedigend.

**Stadtrat Döring (CDU):** Auch ich teile die Sorge von Kollege Kalmbach und sehe es ähnlich wie der Kollege Dr. Fechler. Vorrangig fehlt uns für diese ganze Geschichte ein Konzept. Wir müssen zweifellos anerkennen, wenn wir das Mahdregime, so wie wir es bisher fahren, ändern, ändert das unser Stadtbild komplett. Aktuell sieht es so aus, dass wir jetzt Stellen schaffen wollen, dann irgendwann ein Konzept entwickeln und es sein kann, dass dieses Konzept aber zu ganz anderen Schlüssen kommt und dass wir dann ganz anders handeln müssen, uns also auch ganz anders organisatorisch aufstellen.

Für mich und meine Fraktion ist das aus diesen Gründen inkonsequent. Wir hätten am liebsten zuerst ein Konzept, damit wir wissen, wie wir vorgehen wollen, was wir machen wollen, und hätten aufbauend darauf, genauso wie es die Verwaltung vorschlägt, dann den Personalbedarf ermittelt und hätten das dann überplanmäßig verwirklicht. Da wird sich auch hier im Haus niemand dagegen stellen. Wir haben hier die Mehrheiten. Die sind klar. Aber das Vorgehen, so wie es aktuell vorgeschlagen wird, ist nach unserer Auffassung unsachlich. Deswegen lehnen wir die Anträge ab.

**Stadtrat Dr. Fechler (SPD):** Als Ergänzung zu den bisherigen Wortbeiträgen aus dem Bereich Soziales haben wir kennengelernt, dass es auch um Gesamtbudgets geht. Es gibt das Budget für Arbeit. Vielleicht wäre es hier auch eine Idee als Herangehensweise, dass man ein Budget für diese Thematik Biodiversität schafft und aus dem dann genau diese Themen bespielt, sei es Pflege Streuobstwiesen, sei es das Thema Mahd. Denn momentan machen wir eine Art Wettrennen um die beste Idee, und keiner weiß, in welche Richtung letztendlich gerannt wird. Vielleicht wäre das auch eine Idee, die man dann weiter im Ausschuss debattieren könnte, um insgesamt das auf einen guten Weg zu bringen.

Nichtsdestotrotz würden wir jetzt erst einmal diese Mittel einstellen wollen.

**Stadtrat Wohlfel (KULT):** Ich möchte ganz klar widersprechen, dass es dazu kein Konzept geben würde. Es gibt ein Konzept. Das wurde uns im AUG vorgestellt. Was wäre mit diesen Stellen, mit diesen Mitteln möglich. Das wurde uns vorgestellt. Ich vertraue der Stadtverwaltung, dass das soweit Sinn macht. Normalerweise vertraut die CDU auch der Stadtverwaltung, dass das, was uns im Ausschuss von der Stadtverwaltung vorgestellt wird, auch stimmt.

Zum anderen, wenn Sie noch ein übergeordnetes Konzept hätten haben wollen, es stand vorhin noch ein Masterplan Biodiversität zur Abstimmung, da hatten Sie auch nicht noch mehr Konzept gewollt. Ich hatte noch vergessen darauf zu verweisen, dass das natürlich auch ein Antrag ist, zu dem wir schon Anträge gestellt haben im Verlauf des letzten Jahres. Ich möchte noch einmal an den KULT-Antrag Blühende Landschaften erinnern. Entsprechend bleiben wir dabei, dass wir der Meinung sind, dass der Antrag von uns, der identisch ist mit dem der GRÜNEN, sehr gut durchdacht ist. Er hat ein Konzept. Deswegen hoffen wir auf eine positive Abstimmung dazu.

**Stadträtin Rastätter (GRÜNE):** Liebe SPD, mir geht es nur noch darum, dass in Ihrem Antrag steht, dass Sie die Mittel aus dem Klimaschutzfonds nehmen wollen. Mir ist es wichtig, dass Sie das noch einmal klarstellen, dass das nicht der Fall ist. Denn das wäre sozusagen gegen den Klimaschutz zugunsten einer optimierten Mahd. Das wollen Sie sicher auch nicht. Insofern war mir das wichtig, dass das noch einmal sichergestellt wird, dass es so ist.

Das Gesamtkonzept habe ich Ihnen gerade herübergereicht, so dass Sie das noch einmal nachlesen können. Was den Gesamtplan angeht, haben wir den Masterplan für Biodiversität beantragt, wo Sie sich gestern geweigert haben, den so aufzustocken, dass ein guter Plan draus wird. Sie müssen dann schon sagen, was Sie wollen. Alles das, was Sie jetzt haben wollen, wäre vorhanden. Aber Sie wollen einfach nicht zustimmen. Das ist die Tatsache. Das ist leider bedauerlich.

**Stadtrat Kalmbach (FÜR Karlsruhe):** Ich würde gerne noch nachlegen zu dieser konzeptionellen Vorgehensweise. Ich kann mich gut entsinnen, wir haben nicht nur in dem Bereich sondern auch im Sozialbereich diesen Flickenteppich. Wir haben im Sozialausschuss schon lange besprochen, wie sieht eine soziale Landschaft aus. Welche Werte, welche Standards wollen wir haben in unserer Stadt. Demnach müssen wir dann schauen, was müssen wir tun, um diese Standards zu bekommen. Wenn wir im Operativen zu viel herumwursteln, dann kann es kein Gesamtkonzept geben. Der eine will das, der andere jenes. Wir sehen nicht das ganze Bild. Das ganze Bild herunterzubrechen auf das Einzelne, ist nicht unsere Aufgabe sondern die der Verwaltung. Das macht mich unzufrieden. Deswegen müssen wir uns einigen, wie muss diese Biodiversität aussehen in Karlsruhe. Wie stellen wir es uns vor und wie können wir es erreichen. Das ist dann die zweite Frage. Wir sind immer gleich beim Zweiten. Das ist meine Kritik am Ganzen.

**Der Vorsitzende:** Ich versuche einmal, das alles etwas aufzufieseln. Es gab im AUG eine breite Diskussion zum Thema Biodiversität. Es wird schon ein Masterplan beauftragt. Für den sind auch Mittel eingestellt. Insofern hat sich aus unserer Sicht der Antrag Nr. 436 vom BUND, der auch auf unserer Liste steht, **erledigt**. Die wollten nämlich zusätzliche Mittel für einen solchen Masterplan. Da haben wir ausreichend welche drin.



In diesem Masterplan werden natürlich verschiedene Themen auftauchen, die Sie kennen, u. a. natürlich auch das Mahdregime. Das Mahdregime, Herr Stadtrat Kalmbach, ist aber unabhängig davon zu entscheiden. Da gibt es biodiversitätsfreundlichere Mahdregime und weniger biodiversitätsfreundlichere Mahdregime. Die entsprechenden Konzeptionen liegen Ihnen vor. Die haben auch alle eine breite Diskussion im Fachausschuss gehabt. Jetzt geht es im Grunde darum, welches dieser Systeme wollen Sie. Dann müssen Sie auch das entsprechende Geld dafür bereitstellen.

Ich habe jetzt verstanden, dass alle Anträge, die etwas mit Stellen und mit Geld zu tun haben, sich zunächst einmal auf das Mahdregime konzentrieren und dass es jetzt diverse Anträge für diese Geschichte gibt. Jetzt ist die Finanzierung aus dem Klimaschutzfonds eine Sache, die nicht weiter geht als manch andere Anträge. Insofern würde ich jetzt erst einmal ohne diese Querfinanzierung diese Beträge in den Haushalt Ihnen vorschlagen einzustellen, wenn Sie dem eine Mehrheit geben. Sollte es dann nicht klappen, können Sie immer noch sagen, Sie wollen es aus dem Klimaschutzfonds. Dann würde ich aber als Verwaltung heftigst protestieren, weil Sie auf der einen Seite Biodiversitäten und auf der anderen Klimaschutz zusammenbasteln. Da gibt es zwar durchaus ein paar intellektuelle Klimmzüge dazwischen, die man machen kann. Aber es hat nicht direkt etwas miteinander zu tun. Deswegen würde ich Ihnen zu dieser Sache an der Stelle nicht raten können.

Dann arbeiten wir uns jetzt einmal durch die verschiedenen Anliegen. Es geht einmal um 500.000 Euro an Sachmitteln, und es geht um eine oder zwei Vollzeitstellen, die nötig sind, um dieses Mahdregime umzusetzen. Ich würde jetzt einmal mit den Sachmitteln anfangen, nehme alle Anträge zusammen, die diese 500.000 Euro Sachmittel fordern, und bitte Sie, jetzt darüber abzustimmen. – Das ist eine **Mehrheit**.

Jetzt kommen wir zu den Personalstellen. Da sind die weitgehendsten Anträge die der GRÜNEN und der KULT. Da geht es um zwei Personalstellen, einmal für die Mahdkoordination, einmal für etwas anderes. Sie haben es ausgeführt, ich will das jetzt nicht wiederholen. Diese weitgehendsten Anträge zu den Personalstellen stelle ich jetzt zur Abstimmung. – Das findet **keine Mehrheit**.

Jetzt stelle ich den Antrag der SPD zur Abstimmung. Der beinhaltet, eine entsprechende Vollzeitstelle für dieses Mahdregime zusätzlich einzurichten. Da bitte ich um die Abstimmung. – Das findet eine **Mehrheit**.

Somit haben wir jetzt 500.000 Euro an Sachmitteln, eine zusätzliche Vollzeitstelle an Personal, und wir haben schon das im Haushalt drin, was der BUND begehrt, nämlich Mittel für einen Masterplan. Wir haben das Anliegen von Ihnen, Herr Kalmbach, schon aufgenommen, dass es einen Masterplan gibt. Ich würde den Vorschlag von Herrn Dr. Fechner in diese Masterplandiskussion einspeisen wollen. Macht es Sinn, hier einen ähnlichen Fonds für Projekte oder Teilmaßnahmen aufzulegen, wie wir das aus dem Sozialbereich, etwa bei den Flüchtlingen oder bei der Integration, kennen. Ich weise aber auch darauf hin, dass der Biodiversität nicht geholfen ist, wenn man in einem Stadtteil die Schmetterlingen in einem Projekt fördert und in einem anderen Stadtteil die Bienen und im dritten Stadtteil Fischotter, sondern wir müssen dann schon ein Gesamtkonzept haben. Sonst ist es am Ende nicht nachhaltig.

Damit hätten wir alle Punkte von Nr. 429 bis 436 abgearbeitet. Ich unterbreche jetzt die Sitzung. Ich verkürze die Kaffeepause auf 20 Minuten. Wir treffen uns um 16:00 Uhr hier wieder.

(Unterbrechung der Sitzung von 15:39 – 16:03 Uhr)

Vielleicht können wir es uns so vornehmen, es gibt einige, die vor unserem gemeinsamen Abendessen noch gerne kurz Zuhause Hallo sagen möchten. Das wäre vielleicht nicht verkehrt, dass wir das auch ermöglichen.

#### **Antrag Nr. 437 (S. 386): Fassaden- und Dachbegrünung intensivieren (GRÜNE)**

**Stadtrat Honné (GRÜNE):** Für Fassaden- und Dachbegrünung gibt es schon einen Fonds, aus dem auch an Interessierte Geld gezahlt werden kann. Aber der ist relativ unbekannt und wird auch entsprechend wenig genutzt. Da aber jetzt mit dieser galoppierenden Klimawende auch immer mehr der Bedarf steigen wird und es auch nötig ist, dass mehr begrünt wird, sowohl die Fassaden als auch die Dächer, wollen wir das ankurbeln. Weil es eben nicht reicht, ein paar Häuser zu begrünen. Das muss schon eine Massenbewegung werden. Für eine Massenbewegung reicht selbst das Geld nicht, was wir jetzt beantragt haben. Aber dass zumindest schon einmal mehr Werbung gemacht wird und auch entsprechendes Geld bereit steht, das ist unsere Forderung, und dass man womöglich dann nachher aufstocken muss. Der Wunsch wäre, dass es so stark in Anspruch genommen wird, dass der Fonds dann auch überbeansprucht wird und dann noch zusätzlich Geld irgendwann nötig ist. Mit dem Geld, was im Moment eingestellt ist, kann zwar das abgedeckt werden, was im Moment an Anträgen gestellt wird, aber das reicht uns nicht, um die Bevölkerung vor dem Klimawandel zu schützen.

**Der Vorsitzende:** Ich bitte um die Abstimmung. – Das ist eine **ablehnende** Mehrheit.

Ich komme auf der **S. 385** noch dazu, Sie darauf hinzuweisen, dass über die Veränderungsliste der Kleingartenentwicklungsplan, der Wettbewerb Pflanzenträume Gartenräume und auch Dinge, die die Kleingartenanlage Sportfläche Stuttgarter Straße betreffen, eingearbeitet worden sind. Bei der Kleingartenanlage Stuttgarter Straße haben wir die Behandlung heute abgesetzt. Wir klären nachher im Anschluss an diese Sitzung – da möchte ich alle Fraktionen bitten, mit einem Vertreter möglichst präsent zu sein und auch alle anderen Einzelstadträte und Gruppierungen sind eingeladen, sich zu beteiligen – im Raum Fidelitas ganz kurz die weitere Beratungsfolge. Das hat es jetzt noch nicht etwas mit Inhalten zu tun. Wir hatten aber eigentlich vorgesehen, dass wir das jetzt schon in einen Grundsatzbeschluss bringen können und hatten einige Mittel, die schon in der 1. Veränderungsliste dafür bereit gestellt waren. Jetzt würden wir Ihnen vorschlagen, dass wir die auch drin lassen im Haushalt, aber mit einem Sperrvermerk versehen. Wir werden sie sicherlich in diesen Summen nicht im jeweiligen Jahr brauchen. Aber weil ich noch nicht genau weiß, in welchen Bestandteilen wir die Sache jetzt angehen, kann ich Ihnen dazu keine Alternativen vorlegen. Aber wir würden es gerne so drinstehen lassen, mit einem Sperrvermerk versehen, und darauf möchte ich noch einmal ausdrücklich hinweisen.

Wir sind jetzt beim **THH 6800 Zoo**.

#### **Anträge Nrn. 438 und 441 (S. 400): Automatisierte Zugänge an den Kassen Ost und West des Zoologischen Stadtgartens (CDU)**

**Anträge Nrn. 439 und 442 (S. 400): Automatisierter Zugang Kasse Ost (Augartenstraße) Zoologischer Stadtgarten (SPD, GRÜNE, KULT)**

**Anträge Nr. 440 und 443 (S. 400): Automatisierter Zugang Kasse Eingang West Zoologischer Stadtgarten (SPD, GRÜNE, KULT)**

**Stadtrat Döring (CDU):** Das Thema der automatisierten Zugänge ist in dem Gremium wohlwollend bekannt. Deswegen brauche ich nichts weiter dazu ausführen. Uns als CDU-Fraktion war es bei der Antragstellung besonders wichtig, dass wir hier auch ein Zeichen setzen. Wir hatten es vorhin schon mit unseren Cyber-Bienen, dass es bis heute nicht möglich ist, digital, sei es mit dem Handyticket oder sogar mit seiner Jahreskarte, einen Zugang zum Zoo, außer den jetzt bereits schon vorhandenen Eingängen zu nutzen. Es ist technisch möglich. Wir wollen das auch sehr gerne umsetzen. Und das nicht nur am Eingang der ehemaligen Kasse Ost, sondern auch der Kasse West, so dass beide anliegenden Stadtteile wieder einen einfacheren Zugang in den Zoologischen Stadtgarten haben. Deswegen hat die CDU auch entsprechend die investiven Mittel beantragt. Uns ist allerdings der kleine Fauxpas unterlaufen, dass wir die Personalmittel ausgeklammert haben. In dem Falle möchten wir dem interfraktionellen Antrag der Kollegen beitreten. Denn im Prinzip ist die Summe in dem Fall von den investiven Mittel dieselbe plus die Personalstellen, so dass man beide Ziffern zusammen abstimmen kann, weil es uns inhaltlich um dasselbe geht.

**Stadträtin Fischer (SPD):** Der Kollege Döring hat es gesagt, die automatisierten Zugänge machen es möglich, dass wir wieder die Kassen Ost und West öffnen können für diesen Zugang. Für die Kasse Ost ist relativ schnell eine Bürgerinitiative auf uns zugekommen, die sich massiv dafür eingesetzt hat, dass die Kasse Ost wieder geöffnet wird und auch eine entsprechenden kostenkontrollierte Planung erarbeitet wurde. Dieses Engagement hat im Westen etwas gefehlt. Da musste der Herr Sickinger als Bürgervereinsvorsitzender auf uns zukommen. Das ist mir sehr wichtig, dass wir den Westeingang in gleicher Weise behandeln. Wir können hier keine Unterschiede machen zwischen den beiden Eingängen. Was mir nicht ganz schlüssig ist: Es heißt, es soll die Kasse West in den nächsten Haushalt kommen, weil noch keine kostenkontrollierte Planung vorliegt. Es wurde aber auch in der Verwaltungsvorlage deutlich zum Ausdruck gebracht, dass man grundsätzlich von einer vergleichbaren Kalkulationsgrundlage ausgehen kann. Aus diesem Grund halte ich es für notwendig, auch gerade, weil das Engagement für die Kasse West jetzt nicht so massiv war, wie für die Kasse Ost, dass man in gleicher Weise die Mittel für diese Sache einstellt und es nicht auf die nächsten Haushaltsberatungen verschiebt. Wenn das nicht möglich ist, wäre es mir auf jeden Fall wichtig, dass man eine Art Verpflichtungsermächtigung für die Durchführung dieser Umbaumaßnahme jetzt schon beschließt.

**Stadtrat Konrad (GRÜNE):** Unser Zoo in Karlsruhe ist kein einfacher Zoo, sondern er hat den Stadtgarten dabei. Es ist eine grüne Oase für Leute, die in der Südweststadt oder der Südstadt leben, die nicht gerade mit Grün gesegnet sind. Es ist eigentlich die grüne Oase, in die sie im Sommer gehen können, um Abkühlung zu finden. Deshalb ist es für uns GRÜNE nur konsequent, jetzt mit dieser automatisierten Möglichkeit das zu öffnen für Jahreskartenbesitzer und Jahreskartenbesitzerinnen. Aus der Bürgerschaft wurde schon an uns heran getragen, doch auch Personal dafür einzustellen. Darauf möchte ich kurz Bezug nehmen. Es ist etwas anderes. Wenn wir jetzt davon ausgehen, dass das hier die Grünoase für unsere Bürgerinnen und Bürger ist, dann können alle Leute, die sich einmal im Jahr ein Jahreskarte besorgen, hineingehen und das nutzen. Unsere Jahreskarten sind sehr günstig, d. h. es lohnt sich auch für Leute, die in der Nähe wohnen. Deswegen sehen wir die Not-

wendig nicht, Personal einzustellen, weil dieses ausschließlich für Touristinnen und Touristen dann notwendig wäre. An der Stelle sehen wir es als absolut ausreichend an, dass ein automatisierter Zugang vorhanden ist, mit dem Jahreskartenbesitzerinnen und –besitzer jederzeit problemlos hineinkommen können.

**Stadtrat Cramer (KULT):** Meine Fraktion und ich sind froh, dass wir erst einmal für die Südstadt für den Stadteingang Ost doch jetzt fraktionsübergreifend tätig werden konnten, dass wir im Sinne der Bürgergemeinschaft Südstadt diese Sache auf den Weg bringen. Wir haben das im Zoo auch noch einmal vorgestellt bekommen, wie es technisch geht. Da sehe ich es ähnlich wie die Kollegin Fischer, dass natürlich für den Westen ein Stück weit die Kosten übertragbar sein sollten. Natürlich ist dort baulich eine etwas andere Situation. Da ist mir nicht ganz klar, wie das mit diesem großen Tor, was im Osten neben diesem Drehkreuz angedacht ist, zu lösen ist. Das weiß ich im Moment nicht. Aber da habe ich das Vertrauen in die Fachleute, würde aber grundsätzlich sagen, dass wir jetzt beide Eingänge auf den Weg bringen sollten, die Gelder einstellen für den Westen, eventuell mit einem Sperrvermerk.

**Stadtrat Hock (FDP):** Dieses Haus wird heute Beschlüsse fassen, die unseres Erachtens auch von allen mitgetragen werden, auch von meiner Fraktion. Wenn wir über den Osten sprechen, dann müssen wir auch über den Zugang im Westen sprechen. Das ist für uns gleichermaßen wichtig. Herr Sickinger hat uns alle angeschrieben, hat auch darauf hingewiesen, wie die Lage dort ist. Wenn wir heute dies tun, dann wird meine Fraktion aber auf jeden Fall nur mitgehen, wenn beides möglich ist.

**Stadtrat Konrad (GRÜNE):** Nur noch einmal zur Klarstellung, nachdem ich darauf hingewiesen wurde, dass ich mich missverständlich ausgedrückt habe: Wir wollen natürlich das Personal einstellen, das dafür nötig ist, dass die automatisierten Kassen funktionieren. Wir wollen nur nicht, dass dort Kassen mit Personal vorgesehen werden.

**Der Vorsitzende:** Wenn ich das jetzt richtig verstanden habe, gibt es unterschiedliche Planungsstände, was Ost und West betrifft. Wenn man jetzt einmal beides zusammen denkt, kommt man auf etwa 200.000 Euro Investition und auf 0,6 Stellen, die man im Moment absehbar braucht. Ich habe es auch so verstanden, dass noch nicht ganz klar ist, ob diese Gesamtinvestitionen jetzt 2019 anfallen oder man nicht die Kasse Ost und die Kasse West am Ende auf zwei Jahre verteilen muss, wenn das eine noch nicht ausreichend geplant ist. Das Personal brauche ich natürlich auch erst dann, wenn die Kasse in Betrieb genommen ist.

Deswegen schlage ich Ihnen jetzt als Sammelantrag vor, dass Sie uns 200.000 Euro zur Verfügung stellen, um die beiden Kassen infrastrukturell auszustatten, und wir bis zu 0,6 Personalstellen schaffen, immer zu dem Zeitpunkt, wo sie gebraucht werden. Wie wir das dann in der Abfolge über die Jahre verteilen, hängt dann von den weiteren Planungen und Umsetzungen ab. Insbesondere, was die Kasse West betrifft, würden wir auf alle Fälle noch einmal mit Ihnen im Fachausschuss dann die kostenkontrollierte Planung und wie das umgesetzt wird usw. diskutieren. Ich denke, einen Sperrvermerk brauchen wir nicht unbedingt, denn das sage ich Ihnen zu. Sie sollen das dann auch mitentscheiden. Da werden dann auch so Fragen, wie Tore, Zugang usw. geklärt.

Wenn wir das auf der Grundlage alles zusammenfassen, können wir jetzt in die Abstimmung einsteigen. – Das sieht schwer nach einer **Mehrheit** aus.

Damit können wir den Zoo fast abschließen. Ich möchte noch darauf hinweisen, dass wir in der 1. Veränderungsliste für die Afrikasavanne die Erhöhung der Gesamtkosten auf 7.750.000 Euro vorgenommen haben, entsprechend dem Hauptausschussbeschluss vom 16.10.2018.

Wir kommen damit zum **THH 7000 Abfallwirtschaft**.

Da möchte ich Sie darauf hinweisen, in der 1. Veränderungsliste sind noch Mittel angepasst worden um das externe Projektmanagement Eigenbetrieb, die externe Prüfung nach § 2 b Umsatzsteuergesetz, Brandschutzmaßnahmen Verwaltungsgebäude, Abfallbehälter Auflösung Festwert, das verbunden mit einem Sperrvermerk. Um jetzt im Haushaltsplan nicht zu sehr zu springen, rufe ich jetzt erst einmal

**Antrag Nr. 446 (S. 428): Einrichtung eines dauerhaften Standortes für einen Grüncontainer in Stuperich (OR Stuperich)**

Diese Maßnahme wurde auch im Ältestenrat angesprochen. Aus Sicht der Verwaltung ist der Antrag nicht erledigt. Der Ortschaftsrat hat beantragt, Haushaltsmittel für den Standort neben der Kleintierzuchtanlage einzustellen. Das zuständige Fachamt hält den Standort zwar für möglich, schlägt jedoch vor, die Entscheidung zurückzustellen und das Ganze konzeptionell mit der Wertstoffstation Ost zu prüfen und dann zu entscheiden. Falls Sie dem Antrag dann am Ende im Gemeinderat so zustimmen, würde es in unserem Sinne sein, dass Sie es mit einem Sperrvermerk versehen, damit man die konzeptionelle Entscheidung dieser Investition entsprechend vorzieht.

**Ortsvorsteher Gartner (OV Stuperich):** Ich habe noch eine zusätzliche Information von Herrn Backhaus heute Morgen bekommen. Das AfA hat sich bereit erklärt, die Maßnahme am vorgeschlagenen Standort nach dem Wunsch des Ortschaftsrates durchzuführen. Insofern können wir auf die Diskussion hier verzichten.

**Der Vorsitzende:** Auch das zuständige Fachamt muss es am Ende mit den entsprechenden Gremien klären. Insofern bleibe ich bei meinem Standpunkt, dass wir das – falls es jetzt so von Ihnen zugestimmt wird – mit einem entsprechenden Sperrvermerk versehen sollten.

**Stadtrat Brenk (CDU):** Wenn der Herr Gartner sagt, dass das Amt für Abfallwirtschaft das gemacht hat, möchte ich trotzdem etwas vorbringen. Seit Jahren haben wir das Thema mit dem Grüncontainer in Stuperich. Wir waren immer bereit, den Grüncontainer zu verschieben, zu verlegen, irgendwelche Maßnahmen zu treffen. Jetzt soll das Thema mit der Wertstoffstation Ost angegangen werden. Das wird mit Sicherheit nächstes Jahr nicht über die Bühne gehen. Dann wird das Thema Grüncontainer wieder auf die Seite geschoben. Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich bitte Sie doch darum, dem zuzustimmen. Jetzt haben wir die Möglichkeit, auch wenn hier steht, das sei außerhalb des Ortskerns. Wo will man einen Grüncontainer haben? In der Ortschaft wollen wir heute keinen Grüncontainer mehr, weil es eine Belästigung ist. Jetzt haben wir die einmalige Chance mit unserem Thema Windelbach, wo die Kleingartenanlage hinkommt, dass dort der Grüncontainer gestellt werden

kann. Ich bitte einfach um die Zustimmung. Wir können es auch mit einem Sperrvermerk versehen, bis letzten Endes das Thema der Wertstoffstation Ost geprüft und festgelegt ist, wo die hinkommt.

**Stadträtin Ernemann (SPD):** Ich möchte mich dem Kollegen Brenk anschließen. Ich bitte auch immer zu berücksichtigen, in Stadtteilen, wo viele Einfamilienhäuser sind, ist der Bedarf nach Grüngut, Grüngutschnitt zu entsorgen, größer, als wenn ich in der Südstadt oder der Stadtmitte wohne. Es ist ein echter Bedarf dort oben da. Einen Standort für einen Grüncontainer immer wieder zu verrücken und zu verstellen, macht keinen guten Eindruck für die grüne Stadt Karlsruhe. Die Wertstoffstation, die dort entstehen soll, liegt wirklich noch in weiter Ferne. Es sind noch so viele Unwägbarkeiten, die es zu überwinden gibt. Insofern bitte ich darum, das möglichst zu beschleunigen im Interesse der vielen Stupfericher Bürgerinnen und Bürger.

**Der Vorsitzende:** Ich nehme wahr, dass es jetzt sehr viel Zustimmung gibt. Ich möchte trotzdem darum bitten, dass man es insofern mit einem Sperrvermerk versieht, dass man dann am Ende noch einmal eine langfristige Konzeption mit Ihnen bespricht. Wenn es vorab schon möglich ist, dort einen Grüncontainer aufzustellen, der dann die Jahre überbrückt, bis wir irgendetwas anderes gefunden haben, und Sie hierfür jetzt die Mittel einstellen, dann soll uns das Recht sein. Aber ich denke schon, dass Sie bitte die Offenheit mitbringen, dass man sich das noch einmal gesamtheitlich dort oben anschaut.

Dann würde ich diesen Antrag jetzt zur Abstimmung stellen. Es geht um 30.000 Euro einmalig. – Mehrheitlich **zugestimmt**.

Auf der **S. 425** verweise ich auf die 1. Veränderungsliste. Wir haben hier noch einmal die entsprechenden Finanzbeträge zu den nicht gebührenpflichtigen Wertstoffen, zur Inanspruchnahme Deponierückstellung Deponie West, Ost, Personal, Problemstoffsammlung angepasst.

#### **Antrag Nr. 447 (S. 430): Radverkehrsförderung – Winterdienst Reinigung Radrouten (GRÜNE)**

Ich stelle fest, dass wir Mittel in der 1. Veränderungsliste aufgenommen haben.

**Stadtrat Honné (GRÜNE):** Das ist ein weiterer Punkt der Radverkehrsförderung, gerade im Winter, dass man auch mit dem Fahrrad fahren kann. Immer mehr Leute in Karlsruhe machen das auch, das ganze Jahr mit dem Rad zu fahren. Deswegen muss auch das ganze Jahr gesäubert werden, Herbstlauf weggemacht werden usw. und auch der Winterdienst. Wir freuen uns, dass die Verwaltung den gesamten Antrag wirklich vollkommen übernommen hat in die 1. Veränderungsliste. Da können deutlich mehr Radwege im Winter vom Schnee befreit werden als bisher.

**Der Vorsitzende:** Dann hat sich das damit **erledigt**.

#### **Antrag Nr. 448 (S. 431): Kommunalen Anti-Graffiti-Fons (CDU)**

#### **Antrag Nr. 449 (S. 431): Fördertopf zur Beseitigung von illegalem Graffiti an privaten Gebäuden (GRÜNE)**

**Antrag Nr. 450 (S. 431): Einführung eines Anti-Graffiti-Mobils nach dem Pforzheimer Modell (FÜR Karlsruhe)**

**Stadtrat Müller (CDU):** Die Graffiti, die Farbschmierereien als solche in den Stadtteilen und Straßenzügen stellen eine Beeinträchtigung des subjektiven Sicherheitsempfindens dar. Dort, wo Graffiti beginnt, ist allgemeingültig, dass weitere Graffiti und Farbschmierereien folgen. Den Anstoß, den die Stadtverwaltung bereits in die Pipeline geschickt hat, den erweiterten Innenstadtbereich zu bearbeiten hinsichtlich der Entfernung von Farbschmierereien und Graffiti, begrüßen wir. Allerdings geht uns die Maßnahme nicht weit genug, da nur der erweiterte Innenstadtbereich beleuchtet wird in dieser Sache, und es darüber hinaus auch in anderen Stadtteilen, in anderen Straßenzügen, Wohnquartieren Farbschmierereien gibt. Deswegen schlagen wir, die CDU-Fraktion, vor, einen sogenannten Anti-Graffiti-Fonds zu entwickeln, dafür im Haushalt die erforderlichen Mittel einzustellen, um Anreize zu schaffen und der Bezuschussung der Kostenbeteiligung, um solche Graffiti zu entfernen von den privaten Gebäuden. Wir stellen uns darüber hinaus durchaus vor, das mit einem Sperrvermerk zu versehen, bis dann auch eine Konzeption erarbeitet wird, unter welchen Voraussetzungen und Erhöhung der Mittel ein solcher Fonds betrieben werden kann.

**Stadträtin Mayer (GRÜNE):** Wenn man Graffiti langfristig in den Griff bekommen will, dann muss man schnell agieren und Graffiti möglichst schnell beseitigen. Wir möchten auch gerne Privatpersonen unterstützen, damit auch wirklich etwas geschieht und von Seiten der Stadt auch eine gewisse Anreizposition setzen. Uns geht es auch explizit nicht um das Pforzheimer Modell. Uns geht es darum, überhaupt einmal über eine Konzeption nachzudenken. Deswegen können wir uns auch gut einen Sperrvermerk vorstellen. Wir möchten gerne möglichst bald in einem entsprechenden Ausschuss darüber sprechen.

**Stadtrat Kalmbach (FÜR Karlsruhe):** Der Charme des Pforzheimer Modells ist der, dass er der Stadt nichts kostet. Die IHK, die Malergeschäfte haben mit dem Sozialamt einen Deal gemacht, dass sie ein Graffiti-Mobil anschaffen. Dann kann jeder, private Leute als auch Geschäfte, anrufen. Wenn sie morgens ein Graffiti an ihrem Haus sehen, rufen sie das Graffiti-Mobil an. Es sind Leute, die Sozialstunden leisten, mit dabei. Die entfernen das innerhalb von zwei, drei Stunden. Dadurch ist Pforzheim deutlich schöner geworden. Es kostet die Stadt in der Tat nichts, außer dem Graffiti-Mobil. Wobei das in Pforzheim anderweitig finanziert worden ist. Deswegen ist das Pforzheimer Modell schon interessant, weil es eben diese Möglichkeit bietet. Nachdem die Stadtverwaltung vor kurzem noch gesagt hat, man kann da gar nichts machen, das ist Privatsache, empfinde ich das als einen Weg. Man kann etwas machen. Es lohnt sich, diesen Weg zu verfolgen. Wie die Konzeption im Endeffekt aussehen wird, ist mir eigentlich egal. Hauptsache, das Problem wird gelöst.

**Stadtrat Hermanns (SPD):** Die SPD-Fraktion bewertet den Antrag grundsätzlich positiv. Es ist ein sehr interessanter Ansatz. Aber bezüglich der Antwort der Verwaltung haben wir das so verstanden, dass Sie es erst einmal Anfang 2019 neun Monate lang prüfen wollen, um das dann auch auszuweisen. Hierbei stellt sich jetzt für uns die Frage: Benötigen Sie dann für 2020 neue Mittel oder können Sie aus dem laufenden Haushalt heraus entsprechend reagieren? Das ist uns noch unklar. Das ist dann auch entscheidend für unsere Bewertung der Abstimmung.

**Der Vorsitzende:** Wir haben Ihnen angekündigt, dass wir jetzt einmal mit den Farbschmierereien und den entsprechenden Aufklebern beginnen. Wenn sich das bewährt, werden wir das übernehmen. Deswegen haben wir die Kosten dafür auch eingestellt. Sollten wir einen höheren Bedarf nach dieser Probephase absehen, werden wir das überplanmäßig zur Verfügung stellen.

Jetzt begehren aber die verschiedenen Antragsteller Aspekte, die wir so noch nicht drin haben. Es gab diese Idee, dass man einen Fonds schafft, der dann auch den Privateigenthümern eine Teilfinanzierung gibt. Es geht auch darum, außerhalb der Innenstadt das zu machen. Diese Maßnahmen sind ausdrücklich bei uns im Konzept noch nicht vorgesehen. Sollten Sie jetzt hier Mittel einstellen, würde ich Ihnen dringend zu einem Sperrvermerk raten, was Sie auch schon vorschlagen, damit man dann noch einmal politisch abstimmt, für welche dieser verschiedenen Ideen Sie am Ende die Sache öffnen. Ich weiß nur von dem Kollegen Obert, der einmal versucht hat, in der Südstadt mit Eigentümern und auch mit Malerfirmen ein Agreement zu schaffen, um das anzuleiern. Der ist dann an der mangelnden Kooperationsbereitschaft vor allem der Eigentümer gescheitert. Er hat mir diesen ganzen Ordner auch einmal auf den Tisch gelegt, dass wir noch einmal selber prüfen. Von daher weiß ich auch nicht, Herr Stadtrat Kalmbach, ob das Pforzheimer Modell und dann noch umsonst für die Stadt mal so eben zu übertragen ist. Deswegen ist es vielleicht kein Fehler, wenn man hier noch einmal konzeptionell darüber redet, aber vielleicht auch einen gewissen Kleinpuffer vorhält. Aber das ist Ihre Entscheidung.

Ich würde dann die verschiedenen Anträge gemeinsam aufrufen und einmal mit den 50.000 Euro anfangen. Das ist der weitergehende, alles verbunden mit einem Sperrvermerk, so dass Sie das dann noch einmal für die einzelnen Themen ansprechen können. – Das ist so **angenommen**.

Dann sind alle anderen Anträge auch mit drin. Wir würden dann mit Ihnen im Fachausschuss - - -

(Unruhe, Zurufe)

Chaos hin oder her, es ist eine Mehrheit. Wir kommen im Fachausschuss auf Sie zu und müssen dann auch gegebenenfalls die entsprechenden Mittel entsperren.

Auf der **S. 431** darf ich noch einmal darauf hinweisen – das hatten wir oben schon einmal angedeutet -, dass es für die Vergabe an Fremdfirmen für den Winterdienst noch einmal angepasste Beträge gibt. Jetzt komme ich auf die zurückgestellten Anträge zurück.

**Stadtrat Cramer (KULT)** zur Geschäftsordnung: Ich beantrage, dass die letzte Abstimmung wiederholt wird. Es kann nicht sein, wenn Leute, die im Raum sind, aus irgendwelchen Gründen ihr Votum nicht abgegeben haben, dass die Stimmen dann hinten runterfallen. Zumindest müsste mit der Karte dann der Abstimmungswille eindeutig geklärt sein. So kann das meiner Ansicht nach nicht gehen.

**Der Vorsitzende:** Wenn von 48 Personen 45 in der Lage waren, ihr Votum abzugeben, kann ich nicht feststellen, dass es große Mengen gibt, die das nicht mitbekommen haben. Gibt es jetzt einen formalen Gegenantrag dazu?



**Stadtrat Pfannkuch (CDU):** Ich trete dem entgegen. Jeder Stadtrat, jede Stadträtin hatte sehr wohl Kenntnis von der Abstimmung und hatte auch Gelegenheit das Stimmrecht abzugeben. Wer das nicht ausübt oder wer das lax handhabt, da kann ich nicht nachträglich Wahlwiederholung beantragen.

**Der Vorsitzende:** Es gibt einen Antrag auf Wahlwiederholung. Es gibt einen Gegenantrag. Dann stimmen wir über den Antrag auf Wahlwiederholung ab.

**Stadtrat Honné (GRÜNE)** zur Geschäftsordnung: Herr Oberbürgermeister, Sie hatten uns zugesagt bei Einführung des elektronischen Systems, sobald ein Mitglied des Gemeinderats sagt, er möchte eine Wiederholung dieser elektronischen Abstimmung haben, wird es ohne Diskussion gemacht. Nur deshalb haben wir dieser Abstimmungsart zugestimmt.

**Der Vorsitzende:** Ich hatte den Eindruck, dass die Einführungsphase der elektronischen Abstimmung mittlerweile rum ist.

**Stadtrat Pfalzgraf (SPD):** Das, was Herr Honné jetzt gesagt hat, hat sich damals darauf bezogen, falls es Irritationen durch die neue Technik gibt. Das ist eine völlig andere Sache. Wenn wir jetzt so verfahren, wie der Kollege Lüppo Cramer es will, dann muss ich den Antrag zu unserer Tafel von gestern noch einmal aufrufen. Denn da waren auch zwei dabei, die nicht mit abgestimmt haben.

**Der Vorsitzende:** Wir haben einen Antrag. Wir haben einen Gegenantrag. Ich empfehle Ihnen, dass wir die Abstimmung wiederholen, weil es immer sinnvoller ist, als dass wir in einem halben Jahr vielleicht mit einem neuen Antrag die ganze Sache wieder herumdrehen. Das macht am Ende politisch gar keinen Sinn. Aber jetzt stimmen wir erst einmal über den Antrag auf Wahlwiederholung ab.

Herr Stadtrat Wohlfeil, wollen Sie sich melden oder wollen Sie dazwischenrufen?

**Stadtrat Wohlfeil (KULT):** Ist es denn überhaupt abzustimmen, wenn jemand die Wahl wiederholt haben will? Der ZJD blättert noch, wie ich das gerade sehe. Was sagt denn der ZJD, wie so eine Wahlwiederholung gehandhabt werden soll?

**Der Vorsitzende:** Wenn Sie sich alle wieder etwas beruhigt haben, glaube ich nicht, dass uns die Satzung der Stadt Karlsruhe hier weiterhilft. Es gibt hier einen Antrag auf Wiederholung der Abstimmung. Es gibt eine Gegenrede. Darüber bitte ich jetzt abzustimmen. Wir stimmen über den Geschäftsordnungsantrag ab, der eine Wahlwiederholung begehrt. Da bitte ich Sie jetzt um das entsprechende Votum. – Gut, es gibt eine Mehrheit **dafür**, die Abstimmung zu wiederholen.

Es geht noch einmal um den Antrag für diese Anti-Graffiti-Geschichte. Das haben wir so zusammengefasst, dass es 50.000 Euro sind, die wir mit einem Sperrvermerk in die Haushaltsplanung aufnehmen und dann noch einmal über die Konzeption im entsprechenden Fachausschuss entscheiden. Ich bitte jetzt alle, genau aufzupassen und über diesen Antrag

---

(Zuruf)

- Ich hatte jetzt gedacht, dass wir es zusammenfassen können und über 50.000 Euro abstimmen. Der hat auch eine Mehrheit. Wenn er keine Mehrheit findet, bin ich bei Ihnen. Dann gehen wir über 40.000 Euro. Das ist okay. Das bekommen wir hin.

Es stehen 50.000 Euro aus dem Antrag der CDU zur Verfügung.

(Unruhe, Zurufe)

Leute! Jetzt haben wir es doch so gut hinbekommen. Jetzt sollten wir es nicht auf der Endstrecke noch verreißen.

Alle konzeptionellen Vorschläge zu Graffiti haben wir zusammengefasst und machen dazu noch einmal eine Fachdiskussion. Jetzt geht es darum, ob wir diese Geschichte noch mit 50.000 Euro oder mit 40.000 Euro ausstatten. Zuerst rufe ich 50.000 Euro auf, mit Sperrvermerk. – Das ist eine **Mehrheit** für die 50.000 Euro.

Jetzt muss ich schauen, wo ich weitermache. Jetzt waren wir wieder bei zwei Anträgen.

**Antrag Nr. 444 (S. 433): Verstärkte Zweckbindung von Mitteln der Fahrzeugbeschaffung mit emissionsarmen Techniken (KULT)**

**Antrag Nr. 445 (S. 433): Beschaffung von Elektrofahrzeugen (GRÜNE)**

**Stadtrat Lancier (KULT):** Die bereits in der Vergangenheit von uns gestellten Anträge zu diesem Themenkreis haben, obwohl sie durchgegangen sind, bislang nicht in dem Maße gefruchtet, wie es im Interesse der Bewohner und Besucher gerade aus der Innenstadt erforderlich wäre. Wir wollen eine Verringerung der Emission in der Innenstadt erreichen und dafür eine entsprechende Technik haben, was durchaus in der Antwort der Verwaltung auch befürwortet wird und auch detailliert dargestellt wird, wie das Ganze umgesetzt werden soll.

Abgase sind bislang noch nicht nennenswert verringert worden. Die Umstellung der Flotte ist noch nicht sehr weit fortgeschritten. Sonderfahrzeuge, wie wir sie in der Stadt oft gebrauchen, werden in der Regel aus Standardkarossen aufgebaut. Aber die Nachfrage bestimmt das Angebot. Aus dem Grund haben wir diesen Antrag eingebracht. Wir wollen eine politische Aussage erreichen. Wir wollen, dass in der Öffentlichkeit wahrgenommen wird, dass der entsprechende Druck da ist. Dafür ist eine solche konkrete Aussage, die durchaus zu dem bisherigen Beschaffungswesen passt, ein geeignetes Mittel. Es wäre schön, wenn wir auf diese Art und Weise eine entsprechende Öffentlichkeitswirksamkeit erreichen, die von der Industrie dann wahrgenommen wird. Insofern wäre es auch schön, wenn wir durch den entsprechenden Beschluss eine Einwirkung haben, beispielsweise auf den Städtetag oder andere kommunale Organisationen.

Insofern hätten wir gerne, obwohl sich dieser Antrag in keiner Weise auf die Summe auswirkt, die zur Verfügung steht und die grundsätzlich für ausreichend erachtet ist, eine entsprechende Entscheidung, damit wir diese Öffentlichkeitswirkung herstellen können.

**Stadtrat Honné (GRÜNE):** Bei den Elektroautos ist es inzwischen erreicht, dass die Reichweite der Autos so ist, dass sie für den normalen Betrieb ausreichend fahren können. Sie müssen nur in der Nacht geladen werden, so dass sie auch für städtische Zwecke einsetzbar sind, was die Pkw betrifft. Bei den Lkw ist es noch nicht soweit. Auch die technische

Reife ist jetzt soweit fortgeschritten. Auch der Preis ist inzwischen schon wieder etwas gesunken, so dass man nur relativ wenig mehr Geld braucht, um Elektroautos zu kaufen. Nun hat die Verwaltung uns geantwortet, es ist bereits geplant, von dem Geld Elektroautos zu kaufen. Insofern sehen wir unseren **Antrag als erledigt** an.

**Stadtrat Brenk (CDU):** Nachdem der zweite Antrag erledigt ist aufgrund der Aussage von Herrn Honné, trotzdem zum zweiten Antrag: Die Reichweite ist bei weitem noch nicht so. Viele Fahrzeuge haben im Moment noch keine Reichweite, um den kompletten Tag in der Stadt unterwegs zu sein. Da gibt es nur die Alternative des Hybrid. Oder wir haben Autos, dann müssen wir eben die städtischen Mitarbeiter mit Tesla ausstatten. Dann kommen wir natürlich da hin. Da wird sich jeder freuen. Doch dann frage ich mich natürlich, ob dann unser Haushaltsgeld ausreicht.

Man darf nicht gegen die batteriebetriebenen Fahrzeuge sprechen. Darum geht es mir auch gar nicht. Es sind einige Hersteller auf dem richtigen Weg. Aber da hängen wir in Europa noch der restlichen Industrie hinterher. Da vergehen noch ein, zwei Jahre an Zeit, bis wir an Fahrzeuge kommen, die eine Reichweite von Minimum 200/250 km haben, so dass wir auch über den Tag kommen. Gerade vorhin habe ich im Liveticker gelesen, der Vorstandsvorsitzende von Continental Deutschland hat sich von der Batteriezellenweiterentwicklung wieder zurückgezogen, weil es im Moment Investitionen von mehreren Milliarden Euro sind. Da gehen die einfach bei uns in Europa – warum auch immer – noch nicht ran. Das sieht man ähnlich bei den Koreanern. Dort ist es dasselbe.

Grundsätzlich muss ich sagen, macht die Stadt Karlsruhe – das geht auch aus den Stellungnahmen hervor – sehr viel dafür. Wir investieren in Fahrzeuge mit Elektromotoren oder mit Gasantrieben. Wir sind auf einem richtigen Weg. Deswegen muss man sich der Entscheidung der Verwaltung anschließen.

**Der Vorsitzende:** Ich möchte darauf hinweisen, dass wir nur noch über den einen Antrag reden.

**Stadtrat Pfalzgraf (SPD):** Ich habe eben gehört, die geballte Fachkompetenz der Autoindustrie hat gesprochen. Das muss ich respektieren, so viel Ahnung habe ich nicht. Aber ich möchte auf den Antrag direkt und auch auf die Stellungnahme zurückkommen.

Liebe Kollegen von der KULT-Fraktion, manchmal habe ich schon den Eindruck, gerade speziell bei diesem Thema habe ich es mit Wiederkäuern zu tun. Wiederkäuer ganz einfach deshalb, weil wir schon seit mittlerweile Jahrzehnten dieses Thema diskutieren. Die Initiative kam immer wieder von KULT bzw. damals Karlsruher Liste in früheren Zeiten. Das haben wir auch immer mitgetragen. Die Verwaltung hat es auch mitgetragen. Deshalb ist dieser Antrag eigentlich so unnötig wie ein Kropf, weil nämlich genau das schon längst gemacht wird, was da gefordert wird. Die Verwaltung stellt es auch sehr deutlich dar. Darüber hinaus hat die Verwaltung schon viel mehr getan, als Sie eigentlich fordern. Wir haben zweimal 5 Mio. Euro drin, macht zusammen 10 Mio. Euro im Doppelhaushalt. Das heißt im Klartext, dass wir so, wie früher über die Kfz-Beschaffungskommission jetzt im Ausschuss für öffentliche Einrichtungen so viel Spielraum haben, dass wir selber entscheiden können, wie viel Geld wir für emissionsfreie Fahrzeuge ausgeben wollen. Da wäre es doch fatal und völlig falsch zu sagen, die Freiheit nehmen wir uns jetzt und machen einen Deckel drauf,

800.000 Euro und nicht mehr. Man kann den Antrag nämlich auch andersherum verstehen, wie Sie ihn darstellen.

Deshalb sind wir als SPD-Fraktion nicht dafür, dass wir uns bei 800.000 Euro eingrenzen. Wir wollen es uns offen lassen, vielleicht auch mehr zu fordern, müssen aber auch respektieren, dass nur das machbar ist, was zu machen geht. Da ist die Verwaltung auf gutem Weg. Das wurde auch in den einzelnen Gesellschaften schon mehrfach bewiesen.

**Stadtrat Dr. Schmidt (AfD):** Ich mache es kurz. Der meiste Strom, den wir verbrauchen, kommt aus dem Kohlekraftwerk. Der Deckungsfaktor ist 40 %; laden, entladen am Elektrofahrzeug noch einmal ein Deckungsfaktor von 50 %. Die Hälfte von 40 % sind dann 20 % unterm Strich. Im Vergleich dazu wären die Erdgasfahrzeuge, die bereits eingesetzt werden, viel hilfreicher. Es ist auch eine Technik, die kaum teurer ist, als normale Fahrzeuge. Deshalb plädieren wir dafür, weiter auf Erdgas zu setzen, wie es die Stadtwerke in der Vergangenheit schon getan haben. Mit dem Erdgasfahrzeug hat man eine Reichweite von 350 km. Erdgas verbrennt zu Wasser und CO<sub>2</sub>. Die CO<sub>2</sub>-Produktion ist deutlich geringer und es ist deutlich effizienter, weil ich nur einmal verbrenne und keine Batterie laden und wieder entladen muss. Deswegen hätten wir gerne, dass unter diesen emissionsarmen Techniken auch Erdgasfahrzeuge mitverstanden werden.

**Stadtrat Honné (GRÜNE):** Nur noch zu den Fakten, Herr Brenk. Ich fahre, wenn ich ein Stadtmobilauto nehmen, eines, das real 220 km und eines das real 300 km Reichweite hat. Die offiziellen Reichweiten sind noch deutlich höher. Aber da ist klar, die werden normalerweise nicht erreicht. Aber reale Reichweite bei einem Auto sind 300 km. Da kann man nichts sagen. Sie haben auch als Grenze 200 km gesagt. Es liegt deutlich drüber. Für den normalen Betrieb in der Stadtverwaltung ist das ausreichend. An der Reichweite liegt es nicht.

An die AfD: Nicht nur die Stadtwerk haben bisher schon Erdgasfahrzeuge im Einsatz, sondern genauso hat auch die Stadtverwaltung eine ganze Reihe von Erdgasfahrzeugen, weil das bisher der modernste Stand war, der auch mit finanziellen Mitteln halbwegs zu realisieren war. Aber jetzt ist Elektro angesagt. Das ist einfach der Punkt, wo man langsam um-switchen kann.

**Stadtrat Lancier (KULT):** Ich möchte das Ganze nicht ohne Widerspruch hinnehmen. Zum einen steht in unserem Antrag explizit drin, dass es mit Muskelkraft, Erdgas, Brennstoffzelle und E-Mobilität ist, d. h. diese Einschränkung auf Elektro ist gar nicht in dem Antrag drin, sondern im Gegenteil. Wir wollen das möglichst offen halten, weil wir auch die Elektroenergie für diesen Zweck nicht unbedingt für der Weisheit letzter Schluss halten. Es gibt sicher sinnvollere Anwendungszwecke.

Zum anderen, lieber Kollege Pfalzgraf. Die Grenze bei 800.000 Euro liegt nach unten, nicht nach oben. 4,2 Mio. Euro sind weiterhin für Konventionelle komplett frei. Natürlich steht es der Stadtverwaltung frei, auch 2 Mio. Euro für solch eine Technik auszugeben. Es geht uns nur um die entsprechende öffentliche Darstellung, dass ein wesentlicher Teil der Fahrzeugbeschaffung auf diese Art der Antriebe beschränkt ist und dass dafür ein Angebot erforderlich ist. Das ist der politische Wille, den wir hier zum Ausdruck bringen wollen und bei dem wir alle der Hoffnung sind, dass das das Gremium hier im Haus teilt.

**Der Vorsitzende:** Wir kommen zur Abstimmung. Es ist einerseits klargestellt, dass es eine Untergrenze ist und andererseits klargestellt, dass Erdgas dazugehört. Ich hatte schon Angst, dass wir noch über atombetriebene U-Boote diskutieren. Das wäre auch emissionsarm gewesen.

Damit kommen wir zur Abstimmung über Antrag Nr. 444. – Das ist eine **ablehnende** Mehrheit, die aber vor allem auch das entsprechende Gemeinderatsgremium nicht davon abhalten muss, bei der Fahrzeugbeschaffung emissionsarme Fahrzeuge in allen Richtungen auszuwählen.

Ich möchte noch einmal für **S. 435** auf die Veränderungsliste hinweisen. Abfallbehälter Auflösung Festwert ist dort verankert. Auf der **S. 436** Vorplanung Deponie West. Dann die Bio- und Restmüllbox-Umladestation, versehen mit einem Sperrvermerk. Da geht es um die Konzeption der Umstellung von LoToS-Fahrzeugen auf konventionelle Abfallsammelfahrzeuge, die Stilllegung der Deponie Karlsruhe Ost, und ebenfalls auf der Seite ist der Neubau der Salzlagerhalle und die Vordächer des Disponentencontainers und die Türen des Verwaltungsgebäudes finanziell verankert.

Ich komme damit zum **THH 7200 Märkte**. Ich möchte auf die Veränderungsliste hinweisen, **S. 445** Erbbaurecht Kontorhaus ist dort aufgenommen.

Dann kommen wir zum **THH 7400 Stadtentwässerung**. Da sind die Entwässerungsgebühren auf der **S. 453** in der 1. Veränderungsliste unseren Prognosen bzw. unseren entsprechenden Gebühren angepasst worden, das Ganze also aktualisiert.

Auf der **S. 468**, wir sind mittlerweile beim **THH 8000 Wirtschaftsförderung**, rufe ich als erstes

#### **Antrag Nr. 451 (S. 468): Verbraucherberatung – Rücknahme der Streichung des Zuschusses anlässlich des Sparpakets (Die Linke)**

**Stadtrat Fostiropoulos (Die Linke):** Die Verbraucherberatung ist eine wichtige Anlaufstelle, vor allem für Bürgerinnen und Bürger, die sich keine teuren Anwälte leisten können. Deshalb bitten wir um die Rücknahme der Streichung des Zuschusses anlässlich der Sparmaßnahmen.

**Der Vorsitzende:** Wir können gleich in die Abstimmung einsteigen. – Das ist eine **ablehnende** Mehrheit.

#### **Antrag Nr. 452 (S. 470): Erstwohnsitzkampagne stoppen (AfD)**

**Stadtrat Dr. Schmidt (AfD):** Wir haben seit zwei Jahren die Zweitwohnungssteuer eingeführt hier in Karlsruhe. Jeder, der hier eine Zweitwohnung hat, egal, wo sich seine Erstwohnung befindet, zahlt Zweitwohnungssteuer in Höhe von 10 % der Miete, das heißt 1,2 Monatsmieten pro Jahr extra. Das ist natürlich eine sehr große Motivation, sich hier mit Erstwohnsitz anzumelden. Ein Kollege von mir, dessen Tochter hier studiert, hat mir berichtet, dass das der Grund war, warum sich seine Tochter hier mit Erstwohnsitz angemeldet hat, also ein aus dem Leben begriffenes Beispiel. Vor diesem Hintergrund ist diese Kampagne, die wir die ganze Zeit schon betreiben, die Erstwohnsitzkampagne, nicht mehr

notwendig, da die Motivation, jedes Jahr 1,2 Monatsmieten einzusparen, sehr groß ist. Durch diese Erstwohnsitzkampagne werden wir die Motivation der Leute, sich mit Erstwohnsitz anzumelden, kaum erhöhen. Wir müssen bedenken, wir haben 11 Mio. Euro pro Jahr draufgelegt bisher. An der Stelle könnten wir jährlich 1,7 Mio. Euro einsparen. Denn so teuer ist die Erstwohnsitzkampagne. Wenn wir sie einsparen, wird sich bestimmt nur sehr wenig, wahrscheinlich überhaupt nichts, am Anmeldeverhalten der Leute ändern, die hier in Karlsruhe mit einem Zweitwohnsitz beginnen. Denn, wie gesagt, 1,2 Monatsmieten pro Jahr ist ein sehr starkes Motiv. An der Stelle können wir ohne weiteres 1,7 Mio. Euro einsparen, ohne dass es uns weh tut. Ich denke, man muss nach Einsparmöglichkeiten suchen, die einem nicht wehtun. Deswegen bitte ich um Unterstützung für diesen Antrag.

**Der Vorsitzende:** Ich habe keine weiteren Wortmeldungen. Dann können wir gleich in die Abstimmung einsteigen. – Das ist eine deutlich **ablehnende** Mehrheit. Wir haben es jetzt nicht ausdiskutiert. Ich verweise einfach nur darauf, dass die Erstwohnsitzkampagne mehr beinhaltet, als einfach nur einen Anreiz zu setzen, sich wegen des Erstwohnsitzes hier anzumelden.

Ich möchte unter dem **THH 8000 Wirtschaftsförderung** noch ergänzen, **S. 468**, 1. Veränderungsliste: Studie Citylogistik, Reduzierung des Sachmittelbudgets Mobilität für das AEN, Anpassung Zuschuss für die Bauabwicklung und für Betriebskosten Smartproduction-Park 4.0, Digital Karlsruher Gespräche – Kampus trifft Kultur und Triangel. Dann haben wir wieder diese Verkehrswertgutachten, die entsprechend dann gegenfinanziert und entsprechend verrechnet werden. Auf **S. 473** ist dann noch einmal der Investitionszuschuss für den Smartproduction-Park 4.0 abgebildet.

Wir kommen damit zum **THH 8200 Forst**.

#### **Antrag Nr. 453 und 454 (S. 477): Sachmittel und Personalstelle für Pflege und Erhalt von Sonderstrukturen im Stadtwald – Stärkung des Forstamtes (GRÜNE)**

**Stadträtin Rastätter (GRÜNE):** Das sind jetzt die letzten zwei Anträge von uns GRÜNEN zur Sicherung, zum Erhalt und zur Verbesserung der Biodiversität. Es geht hier um den Erhalt und die Sicherung der Sonderkulturen in unserem Stadtwald. Die sind erforderlich, weil wir extreme Veränderungen haben im Stadtwald durch den Klimawandel. Veränderungen, wie invasive Arten, neue Krankheitsbilder, Wetterextreme und lange Trockenheiten. Diese Sonderkulturen sind vor allem für die Artenvielfalt wichtig. Pflege und Erhalt von Altbäumen, insbesondere Eichen, für den Heldbock beispielsweise. Pappel als Habitatsbäume und Sicherung der Verkehrssicherheit Hubsteiger und Stützungen. Notwendig ist eine Stelle, um diese Maßnahmen zu steuern und durchzuführen, aber gleichzeitig sind auch, denken Sie nur an die Hubsteiger und Stützungen, Sachmittel, Material, Nachpflanzungen erforderlich. Die sind im Haushalt nicht eingestellt, werden aber vom Forstamt befürwortet. Da bitten wir, eine Stelle E8 und diese 40.000 Euro für die Sachmittel einzustellen, um unseren Stadtwald auch genügend vorzubereiten, dass er diese verheerenden Veränderungen, die auf ihn zukommen, auch gut bewältigen und verkraften kann und die Artenvielfalt erhalten bleibt.

**Stadträtin Fischer (SPD):** Aus der Verwaltungsvorlage geht dieses Anliegen nicht hervor. Es ist absolut notwendig, dass hierüber erst einmal im Ausschuss diskutiert wird, bevor wir ins Blaue hinein etwas beantragen.

**Der Vorsitzende:** Wir kommen damit zur Abstimmung, die ich gerne aufteilen möchte, einmal in die 40.000 Euro Sachmittel, und dann kommt noch die Stellenschaffung dazu als zweiten Bestandteil.

Jetzt stelle ich erst einmal die 40.000 Euro pro Jahr zusätzliche Sachmittel zur Abstimmung.  
– Das wird mehrheitlich **abgelehnt**.

Dann rufe ich den Antrag Nr. 454 auf, da geht es um die Stellenschaffung einer zusätzlichen Stelle für diese Sonderstrukturen im Stadtwald. – Auch das wird mehrheitlich **abgelehnt**.

#### **Antrag Nr. 455 (S. 447): Wildtierbeauftragter (FDP)**

**Stadtrat Hock (FDP):** Wir beantragen diese halbe Stelle Aufstockung des Wildtierbeauftragten für die Stadt Karlsruhe, weil es mittlerweile mannighafte Dinge in dieser Stadt gibt, die man eigentlich gar nicht für möglich hält, aber es ist wirklich so. Ich kann sagen, angesichts der Zeit, und dass Sie alle weiter wollen: Wir beantragen, dass die Aufstockung dieses Herrn auf jeden Fall heute durchgeführt wird. Es ist erforderlich. Er hat mittlerweile so viele Überstunden angehäuft, dass seine Familie dieses Spiel auch nicht mehr mitspielt. Deshalb kann ich Ihnen nur empfehlen, diese Sache wird gebraucht, wird überall angenommen. Er ist gut integriert in diese Stadt. Ich kann nur hoffen, dass die Mehrheit dieses Hauses diesen Antrag mitgeht. Herzlichen Dank für Ihre Unterstützung.

**Stadtrat Maier (CDU):** Ursprünglich sind wir auch davon ausgegangen, wie es in der Verwaltungsantwort geschrieben ist, dass der Antrag erledigt ist. Vor dem Hintergrund des Redebeitrags des Kollegen Hock und der Informationen, die in der Zwischenzeit noch aufgelaufen sind, gehen wir den Weg mit und würden gerne darüber abstimmen.

**Stadtrat Pfalzgraf (SPD):** Obwohl der Fraktionsvorsitzende der FDP heute Morgen mitgeteilt hat, dass er überhaupt keine Stellen schaffen will, werden wir trotzdem - mit Zustimmung des Kollegen Hock und des Kollegen Jooß – über seinen Kopf hinweg zustimmen, dass er die halbe Stelle, die er beantragt hat und eigentlich gar nicht will, trotzdem bekommt. Es ist etwas kompliziert, aber es hat sich heute Morgen für mich so angehört, als Sie gesagt haben, Sie wollen keine Stellen schaffen.

Wer im Ausschuss für öffentliche Einrichtungen die regelmäßigen Berichte des Forstes hört, der weiß ganz genau, dass der Forst personalbedingt wirklich immer auf Kante marschiert und immer Schwierigkeiten bekommt, sobald eine Person krank wird. Die Überstunden, die der Kollege Hock angesprochen hatte, sind in der Tat so. Deswegen werden wir aus diesem sachlichen Grund, auch gegen den Wunsch des Fraktionsvorsitzenden, der halben Stelle zustimmen.

**Stadtrat Wenzel (FW):** Ich kann mich den Vorrednern nur anschließen. Es ist wirklich ein vielbeschäftigter Mann. Die Tätigkeit, die er hat, ist innerhalb der Stadt wirklich katastrophal. Wir sind für die Aufstockung.

**Stadtrat Høyem (FDP):** Herr Kollege Pfalzgraf, falls wir uns im nächsten Gemeinderat nicht treffen, dann werde ich Sie sehr vermissen.

**Der Vorsitzende:** Ich schlage Ihnen vor, dass wir das nicht abstimmen, sondern es auf der Grundlage der Stellungnahme der Stadtverwaltung, dass wir das anerkennen, dass es diese zusätzliche halbe Stelle braucht, bei der nächsten Personalsrunde dann prioritär behandeln.

(Zurufe)

- Abstimmen! Gut, dann stimmen wir darüber ab. – Damit ist das mit Mehrheit **angenommen**. Trotzdem werden wir es bei der nächsten Personalsrunde mit Vorrang beachten.

Wir sind mittlerweile beim **THH 8800 Hochbau und Gebäudewirtschaft**.

(Unruhe)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, bitte. Die letzten sechs Anträge bekommen wir doch auch noch hin!

**Antrag Nr. 456 (S. 487): Investitionsstau abbauen: Neue Ingenieure für die HGW (KULT)**

Die KULT begehrt eine Stellenschaffung um fünf Vollzeitstellen.

**Stadtrat Haug (KULT):** Herr Oberbürgermeister, wir legen diese Stellen vertrauensvoll in Ihre operativen Hände und gehen davon aus, dass das in der Priorisierung sehr gut weg kommt, weil der Investitionsstau besteht.

**Stadtrat Pfannkuch (CDU):** Mit einem ergänzenden Zusatz: Wir haben es in der Haushaltsrede auch angeführt. Wir wollen eine Umstrukturierung in dem Bereich. Wir wollen weg vom Kontrollieren und wollen, dass das HGW wieder selber agiert.

**Der Vorsitzende:** Damit haben wir den Punkt soweit **abgehakt**.

**Antrag Nr. 457 (S. 488): Einbau einer zentralen Heizungsanlage im städtischen Gebäude Ortsstraße 2 (OR Stupferich)**

**Ortsvorsteher Gartner (OR Stupferich):** Kurz noch einmal zur Sache: Es handelt sich um ein städtisches Gebäude, das übrigens denkmalgeschützt ist. Vor ca. zehn Jahren fand schon einmal eine Untersuchung in Sachen Substanz statt. Deswegen verstehe ich nicht, warum man das jetzt wieder machen möchte. Aus dieser letzten Untersuchung wurden auch mehr als 100.000 Euro in das Gebäude investiert, um die Substanz zu erhalten. Der Ortschaftsrat hat jetzt das Ansinnen, die Substanz dauerhaft zu erhalten, also kein Geld kaputt zu machen, in der Form, dass man das Haus auch beheizt. Das Haus ist absolut unbeheizt. Es wird nur temporär mit Elektrodirektheizgeräten beheizt, wenn sich die Vereine dort aufhalten. Insofern wäre es eine wichtige Angelegenheit, damit man nicht vielleicht in ein paar Jahren da steht und wieder Hunderttausende von Euro investieren muss. Denn zurzeit fällt schon wieder der Putz von der Wand und muss repariert werden. Das war unser Ansinnen.



Zu der Summe von 200.000 Euro, die aufgeführt ist möchte ich noch einmal einen praktischen Hinweis geben zum Verständnis. Der Betrag ist für mich außerirdisch. Es handelt sich um fünf kleinere Mietbereiche in der Größenordnung von 40/45 qm. Wenn ich da jeweils eine Etagenheizung einbaue, dann brauche ich vielleicht pro Wohnung noch nicht einmal 10.000 Euro. Deswegen auch der Antrag über 50.000 Euro von unserer Seite. Jetzt legen wir noch 20.000 Euro drauf, dann sind wir aber maximal bei 70.000 Euro. Wo die 200.000 Euro herkommen, weiß ich nicht. Vielleicht sollten die aber auch nur abschrecken. Aber auf jeden Fall wird es niemals zu so einer Summe kommen können bei der Größe der einzelnen Wohnungen.

Deswegen: Wir wollen das städtische Gut und natürlich auch das Kulturgut Fachwerkhaus, das ist eines von zwei Häusern, die den Krieg überlebt haben in Stupferich, erhalten. Man sollte die Sanierung nicht auf die lange Bank schieben, sonst erzielen wir noch mehr Schäden. Das war unser Ansinnen.

**Stadtrat Brenk (CDU):** Jetzt hat Herr Gartner mir alles vorweggenommen. Das ist aber nicht schlimm. Ich möchte nur noch eines betonen. Ein Haus ist vor zwei Jahren mit viel Geld instand gesetzt worden, und da ist keine Heizung drin. Wir haben zurzeit Minusgrade. Jetzt können Sie sich vorstellen, was an dem Haus bleiben soll. Es ist unvorstellbar. Jetzt müssen wir einfach das Geld in die Hand nehmen. Ob Herr Gartner mit 70.000 Euro Recht hat, dem ich mehr glaube, oder sage, wir nehmen die 200.000 Euro, das lasse ich einmal dahingestellt. In das Haus muss einfach eine Heizung. Da bitte ich um Zustimmung.

**Stadträtin Ernemann (SPD):** Selbstverständlich sehen wir es genauso, dass in das Haus eine Heizung muss. Aber dennoch gehen wir mit der Verwaltung überein, dass ein Gutachten erstellt werden muss. Denn es scheinen offensichtlich große Differenzen zu bestehen, wenn der Kollege Gartner, der vom Fach ist als selbständiger Elektrounternehmer, und die Verwaltung eine Differenz von 70.000 Euro zu 200.000 Euro haben. Das muss geklärt werden. Insofern geben wir der Verwaltung unser Votum, ein Gutachten zu erstellen, das zu überprüfen. Dann können wir uns der Sache noch einmal annehmen.

**Stadträtin Mayer (GRÜNE):** Wir können zustimmen mit einem Sperrvermerk, wenn dann eine kostenkontrollierte Planung erfolgt.

**Stadtrat Cramer (KULT):** Es ist ein städtisches Gebäude. Es steht unter Denkmalschutz. Ich denke, da steht die Stadt in der Pflicht, hier zu handeln, dass das Haus nicht irgendwann abrissegefährdet ist.

**Der Vorsitzende:** Sie unterstreichen sehr stark unsere Verpflichtung, uns um den Erhalt dieses Gebäudes inklusive einer Heizanlage zu bemühen. Ich schlage Ihnen an dieser Stelle vor, dass wir auf die **Abstimmung verzichten**. Ich sage Ihnen zu, dass wir gemeinsam einen Kostenvoranschlag erstellen und dass, falls es dann der Zustimmung des Gemeinderats bedürfte, wir noch einmal auf Sie zukommen. Alles andere macht im Moment keinen Sinn. Aber wir nehmen die Sache jetzt einmal in Angriff.

**Antrag Nr. 458 (S. 488): Kostenübernahme Mehrkosten für Container 2 der Augustenburg Gemeinschaftsschule (SPD, KULT)**

**Antrag Nr. 459 (S. 488): Container an der Augustenburg-Gemeinschaftsschule (GRÜNE)**

**Antrag Nr. 460 (S. 488): Kostenübernahme der Mehrkosten für Container 2 der Augustenburg Gemeinschaftsschule (Die Linke)**

**Antrag Nr. 461 (S. 488): Container-Lösung an der Augustenburg Gemeinschaftsschule Grötzingen (FÜR Karlsruhe)**

**Antrag Nr. 462 (S. 488): Kostenübernahme der Mehrkosten für Container 2 an der Augustenburg Gemeinschaftsschule – Szenario A1 (OR Grötzingen)**

**Stadträtin Uysal (SPD):** Die räumliche Situation der Gemeinschaftsschule in Grötzingen ist bereits seit 2013 stark beeinträchtigt. Ich durfte das jahrelang mitbegleiten als ehemalige Ortschaftsrätin. Baustelle, Lärm, Einschränkungen, der beengte Schulhof umfasst den Schulalltag. Die Schulgemeinschaft leidet unter diesen baulichen Belastungen und will endlich eine Entlastung. Leider lautet die Entlastung der Verwaltung, den Container 1 weiterhin zu behalten, obwohl der Container 1 einen baulich schlechten Zustand aufweist und obwohl der Container 1 den Grundschulhof weiterhin zustellt.

Ich kann mich noch an die Bemerkung meines Neffen erinnern, der die Grundschule dort besucht hat und zu mir meinte „Mensch, es nervt mich. Es ist doof, dass ich nicht einmal Fußball spielen kann in der Pause.“ Genauso ist das. Man darf nicht vergessen, dass der Schulhof eine ganz wichtige Funktion einnimmt. Denn der Schulhof dient den Schülern in den Pausen als Aufenthaltsraum, als Bewegungsraum und als Spielgelände. Genau diese Bewegung brauchen unsere Grundschul Kinder. Wir dürfen nicht nur die Wirtschaftlichkeit hier anschauen, sondern müssen viel mehr auch die pädagogischen Gründe im Visier haben. Deswegen muss die Lösung lauten, Container 1 weg, und die Mehrkosten für Container 2 sollten hier eingestellt werden. Denn die Schule leidet seit fünf Jahren darunter. Es kann doch keine Zumutung sein, vier bis fünf Jahre den Schulhof weiterhin zu verhindern. Deshalb würde ich mich sehr freuen, wenn wir den letzten Antrag hier positiv abschließen könnten.

**Stadträtin Rastätter (GRÜNE):** Wir können das nur unterstreichen, was Frau Stadträtin Uysal hier vorgetragen hat. Es ist unzumutbar für die Schulgemeinschaft, vor allem aber für die Kinder, fünf Jahre lang unter diesen Bedingungen – es ist eine Ganztagschule – den Schultag zu verbringen. Es geht nicht nur darum, dass der Schulhof komplett blockiert ist und damit die Kinder nicht einmal einen Freiraum haben, in dem sie spielen und sich bewegen können, sondern es geht auch darum, dass der Container 1 sich in einem absolut schlechten Zustand befindet, unzumutbar auch aus dem Grund. Wir plädieren daher dafür und beantragen das, was auch der gesamte Ortschaftsrat und die Ortsvorsteherin aus Grötzingen beantragt haben, dass der Container 2 stehen bleibt und der Container, der sowieso nicht mehr genutzt werden kann, im Grunde schrottreif ist, dann weggommt. Man kann ihn auch anderweitig nicht mehr verwenden. Das sind wir der Schule und auch der Schulgemeinschaft schuldig, dass wir jetzt Abhilfe für die nächsten Jahre erreichen.

**Stadtrat Fostiropoulos (Die Linke):** Ich wollte nur dem Betrag entsprechend dem Vorschlag des Ortschaftsrats folgen.

**Stadtrat Ehlgötz (CDU):** Meiner Einschätzung nach habe ich jetzt noch 58 Minuten Restzeit für diesen Antrag. Es ist ein Antrag, der wünschenswert ist. Aber wenn wir in wenigen Minuten sehen, was wir die letzten zwei Tage an Finanzmitteln draufgepackt haben, ist dieser Antrag unrealistisch. Die CDU-Fraktion kann in keinsten Weise das verstehen, was eben gesagt wurde. Zum einen würde uns diese Investition für die nächsten vier Jahre 1

Mio. Euro kosten, zum Zweiten sind die Container in einem guten Zustand. Es besteht in keinster Weise eine Einschränkung für den Schulbetrieb. Wir haben uns die Container angeschaut. Wir sagen, zum jetzigen Zeitpunkt belassen wir das Modell, wie es ist, beziehungsweise den Standort. Diese Million können wir mehr als gut einsparen.

Des Weiteren, Herr Oberbürgermeister, waren Sie in vielen Punkten allein in Ihren Abstimmungen. Wir unterstützten Sie bei diesem letzten Punkt und stimmen ebenfalls mit Ihnen mit rot.

**Stadtrat Høyem (FDP):** Wir haben keinen eigenen Antrag gestellt. Aber als Pädagoge und als ehemaliges Ortschaftsratsmitglied in Grötzingen finde ich das absolut wichtig, dass wir zustimmen. Herr Ehlgötz, wenn Sie über Schulbetrieb sprechen, dann ist es wirklich nicht Ihr Beruf. Denn Schulbetrieb sind auch Schüler. Hier sprechen wir über die Schüler und nicht über die Verwaltung.

**Stadtrat Wenzel (FW):** Ich habe bereits im Vorfeld und auch bei Ortsterminen die Zustimmung des Antrags des Ortschaftsrats kundgetan und werde mich auch heute so verhalten.

**Ortsvorsteherin EBrich (OR Grötzingen):** Der Ortschaftsrat Grötzingen freut sich, dass sich zumindest durch die Anträge eine große Mehrheit findet, die den Antrag des Ortschaftsrats Grötzingen unterstützt und die pädagogischen und auch die arbeitsorganisatorischen Gründe der Schule auf alle Fälle als prioritäre Gründe ansieht, um diese unzweifelhaften Mehrkosten zu tragen. Ich kann nur auch noch einmal sagen, dass der Container 1 nicht wie der Container 2 in einem guten baulichen Zustand ist. Das ist mitnichten so. Das weiß ich aus eigener Erfahrung. Unser Bauhof ist sehr häufig in diesem Container, weil wieder irgendetwas zu reparieren, zu sanieren ist. Das wird die nächsten fünf oder sechs Jahre nicht besser sondern eher schlimmer. Von daher auch aus diesen Gründen, aus wirtschaftlichen Gründen kann ich nur Sie alle ermutigen, dem Antrag des Ortschaftsrats und den anderen zuzustimmen.

**Der Vorsitzende:** Ich glaube, wir bauen dort gerade mit einem wirklich großen Mittlereinsatz einen vorbildliche Gemeinschaftsschule und haben alle Wünsche, auch der pädagogischen Konzeption und der ganzen Planungen drum herum und alles aufgenommen. Das sind auch alle Gründe, warum wir jetzt noch einmal deutlich mehr Geld anlegen, als wir uns das je vorgestellt haben. Angesichts auch gerade dessen, dass wir dort bauen für die Schulgemeinde und zwar nicht zu knapp, kann ich es überhaupt nicht nachvollziehen, dass man jetzt 800.000 Euro ausgibt, wenn man an der selben Stelle einen anderen Container hat, der zumindest nach der Einschätzung unserer Fachleute sicherlich nicht super, aber völlig ausreichend und befriedigend ist, um hier noch einmal vier oder fünf Jahre den Betrieb abzuwickeln. Ich sage das an der Stelle genauso klar.

Wir kommen jetzt zur Abstimmung. Wir haben uns jetzt noch einmal abgestimmt. Es fällt erst ab dem Jahr 2020 an. Es geht dann um jährliche Beträge von etwa 200.000 Euro. Es wird etwas geringer liegen. Aber wir werden das jetzt einmal so annehmen, d. h., es werden über vier Jahre jeweils 200.000 Euro und kommt damit auf einen Gesamtbetrag von 800.000 Euro. Darüber stimmen wir jetzt ab. – Damit haben wir eine große **Mehrheit**.

Wir kommen noch zu einigen Hinweisen. In der 1. Veränderungsliste finden Sie auf der

**S. 487** veränderte Ansätze für das Thema IT-moderne Schule Technika, da werden wir zwei Stellen schaffen, IT-moderne Schule Architekt, befristete 1 ½ Stellen bis 2023. Wir haben einige Geschäftsprozesse optimiert. Es gibt die Kostenbeteiligung des Landes bei der Sanierung der Nancyhalle; das hatten wir Ihnen schon einmal mitgeteilt, Nutzungsentschädigung Durlacher Allee 62, diverse Mittelumsetzungen, das IQ-Projekt Weißbuch Schule, Mehraufwendungen für das Wachstums- und Festigungszentrum, für diverse Neuanmietungen. Die Contractingrate Wärmecontracting Augustenburg Gemeinschaftsschule ist mit drin, die IT-moderne Schule, Umsetzung gemäß Gemeinderatsbeschluss. Da gibt es diverse Verkabelungskosten. Mehrkosten insgesamt aufgrund Flächenvermehrungen und Unterhaltsleistungen. Dann gibt es wieder diese Hin- und Her-Erstattung der Verkehrswertgutachten.

Auf **S. 499** die Mehrkosten für Weißbuch Schulen.

Auf **S. 501** Maibaumständer, Anschaffung einer Bodenhülse und neues Fundament für Hohenwettersbach. Wir haben unsere Höhenstadtteile nicht vergessen.

**S. 508** öffentliche WC-Anlagen

**S. 510** ELA-Anlagen in Schulgebäuden

**S. 519** diverse Modernisierungsmaßnahmen Augustenburg- und Drais-Schule

**S. 521** Schulhofsanierung Grundschule Beiernheim

**S. 524** Neubau Mensa, energetische Sanierung Schlossschule. Hier ist ein weiterer Vorzeichenfehler aufgetreten. Die Investitionszuschüsse vom Land im Jahr 2023 reduzieren sich nicht, sondern erhöhen sich um den dargestellten Betrag.

**S. 529** Schulzentrum Südwest, Alarmierung

**S. 530** Schulzentrum Neureut, Brandschutz 1. BA

**S. 531** Max-Planck-Gymnasium

**S. 532** Schulzentrum Neureut

**S. 536** Heinrich-Hertz-Schule und Carl-Benz-Schule

**S. 538** Europäische Schule

**S. 539** Europäische Schule

**S. 540** Europäische Schule

**S. 541** Europäische Schule

**S. 542** Umbau der Dragonerkaserne mit den neuen Gesamtkosten, die Sie am 16.10. akzeptiert haben.

**S. 542** Unterbringung Jugendorchester Karlsruhe, Umnutzung der Hardtwaldklause

**S. 543** Otto-Dullenkopf-Park, Umbau Verwaltungsgebäude

**S. 546** Umbau der Tiefgaragenzufahrt am Hauptbahnhof

**S. 458** Stadthalle Modernisierungsmaßnahmen, hier die neuen Ansätze. Wir müssen noch die 1. Veränderungsliste berichtigen und Erträge für die zu aktivierenden Eigenleistungen und internen Leistungsverrechnungen noch einplanen. Das will ich Ihnen jetzt nicht im Einzelnen vorlesen.

**S. 553** Änderung der Verpflichtungsermächtigung

Ich soll Sie noch darauf hinweisen, dass wir im Personalausschuss am 19. April dieses Jahres neben der Stellenpriorisierung für das Jahr 2018 auch Stellen benannt haben, die in den Doppelhaushalt 2019/20 eingebracht werden sollen. Zu diesen besagten Stellen gehören insbesondere die Inklusionsstellen für städtische Mitarbeitende inklusive Betreuungsteile.

Außerdem geht es um folgende weitere Schwerpunktthemen:

- Personalmarketing
- offene Kinder- und Jugendarbeit
- Bezirkssozialarbeit
- Spielplatzkontrolle und Absicherung
- Scancentrum
- E-Government und Digitalisierung

Die finanziellen Mittel für diese Stellen sind bereits im Planansatz des Doppelhaushalts 2019/20 enthalten. Im Entwurf des Stellenplans sind diese Stellenneuschaffungen aber noch nicht aufgeführt. Ich bitte Sie heute darum, dass wir die genannten Stellen im Rahmen der heutigen Beschlussfassung auch genehmigen. Die finanziellen Mittel sind drin bei den Stellenschaffungen. Beim Stellenplan haben wir es nicht eingepreist. Ich möchte Sie um Ihre Zustimmung bitten, dass wir das jetzt im Stelleplan nachholen, dass wir diese bereits zum größten Teil mit Ihnen besprochen Stellen dann auch besetzen können. Darüber würden Sie dann auch mit der Gesamtmaßnahme abstimmen.

Das zu dem, was jetzt zum Haushalt zu sagen ist. Wir können noch einmal kurz auf die Gesamtliste schauen. Das sind jetzt die Beträge, die durch den Gemeinderat verändert wurden. Die 24 oder 25 Millionen für den weiteren Grunderwerb haben wir natürlich jetzt nicht darauf stehen. Das war auf Antrag von uns. Ich kann Ihnen jetzt schon versprechen, dass wir bei 2022/23 dann mit dieser Erhöhung dann durchaus auch, was Kreditermächtigungen und anderes betrifft, in kritische Bereiche kommen. Aber das werden wir dann in zwei Jahren hier gemeinsam diskutieren.

Ich schließe damit diesen Tagesordnungspunkt und darf mich an der Stelle noch einmal ganz herzlich vor allem für die Vorbereitung der Kämmerei, aber auch aller anderen städtischen Dienststellen bedanken. Es ist ein gigantisches Unterfangen gewesen, erst einmal

diesen Haushalt schon vor den Sommerferien aufzustellen, was doch mit großen Unsicherheiten verbunden ist. Dann haben wir eine unglaubliche Latte von Veränderungen, die sich aus der Steuerschätzung im November, den vielen Wirtschaftsplänen, die wir dann erst genehmigen können und auch vielen anderen Entwicklungen ergeben. Das muss immer eingearbeitet werden. Dann gilt es am Ende auch noch, zu den 462 Anträgen etwas Vernünftiges zu schreiben. Da hat nicht nur die Kämmerei viel damit zu tun, sondern auch alle anderen Dienststellen. Dass dann am Ende alles so geklappt hat, das ist schon wirklich eine ganz tolle Gemeinschaftsleistung aller Mitarbeitenden der Stadtverwaltung und der städtischen Gesellschaften.

Ich möchte mich auch ganz herzlich bedanken, Sie wissen, das Team unserer Kantine hat die Verpflegung nebenan übernommen und uns auch oben in die Kantine eingeladen. Sie haben auch Herrn Rast wieder getroffen, der eigentlich schon im Ruhestand ist, denn man aber jetzt als Krisenmanager mit hinzugenommen hat, um das Ganze auch entsprechend super darzustellen. Herr Rast hat mir noch einmal ausrichten lassen, dass es auch ein Stück weit in der Besonderheit der Angebote aber auch in der Deko auf den Tischen ein Dankeschön an den Gemeinderat ist, dass man dieses Inklusionsunternehmen beauftragt hat, unsere Kantine zu betreuen und umzusetzen, also auch als bewusstes Dankeschön an Sie. Aber ich denke, der Dank geht auch zurück, für diese tolle Bewirtung, die wir in den Tagen erlebt haben.

Dann danke ich natürlich hier oben meinen Bürgermeisterkollegen, der Ersten Bürgermeisterin und natürlich denen, die immer hier vorne sitzen und das alles einarbeiten müssen. Mein letzter Dank geht an Sie. Ich glaube, das war eine tolle Leistung, wie wir das jetzt in den zwei Tagen hier umgesetzt haben. Ich weiß, dass das ganz viel Vorbereitung war, viele haben auch am Wochenende – habe ich mir sagen lassen – Stunden zusammengesessen, um die Dinge schon ein bisschen miteinander abzustimmen und auch vorzubereiten. Ich glaube, das hat man sehr deutlich gespürt. Ich darf mich deswegen einfach einmal bei uns allen herzlich bedanken. Ich glaube, wir haben einen Superjob gemacht. Es ist leider ziemlich teuer geworden. Aber da ziehe ich Sie dann irgendwann noch einmal zu Rechenschaft.

Zur Beurkundung:  
Die Schriftführerin:

Hauptamt – Ratsangelegenheiten  
4. Januar 2019